

Rumänien.

Die Budgetdebatte. — Der Finanzminister.

Et. Bukarest, im April.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Budgetdebatte stand nicht so sehr der Vorschlag für die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes, wie die Person des Finanzministers C. Costinescu. Dieser ist keine alltägliche Erscheinung. Der Weg, den er vom einfachen Zeitungsdirektor zum vielfachen Millionär und allgewaltigen Minister zurückgelegt hat, ist ein solcher, daß er nicht von jedem Tugendmenschen gewandelt werden kann. Vorteilhafte Umstände, Beharrlichkeit und unleugbare finanzielle Befähigung, die sowohl im eigenen Interesse, als auch in demjenigen des Landes gute Früchte zeitigen konnte, haben Herrn Costinescu zu einer Stütze der national-liberalen Partei gemacht. Herr Costinescu ist aber mehr gefürchtet, als geliebt, und nicht nur unter den entfernteren Parteigenossen, sondern auch unter seinen engeren Ministerkollegen hat er viele Gegner, die jedwede Gelegenheit abpassen, um ihm Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Die seinerzeit erlassenen Getreideausfuhrverbote, verbunden mit den zahlreichen von Costinescu frei erfundenen Lagen, haben unter den Landwirten, die sich in ihrer Existenz ernstlich bedroht sahen, viel böses Blut gemacht. Noch mehr Aerger verursachten aber jene Ausfuhrbewilligungen, die der Minister an Günstlinge und sonstige ihm nahe stehende Personen erteilte, wodurch diese in die Lage versetzt wurden, zahlreiche Waggonladungen Weizen zu Zeiten auszuführen, als diese mit noch nie geahnten Preisen bezahlt wurden, während gewöhnliche Sterbliche, welche die Sonne der ministeriellen Gnade nicht beschien, selbst geringe Maismengen nicht über die Grenze bringen konnten, obwohl diese Getreidesorte von dem Ausfuhrverbote nicht betroffen war.

Dies und noch vieles Andere haben den tiefen Unwillen erzeugt, der durch die Gemüter der Abgeordneten und Senatoren gegen Herrn Costinescu brandet und sich, trotz der strengen Parteidisziplin, die in der national-liberalen Partei herrscht, in einer starken Opposition gegen das Budget Luft machte. Mit Recht konnte sich also Herr Costinescu in öffentlicher Kammeritzung darüber beklagen, daß er bei der regierungsfreundlichen Majorität und in der Budgetkommission für seine finanziellen Reformen keinerlei Entgegenkommen gefunden habe und infolge dessen mannigfache Ersparnisse und wichtige Änderungen im Staatshaushalte nicht vornehmen konnte.

Die direkten Angriffe gegen Herrn Costinescu eröffnete Pascal Doncescu mit einer scharfen Kritik an der Nationalbank. Dieses privilegierte Institut ist ein Schöpskind der liberalen Partei und alle Leuchten dieser politischen Gruppierung sind Großaktionäre desselben. Kein Wunder also, daß bei allen dessen finanziellen Kombinationen Staats-, Partei- und Privatinteressen eine wunderliche Verquickung erfahren. Pascal Doncescu ist zwar Anhänger Tilpescus, er wurde aber vor kurzem in seinem Wahlbezirk unter stiller Beihilfe der Regierung gewählt. Trotzdem kritisierte er die von Costinescu bei der Nationalbank gemachte Anleihe von 600 Millionen Lei auf das schärfste. Dem abgeschlossenen Verträge gemäß liefert der Staat das Gold, welches ihm reichlich aus den Exportwaren zufließt, die Bank gibt dafür gedrucktes Papier und erhält jährlich 16 Millionen Lei an Zinsen.

Weitere Budgetkapitel gaben Anlaß zu bewegten Debatten und verschiedene Stats konnten nur mit knapper Not durchgebracht werden und auch dann nur mit Unterstützung der Filipescaner und Talisten. Den schärfsten Angriff aber richtete gegen Herrn Costinescu der Abgeordnete von Jassy, Herr A. C. Cusa, der bisher nur als Antisemitenfürher sich bekannt gemacht hatte. Cusa tadelte es, daß der Finanzminister die Steuern erhöht habe, anstatt neue Einnahmequellen zu erschließen, als da sind: Alkohol-, Zucker-, Petroleum- und Versicherungsmonopol. Man habe Ausfuhrzölle auf Getreide, nicht aber auch auf Petroleum gelegt, welches letztere allein 10 Millionen jährlich hätte einbringen können. Der Finanzminister sei mit 22 Prozent Zins bei den Zuckersabriken beteiligt und allein das Verkaufsbüro derselben bringe ihm über 50 000 Lei jährlich ein, daher seine Scheu, gegen diese Fabriken etwas zu unternehmen. Der Redner machte auf die engen Beziehungen des Finanzministers zum „Abeverul“ aufmerksam, der den Ministerpräsidenten heftig angreife, Herrn Costinescu aber mit Lob überhäufe. Die Beziehungen des Finanzministers zu diesem kompromittierten Blatte seien höchst verdächtig. Sei die Haltung dieses Blattes vielleicht auf Begünstigungen zurückzuführen, die der Finanzminister Herrn Mille, dem Herausgeber des „Abeverul“, erwiesen habe?

Trotz aller dieser Angriffe ging aber Herr Costinescu aus der Debatte als Sieger hervor. In dieser Hinsicht muß

nun hervorgehoben werden, daß in Rumänien noch nie ein Minister, liberal oder konservativ, durch ein Mißtrauensvotum der Kammer gestürzt worden ist. Immer ist die Regierung mächtig genug, um ihre Gesetze durchzubringen und trotz der Angriffe einzelner Abgeordneten und Senatoren der Mehrheit bleibt diese bei den Abstimmungen schließlich doch geschlossen. Und das geht so fort, bis zu jenem Tage, an welchem ihre konstitutionelle vierjährige Lebensdauer um ist, oder bis der König die Zeit als gekommen erachtet, seine amtierenden Minister ins Privatleben zu schicken, die gesetzgebenden Versammlungen aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. In der Erlernung des hierfür geeigneten Augenblickes war König Carol ein wirklicher Meister. Wie es der jetzige König damit halten wird, ist unbekannt, denn derselbe hat noch kein neues Ministerium gebildet, sondern das jetzt regierende mit aus der Erbschaft seines verstorbenen Oheims übernommen.

Das Judentum nach dem Krieg.

Eine Polemik der Kreuzzeitung.

*** Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.)

Die Kreuzzeitung nimmt schon heute Stellung zum Thema „Antisemitismus nach dem Kriege“.

Dr. Theol. Martin Rode fordert in seiner Schrift „Die Kirche nach dem Kriege“ die Ethisierung der Kirche und betont die schwierige Aufgabe der Kirche dem Antisemitismus gegenüber, wobei Rode die Frage aufwirft: „Sollt mit der unlauteren und wahrhaftigen Behandlung der 600.000 Juden in unserem Volke wirklich so weitergehen? Vom Kriege selber ist, soweit ich sehe, eine Aenderung dieses wilden Gegensatzes nicht zu erwarten.“

Die Kreuzzeitung stellt dazu die Gegenfrage: „Soll das deutsche Volk darauf verzichten, sich gegen das Ueberhandnehmen des ihm wesensfremden jüdischen Geistes zu wehren?“

Rode sagt dann weiter: „Die Aufgabe wird um so dringender, als das polnisch-russische Judentum unserem Volke jetzt viel näher gerückt worden ist. Es wird in unserer Schweite bleiben und wir werden seine Existenz weiter spüren.“ wozu der Kommentar der Kreuzzeitung lautet: „Es ist ein Glück, daß dieses Judentum unserem Volke einmal nähergerückt worden ist. Millionen von deutschen Männern haben durch den Krieg Gelegenheit gehabt, die Judentum in Galizien und Polen eingehend kennen zu lernen. Jeder wird den Eindruck gehabt haben, daß diese körperlich zurückgebliebenen, kulturell und moralisch tieffestehenden Leute nicht zu uns gehören und wird überzeugt sein, daß ihr Ueberhandnehmen in Deutschland für unser Volk ein Unglück wäre. Das wollen wir bei der Begründung von Mitteleuropa ja nicht außer acht lassen.“

6. IV. 1916

Die bulgarischen Gäste.

Die Vertreter des bulgarischen Volkes haben sich bereits heute eifrig in Berlin umgesehen und verschiedene Einrichtungen Berlins mit sichtlichem Interesse betrachtet. Von dem gestrigen Begrüßungsmahl, an dem mehr als 140 hervorragende Persönlichkeiten teilnahmen, sei noch die kurz erwähnte Antwort des Abgeordneten Koschnitzky nachgetragen. Er erwiderte in bulgarischer Sprache auf den Trinkspruch des Präsidenten der deutsch-bulgarischen Gesellschaft Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein:

Das bulgarische Volk hat sich lange geföhnt, das Werk seiner nationalen Einigung vollbracht zu sehen und die noch unter fremdem Joch schmachenden Brüder zu befreien. Allen Strömungen der Kultur zugänglich fühlt es sich berufen und bestimmt, eine führende Rolle auf dem Balkan zu spielen, aber der Schmerz um die geknechteten Brüder hat sich lähmend auf jede Arbeit gelegt. Angelehnt an Deutschland hat es nun seine nationalen Ideale erreicht. Nun ist die mazedonische Schwester frei, und mit Freudentränen begrüßt Bulgarien die Erfüllung seiner Sehnsucht. Die bulgarischen Truppen sind vom Kaiser hoch geehrt worden. Wir sind stolz darauf, daß wir eure Freunde und Bundesgenossen sind. Unter heißester Wunsch ist, diese Freundschaft dauernd zu erhalten und sie auf geistigem, wie auf wirtschaftlichem Gebiet fruchtbar zu machen. So begrüßen wir dankbaren Herzens auch die Gründung der Deutsch-bulgarischen Gesellschaft, die sich die Aufgabe gestellt hat, die beiden Völker einander näher zu bringen. Wir bewundern die riesigen Erfolge des deutschen Volkes auf allen Gebieten und verehren in dem Kaiser den größten und ruhmreichsten Monarchen der Welt. Der Redner schloß mit einem dreifachen Hurra auf den Kaiser, seine heldenhaften Heere und das deutsche Volk.

Schon heute am frühen Vormittag galt es, neben den Berliner Sehenswürdigkeiten auch große gewerbliche Unternehmungen aufzusuchen. Eine Gruppe der bulgarischen Abgeordneten stattete den technischen Anlagen im Ullsteinhaus in der Kochstraße einen längeren Besuch ab. Es waren dies der Vizepräsident der Sobranje Dr. Montschilow, die Abgeordneten Kostow, Aoramow, Koznitschky und A. Stanciw. Sie wohnten der Herstellung der im Ullstein-Verlage erscheinenden Tagesblätter sowie der illustrierten Zeitungen bei und verweilten längere Zeit in der graphischen Abteilung sowie in der Schnittmuster-Abteilung. Besonderes Interesse brachten sie den großen maschinellen Anlagen des Hauses entgegen. Der Rundgang dauerte über eine Stunde.

Ein anderer Teil unserer bulgarischen Gäste hatte sich in Begleitung eines Vertreters des Auswärtigen Amtes nach dem hohen Norden begeben. Sie besichtigten die Werkstätten der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in der Brunnenstraße. Es waren erschienen der frühere Justizminister Panayodow, der aus dem Balkankrieg bekannte General Popoff und der Abgeordnete Kalischew. Es wurden die Werkstätten der Maschinenfabrik, die Einrichtungen für Arbeiterschutz und Unfallverhütung sowie das Hygiene-Museum der A.E.G. eingehend besichtigt. Auf dem Dachgarten wurde zum Schluß den Gästen ein kleiner Imbiß gereicht. Dann ging es wieder in die Stadt zurück, um mittags sich beim Staatssekretär Dr. Solf, dem Vorsitzenden des deutschen Hilfskomitees für das bulgarische Volk, dem Vorsitzenden des deutschen Hilfskomitees für das bulgarische Volk, dem Reichskanzler und abends des Reichstages.

Die Untersuchung gegen Suchomlinoff. Verhaftung des früheren Kriegsministers.

S. Petersburg, 5. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der mit der Untersuchung der Angelegenheit des ehemaligen Kriegsministers Suchomlinoff, der des Mißbrauches der Amtsgewalt, der verbrecherischen Fahrlässigkeit, der Verschleierung der Wahrheit in seinen Berichten und des Hochverrats beschuldigt wird, betraute Senator Sogorodsky hat Suchomlinoff am 3. Mai in seiner Wohnung einvernommen. Nach der Vernehmung erklärte Sogorodsky für notwendig, Vorbeugungsmaßregeln gegen Suchomlinoff zu ergreifen, namentlich ihn zu verhaften. Suchomlinoff wurde noch am selben Tage in der Peter Pauls-Festung interniert.

Die Pariser Handelskonferenz.

Bei seiner Besprechung der Kapitulation von Kut-Amara bringt der „Temps“ das Kunststück fertig, dem General Townshend nachzurufen, daß er „bei Mesiphon einen glänzenden Sieg davongetragen hatte“. Wenn man das gelesen hat, kommt man nicht mehr in Gefahr, die dithyrambischen Töne ernst zu nehmen, in denen gleich daneben das Ergebnis der Pariser interparlamentarischen Handelskonferenz gefeiert wird. In diesem Eindruck wird man bestärkt durch die sehr kühle Beurteilung, die der Konferenz in dem sonst ungefähr auf gleicher Linie mit dem „Temps“ stehenden „Journal des Débats“ zuteil wird. „Man darf sich nicht verwundern“, meint das „Blatt“, „daß die interessantesten Erörterungen keine sehr genauen Vorschläge gezeitigt haben. Eine beratige Versammlung konnte trotz dem Sachverständnis und guten Willen der Teilnehmer nur das hervorbringen, was man im parlamentarischen Stil Resolutionsentwürfe nennt usw.“ In Wahrheit ist durch die Beratungen der Konferenz durchaus die Bemerkung des Ministerpräsidenten gelegentlich der Interpellation Bedouce bestätigt worden, daß es sich einfach um eine jener Konferenzen handle, wie schon vor dem Krieg mehrere stattgefunden hätten. Man hat ja dem Programm der Beratungen dadurch eine feierliche Spitze gegeben, daß man ihre „internationale“ Beschaffenheit auf die Alliierten beschränkte und gelegentliche feindliche Absichten gegen die andere Staatengruppe in die Resolutionen legte. Doch das ist selbstverständliches Beiwerk, und im übrigen hätten die Gegenstände der Tagesordnung zum größten Teil auch von einer im tiefsten Frieden tagenden Versammlung besprochen werden können. Hierher gehören z. B. die Herabsetzung der Post-, Telephon- und Telegraphengebühren, über die der sonst unbekannte französische Abgeordnete Doucet berichtete, die auf den internationalen Warentransport bezüglichen Abmachungen, die der gleichfalls unberühmte Abgeordnete Sibille behandelte, das Patentrecht, über das sich der nicht minder ruhmlose Abgeordnete Mounoury ausließ. Ueberhaupt haben die französischen Delegierten weitaus den größten Teil der Erörterungen bestritten. Ihre Beredsamkeit stand somit in umgekehrtem Verhältnis zu dem Grad ihrer Amlichkeit, denn in der Kammer ist ja ausdrücklich festgestellt worden, daß sie weder vom Parlament noch von der Regierung einen Auftrag hatten.

Doch trotz der Zahl und Gesprächigkeit der französischen Vertretung wurde die Glanznummer nicht von ihr geliefert, sondern von dem Anführer der italienischen Delegation, Herrn Luigi Euzatti, der in ebenso eleganten wie gelehrten Ausführungen die schwierige Frage des Geldverkehrs und Wechselkurses behandelte und die Schaffung einer Art von internationalem Clearinghouse vorschlug. Die „Humanité“ berichtet zu diesem Gegenstand: „Einer der englischen Delegierten legt seine und seiner Kollegen Anschauungen auseinander. Er spricht jedoch in seiner Muttersprache und man vergißt seine Rede zu übersetzen. Immerhin glauben wir zu verstehen, daß die Resolution in seinem Geiste gewissen Vorbehalten begegnet. Die Resolution wird einstimmig angenommen.“ Diese Einstimmigkeit in einem Falle, in dem sich die Mehrzahl der Delegierten ohne Zweifel in dem gleichen Notstand wie der Verlichtertratter der „Humanité“ befand, ist bezeichnend genug für den Ernst, mit dem die Verhandlungen geführt wurden. Uebrigens waren die Einwendungen, die man zu übersetzen „vergaß“, offenbar die nachträglich in einigen Pariser Blättern wiedergegebenen Bemerkungen des Vorsitzenden der englischen Delegation, Sir John Randles, der die Noth des Wechselkurses und Frachtenwesens auf natürliche Umstände zurückführte, an denen sein Vaterland beim besten Willen nichts ändern könne. In der Tat zielte der wichtigste Teil der Beratungen, der von Frachten und Valuta handelte, vor allem auf England, und man kann sich fragen, ob die ganze Veranstaltung nicht von vornherein darauf angelegt war, einen moralischen Druck auf den anspruchsvollen Bundesgenossen jenseits des Kanals auszuüben. Der begeisterte Ausruf des „Temps“, daß „die Solidarität der Verbündeten sich nicht nur unter den Fahnen, sondern auch durch die Gegenseitigkeit der Kredite zu erkennen gebe“, ist wohl weniger als Feststellung denn als Einladung und Bittgesuch zu verstehen.

Indessen kann man nicht behaupten, daß die Konferenz ohne positives Ergebnis auseinandergegangen sei. Wir meinen damit weder die Hinterlassung von Studentenkommisionen in den einzelnen Ländern, noch die Versicherung der englischen Delegierten, ihrem Vaterland die Wünsche der Bundesgenossen getreulich übermitteln zu wollen, noch etwa die lichtvolle Vorlesung des Senators Chaastenet über den Postseckel, sondern das neue Schlagwort, das der Vorsitzende der französischen Delegation, Herr Chaumet, geprägt und die Pariser Presse inzwischen schon ausgiebig verwendet hat. Auf einem der zahlreichen Bankette, mit denen die Konferenz sich die Last des Studiums erleichtert hat, sprach der Abgeordnete Chaumet von dem „kommerziellen Militarismus Deutschlands“. Was das bedeuten soll, ist nicht recht klar geworden, doch hat sich Herr Chaumet mit Recht gesagt, daß das Wort „Militarismus“, das mit dem Adjektiv „preußisch“ schon gute Dienste geleistet hat, auch noch mit anderen Beiwörtern vorteilhaft kombiniert werden könne. Und nachdem der Anstoß einmal gegeben ist, werden wir wohl demnächst auch vom deutschen Wissenschaftsmilitarismus, Kunstmilitarismus usw. zu hören bekommen. Wenn dadurch auch an der, wie Clemenceau zu sagen pflegt, durch die Gegenwart der Deutschen in Romagn gekennzeichneten Sachlage nichts geändert wird, so ist es doch immerhin etwas, daß der Pariser interparlamentarischen Handelskonferenz zu sagen erlaubt, sie habe nicht umsonst gelebt.

Z. IV. 1916

6

Der Aufstand in Irland.

(Telegramme des L. L. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Neue Hinrichtungen.

London, 5. Mai. Ein Bericht aus Dublin meldet: Folgende Sinn-Feiner sind zum Tode verurteilt und erschossen worden: Josef Plunkett, Edward Daly, Michael O'hanlon und William Pearce. Bei 15 anderen Aufständischen wurde die Todesstrafe in zehn Jahre Zuchthaus, bei einem in acht Jahre Zuchthaus umgewandelt, zwei erhielten zehn Jahre Zuchthaus. Weitere Prozesse sind im Gange.

Weitere Verurteilungen.

Dublin, 5. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Amtlich wird mitgeteilt, daß die Ablieferung der Waffen in befriedigender Weise vor sich geht. Gestern wurden 36 Personen vom Kriegsgericht abgeurteilt. Drei Rebellen wurden zum Tode verurteilt, aber nur einer von ihnen wurde erschossen; den beiden anderen wurde die Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt. Am 2. d. wurden drei Personen zu je drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Die irischen Nationalisten für allgemeine Entwaffnung.

Rotterdam, 5. Mai. „Times“ melden: Die nationalistische (irische) Partei wird demnächst die Regierung auffordern, in Irland die allgemeine Entwaffnung durchzuführen. Die nationalistischen Freiwilligen sind bereit, die Waffen abzuliefern, falls es sich um eine Maßregel für ganz Irland handelt.

Empfindliche Verluste der Truppen.

Rotterdam, 6. Mai (Privat). Aus London wird gemeldet: Aus den Todesanzeigen der Londoner Blätter geht hervor, daß die englischen Truppen bei der Niederwerfung der irischen Bewegung empfindliche Verluste erlitten haben. Die „Times“ bringen die Namen einer ganzen Reihe von Offizieren, die in Irland fielen.

Bergewaltigung Griechenlands durch die Entente.

Eindringen französischer Truppen in Florina. Verhaftung eines österreichisch-ungarischen Konsulatsbeamten.

Berlin, 6. Mai. (Privat.) Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Athen: Drei französische Kompagnien sind am 2. Mai in Florina eingedrungen, nachdem sie vorher alle Telegraphen- und Telephonleitungen abgeschnitten haben. Von Spionen geleitet, drangen sie in verschiedene Häuser ein und nahmen etwa zwölf griechische Untertanen fest, von denen sie behaupteten, daß sie Spione seien oder die bulgarische und die deutsche Armee mit Lebensmitteln versehen. Gleichzeitig nahmen sie den Sekretär des österreichisch-ungarischen Konsulats in Monastir fest, der auf der Rückreise von Athen begriffen war. Die griechischen Lokalbehörden protestierten und verlangten die Auslieferung der Gefangenen. Darauf erklärten die französischen Offiziere, sie handelten nach bestimmten Weisungen und zogen mit den Gefangenen ab. Auch die griechische Regierung und die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Athen werden Protest einlegen.

Die Haltung Rumäniens.

Ein sensationeller Artikel Peter Carps.

(Drahtmeldung der „Reichspost“.)

Bukarest, 6. Mai.

In seinem Blatte „Moldava“ veröffentlicht Peter Carp einen vielbemerkten Artikel über die Haltung Rumäniens, in welchem es heißt:

„Als der Kronrat von Sinaia den Beschluß faßte, daß Rumänien angesichts der großen Kriegereignisse, die sich in ganz Europa entfesselten, Neutralität bewahren sollte, taten alle, welche dieser Formel zustimmten, dies nur deswegen, weil sie glaubten, daß diese Formel nur eine provisorische sei, und weil niemand es sich hätte vorstellen können, daß es sich um eine definitive Entscheidung handle. Man sagte, daß Rumänien, welches zwischen zwei kriegsführenden Großmächten liegt, aus Vorsicht „zunächst“ diese Haltung beibehalten müsse, und man forderte vom Lande, daß es in diesen für sein Schicksal und für das gesamte Rumänentum so entscheidenden Augenblicken die nötige Ruhe und die erforderliche Geduld bewahre, damit nicht durch eine unüberlegte Aktion die Gelegenheit verloren gehe, die das Glück nach so langer Wartezeit biete. Im Vertrauen auf die Leiter seines Geschicks, daß dieselben Patriotismus genug besitzen und auf der Höhe der Zeit, die sie durchleben, stehen würden, daß sie ferner es verstehen würden, den glücklichen Zufall, der sich ihnen darbieten würde, sich zunutze machen, bewahrte das Land Geduld und Ruhe. Es bewies Geduld, gestützt auf das Bewußtsein, daß der Augenblick kommen werde, ihm jene Provinz wieder zurückzuerobern, die ihm einst von seinem raubsüchtigen Nachbar geraubt wurde... Es bewahrte Ruhe, weil es von der Ueberzeugung durchdrungen war, daß seine Führer im geeigneten Augenblicke es verstehen werden, sich mit dem Streben und dem Willen des gesamten

Volkes in Einklang zu bringen. Es hat sich aber bitter getäuscht; den diejenigen, denen es sein ganzes Vertrauen geschenkt hat, nahmen die Ruhe für Gleichgültigkeit und die Geduld für Entsagung und vergaßen die Pflichten die Rumänien gegen seine in der Unterdrückung lebenden bessarabischen Söhne hat. Das Volk jedoch, für welches die Neutralität keineswegs die Bedeutung einer Entsagung hatte, fordert die Befreiung seiner bessarabischen Brüder, der einzigen, die es heute durch Blutopfer zu befreien in der Lage ist, und gibt sich Rechenschaft darüber, daß der Verzicht auf dieses Opfer gerade jetzt, da sich die Gelegenheit hierzu bietet, nichts anderes bedeuten würde, als den Verlust einer Gelegenheit zur Erfüllung seines nationalen Ideals. Das Volk ist bereit, für den Ruhm und das Glück des Vaterlandes, sowie für die Errettung der bessarabischen Brüder jedes Opfer zu bringen und kann sich um keinen Preis damit einverstanden erklären, in diesem Kriege die Rolle des Zuschauers zu spielen. Diejenigen Politiker, die sich den Geschicken des Volkes absichtlich in den Weg stellen und ihm auf diese Weise ein elendes Dasein für die Zukunft schaffen, mögen sich in Acht nehmen! Die Empörung des ruhigen und geduldigen Volkes wird jene zermalmen, die es versuchen, mit seinem Ideal zu spekulieren und seine Vergrößerung zu verhindern...!“

Bukarest, 9. Mai.

Bezugnehmend auf die neuerlichen Versuche Take Jonescus und Filipescus, die nationalistische Bewegung selbst mit Aufreizung zur Erhebung wiederum in Schwung zu bringen, schreibt die „Independence Roumaine“: Nicht genug, daß beide Parteiführer mit ihrer Politik ihre Parteien schwer geschädigt haben, wollen sie jetzt das Land selbst zugrunde richten. Es ist ihnen nicht erlaubt, Zwietracht und Mißtrauen zu säen und Lüge und Verleumdung anzuwenden, um ihren politischen Gegnern zu schaden, was seit zwanzig Monaten die Föderalisten und ihre Anhänger anderen Namens tun. Auch Take Jonescu und Filipescu beweisen, daß sich die Geschichte wiederholt, die lehrt, daß Ränke und Streit die rumänischen Fürstentümer immer zerrissen und geschwächt haben. In dem Maße, als ihr Einfluß abnimmt, werden ihre Agitationen immer ordnungswidriger.

Die Wehrpflichtkrise in England.

Neue Abänderungsanträge zum Dienstpflichtgesetz.

(Telegramm des L. L. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Rotterdam, 5. Mai. Der "Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Ministerpräsident Asquith hat den Vorschlag des Abgeordneten Lowther, den Dienstzwang auf alle Männer und Frauen zwischen 16 und 60 Jahren auszudehnen, als undurchführbar abgelehnt.

"Daily News" berichten, daß nach der zweiten Lesung des Militärdienstpflichtgesetzes mehrere Abänderungsanträge eingebracht wurden. Die Arbeiterpartei beantragt, die zeitweilig entlassenen Soldaten, die in der Industrie verwendet werden, nicht der militärischen Disziplin zu unterwerfen. Simon und seine Anhänger werden Vermittlich einen ähnlichen Abänderungsantrag einbringen, weil sie fürchten, daß der Artikel IX des Dienstpflichtgesetzes zur Einführung des industriellen Zwanges verwendet werden könnte. Die Mitglieder der beiden Kriegskomitees werden beantragen, daß das Dienstpflichtgesetz verschärft werden soll. Möglicherweise wird das unionistische Kriegskomitee einen Zusatzantrag auf Einbeziehung Irlands in das Dienstpflichtgesetz einbringen.

Neue Spartacus-Briefe.

Die sozialdemokratische „Internationale Korresp.“ veröffentlicht neue Spartacus-Briefe, d. h. Briefe mit der Unterschrift „Spartacus“, die ganz im Sinne Liebknechts gehalten sind und „zur persönlichen Information“ unter den ganz radikalen Elementen in der Sozialdemokratie verbreitet werden.

Aus einem Spartacus-Brief vom 22. April ist erwähnenswert, daß der sozialdemokratische Parteivorstand am 15. April beschloß, „einen zur entschiedenen Opposition gehörenden „Vorwärts“-Redakteur zu entlassen, weil er an dem Flugblatt „Die Lehren des 24. März“ mitgewirkt hat, daß aber die Pressekommision des „Vorwärts“ diesen Beschluß abgelehnt hat. Bemerkenswert ist der spitzfindige Versuch, die Sperrung der Parteibeiträge als Parteipflicht hinzustellen. Spartacus schreibt nämlich:

„Wie uns die großen Grundsätze des Sozialismus heiliger sind, als Beschlüsse der Fraktionsmehrheit, so ist uns der Geist des Organisationsstatuts, das organisatorische Wesen der Partei, das Demokratie heißt, heiliger als einzelne Buchstaben des Organisationsstatuts, die spitzfindig gegen das innerste Wesen der Partei mißbraucht werden. Aber es kommt auch kein formeller Verstoß gegen das Parteistatut in Frage. Nicht um Verweigerung der Beiträge durch die einzelnen Mitglieder handelt es sich. Im Gegenteil! Wir fordern eifrigste Werbung und Schulung neuer Mitglieder für die Partei, damit sie unsern Kampf führen helfen. Es handelt sich um die Sperrung der den Organisationen zugeflossenen Parteigelder gegenüber den parteiverräterischen Instanzen. Nicht der Partei sollen diese Mittel entzogen werden, sondern diesen Instanzen, die die Mittel der Partei systematisch und pflichtvergessen gegen die Partei verwenden und der Partei, dem sozialistischen Kampf, rauben. Die Beiträge sollen der Partei nicht vorenthalten, sondern zugeführt und ihren großen Aufgaben gesichert werden, indem sie den parteizerrüttenden und programmverhöhrenden Funktionären, den Utopiatoren ihrer Ämter und Mandate, vorenthalten werden. Das organisatorische Wesen der Partei, die Demokratie in der Partei, soll nicht vernichtet, sondern verwirklicht werden.“

Ein Spartacus-Brief (Nr. 5) vom 30. März schließt: „Nicht Spaltung oder Einheit, nicht neue Partei oder alte Partei heißt die Parole, sondern Zurückeroberung der Partei von unten auf durch Rebellion der Massen, die die Organisationen und ihre Mittel in eigene Hände nehmen müssen; nicht durch Worte, sondern durch Taten der Rebellion. Fort mit allen Halbheiten und Jaghaftigkeiten. Fort mit allem Kompromiß und Sumpf. Fort mit den Launen, den Schwachherzigen und Weichmütigen! Sie können heute nicht bestehen. Sie taugen nicht, wo es hart auf hart geht. Der Entscheidungsschlag um die Partei hat begonnen. Er muß ohne Erbarmen mit den Tempelschändern, mit den Fahnenflüchtigen, mit den Ueberläufern des Sozialismus geführt werden. Dieses System der Parteipolitik keinen Mann und keinen Groschen, sondern Kampf aufs Messer. Und wer dabei nicht für uns ist, der ist wider uns.“

Dittmann wider König. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dittmann, der zur Haase-Gruppe gehört, beschwert sich in einem Brief an uns, weil wir nicht seine Erwiderung auf die von uns erwähnten Briefe der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten König und Spiegel berücksichtigt haben. Er hat recht mit der Annahme, daß uns die „Bergische Arbeiterstimme“ mit diesen Briefen nicht selbst vorgelegen hat. Um es kurz zu wiederholen: der sozialdemokratische Vertreter für Hagen, Reichstagsabgeordneter König, hat an Scheidemann geschrieben, daß er am 3. August 1914 auf der gemeinsamen Fahrt nach Berlin mit Dittmann zu dem Entschluß gekommen sei: die Fraktion müsse unter allen Umständen die Kriegskredite bewilligen. „Wir sind, Dittmann und ich, also nicht durch Verhandlungen in der Fraktion von der Notwendigkeit der Kreditbewilligung überzeugt worden, sondern wir kamen schon fertigt mit dem Willen, für die Kredite stimmen zu wollen, nach Berlin.“ — In seiner Erwiderung sagt Abg. Dittmann u. a.:

„Im einzelnen aber wimmelt es in seinen Behauptungen wieder von Unrichtigkeiten und Entstellungen. Das gilt im besonderen auch für den angeblichen Brief des Genossen König, der sich ausnimmt, als sei er ganz neuerdings für Scheidemanns Beweiszwang präpariert worden, oder als seien nur halbverstandene und halb wieder vergessene geprüchweise Äußerungen Königs zur Erhöhung ihrer Wirksamkeit nachträglich in Briefform gekleidet worden. Daß Genosse König den Brief wirklich so, wie ihn Scheidemann produziert, geschrieben haben kann, erscheint mir schwer glaubhaft...! Der Brief trägt aber auch ein deutliches äußerliches Zeichen Scheidemannscher Frisierkunst. Der Vorname Königs ist im Gegensatz zu dem mit der Maschine geschriebenen Familiennamen von Scheidemann handschriftlich geschrieben. Da aber Scheidemann Albert geschrieben hat, und König bekanntlich Max heißt und seine Briefe auch so unterzeichnet, kann Scheidemann nicht gut einen wirklichen Brief Königs vor sich gehabt haben. Dieses ominöse „Verschen“ passiert auch noch ausgerechnet mit dem „Briefe“, der nach Scheidemanns Angabe kein Datum tragen soll. Das Ganze sieht stark danach aus, als wenn es sich um tendenziös durcheinandergemengte mündliche Äußerungen Königs in Sitzungen des Parteiaususses handelt.“

Abg. Dittmann erklärt weiter, daß auf der Fahrt nach Berlin auch der Zentrumsabgeordnete Fervers, „mit dem wir uns fast nausgesetzt unterhielten“, im überfüllten Zug saß und erst in der Fraktionsitzung in Berlin die Forderung der Kriegskreditvorlage erkannt wurde. Wie die Echtheit des Briefes des Abg. König beweist Dittmann auch die Echtheit des „angeblichen Briefes“ des sozialdemokratischen Reichstagsabg. Spiegel an Scheidemann. Wenn — so sagt Dittmann — „Genosse Spiegel der Verfasser des Briefes ist, so hat er in den Eingangssätzen sehr gut Scheidemanns Stil und Diktion kopiert und vorausahndend dessen jetzigem Bedürfnis angepaßt, aber in der Sache selbst ein Märchen erzählt.“ — Abg. Dittmann hat recht: eine Erwiderung gegen Scheidemann ist sehr bemerkenswert, nämlich als Beweis, wie weit Treu und Glauben zu- und aneinander geschwunden ist in der sozialdemokratischen Welt.

Der Besuch der bulgarischen Sobranjedeputation.

Präsident Dr. Sylvester hatte vorgestern Unterredungen mit den Mitgliedern der Sobranjedeputation, in denen — insbesondere durch den Wortführer der Abordnung, den Vizepräsidenten des Sobranje Dr. Zwan M o m t s c h i l o w — den lebhaftesten Sympathien Ausdruck gegeben wurde, die die Abgesandten des bulgarischen Volkes der Bevölkerung Oesterreichs und ihrer Vertretung gegenüber empfinden. Aus den Äußerungen der Sobranjenmitglieder ging hervor, wie großen Wert die bulgarischen Parlamentarier auf eine den Zeitverhältnissen entsprechende Fühlungnahme mit den Parlamentariern der verbündeten Staaten legen, und in der Unterredung mit dem Präsidenten Dr. Sylvester wurde der Freude und der Genugtuung Ausdruck gegeben, in dem Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses den Vertreter des österreichischen Reichsrates begrüßen zu können.

Die Herren nahmen auch bei dieser Unterredung Gelegenheit, einander über die parlamentarischen Verhältnisse der verbündeten Staaten zu unterrichten, welche aufklärenden Mitteilungen gewiß vieles zu einer zweckmäßigen Förderung der Beziehungen zwischen den berufenen Vertretern der Bevölkerung der verbündeten Reiche beitragen werden.

Bemerkenswert ist im besonderen, daß die Bulgaren das Gespräch auch insbesondere auf den Wert der deutschen Sprache lenkten, und der Abgeordnete von Widdin, Nikola Altimiersky, teilte unter anderm mit, daß man sich in Bulgarien allerseits bemühe, Deutsch zu lernen, und daß in Bulgarien jetzt eine außerordentlich große Nachfrage nach deutschen Lehrern sei. Aus den Mitteilungen der bulgarischen Abgeordneten geht unter anderm hervor, daß, bevor sich Bulgarien an die Mittelmächte als kriegführender Staat angeschlossen habe, in dem Lande nur etwa die Hälfte der Bevölkerung als deutsch-

freundlich zu betrachten gewesen sei. Seitdem aber die Bulgaren Schulter an Schulter mit den österreichisch-ungarischen und deutschen Waffenbrüdern die großen gemeinsamen militärischen Erfolge errungen haben, herrsche eine derartig große Begeisterung für die Verbündeten, daß nunmehr die gesamte Bevölkerung Bulgariens mit ihrem Herzen im Lager der verbündeten Mittelmächte stehe, und daß in Bulgarien alles, was gut und schön ist, als germanisch bezeichnet werde.

Dank an die Wiener Presse.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Im Namen meiner Kollegen, der bulgarischen Abgeordneten, welche in Wien geweilt haben, gestatte ich mir, der hochgeehrten Wiener Presse für den glänzenden Empfang, den sie uns bereiten half, und die lebenswürdige Art, mit der sie sich als berufener Interpret zum Dolmetsch der Stimmung und Gesinnung der Wiener Bevölkerung uns gegenüber machte, den wärmsten und aufrichtigsten Dank auszusprechen. Wir alle sind hocherfreut, seitens der Wiener Publizistik eine so warme Aufnahme und Förderung unsres Reisezieles gefunden zu haben.

Dr. Zwan M o m t s c h i l o w,
Vizepräsident des Sobranje.“

Sofia, 5. Mai. Das Regierungsorgan „Narodni Prava“ schreibt zum Empfang der bulgarischen Deputierten in Budapest und Wien: Jeder Tag bringt uns neue Beweise für die Befestigung der freundschaftlichsten Beziehungen zur Donaumonarchie. Das gemeinsam vergossene Blut bildet die festeste Grundlage für die künftigen herzlichen Beziehungen und zugleich auch ein unzerreißbares Band der Völker der beiden Staaten. Wir schätzen uns glücklich, die Gefühle der Freude verdolmetschen zu können, welche das bulgarische Volk über den ausgezeichneten Empfang der Deputierten in Budapest und Wien empfindet.

8.7.1916

15

Ein Aufruf der zweiten Zimmerwalder Konferenz für den Frieden.

Bern, 7. Mai.

Die „Berner Tagwacht“ veröffentlicht einen Aufruf der zweiten internationalen sozialistischen Zimmerwalder Konferenz an die Völker, mit allen Mitteln für eine rasche Beendigung des Krieges zu wirken. Unter den Organisationen, die ihre Zustimmung zur Zimmerwalder Aktion erteilt haben, werden erwähnt die sozialdemokratischen Parteien Italiens, der Schweiz, Rumäniens, Russlands, Portugals, Amerikas, Livlands, die gewerkschaftlichen sozialistischen Minderheiten Frankreichs, die British Socialist Party und die Independent Labour Party Englands, ferner gewisse Parteiorganisationen Litauens, Polens, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands und der deutschen Sozialdemokratie. An der zweiten Konferenz nahmen aus Frankreich die Abgeordneten Brisson, Blanc und Rassin-Dugens, aus Italien Prampolini, Morgari, Modigliani, Musatti, Dugoni, aus Deutschland Adolf Hoffmann und Fleisener und aus Serbien Kozlerovic teil.

87 V. 1916

ng.

1916
8. Mai**Die bulgarischen Gäste.**

Begrüßung. — Festmahl im Kaiserhof.

Die fünfzehn bulgarischen Abgeordneten sind gestern nachmittag in Berlin nicht minder herzlich empfangen worden als in Dresden, das sie um 2 Uhr verlassen hatten, nachdem sie zuvor noch die Brühl'sche Terrasse sowie die königlichen Sammlungen besichtigt und eine Fahrt durch den Großen Garten unternommen hatten. Hier hatte sich auf dem Anhalter Bahnhof eine stattliche Schar zur Begrüßung der Vertreter des uns verbündeten bulgarischen Volkes eingefunden. Man sah die Herren der bulgarischen Gesandtschaft, den bulgarischen Generalkonsul und Mitglieder der bulgarischen Kolonie, darunter zahlreiche Studenten, einige Herren des Auswärtigen Amtes, darunter den Wirkl. Geh. Legationsrat v. Radowiz, den Reichstagspräsidenten Dr. Raempf mit dem Direktor im Reichstag, Geheimrat Jungheim, Stadtverordnetenvorsteher Michelet und Stadtrat Doflein, als Vertreter der deutsch-bulgarischen Gesellschaft deren Vorstandsmitglieder Graf Schweinitz und Dr. Fritz Mittelman, sowie ein zahlreiches Publikum. Als die Abgeordneten dem Zuge entstiegen, empfingen sie donnernde Hurraufe.

Wirkl. Geh. Legationsrat v. Radowiz begrüßte die bulgarischen Gäste namens der Kaiserlichen Regierung, indem er sie in der Reichshauptstadt willkommen hieß. Der Besuch entspringe den Gefühlen treuer Bundesgenossenschaft. Die Kaiserliche Regierung wünsche und hoffe, daß dieser Besuch in der schönen Hauptstadt und im Deutschen Reich reichste Früchte trage. Mögen die Herren überzeugt sein, daß das deutsche Volk für Bulgarien die herzlichsten Gefühle hege. Wir hoffen und wünschen, daß die Eindrücke, die Sie nach Hause mitnehmen werden, die schönsten, tiefsten und segensreichsten sein werden. Stadtrat Doflein begrüßte die Bulgaren im Namen der Stadt Berlin. Abgeordneter Kosta Kaltschew (Philippopol) antwortete in deutscher Sprache. Er und seine Freunde seien tief gerührt von dem herzlichen Empfang und bewegt von dem Gefühl wahrer Brüderschaft, welches zwischen den beiden Völkern herrsche. Er schloß mit dem innigsten Dank für die Aufnahme. Sein Ruf: Es lebe Deutschland! fand allseitigen begeisterten Widerhall.

Auf dem Wege durch die Königgräzer Straße, Budapester Straße, über den Pariser Platz und durch die Wilhelmstraße, den die Herren im offenen Automobil zurücklegten, wurden sie von einer zahlreichen Menschenmenge mit herzlichen Zurufen empfangen, wo für sie andauernd hütenschwenkend dankten. Die Abgeordneten nahmen im Hotel Kaiserhof Wohnung, von dem bulgarische Fahnen wehen. Die öffentlichen und sehr zahlreiche Privatgebäude haben ebenfalls geflaggt.

Die erste Festlichkeit im Rahmen des reichhaltigen Berliner Programms zu Ehren der bulgarischen Abordnung fand gestern, am Ankunftstage, abends auf Veranlassung der unlängst gegründeten deutsch-bulgarischen Gesellschaft im Hotel Kaiserhof statt. Vorsitzender dieser Vereinigung ist Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, die beiden anderen leitenden Persönlichkeiten sind Graf Hans Hermann v. Schweinitz und Abg. Dr. Stresemann. Der Einladung hatten etwa 12 Personen Folge geleistet. Den 15. Sobranje-Mitgliedern reichten sich ungefähr ebenso viele in Berlin wohnende Bulgaren an, darunter in erster Reihe die Herren der Gesandtschaft mit dem Gesandten Risow an der Spitze und als Vertreter der nicht beamteten Mitglieder der hiesigen bulgarischen Kolonie der Sofioter Universitätsprofessor Dr. Milettich und der bulgarische Hofmaler Prof. Michailow.

Dem Charakter des Festes entsprechend, hatten sich zahlreiche unserer deutschen Parlamentarier eingefunden, so der Reichstagspräsident Dr. Raempf, Prinz Schönau-Carolath, Graf Westarp, Arnold, Bassermann, Geheimrat Prof. Dr. Friedberg, Erzberger,

Die Reise der Sobranjemitglieder**Telegrammwechsel zwischen Baron Burian
und Montschilow.**

Vor der Abreise der bulgarischen Sobranje-Abordnung von Wien richtete der Vizepräsident des Sobranje Dr. Montschilow an den Minister des Aeußern Baron Burian folgendes Telegramm: „Bevor ich Wien verlasse, erachte ich es für meine Pflicht, Ihnen den tief gefühlten Dank unserer Abordnung für den warmen Empfang, den wir hier gefunden haben, auszusprechen, und die Versicherung zum Ausdruck zu bringen, daß wir unseren Aufenthalt in Wien in unvergeßlicher Erinnerung behalten werden. Dr. Montschilow.“

Minister des Aeußern Baron Burian erwiderte mit folgendem Telegramm nach Dresden: „Von Ihrer liebenwürdigen Depesche sehr angenehm berührt, beeile ich mich, Ihnen hierfür meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen. Der Besuch der bulgarischen Deputierten in Oesterreich-Ungarn ist ein Beweis für die engen und herzlichen Beziehungen, die unsere beiden Länder verbinden. Ich bitte Sie, sich versichert zu halten, daß wir ihn lebhaft gewürdigt haben und in bester Erinnerung behalten werden. Burian.“

Zu Deutschen Reiche.

Aus Dresden, 7. d., telegraphiert man uns: Die bulgarischen Sobranjeabgeordneten besuchten die Brühl'sche Terrasse sowie die königlichen Sammlungen und unternahmen darauf eine Fahrt durch den Großen Garten. Nach Besichtigung des Ständehauses fand dort ein Frühstück statt, das der Präsident der zweiten Ständekammer Dr. Vogel zu Ehren der bulgarischen Gäste veranstaltete. Die Abfahrt nach Berlin erfolgte nachmittags.

Aus Berlin, 7. d., wird uns telegraphiert: Anlässlich der Ankunft der bulgarischen Abordnung haben zahlreiche Häuser Flaggen Schmuck angelegt. Die Gäste trafen nachmittags ein. Als sie dem Zug entstiegen, wurden sie mit Hurrarufen empfangen. Der vortragende Rat der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes v. Radowitz begrüßte die Bulgaren namens der Regierung, Stadtrat Döflein namens der Stadt Berlin. Abg. Kosta Kalfschew (Philippopel) antwortete in deutscher Sprache.

Botschaft des Papstes an Wilson.

N. London, 6. Mai. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington:

Der apostolische Delegat übergab Wilson eine Botschaft des Papstes.

Der Inhalt derselben ist geheim, es verlautet aber, daß die Botschaft die Befürchtung eines Bruches zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten widerspiegeln.

„Deutsche Kultur — ungarische Kultur.“

Von Paul Engelmann (Budapest).

Seit Monaten wird hier das Problem der mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit den daraus zu gewärtigenden Vorteilen oder Nachteilen für Ungarn in Wort und Schrift lebhaft erörtert. Etwas von dieser Diskussion haben auch die Leser der Arbeiter-Zeitung in der Artikelserie von Josef Diner-Dénes vernommen, der sich zu „Mitteleuropa“ ablehnend verhält; er begründet das vorwiegend mit staatsrechtlichen Bedenken und mit dem Hinweis auf den Entwicklungsgang der ungarischen Kultur; obwohl diese Frage hauptsächlich von wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten aus zu klären wäre. Darüber sich mit ihm auseinanderzusetzen mag einer berufeneren Feder vorbehalten bleiben; diese Zeilen sollen sich nur mit den Auseinandersetzungen befassen, mit welchen die Streitfrage auf ein Nebengeleise geschoben wird. Hierin hat Diner-Dénes übrigens einen Vorläufer: den Großwardeiner Rechtsakademieprofessor Peter Agoston, der als Sozialdemokrat gegen „Mitteleuropa“ Stellung nimmt aus nationalen, um nicht zu sagen nationalistischen Gründen. Er befürchtet nämlich von dem Hereinströmen deutschen Industriekapitals die Entnationalisierung des Magyarentums, und zwar durch die — deutschen Werkmeister. Also, was vor hundertunddreißig Jahren Josef II. mit Anwendung absolutistischer Machtmittel und unterstützt von etlichen tausend Beamten nicht gelungen ist: das damals drei Millionen Seelen zählende Magyarentum zu germanisieren, das soll jetzt einigen hundert oder, sagen wir, mehreren tausend deutschen Werkmeistern gelingen — jetzt, wo das Magyarentum acht, nach der amtlichen Statistik sogar zehn Millionen Köpfe zählt. Von der erfahrungsgemäßen Tatsache abgesehen, daß die nach Ungarn berufenen deutschen Werkmeister, dem Zwang der Umstände gehorchend, sich in der Regel beeilen, die magyarische Sprache zu erlernen, und daß vollends für die bäuerliche Bevölkerung des magyarischen Sprachgebiets auch nicht der Schatten einer Gefahr der Entnationalisierung durch „Mitteleuropa“ besteht.

Um aber auf Diner-Dénes' kulturgeschichtliche Argumente gegen „Mitteleuropa“ *) zurückzukommen, so behauptet er, die antidutsche Strömung, die in Ungarn Schule, Literatur und Kunst umgemodelt hat, würde der mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft die heftigste Opposition entgegensetzen, das Magyarentum mit Deutschland verfeinden. Da hier Oesterreich als deutsch erschien, habe man alles mögliche getan, damit

Ungarn nicht deutsch sein solle; die reichen Jungens schickte man nicht mehr auf deutsche, sondern auf französische, schweizerische und englische Hochschulen, in Literatur und Kunst seien die Deutschen ganz außer Kurs gekommen, Ungarns moderne Literatur sei stark französisch durchtränkt — kurz, die heutige ungarische Kultur widerstrebe dem handels- und zollpolitischen Zusammengehen mit dem Deutschtum.

Nun ist es allerdings richtig, daß alles, was hierzulande politisch denkt, antiösterreichisch fühlt, und zwar ohne Unterschied der Nationalität, die Deutschen Ungarns nicht minder als die Magyaren. Muß doch schon der bloße Gedanke, mit dem Paragraphen 14 regiert werden zu können, diese Abneigung jedermann einflößen. Es mag ferner schon sein, daß, während vordem von Koloman Tisza bis zu dem Ultrachauvinisten Gabriel Ugron die herrschende magyarische Schicht ihre Söhne auf reichsdeutsche Universitäten schickte, jetzt in dieser Kreisen andere Hochschulen bevorzugt werden. Und es wird auch stimmen, daß Literatur und Kunst hierzulande heute französisiert sind — auf diesem Gebiete ist die Autorität Diner-Dénes' unstreitig anzuerkennen —, was auf Literaten und Künstler auch politisch abfärben mag. Aber für das politische Denken der Gesamtheit sind antiösterreichisch und antiddeutsch nicht gleich bedeutend. Ueberhaupt ist festzustellen: wenn Diner-Dénes in seinen hier erwähnten Auseinandersetzungen von ungarischer Kultur spricht, so ist damit die magyarisch nationale gemeint, und auch davon nur der Ueberbau derselben, die Kultur der Aesthetenzunft — nicht aber die eigentliche Kultur, deren Grundlage die produktive Arbeit, die den Volkswohlstand steigernde Produktivität der Gütererzeugung ist. Und außerhalb der Aesthetenzunft ist hierzulande von Abneigung gegen das Deutschtum oder gegen die deutsche Kultur nicht viel zu merken. In den Bourgeoisfamilien hält man den Kindern seit mehreren Jahren deutsche Bonnen und Erzieherinnen, in den Volks- und Bürgerschulen werden die Stunden für den deutschen Sprachunterricht vermehrt; der Budapester Polizeipräsident plant, für die Polizeiwachmannschaft deutsche Sprachkurse einzurichten, und nur der Krieg hat die Durchführung verzögert; der Magistrat von Kecskeemet, einer Stadt mit 99,2 Prozent magyarischer Bevölkerung, verpflichtet die städtischen Beamten, Deutsch zu lernen, weil die in der Gemarkung der Stadt produzierten Gemüse-, Salat- und Obstmengen nach Deutschland exportiert werden. Und so weiter. In solcher Hinsicht findet man die ungarische Kultur — wohlverstanden: die Kultur der Gesamtbevölkerung Ungarns — durch die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland nicht bedroht. Auch in Bezug auf unsere Agrarier ist Diner-Dénes falsch unterrichtet, indem er sie als Gegner von „Mitteleuropa“ vermutet. Hat doch Herr Rubinek, der Direktor des Landesagrikulturvereines, im „Nöztelek“, dem offiziellen Organ der Agrarier, erklärt, daß die Agrarier eher für als gegen die mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft seien. Wie erst jene Wirtschaftspolitiker, die Ungarns finanzielle Zukunft von der gesteigerten Produktivität seiner Landwirtschaft abhängig wissen!

*) Siehe Nr. 81 der Arbeiter-Zeitung vom 21. März: „Deutsche Kultur — ungarische Kultur.“

In der „Humanité“ hat Genosse Compère-Morel Anfang dieses Monats darauf hingewiesen, daß Deutschlands Weizenproduktion an die vierte Stelle in Europa emporgestiegen sei, während Frankreich bis zum Jahre 1914 bereits auf die fünfzehnte Stufe gesunken war. Nun denn, Ungarn steht agrarisch an achtzehnter Stelle. Es liefern die Durchschnittsernteerträge des Heftars in Deutschland: an Weizen 20, an Roggen 16.5, an Gerste 18.5, an Hafer 17, an Kartoffeln 130 Meterzentner; in Ungarn: an Weizen 12, an Roggen 11, an Gerste 12.5, an Hafer 11, an Kartoffeln 80 Meterzentner. Es gehört zu den ganz vulgär-ökonomischen Gemeinplätzen, daß eine gute Ernte (im Sinne schon der bisherigen Erträge) Handel und Gewerbe belebt. Wie erst, wenn eine Zollpolitik auf Grundlage von „Mitteleuropa“ den ungarischen Grundbesitz veranlaßt, den Widerstand gegen die Errungenschaften der modernen Agronomie aufzugeben, so daß die Landwirtschaft Ungarns durch den Uebergang zur intensiven Betriebsweise ihre Erträge um 70 bis 80 Prozent steigern kann!

Ziehen wir noch ein Beispiel aus dem industriellen Gebiet heran. Ende vorigen Jahres hat die Regierung einem unter der Leitung der Deutschen Bank stehenden Finanzkonsortium die Ausnützung der siebenbürgischen Erdgasquellen übertragen. Sieben Jahre sind es her, seitdem man auf diesen Naturschatz stieß. Die zur Untersuchung berufenen ausländischen Geologen schätzten die Erdgasmenge auf 72 bis 80 Milliarden Kubikmeter. Ein im Jahre 1910 beschlossenes Gesetz machte die Erdgasverwaltung zum staatlichen Monopol und die Regierung erteilte mehreren siebenbürgischen Städten die Konzession, gewisse Erdgas mengen nutzbar zu machen. Aber jene Städte konnten die erforderlichen Anleihen nicht aufstreifen, die Hoffnung auf wohlfeile Triebkraft für Industrieanlagen sowie auf billiges Heiz- und Beleuchtungsmaterial wurde zu Wasser, das Finanzkapital spielte den Mann mit zugeknöpften Taschen. Jetzt sind die zwei bedeutendsten Großbanken, die Kreditbank und die Kommerzialbank, an der Ungarischen Erdgasaktiengesellschaft beteiligt. Woher dieses plötzliche Vertrauen? Die Deutsche Bank verfügt über einen Stab erstrangiger Techniker, Chemiker, Geologen, industrieller Organisatoren etc. — unter ihrer Leitung kann's nicht fehlgehen. Da haben höchstens die Achtundvierziger-Demagogen, die noch immer ihr Sprüchel vom selbständigen Zollgebiet hersagen, gegen das Deutschtum etwas einzuwenden gehabt. Aber in Siebenbürgen, wo das Erdgas zum Preise von drei bis vier Heller für den Kubikmeter abgegeben werden dürfte, und im ungarischen Tiefland, wo die Leitungskosten den Preis um ein geringes steigern werden, harzt man erwartungsvoll der Tätigkeit der Deutschen Bank. Und so kann es sich ergeben, daß infolge noch anderweitiger Betätigung deutscher Tüchtigkeit in Dingen der Industriepolitik und dank einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität die Erzeugnisse der magyarischen Literaten und Künstler mehr Käufer als bisher finden, weil die Bevölkerung wohlhabender wird — dank dem Zustandekommen von „Mitteleuropa“.

Die Aesthetenzunft mag in chauvinistischer Beschränktheit mit staatsrechtlichen oder kulturellen Bedenken gegen „Mitteleuropa“ ankämpfen; aber wer mit wirtschaftspolitischen Argumenten die Vorteile dieses Projekts aufzeigt, erbringt den Beweis, daß die ungarische Kultur — worunter verstanden sein soll der kulturelle Aufstieg der Gesamtbevölkerung Ungarns — von der Verwirklichung der mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine mächtige Förderung zu gewärtigen hat.

Der Papst an die Union.

London, 6. Mai.

Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Der Apostolische Delegat übergab Wilson eine Botschaft des Papstes. Der Inhalt derselben ist geheim, es verlautet aber, daß die Botschaft die Befürchtung eines Bruches zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten widerspiegeln.

Wir waren in der Lage, bereits vor Ostern mitzuteilen, daß der Papst allen Staatsmännern, mit denen er in Verkehr treten konnte, „aktuelle Friedensvorschläge“ unterbreitete, und veröffentlichten auch den authentischen Text der Osterbotschaft des Papstes an das Volk der Vereinigten Staaten, in der es hieß: „Der Friede sei mit Euch! Diese herrlichen Worte, welche der erstandene Heiland zu seinen Aposteln spricht, richtet der Heiland an alle Menschen. Die Nationen, welche im Frieden sind, sollen ihn bewahren, Gott dankend für eine so große Wohltat.“ — Die Beziehung der päpstlichen Botschaft zu den großen schwebenden Ereignissen ergab sich aus diesem klaren Wortlaut von selbst. So wie in dieser Kundgebung, die sich an die breiten Schichten des amerikanischen Volkes wandte, der Papst seine Stimme für das Fernbleiben der Vereinigten Staaten aus dem Weltkonflikte erhob, ebenso wird der Papst auch in seiner persönlichen Aussprache gegenüber dem Präsidenten Wilson dem Frieden zwischen der Union und Deutschland das Wort geredet haben mit der ganzen Eindringlichkeit, die ihm seine Autorität und seine warmherzige Energie verleihen. Der wahrhaft Neutrale, der Völkerfürst, der schon durch seine weltumfassende Mission hoch über die Streittheile gestellt ist, sprach zu dem neutralen Staatslenker, dem ein so großer Beruf inmitten des Weltbrandes gegeben wäre und der dies bisher nicht verstanden hat. In der entscheidenden Stunde steht neben Wilson ein liebevoller Anwalt des Gewissens und der höchsten Menschheitsinteressen, spricht mit ihm und berät ihn. Wird Wilson diese Stimmen hören, die sich mit apostolischem Freimuth jenen Beweisgründen der Gerechtigkeit zugesellt, die aus der deutschen Antwortnote zu der Regierung der Vereinigten Staaten reden? — Eine schlimmere Charakteristik könnte der Tätigkeit Wilson nicht werden, als wenn zu seinem Konflikte mit Deutschland auch die offene Meinungsverschiedenheit gegenüber dem Papste sich gesellte. Das Urteil der höchsten neutralen Autorität stünde dann gegen ihn.

Der Eindruck, den der Schritt des Papstes auf Wilson gemacht hat, muß jedenfalls bedeutend sein; ob er die Entschlüsse des Präsidenten der Union nun glücklich zu lenken vermag, werden die nächsten Tage schon zeigen.

9. 12. 1916

Die Freiheit des offenen Meeres.

Zur deutschen Antwortnote an die nordamerikanische Regierung.

Von Hofrat Dr. Heinrich Lammasch.

Mitglied des internationalen Schiedsgerichtshofes in Haag und Mitglied des österreichischen Herrenhauses.

Salzburg, 6. Mai.

Jahrhundertlang nahm England zum Schutze seiner Küsten gegen feindliche Angriffe die Souveränität über die die britischen Inseln umspülenden Küsten in Anspruch. Noch in Schriftstellern des neunzehnten Jahrhunderts finden sich vereinzelt Äußerungen in diesem Sinne. Endlich aber mußte auch Großbritannien den Satz von der Freiheit des offenen Meeres anerkennen, und man hätte glauben können, daß ein Rückfall in die von Grotius siegreich bekämpften Auffassungen nicht mehr möglich sei. Doch gleich in den ersten Monaten des Krieges im November 1914 erklärte Großbritannien die Nordsee als Kriegsgebiet. Möchte auch anfangs die Motivierung dieser Erklärung, daß sie nur eine Warnung vor den dort ausgestreuten Minen sein soll, nicht völlig ungläubwürdig erscheinen, so zeigte sich doch bald, daß dadurch die Rechte der Neutralen auf ihren Verkehr mit den anderen Kriegsparteien und infolgedessen die wirtschaftlichen Interessen dieser letzteren empfindlich geschädigt wurden.

Das veranlaßte das Deutsche Reich zu der Retorsionsmaßregel vom 4. Februar 1915, durch welche die Großbritannien und Irland umgebenden Gewässer mit Einschluß des ganzen englischen Kanals als Kriegszone deklariert wurden. In der Note vom 16. Februar wurde diese Erklärung dahin erläutert, daß das Deutsche Reich diese Zone des maritimen Krieges überall, wo es ihm möglich ist, durch Minen versperren werde und daß es versuchen werde, Handelsschiffe des Feindes in jeder anderen Weise zu zerstören, wenn sie in dieser Zone betroffen werden, ohne daß es immer möglich sein werde, die bei solchen Anlässen Mannschaft und Passagiere treffenden Gefahren abzuwenden.

Gegen diese Ankündigung haben die Vereinigten Staaten von Amerika sofort am 10. Februar 1915 einen scharfen Protest erhoben. Vorschläge, die das Deutsche Reich am 1. März zu einer Verständigung gemacht hatte, durch welche die Interessen beider Parteien wären gewahrt worden, fanden keine Billigung.

Durch mehr als ein Jahr behinderte Großbritannien in der Nordsee zwischen der britischen Ostküste und Nor-

wegen insbesondere den freien Verkehr der Neutralen mit den deutschen und den neutralen Küsten, und in einzelnen Fällen zerstörten deutsche Unterseeboote feindliche Handelsschiffe, zuletzt die „Sussex“, was ja wohl kaum mehr bestritten werden kann und auch von der deutschen Note vom 4. Mai implizite zugegeben wird.

Durch dieses Zugeständnis und durch die Anweisung an die deutschen Seestreitkräfte, fortan auch im Seekriegsgebiet Rauffahrtsschiffe aller Art in Uebereinstimmung mit den allgemeinen bis zum Kriege anerkannten Grundsätzen des Völkerrechtes über deren Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung nicht ohne vorhergehende Warnung und nur unter Rettung der an Bord befindlichen Menschen zu zerstören, außer wenn das Schiff Widerstand leistet oder versuchen würde, zu fliehen — durch diese beiden wichtigen Konzessionen an die amerikanische Regierung hat das Deutsche Reich ein überaus weitgehendes Entgegenkommen bewiesen.

Es ist auf das allerlebhafteste anzuerkennen, daß die deutsche Reichsregierung sich durch den schroffen Ton der letzten amerikanischen Note nicht dazu hinreißen ließ, die Angelegenheit nach Gefühlen statt nach Interessen zu behandeln, und sich damit begnügte, auch ihrerseits in ihrer Antwort einzelne schärfere Ausdrücke zu gebrauchen und dadurch ihren Standpunkt zu wahren.

Als Kompensation für ihre weitgehenden Zugeständnisse verlangt die deutsche Reichsregierung ihrerseits, daß Amerika nun endlich auch den zahlreichen schweren Beschwerden, die es wiederholt schon gegen Großbritannien erhoben hat, den entsprechenden Nachdruck verleihe.

Bei ernstlicher Vorbringung dieser Gravamina wird die Regierung der Union zweifellos die vollste und bereitwilligste Unterstützung der neutralen Seemächte Europas, insbesondere der Niederlande, der skandinavischen Staaten und Griechenlands finden, die unter der britischen Neutralitätspraxis auf das empfindlichste zu leiden haben.

Stellt sich die amerikanische Union an die Spitze dieser Liga der Neutralen zur Wahrung ihrer durch die britische Praxis vergewaltigten Rechte, so wird damit die Schaffung eines Seerechts nicht bloß für diesen Krieg, sondern für alle Zukunft, soweit wir sie überhaupt übersehen können, gesichert sein.

Amerika, das sich darauf berufen kann, das Deutsche Reich zum Einlenken in eine humanere Kriegsführung bestimmt zu haben, kann jetzt, muß jetzt, um seine Unparteilichkeit zu beweisen, auch das seegewaltige britische Reich zum Einlenken in die Bahnen des von ihm verlassenen Völkerrechtes bestimmen.

Selbstverständlich ist es, daß das Deutsche Reich sich für den Fall, daß dies wider Erwarten nicht gelingen sollte, volle Handlungsfreiheit, das heißt volle Freiheit zu Retorsion und Repressalien, vorbehält. Das muß es schon aus dem Grunde, um seiner Forderung den gewünschten Nachdruck zu verleihen.

Durch den Geist der Versöhnlichkeit, verbunden mit dem der energischen Wahrung seiner Lebensinteressen, hat das Deutsche Reich in seiner Note vom 5. Mai 1916 der Menschheit einen großen Dienst geleistet.

Landfrieden in Albanien.

Aufhebung der Blutrache für 6 Monate.

* Wien, 8. Mai.

Die Albanische Korrespondenz meldet aus Skutari: Am 29. April vereinigten sich in Skutari die Vertreter aller Stämme und Gebiete Albaniens, um über die Frage der Blutrache zu beraten. Um 11 Uhr vormittags versammelte sich das Volk vor dem Regierungsgebäude, wo eine Ehrenkompanie zur Feier des Tages aufgestellt war. In markiger kurzer Rede führte Feldmarschallleutnant Trollmann den versammelten Albanern zu Gemüte, was für Uebel die Blutrache dem albanischen Volk zugefügt habe. Für das albanische Volk sei eine neue Zeit angebrochen, in der Einigkeit und Brüderlichkeit vonnöten sei. Das albanische Volk müsse seinen Platz in der Reihe der zivilisierten Nationen einnehmen. Deshalb sei es notwendig, daß alle Stämme des Landes einen Landfrieden beschwören und daß ein Gesetz für die ganze Nation gelte.

Nach dieser mit großer Begeisterung aufgenommenen Rede ergriff der Stadtkommandant Oberst Dichtel das Wort und erklärte, daß die Albaner die Waffen nur zur Verteidigung der Heimat gegen die Feinde, nicht aber gegen ihre Brüder ergreifen dürfen. Auch seine Rede wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Die Häupter aller Stämme beschloßen hierauf eine feierliche Pessa (Landfrieden) für die Dauer von sechs Monaten.

Die britischen Blutgerichte in Irland.

London, 8. Mai (Amtlich.)

Vier weitere Auführer wurden in Dublin erschossen, einer wurde zu 8, drei zu je 5, sechzehn zu je 3 und zwei zu je 2 Jahren Kerker verurteilt; zwei wurden freigesprochen.

Premierminister *Asquith* teilte im Unterhause mit, daß „nur die Hauptschuldigen“ der irischen Aufständischen hingerichtet würden. Die Regierung erwäge sorgfältig, wie mit der großen Masse der Aufständischen zu verfahren sei.

9. IV. 1916

Eine Ansprache des Reichskanzlers.

Berlin, 8. Mai.

Beim Empfang der bulgarischen Abgeordneten im Reichskanzlerpalais hielt Reichskanzler Doktor v. Bethmann Hollweg folgende Ansprache:

Meine Herren! Das Deutsche Reich heißt Sie herzlich willkommen. Ich begrüße Sie als liebe Gäste hier auf einem Boden, der auch für Bulgarien historisch ist, denn in diesem Hause wurde vor 38 Jahren der Friede geschlossen, durch welchen Bulgarien als Staat wieder erstanden ist. Welchen Weg zur Höhe hat Ihr Vaterland seit jenen Tagen genommen! Das größere Bulgarien, damals noch ein unerfüllter Wunsch und die Zukunftshoffnung aller bulgarischen Patrioten, heute ist es Wirklichkeit und Gegenwart. Und nicht als Geschenk fiel es Ihnen in den Schoß, sondern es wurde zu ewigem Besitz durch den Lebenswillen Ihres tapferen Volkes durch die Heldentaten Ihres herrlichen Heeres erworben. Wenn Sie dieser mächtigen historischen Entwicklung hier an der Stelle des Berliner Kongresses gedenken, wenn Sie erwägen, was Bulgarien damals war und was es heute ist, dann dürfen wahrlich Ihre Herzen höher schlagen, vor Freude und vaterländischem Stolz.

Meine Herren! Auf dem Wege, der Sie durch Deutschland hieher geführt hat, werden Sie empfunden haben, daß der Gleichklang der Gefühle durch unsere beiden Völker geht. Wie könnte es anders sein nach den gemeinsamen Erlebnissen dieses ruhmreichen Jahres? Aber es klingt bei uns noch mehr in diesen Gefühlen: Wir gedenken unserer eigenen Vergangenheit, wir wissen, was es heißt, wenn eine Uebermacht ein aufstrebendes Volk zu erdrücken droht, wenn es dann in einmütigem Aufschwung sich erhebt und sich befreien kann. Auch wir waren stets von Feinden umringt und mußten stets die Hand am Schwerte halten. Auch wir mußten uns aus kleinem emporarbeiten durch den Fleiß unserer Hände in entbehrungsreicher Arbeit. In allem dem ist eine merkwürdige Gleichheit der Geschichte unserer Völker. So finden Sie auch bei uns das tiefste Verständnis dafür, was Sie leisteten mit Schwert und Pfug.

In den nächsten Wochen wollen Sie nun deutsches Land und deutsche Arbeit kennen lernen. Sie werden wie bei Ihnen in der Heimat ein fleißiges, ernstes und entschlossenes Volk finden. Eines freundlichen und herzlichen Empfanges werden Sie überall sicher sein. Ich wünsche Ihnen, daß Ihnen der Aufenthalt bei uns tiefe Einblicke in unser heimisches Leben gestatten möge. Was Sie bei uns sehen und hören werden, wird Ihnen die Gewähr bieten, daß unserer glorreichen Waffenbrüderschaft eine zukunftsreiche Gemeinsamkeit kultureller und wirtschaftlicher Interessen entspricht. Die Beziehungen, die Deutschland und Bulgarien verknüpfen und, wie ich denke, für immer verknüpfen werden, reichen weit in die Geschichte zurück: Im Jahre 864 schloß Ihr großer Herrscher Zar Boris mit König Ludwig dem Deutschen zu Tulln an der Donau einen Bündnisvertrag. So erneuert sich im tausendjährigen Wechsel die Geschichte, denn ein Jahrtausend später trafen sich in Nisch der Kaiser des Deutschen Reiches mit dem Zaren des zu neuer Größe wieder erstandenen Königreiches Bulgariens zu feierlicher Bekräftigung des wieder geschlossenen Bundes. In Erinnerung an die historische Begegnung des Kaisers mit dem erhabenen Herrscher Ihres Landes gedenken wir

mit Gefühlen der Dankbarkeit und Bewunderung der aufopfernden, hingebenden Arbeit an dem Wohle Bulgariens und der glänzenden staatsmännischen Eigenschaften der weitblickenden, genialen Persönlichkeit König Ferdinands. Ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in dem Ruf: Se. Majestät der Zar der Bulgaren, er lebe hoch! hoch! hoch!

Die Antwort Dr. Mouttschilows.

Hierauf erwiderte der Vizepräsident der bulgarischen Sobranje Dr. Mouttschilow mit folgender Rede:

Eure Excellenz! Es ist sehr schmeichelhaft für mich, daß mir die Ehre zuteil wird, dem Kanzler des großen Reiches alle unsere Dankbarkeit für den so herzlichen Empfang auszudrücken, den wir bei Ihnen fanden. Seit den vier Tagen, in denen wir Deutschlands Gäste sind, haben und begreifen wir, warum es so mächtig und warum es Sieger im Osten und Westen, im Norden und Süden ist. Die beträchtliche Kraft Ihres Landes, die im Patriotismus Ihres Volkes, in den hohen moralischen Eigenschaften Ihrer Bürger und in Ihrer ungeheuren Industrie beruht, ist uns abermals ein Beweis dafür, daß Bulgarien seinen Platz in der Weltkrisis richtig wählte und daß wir, indem wir an Ihrer Seite gehen, sicher sind, zur Verwirklichung unseres nationalen Traumes zu gelangen. Wir sind glücklich, uns hier zu befinden, wo vor 38 Jahren das junge Bulgarien geschaffen wurde, und stolz, von Ihrer Excellenz zu hören, daß wir in dieser kurzen Zeit stark genug wurden, um unser Recht auf ein freies und unabhängiges Dasein durchzusetzen.

Loyal und treu — durch diese Grundeigenschaften unseres Volkes — werden wir fortfahren, bis zum endgültigen Triumph unserer Verbündeten an Ihrer Seite zu kämpfen.

Außerordentlich stolz über den Besuch Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm in Nisch, legen wir Gewicht darauf, Ihnen zu sagen, daß dies ein geschichtliches Ereignis ist, das wir niemals vergessen werden und das erhebliche Folgen für die künftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien haben wird, die hoffentlich für immer durch eine beiden Vändern glückverheißende Freundschaft vereinigt sein werden. Die große und mächtige Gestalt Sr. Majestät des deutschen Kaisers' dessen Namen allein genügt, unsere Gegner zittern zu lassen, erwart sich ein Recht auf die große Bewunderung unseres Landes. Zum Ausdruck dieser Bewunderung bitte ich Sie, meine Herren, mit mir zu rufen: Se. Majestät der deutsche Kaiser lebe hoch! hoch! hoch!

Äußerungen des bulgarischen Abgeordneten Kalkschew.

Der bulgarische Abgeordnete Kalkschew, der bekanntlich zu den angesehensten Politikern seines Landes gehört, hat sich vor der Abreise aus Wien zu einem Vertreter der „Pol. Kor.“ in folgender Weise geäußert:

Der Besuch einer Gruppe bulgarischer Abgeordneter in Oesterreich-Ungarn hat in jeder Beziehung einen überaus günstigen Verlauf genommen. Man hatte in Sofia vorausgesehen, daß Wien seinen Ruf als eine der gastfreundlichsten Städte der Welt auch diesmal bewahren werde; die äußerst freundliche Aufnahme, die den Bulgaren bereitet wurde, übertraf aber alle Erwartungen. Von allen Kreisen, mit denen sie in Berührung kamen, erhielten sie Beweise größten Entgegenkommens. Die Eindrücke, welche die bulgarischen Abgeordneten in politischer Hinsicht empfingen, waren in höchstem Maße geeignet, die freundschaftlichen Gesinnungen, mit denen sie die Reise nach Oesterreich-Ungarn unternahmen, zu befestigen. Sie waren von dem Wunsche geleitet, durch persönliche Berührung mit führenden Persönlichkeiten der Monarchie und Deutschlands zu einer weiteren moralischen Kräftigung der Bündnisbeziehungen zwischen den Mittelmächten und Bulgarien beizutragen. Das enge Verhältnis, durch das jetzt das Königreich mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland verknüpft wird, ist ein natürliches Ergebnis der zwischen diesen Staaten bestehenden Interessengemeinschaft. Er (Kalkschew) gehörte seit dem Beginn seiner Laufbahn zu den Anhängern einer auf die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn gerichteten Politik, welche in der großen europäischen Krise dank der Staatsweisheit des Königs Ferdinand sowie der Gewandtheit und Beharrlichkeit des Ministerpräsidenten Radoslawow zu vollem Durchbruch gelangte. Die ganze Tragweite des Bündnisses zwischen den Mittelmächten und Bulgarien wird nur dann erkannt, wenn man sich die Notwendigkeit seiner Erhaltung und Vertiefung nach dem Kriege vor Augen hält. An den maßgebenden Stellen in Sofia sowie in der Mehrheit der politischen Kreise Bulgariens ist man von der Einsicht durchdrungen, daß dieses Bündnis in der künftigen Friedenszeit die Grundlage der bulgarischen Politik bleiben müsse und werde.

Als eine besonders glückliche Fügung ist es zu begrüßen, daß Baron Burian, der in der ersten Entwicklungszeit Bulgariens mit der diplomatischen Vertretung der Monarchie durch eine Reihe von Jahren betraut war, gegenwärtig als Leiter der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns wirkt und zu den Schöpfern des neuen Bündnisses gehört. Es ist keineswegs bloß ein Ausfluß der Höflichkeit gegenüber dem Minister einer verbündeten Macht,

wenn die Bulgaren der Tätigkeit, die Baron Burian in Sofia entwickelte, mit rühmenden Worten gedenken. Dies ist vielmehr die gebührende Anerkennung der Verdienste, die sich Burian um die Förderung der Interessen Bulgariens, als dieser Staat noch einen schweren politischen Daseinskampf zu führen hatte, und um die Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Bulgarien erworben hat. Die Saat, die er damals in Sofia ausstreute, ist jetzt erst vollständig aufgegangen, und die Erinnerung an sein damaliges Wirken im Geiste der loyalen Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns und des beständigen Wohlwollens für Bulgarien kommt der zunehmenden Vollständigkeit des Bündnisses mit der Monarchie sehr zustatten. Auch die Zugehörigkeit der Türkei zu dem Vierbunde, der sich im Verlaufe des europäischen Krieges entwickelt hat, steht mit den Interessen Bulgariens in vollem Einklang. Er (Kalkschew) konnte das Zustandekommen dieses Verhältnisses mit um so lebhafterer Befriedigung begrüßen, als er bekanntlich jederzeit für die Pflege aufrichtig freundschaftlicher Beziehungen zur Pforte eingetreten ist und für die Verständigung zwischen Sofia und Konstantinopel auch in außerordentlichen Missionen gewirkt hat. Man wird in Bulgarien nach dem Kriege, an dessen für den Vierbund glücklichen Ausgang niemand mehr zweifeln kann, mit freudiger Zuberficht an die Aufgaben herantreten, die für die weitere innere Kräftigung des vergrößerten Königreiches und für die gedeihliche Pflege des Bündnisses mit den Mittelmächten, insbesondere mit der künftighin benachbarten Monarchie, zu erfüllen sein werden.

Der Besuch der bulgarischen Abgeordneten in Wien, ebenso wie der in Budapest, wo ihnen gleichfalls die gastfreundlichste und ehrendste Aufnahme zuteil wurde, bildet für sie ein höchst erfreuliches Ereignis; die Beobachtungen, die sie hier wie dort machten, und der Gedankenaustausch, den sie mit maßgebenden Persönlichkeiten pflegen konnten, werden sicherlich zur Befestigung der gegenseitigen freundschaftlichen Gefühle und zur richtigen Würdigung der Politik Oesterreich-Ungarns in Bulgarien beitragen. In gehobener Stimmung sehen nun die bulgarischen Abgeordneten die Reise nach Berlin fort, um auch dort bundesfreundliche Gesinnungen zum Ausdruck zu bringen und mit den leitenden Kreisen in Fühlung zu treten.

Erwartung oder Bedingung

Ueber die Aufnahme der deutschen Note durch die amerikanische Regierung ist bisher Authentisches nicht bekannt worden. Nur Privatberichte liegen bisher aus Amerika vor, nach denen zu schließen, die Note einen günstigen Eindruck gemacht hat, der zu der Hoffnung berechtigt, daß die Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Mächten geschwunden ist. Der erste Eindruck in Amerika war allerdings ein anderer gewesen. Die Erklärung dafür dürfte zum Teil in einem technischen Umstand liegen. Die Note wurde, da sie sehr lang ist, nach Amerika stückweise hinübergeschickt. Der erste Teil der Note spricht nun tatsächlich sehr scharf gegen Amerika, und solange nur dieser erste Teil in Amerika vorlag, nahm man dort an, daß er die Einleitung zu einer Ablehnung der amerikanischen Note und den Epilog zu der deutsch-amerikanischen Freundschaft bedeute. Der zweite Teil der Note, in dem Deutschland Amerika tatsächlich sehr weit entgegenkommt, hat dann, sobald er bekannt geworden war, den Eindruck geändert. Der Note folgten dann die Stimmen der deutschen Presse, und diese waren wieder geeignet, bei dem Außenstehenden den Eindruck vollends zu verwirren, wenn auch der in die Verhältnisse der deutschen Presse Eingeweihte sich in diesem sonderbaren Durcheinander zurecht zu finden vermochte.

Der Unterseebootskrieg hat, trotz Burgfriede und Zensur, die deutsche Presse in zwei Lager gespalten, die einander bis in die letzten Tage, wo die Vorbereitungen zur deutschen Antwortnote den widerstrebenden Stimmen Schweigen auferlegten, mit noch größerer, mindestens aufrichtigerer Wut bekämpften als jede von beiden

Parteien den gemeinsamen Feind draußen. Die einen waren die Befürworter des rücksichtslosen Unterseebootskrieges, die um dessen willen auch einen Krieg mit Amerika auf ihre leichten Schultern nahmen, ja in ihren extremsten Exemplaren einen solchen Krieg geradezu als ein Glück für Deutschland hinstellten. Sie gelten als Anhänger des mittlerweile zurückgetretenen Marine-Staatssekretärs v. Tirpitz. Die anderen wollten, wenn es irgend ginge, einen Krieg mit Amerika, den sie als das größere Uebel ansehen, vermeiden und traten für eine Berücksichtigung aller lokalen Wünsche Amerikas wie der anderen Neutralen bei Führung des Unterseebootskrieges ein. Ihnen wurde von ihren Gegnern vorgeworfen, daß sie dem Reichskanzler dienen. Dieser, der politisch denkende Teil der deutschen Presse sah in der Note das, als was sie sich selbst gab, ein Zugeständnis an Amerika, wenn auch das äußerste. Der andere, der scharfmacherische Teil der deutschen Presse, schied sich bei der Beurteilung der deutschen Note in zwei Lager. Das eine spielte den trollenden Achilles und hüllte sich in Schweigen. Das andere Lager trachtete, die Zugeständnisse der deutschen Note in eine Amerika auferlegte schwer erfüllbare Bedingung umzuinterpretieren. Wenn die deutsche Note in ihrem Schlusshappell die höfliche „Erwartung“ aussprach, daß Wilson nunmehr auch im Sinne seiner Note vom 23. Juli v. J. England zu einer Aenderung seiner willkürlichen Blockadepolitik bestimmen werde, machten die Scharfmacher daraus, um so der eigenen Regierung indirekt eines anzuhängen, eine „Bedingung“, an die die deutsche Regierung die Erfüllung ihrer Zugeständnisse geknüpft habe, und verschärften noch die Bedingung zu einem förmlichen laudinischen Foch, indem sie hinzusetzten, daß Präsident Wilsons Einschreiten bei England nicht genüge, sondern nur der erreichte Erfolg. Da ein solcher Erfolg aber dem Präsidenten Wilson auch beim besten Willen ausbleiben kann, verkündeten sie schon, daß die Streitfrage nur vertagt sei und daß man daraus „vielleicht die Hoffnung gewinnen könne, daß die U-Bootswaffe doch noch einmal zur vollen Anwendung kommt“.

So war die Note glücklich in das Gegenteil verkehrt. Präsident Wilson hatte schon bei einem früheren Anlaß, und gerade in seiner

letzten von der deutschen Regierung wieder angerufenen Note vom 23. Juli v. J., den Versuch einer kausalen Verknüpfung von deutschen Zugeständnissen in der Unterseebootsfrage mit englischen Zugeständnissen in der Blockadefrage entschieden abgelehnt. Die deutsche Regierung hatte deswegen, wohl mit gutem Vorbedacht, diesmal nicht eine Bedingung, sondern nur eine Erwartung ausgesprochen. Die in einem Teil der deutschen Presse versuchte Umdeutung konnte den Erfolg der Note gefährden und wird deswegen auch von der feindlichen Presse weiter kolportiert. Eine offiziöse Auslassung der deutschen Regierung hat nun den wahren Sinn der Note mit erfreulicher Raschheit richtiggestellt, und so darf man hoffen, daß die günstigen Privatberichte aus Amerika in der bevorstehenden amtlichen Auslassung des Präsidenten Wilson ihre Bestätigung finden werden.

Die Besetzung von Florina.
Verhaftung des k. u. k. Konsulatsbeamten
Zlatowski.

S. A. Athen. Französische Truppen haben bei der Besetzung von Florina den Beamten des k. u. k. Konsulates in Monastir, Herrn Zlatowski, verhaftet und fortgeführt. Entgegen der Annahme, die scheinbar der Anlaß zur Verhaftung des k. u. k. Beamten war, führte dieser keinerlei amtliche Schriftstücke mit sich.

10./V. 1916

**Ein japanischer Protest gegen Belästigung
der Handelschiffahrt durch England.
England zieht seine Kriegsflotte zurück.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Frankfurt a. M., 9. Mai.

Die „Frankfurter Zeitung“ entnimmt der „Japan Daily Mail“, daß auf einen energischen Protest Japans in London wegen Belästigung der japanischen Handelschiffahrt die englische Kriegsflotte aus Ostasien zurückgezogen wird. Die japanische Flotte wird voraussichtlich den dortigen Patrouillendienst übernehmen.

Landfrieden in Albanien.

Wien, 9. Mai.

Die „Albanesische Korrespondenz“ meldet aus **Skutari**: Am 29. April vereinigten sich hier die Vertreter aller Stämme und Gebiete Albaniens, um über die Frage der Blutrache zu beraten. Vormittags versammelte sich das Volk vor dem Regierungsgebäude. In markiger, kurzer Rede führte Feldmarschallleutnant **Trollmann** den versammelten Albanesen zu Gemüte, was für Uebel die Blutrache dem albanesischen Volke zugefügt habe. Für Albanien sei eine neue Zeit angebrochen, in der Einigkeit und Brüderlichkeit vonnöten sei. Das albanesische Volk müsse seinen Platz in der Reihe der zivilisierten Nationen einnehmen, deshalb sei es notwendig, daß alle Stämme des Landes einen Landfrieden beschwören und daß ein Gesetz für die ganze Nation gelte.

Nach dieser mit Begeisterung aufgenommenen Rede erklärte der Stadtkommandant Oberst **Dichtel**, daß die Albanesen die Waffen nur zur Verteidigung der Heimat, nicht aber gegen ihre Brüder ergreifen dürfen.

Die Häupter aller Stämme beschloßen hierauf eine feierliche **Bessa** (Landfrieden) für die Dauer von sechs Monaten.

Der Proklamation des allgemeinen Landfriedens wird hier große Bedeutung beigelegt. Bereits in früherer Zeit ist es in Albanien verschiedene Male zum Abschluß von Landfrieden gekommen; dieser hatte jedoch stets nur lokalen Charakter. In der neueren Zeit ist es das erste Mal, daß eine **Bessa** für ganz Albanien abgeschlossen wurde.

Dem albanesischen Blatte „**Bellarentja**“ wird aus **Skutari** geschrieben: Der 29. April war ein denkwürdiger, großer Tag für Albanien. An diesem Tage beginnt der Aufstieg unserer Nation zu Arbeit und Kultur, zu Fortschritt und Zivilisation. Auch in früheren Zeiten ist in Albanien die **Bessa** geschlossen worden. Aber der heutigen

gleichet keine andere, als jene, durch die vor mehr als vier Jahrhunderten **Standerbeg** alle Albanesen unter seiner Heldenfahne einigte. Jene **Bessa** leitete glorreiche Taten ein, deren Ruhm für immerwährende Zeiten in das Buch der Geschichte eingetragen ist. Die heutige **Bessa** wird uns zu Kultur und Fortschritt führen. Jenen allgemeinen Landfrieden schuf das Heldenherz **Standerbegs**. Die nunmehrige Einigung aller Albanesen brachte die Wohltäterin und Schützerin unserer Nation, die österreichisch-ungarische Regierung, zustande.

10./V. 1916

Bericht des Obersten House an Wilson.

Berlin, 9. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Wie der „Lokalanzeiger“ berichtet, bringen die „Continental-Times“ einen Artikel, in dem der Bericht des Obersten House, den dieser dem Präsidenten Wilson erstattete, abgedruckt wird. Oberst House sagt: Die Reise hatte ein doppeltes Programm: erstens festzustellen, ob ein Vorschlag zur Friedensvermittlung seitens des Präsidenten der Vereinigten Staaten Aussicht auf Erfolg habe; zweitens über die Ziele der Kriegführenden in bezug auf die Haltung Nordamerikas völlige Klarheit zu schaffen.

Zum ersten Punkt äußerte sich Oberst House, daß man jeden wie immer gearteten Friedensvorschlag ablehnen werde; das sei der Standpunkt Englands. Frankreich würde ebenfalls ähnliche Versuche als verfrüht zurückweisen, da es zunächst das Ergebnis des Sommerfeldzuges abzuwarten wünsche, in dessen Verlauf es den Feind aus seinem Gebiet zu vertreiben hoffe.

Ueber den zweiten Punkt berichtet Oberst House: Die Centralmächte sind der Ansicht, daß die amerikanische Regierung von Anfang an nicht offenerzig aufgetreten sei. Wäre die ganze Wahrheit über die Lage und die Sache der Centralmächte von vornherein in Amerika bekannt geworden, so ständen heute die Sympathien der ganzen westlichen Hemisphäre auf Seite Deutschlands und seiner Verbündeten. Aber die Vernichtung des deutschen Kabels und die unentschuld bare Zensur, der die drahtlosen deutschen Depeschen unterworfen sind, haben dies verhindert. In Frankreich und England herrscht ausgesprochene Bitterkeit gegen Amerika, das den Weltkrieg ausnütze, um sich zu bereichern. Rußland und Italien teilen diese Gefühle. Französische Staatsbeamte hätten ihm gesagt, wenn Amerika Frankreich so unterstützt hätte, wie in der Vergangenheit Frankreich die Sache der nordamerikanischen Ansiedlungen, wäre der Krieg bereits vorüber. Die Ansichten in England seien noch schroffer. Man teilte ihm mit, daß ein Vorschlag, alle Handelsschiffe zu entwaffnen, in England als direkte Unfreundlichkeit empfunden würde.

**Der Bericht des Obersten House an Wilson.
Keine Friedensstimmung in England und
Frankreich.**

(Teleogramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 9. Mai.

Die in Berlin erscheinende „Continental Times“ entnehmen einem amerikanischen Blatt den Bericht, den Oberst House nach seiner Reise nach Europa dem Präsidenten Wilson vorlegte. Nach diesem Bericht umfaßte die Mission des Obersten House ein doppeltes Programm: erstens festzustellen, ob ein Vorschlag für Friedensvermittlungen seitens des Präsidenten der Vereinigten Staaten irgendwelche Aussicht auf Erfolg habe, und zweitens über die Gefühle der Kriegführenden in Bezug auf die Haltung Nordamerikas in diesem Kriege vollständige Klarheit zu schaffen.

Was den ersten Punkt betrifft, so berichtet Oberst House, daß England jede wie immer gearteten Friedensvorschläge ablehnen werde und daß auch bei Frankreich alle ähnlichen Versuche als verfrüht betrachtet werden müßten, da Frankreich zunächst das Ergebnis des Sommerfeldzuges abzuwarten wünsche, in dessen Verlauf es den Feind aus seinem Gebiet zu vertreiben hoffe.

Hinsichtlich des zweiten Punktes berichtet der Oberst, daß die Zentralmächte der Ansicht sind, daß die amerikanische Regierung von Anfang an ihnen nicht offenerzig entgegengetreten sei. Wäre die ganze Wahrheit hinsichtlich der Sache der Zentralmächte von Anfang an in Amerika recht bekannt geworden, berichtet der Oberst weiter, so ständen heute die Sympathien der ganzen westlichen Hemisphäre auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten. Aber die Vernichtung des deutschen Kabels und die gar nicht zu entschuldigende Zensur, der die deutschen drahtlosen Depeschen unterworfen sind, habe dies verhindert.

Was den Biververband anbetrifft, so herrsche in Frankreich und England ausgesprochene Bitterkeit gegen Amerika, das den Weltkampf ausnütze, um sich zu bereichern, und Rußland und Italien teilen diese Gefühle. Französische Beamte hätten erklärt, wenn Amerika Frankreich energisch unterstützt hätte, würde der Krieg längst zu Ende sein. Die Ansichten Englands seien noch schroffer, und es wurde ihm mitgeteilt, daß ein amerikanischer Vorschlag, alle Handelschiffe zu entwaffnen, in England als eine direkte Unfreundlichkeit empfunden werden würde.

Der bulgarische Besuch.

Dr. Christo Georgiew über seine Eindrücke
in Deutschland.

Der Sekretär der Sobranje, Christo Georgiew, Schwiegerjohn des Ministerpräsidenten Radoslawow, hatte mit unserm L. St.-Mitarbeiter eine Unterredung, in der er die deutschen Eindrücke der bulgarischen Abgeordneten schilderte.

„Ich habe,“ sagte Dr. Georgiew, „wie Sie wissen, zwei Jahre an der Berliner Universität und mehrere Jahre in Wien studiert. Ich kenne daher das deutsche Volk aus mehrjähriger Beobachtung und verstehe mich auf die Formen seiner Gefühlsäußerungen. Der Norddeutsche ist darin zurückhaltend, und gerade wir Bulgaren haben dafür um so größeres Verständnis, als unsere Art in dieser Hinsicht der deutschen verwandt ist. Auch das bulgarische Volk ist in den Äußerungen seines Gefühlslebens nüchtern und abwartender als es sonst bei Südländern üblich ist. Um so größer war meine freudige Ueberraschung darüber, daß wir auf deutschem Boden eine Herzlichkeit vorgefunden haben, die ich mir nicht habe träumen lassen.“

Unser Mitarbeiter erkundigte sich des Näheren über den Dresdener Aufenthalt der bulgarischen Gäste und insbesondere über den Empfang, den die Bevölkerung der sächsischen Residenz ihnen bereitete.

„Wir als demokratisches Volk,“ antwortete Dr. Georgiew, „legen großen Wert auf die Kundgebungen der Volksseele. Unsere Fahrt durch Dresden war ein Triumphzug. Ueberall, wo wir erschienen sind, jubelte uns die Bevölkerung Dresdens zu. Wir wurden mit Blumen überschüttet, und herzliche Zurufe aus der Mitte des Volkes tönten uns überall entgegen. Von der „Kriegsmüdigkeit“, die unsere Feinde den Deutschen zuschreiben, war bei der festlich gestimmten Menge nicht die leiseste Spur zu entdecken. Wir besichtigten eine Tabakfabrik, in der bulgarische Tabake verarbeitet werden, und hatten dabei das freudige Gefühl, daß wir uns auch wirtschaftlich gegenseitig ergänzen. Die sächsische Regierung hatte alles aufgeboten, um uns den Aufenthalt in Dresden so angenehm wie nur möglich zu machen. Unsere Huldigung an den König wurde schon nach einer Stunde in den wärmsten Ausdrücken beantwortet.“

„Welchen Eindruck hat ‚Berlin im Kriege‘ auf Sie gemacht, da Sie ja aus Ihrer Studentenzeit nur das Berlin im Frieden kannten?“

„Von einem ‚Berlin im Kriege‘ haben wir nichts bemerkt. Weder ist uns eine besondere Preissteigerung bei unseren Einkäufen, noch ein nennenswerter Mangel an Vorräten aufgefallen. Berlin hat sein gewöhnliches Aussehen. Auch in diesem Punkte empfangen wir die Ueberlegenheit der deutschen Organisation.“

„Welcher Art sind die Eindrücke politischer Natur, die Sie hier empfangen haben?“

„Das deutsche Volk ist offenbar voller Zuversicht und Siegesgewißheit. Seine gerechte Sache muß triumphieren, weil man die Entschlossenheit allüberall gewahr wird, das Aeußerste und Letzte aufzubieten, um den endgültigen Sieg an die deutschen Fahnen zu heften. Die ausziehenden Truppen, die wir gesehen haben, waren blumengeschmückt und sangesfroh wie in den Tagen der ersten Begeisterung. Die Teilnahme des Reichskanzlers, der Minister wie aller hohen Würdenträger an den zu unseren Ehren veranstalteten Kundgebungen hat uns bewiesen, daß unser Bündnis feste Wurzeln geschlagen hat. Radoslawow wird keine geringe Freude darüber empfinden, daß die hier weilenden Anhänger seiner Partei Augenzeugen der Krönung seines politischen Werkes sein durften. Jar Ferdinand, dem in allen Ansprachen gehuldigt wurde, ist in Berlin vollstümlicher denn je. Wir bringen aus unseren Rücksprachen mit den führenden Männern in Deutschland die feste Ueberzeugung mit, daß man unseren politischen und volkswirtschaftlichen Interessen in Berlin volles Verständnis entgegenbringt.“

„Und wie denken Sie sich die Zukunft unseres Bündnisses?“

„Die Waffenbrüderschaft wird den Krieg überdauern. Wir haben einander in Not und Tod nicht bloß achten, sondern lieben gelernt. Die nunmehr festgeknüpften Bande werden sich als unzerreißbar erweisen.“

Der deutsch-türkische Bündnisvertrag.

Eine Anfrage im Reichstag.

Der Abg. Dr. Herzfeld von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat folgende kurze Anfrage im Reichstag gestellt:

Auf dem Bankett der Jungtürken zu Ehren der deutschen Parlamentarier in Konstantinopel, Ende April d. J., hat der türkische Minister des Aeußern Halil Bei bekanntgegeben, daß Deutschland und Oesterreich mit der Türkei seit vier Monaten über ein Bündnis zu gleichen Rechten und von langer Dauer auf der Grundlage gegenseitigen und gleichwertigen Beistandes gegen jede Gefahr verhandelt, daß bis auf einige Einzelfragen ein endgültiges Einverständnis erreicht sei und die Ratifikation dieses Vertrags durch die Souveräne binnen kurzem bevorstehe.

An den Herrn Reichskanzler wird die Anfrage gerichtet, welchen Inhalt dieser Vertrag hat und ob er dem Reichstag vor der Ratifizierung zur Kenntnis gegeben wird?

10. 11. 1916

Die Fremdvölker Rußlands an Wilson.

Ein Rotjährei der Opfer moskowitzischen Hasses.

Die Liga der Fremdvölker Rußlands hat gestern von Stockholm aus folgendes Telegramm an den Präsidenten Wilson gesandt:

Herr Präsident!

In dringender Not wenden wir uns an Sie, Herr Präsident, als an einen Vorläufer für Humanität und Gerechtigkeit, und durch Sie an alle Menschenfreunde, um Sie wissen zu lassen, welche schmerzliche Schicksal unsere Volks- und Glaubensgenossen durch Rußlands Verbrechen ertragen müssen. Wir wenden uns durch Sie, Herr Präsident, auch an Rußlands Verbündete, denn wir wissen, daß auch sie in ihrer Freiheitsliebe und ihrem Rechtsgefühl unsere Leiden unerträglich finden werden.

Wir Angehörigen der fremdstämmigen Nationen und Religionsgemeinschaften Rußlands klagen die russische Regierung vor der gesamten zivilisierten Welt an und rufen um Hilfe,

um Schutz vor Vernichtung!

Wir Finnländer klagen die russische Regierung an, unsere feierlich bestätigte Verfassung mit Füßen getreten zu haben. Finnlands Recht ist durch russische Gesetze, die in Finnland keine Gültigkeit haben, verletzt worden. Unsere staatliche Autonomie wird vernichtet, unsere Rechtsordnung zerstört.

Wir Balten waren jahrhundertlang des russischen Reiches zuverlässigste Untertanen. Als Dank wurden uns unsere Verfassung, unsere verbrieften Rechte geraubt. Die Bewohner des Landes wurden systematisch gegeneinander gehetzt. Während des Krieges hat das russische Heer unsere Wohnsitze verwüstet, geplündert und niedergebrannt.

Wir Letten haben von jeher dem russischen Staat viele bewährte Beamte gestellt. Wir sahen, wie unser Schulwesen vernichtet wurde. Die russische Regierung hat einen Geist des Hasses und der Feindschaft gegen Andersstämmige geschürt und dadurch Sittenlosigkeit gezeugt.

Wir Litauer haben durch den Bruch der im „Lithauischen Statut“ gegebenen feierlichen Versprechungen unsere nationale Selbständigkeit verloren. Unser Glaube wurde verfolgt. Katholische Kirchen wurden gewaltsam in orthodoxe umgewandelt. Der kirchliche Landbesitz wurde geraubt. Die litauische Muttersprache sollte ausgerottet werden; wer ein litauisches Gebetbuch besaß, wurde mit Kerker oder sibirischer Verbannung bestraft. Jetzt hat die russische Armee große Teile unserer Bevölkerung gewaltsam ins Elend verschleppt und das früher wohlhabende Land verwüstet.

Wir Polen haben, seitdem wir unter russischer Herrschaft stehen, jahrhundertlang physische und moralische Qualen erlitten. Verfassungsbrüche und Zerstörung unseres staatlichen und nationalen Lebens kennzeichnen das Verhalten der „Schwesternation“ Rußland. Um das von dem russischen Oberbefehlshaber in diesem Kriege gegebene Autonomieversprechen einzulösen, sind auch nicht die geringsten Schritte unternommen worden. Russische Truppen haben jetzt in sinnloser Weise unsere Gebiete verwüstet, geplündert und gebrandschatzt, die russische Regierung hat einen großen Teil unseres Volkes in die Fremde verjagt, und im Innern des Reiches leiden anderthalb Millionen Polen entsetzliche Not.

Wir Juden Rußlands sind geknechtet wie kein anderes Volk der Erde. Wir werden geistig und körperlich dem Stichtum überlassen. Wir werden am Besuch der Schulen und Universitäten gehindert. Zusammengepfercht in Ansiedlungsrayons, gab man uns steigender Verarmung und Verelendung preis. In barbarischen Pogroms ließ man den Pöbel seine bestialischen Instinkte blutig an uns austoben. Durch den Krieg sind Hunderttausende von uns in die Fremde gehetzt worden und viele Tausende sind dabei elend umgekommen.

Wir Ukrainer sind unserer feierlich zugesprochenen Autonomie beraubt worden. Die Selbständigkeit unserer Kirche wurde vernichtet, unsere Sprache, die Sprache eines 30 Millionen zählenden

Volkes, aus dem öffentlichen Leben und aus den Volksschulen verbannt. Kulturelle Vereine wurden mit Kriegsausbruch aufgehoben, die Presse verboten. In Galizien und der Bukowina kamen die Ausrottungsabsichten Rußlands unserem Volke gegenüber offen zum Ausdruck. Alles Ukrainische wurde verfolgt, Massenverhaftungen vorgenommen und die gewalttätige Russifizierung eingeleitet. Dabei hatte die russische Regierung die Stirn, sich als Befreierin Galiziens aufzuspielen.

Wir Muselmanen Rußlands, 25 Millionen, führen Klage über die an uns verübte Knechtung. Die Ausübung unserer Religion wird in ungesetzlicher Weise behindert. Politisch werden wir verfolgt. Unser Landbesitz ist uns geraubt worden, um russischen Günstlingen und Gewalthabern geschenkt zu werden.

Wir Georgier, das größte Volk Kaukasien, schlossen einst freie Verträge mit Rußland, die alle gebrochen worden sind. Unsere Dynastie, die Selbständigkeit unserer Kirche, unsere nationalen Einrichtungen wurden vernichtet. Unsere freien Bauern wurden enteignet, um russischen Bauern Platz zu machen. Mit Kriegsausbruch wurden unsere Besten verschickt, unsere Provinz Adschara vollständig verheert. Hungernd, nackt und elend wurden über 50 000 Menschen vertrieben und dem Untergang geweiht.

So frevelt Rußland an uns, seinen eigenen Untertanen. Es hat jegliches nationale Leben unterdrückt, es hat unsere lebendigen Kulturen vergiftet. Sittenlosigkeit und Bestechlichkeit hat Rußland an die Stelle von Gerechtigkeit und Ehrlichkeit gesetzt, andersgläubige Religion verfolgt, Aufschwung und Bildungsdrang unterdrückt und die Verdummung seiner eigenen Untertanen angestrebt.

Jetzt aber, während unsere Brüder

für Rußland bluten und sterben,

jetzt hat die russische Regierung ihrer Beamtschaft völlige Freiheit gegeben, um ihre Zerstörungswut an unseren Wohnstätten auszulassen.

Wir beklagen uns über die sinnlosen Zerstörungen, die aus reiner Lust am Raub und Mord und auf direkten Befehl verübt worden sind. Wir beklagen uns über die gemeinen Verdächtigungen eigener Untertanen, über das Eintrikern, Verschleppen, Verstößen in Hunger, Elend und Not. Wir beklagen uns über das Hinstecken und Sterben Tausender von Unschuldigen, von Greisen, Frauen und Kindern.

Wir haben nicht vergessen, daß Millionen unserer Stammesgenossen sich noch in russischen Händen befinden, daß ihnen der Mund verschlossen ist und sie die fürchterlichsten Qualen still dulden müssen. Wir kennen auch die Gewohnheit der russischen Regierung, an wehrlosen Verwandten und Stammesangehörigen Rache zu nehmen, wenn sie ihren Haß an denen nicht läshen kann, die die Wahrheit sagen.

Wir können heute nichts für die Unseren tun. Gott schütze sie!

Darum rufen wir: Helft uns! Schützt uns vor Vernichtung!

Liga der Fremdvölker Rußlands.
(Unterzeichnet von 17 Mitgliedern der Liga.)

Zum ersten Male in der Geschichte Rußlands geschieht es, daß die geknechteten und blutig verfolgten Fremdvölker des Zarenreiches sich klageführend an das Oberhaupt einer anderen Macht wenden und ihn flehentlich um Hilfe bitten. Es handelt sich hier somit um einen Schritt von erheblicher politischer Bedeutung. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß ihm der Erfolg beschieden sei, den die unglücklichen Bittsteller reichlich verdienen.

Die amerikanische Antwort

Was zuerst auffällt, wenn man die amerikanische Antwort an Deutschland liest, ist ihre Kürze und ein gewisser trockener, unerbittlicher Ton. Sie enthält sich durchaus der sonst nach Beilegung eines Konfliktes üblichen höflich-freundlichen Wendungen. So sprechen Leute, die sich zwar äußerlich vertragen, aber keineswegs die Sicherheit gewonnen haben, das mühsam zusammengestückte Band werde lange halten.

Für den Augenblick ist immerhin der Bruch der Beziehungen vermieden. Die amerikanische Note betont vor allem, daß Deutschland dem amerikanischen Verlangen nach Aufgabe der seit dem 4. Februar 1915 befolgten Unterseebootkriegs-Politik entsprochen habe. Einer, der nicht weiß, um was es sich handelt, müßte aus der verallgemeinernden Wendung, die die amerikanische Note hier braucht, viel weitergehende Schlüsse ziehen. Tatsächlich hat natürlich Deutschland nicht schlechtweg seine Unterseeboot-Politik, wie sie in der oben zitierten Erklärung niedergelegt wird, aufgegeben, es hat lediglich den deutschen Seestreitkräften die Weisung erteilt, „in Beachtung der allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätze über die Anhaltung, Durchsuchung und Zerstörung von Handelschiffen auch innerhalb des Seekriegsgebietes, Rauffahrtsschiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschenleben zu versenken, es sei denn, daß sie fliehen oder Widerstand leisten.“ Das bedeutet nicht ein Aufgeben der Unterseeboot-Politik, sondern nur eine Milderung. Und tatsächlich hatte ja auch Amerika nichts anderes verlangt als diese Milderung. Daß es demnach diesen Teil der deutschen Erklärung annehmen werde, war von Anfang an selbstverständlich.

Wir haben schon in der Besprechung der deutschen Erklärung die Ansicht ausgesprochen, der Kern der ganzen Angelegenheit ruhe nicht in diesem Nachgeben Deutschlands, sondern in dem Vorbehalte, den die Berliner Regierung dem Zugeständnis angeheftet hat. Wir sagten damals, in diesem Vorbehalte stecke die Möglichkeit der Verschärfung des Konfliktes.

Die amerikanische Antwort erweist, daß tatsächlich der Gegensatz, der sich daraus ergibt, nicht aus der Welt geschafft worden ist. Die Schlusssätze der deutschen Note lauteten:

„Die deutsche Regierung geht demgemäß von der Erwartung aus, daß die neue Weisung an die Seestreitkräfte auch in den Augen der Regierung der Vereinigten Staaten jedes Hindernis für die Verwirklichung der in der Note vom 23. Juli 1915 angebotenen Zusammenarbeit zu der noch während des Krieges zu bewirkenden Wiederherstellung der Freiheit der Meere aus dem Wege räumt, und zweifelt nicht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nunmehr bei der großbritannischen Regierung die alsbaldige Beobachtung derjenigen völkerrechtlichen Normen mit allem Nachdruck verlangen und durchsetzen wird, die vor dem Krieg allgemein anerkannt war und insbesondere in den Noten der amerikanischen Regierung an die britische Regierung vom 28. Dezember 1914 und vom 5. November 1915 dargelegt wird. Sollten die Schritte der Regierung der Vereinigten Staaten nicht zu dem gewollten Erfolge führen, den Gesehen der Menschlichkeit bei allen kriegsführenden Nationen Geltung zu verschaffen, so würde sich die deutsche Regierung einer neuen Sachlage gegenübersehen, für die sie sich die volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten muß.“

Darauf antwortet die amerikanische Regierung, sie sei „berechtigt, zu glauben“, daß Deutschland nicht die Absicht habe, in irgend einer Weise die Aufrechterhaltung seiner neuen Politik im Unterseebootkrieg abhängig zu machen von der Wendung oder dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und irgend einer andern kriegsführenden Macht. Die Wendung, die amerikanische Regierung sei „berechtigt zu glauben“ ist diplomatischer Euphemismus. Tatsächlich steht ja völlig unmißverständlich in der deutschen Note zu lesen, daß die deutsche Regierung ihre Zugeständnisse zurücknimmt, sobald die Tatsache feststeht, daß Amerika von England nicht erreicht, was Deutschland verlangt. Und die Schlusswendung der amerikanischen Antwort enthält die denkbar schroffste Zurückweisung dieses Vorbehaltes. Die amerikanische Regierung könne die Einrede für keinen Augen-

blick zulassen, noch weniger darüber diskutieren. Schärfer kann man Gegensätze nicht betonen.

So schließt dieses denkwürdige deutsch-amerikanische Rededuell scheinbar mit einer Verständigung, tatsächlich aber ist die Hauptfrage noch nicht beantwortet. Der eine Teil hat sie gestellt, der andere aber hat erwidert, er könne darauf gar nicht eintreten. Ob der Augenblick kommen wird, da die Frage noch einmal und dringender von Deutschland gestellt werden wird? Das ist nicht ausgeschlossen. Für den gegenwärtigen Augenblick kann man feststellen, daß die Gefahr eines Bruches beseitigt ist. Die deutschen Unterseebootkommandanten werden also in Zukunft kein Rauffahrtsschiff mehr ohne Warnung und ohne Rettung der Menschenleben versenken — und Amerika wird, so hoffen auch wir in unserm eigenen Interesse, die Verhandlungen mit England über die Wiederherstellung der Freiheit der Meere fortführen. Scheitern diese Verhandlungen, dann wird der zweite Gang im deutsch-amerikanischen Rededuell beginnen.

Auch in diesem Falle ist immerhin die Möglichkeit einer friedlichen Einigung nicht ausgeschlossen. Denn trotz scharfer Wendungen und unwirscher Geberden auf beiden Seiten hat man doch den Eindruck, es liege beiden Staaten daran, den Ausbruch des Kriegszustandes zu vermeiden, so lange das irgend möglich ist. Dafür spricht auch die untenstehende Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs. Sowohl Deutschland wie Amerika sehen schwerwiegende Interessen daran, wenn sie den Konflikt zum Neuzerren treiben, und der Gewinn, den beide daraus ziehen könnten, ist durchaus problematisch. Doch diese Entscheidungen liegen in der Zukunft, für heute wollen wir uns freuen, daß ein neuer Bruch und damit eine Verlängerung des furchtbaren Krieges vermieden ist.

Die Ukrainer beim Minister des Innern.

• Wien, 9. Mai. Auf Beschluß des ukrainischen parlamentarischen Klubs erschien am 8. d. beim Minister des Innern Baron Burian das Präsidium des Klubs, bestehend aus dem Präsidenten Dr. Konstantin Lewicki und den Vizepräsidenten Dr. Eugen Petruszewicz und Dr. Eugen Lewicki, um dem Minister die Wünsche des Klubs zu unterbreiten. Die den ukrainischen Führern gewährte Audienz dauerte knapp eine Stunde.

10. IV. 1916

Die russischen Fremdvölker an Präsident Wilson.

Stockholm, 9. Mai. Die Liga der Fremdvölker Rußlands hat heute folgendes Telegramm an den Präsidenten Wilson gesandt:

„In dringender Not wenden wir uns an Sie, Herr Präsident, als an einen Vorkämpfer für Humanität und Gerechtigkeit, und durch Sie an alle Menschenfreunde, um Sie wissen zu lassen, welch schweres Schicksal unsere Volks- und Glaubensgenossen durch Rußlands Verschulden ertragen müssen. — Wir wenden uns durch Sie, Herr Präsident, auch an Rußlands Verbündete, denn wir wissen, daß auch sie in ihrer Freiheitliebe und ihrem Rechtsgefühl unsere Leiden unerträglich finden werden.

Wir Angehörige der fremdstämmigen Nationen und Religionsgemeinschaften Rußlands klagen die russische Regierung vor der gesamten zivilisierten Welt an und rufen um Hilfe, um

Schutz vor Vernichtung!

Wir Finländer klagen die russische Regierung an, unsere feierlich bestätigte Verfassung mit Füßen getreten zu haben. Finlands Recht ist durch russische Gesetze, die in Finnland keine Gültigkeit haben, verlegt worden. Unsere staatliche Autonomie wird vernichtet, unsere Rechtsordnung zerstört. Der Landtag soll aus dem öffentlichen Leben vollständig ausgeschaltet werden; die einheimischen Sprachen werden verdrängt, die Verwaltung desorganisiert. Verfassungsstreue Richter und Beamte werden in russische Gefängnisse gesperrt oder nach Sibirien verschickt.

Wir Baltten waren jahrhundertlang des russischen Reiches zuverlässigste Untertanen. Als Dank wurden uns unsere Verfassung, unsere vertriebenen Rechte geraubt. Die Bewohner des Landes wurden systematisch gegeneinandergebracht. Während des Krieges hat das russische Heer unsere Wohnsitze verwüstet, geplündert und niedergebrannt. Viele von uns sind grundlos verdächtigt, wie Feinde ohne Rechtspruch eingekerkert und ins Elend verschleppt worden.

Wir Letten haben von jeher dem russischen Staate viele bewährte Beamte gestellt. Wir haben, wie unser Schulwesen vernichtet wurde. Die russische Regierung hat einen Geist des Hasses und der Feindschaft gegen Andersstämmige geschürt und dadurch Sittenlosigkeit gezüchtet. Obgleich wir freiwillig Legionen zur Verteidigung Rußlands stellten, ist ein großer Teil der lettischen Bevölkerung jetzt von Haus und Hof vertrieben, um im Innern des Reiches im Elend zu verkommen.

Wir Litauer haben durch den Bruch der im „Litauischen Statut“ gegebenen feierlichen Versprechungen unsere nationale Selbständigkeit verloren. Unser Glaube wurde verfolgt. Katholische Kirchen wurden gewaltsam in orthodoxe umgewandelt. Der kirchliche Landbesitz wurde geraubt. — Bildung und Aufklärung wurden gewaltsam verhindert und die litauische Muttersprache sollte ausgerottet werden; wer ein litauisches Gebetbuch besaß, wurde mit Kerker oder sibirischer Verbannung bestraft. — Ein großer Teil des Landes wurde eingezogen und an russische Günstlinge verteilt oder zu Kronländern gemacht. Jetzt hat die russische Armee große Teile unserer Bevölkerung gewaltsam ins Elend verschleppt und das früher wohlhabende Land verwüstet.

Wir Polen haben, seitdem wir unter russischer Herrschaft stehen, jahrhundertlang physische und moralische Qualen erlitten. Verfassungsbrüche und Zerstörung unseres staatlichen und nationalen Lebens kennzeichnen das Verhalten der „Schwesternation“ Rußland! Um das von dem russischen Oberbefehlshaber in diesem Kriege gegebene Autonomieversprechen einzulösen, sind auch nicht die geringsten Schritte unternommen worden. Russische Truppen haben jetzt in sinnloser Weise unsere Gebiete verwüstet, geplündert und gebrandschatzt, die russische Regierung hat einen großen Teil unseres Volkes in die Fremde verjagt und im Innern des Reiches leiden anderthalb Millionen Polen entsetzliche Not.

Wir Juden Rußlands sind geknechtet wie kein anderes Volk der Erde. Wir werden geistig und körperlich dem Siechtum überlassen. Wir werden am Besuch der Schulen und Universitäten gehindert. Zusammengepfercht in Ansiedlungsreihen, gab man uns steigender Verarmung und Verelendung preis. In barbarischen Pogroms ließ man den Böbel seine bestialischen Instinkte blutig an uns austoben. Durch den Krieg sind 1/2 vertausende von uns in die Fremde geschickt worden, und viele Tausende sind dabei elend umgekommen. Unsere Wohnstätten sind ausgeplündert, und täglich verkommen unsere Volksgenossen im entsetzlichen Elend.

Wir Ukrainer sind unserer feierlich zugesprochenen Autonomie beraubt worden. Die Selbständigkeit unserer Kirche wurde vernichtet, unsere Sprache, die Sprache eines 36 Millionen zählenden Volkes, aus dem öffentlichen Leben und aus den Volksschulen verboten. Kulturelle Vereine wurden mit Kriegsausbruch aufgehoben, die Presse verboten. In Galizien und der Bukowina kamen die Ausrottungsabsichten Rußlands unserem Volke gegenüber offen zum Ausdruck. Alles Ukrainische wurde verfolgt. Massenverhaftungen vorgenommen und die gewaltsame Russifizierung eingeleitet.

Dabei hatte die russische Regierung die Stirn, sich als Befreierin Galiziens aufzuspielen.

Wir Muslimen Rußlands, 25 Millionen, führen Klage über die an uns verübte Anfechtung. Die Ausübung unserer Religion wird in ungesetzlicher Weise behindert. Politisch werden wir verfolgt. Unser Landbesitz ist uns geraubt worden, um russischen Günstlingen und Gewalttätern geschenkt zu werden. Die Entwicklung unserer Kultur wird behindert, überall unterliegen wir ungerechten Beschränkungen. Während des Krieges hat jede Gerechtigkeit aufgehört. Wir werden verfolgt und mißhandelt.

Wir Georgier, das größte Volk Kaukasiens, schlossen einst freie Verträge mit Rußland die alle gebrochen worden sind. Unsere Dynastie, die Selbständigkeit unserer Kirche, unsere nationalen Einrichtungen wurden vernichtet. Unsere freien Bauern wurden enteignet, um russischen Bauern Platz zu machen. 1905/06 wurde unser Land verwüstet; russische Soldaten entehrten Frauen und Nonnen. Mit Kriegsausbruch wurden unsere Besten verschickt, unsere Provinz Adigara vollständig verheert. Hungernd, nackt und elend wurden über 50 000 Menschen vertrieben und dem Untergang geweiht.

So frevelt Rußland an uns, seinen eigenen Untertanen. Es hat jegliches nationale Leben unterdrückt, es hat unsere lebendigen Kulturen verästet. Sittenlosigkeit und Vestecktheit hat Rußland an die Stelle von Recht und Ehrlichkeit gesetzt, andersgläubige Religion verfolgt, Aufklärung und Bildungstrang unterdrückt und die Verdummung seiner eigenen Untertanen angestrebt.

Jetzt aber, während unsere Brüder für Rußland bluten und sterben (die Finländer sind davon befreit), jetzt hat die russische Regierung ihrer Beamtschaft völlige Freiheit gegeben, um ihre Zerstörungswut an unseren Wohnstätten auszulassen. Wir beklagen uns nicht über die durch die Kriegsoperationen hervorgerufenen Schäden. Aber wir beklagen uns über die sinnlosen Zerstörungen, die aus reiner Lust am Raub und Mord und auf direkten Befehl verübt worden sind. Wir beklagen uns über die gemeinen Verdächtigungen eigener Untertanen, über das Entern, Verschleppen, Verschleppen in Hunger, Elend und Not. Wir beklagen uns über das Hinrichten und Sterben Tausender von Unschuldigen, von Greisen, Frauen und Kindern. Wir haben nicht vergessen, daß Millionen unserer Stammesgenossen sich noch in russischen Händen befinden, daß ihnen der Mund verschlossen ist und sie die fürchterlichsten Qualen still dulden müssen. Wir kennen auch die Gewohnheit der russischen Regierung, an wehrlosen Verwandten und Stammesangehörigen Rache zu nehmen, wenn sie ihren Haß an denen nicht fühlen kann, die die Wahrheit sagen.

Wir können heute nichts für die Unseren tun. Gott schütze sie!

Aber wir wissen auch, daß niemand von den Unseren mehr den Versprechungen der russischen Regierung Glauben schenkt. Nie werden unsere Nachkommen das Martyrium vergessen, das Rußland über uns gebracht hat. Rußland hat Völker, die ihm zur Pflege anvertraut waren, geknechtet und verworfen und seine Macht dazu mißbraucht, um seine eigenen Untertanen zu martern und unseren Wohlstand auf Generationen hinaus zu vernichten. —

So hat Rußland selbst uns von sich gestoßen und es wird auch später die Verfolgung unserer Stammesgenossen fortsetzen und nicht ruhen, bis das Ziel: Ausrottung der Fremdvölker als Nationen erreicht ist. Darum rufen wir: Helft uns! Schützt uns vor Vernichtung!

Der Aufruf trägt folgende Unterschriften: Konni Zilias; Samuil Sario; Baron Friedrich von der Ropp; Sylvio Brödrich; Lettische Gruppe in der Schweiz; Litauisches Komitee in Bern; Dr. J. Saulys; A. Zmuidzinavicius; S. Kairys; Michel Lempieli, Mitglied der Duma; Wladlaw Sterozewski; S. Dawidsohn; Dr. S. Rosludowski; Dmitro Don-ow; Ukrainische Gruppe in der Schweiz; Kasch Abdul Rachib Ibrahim; Michel de Tsereteli.

10. IV. 1916

Gewerkschaften und Vaterland.

Bekennnis zur Politik vom 4. August 1914.

N Berlin, 10. Mai. (Priv.-Tel., zf.) Mit der Ueberschrift „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914“ hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands an die Gewerkschaftsmitglieder an und hinter der Front in den letzten Tagen ein Flugblatt verteilen lassen, in dem ein unumwundenes Bekenntnis zu der praktischen und vaterländischen Politik des Reichstages vom 4. August, an welchem einmütig die ersten Kriegskredite bewilligt wurden, abgelegt wird. In diesem Flugblatt werden zunächst die Sätze aus der sozialdemokratischen Erklärung zitiert, in denen die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen wird. Dann wird erwähnt, daß die deutschen Gewerkschaften sich von Anfang an praktisch auf den Boden der Landesverteidigung gestellt haben. An diesem Standpunkte wollen die Gewerkschaften auch durch die Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie nicht trüffel lassen. Für die Gewerkschaften könne es nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion geben, und das sei die Reichstagsfraktion der Partei, mit der die Gewerkschaften durch das Mannheimer Abkommen im Jahre 1906 im engeren Zusammenwirken stehen. Die Politik des 4. August, zu der sich die Gewerkschaften heute noch bekennen müßten, sei die Politik der

gemeinsamen Landesverteidigung

ohne Unterschied von Religion, Klasse oder Partei. Sie sei eine Politik der organisatorischen Hebung und Stärkung der Widerstandskraft unseres Volkes gegen die Niederingung Deutschlands mit anderen Mitteln als der Ueberlegenheit der Waffe. Sie ist, so heißt es in dem Flugblatt, in Summa die Politik deutscher Selbsterhaltung. Für die Arbeiter als Wirtschaftsglied sei das Vaterland nicht bloß die Heimat, die es zu verteidigen gilt gegen jeden äußeren Angriff, sondern es verkörpere für sie zugleich die Wirtschaftseinheit. Als Wirtschaftseinheit sei es für sie die Voraussetzung für das Gedeihen von Industrie, Gewerbe und Handel, Landwirtschaft, Verkehr und für die Wissenschaft in ihren vielgestaltigen Beziehungen zum Berufsleben, also auch für das Gedeihen der deutschen Arbeit. Jede fremde Invasion drohe aber nicht allein vorübergehend während des Krieges, sondern nach den Plänen unserer Gegner auch dauernd uns die Voraussetzungen für das Gedeihen unserer heimischen Volkswirtschaft dauernd zu entreißen, deutschen Boden in Feindesgewalt zu bringen, deutsche Landwirtschaft wie in Ostpreußen zu vernichten, deutsche Industriestädte zu zerstören, deutschen Handel dauernd lahmzulegen. Alles dies bedrohe auch die deutsche Arbeit, die von der Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft lebe, die von Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft in hohem Maße abhängig sei. Das Gedeihen der deutschen Arbeit sei aber wiederum die Grundlage für ein gedeihliches Wirken der deutschen Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände der Arbeiterklasse. Das eingestandene

Kriegsziel unserer Feinde

sei Deutschlands Industrie und Handel zu zerstören. Darunter würden namentlich die deutschen Arbeiter und die deutsche Arbeiterorganisation auf das schwerste und nachteiligste leiden. Es wird in dem Flugblatt weiter hervorgehoben, welche Errungenschaften auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, Tarifverträge und dergleichen mehr die deutsche Arbeiterorganisation, die an Stärke und Leistungen die aller anderen Nationen überrage und zur Führung im Reigen aller Völker berufen scheine, zu verzeichnen habe, und es wird die Frage aufgestellt, ob man zusehen wolle, daß der Zarismus den Aufstieg der Arbeiterschaft zu höherer sozialer Kultur ohne langes Federlesen wieder zertrümmern soll. Aber auch die siegreichen Westmächte würden den deutschen Arbeitern den Boden zur gesunden Entwicklung entziehen, denn die Gewerkschaften wurzeln im deutschen Wirtschaftsleben, ohne welches den deutschen Arbeitern der Aufstieg zu höherer Menschheit-Kultur undenkbar erscheinen müsse. Das von starken patriotischen Empfindungen getragene Flugblatt schließt mit folgendem klaren Bekenntnis:

„Dies alles vereinigt sich für uns in der Politik des 4. August 1914, die nicht allein für die sozialdemokratische Partei von entscheidender Bedeutung sein mußte, sondern auch

für die Gewerkschaften eine Lebensfrage

bildet. Mit dem deutschen Lande, seine Unverletzlichkeit durch fremde Eroberung verteidigen wir die materielle

Grundlage seines Volkes, die deutsche Volkswirtschaft und deren geistigen Ueberbau, die deutsche Kultur, in der wir leben und unsere Kinder erziehen, in der deutschen Wirtschaft, die Gewerkschaften und alles, was diese für die deutsche Arbeiterschaft errungen haben. Mit ihrer ganzen Existenz, mit ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind unsere Gewerkschaften in der deutschen Volkswirtschaft verankert. Es hieße sie von diesem Boden trennen, sie von den Wurzeln ihrer Kraft losreißen, wollten wir das Vaterland in dieser Stunde der Gefahr im Stiche lassen. Diese Gefahr wird durch längere Dauer des Krieges nicht vermindert, sondern ins Ungemessene erhöht. Die Opfer an Gut und Blut sind gewaltig angewachsen. Sie haben die Leidenschaften nicht beruhigt, sondern angefaßt. Dem Unterliegenden droht heute und bei längerer Fortdauer des Krieges mehr denn je die Rache der Sieger. Gebietsabtretungen, ungeheure Kriegsschädigungen, die auf Jahrzehnte hinaus selbst ein blühendes Reich zu Grunde richten können, Bedingungen, die Produktion und Handel schädigen, werden ihm auferlegt werden. Das gilt heute nicht weniger als am Beginn des Krieges. Deshalb erheischt unserer Lebensinteresse ein unermüdeliches Festhalten an der Politik des 4. August 1914, bis auch die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der uns die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Die Verweigerung der Kriegskredite kann nicht gerechtfertigt werden durch den Hinweis, daß gegenwärtig deutscher Boden vom Feinde nicht bedroht ist. Unser Land wird an der deutschen Heeresfront im Osten, Südwesten und Westen verteidigt. Deutschland hält diese Front, unsere Arbeitsbrüder, unsere Genossen, unsere Mitglieder verteidigen sie mit dem Einsatz ihres Lebens. Mit der Verweigerung der Kriegskredite geben wir die eigenen Volksgenossen, unsere Verteidiger, den Feinden preis, den Feinden, die beim Zurückgehen unserer Heere an die Reichsgrenze dort kinckwegs Halt machen, sondern ihnen folgen und den Krieg in unser Land treiben würden. So ist die Politik des 4. August 1914, die

Politik deutscher Selbsterhaltung,

auch heute noch die einzig richtige für unser Volk. Sie ist zugleich die Politik der Selbsterhaltung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, der politischen wie auch der gewerkschaftlichen, denn in jeder anderen Politik wäre sie rettungslos verloren gewesen. Nur in der Rettung des ganzen Volkes kann sie ihre Daseinsberechtigung behaupten. Die Politik des 4. August 1914 ist der Gesamtausdruck des jahrzehntelangen Wirkens der deutschen Gewerkschaften, deren ganze Vergangenheit ein einziger Kampf für den Aufstieg der Arbeiterklasse zur Teilnahme an den Errungenschaften einer höheren Kultur war. In ihr verteidigt die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich selbst, ihre Existenz, ihre Gegenwart.

Die Politik des 4. August ist die Voraussetzung für die Zukunft der Gewerkschaften, für die Verwirklichung ihrer großen Ziele und Ideale, denn nicht von außen her kommt uns die Befreiung vom ökonomischen Lohnjoch, sondern wir müssen dereinst die Kraft haben, uns selbst zu befreien. Das Volk, das vor dem Zarismus und seinen Verbündeten die Selbsterhaltung preisgab, hat in der Zukunft des Sozialismus seinen entscheidenden Einfluß verloren.“

10. 10. 1916

Aus der Sozialdemokratie.

Kontrollkommission gegen Parteivorstand. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Kontrollkommission Reichstagsabgeordneter Bock veröffentlicht im „Vorwärts“ eine Erklärung gegen den Parteivorstand. Die Kontrollkommission von 9 Mitgliedern dient nach dem sozialdemokratischen Organisationsstatut zur Kontrollierung des Parteivorstandes, sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Fraktionsvorstand“. Abg. Bock erklärt:

„Am 4. Mai hatte die Kontrollkommission über die zwischen dem Parteivorstand und der Preschkommission entstandene Meinungsverschiedenheit zu entscheiden, ob der (Vorwärts)-Redakteur Genosse Dr. Meyer zu entlassen ist. Der Parteivorstand hatte die Entlassung beschlossen, weil der Genosse Meyer außerhalb der Redaktion zur Verbreitung des Flugblattes „Lehre des 24. März“ beigetragen hatte, in dem die Aufforderung an die Organisation enthalten ist, diesem Parteivorstand die Beiträge nicht abzuliefern und weil Genosse Meyer auch in der Organisation, der er zugehört, mündlich dafür eingetreten war, daß die Organisation dieser Aufforderung nachkommen sollte. Die Preschkommission hat einstimmig abgelehnt, dem Antrage des Parteivorstandes auf Entlassung Meyers beizutreten. Darauf beantragte der Parteivorstand bei mir die telegraphische Einberufung der Kontrollkommission nach Berlin. Es wurde beschlossen, die Sitzung auf den 4. Mai zu vertragen. In der Verhandlung beantragte der Parteivorstand, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Parteivorstand und Preschkommission durch Stellung folgender Fragen zum Austrag zu bringen.

„Kann der Genosse Meyer, der Parteioorganisationen öffentlich, schriftlich und mündlich auffordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehören?“

Die Preschkommission widersprach dieser Fragestellung, weil die Meinungsverschiedenheiten die Frage betreffe, ob der Genosse Meyer als Redakteur wegen seiner Beteiligung am Flugblatt vom 24. März zu entlassen sei und die Frage, ob in seinem Verhalten eine Propagierung der Desorganisation liege, eine Vorwegnahme der Beantwortung des Streitpunktes sei. Die Preschkommission beantragte die Frage so zu stellen:

„Soll der Genosse Meyer als Redakteur des „Vorwärts“ entlassen werden, weil er im Flugblatt „Die Lehren des 24. März“ die Beitragsperierung an den Parteivorstand durch die Organisationen propagiert hat.“

Die Kontrollkommission beschloß hierauf in die materielle Verhandlung des Falles Meyer einzutreten. Nach dieser mit dem Parteivorstand, der Preschkommission und der Redaktion gepflogenen Verhandlung, beschloß die Kontrollkommission dann in ihrer durch Statut vorgeschriebenen besonderen Sitzung, die zur Entscheidung gestellte Frage, ob der Genosse Meyer zu entlassen sei, durch Abstimmung über beide Fragestellungen zu entscheiden. Beide Fragestellungen verneinte sie mit Stimmgleichheit und hat dadurch die zwischen dem Parteivorstand und der Preschkommission entstandene Meinungsverschiedenheit, ob der Redakteur Meyer zu entlassen sei, im ablehrenden Sinn beantwortet.“

Die Kartellkommission besteht aus neun Mitgliedern. Auf dem Parteitag in Jena 1913 — dem letzten der bisher abgehalten worden ist — wurden zu Mitgliedern der Kontrollkommission gewählt: Reichstagsabg. Bock, Reichstagsabg. Bruhne, Ernst, Reichstagsabg. Geck, Reichstagsabg. Geyer, Hengsbach, Reichstagsabg. Stubbe, Timm, Klara Zeitlin.

Auch die Preschkommission des „Vorwärts“ wendet sich heute gegen den Parteivorstand. Sie wirft ihm vor: „Jede Instanz, die nicht pariert und der Politik des Parteivorstandes als gefügiges Werkzeug dient, wird einfach ausgehalten, und das Parteistatut wird zum Gespött gemacht. Die „Hüter des Parteistatuts“ führen die Partei mit jedem Tage durch einen neuen Gewaltstreik dem Zustand der inneren Anarchie entgegen.“

Die Preschkommission hat am 9. Mai den Redakteur Meyer einstimmig ersucht, „trotz der öffentlichen Erklärung des Parteivorstandes auf seinem Posten auszuharren“ und erklärt: „Die dem Genossen Meyer von dem Geschäftsführer Fischer übersandte Kündigung ist nach dem Organisationsstatut der Partei rechtungsgültig.“

Zuzug zur Haase-Gruppe. Der „Vorw.“ meldet: „Reichstagsabgeordneter Nyssel ist gestern aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgetreten und in die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eingetreten.“ — Die Haase-Fraktion zählt jetzt 19 Mitglieder. Parteisekretär Nyssel ist kurz vor dem Kriege in Borna-Pegau anstelle des Freikonservativen Generals v. Liebert gewählt worden.

Eduard Bernstein und seine Breslauer Wähler. Der sozialdemokratische Verein in Breslau hat mit übergroßer Mehrheit das Verhalten der abgesplitterten Axtzehn scharf verurteilt und auch dem Vertreter für Breslau-West, Bernstein, erklärt, daß er mit seinem Verhalten nicht einverstanden ist. In seinem einleitenden Vortrag sagte Stadtv. Zimmer: Zum Borgehen der Minderheit am 24. März habe nicht der mindeste Grund vorgelegen. Es war der größte Schlag, der jemals von Parteigenossen gegen die eigene Organisation verübt wurde, der schlimmste Vertrauens- und Disziplinbruch, der ein Schandfleck sei ohnegleichen. So sehr er Bernstein hochschätze, als Parteiführer sei er für ihn erledigt. Bernstein sprach fast 2 Stunden. Er sagte nach der sozialdemokratischen „Bresl. Volkswacht“: Ich konnte und durfte nicht anders. Es kommen Verhältnisse vor, die stärker sind als alle Parteidisziplin, die dann nicht aufrecht zu erhalten ist. Genossen, hängt mich auf, wenn Ihr wollt, Ihr bringt mich aber nicht dazu, gegen meine Ueberzeugung zu handeln. Stadtv. Löbe erklärte: Bernstein hat hier wenige Wochen nach Kriegsausbruch in der Laffalle-Gedächtnis-Versammlung feierlich erklärt: „Genossen, ich habe die Ueberzeugung, der Krieg ist von Deutschland nicht gewollt und ich bin darum hingegangen und habe die Kriegskredite bewilligt.“ Bernstein kann doch nicht erwarten, wenn er seine Ansicht geändert hat, daß es mit ihm auch die Genossen tun mußten. Für eine Entschliebung zugunsten Bernsteins stimmten etwa 20 von ungefähr 250 Anwesenden. Der Vorsitzende erklärte damit die beiden Entschliebungen gegen Bernstein und die Minderheit als angenommen.

Zwei Reichstagskommissionen, deren Einsetzung in der letzten Sitzung vor Ostern beschlossen wurde, haben sich jetzt gebildet. In der Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberatung des Entwurfs, betreffend die Altersrenten und die Waisenrente in der Invalidenversicherung sind die Nationalliberalen durch die Abgg. Heemann und Jäler, die Fortschrittliche Volkspartei durch die Abgg. Arnold, Bruchhoff und Dr. Doormann, der Vorsitzende ist, vertreten.

Der Kommission von 21 Mitgliedern zur Vorberatung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend Aenderung des Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen gehören von den Nationalliberalen die Abgg. Dr. Bärwinkel, Götting und Heck, und aus der Fortschrittlichen Volkspartei die Abgg. Gothein und Koch an.

10. / V. 1916

Guter Eindruck im Vatikan.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Zürich, 9. Mai.

Aus zuverlässiger deutscher Quelle wird der „Neuen Zürcher Zeitung“ mitgeteilt, daß die deutsche Antwortnote an Amerika im Vatikan sehr guten Eindruck hervorgerufen habe. Papst Benedikt, der unermüdet für die Herbeiführung des Friedens tätig ist, fürchtete bereits, daß es gelingen könnte, auch Amerika in den fürchtbaren Krieg hineinzutreiben, womit nicht nur ein wesentlicher Mithelfer seiner Friedensstätigkeit entfernt, sondern auch die Friedensmöglichkeit in unabsehbare Ferne entrückt würde. In der „kraftvollen, ruhigen und vornehmen Sprache dieser deutschen Antwortnote, die weitschauende und großzügige Politik verrät und wohlthuend abtut gegen die Presseäußerungen der Entente, besonders der italienischen katholischen Erustpresse“, erblickt der Vatikan eine sichere fundamentale Unterlage für eine dauernde und ehrliche Verständigung Deutschlands mit Amerika. Der Vatikan sehe in dieser Note keinen Versuch Deutschlands, die strittige Angelegenheit hinauszuschieben, sondern das ehrliche Bestreben, unter Wahrung der Würde zwischen sich und Amerika die Brücken nicht abbrechen zu lassen. In diesem Sinne fasse man in vatikanischen Kreisen den Ruf Deutschlands an Amerika auf. Daher hat man im Vatikan die begründete Hoffnung, daß Wilson und das amerikanische Volk das Streben Deutschlands anerkennen, da ja die deutsche Antwort auf Amerikas Note, wie der „Secolo“ vom 7. Mai sagt, viel zu klug und versöhnend in der Form gestimmt sei.

Die Bedeutung der Irländer Revolte

(Von unserem Korrespondenten)

C. C. S. London, 1. Mai.

Um den Dubliner Putsch der Sinn-Feiner verstehen und seine politische Bedeutung richtig einschätzen zu können, muß man sich der Tatsache erinnern, daß diese ursprünglich literarische Gesellschaft, die sich die Pflege der altirischen Sprache, des Erse, zum Ziele setzte, eigentlich erst in den letzten Monaten, jedenfalls erst seit dem Ausbruch des Weltkrieges eine politische, sagen wir revolutionäre Tätigkeit entwickelte. Die Sinn-Feiner haben sich die Ulstermen zum Vorbild genommen, die vor dem August des Jahres 1914 der britischen Regierung bewaffneten Widerstand leisteten. Und sie glaubten wohl, die englische Regierung werde vor ihnen mit derselben Schnelligkeit zu Kreuze kriechen wie vor den Ulstermen. Darin haben sie sich verrechnet. Im übrigen besteht zwischen beiden Bewegungen eine gewisse Ähnlichkeit, denn auch die Sinn-Feiner haben ihre Waffen aus Deutschland bezogen. Unter den von den britischen Truppen erbeuteten Gewehren befanden sich solche deutscher Herkunft. Als Sir Roger Casement in der Nacht vom Gründonnerstag auf Karfreitag von einem deutschen Unterseeboot an der irischen Küste ausgeschifft wurde, war er von einem mit deutschen Waffen gefüllten Dampfer begleitet, der, als er von einem britischen Kanonenboot angehalten wurde, auf unerklärte Weise versank. (Jetzt weiß man, daß er sich selbst in die Luft sprengte. Red.) Sir Roger sollte wohl der erste Präsident der irischen Republik sein. An seiner Stelle hat der gelehrte Pearse diese zweifelhafte Ehre angenommen und beinahe mit dem Leben bezahlt. Als Präsident und Oberbefehlshaber trug er eine phantastische Uniform und einen Schleppsäbel, mit dem er die Kugel, die sein Bein durchschlug, nicht abwehren konnte. Er hat auch die Proklamation unterzeichnet, welche dem irischen Volk die Einsetzung der Republik verkündete, er und James Connolly, mit noch fünf andern Patrioten. James Connolly soll seine kurze Berühmtheit mit dem Leben bezahlt haben. Er war der Verfasser eines zurzeit vielgenannten Buches über die irische Arbeiterbewegung und ein begeisterter Sozialist. Vor Zeiten war er eng mit „Jim“ Larkin befreundet, der vor drei bis vier Jahren in Belfast und später in Dublin Ausstände organisierte. Larkin soll zurzeit in Amerika sein. Connolly's Anschluß an die Sinn-Feiner bedeutete die Verstärkung der politischen Umstürzler durch die unzufriedenen Arbeiter.

Am allerplimmigsten hat beim Dubliner Putsch der Rechtehrewerte Augustine Birrell abgeschnitten, der sich von der revolutionären Bewegung überraschen ließ. Herr Birrell ist nämlich irischer Sekretär, vertritt also die Nachbarinsel im britischen Kabinett und befand sich in London, als am Ostermontag um Mittag in Dublin die in grüne schmutze Uniformen gekleideten Sinn-Feiner auf das Militär zu schießen anfangen. Seit Wochen, ja seit Monaten haben die uniformierten Jungen in Dublin mit Gewehren exerziert und Umzüge gehalten, denen die Behörden untätig zuschauten. Lord Wimborne, der als Generalgouverneur oder Vizekönig in der Lodge im Phoenixpark Hof hält, wußte davon, war aber am Montag nicht in Dublin. Herr Birrell war in London und wohnte den Kabinettsitzungen bei, wo an der leidigen Wehrpflichtbill herumgeschneitelt wurde. Natürlich hätte er in Dublin sein sollen. Aber schon der irische Baronet Sir Richard Boyle sprach einmal das große Wort aus, daß man nicht wie ein Vogel an zwei Orten zugleich sein könne. Uebrigens war Herr Birrell in Dublin durch einen tüchtigen Untersekretär vertreten, Sir Matthew Nathan, einen ehemaligen kolonialen Gouverneur, dessen raschem Eingreifen es zu verdanken ist, daß das Dubliner Schloß nicht den Sinn-Feinern in die Hände fiel. Daß Kaufläden in der Sadville- und Grafton-Street ausgeplündert und das Postamt niedergebrannt wurde, ist zu bedauern; aber auch die Anwesenheit des Herrn Birrell hätte der wahnwitzigen Zerstörungswut des Straßenpöbels nicht Ziel setzen können.

Es ist von jeher so zugegangen in Irland. Die Sinn-Feiner sind die Erben und Nachkommen der Fenier, zu denen ja auch Michael Davitt gehörte, der einarmige Bauernsohn und Idealist, der in den achtziger Jahren in London eine Arbeiterzeitung herausgab. Und als Charles Stuart Parnell an der Spitze der irischen Landliga stand und die politisch-agrarische Bewegung in Irland in verfassungsmäßige Bahnen zu lenken suchte, haben die Mordtaten der als „Invincibles“ bekannten Mordgesellen, die im Phoenixpark den erst angekommenen Lord Cavendish an

der Seite des ständigen Sekretärs Burke erschossen, um ein Haar den ungekrönten König von Irland, wie Lord Salisbury Parnell nannte, zum Rücktritt von der Parteileitung veranlaßt. Jetzt ist die Sinn-Fein-Bewegung eine Gefahr für die Home Ruler, deren Haupt, John Redmond, in diesen schweren Stunden treu zur Regierung hält. Die Sinn-Feiner sind überwiegend in den Städten zu Hause. Die Nationalisten dagegen, die John Redmond Treue geschworen haben, sind vorwiegend Landbewohner. Die von ihm geleitete Bewegung ist agrarisch-politisch. Der agrarische Teil ist schon längst vollendet. Der Uebertragung des Grundbesitzes von den Grundherren auf die Bauern haben Liberale wie Konservative zugestimmt. Widerhaarige Landlords wie Lord Clanricarde hat man gewaltsam expropriert. Die Home Rule-Bill wird ein Jahr nach dem Friedensschluß zum Gesetz. Weder Ulstermen noch Sinn-Feiner

Die Judenfrage in Polen.

Wien, am 9. Mai.

Aus dem unheimlichen Dunkel halbastatischer Verhältnisse jählings in den hellen Brennpunkt der mitteleuropäischen Kultur gerückt, kann die Judenfrage in Polen selbstverständlich nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gedeihlich gelöst werden. Kulturen auseinandergehender Richtungen lassen sich nicht über Nacht überbrücken. Dazu gehören bestenfalls große Zeiträume, in denen der kulturell rückständige Teil den Beweis seiner Fähigkeit und des guten Willens erbringen muß, sich auch innerlich der höheren Zivilisation anzupassen. Die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Struktur in Polen ist ein spezifisch selbständiger Kulturkreis, der weder mit dem Osten noch mit dem Westen etwas wesentlich Gemeinsames hat und es ist daher naheliegend, daß ihm nur eine Verfassung frommen kann, die seinem ureigenen Wesen entspricht, also auf die vorhandenen Licht- und Schattenseiten gleichermaßen bedacht ist.

Es kann übrigens nicht gar so schwer sein, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es gehört nur ein ungetrübter Blick dazu. Vor allem ist es notwendig, die Juden als selbständiges Volk anzuerkennen. Der Standpunkt, der gegen die nationale Anerkennung der ostösterreichischen Juden ins Treffen geführt wird, daß nämlich die Juden Galiziens eigentlich Polen sind und die der Bukowina, obwohl rassenbewußt, das Deutsche als Muttersprache pflegen, daß hier also das hervorragende Merkmal einer selbständigen Nation, die Nationalsprache, fehlt, kann den Juden in Polen gegenüber nicht angewendet werden. Sie wollen gar nichts anderes sein als Juden und besitzen überdies eine eigene Volkssprache, das Jiddische, zwar aus Deutsch, Slavisch und Hebräisch zusammengewürfelt, doch immerhin eine durch mehrhundertjährige Entwicklung auf festen Grund gebrachte Mischsprache, etwa wie das Holländische, dem doch gewiß niemand die Kulturfähigkeit und sprachgeistige Selbständigkeit absprechen kann. Mit Recht darf daher der Ostjudenführer Doktor Nathan Birnbaum in einer seiner Streitschriften feststellen: „Die Ostjuden sind keine Deutschen, ebensowenig wie sie Russen oder Polen sind. Sie sind auch keine „Nurglaubensgemeinschaft“. Sie sind nichts von dem, als was sie eine dreifach gefälschte Information seit Jahrzehnten der Öffentlichkeit einredet. Sie sind ein Volk, den andern Völkern kongruent. Sie fordern zu denselben Fragen heraus, die Völker Völkern und Staaten aufzuerlegen pflegen: Was bedeuten wir für euch? Was ihr für uns? Wie sollen wir uns demnach zu einander stellen?“

Sowohl, die großen Kämpfe um die Anerkennung der Juden als selbständiges Volkstum, wie sie vor dem Kriege in den östlichen Landesvertretungen und im Reichsrate durchgeföhrt wurden, erscheinen beim Auftauchen des Fünfmillionenvolkes der polnischen Juden wohl recht hinfällig. Ihre Entnationalisierung ist eine Utopie, und nicht einmal eine schöne, weil sie dem Volke, in dessen nationalen Verband sie eingereiht werden sollen, nur Nachteile brächte. Gesteht doch Birnbaum selber, daß eine Germanisierung oder Polonisierung für die Deutschen oder Polen geradezu katastrophal sein müßte. In der Tat ist weder der deutsche, noch der polnische Magen so widerstandsfähig, daß er die Ostjuden verdauen könnte, ohne für sein eigenes Wohlbefinden fürchten zu müssen.

Zwar glauben einzelne polnische Parteien die heikle Judenfrage am besten auf die Art zu lösen, daß der Begriff „jüdisches Volkstum“ nicht anerkannt werde. Sie möchten der galizischen Judenpolitik auch in Polen Tür und Tor öffnen, bedenken aber nicht, daß ihre Assimilationspolitik durch das allmählich immer stärker erwachende Nationaljudentum in Galizien ad absurdum geführt wird. Zudem ist der Assimilationsgedanke,

abgesehen davon, daß er vitale polnische Interessen negiert, ein wahres Musterbeispiel von Zwiesspältigkeit und Unaufrichtigkeit. Denn während er den „Polen mosaischen Glaubens“ volle Freiheit auf allen Gebieten des Erwerbslebens eingeräumt wissen will, kündigt er dem Nationaljudentum an, daß es sich darauf gefaßt machen müsse, durch das immer mehr um sich greifende nationale Wirtschaftsleben geschädigt und vielleicht ganz entwurzelt zu werden. In der Tat gibt es keine polnische Partei, die die Nationalisierung aller Erwerbszweige in Polen nicht als ihren vornehmsten Programmpunkt an-

sähe. Ihr Traum von der nationalen Zukunft des Landes verträgt sich nicht mit der Tatsache, daß mehrere Millionen Andersnationaler auf zahlreichen wichtigen Arbeitsgebieten ein förmliches Monopol besitzen, während das eigene nationale Arbeitsfeld dadurch natürlich ungeheuer eingeengt wird. Maßgebend für die angestrebte Nationalisierung des Erwerbs- und Geschäftslebens ist ja vor allem die Tatsache, daß die Mehrheit der Juden in Polen sich aus den sogenannten „Lutwaki“ zusammensetzt, die, von der Regierung aus den reinrussischen Gebieten vertrieben, in Polen zwangsweise sesshaft gemacht wurden, um die Polen wirtschaftlich derart zu schwächen, daß sie Rußland keine nationale Gefahr mehr bedeuten. Daraus erklärt sich übrigens auch der Umstand, daß diese „Lutwaki“, sehr zufrieden mit den ihnen wirtschaftlich recht gut anschlagenden Zwangsverschickungen ins wirtschaftlich höher stehende Polenland, immer eine gewisse Dankbarkeit gegen die Russen bekundeten. So traten sie in der neuen Heimat als Polenfeinde und gefährliche Russifizierungsorgane auf. Sie fühlten sich, national jüdisch, politisch und kulturell als Russen.

Eine Assimilationspolitik wäre keineswegs im Interesse der Polen gelegen. Denn gesetzt den Fall, sie könnte verwirklicht werden, so käme sie einem furchtbaren Schläge gegen die Polen gleich. Als „Polen mosaischen Glaubens“ würden die Juden das Land wirtschafts-, politisch zweifellos noch mehr beherrschen. Ist es wahr, daß die Ueberführung der überschüssigen polnischen Volkskraft in Berufe, die ihr bisher verschlossen sind, das wichtigste nationale Problem ist, um die Massenauswanderung hinauszuhalten, so muß es auch wahr sein, daß diese berufliche Neuorientierung auch dann vor sich gehen muß, wenn alle fünf Millionen Juden in Polen äußerlich ihr Volkstum ablegen. Denn ist die Judenfrage vornehmlich eine wirtschaftliche Frage, so kann sie durch Verschiebung auf das nationale Nebengeleise nicht gelöst werden. Im Gegenteil, die Bedenken gegen eine solche unsächtige Lösung steigen ins Riesenhafte angesichts der Tatsache, daß beim Fortbestande eines „polnisch-mosaischen“ Wirtschaftsmonopols auch die letzten sicheren Zufluchtstätten für die überschüssigen eigenen Volksmassen definitiv verammelt wären.

Was soll also geschehen? Es liegen uns einzelne jüdische Stimmen aus Deutschland vor, die da und dort den Nagel auf den Kopf zu treffen scheinen. Bodmer und Birnbaum wollen verhüten wissen, daß aus den Ostjuden eine zweite Ausgabe deutscher Juden werde. Sie fordern eine nationale jüdische Autonomie und Bürgerchaften für die Sesshaftigkeit der Juden. Lewin propagiert die Ueberführung größerer Judenmassen nach Palästina. Frix und Simon treten für einen Grenzschutz gegen die Ostjuden ein, um einer Ueberflutung des Westens durch die polnischen Juden einen festen Kiegel vorzuschieben. Da und dort wird auch der Wunsch ausgesprochen, man möchte den Juden einen angemessenen Landstrich zur Verfügung stellen und sie zu dessen Besiedelung und landwirtschaftlichen Bearbeitung veranlassen, um die nationalen Gegensätze zwischen Juden und Polen aus der Welt zu schaffen.

Man mag diese Vorschläge gutheißen oder vertwerfen, sie scheinen uns aber zur Lösung der Frage geeigneter zu sein, als die utopistischen Träume verschiedener Reformisten, die den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen und den äußern Firniß für lauter Gold halten.

Krieg und innere Politik in Frankreich

(Von unserem Korrespondenten)

Paris, 6. Mai.

Um den Unterschied zwischen dem politischen Frankreich von heute gegenüber dem vor dem Kriege zu messen, muß man sich an das Bild erinnern, das Frankreich in der ersten Hälfte des Jahres 1914 bot. Die Wahlen waren zugunsten des linken Flügels der republikanischen Partei ausgefallen. Sie waren im Grunde für und wider die dreijährige Dienstzeit gemacht worden; der Streit drehte sich um eine Frage, die das ganze republikanische Lager gespalten hatte. Die Richtung, die durch Briand, Barthou und Millerand geführt war, geriet immer mehr ins Hintertreffen, und man war daran, den alten Block zwischen Radikalen und Sozialisten wieder aufzurichten. Hoch gingen die Leidenschaften; seit langem waren die Kämpfe nicht so heftig und nicht so gehässig gewesen. Die Krise drohte sehr scharfe Formen anzunehmen; zwischen der Präsidentschaft und einem Teil der Volksvertretung entstand eine breite Kluft. Ein radikaler Führer wurde mit Mitteln gesprengt, die noch in jedermanns Gedächtnis sind. Die breiten Massen hatten Partei ergriffen, und man weiß nicht, wozu es noch gekommen wäre, wenn sich nicht plötzlich drohende Wolken am europäischen Himmel zusammengezogen hätten. Im folgenden Monat stand Frankreich im Kriege, und die innerpolitischen Kämpfe ruhten.

Dies alles muß sich dem Gedächtnis aufdrängen, wenn man die Liste der Präsidenten der Generalräte erblickt, die in diesen Tagen die Sessionen dieser Departementsparlamente eröffnet haben. Wir sehen da die Hauptfiguren der politischen Bühne, fast möchten wir sagen, die Hauptpersonen des politischen Dramas vor dem Kriege: Barthou, Caillaux. Wie ähnlich klingen heute ihre Worte, wie eindringlich ermahnen sie ihre ländlichen Zuhörer, einig zu sein und einig zu bleiben! Wie klein scheinen vor den heutigen Ereignissen die Dinge, die diese Männer getrennt und zu Feinden gemacht haben. Wie unendlich geringfügig müssen ihnen selbst ihre eigenen Streitigkeiten jetzt vorkommen! Und vor allem werden sie nicht mehr begreifen, wie man das politische Leben eines ganzen Landes mit persönlichen Angelegenheiten verquiden konnte. Jetzt geht der Ruf nach Einigkeit gerade von diesen Männern aus, und andere, ein Combes, ein Dubost, ein Jonnart, ein Nail und wie sie alle heißen mögen, stimmen freudig ein.

Besonders verdienen die Worte Erwähnung, die der greise radikale Führer Combes in der Charente-Inférieure gesprochen hat. Er lud seine engern Landsleute ein, ihre politische Doktrin und ihre persönlichen Vorlieben der Liebe zum Lande unterzuordnen, und er gab der Hoffnung Ausdruck, daß nach dem Kriege noch etwas von dem politischen Burgfrieden übrig bleiben möge. Ist je jemand in einem Lande mehr als politischer Sektierer verfahren worden als Combes? Die Klerikalen haben ihm seit einem halben Jahrhundert Feindschaft

geschworen, und die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit haben es ihm nie vergessen können, daß er sich in aufsehenerregender Weise kurz nach den Wahlen für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ausgesprochen hatte. Und wer hat mehr Selbstverleugnung und large Auffassung des politischen Burgfriedens gezeigt als Combes? Als ihn Briand, dessen Politik er bekämpft hatte, bat, in sein Kabinett als Staatsminister einzutreten, erfüllte er diesen Wunsch und trug damit zur Stärkung der Lage dieses Kabinetts wesentlich bei. Für niemanden unter den alten Staatsmännern, weder für de Freycinet, noch für Méline, noch für Léon Bourgeois war das Opfer so hart wie für Emile Combes, und jeder Kenner der französischen Verhältnisse weiß warum. Und trotzdem es gerade die Minderheitsparteien mit der Wahrung des politischen Burgfriedens nicht sonderlich ernst genommen haben, schlägt der angesehenste Führer der französischen Mehrheitspartei vor, das Kriegsbeil zwischen den politischen Parteien auch nach dem Kriege noch so gut als möglich begraben sein zu lassen.

Eine andere Rundgebung muß ebenfalls erwähnt werden, nämlich diejenige, die die französischen Syndikalisten anlässlich des 1. Mai von Stapel gelassen haben. Die französischen Gewerkschafter umgeben ihre Mani-

feste nicht mit so viel diplomatischer Sorgfalt, wie die politischen Sozialisten. Sie fordern in ähnlicher Weise wie die Zimmerwalder Richtung, die in diesen Kreisen viele Anhänger zählt, für die Zeit nach dem Kriege Unverletzlichkeit der Unabhängigkeit der Völker, Abschaffung jeglicher Geheimdiplomatie, Beschränkung der Rüstungen als Vorbereitung zur allgemeinen Abrüstung und obligatorische Schiedsgerichte für alle Nationen. Sie möchten nicht nur die Vereinigten Staaten von Europa, sondern die Vereinigten Staaten der ganzen Erde entstehen sehen. Im übrigen schließen sie — und hier liegt der Unterschied gegenüber den politischen Sozialisten — von ihren Wünschen niemanden aus, senden ihren brüderlichen Gruß den Proletariern aller Länder und erklären ihr unerschütterliches Festhalten an der Arbeiter-Internationale. Und da Kongresse und Konferenzen nun einmal in der Mode sind, laden die französischen Syndikalisten die Vorsitzenden ihres Bundes ein, für den Frieden die Wünsche der Arbeiter aufzustellen, und diese im Namen aller den bevollmächtigten Unterhändlern zu unterbreiten. Dieser Internationalismus im Kriege, der nicht einmal die Deutschen ausschließt, hat natürlich nicht überall gefallen, und die Führer der Mehrheit der politischen Sozialisten beeilten sich, in der Presse eine Gegenrundgebung von Stapel zu lassen. Im Lager der französischen Sektion der Internationale hat sich seit dem Kriege nicht viel verändert. Die politischen Sozialisten und die Syndikalisten sind noch nie unter sich einig gewesen, was sie noch nie verhindert hat, andern Lektionen über dieses Kapitel zu erteilen.

11. IV. 1916

Eine Erklärung Lansing's zur amerikanischen Note.

Hinweis auf englische Vertragsverpflichtungen.

Washington, 9. Mai.

Das Reutersche Bureau meldet:

Nachdem die Note an Deutschland depešiert worden war, erließ Staatssekretär Lansing eine Erklärung des Inhalts, daß der größere Teil der Antwort Deutschlands Gegenständen gewidmet sei, über die die Vereinigten Staaten in keine Erörterung mit Deutschland eintreten könnten. Der wesentliche Inhalt der Antwort sei, daß Deutschland der amerikanischen Vorstellung nachgebe. So lange Deutschland sich nach seinen Zusicherungen richte, sehen die Vereinigten Staaten keinen Grund zu einem Streit, jedoch, besagt die Erklärung, sind unsere Verluste infolge der Verletzung der amerikanischen Rechte durch deutsche Unterseebootkommandanten, die gemäß der früheren Politik Deutschlands handelten, noch zu regeln. Während unsere Meinungsverschiedenheiten mit Großbritannien nicht der Gegenstand einer Erörterung mit Deutschland bilden können, soll festgestellt werden, daß wir in unserem Vorgehen gegenüber der britischen Regierung so handeln, wie wir mit Rücksicht auf ausdrückliche Vertragsver-

pflichtungen dieser Regierung zu handeln unzweifelhaft verpflichtet sind.

Eine deutsche Stimme.

(Teleogramm der „Neuen Freien Presse“.)

Wien, 10. Mai.

Die „Wienische Zeitung“ schreibt zu Wilsons Antwort: Worauf es heute zwischen beiden Regierungen ankommt, das ist eine sachliche Verständigung, und die ist, nach dem Reuterschen Wortlaut der Antwort Wilsons zu urteilen, erreicht. Was aber die zweite Hälfte der Antwort Wilsons anbetrifft, so ändert diese nichts an der Erklärung der deutschen Regierung, wonach für uns ein ganz enger Zusammenhang zwischen Englands völkerrechtswidriger Blockadepolitik und unserem Landbootskrieg besteht. Es bleibt bei der Mitteilung der deutschen Note, wonach, falls die Schritte Amerikas nicht zum Erfolge führen, den Gesetzen der Menschlichkeit bei allen kriegsführenden Nationen Geltung zu verschaffen, die deutsche Regierung sich einer neuen Sachlage gegenübersehen würde, für die sie sich volle Freiheit der Entscheidung vorbehält.

Der Papst und die Union.

London, 10. Mai.

Reuter ist amtlich ermächtigt, mitzuteilen, daß der Vatikan die Meldung für durchaus unbegründet erklärt, wonach der Papst an den deutschen Kaiser und den Präsidenten Wilson telegraphiert und ihnen ans Herz gelegt habe, sich zu verständigen. Der Vatikan erkläre, daß der Papst keine derartigen Schritte unternahm.

Das Reuterbureau dementiert hier die Meldung, die es selbst gebracht hat. Das Reuter Bureau gab am 6. d. die Nachricht aus, der Apostolische Delegat habe Wilson eine Botschaft des Papstes übergeben, deren Inhalt geheim sei, es verlautete aber, daß die Botschaft „die Befürchtung eines Bruches zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten widerspiegeln.“ — Tatsächlich hat bereits die Osterbotschaft des Papstes an das amerikanische Volk, welche die „Reichspos“ in der Lage war, im Wortlaute zu veröffentlichen, die deutliche Meinung des Papstes ausgedrückt, ebenso wie die Tatsache, daß der Papst vor Ostern allen Staatsmännern, mit denen er in Verkehr treten konnte, „aktuelle Friedensvorschläge“ unterbreitete. Welche Rolle der Papst hierbei der Union zuzumessen ist, ist bereits in wiederholten Rundgebungen Benedikts XV. klar ausgedrückt worden. Das Dementi gegenüber Reuter scheint aber eine besondere Bedeutung zu haben, die offenbar mit irgend einer Taktlosigkeit zusammenhängt, die in den Reutermeldungen über die Stellungnahme des Papstes enthalten war und die man bei der Lückenhaftigkeit der Berichterstattung aus England nicht genau beurteilen kann. Daraus deutet auch die eigentümliche Fassung der neuen Reuterveröffentlichung.

Ein Bekenntnis.

Unmittelbar vor dem Bekanntwerden der neuen amerikanischen Note erschien im offiziellen Organ des Berliner Auswärtigen Amtes, dem Berliner Lokalanzeiger, ein Artikel, der einen dicken, einen auffallend dicken Strich unter den ganzen seit der Bekanntmachung des deutschen Admiralstabes vom 4. Februar 1915 geführten Unterseebootkrieg gegen feindliche Handelsschiffe zog. Man hörte da — und man hörte es mit nicht geringem Erstaunen, was einsichtige Leute in Deutschland schon längst gesagt, niemand aber öffentlich zu äußern gewagt hatte oder wagen hätte dürfen — nämlich, daß es „ein schwerer Fehler war, zu Beginn des Jahres 1915 den U-Boot-handelskrieg mit großen Worten anzukündigen, und der jungen Waffe Erfolge vorzuschreiben, die sie nicht erringen konnte“ — was weiterhin noch als „pomphafte Ankündigung der neuen Kriegsmethode“ gekennzeichnet wurde. Schärfere hat auch Amerika den mit der Bekanntmachung des deutschen Admiralstabes vom 4. Februar 1915 — diese ist offenbar gemeint — eingeleiteten Unterseebootkrieg nicht beurteilt. Der Artikel des Berliner Wilhelmstraße-offiziösen Blattes ging aber über diese sach-

liche Kritik weit hinaus, indem er die Urheber des „schweren Fehlers“ mit den treffenden Worten kennzeichnete: „Man kann ein guter Organisator und doch ein schlechter Politiker sein.“

Das ist natürlich niemand anderer als der jüngst zurückgetretene Staatssekretär des Reichsmarineamtes Herr v. Tirpitz. Großadmiral v. Tirpitz war es in der Tat gewesen, der schon Ende 1914 den Unterseebootkrieg gegen Handelsschiffe nach der jetzt verlassenen Methode in einem damals auch von der deutschen Presse veröffentlichten Interview mit einem amerikanischen Journalisten angekündigt hatte, indem er sagte: „England will uns aushungern; wir können dasselbe Spiel treiben, England umzingeln, jedes englische Schiff, jedes seiner Verbündeten, das sich irgendeinem Hafen Englands oder Schottlands nähert, torpedieren und dadurch den größeren Teil der Nahrungsmittelzufuhr abschneiden.“ Der erstaunt aufhorchende Journalist stellte daraufhin die zweifelnde Frage: „Hat Deutschland genug Unterseeboote, um durchzuführen, was auf eine teilweise Unterseebootblockade Englands hinausläuft?“ Darauf antwortete Herr v. Tirpitz: „Ja, an Unterseebooten größeren Typs sind wir England überlegen.“ Diese Aussprüche Tirpitz' waren die Quelle und die Autorität aller der zahllosen, nachher und bis vor kurzem in der sogenannten Tirpitz-Presse erschienenen Artikel, in denen immer wieder gepredigt wurde, daß das Heil Deutschlands von der unbeschränkten Anwendung der Unterseebootwaffe abhängt, sie waren die Quelle und die Autorität der bekannten U-Boot-Anträge im Reichstag und haben der deutschen Regierung oder, genauer gesagt — denn hier muß man unterscheiden — dem Auswärtigen Amt im Ausland und im Inland unendliche Schwierigkeiten bereitet, von denen nur ein offenes und öffentliches Bekenntnis sie befreien konnte.

Dieses befreiende Bekenntnis liegt nun in dem Artikel des Lokalanzeiger vor. Es ist ein

ehrliches und wahrhaftes Bekenntnis. Man braucht sich nur die oben zitierte Voraussage des Großadmirals v. Tirpitz in Erinnerung zu rufen und daneben die tatsächlichen Ergebnisse des von den deutschen Seestreitkräften seit mehr als einem Jahre mit helber, fast Kühnheit und seemannischer Vollkommenheit durchgeführten Unterseebootkrieges gegen Handelsschiffe zu stellen, und man wird dem deutschen Offiziosus recht geben, der mit bitteren Worten die „pomphafte Ankündigung der neuen Kriegsmethode“ beurteilt und es tadelt, daß darin „der jungen Waffe Erfolge vorgeschrieben wurden, die sie nicht erringen konnte“. Herr v. Tirpitz ist nun, bei aller Anerkennung seiner großen organisatorischen Leistungen, ausgeschiff, die von ihm vertretene Methode des U-Bootkrieges ist verlassen, die darauf aufgebaute Politik ist als „schlecht“ abgetan, und der Friede mit Amerika ist geschlossen, dem eben jene Politik im Wege stand.

Die Neutralität Spaniens.

Thronrede anlässlich der Kammereröffnung.

Madrid, 10. Mai.

Bei der Eröffnung der Kammer verlas der König die Thronrede, in der es heißt:

Spanien unterhält mit allen Kriegführenden die gleichen freundschaftlichen Beziehungen. Spanien wird die Neutralität aufrichtig fortsetzen. Alle Kriegführenden schätzen die Loyalität seines Verhaltens und die gerechten Gründe seiner Haltung. Die Regierung gehorcht, indem sie die Neutralitätspolitik bekräftigt, dem einstimmigen Willen des Landes.

Die Botschaft kündigt zahlreiche Probleme an, die sich aus dem Frieden ergeben werden. Was Spanien anbelange, werde man die Auswanderung von Kapital und Arbeitskräften verhindern müssen, die nach dem Kriege von den anderen Ländern für die gewaltige Aufgabe des materiellen Wiederaufbaues gesucht würden. Zu diesem Zwecke werde die Regierung einen organischen Plan wirtschaftlicher und finanzieller Maßnahmen vorlegen, der die Arbeiterkrise beseitigen und den Ausfuhrhandel mit Hilfe einer Organisation rascher Kreditgebung antegen solle.

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten der Gegenwart werde die Regierung eine Verstärkung der nationalen Verteidigung fordern. Die Kammern würden namentlich über die Grundlagen der militärischen Reorganisation zu beraten haben.

Die Botschaft schließt: Die Kammern werden die Pflicht haben, sich bei ihren Beratungen von den Interessen der Landesverteidigung und des Wohlergehens Spaniens leiten zu lassen.

Der Hilferuf der russischen Fremdvölker an Wilson.

Wien, 11. Mai.

Wie gemeldet, hat die Liga der Fremdvölker Rußlands einen Hilferuf an den Präsidenten Wilson gesandt. Es heißt darin:

„In dringender Not wenden wir uns an Sie, Herr Präsident, als an einen Vorkämpfer für Humanität und Gerechtigkeit, und durch Sie an alle Menschenfreunde, um Sie wissen zu lassen, wech schweres Schicksal unsere Volks- und Glaubensgenossen durch Rußlands Verschulden ertragen müssen. Wir wenden uns an Sie, Herr Präsident, auch an Rußlands Verbündete, denn wir wissen, daß auch sie in ihrer Freiheitsliebe und ihrem Rechtsgefühl unsere Leiden unerträglich finden werden.

Wir Angehörige der fremdstämmigen Nationen und Religionsgemeinschaften Rußlands klagen die russische Regierung vor der gesamten zivilisierten Welt an und rufen um Hilfe, um Schutz vor Vernichtung!

Wir Finländer klagen die russische Regierung an, unsere feierlich bestätigte Verfassung mit Füßen treten zu haben. Finlands Recht ist durch russische Gesetze, die in Finland keine Gültigkeit haben, verletzt worden. Die einheimischen Sprachen werden verdrängt, die Verwaltung desorganisiert. Verfassungstreue Richter und Beamte werden in russische Gefängnisse gesperrt oder nach Sibirien verschickt.

Uns Balten wurden unsere Verfassung, unsere verbrieften Rechte geraubt. Während des Krieges hat das russische Heer unsere Wohnsitze verwüstet, geplündert und niedergebrannt. Viele von uns sind grundlos verdrängt, wie Feinde ohne Rechtspruch eingekerkert und ins Elend verschleppt worden.

Wir Letten haben von jeher dem russischen Staate viele bewährte Beamte gestellt. Obgleich wir freiwillig Regionen zur Verteidigung Rußlands stellten, ist ein großer Teil der lettischen Bevölkerung jetzt von Haus und Hof vertrieben, um im Innern des Reiches im Elend zu verkommen.

Wir Litauer haben unsere nationale Selbständigkeit verloren. Unser Glaube wurde verfolgt, Bildung und Aufklärung wurden gewaltfam verhindert und die litauische Muttersprache sollte ausgerottet werden; wer ein litauisches Gebetbuch besaß, wurde mit Kerker oder sibirischer Verbannung bestraft. Ein großer Teil des Landes wurde eingezogen und an russische Güntlinge verteilt oder zu Kronländern gemacht. Jetzt hat die russische Armee große Teile unserer Bevölkerung gewaltfam ins Elend verschleppt und das früher wohlhabende Land verwüstet.

Wir Polen haben, seitdem wir unter russischer Herrschaft stehen, jahehundertlang physische und moralische Qualen erlitten. Verfassungsbrüche und Zerstörung unseres staatlichen und nationalen Lebens kennzeichnen das Verhalten der „SchwesterNation“ Rußland! Um das von dem russischen Oberbefehlshaber in diesem Kriege gegebene Autonomieversprechen einzulösen, sind auch nicht die geringsten Schritte unternommen worden. Russische Truppen haben jetzt in sinnloser Weise unsere Gebiete verwüstet, geplündert und gebrandschatzt, die russische Regierung hat einen großen Teil unseres Volkes in die Fremde verjagt und im Innern des Reiches leiden anderthalb Millionen Polen entsetzliche Not.

Wir Juden Rußlands sind geknechtet wie kein anderes Volk der Erde. Wir werden geistig und körperlich dem Siechtum überlassen. Wir werden am Besuch der Schulen und Universitäten gehindert. Zusammengepfercht in Ansiedlungsrayons, gab man uns steigender Verarmung und Verelendung preis. In barbarischen Pogroms ließ man den Pöbel seine bestialischen Instinkte blutig an uns anstoßen. Durch den Krieg sind Hunderttausende von uns in die Fremde getrieben worden, und viele Tausende sind dabei elend umgekommen. Unsere Wohnstätten sind ausgeplündert, und täglich verkommen unsere Volksgenossen im entsetzlichen Elend.

Wir Ukrainer sind unserer feierlich zugesprochenen Autonomie beraubt worden. Die Selbständigkeit unserer Kirche wurde vernichtet, unsere Sprache, die Sprache eines

30 Millionen zählenden Volkes, aus dem öffentlichen Leben und aus den Volksschulen verbannt. Kulturelle Vereine wurden mit Kriegsausbruch aufgehoben, die Presse verboten. In Galizien und der Bukowina kamen die Ausrottungsabsichten Rußlands unserem Volke gegenüber offen zum Ausbruch. Alles Ukrainische wurde verfolgt, Massenverhaftungen vorgenommen und die gewalttätige Russifizierung eingeleitet. Dabei hatte die russische Regierung die Stirn, sich als Befreierin Galiziens aufzuspielen.

Wir Muselmanen Rußlands, 25 Millionen, führen Klage über die an uns verübte Knechtung. Die Ausübung unserer Religion wird in ungeheurer Weise behindert. Politisch werden wir verfolgt. Unser Landbesitz ist uns geraubt worden, um russischen Güntlingen und Gewalthabern geschenkt zu werden. Die Entwicklung unserer Kultur wird behindert, überall unterliegen wir ungerechten Beschränkungen. Wir werden verfolgt und mißhandelt.

Wir Georgier, das größte Volk Kaukasiens, schlossen einst freie Verträge mit Rußland, die alle gebrochen worden sind. Unsere Dynastie, die Selbständigkeit unserer Kirche, unsere nationalen Einrichtungen wurden vernichtet. Unsere freien Bauern wurden enteignet, um russischen Bauern Platz zu machen. Mit Kriegsausbruch wurden unsere Besten verschickt, unsere Provinz Adschara vollständig verheert. Hungernd, nackt und elend wurden über 50.000 Menschen vertrieben und dem Untergang geweiht.

So frevelt Rußland an uns, seinen eigenen Untertanen. Es hat jegliches nationale Leben unterdrückt, es hat unsere lebendigen Kulturen vergiftet. Sittenlosigkeit und Bestechlichkeit hat Rußland an die Stelle von Zucht und Ehrlichkeit gesetzt, andersgläubige Religion verfolgt, Aufschwung und Bildungsdrang unterdrückt und die Verdummung seiner eigenen Untertanen angestrebt.

Wir beklagen uns über das Hinjichen und Sterben Tausender von Unschuldigen, von Greisen, Frauen und Kindern. Nie werden unsere Nachkommen das Martyrium vergessen, das Rußland über uns gebracht hat. Rußland hat Völker, die ihm zur Pflege anvertraut waren, geknechtet und verwahrloßt und seine Macht dazu mißbraucht, um seine eigenen Untertanen zu martern und unseren Wohlstand auf Generationen hinaus zu vernichten.

So hat Rußland selbst uns von sich gestoßen! Und es wird auch später die Verfolgung unserer Stammesgenossen fortsetzen und nicht ruhen, bis das Ziel: Ausrottung der Fremdvölker als Nationen erreicht ist. Darum rufen wir: Helft uns! Schützt uns vor Vernichtung!

W i e n, 10. Mai.

Der weißrussischen Zeitung „Doman“ zufolge schließen sich die Weißrussen dem Aufruf der unterdrückten Völker Rußlands an Wilson an.

Botschafter Gerard über Lansing's Erklärung.

Der amerikanische Botschafter Gerard empfing heute unseren L. St.-Mitarbeiter, der ihn über die Auslegung der gestern bekannt gewordenen Erklärung Lansing's befragen wollte. Der Botschafter selbst hatte noch keine direkte Nachricht oder einen authentischen Text in Händen, so daß er sich auf die in unserem heutigen Morgenblatt wiedergegebene Neuterklärung beschränken mußte.

Auf die Frage, was unter den „ausdrücklichen Vertragsverpflichtungen“ der amerikanischen Regierung zu verstehen sei, antwortete der Botschafter offen und rückhaltlos: „Von irgendwelchen Geheimverträgen, welcher Art sie auch sein mögen, kann in Amerika nie und nimmer die Rede sein. Kein amerikanischer Präsident kann es nach der Verfassung wagen, staatliche Bindungen einzugehen, die nicht durch eine Zweidrittel-Mehrheit des Kongresses genehmigt werden. Ich verweise Sie auf den Text unserer Verfassung, Artikel 2, Abschnitt 2, wo ausdrücklich steht: „He shall have Power, by and with the Advice and Consent of the Senate, to make Treaties, provided two thirds of the Senators present concur.“ (Der Präsident soll die Macht haben, auf Grund der Ratsschlüsse und mit Zustimmung des Senats Verträge zu schließen, sofern zwei Drittel der anwesenden Senatoren seinem Antrage zustimmen.) Danach ist es völlig ausgeschlossen, daß irgendwelche Verträge existieren, die nicht zur Kenntnis des Senats gelangt sind und dessen Zustimmung nicht erhalten haben.

Auf die weitere Frage, ob nicht Geheimstimmungen des Senats stattfinden könnten, in denen solche Verträge vorgelegt würden, so daß vielleicht noch mitten im Kriege derartige Abkommen oder Verträge mit Zustimmung des Senats in geheimer Sitzung abgeschlossen werden können, antwortete der Botschafter in durchaus verneinendem Sinne:

„Es sind zwar geheime Sitzungen des Senats statthaft, aber zu derartigen Beschlüssen kann es in geheimen Sitzungen nicht kommen. Jedenfalls würden die Gegner solcher Verträge an keine Verschwiegenheit gebunden sein und ihrer Opposition in der Presse Luft machen. Die Äußerungen Lansing's können sich nach alledem keinesfalls auf Geheimverträge beziehen, die nicht zur Kenntnis der ganzen Welt gelangt sind, noch viel weniger auf Abmachungen, die etwa im Senat während des Krieges vereinbart worden wären, sondern nur auf schon bekannte Verträge, die vor der Kriegserklärung für alle Welt offenkundig waren.“

Auf die letzte Frage endlich, ob sich die Lansing'sche Erklärung etwa auf den Schiedsgerichtsvertrag bezieht, den Amerika im Frühjahr 1914 mit 21 Staaten, darunter auch mit England, geschlossen hat, antwortete der Botschafter in bejahendem Sinne. Offenbar kann Lansing nur jenen Schiedsgerichtsvertrag im Auge haben, dem bekanntlich weder Deutschland noch Japan beigetreten sind. Es dürfte nicht ohne Interesse sein, den wesentlichen Inhalt dieses Schiedsgerichtsvertrages bei diesem Anlaß ins Gedächtnis zu rufen. Dieser Vertrag verpflichtet alle Kontrahenten, also auch Amerika und England, Differenzen, die weder auf diplomatischem Wege noch durch ein Schiedsgericht geregelt werden können, einer besonderen Untersuchungskommission zu überantworten. Dieser Kommission müssen die beiden Staaten ihr ganzes Material zur Verfügung stellen, und die Staaten sind vertraglich verpflichtet, diese Kommission in jeder Weise zu unterstützen. Sie hat ein Jahr Zeit zur Abgabe für ihre Berichte an die beiden Regierungen. England und Amerika können durch neue Vereinbarungen die Frist verkürzen. Wenn aber keine ausdrücklichen Abmachungen bezüglich dieser Kommission getroffen werden, so bleibt es bei der vertraglich festgesetzten Frist von einem Jahre. Für den heutigen Stand der Dinge kommt folgende Bestimmung des Schiedsgerichtsvertrages wesentlich in Betracht: „Alle 21 Nationen, die mit Amerika den Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen haben, verpflichten sich wechselseitig, während der Verhandlungen der von ihnen eingesetzten Kommission weder Krieg miteinander zu führen, noch auch eine feindliche Handlung gegeneinander einzunehmen.“

Abkündigung im Haushaltsauschuß.

Der Haushaltsauschuß des Reichstags nahm heute die Abkündigung über die vorliegenden Anträge vor. Gegen eine sozialdemokratische Stimme wurde folgender gemeinsamer Antrag auf Förderung des Schiffbaues angenommen:

Unverzüglich im Zusammenwirken mit dem Kriegsausschuß der deutschen Reedereien alle zur Erhaltung und Vermehrung des Bestandes an deutschen Handelsschiffen für Binnen-, Küsten- und Ueberseeverkehr geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere den deutschen Reedereien den Bau von Handelsschiffen durch Bereitstellung ausreichender Geldmittel zu erleichtern.

Einstimmig angenommen wurde die bereits im Wohnungsausschuß angenommene Resolution über den Kleingewohnungsbau:

I. Im nächsten Reichshaushalt als regelmäßige Ausgabe 30 000 Mark einzusetzen zur Unterstützung derjenigen Vereinigungen, welche die allgemeine Förderung des Kleingewohnungswesens bezwecken.

II. Bei Vorlage des Reichshaushaltsvoranschlages für 1917 beim Etat des Reichsamts des Innern im außerordentlichen Etat, „Reichswohnungsfürsorgefonds“:

a) das Dispositiv wie folgt zu ändern: „zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben des Reichs und Reichsheeres, sowie für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Rückennahmen (Zins und Tilgung) fließen dem Fonds zu.“

b) die Etatsposition von fünf zunächst auf zehn Millionen Mark zu erhöhen.

Mit großer Mehrheit angenommen wurde die vereinigte sozialdemokratische und Zentrums-Resolution: Die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwerindustrie überhaupt nur dann zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind, sowie geeignete Schutzmaßnahmen getroffen sind, um Unfallgefahren, die aus der Eigenart der Frauenbeschäftigung hervorgehen, möglichst zu beseitigen.

Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen wurde die sozialdemokratische Resolution: „Zur Beilegung von Differenzen und Wohnstreitigkeiten für die einzelnen Industriebezirke Kriegsausschüsse oder Schiedskommissionen zu errichten, wie solche bereits für Berlin und das Königreich Sachsen bestehen.“

Angenommen wurde ferner der Antrag: „Maßnahmen zu treffen, daß

1. die Gewerbeinspektoren die Erfahrung mit der durch den Krieg bedingten Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte, der jugendlichen Arbeiter und der Kinderarbeit in der Industrie und im Gewerbe sammeln und darüber berichten, besonders unter Berücksichtigung der Einwirkungen auf Leben und Gesundheit,

2. alsbald nach dem Kriege die Bestimmungen der Gewerbeordnung und die auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen Verordnungen, betreffend die Verbote oder Beschränkungen der Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen wieder in Geltung treten zu lassen, dabei in solchen Berufszweigen, wo vor dem Krieg die Beschäftigung von Jugendlichen und Arbeiterinnen nicht üblich war, zu prüfen, inwieweit ein Verbot der Beschäftigung, Einschränkung der Arbeitszeit, Einlage von Pausen, Ausgestaltung von Unfallverhütungsvorschriften und sanitäre Maßnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Jugendlichen und Arbeiterinnen sich als notwendig erweisen,

3. nach Beendigung des Krieges oder beim Eintritt normaler Beschäftigung die für bestimmte Industriezweige außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzvorschriften, soweit sie auf behördlichen Anordnungen beruhen, wieder in Kraft gesetzt und ihre Durchführung durch verstärkte Aufsicht seitens der Gewerbeinspektoren überwacht werden.

Annahme fand auch die sozialdemokratische Resolution: Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem § 36 des Versicherungsgesetzes für Angestellte folgenden Zusatz zu geben:

„Die Reichsversicherungsanstalt kann auch Mittel aufwenden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Berufsunfähigkeit unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen.“

Mit großer Mehrheit wurden folgende auf die Verbesserung der Familienunterstützung bezüglichen Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums angenommen:

1. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Bundesregierungen dahin zu wirken, daß zum Zwecke einer ausreichenden Unterstützung der Familien in den Seeresdienst eingetretener Mannschaften in den Lieferungsverbänden der Gemeinden Bedarfsätze festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß den Kriegerfamilien unter Berücksichtigung der herrschenden Steuerung die zur Ernährung, Bekleidung und Wohnung erforderliche Unterstützung gesichert wird, und von diesen Bedarfsätzen nur abgewichen werden soll, wenn besondere Gründe dafür geltend gemacht werden können.

Der bisher schon für die Unterstützung der Kriegerfamilien an die Bundesstaaten gewährte Reichszuschuß ist entsprechend zu erhöhen.

2. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß, wenn die den Familien der Kriegsteilnehmer gewährte Unterstützung durch den Tod der Mutter eine Verringerung erleidet, der auf die Mutter entfallende Unterstützungsbetrag an die Person ausbezahlt werde, welche mit dem Unterhalt und der Erziehung der hinterbliebenen Kinder beauftragt ist.

Der konservative Antrag: „Vorsorge zu treffen, daß in Fällen, in denen Grundstücke und Gebäude von den eigenen Truppen ohne die gesetzlich vorgeschriebene Inanspruchnahme beschädigt oder zerstört sind, Entschädigung alsbald auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes gezahlt wird,“ wurde mit geringer Mehrheit angenommen.

Der Antrag des Zentrums, die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für Kriegsteilnehmer oder deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu unterstehen mit dem Ziele, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten, wurde mit 13 gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler angenommen.

Eine sozialdemokratische Resolution auf Aufhebung des Sparzwangs für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die einschlägigen Petitionen wurden durch Hingabegabe als Material, teils zur Erwägung, erledigt, darauf der Etat des Reichsamts des Innern für angenommen erklärt und sodann in die Beratung von Zensurfragen eingetreten.

Die Anklage gegen Liebknecht.

Der Bericht, den der Abgeordnete v. Payer in dem Geschäftsausschuß des Reichstags über die Verhaftung des Abgeordneten Dr. Liebnecht erstattet hat, läßt erkennen, auf welche juristischen Gesichtspunkte die gegen Dr. L. zu erwartende Anklage voraussichtlich gestützt werden wird. Das von Liebnecht verbreitete Flugblatt „Auf zur Maifeier“ soll vor allen Dingen gegen die §§ 89 und 130 des Reichsstrafgesetzbuchs verstoßen. § 89 lautet:

Ein Deutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder der Kriegsmacht des Deutschen Reichs oder der Bundesgenossen desselben Nachteil zufügt, wird wegen Landesverrats mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte anerkannt werden.

§ 130 hat folgenden Wortlaut:

Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Da Liebnecht zur Zeit dem Soldatenstand angehört, kommt auch die Anwendung der Vorschriften des Militärstrafgesetzbuchs in Frage. Dessen § 57 schreibt vor:

Wer im Felde einen Landesverrat begeht, wird wegen Kriegsverrats mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

Daneben scheinen dem Verhafteten noch geringfügigere Straftaten wie Widerstand gegen die Staatsgewalt im Sinne des § 113 StGB vorgeworfen zu werden.

Unser Rechtsfall mit Amerika.

Von Dr. Richard v. Kralitz.

Die Grundlage unserer Rechtsörterungen mit der nordamerikanischen Union, die sich gerne „Amerika“ nennen hört, ist juristisch oder, wenn man will, rechtsphilosophisch ungemein interessant und höchst bezeichnend, ja geradezu typisch für den Gegensatz der mitteleuropäischen und der exzentrischen Auffassung der Dinge. Es ist nämlich ein Prinzipienstreit über die Frage, ob es ein objektives Recht gibt, oder ob es kein anderes Recht als das subjektiv aufgeschriebene gibt. Bekanntlich beruht die Rechtsanschauung der Ideen von 1789, zu denen auch die Ideen der Union gehören, auf Rousseaus „Sozialem Kontrakt“, d. h. auf der Annahme, daß alles Recht des Staates und der Staaten Folge einer willkürlichen Festsetzung ist, daß es also ohne Gesetz, ohne Kontrakt kein Recht gibt. Recht ist das, was die Menschen jeweilig als Recht erklären. Der Gesetzgeber ist absolut, sei er ein Zar, der Ukase erläßt, sei er ein Parlament, das durch eine Bill sogar eine Frau zu einem Mann machen kann. Es gibt danach keine „Menschenrechte“, wenn sie nicht erklärt und durch Majorität angenommen werden.

Die mitteleuropäische Anschauung sieht dagegen das Recht, den Staat, als einen Organismus an, der besteht, auch wenn ihn die Menschen nicht in Formeln fassen. Das eigentliche Staats- und Rechtsbewußtsein ist eben, das läßt sich nicht leugnen, seit dem Absterben des römischen Rechts und des römischen Staates in den germanischen Staatsbildungen verkörpert, und zwar am ehesten in jenem zentralen Staatsorganismus, der als Nachfolge des alten Roms „das heilige römische Reich deutscher Nation“ geheißen hat und heute Mitteleuropa heißt. Er war, ist und wird immer ein Organismus sein, der seine Kraft aus der Natur der Sache, aus der historischen, moralischen und kulturellen Notwendigkeit ziehen wird, auch abgesehen von allen Verträgen, Konstitutionen, Patenten, Abstimmungen usw. Es ist sehr gut, daß diese Abmachungen bestehen, aber sie sind nicht die Quelle des Rechts, sondern nur seine Fassung. Es ist gut, wenn die Quelle gefaßt ist, aber die Fassung macht nicht die Quelle. Ein berühmter Jurist hat einmal uns, seinen Jüngern, den Rat gegeben, in einem zweifelhaften Rechtsfall nach der Natur der Sache zu entscheiden und dann im Gesetzbuch die Paragraphen zu suchen, um diese Entscheidung zu begründen. Die Natur des Rechts ist unausschöpflich, die Paragrafen sind sehr bald ausgeschöpft.

So ist es also auch mit uns und Amerika. Wir berufen uns, nach Goethe und Kant, auf das Recht, das mit uns geboren ist, d. h. auf die Logik, auf den kategorischen Imperativ, auf den „Zweck im Recht“, wie Hegel gesagt hat. Die Amerikaner berufen sich ganz getreu ihren völlig verschiedenen Rechtsanschauungen nur auf das geschriebene Recht, auf den Paragraphen.

Untersuchen wir danach die zwei, drei hauptsächlichsten Kontroverspunkte. Wir finden es nicht recht, daß Neutrale Munition und Kriegsmaterial in einer Weise einer Partei zukommen lassen, daß dadurch der Krieg wesentlich zu unsern Ungunsten beeinflusst wird. Zene werfen ein, das sei nicht gegen das geschriebene Völkerrecht, und wir hätten auch im Burenkrieg einer Partei Munition geliefert. Auf den Hauptunterschied, daß dies in einem Maß geschah, der nicht wesentlich auf die Entscheidung einwirken konnte, gehen sie nicht ein. Wir

haben damals die Ausfuhr von Kriegsmaterial nicht verboten, weil sie gar nicht fühlbar wurde. Wilson verbietet sie nicht, obwohl sie sehr fühlbar ist. Wir haben es aufgegeben, unser objektives Recht darin weiter zu vertreten, weil das bei so verschiedenen Prinzipien keinen Erfolg haben kann. Wohl aber halte ich für sehr wichtig, uns bewußt zu bleiben, daß unser Rechtsstandpunkt der höhere, der bessere ist, und daß trotz aller Advokatenreden Recht Recht bleiben muß und Recht bleiben wird, die weil das Recht und die Gerechtigkeit die stärkste Macht in der Welt ist.

Der zweite Kontroverspunkt ist die Methode des Unterseebootkrieges. Diese Methode hat sich erst im Verlaufe des Krieges ausgebildet und es geht nicht an, Paragraphen, die mit Hinblick auf Schlachtschiffe anderer Art formuliert worden sind, auf diese neue Waffe anzuwenden. Es wäre freilich den Engländern angenehmer, wenn wir keine Unterseeboote gebrauchen würden; und uns wäre es angenehmer, wenn die Engländer gar keine Flotte hätten. Aber sie tun uns nicht den Gefallen, und wir ihnen auch nicht. Wenn jeder Kampf, bei dem die Bedingungen verschieden sind, ungerecht ist, dann gibt es nur einen gerechten Kampf, nämlich das amerikanische Duell, denn da sind die Bedingungen völlig gleich, da kommt Geschicklichkeit, Mut, Uebung, Stärke, Geist gar nicht in Frage; alles ist ausgeglichen. Nun werden aber Kriege ebensowenig durch Auswürfeln entschieden, wie man etwa bei einem Schützenfest um den besten Schuß würfelt, oder bei einer Konkurrenz um den ersten Preis. Die Rechte der Neutralen ändern sich eben auch nicht nur nach den Paragraphen, sondern nach der Natur der Waffen. Wenn eine Gegend zu Wasser und zu Lande durch Minen u. dgl. verteidigt ist, so müssen eben die Neutralen darauf verzichten, hier spazieren zu gehen oder zu fahren oder zu hausieren. Das ist unbequem für sie und darum sollen sie sich bemühen, den Krieg nicht selber zu verlängern, wie das die Union durch Waffen sendungen tut. Unterseeboote sind nichts anderes als große, bewegliche Minen, ja, sie sind verhältnismäßig weniger grausam, als die auf den bloßen Zufall hin verstreuten Minen. Und doch sollen die Minen erlaubt sein, die Unterseeboote nicht, weil England es nicht wünscht, und weil die Regierung der Union England sehr gefällig ist.

Unser Puffball mit Chuvikue

Mit diesem Punkt hängt der dritte zusammen; die Notwehr gegen den Aushungerungskrieg. Auch hier tritt unsere Rechtsanschauung der formalistischen der anglo-amerikanischen entgegen. Auch hier berufen sich die Engländer und ihre Freunde darauf, was einer Festung gegenüber erlaubt ist, das müsse auch einem ganzen Lande gegenüber erlaubt sein. Wenn wir ihnen diese Erweiterung zugeben wollen, dann muß aber auch uns zugegeben werden, daß wir sagen: Gut, dann ist aber auch das ganze Meer um die kriegsführenden Staaten Festungsglacis, so weit wir es eben für nötig halten, um dem Aushungerungsplan entgegenzuwirken. Aber wieder beruft sich der Advokat der Engländer auf das geschriebene Recht gegen die Vernunft, die Billigkeit, die Gerechtigkeit. Und wieder ist, wie wir überzeugt sind, die Gerechtigkeit, das höhere Recht, die Logik, die Natur der Sache auf unserer Seite gegenüber dem Advokatenrecht.

Von England, von Amerika ist der Pazifismus zu uns gekommen. Wer wäre nicht schon längst Pazifist in dem Sinne, daß er allen Menschen auf Erden den Frieden wünschte! Aber mit einer gewissen Art des Pazifismus scheint es so wie mit gewissen revolutionären

Ideen zu sein, die man uns aufdrängen wollte, um uns zu schwächen und dann zu überwältigen.

Aber ich schreibe all das nicht, um England oder Amerika Vorwürfe zu machen. Die haben genug Sorgen bei sich zu Haus. Die Hauptsache ist, daß wir uns selber erkennen, unsere Sache, unsere Rechte, unsere Grundsätze, unsere Pflichten, unser Staatswesen, seine Mission in der Welt, seine Stärke, seine Unüberwindlichkeit, wenn wir uns nur nicht selber zu nahe treten. Wir haben von außen keinen Gegner, der uns etwas anhaben kann, wenn wir nur unser selbst bewußt bleiben. Wir sind als „Mitteleuropa“ in der Tat Vertreter der kernhaften Auffassung dieser Welt und ihrer Reiche und auch der Ideenwelt und ihrer Mächte. England und Amerika sind mächtige, reiche Firmen, und aus diesem Bewußtsein heraus ist ihre ganze Weltstellung zu erklären. Die Mittelmächte sind überwiegend Rechtsstaaten, Staaten, in denen die Ideen der Pflicht, der Recht, der Ordnung überwiegend sind und sein sollen. Wir haben hier ein jeder die Pflicht, unser Staatswesen darin zu stärken, daß wir dies Bewußtsein vertiefen. Wir treten damit keiner Partei zu nahe, tun auch keinem Gegner oder Neutralen Unrecht. Aber in einem alten indischen Gesetzbuch — der Name ist schwer auszusprechen — heißt es als strenges Gebot: man soll auch sich selber nicht Unrecht tun, sonst verletzt man die Gerechtigkeit und die Ordnung der Welt. Dies Gebot gilt sowohl für Händler wie für Helden.

Zwangsmassnahmen gegen Griechenland.

A. Kopenhagen, 11. Mai. Folgende Mitteilung des Pressbureaus wird von den Petersburger Blättern vom 5. Mai veröffentlicht:

Die griechische Regierung erteilte bisher der Durchfuhr von serbischen Truppen durch Griechenland ihre Zustimmung nicht. Die griechische Regierung begründet ihre Weigerung mit der Befürchtung vor Einschleppung von Seuchen und damit, daß der Transport von Truppen auf der schmalspurigen Eisenbahn Patras — Larissa allzuviel Zeit beanspruchen würde.

Es ist jedoch klar, daß der Hauptgrund der griechischen Regierung Furcht vor Deutschland ist.

Die Alliierten haben beschlossen, Griechenland zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen.

Die energische Haltung der Alliierten in dieser Frage entspricht dem Wunsche, die Pläne Griechenlands endgiltig klarzulegen.

Die Gesandten der Alliierten erhielten die Weisung, im Einverständnis mit dem Stabe der Truppen der Alliierten in Griechenland vorzugehen.

* * *

Budapest, 11. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „Efti Ujsag“ meldet aus Konstantinopel: Der Athener Berichterstatter der „La Defense“ meldet: Der König, der Ministerpräsident und die Kammermitglieder erhalten täglich aus allen Teilen des Landes eine Menge Telegramme, in denen die Regierung aufgefordert wird, das Gebiet der aktiven Entschlieungen zu betreten und unter allen Umständen den Durchzug serbischer Truppen durch griechisches Gebiet zu verhindern. Die Meldung, daß England die in Frankreich gelandeten russischen Truppen nach Griechenland transportieren wolle, damit diese auf dem Berge Athos Stellung nehmen, hat in der griechischen Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen.

Abberufung des Generals Mahon.

Athen, 10. Mai. (Meldung der „Südsl. Corr.“) Der bisherige Oberkommandierende der englischen Truppen in Mazedonien, General Mahon, wurde abberufen und nach Aegypten versetzt.

Die griechisch-italienischen Zwischenfälle.

R. Rom, 11. Mai. „Idea Nazionale“ meldet aus Athen, daß der Zwischenfall betreffend die italienischen und griechischen Patrouillen nach der Audienz des italienischen Gesandten bei König Konstantin als erledigt gelten kann. Die griechischen Soldaten, die gegen die italienischen Soldaten schossen, sollen bestraft werden.

„Messager d'Athenes“ zufolge wünscht der König die Haltung der nordepirotischen Militärbehörden gegen die Italiener wohlwollend neutral und es wird anscheinend längs der epirotischen Grenze eine neutrale Zone geschaffen werden, welche die Berührung italienischer und griechischer Soldaten verhindert.

12. V. 1916

Die Audeutungen Lansings über amerikanisch-englische Vertragsverpflichtungen.

Äußerungen des Botschafters Gerard.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 11. Mai.

Ein Mitarbeiter der „Bosserischen Zeitung“ befragt den amerikanischen Botschafter Gerard über die Bedeutung der von Lansing erwähnten ausdrücklichen Vertragsverpflichtungen zwischen Amerika und England.

Gerard erklärte: Von irgendwelchen Geheimverträgen, welcher Art sie auch sein mögen, kann in Amerika mit und nimmer die Rede sein. Kein amerikanischer Präsident kann es nach der Verfassung wagen, staatliche Bindungen einzugehen, die nicht durch eine Zweidrittelmehrheit des Kongresses genehmigt werden. Es ist nach der Verfassung völlig ausgeschlossen, daß irgendwelche Verträge existieren, die nicht zur Kenntnis des Senats gelangt sind und dessen Zustimmung nicht erhalten haben.

Auf die weitere Frage, ob nicht Geheimtätigkeiten des Senats stattfinden könnten, in denen solche Verträge vorgelegt würden, so daß vielleicht noch mitten im Kriege derartige Abkommen oder Verträge mit Zustimmung des Senats in geheimer Sitzung abgeschlossen werden können, antwortete der Botschafter in durchaus verneinendem Sinne: Die Äußerungen Lansings können sich nach alledem keinesfalls auf Geheimverträge beziehen, die nicht zur Kenntnis der ganzen Welt gelangt sind, noch viel weniger auf Abmachungen, die etwa im Senat während des Krieges vereinbart worden wären, sondern nur auf schon bekannte Verträge, die vor der Kriegserklärung für alle Welt offenkundig waren.

Auf die letzte Frage endlich, ob sich die Lansing'sche Erklärung etwa auf den Schiedsgerichtsvertrag bezieht, den Amerika im Frühjahr 1914 mit 21 Staaten, darunter auch mit England, geschlossen hat, antwortete der Botschafter in bejahendem Sinne.

Offenbar kann Lansing nur jenen Schiedsgerichtsvertrag im Auge haben, dem bekanntlich weder Deutschland noch Japan beigetreten sind. Dieser Vertrag verpflichtet alle Kontrahenten, also auch Amerika und England, Differenzen, die weder auf diplomatischem Wege noch durch ein Schiedsgericht geregelt werden können, einer besonderen Untersuchungskommission zu überantworten. Sie hat ein Jahr Zeit zur Abgabe für ihre Berichte an die beiden Regierungen. Alle 21 Nationen, die mit Amerika den Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen haben, verpflichten sich wechselseitig, während der Verhandlungen der von ihnen eingesetzten Kommission weder Krieg miteinander zu führen noch auch eine feindliche Handlung gegeneinander einzunehmen.

Eine nüchtern rumänische Stimme über Ungarn.

In dem Bukarester Blatte „Scara“ veröffentlicht der Universitätsprofessor Ilie Barbulescu einen Artikel unter dem Titel „Die Ungarn, unsere Agitatoren und die Interessen Rumäniens“. Aus dem hochinteressanten Artikel, der eine unboreingenommene Erörterung solcher Fragen bietet, die in der Presse Rumäniens fast ausnahmslos in tendenziöse Beleuchtung gestellt zu werden pflegen, reproduzieren wir die folgenden Ausführungen:

Ich studiere schon lange die Angelegenheit der ungarländischen Rumänen und bin zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Ungarn die rumänischen Bewegungen stark überschätzen. Gleichzeitig bekenne ich mich auch zu der Ueberzeugung, die ich aus dem Verhalten gewisser sogenannter siebenbürgischer Intellektuellen schöpfe, daß auch die Strenge der Ungarn nicht so übergroß wäre, wenn die rumänischen Bewegungen ihren ausschließlich kulturellen Charakter wahren, wenn sie unter dem Deckmantel der Kultur nicht eine ungarnefeindliche irredentistische Politik verhüllen würden. Denn unsere „Patrioten“ werden mir schon verzeihen, aber die von ihnen so oft beklagten „Gewalttätigkeiten“ der Ungarn sind doch zum allergrößten Teil bloß Lügen der politischen Agitatoren. Und diese Lügen werden von einzelnen erfunden, die in Ermangelung einer höheren geistigen Befähigung in einem so gut organisierten Staate wie Ungarn sich nicht zu einer höheren gesellschaftlichen Stellung emporzuarbeiten vermögen, da sie in den meisten Fällen keine höhere Befähigung, als bestenfalls das Reifezeugnis der Mittelschule aufweisen können. Andere wieder verbreiten solche Lügen, weil sie zwar den erforderlichen Studiengang aufweisen können, aber des entsprechenden Wissens entbehren, das ihnen in höhere Amtsstellungen verhelfen könnte. Wieder andere propagieren diese Lügen, weil sie ohne Kenntnis der Tatsachen leicht zu gewissenlosen Schlussfolgerungen gelangen.

Diese Agitatoren haben im praktischen Leben sich schon genug psychologisches Wissen angeeignet, um durch Klagen und Agitationen in den Augen des unorientierten Publikums als Märtyrer eines verfolgten nationalen Ideals erscheinen zu können, und sie wissen, daß in einem Staate wie Rumänien ihnen auch ohne entsprechende geistige Eignung Amtsprüfungen zufallen, die sie in Ungarn niemals hätten erlangen können.

In jüngster Zeit freilich haben nüchterner denkende Rumänen die Gefahr erkannt, in die diese Agitatoren das Rumänentum zerren möchten, und die Folge war, daß die Mittel und die Politik dieser Leute verurteilt wurden, sie selbst aber bei der Wahl der Abgeordneten für die Wahl synode des Magyarebener Metropolitensamt und besonders durchgefallen sind. Früher einmal schon hatte der Magyarebener Vikar Bazul Mangra erklärt, daß die Agitatoren nicht die Wahrheit sprechen und in seiner Diözese kein einziger Rumäne magyarisiert worden ist.

Auch ich selbst kann zwei Beispiele zum Beweise dessen anführen, daß die Behauptungen betreffend die gewalttätige Magyarisierung unwahr sind. Ein „Verräter“ wie ich und nicht ein „Märtyrer“ der gewalttätigen Magyarisierung, sondern ein gemäßigter siebenbürgischer Rumäne hat im verflossenen Jahre die Reichstagsreden des Grafen Tisza aus den Jahren 1893—1915 übersetzt und in rumänischer Sprache veröffentlicht. Da ist nun eine Rede Tiszas aus dem Jahre 1910 zu lesen, aus der hervorgeht, daß die „Märtyrer“ nicht die Wahrheit sprechen, wenn sie den ungarischen Ministerpräsidenten als einen Mann hinstellen, der, wenn er von der politischen ungarischen Nation spricht,

die Existenzberechtigung der Nationalitäten verneint und für die Einschmelzung dieser Nationalitäten in die ungarische Masse eintritt. Allerdings fertigen die „Märtyrer“ auch diese Rede mit der Behauptung ab, daß sie bloß Worte enthalte. Wie ich aber sehe, ist in Ungarn für die Nationalitäten weit mehr, als die erwähnte Rede Tiszas anbeutet, geschehen, solange die Agitatoren sich nicht zu Wortführern einer irredentistischen Politik hingegeben haben. Die Rumänen arbeiten schon seit fünfzig Jahren daran, im Dienste der Kulturinteressen des rumänischen Volkes ein Theater zu errichten und sie sind bis zum heutigen Tage noch nicht dahin gelangt, dieses in der Tat kulturelle Ziel zu verwirklichen. Die Gemäßigten haben diese Bewegung stets als eine Kulturzwecken dienende betrachtet; anders jedoch die Agitatoren, die ihre irredentistische Tendenz in die Bewegung hineingetragen und dadurch auch diese Frage diskreditiert haben. Die Serben aber besitzen schon seit fünfzig Jahren ihr Theater in Ujvidék; allerdings haben sie niemals politische Beziehungen in der Betätigung ihrer nationalen Kultur angestrebt.

Unter dem Vorwande ihrer Kulturforderungen haben diese Agitatoren das Schiff der diesseits wie jenseits der Karpathen lebenden Rumänen in das irredentistische Fahrwasser einer Politik gebracht, die auf die Aufteilung Oesterreichs und Ungarns abzielt. Das seit einem halben Jahrhundert bestehende serbische Theater beweist jedoch, daß die Worte des Grafen Tisza nicht inhaltslos sind, die den Nationalitäten Ungarns eine freie Entwicklung auf kulturellem Gebiete verheißten.

Ein weiterer Beweis für den Liberalismus der Ungarn den Fremdsprachigen gegenüber ist die Anerkennung des mohammedanischen Glaubens. Und dieser neue Beweis für die Achtung der Nationalitätenrechte wird uns eben jetzt, während des Ministerpräsidiums des Grafen Tisza geliefert. Also nicht den Serben allein, auch den Muslimanen haben die Ungarn die Möglichkeit der Entwicklung gegeben.

Alle diese Beispiele ermahnen uns, in Rumänien lebenden Rumänen, die Regierung sowohl wie die ernstesten politischen Parteien, uns den Agitationen fernzuhalten, ebenso wie auch die klugen siebenbürgischen Rumänen anläßlich der Wahl der Abgeordneten für die Metropolitenswahl von den Agitatoren abgerückt sind.

Der Besuch der bulgarischen Abgeordneten in Hamburg.

Hamburg, 13. Mai.

Der zweite Hamburger Besuchstag der bulgarischen Abgeordneten, der ebenfalls von sonnenschönem Frühlingswetter begünstigt wurde, galt zunächst, wie berichtet, der Besichtigung der hamburgischen Kunsthalle und des Hagenbed'schen Tierparks.

Kurz nach 10 Uhr begaben die Herren sich unter Führung des Direktors Dr. Schmitz von der Senatskommission für Reichs- und Auswärtige Angelegenheiten, des Vorstandes der Vereinigung der Freunde Bulgariens, vertreten durch die Herren v. Gardt und Prof. Thilenius, und des Konsuls Gumprecht, vom Hotel Atlantic nach der im malienfrischen Baumlaub anmutig daliegenden Kunsthalle, wo die Herren Direktor Professor Dr. Pauli und Professor Lutteroth in Begleitung des Assistenten Dr. Bürger und Vertreter der übrigen wissenschaftlichen Institute Hamburgs die Gäste in Empfang nahmen. Der Rundgang durch die mit Blattpflanzen festlich geschmückten Räumlichkeiten begann im Malartsaal, wo das Alesengemälde von dem Einzug Karls V. in Antwerpen besonderes Interesse erregte. Dann wurden die im anstehenden Saale befindlichen Menzelschen Werke eingehend gewürdigt. Durch die kleinen Gemäldelabette führte der Rundgang nach der Sammlung moderner Bilder aus Hamburg, nach den Liebermannschen Gemälden und Bildern der Baron v. Schröderschen Stiftung, um wieder im Malartsaal seinen Abschluß zu finden. In erster Linie gab Herr Dr. Pauli persönlich die erläuternden Bemerkungen über die einzelnen Werke und die Gesamtanlage der

Kunsthalle, deren Bilderreichtum allgemeine Bewunderung der bulgarischen Gäste hervorrief.

Kurz nach 11 Uhr erfolgte dann die Abfahrt der Herren in offenen Zwischspannern nach Hagenbed's Tierpark, wo die Gäste gegen 12 Uhr eintrafen und von den Herren John Hagelbeck als Vertreter des als Leutnant im Felde stehenden Inhabers Heinrich Hagenbed und dessen in Malmö weilenden Bruders Lorenz Hagenbed, dem kaiserlichen und königlichen Konsul v. Ghika, dem Oberleutnant und Adjutant Verche und dem zoologischen Assistenten Fritz Wegner empfangen wurden.

Der Besuch der Bulgaren im Hagenbed'schen Tierpark entspricht dem besonderen Wunsche des bulgarischen Baren, der oft als Gast der Familie Hagenbed in Stellingen weilte und beim Ableben des Kommerzienrats Carl Hagenbed, des Begründers des Tierparks, äußerte, einen seiner besten Bekannten in Hamburg durch den Tod verloren zu haben.

Der Rundgang führte die Herren zunächst nach dem großen Vogelteich, von dem sich ein außerordentlich prächtiger Ueberblick über das Gesamtbild des Parks darbot.

Besondere Beachtung fand das im Vordergrund und der Parkanlagen gelegene sogenannte Paradies, an dessen Inaugenscheinahme sich der Besuch des Eismeerpanoramas anschloß, wo die sich im warmen Sonnenschein stredenden Robben und Seelöwen die Bulgaren längere Zeit unterhielten. Die See-Elefanten, die ebenfalls dort untergebracht sind, erwirkten als einzige im Zoologischen Garten befindliche Exemplare, die von einer eigens ausgerüsteten Expedition nach Deutschland gebracht wurden, natürlich die besondere Aufmerksamkeit der Herren. Dann wurde der alten Dressurhalle ein kurzer Besuch abgestattet, wo die Schaustücke des Schimpansen „Zuffi“ große Ziertheit erregten. Auch die vor wenigen Monaten im Park zur Welt gekommenen jungen Löwen, die von den Herren auf den Arm genommen und gestreichelt wurden, gaben zu scherzhaften Menschenungen der Gäste Anlaß. Nach dem kurzen Besuch des Haaseschen Belustigungsparks, wo die Herren auch eine Vergnügungsfahrt unternahmen, kehrten die bulgarischen Gäste nach dem Hauptrestaurant zurück, wo sie das von der Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten zu ihren Ehren bestellte Frühstück einnahmen.

13. IV. 1916

Ein russisch-japanisches Bündnis?

Seit einiger Zeit laufen in Deutschland Nachrichten um über den angeblich vollzogenen Abschluß eines russisch-japanischen Bündnisvertrages. Das Zustandekommen dieses Bündnisses soll Rußland große Opfer gekostet haben. Es heißt, daß Rußland die Bahnstrecke von Harbin nach Tschangtschun, die die große sibirische Bahn mit der den Japanern seit 1905 gehörenden Südmandschurischen Eisenbahn verbindet, an Japan abgetreten habe. Ernsthafte Leute sprechen sogar von einer Abtretung der Strecke Harbin—Wladiwostok, also des Endteils der transsibirischen Linie. Auch wird behauptet, daß Japan die Schleifung der Befestigungen von Wladiwostok wünsche. Wenn dies alles wahr wäre, so würde Rußland damit nicht allein auf die Nordmandschurei, den Preis, den die Japaner in dem blutigen Kriege des Jahres 1905 nicht erringen konnten, nunmehr freiwillig verzichten, es würde sich auch den Zugang zum Stillen Ozean verschließen, und dies zu einer Zeit, wo es nach seinen blutigen Niederlagen im Westen jede Aussicht verloren hat, sich einen freien Zutritt zum Mittelmeer und eine uneingeschränkte Herrschaft über die Ostsee mit den Waffen zu erkämpfen. Eine derartige Handlungsweise wäre so unvernünftig, daß die Meldungen darüber als durchaus unglaubhaft bezeichnet werden müssen. Der Ursprung dieser Meldungen ist bekannt. Er ist in Japan zu suchen, wo einheimische Zeitungen schon vor Monaten von dem Abschluß des russisch-japanischen Bündnisses als vollzogenen Tatsache berichteten und als Bedingungen des Abkommens die gleichen russischen Zugeständnisse nannten, von denen man jetzt bei uns spricht. Damals mögen vielleicht derartige Bedingungen zur Diskussion gestanden haben, aber die japanischen Zeitungen sind sicherlich nicht voreilig gewesen, wenn sie bereits ihre Annahme durch Rußland voraussetzten, und der Umstand, daß russische Blätter danach die Neußerungen und Feststellungen der japanischen Presse abgedruckt haben, kann an sich nicht als Beweis für die Richtigkeit der japanischen Behauptungen aufgefaßt werden.

Gewiß werden sowohl in Rußland wie in Japan Pläne für ein russisch-japanisches Bündnis seit einiger Zeit einheitlich erwogen. Aber es wäre völlig verfehlt, anzunehmen, daß Rußland sich wie ein Bittender die Gunst Japans teuer erkaufen müsse. Rußland befindet sich nach seiner militärischen Niederlage und dem völligen Zusammenbruch seines Finanz- und Wirtschaftssystems zweifellos in einer recht ersten Lage, aber es ist nicht in solchem Maße niedergeworfen, daß es das, was ihm Japan im schlimmsten Falle vielleicht mit Waffengewalt nehmen könnte, freiwillig abtreten müßte. Der Wunsch nach einem Bündnis wird vielmehr beiderseits empfunden, und es scheint oft, daß er auf der japanischen Seite nun mindestens ebenso stark ist wie auf der russischen. Japan ist zur Zeit völlig isoliert. Es hat aus dem Krieg ungeheuren politischen und wirtschaftlichen Nutzen gezogen, aber die Erfolge seiner Staatskunst können ihm nach dem Kriege wieder verloren gehen, wenn sich die weißen Völker der Welt der höheren Aufgaben ihrer Rasse bejähnen und geschlossen gegen den japanischen Emporkömmling austreten wollten. Japan ist gegenwärtig Englands Bundesgenosse, aber es ist vom 7. August 1914 ab, dem Tage, an dem es von der britischen Regierung gegen die deutschen Kreuzer in den chinesischen Meeren angerufen wurde, trotz formeller Erfüllung seiner Bündnispflichten in immer stärkerem Gegensatz zu den britischen Interessen getreten. Englische Zeitungen in Ostasien bezeichnen Japan offen als die Macht, von der der britischen Welt Herrschaft die schwerste Gefahr droht. Die Blätter in England legen sich eine größere politische Zurückhaltung auf, aber auch sie weisen auf die wachsende japanische Konkurrenz in China, Indien und Australien hin, und wie England einen lästigen Konkurrenten behandelt, das hat Japan von seinem Aufstreben gegen Deutschland gelernt. In Japan weiß man, daß das englisch-japanische Bündnis den Krieg nicht überdauern wird, es sei denn, daß England Japan noch weitere wichtige Zugeständnisse macht. Man fürchtet, daß es zu einem Konflikt mit dem bisherigen Bundesgenossen kommen wird, und da Japan sonst keine Freunde in der Welt besitzt, so hat es den Wunsch, sich einen Freund zu machen. Japan gibt sich trotz seines großen, während des Krieges erworbenen Machtzuwachses nicht einem triumphierenden Uebermut hin. Die japanischen Chauvinisten mögen dies tun, aber die Politiker des Landes sind um die Zukunft besorgt. So blickt man denn in Japan seit einiger Zeit nach Rußland. Russisch-japanische Gegensätze braucht es nicht zu geben, wenn Rußland nicht den ihm im Jahre 1905 versperrten Zutritt zu dem Gelben Meer von neuem erstrebt und Japan in China freie Hand läßt. Für Rußland wäre es nach seinen Mißerfolgen in Europa wohl wichtig, die eisfreien Häfen am Golf von Tschili wiederzugewinnen, aber das würde ihn einen neuen, schwer durchzuführenden Kriegszug kosten. Da es dazu nicht imstande ist, kann es seine Uninteressiertheit an der Süd-

mandschurei und am eigentlichen China erklären. Japan andererseits hat sich höhere Aufgaben gestellt als die Gewinnung und Ausbeutung der klimatisch den Japanern wenig zugänglichen Nordmandschurei. Die beiden Länder können sich also gegenseitig ein friedliches Nebeneinanderleben und ein politisches und wirtschaftliches Zusammengehen für die folgenden Jahre zusichern, ohne daß auf einer der beiden Seiten zu große Opfer gebracht zu werden brauchen.

Der Besuch des Großfürsten Georg Michailowitsch in Tokio hat wohl zunächst den Zweck gehabt, unter Feststellung der beiderseitigen Ziele einen Zustand des Vertrauens als Grundlage für spätere Verhandlungen herzustellen. Ueber diese selbst wird die Öffentlichkeit vermutlich wenig erfahren. Das englisch-japanische Bündnis war ursprünglich gegen Rußland gerichtet. Wenn sich Japan nun mit Rußland verbinden sollte, so kann das England zweifellos nicht angenehm sein, obgleich man nicht von vornherein an eine russisch-japanische Verabredung gegen Indien zu glauben braucht. Artikel 5 des englischen Bündnisvertrages bestimmt, daß keine der beiden Parteien Separatverträge mit einer dritten Macht zum Nachteil der Vertragsobjekte abschließen darf, ohne mit der anderen Partei in Gedankenaustrausch zu treten. Das Vorhandensein dieser Bestimmung mag der Grund dafür sein, daß man einstweilen authentisch nur von wirtschaftlichen Besprechungen hört. Auch was darüber verlautet, läßt darauf schließen, daß Japan und Rußland gesonnen sind, den status-quo ante in der Mandschurei anzuerkennen, daß also vermutlich wesentliche Verschiebungen auf den Eisenbahnlinien in diesem chinesischen Gebiet nicht stattfinden werden. Wenn es demgegenüber heißt, daß die neue japanische Bahn, die von Sepinghai (oder richtiger Sipingkai) nach Biaohangtschou über Taonanfu in der östlichen Mongolei einen Anschluß an die Rußland gehörende Ostchinesische Eisenbahn bei Zizikar erhalten soll, so braucht dies nicht zu bedeuten, daß alles südlich von Zizikar in Zukunft unter japanischem Einfluß stehen wird, auch noch nicht notwendigerweise, daß die Japaner die Strecke Taonanfu allein bauen werden. Einstweilen steht nur fest, daß Japan an den Bau der Strecke Sepingkai—Biaohangtschou (auch Tschengschiatum genannt) herangehen will. Wenn trotzdem schon jetzt in den gemeinsamen Besprechungen der Russen und Japaner von der Strecke Taonanfu—Zizikar die Rede gewesen ist, so mag das in dem Wunsche geschehen sein, diese Frage aus der Welt zu schaffen, um neuen amerikanisch-englischen Einmischungsversuchen in jener Gegend (man denke an das Projekt Nigun—Zizikar—Taonanfu—Tschintschou) gemeinsam entgegenzutreten zu können.

Natürlich wird Rußland infolge der wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit, in der es sich infolge des Krieges Japan gegenüber befindet, dem östlichen Nachbar einige, nicht unerhebliche wirtschaftliche Zugeständnisse machen müssen. Es wird den Japanern z. B. in der Fischereifrage entgegenkommen und vielleicht Erleichterungen für die Einfuhr japanischer Waren (japanische Baumwollfabrikate werden die Produkte der polnischen Industrie zum Teil recht gut ersetzen können), die Betätigung japanischer wirtschaftlicher Kräfte in Transbaikalien und die Ausfuhr sibirischer Rohstoffe nach Japan schaffen, aber im allgemeinen scheint es, daß ein wirtschaftliches Freundschaftsbündnis auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und nicht ein einseitiges Ausnutzungsbündnis geplant ist. Nur ersteres kann zu einer aufrichtigen politischen Freundschaft führen. Auf diese kommt es beiden Parteien an, und es ist nicht ausgeschlossen, daß Rußland und Japan

früchtige politische Freunde werden. Für Deutschland wäre ein politischer Zusammenschluß der beiden Länder nicht unrentlich, da es Rußland nach einer zuverlässigen Regelung der Fragen an seiner Ostgrenze leichter sein wird, zum unerbittlichen Neuaufbau seiner Westgrenze zu schreiten und der Entwicklung eine neue Richtung zu geben.

Amerika und Deutschland.

Ein amerikanischer Völkerrechtslehrer über die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten gegen Deutschland.

Berlin, 12. Mai.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Newyork meldet durch Funkpruch unter dem 9. d.:

Der Völkerrechtslehrer an der Columbia-Universität, Stowell, sagt in einer Besprechung der deutschen Note im "Newyork World":

Die Note beseitigt jeden Grund für einen Abbruch. Zur Sprache der Note bemerkt er: Wir müssen die bitteren Gefühle, die durch unsere unneutrale Handlungsweise in Deutschland hervorgerufen worden sind, bedenken. Denn wir waren nicht neutral, als wir England erlaubten, unsere neutralen Rechte auf den Handel mit Deutschland zu mißachten. Wenn Deutschland sich jetzt offen bereit erklärt, sich dem Völkerrecht anzubequemen, so sind die Vereinigten Staaten auf ihre Ehre verpflichtet, alle vernünftigen Maßnahmen, so weit sie können, zu treffen, um auch von der anderen Partei eine angemessene Anerkennung ihrer Rechte zu sichern.

Stowells Besprechung ist um so bemerkenswerter, als er gegen Deutschland eingenommen ist.

Die Gegner am Ende ihrer Stoßkraft.

Der französische Truppenverbrauch.

Im Anschluß an die Einnahme der Höhe 304 gibt —b— im „Basler Anzeiger“ vom 9. 5. eine Uebersicht über den französischen Truppenverbrauch vor Verdun. Darin heißt es:

„Wichtiger als dieser Terraingewinn ist der ganz enorme Truppenverbrauch, den die in strategisch ungünstiger Lage sich befindlichen Franzosen bei Verdun zu verzeichnen haben. 51 Divisionen sind nach dem deutschen Bericht bis jetzt dort ins Feuer geführt worden. Was das heißt, davon bekommt man einen Begriff, wenn man bedenkt, daß die gesamte aktive Armee, die Frankreich im Kriegsfall aufstellt, ohne Territorialarmee im ganzen nur 47 Divisionen plus 10 Kavalleriedivisionen beträgt; mit anderen Worten, Frankreich hat bei Verdun seine ganze Armee ins Feuer geführt, die es bei einem weniger großen Kriege als dem jetzigen überhaupt aufgebieten hätte. Was Frankreich jetzt noch an Truppen hat, inklusive Territorialarmee und sämtlicher Reserven, wird auf 120 Divisionen geschätzt, die eine Frontlinie von der Somme bis zur Schweizergrenze von 525 Kilometer zu decken haben; davon ist nahezu die Hälfte bei Verdun ins Gefecht geführt worden.

Es ist also keine schwere Rechnung, herauszubringen, daß die übrige Front außer Verdun dünn und dünner besetzt worden sein muß. Daß man das in Frankreich mit gewisser Besorgnis empfunden hat, wenn man es natürlich auch offen nicht zugeben will, geht am besten aus dem heftigen Drängen hervor, mit dem man die Engländer zu kräftigerer Unterstützung anzuspornen suchte, geht daraus hervor, daß diese ihre Frontlinie bis zur Somme verlängerten, geht daraus hervor, daß die afrikanische Kolonialarmee Frankreichs trotz der sehr unklaren Lage im Norden Afrikas nach Frankreich zurückbeordert worden ist, daß man nicht nur Russen, sondern neuerdings auch wieder Indier und andere Farbige in Marseille ankommen läßt, kurz, an Truppen zusammenrafft, was überhaupt noch aufzubringen ist. Frankreich hat bereits alles, was überhaupt einzubringen ist, unter den Fahnen, sodaß jeder Kampftag, der kommt, eine Schwächung der französischen Widerstandskraft bedeutet.

Neues Truppenmaterial wird auch die allgemeine Wehrpflicht in England nicht mehr viel hervorzaubern können. Man will das Mutterland nicht allzu sehr von Reserven entblößen, da man mit der Möglichkeit eines deutschen Gewaltstreiches gegen England immer noch ernsthaft rechnen zu müssen glaubt. Verschärft sind Bedenken in sehr starker Weise durch den irischen Aufstand.

An der russischen Front ist die Lage für Oesterreich von Tag zu Tag leichter geworden, und die Italiener befürchten ihrerseits einen österreichischen Vorstoß. Das Gleiche gilt von Deutschland. Die Russen haben nicht nur ihre Offensivversuche aufgegeben, sondern befürchten ihrerseits einen deutschen Vorstoß.

Man macht, so schließt der Berichterstatter, die eigentümliche Wahrnehmung, daß jede der Verbandsmächte mit der Möglichkeit eines deutschen Vorstoßes durchaus rechnet, daß aber jede meint, daß dieser Vorstoß gerade ihr gelte.

Griechenland und die Entente.

Die Krisis überwunden.

A. Athen, 11. Mai. (Vom Vertreter des Wolffschen Bureaus.) Man betrachtet die durch das Verlangen der Verbändmächte, die serbischen Truppen auf der griechischen Eisenbahn nach Saloniki zu bringen, heraufbeschworene Krisis für überwunden.

Die Haltung der griechischen Regierung war demnach sehr erfolgreich.

Berlin, 12. Mai. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Athen: Die Frage des serbischen Transportes von Korfu wird als beendet betrachtet, umso mehr als die noch in Korfu gebliebenen auskranken, völlig kampfunfähigen Truppen besiezen. Die energische Haltung der griechischen Regierung war also von größtem Erfolg und die Niederlage der Ententemächte, besonders Englands, ist schwer.

Äußerungen des Königs Konstantin.

Berlin, 12. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Reuters meldet aus Athen: Das Blatt „Hesperia“, dessen Herausgeber Mittwoch vom König empfangen wurde, veröffentlicht einen Leitartikel, in dem hervorgehoben wird, daß die Politik des Königs sich gerechtfertigt habe und fortgeführt werden solle. Der König sei entschlossen, weder einem äußeren Druck noch inneren Unruhen nachzugeben. „Ich bin nicht der Fürst, der sich zwingen läßt, auf seine Neutralität zu verzichten“, sagte der König. Wenn aber in der allgemeinen politischen Lage eine Wendung eintrete, welche ihn überzeugen würde, daß die Beteiligung am Kriege zum Vorteil der Nation dienen müsse, würde er nicht zögern, einzuschreiten.

Audienz des französischen Gesandten in Athen.

A. Paris, 11. Mai. Wie der „Temps“ aus Athen meldet, hat der König den französischen Gesandten zu einer Unterredung empfangen.

Besetzung eines Forts bei Demirhissar.

A. Athen, 11. Mai. (Vom Vertreter des Wolffschen Bureaus.) Die Franzosen haben das griechische Fort Dowatepe nördlich von Demirhissar trotz des Protestes der kleinen Besatzung besetzt.

Die griechische Kammer.

A. Athen, 11. Mai. (Vom Vertreter des Wolffschen Bureaus.) Am 15. Mai wird die Kammer eröffnet werden. Die Regierung wird dem Hause den Staatshaushalt vorlegen.

„Wiedereroberung Serbiens.“**Pasic' Großsprecherien.**

Berlin, 12. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Stockholm: Nach den hier vorliegenden Informationen wird russischerseits ein großer Schlag gegen Bulgarien geplant. Eine Bestätigung für diese Meldung bietet die Rede, die Pasic auf dem Bankette in der italienischen Gesandtschaft zu Petersburg hielt. Pasic sagte: „Die Hilfe, die ich für unser unglückliches Vaterland in London und Paris vergebens suchte, habe ich beim russischen Brudervolle gefunden. Die Versprechungen des Zaren wie die Zusicherungen der politischen Führer verbürgen die Freiheit meiner serbischen Heimat in den nächsten Monaten. Die mazedonische Frage existiert nicht mehr, seitdem Bulgarien gegen Serbien und Rußland aufgetreten ist. Ganz Mazedonien wird serbisch werden. Dort wird sich das Heer aller Verbündeten zusammen mit den serbischen Truppen in wenigen Wochen treffen.“

Berlin, 12. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Athen: Die Ententekeise lassen noch immer jeden Tag verlauten, daß ihr großer Angriff zur Wiedereroberung Serbiens unmittelbar bevorstehe.

Ein Dokument zum Mord von Sarajevo.

In den Belgrader Archiven schlummern düstere Geheimnisse. Ihre Enthüllung vermag freilich uns Oesterreichern, die wir die verbrecherischen Mächenschaften der Belgrader Machthaber Schritt für Schritt bis zu dem Blutsonntag von Sarajevo verfolgen konnten, nichts mehr Neues zu sagen, aber sie häuft neue Beweise zu der Schuld der Urheber des Weltkrieges, die ihren angeblichen Glauben an die Unschuld der Belgrader Regierung zum Anlaß nahmen, sich an die Seite Serbiens zu stellen und damit den großen Weltbrand heraufzubeschwören. Ein neues Dokument zum Sarajevoer Mord ist in Belgrad zum Vorschein gekommen. Es ist daraus ersichtlich, daß schon am 29. Juni, also am Tage nach dem Morde von Sarajevo, mit der serbischen Regierung bzw. dem serbischen Minister des Innern in einem amtlichen Schreiben von dem Verwalter Belgrads der Zusammenhang des Attentats mit Belgrader Persönlichkeiten, u. a. auch dem berüchtigten Major Tankosic erörtert worden ist. Diese Mitteilung war so unzweideutig, daß jeder Zweifel über den Belgrader Ursprung des Attentates ausgeschlossen sein mußte. Trotzdem hat die serbische Regierung bis zum letzten Augenblicke geleugnet, von dem Attentate und den Belgrader Mitschuldigen etwas zu wissen. Selbst noch in ihrer Erwiderung auf das Ultimatum Oesterreich-Ungarns, also ein Monat nach dem Attentate, als ihr der ganze Ernst der Entscheidung klar vor Augen stehen mußte, leugnete die Belgrader Regierung noch unentwegt, indem sie in ihrer Antwortnote vom 25. Juli sagte:

„Die königliche Regierung war durch die **B**ehauptung, daß Angehörige Serbiens an der Verbreitung des in Sarajevo verübten Attentates teilgenommen hätten, **s**chmerzlich **ü**ber **r**ascht.“

Indessen wußte sie bereits am 29. Juni, daß die Verbrecher in Belgrad die Mitwisser mit Drohungen einschüchterten, damit nicht etwa die dünnleibige verderbte Belgrader Presse so unvorsichtig sei, die Belgrader Herkunft der Bluttat zu rühmen. Diese Drohung war dem Eigentümer des Blattes „Balkan“ durch drei Komitadschi zugekommen, die alle von dem Attentate und seiner Belgrader Urhebererschaft wußten. Tatsächlich leugnete ebenso prompt wie die Belgrader Regierung auch das Blatt „Balkan“, das zum Beispiel in seiner Nummer vom 5. Juli 1914 in einem blutrünstigen Artikel gegen Oesterreich-Ungarn schrieb, dieses müßte „wegen Verfolgung Unschuldiger unter internationale Kontrolle gestellt werden“. . . . Beide, das Belgrader Blatt und die Regierung wußten, warum sie leugneten. Sie kannten die Schuld und Schuldigen ganz genau und wußten, daß nicht etwa nur ein paar verbrecherische Phantasten, die man leicht hätte ahtun können, vor der Entdeckung stünden, sondern die Belgrader Machthaber selbst und das System der großserbischen Propaganda.

Heute wandern Pasic und König Peter von einem Bierverbandshof zum andern, lästige Gesellen, denen man nicht gerne die Hand gibt, aber die man nicht abschütteln kann, weil sie zuviel wissen — zuviel auch von der Mitschuld verantwortlicher Lenker des Bierverbandes an dem Komplott gegen den Frieden Europas. Es ist auch ein Verdikt strafenden Weltgerichtes, daß der Bierverband heute, wo er vor aller Welt so gerne als der Zionswächter der Tugend und Menschlichkeit erscheinen möchte, zur Gesellschaft der aus ihren eigenen Belgrader Staatsarchiven Gebrandmarkten verurteilt ist.

Ein Fund in Belgrad.

Sarajevo, 12. Mai.

Die hiesigen Blätter veröffentlichen heute nachstehendes Dokument, das bei der Eroberung Serbiens von den I. u. I. Truppen vorgefunden worden ist:

Belgrader Stadtverwaltung, Polizeiabteilung, Nummer: (vertraulich.)

Belgrad, 17. Juni (25. Juni n. St.) 1914

Dem Herrn Minister für innere Angelegenheiten!

Ich beehre mich, Sie, Herr Minister, in Kenntnis zu setzen, daß gestern abends 3 Personen, gewesene Freischärler, zum Svetolik Savic, Eigentümer des Blattes „Balkan“, gekommen sind, um ihm den Auftrag des Majors Herrn Tankosic zu übermitteln, daß er (Savic) in gar keinem Falle in in seinem Blatte irgend etwas über irgend welche Verbindungen und Beziehungen des Attentäters Gabrinovic mit hiesigen Persönlichkeiten und deren Bekannten verlauten lassen und überhaupt in seinem Blatte nichts schreiben dürfe, was wen immer unter den Serben kompromittieren könnte. Ansonsten werde es böse ausgehen. Indem ich Ihnen, Herr Minister, obiges vermelde, beehre ich mich zu berichten, daß ich

Maßnahmen ergriffen habe, um die Namen jener gewesenen Freischärler zu erfahren.

Der Verwalter Belgrads:
Unterschrift unleserlich.

Anschaunungsunterricht im Internationalismus.

Es ist leider so, daß Völker im Glück töricht und nur durch den Schaden klug werden. Sie lernen nicht durch Lehren, sondern bloß durch Erfahrungen: Massen bestimmen sich nicht durch bloße Worte, sondern durch Tatsachen und recht behält nur das Wort, das den Tatsachen Ausdruck gibt, und das nur zu oft spät und unvollkommen.

Welch abenteuerliche Vorstellungen hat sich das von Lesebuchweisheiten gesättigte Spießbürgerlein von der verruchten Irrlehre des Internationalismus gemacht! Gebläht vom Hochgefühl, daß die enge Welt

um seinen Kirchturm die beste aller Welten sei, daß ihr kein anderes Fleckchen Erde vergleichbar sei, daß er dort thronen, von aller Umwelt unabhängig, fühle er in der bloßen Behauptung, daß der Mensch vom Menschen schlechtweg abhängt, eine feste Herausforderung seiner Eigenliebe und Selbstherrlichkeit. Nein, mit dem gelbhäutigen Chinesen, dem kupferroten Indianer von Südamerika, mit dem Kongoneger will er nichts zu schaffen haben! Unbegreifliche, ja verbrecherische Schwärmerei, von einer Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt, zu reden, mochte das Wort auch von einem Großen des Geistes wie dem „deutschnationalen“ Philosophen Fichte stammen.

Wir wollen nicht lehren, nicht predigen, nicht abkanzeln, wir wollen nicht schadenfroh sein: wir wollen nur Tatsachen sprechen lassen.

Die Inder aller Rassen und Kasten mögen Eigenheiten haben, die uns unerträglich sind. Das mag sein; aber sie wollen ja nichts von uns. Dagegen haben sie einen Vorzug: Sie bauen Reis. Und Reis ist eine gute Sache, besonders wenn man ihn hat. Die Inder wollen von uns keinerlei Tisch- und Bettgemeinschaft. Aber sie brauchen uns als Abnehmer ihres Reises und wir brauchen sie und ihr Land. Wir Europäer brauchen sie nicht als Sklaven und ihr Land nicht als Domäne — das bildet sich bloß die englische Herrenkaste ein. Was würden denn wir sagen, wenn die Inder also ratschlagten: Diese Nordländer sind durch Wind und Wetter, Frost und Schnee, durch überlange Nächte in ihre gemauerten Häuser gezwungen und daher genötigt, in Werkstätten zu arbeiten. Wir freie Kinder der Natur eignen uns zu solcher Arbeit nicht, die uns an Strahlfhäuser gemalt. Aber wir brauchen die Werkzeuge und Geräte, die sie in solchen Werkstätten schaffen. Weil wir sie brauchen, müssen wir sie erobern und beherrschen! Wir würden über die Zumutung aufbrausen, und mit Recht. Kühlere Köpfe aber würden sagen: Wir wollen einander in Frieden lassen, wir brauchen einander zum Austausch unserer Erzeugnisse, also laßt uns Reis gegen Werkzeuge tauschen, jeden bei seiner Art lassen und im übrigen die Welt so einrichten, daß ein unge störter Austausch ihre Glieder verbinde, dieser Austausch gemeinsam organisiert und die Erhaltung dieser Friedensorganisation durch gemeinsame Einrichtungen garantiert werde.

Diese kühlen Köpfe galten bisher als Irrlehrer. Sei es darum! Nun aber haben die heißen Köpfe Europas diese Irrlehren ad absurdum geführt. Die Engländer beweisen uns, daß wir Reis nicht haben müssen. Wir haben doch Mais und Kartoffeln.

Die Inder, die Neger Nordamerikas, die Fellacher Ägyptens bauen Baumwolle. Wir haben uns recht wohl gefühlt, als wir diese Baumwolle in beliebiger Mengen bezogen, und ihre Pflanzler sind dabei nicht gerade schlechter gefahren. Aber jetzt hat uns England und mit ihm unsere heimische Gelehrsamkeit darauf aufmerksam gemacht, daß wir ja die Brennessel

Die Chinesen und Malaien — hu, welche Ausbünstung! — pflanzen und pflücken Thee, die Malaien mit Vorliebe Gewürze. Aber Thee und Gewürze schmecken wohl und es ist ein rechtes Glück, daß sich der süße Duft solcher Gewächse irgendwo auf der Welt zusammenfindet mit Menschenrassen, die unserer Nase nicht ganz so lieblich dünken. Jedenfalls haben wir uns dabei recht wohl befunden. Nun steht es anders. Von den Schiffen der Meerbeherrscherin England, die ja jahraus, jahrein die würzigen Pflanzenprodukte von den Gestaden des Sonnenaufgangs herüber verfrachteten, liegen viele am Grund des Meeres und der Thee wird selbst in England knapp, während wir uns mit Eichel- und Zichorienablad getrösten. Nun ist Europa gewiß leichter und die Lehre von dem innigen Zusammenhang aller Völker der Erde ist jetzt gewißlich als Irrlehre erwiesen.

Die Tatsachen haben sie ja widerlegt. Denn wir haben ja Mais, Brennesseln und Kartoffeln und England hat ja immerhin noch einigen Schiffsraum zur Verfügung, um Truppen von seinen weltfernen Kriegsschauplätzen rechtzeitig hineinzuverfrachten.

Die Kongoneger sind uns nur in Gassenhauern sympathisch, aber sie haben einige Vorzüge, so den Kautschuk- und den Korkbaum! In den Tropen wohnen Völkernschaften, die von uns so verschieden sind,

daß gelehrte Anthropologen sagen: Europäer und Tropenbewohner können nicht zusammen in einem Raume schlafen, weil einem vor dem anderen übel werde. Aber wer wird das von ihnen verlangen? Aber diese Leute der Tropen haben Dattelpalmen und Kokosnüsse und Bananen. Diese lieben wir sehr, wir brauchen sie. Unsere Kinder essen derlei Sachen sehr gern, Mediziner, die die Geheimnisse des menschlichen Darmes ausgeforscht haben, finden sogar, daß Datteln wirken wie Heilbringer der Unterwelt, und aus Palmkernen und Kokosnüssen und mancherlei tropischen Sämereien haben wir köstliche Öle zu pressen und Fette zu gewinnen verstanden. Natürlich müssen wir Datteln nicht unbedingt haben — reicht das heimische Obst nicht zu, so haben wir ja noch Heischeln und Schlehen. Wir haben statt Kokosöl noch Del von Leinsamen, Kürbiskernen, Buchedern und dergleichen, und die Lehre vom internationalen Zusammenhang der Völker ist gerade jetzt als Irrlehre erwiesen worden. Aber wir haben uns bei Datteln und Kokosöl gar nicht so schlecht befunden . . .

Aber lassen wir die Schwarz-, Rot- und Gelbhäute, verzichten wir auf Thee und Kaffee, auf Gewürze und Süßfrüchte, auf Baumwolle und Zute, auf Kautschuk und Kork — obschon uns solche Selbstgenügsamkeit, die Autarkie, sauer fällt. Diese Lehre von der Autarkie, diese hochoffizielle, hochpatriotische wahre Lehre, die jetzt so herrlich über die Irrlehre des Internationalismus triumphiert, sie findet ihre glänzende Bestätigung in den Tatsachen. Jeder spürt sie, täglich, stündlich. Sie erteilt uns Anschaunungsunterricht und alle Völker Europas bemühen sich, einander Lehrmeister darin zu sein. Jedes Volk hat sich ein anderes Unterrichtsobjekt ausgesucht. Die Engländer sind wirklich ein ordinäres Volk, sie halten sich an den Magen und beweisen, daß jedes Volk auch für sich bestehen kann, was den Magen betrifft. Die Deutschen bleiben ihnen an Schulmeisterweisheit nichts schuldig, aber als Denker voll ver-schmähen sie den Magen, sie entziehen der Gutmächtig-keit der Völker die Grundlage der Existenz. Die Franzosen sind ein wenig besser, sie haben sich den Kopf ausgesucht, sie beweisen, daß jedes Volk auch für sich bestehen kann, was den Kopf betrifft. Die Russen bleiben ihnen an Schulmeisterweisheit nichts schuldig, aber als Denker voll ver-schmähen sie den Kopf, sie entziehen der Gutmächtig-keit der Völker die Grundlage der Existenz. Die Amerikaner sind ein wenig besser, sie haben sich den Geldbeutel ausgesucht, sie beweisen, daß jedes Volk auch für sich bestehen kann, was den Geldbeutel betrifft. Die Japaner bleiben ihnen an Schulmeisterweisheit nichts schuldig, aber als Denker voll ver-schmähen sie den Geldbeutel, sie entziehen der Gutmächtig-keit der Völker die Grundlage der Existenz.

Die Engländer sind wirklich ein ordinäres Volk, sie halten sich an den Magen und beweisen, daß jedes Volk auch für sich bestehen kann, was den Magen betrifft. Die Deutschen bleiben ihnen an Schulmeisterweisheit nichts schuldig, aber als Denker voll ver-schmähen sie den Magen, sie entziehen der Gutmächtig-keit der Völker die Grundlage der Existenz. Die Franzosen sind ein wenig besser, sie haben sich den Kopf ausgesucht, sie beweisen, daß jedes Volk auch für sich bestehen kann, was den Kopf betrifft. Die Russen bleiben ihnen an Schulmeisterweisheit nichts schuldig, aber als Denker voll ver-schmähen sie den Kopf, sie entziehen der Gutmächtig-keit der Völker die Grundlage der Existenz. Die Amerikaner sind ein wenig besser, sie haben sich den Geldbeutel ausgesucht, sie beweisen, daß jedes Volk auch für sich bestehen kann, was den Geldbeutel betrifft. Die Japaner bleiben ihnen an Schulmeisterweisheit nichts schuldig, aber als Denker voll ver-schmähen sie den Geldbeutel, sie entziehen der Gutmächtig-keit der Völker die Grundlage der Existenz.

15. / V. 1916

Ein Wirtschaftsabkommen zwischen Oesterreich- Ungarn und Rumänien.

Abchluss zur Regelung des Warenaustausches.

Wien, 15. Mai.

Amlich wird heute verlautbart:

Zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien wurde kürzlich ein dem deutsch-rumänischen analoges Abkommen über die Regelung des gegenseitigen Warenaustausches abgeschlossen, welches bezweckt, den Handelsverkehr zwischen der Monarchie und dem benachbarten Königreich zu fördern und zu erleichtern sowie auch den gegenseitigen Transit zu ermöglichen.

Die über die Durchführung des Abkommens noch im Zuge befindlichen Verhandlungen dürften bald beendigt werden.

15. / V. 1916

Amerika und Mexiko.

Verschärfung des Konflikts.

Berlin, 13. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Dem „Matin“ zufolge hat der mexikanisch-amerikanische Konflikt sich verschärft. Im Falle eines Krieges wird Frankreich den Schutz der amerikanischen Interessen in Mexiko übernehmen.

„Daily Telegraph“ meldet aus New-York: Der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko scheint unvermeidlich, da die Besprechungen zwischen General Obregon und Scott ergebnislos waren. Daß Wilson 10.000 Mann an der Grenze zusammengezogen hat, hat in Mexiko höchste Erregung verursacht. Carranza sammelt alle verfügbaren Kräfte.

Das Blatt Carranzas schreibt: Wir stehen vor der Gefahr des Krieges, den wir nicht hervorgerufen haben. Falls wir darin verwickelt werden, werden die Vereinigten Staaten nie wieder das Vertrauen eines lateinischen Staates gewinnen. Solange ein Mexikaner lebt, wird er für seines Hauses Ehre kämpfen.

Griechenland und die serbischen Truppentransporte

(Von unserem Korrespondenten)

Athen, 30. April 1916.

Schon vor ungefähr einem Monat sondierten der französische und englische Gesandte bei der griechischen Regierung über deren eventuellen Stellungnahme zum Projekt von serbischen Truppentransporten über griechisches Gebiet. Das Projekt besteht darin, die in Korfu neuformierte serbische Armee, um die bei der verhältnismäßig langen Seefahrt nach Saloniki bestehende Unterseebootsgefahr auszuschalten, so weit als möglich auf dem Landwege zu transportieren. Von Korfu nach Patras oder Korinth kann der Seeweg nach der Errichtung von Flottenstützpunkten der Alliierten auf Kephallonia und Zante als gesichert betrachtet werden. Von Patras oder Korinth würden die Transporte über die schmalspurige Peloponnes-Bahn nach Athen, von dort aus über Normalspurbahn Athen - Larissa - Pappapouli (alte griechische Grenze) und wahrscheinlich über die neu erstellte, bis jetzt allerdings noch nicht in Betrieb gesetzte Linie Pappapouli - Ghida bis nach Elaterini in den Golf von Saloniki geleitet.

Damals hieß es, die griechische Regierung hätte eine kategorisch verneinende Antwort erteilt und die Entente werde kaum auf diese Frage zurückkommen. Dem scheint nun allerdings nicht so zu sein; vielmehr ist nach mehreren Bemühungen des französischen und englischen Gesandten vor einigen Tagen Serbien als Verbündeter Griechenlands selber um die Einwilligung zu diesen Transporten vorstellig geworden. Die Regierung hat aber den offiziellen Nachrichten zufolge, auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharrt. Es bleibt nun abzuwarten, ob man sich in Paris und London damit begnügt oder ob nicht an Stelle des Wunsches ein kategorisches Verlangen gestellt wird. In diesem Falle wäre die griechische Regierung neuerdings in einer schwierigen Lage. Bekanntlich ist die Zufuhr der dringendsten Lebens- und Bedarfsmittel von den Alliierten seit langem so zugeschnürt worden, daß eine neue Erschwerung derselben oder gar eine Blockade eine fast unmittelbare Wirkung hätte und so bliebe wohl kaum viel mehr zu machen, als die Zahl der Proteste um einen zu vermehren.

Die Gründe, welche die griechische Regierung gegen die Transporte ins Feld führt, sind kurz zusammengefaßt folgende: Der Durchgang der serbischen Truppen würde in sanitärer Hinsicht eine Gefahr für das Land bilden; der Personen- und Gütertransport würde dadurch auf lange Zeit lahmgelegt; die Neutralität würde dadurch schwer verletzt und die Unabhängigkeit Griechenlands in Frage gestellt. Neben der Lahmlegung des innern Verkehrs ist es wohl die letzte Frage, welche am schwersten ins Gewicht fällt. Dann muß man sich fragen, was für Sicherheitsmaßnahmen die Alliierten für die Durchführung der Truppentransporte als notwendig erachten würden. Es ist übrigens in den letzten Tagen die Version aufgetaucht, daß die serbischen Truppen im Golfe von Korinth ausgeschifft werden könnten, um von dort in drei bis vier Tagesmärschen nach

Theben oder Brasilo direkt an die Larissabahn zu gelangen. Dadurch würde einmal die sehr wenig leistungsfähige Schmalspurbahn Patras-Athen ausgeschaltet und sodann Athen selber von den Transporten nicht berührt, zwei Umstände, welche die ganze Angelegenheit etwas genießbarer erscheinen lassen. Der Durchtransport, der mit 105.000 Mann angegebenen Armee ließe sich dann in zirka 40 Tagen bewerkstelligen, da das Kriegsmaterial auf dem Seewege nach Saloniki geleitet werden soll. Man erwartet hier, daß die Entscheidung im Laufe dieser Woche erfolgt, und sie wird zweifelsohne im Sinne der Beschlußfassung der Alliierten fallen. Griechenland befindet sich heute in einer mehr als heißen Lage und wird schließlich zu A auch B sagen müssen.

Die Untersuchung über das Bombententat auf die bulgarische Gesandtschaft, bei welcher außer einigen duzend Fenster Scheiben, einer demolierten Treppe und dem Schrecken der Anwohner kein weiterer Schaden entstanden ist, hat bis jetzt keine definitiven Anhaltspunkte ergeben, und es ist somit vorläufig noch der Phantasie des lieben Publikums anheimgestellt, den Reim dafür zu finden. Und

da die inneren und äußeren Angelegenheiten momentan Stoff genug bieten, so herrscht gerade die richtige Bombenstimmung, welche üppige Blüten treibt.

Seit unser Athener Korrespondent obige Zeilen schrieb, hat sich die Lage nicht wesentlich verändert. Die letzten Meldungen besagten, die griechische Regierung sehe den Forderungen der Entente die strikteste Ablehnung entgegen. Ueberdies verlautete, die diplomatischen Vertreter der Zentralmächte hätten in Athen erklärt, sie würden den Durchmarsch serbischer Truppen durch Griechenland als feindlichen Akt betrachten und das Land sofort verlassen. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht ist allerdings nie erfolgt, aber ebensowenig ein Dementi. Aus der Tatsache, daß nun seit längerer Zeit gar keine Berichte über die serbische Transportfrage mehr an die Öffentlichkeit gedrungen sind, kann man wohl schließen, daß die Schritte des Biververbandes bei der griechischen Regierung tatsächlich erfolglos geblieben sind. Vermutlich hat man sich stillschweigend zum Transport auf dem Seewege entschlossen, denn am Ende haben auch die Entente-Mächte ein Interesse daran, Griechenland nicht zum Neufursten zu treiben. Aber Sicheres weiß man heute noch nicht. Möglicherweise werden definitive Nachrichten erst eintreffen, wenn die Ergebnisse der Petersburger Reise des serbischen Premiers Gestalt gewinnen.

Die zweite Zimmerwalder Konferenz.

Die „Internationale Korresp.“ teilt mit (wir zitieren wörtlich): Die zweite Konferenz der äußersten Linken des internationalen Sozialismus oder der „Zimmerwälder“ tagte vom 24. bis zum 29. April 1916 in Kiental bei Bern. Es waren etwa 40 Delegierte anwesend, hiervon 7 aus dem Deutschen Reich: Adolf Hoffmann, Hermann Fleißner, Dr. C. Meyer, je ein Vertreter aus Bremen und Frankfurt a. M. sowie zwei Frauen, eine aus Berlin und die andere aus Stuttgart. Aus Frankreich erschienen die Kammerdeputierten Alexander Blanc, Rassin-Dugens und Pierre Brizon. Die Russen und die Polen sandten zehn, darunter Agelrod, Martow und Lenin. Karl Radek erschien mit einem holländischen Mandat, das zwar nicht anerkannt wurde, aber sein Inhaber hatte — infolge seiner Bekanntschaft mit den schweizerischen Delegierten — doch die Möglichkeit, an der Konferenz teilzunehmen. Von den Engländern erschien niemand, da das Ausland der Freiheit den Sozialisten die Auslandspässe verweigerte. Die Schweizer waren vertreten durch den Parteisekretär Platten, den Redakteur der „Berner Tagwacht“ Robert Grimm und die Redakteure und Mitarbeiter der „Sentinelle“ Paul Gruber und Raine. Aus Italien kamen u. a. der Redakteur des „Avanti“ Seratti, Morgari, Prampolini und Lazzari.

Robert Grimm führte den Vorsitz. Er und seine schweizerischen Kollegen vertreten den internationalen Standpunkt als den absolut wahren; da ihnen das Verständnis für das nationale Empfinden abgeht, und da sie die ökonomische Geschichtsauffassung als die einzig wahre betrachten, sehen sie im Kriege nur den höchsten und reinsten Ausdruck wirtschaftlich-kapitalistischer Konkurrenz, also etwas, das rücksichtslos verdammt werden mußte.

Die Verhandlungen, über die wir noch keinen ausführlichen Bericht besitzen, waren angesichts der Haltung der Schweizer und einigen Slawen, wie Lenin und Radek, nichts weniger als harmonisch. Von den Franzosen verließen Blanc und Rassin-Dugens bald die Konferenz. Brizon, der sich durch Hoffmanns Lobreden auf ihn geschmeichelt fühlte, blieb zwar bis zu Ende, aber auch er protestierte gegen die Prinzipienklärung der Konferenz. Die französische Delegation versuchte, Hoffmann zu veranlassen, die deutsche Regierung als die einzige am Krieg schuldige Macht anzuklagen. Hoffmann hingegen meinte, die deutsche Regierung sei gewiß kein Unschuldslamm, aber auch die französische Regierung stehe nicht fleckenlos da.

Die Konferenz nahm eine Prinzipienklärung an, die besagt: 1. Die Sozialisten sollten unter allen Umständen gegen Kriegskredite stimmen. 2. Sie sollen auch gegen alle Steuern, was auch deren Charakter sein möge, ihre Stimme geben.

Die Konferenz erließ ferner ein Manifest an die Kriegsführenden Völker, in dem die Arbeitermassen aufgefordert werden, für eine rasche Beendigung des Krieges zu wirken. Das Manifest wendet sich sowohl gegen den Militarismus wie gegen die demokratische Heuchelei, die vorgibt, den Krieg im Interesse der Befreiung der kleinen unterdrückten Nationalitäten zu führen oder um durch diesen Krieg ein für alle Mal dem Kriege ein Ende zu bereiten. „Der dauerhafte Friede wird erst die Frucht des siegreichen Sozialismus sein.“

Wie aus der „Humanité“ vom 10. Mai hervorgeht, ist der französische Verwaltungsausschuß (C. A. V.) mit der Kientaler Konferenz höchst unzufrieden. Er beeilte sich, sofort eine Sitzung einzuberufen und folgende Erklärung zu veröffentlichen: „Der C. A. V. in seiner Sitzung vom 9. Mai erklärt, daß die Sozialistische Partei keinem ihrer Mitglieder das Mandat gab, sie auf der Kientaler internationalen Konferenz zu vertreten, die von den Organisatoren der Zimmerwalder Konferenz einberufen wurde.“

16.10.1916

Die neuen deutsch-türkischen Verträge vor dem Abschluß.

Der türkische Minister des Aeußeren hatte gegenüber deutschen Reichstagsabgeordneten Mitteilungen über eine Reihe von Verträgen gemacht, deren Abschluß bevorstehe. Nach den hierzu von zuständiger Stelle im Reichstag abgegebenen Erklärungen handelt es sich um einen Konsularvertrag, einen Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten, einen Auslieferungs- und Niederlassungsvertrag.

Derartige Verträge sind bereits vor einigen Jahren auch mit dem uns verbündeten Bulgarien abgeschlossen worden. Auch dort lag diesen Verträgen das Bestreben zugrunde, die Gerichtsbarkeit, die in Bulgarien von fremden Konsularbehörden über ihre Angehörigen ausgeübt wurde, und die darauf beruhenden Vorrechte und Befreiungen der Fremden zu beseitigen. Der Fortfall dieser sogenannten Kapitulationsrechte setzte eine Regelung der rechtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Bulgarien auf neuer Grundlage voraus. Diese Grundlage wurde durch den Abschluß von Verträgen geschaffen, die das Konsularwesen, den Rechtsschutz und die Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten und die Auslieferung betreffen.

Die deutschen Kapitulationsrechte in der Türkei und Bulgarien gehen zurück auf die Bestimmungen des zwischen Preußen und der Türkei im Jahre 1761 abgeschlossenen Freundschafts- und Handelsvertrages, die durch einen weiteren Vertrag vom Jahre 1840 auf das Gebiet des Zollvereins ausgedehnt wurden. Seit dem Jahre 1871 finden sie auf die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei Anwendung, wie dies im Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Türkei vom Jahre 1890 ausdrücklich anerkannt ist. Danach üben die Konsuln des Reiches die Gerichtsbarkeit über die Deutschen in der Türkei aus. Durch den mit Bulgarien abgeschlossenen Konsularvertrag erhielt die Rechtsstellung der Konsuln eine dem heutigen Völkerrecht entsprechende Grundlage. Dabei wurden selbstverständlich bulgarische Konsuln in Deutschland mit denselben Rechten und Befugnissen zur Amtsführung zugelassen, die den deutschen Konsuln in Bulgarien zustehen.

Was den Rechtsschutz und die Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten betrifft, so ist der internationale Verkehr auf diesem Gebiet für fast sämtliche Staaten Europas durch das Haager Abkommen vom Jahre 1905 geregelt. In enger Anlehnung an die Bestimmungen dieses Abkommens wurde der Vertrag mit Bulgarien abgeschlossen. Auslieferungsverträge hat Deutschland mit einer ganzen Reihe von Staaten abgeschlossen, sie verpflichten die vertragschließenden Teile, einander auf Ersuchen die im Gebiete des ersuchten Teiles befindlichen Personen auszuliefern, die von den Behörden des ersuchenden Teiles wegen eines der in dem Vertrage näher

bezeichneten Verbrechen und Vergehen als Täter oder Teilnehmer zur Untersuchung gezogen oder verurteilt sind.

Einen Niederlassungsvertrag hat Deutschland auch mit der Schweiz im Jahre 1890 abgeschlossen. Danach sind die Deutschen in jedem Kanton der Eidgenossenschaft in bezug auf Person und Eigentum auf dem nämlichen Fuße und auf die nämliche Weise aufzunehmen und zu behandeln wie die Angehörigen der anderen Kantone.

16. IV. 1916

Protest Amerikas an England.

Wegen Behinderung der Einfuhr ameri-
kanischer Medizinalartikel nach den
Mittelstaaten.

(Telegramm des l. l. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Newyork, 14. Mai. (Funkpruch des Ver-
treters des Wolffschen Bureaus.) Depeschen aus
Washington melden, daß die Regierung
einen Protest an England gegen
dessen Politik, Verschiffungen von
Hilfsmitteln des amerikanischen
Roten Kreuzes, die für die
Mittelmächte bestimmt sind, auf-
zuhalten, vorbereite.

Staatssekretär Lansing empfing von
dem früheren Präsidenten Taft, der jetzt Vor-
sitzender des Zentralkomitees des Roten
Kreuzes ist, einen Brief, worin dieser eine
solche Maßnahme dringend fordert. Tafts Brief
brachte es zum erstenmal an den Tag, daß
England formell abgelehnt hat,
die Erlaubnis für die Ver-
schiffung von Hilfsmitteln an
die Mittelmächte zu geben, außer
wenn sie für amerikanische Hospitäler oder
sonstige amerikanische Anstalten bestimmt seien.
Diese Ausnahme, schrieb Taft, sei wertlos, weil
infolge des Mangels an Mitteln das Rote Kreuz
seit Oktober des Jahres 1915 in den kriegs-
führenden Ländern keinerlei Anstalten unterhält.
Taft sagt in dem Briefe: Die Behörden des
Amerikanischen Roten Kreuzes sind der Ansicht,
daß gemäß der Genfer Konvention,
welche die Vereinigten Staaten und alle kriegs-
führenden Mächte unterzeichnet haben, die Ver-
einigten Staaten ein vertrag-
liches Recht haben, darauf zu bestehen,
daß Artikel, die ausschließlich
Kranken und Verwundeten dienen
und in der Form von Medizinalartikeln
vom Amerikanischen Roten Kreuz an das Rote
Kreuz der Mittelmächte verschickt werden, nicht
als Banngüter erklärt werden, daß ihnen
vielmehr die sichere Ueberführung
an ihren Bestimmungsort gestattet wird.

„Newyork Sun“ sagt in einer Depesche
aus Washington: Die anscheinend amtliche
Ankündigung der Absicht des Präsidenten
Wilson, an England über das Stadium
seiner Blockadepolitik eine Note zu senden,
wird hier für bedeutungsvoll gehalten. Abgesehen
von ihrem offensichtlich menschenfreundlichen
Beweggrund wird der Absicht des Präsidenten,
die diplomatische Erörterung mit
England, welche während des kritischen
Stadiums des Unterseebootskrieges zwischen den
Vereinigten Staaten und Deutschland zeitweilig
ruhte, wieder aufzunehmen, in diplo-
matischen Kreisen Bedeutung beige-
messen.

Unsern bulgarischen Freunden.

Nach Budapest und Wien, Dresden, Berlin, Kiel und Hamburg, nach den Stätten des Industriegebiets sind unsere bulgarischen Freunde auf ihrer Rundreise durch Österreich-Ungarn und Deutschland nach Köln gekommen; den freien deutschen Rhein hinab, der immer noch die falsche Sehnsucht unserer immer noch revanchemühternen westlichen Nachbarn ist, werden sie weiterfahren, und in Bayerns Hauptstadt werden sie wieder den Balkanzug bestiegen, der sie zur Heimat trägt als Sinnbild der Interessengemeinschaft von Berlin nach Konstantinopel. Unsere bulgarischen Freunde haben in Budapest, in Wien, in Dresden und Berlin die leitenden Männer kennen gelernt und aus ihrem Munde noch einmal gehört, wie hoch wir die Mitarbeit ihres Vaterlandes in diesem Weltkriege schätzen, wieviel freudigen Dank wir der Staatsklugheit ihres Herrschers dafür zollen, daß er sich nicht von den Sirenenliedern des Vierverbandes betören ließ, sondern nüchtern wog und allen Lügenworten zum Trotz die Einsicht fand, daß auf unserer Seite der Sieg sei, daß an unserer Seite dem alten Traume Bulgariens nach dem Besitz von Mazedonien Erfüllung winkt. In Kiel haben unsere bulgarischen Freunde einen Hauch der deutschen Seemacht verspürt, in Hamburg im Kreise der Vorkämpfer des deutschen Willens zur Welt handelsmacht geweiht, am Grabe des Schöpfers der deutschen Einheit haben sie gestanden. Und von Norden herab sind sie nun in unsere Provinz gekommen, die ihnen vielleicht am meisten sagen wird von deutscher Tatkraft und deutschen Siegen: in fast allen Reden, die ihre Sprecher auf der langen Reise hielten, haben sie ihrer rückhaltlosen Bewunderung für Deutschlands Industrie Ausdruck gegeben, hier, in unserer Provinz stehen sie an den Quellen dieser unserer stärksten Macht. Unsere stärkste Macht, unsere Industrie, ist jung; in Köln begrüßt unsere bulgarischen Freunde aller geschichtlicher Boden; die „Metropole des Rheinlands“ ist eine der blühendsten Städte Deutschlands heute — wären die Lügen unserer Feinde Wirklichkeit gewesen, so läge sie seit ungefähr Kriegsbeginn in Schutt und Asche und nur der Dom ragte noch aus dem Trümmermeer —; Köln war in seiner ersten Blütezeit im Mittelalter die erste deutsche Stadt, die größte und am dichtesten bevölkerte, und die Geschichte der deutschen Lande ist nicht zu denken ohne Köln. Die Stadt der Abier, die alte römische Kolonie, war der Sitz des römischen Statthalters für Niedergermanien und des Admirals der Rheinflotte; sie war nach Neros Tod am 2. Januar 69 n. Ch. der Schauplatz einer Kaisererhebung; im Bataveraufstand des Claudius Civilis spielte sie eine Rolle, der Kölner Statthalter Trajan bestieg den Kaiserthron. Hauptstadt eines besonders gallisch-germanischen Kaiserreichs war Köln im dritten nachchristlichen Jahrhundert, Chlodwig der Franke war Herr in Köln, und von nun an erzählt fast jedes Jahrzehnt der deutschen Geschichte von Dingen, in deren Mittelpunkt Köln stand. Köln bot einem stehenden Kaiser Schutz, als alle Türen sich ihm verschlossen: Heinrich IV.; Fürsten wurden in Köln zum Kaiser gekrönt, wie Lothar von Supplinburg und Otto IV.; als mit der deutschen Hanse die deutsche Expansion, der deutsche Handel zum ersten Male in großem Maße über die Meere, griff, war Kölns Anteil daran der größte einer. 1367 wurde im Saale des Bürgermeisters der große Krieg der Hanse gegen die Könige von Dänemark und Norwegen von mehr als 77 Städten beschlossen. Im Stahlfeld zu England vertaten die Kölner voran den deutschen Handel; „reich wie ein kölnischer Tuchmacher“ war ein Sprichwort deutscher Zunge in jener Zeit. Wie die Hanse zugrunde ging, wie späterhin im 30jährigen Kriege der Rheinstrom zum Meinstrom wurde, so sank auch Kölns Ansehen, bis es im Wandel der Zeiten wieder emporstieg. Goethe bekannte, daß Köln der Ort gewesen sei, „wo das Altertum eine unzuberechnende Wirkung“ auf ihn ausgeübt habe. Köln ward französisch. Der Kölner Neumarkt sah einen Freiheitsbaum; den Franzosen gefiel's wohl in Kölns Mauern, und am 14. Januar 1814, als sie hinausmußten auf Nimmerwiedersehen, riefen sie: „Jusqu'à la belle saison, bis zum Frühjahr!“ Köln aber blieb von da an bei Preußen und lernte einsehen, um mit Arndt zu reden, daß Preußen wie eine warme Wolljacke sei; neu kraßt sie zwar ein wenig und ist deshalb unbequem, später aber hält sie dafür hübsch warm.

Wir begrüßen unsere bulgarischen Freunde herzlichst auf diesem geschichtlichen Boden. Als ein vollberechtigtes Glied steht Bulgarien in dem neuen großen Staatenverband, den wir Vierbund heißen. Wenn unsere Feinde immer wieder mit krampfhaftem Spott betonen, daß Bulgariens seine Unabhängigkeit aufgegeben habe, als es Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei sich anschloß, so beweist die gequälte Unentwegtheit selber am besten, wie wenig Ernst es im Innern ihnen mit diesem Wort gemeint ist, wie sie selber nur allzu gut erkennen, daß der Vierbund Bulgariens das gegeben hat und weiter geben wird, was der Vierverband ihm niemals hätte geben können. Wenn wir den Gewinn buchen, den der große Krieg uns bisher gebracht hat, so steht der Zusammenschluß der Staaten von Bremen bis Bagdad, wie das Schlagwort heute lautet, mit an erster Stelle. Dieser feste Block ist die Gewähr für eine gesunde Entwicklung nach dem Frieden; er ist die größte Gefahr für England, weil er Ausdehnungsmöglichkeiten in sich birgt, die Englands beiden Hauptadern Indien und Ägypten verhängnisvoll werden könnten zum Heile der Welt. Ist es Deutschland beschieden, in diesem Staatenbund an den

äußersten Enden tätig zu sein — als Herr im Heimatlande, als Freund und Berater in der Türkei —, ist es Österreich-Ungarns Aufgabe, im Mittelpunkt des Bundes zu wirken und zu schaffen, so ist es Bulgariens Sendung, vermittelnd zwischen West und Ost zu wirken, auf dem Balkan die Beständigkeit zu verbürgen, deren Fehlen jahrzehntelang die Gefahr für den Weltfrieden gewesen und mittelbar wie unmittelbar Grund und Anlaß zu diesem entsetzlichsten aller Kriege geworden ist. Wir begrüßen unsere bulgarischen Freunde beim Eintritt in unsere Stadt mit dem Wunsche, daß die Interessengemeinschaft und also die Gemeinschaft des Handelns zwischen Bulgarien und uns und unsern Verbündeten von Jahr zu Jahr steigen möge. Der Freund wünscht dem Freunde nur Gutes. Was an ihm liegt zum Heil und zur Größe Bulgariens, wird geschehen. Je stärker Bulgarien, desto besser für uns und den Vierbund, für den Frieden der Welt.

Salus intrantibus!

Der Besuch im Industriegebiet.

WTB Schloß Landsberg bei Kettwig, 15. Mai. (Telegr.) Die Mitglieder der bulgarischen Sobranje unter Führung des Assessors Dr. Ködiger vom Auswärtigen Amt trafen heute nachmittag um 5½ Uhr im Sonderzug vor Schloß Landsberg ein. Bei dem Festmahl richtete Herr August Thyssen herzliche Worte des Willkommens an die Anwesenden und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die gemeinsame Arbeit und das gemeinsame Vorgehen mit der befreundeten Nation reiche und dauernde Früchte tragen werde. Mit einem Hoch auf die bulgarischen Freunde, die bulgarische Armee und den bulgarischen Zaren schloß der Redner. Unmittelbar darauf widmete der stellvertretende kommandierende General Freiherr v. Gayl den Soldaten der verbündeten Armeen herzliche Worte der Anerkennung und brachte ein dreifaches Hoch auf den deutschen Kaiser aus. Der Vizepräsident der Sobranje, Dr. Momtschilow, dankte in herzlichen und warmen Worten. Bei ihrer Reise, so erklärte er, hätten sie viel Schönes gesehen. Der heutige Tag sei aber einer der interessantesten und schönsten gewesen, der ihnen in dem Werke des Herrn Thyssen das deutsche Volk in der Arbeit gezeigt habe. Jetzt verstehe er den heiligen Patriotismus, der das deutsche Volk beseele, und er vertraue auf den Sieg ihrer starken Sache. Im Laufe des Abends wurde auf Anregung der bulgarischen Gäste ein Huldigungstelegramm an den Zaren der Bulgaren nach Sofia gefandt. Um 9¼ Uhr fuhren die Abgeordneten hochbefriedigt über Duisburg nach Köln weiter.

**Rußland und das Abkommen der
Zentralmächte mit Rumänien.**

Kopenhagen, 15. Mai. Alle Petersburger Zeitungen haben eine Mitteilung des Preßbureaus des Ministeriums des Auswärtigen veröffentlicht, in welcher es heißt: Die Handelsverträge Rumäniens mit den Mittelmächten überschreiten, indem sie diesen den Markt zur Beschaffung der notwendigsten Naturerzeugnisse eröffnen, offensichtlich den Rahmen rein kommerzieller Abmachungen. Vielmehr hat das Abkommen Rumäniens mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach der Auffassung unsrer leitenden Kreise eine größere politische Bedeutung, obwohl die rumänische Regierung den Verbandsmächten zu versichern bemüht ist, daß der Abschluß des Abkommens nicht als ein Zeichen einer Aenderung der politischen Richtung der rumänischen Regierung anzusehen sei. Daher hielten die Verbandsmächte Schritte für nötig, um die Umstände, welche zum Abschluß des Handelsabkommens Rumäniens zuerst mit Deutschland und dann mit Oesterreich-Ungarn geführt haben, genau zu erfahren.

Die Phantasien des Herrn Pasic.

Petersburg, 15. Mai. Das Preskbureau des Ministeriums des Aeußern verbreitet folgende Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen des serbischen Ministerpräsidenten Pasic in Petersburg: Unfre gut unterrichteten politischen Kreise stellen mit großer Befriedigung die tatsächlichen Ergebnisse der Sendung Pasic' fest, welcher nach einander Rom, London, Paris und Petersburg besucht hat. Die nationalen Ideale Serbiens: Vereinigung aller serbischen Länder und Völker und Angliederung Mazedoniens an Serbien sind, wie schon berichtet, von allen Ententemächten ausnahmslos mit Zustimmung begrüßt worden. Es gilt als gutes Zeichen, daß das Mißtrauen, das bei Kriegsbeginn zwischen Italien und Serbien bestanden hat, sowie die gegenseitigen Verdächtigungen jetzt völlig beseitigt sind; obwohl die künftige Verteilung und Organisation der adriatischen Küste in ihren Einzelheiten noch im Ungewissen bleiben muß, erwecken die zwischen Italien und Serbien entstandenen freundlichen Beziehungen die volle Zuversicht, daß die Frage zur Befriedigung beider Parteien gelöst werden wird. Dieser Lage entspricht es, daß der italienische Botschafter Marquis Carloti di Riparbella Pasic zu Ehren ein Frühstück gibt, zu dem die Diplomaten der alliierten Länder geladen sind.

16. IV. 1916

Graf Tisza in Serbien.

Belgrad, 15. Mai. Ministerpräsident Graf Tisza ist gestern in Schabaz eingetroffen. An der Grenze war Graf Tisza vom Militärgeneralgouverneur Grafen Salis-Seewis empfangen worden. Von Schabaz reiste Graf Tisza nach Baljevo weiter, wo er den gestrigen Tag verbrachte.

**Poincaré über die Kriegsziele Frankreichs.
Die Entente will Deutschland die Friedens-
bedingungen diktieren.**

Bern, 15. Mai.

Gelegentlich seines Besuches in Nancy hielt Präsident Poincaré eine Ansprache an die lothringischen Flüchtlinge, in der er sie der Zuneigung ganz Frankreichs versicherte und die Erfüllung der Wünsche der armen verjagten Landeskinde nach Herstellung der Ruhe und Sicherheit in ihrer alten Heimat zusagte. Er sagte unter anderm:

Frankreich wird seine Söhne nicht den Gefahren neuer Angriffe aussetzen. Die Mittelmächte suchen, gequält von Gewissensbissen wegen Entfesselung des Krieges und entsetzt über die Enttäuschung und den Haß, den sie sich bei der ganzen Menschheit zugezogen haben, die Welt glauben zu machen, daß die Alliierten allein für die Verlängerung des Krieges verantwortlich sind. Plumpe Ironie, die niemand täuschen kann! Weder direkt noch indirekt haben unsere Feinde uns jemals Frieden angeboten, aber wir wollen auch nicht, daß sie ihn uns anbieten. Wir wollen, daß sie uns darum bitten, wir wollen uns ihren Bedingungen nicht unterwerfen, wir wollen ihnen die unseren diktieren, wir wollen keinen Frieden, der dem kaiserlichen Deutschland die Bestimmung darüber ließe, von neuem den Krieg zu beginnen, was für ganz Europa eine dauernde Drohung bedeutete, wir wollen einen Frieden, der von dem wiederhergestellten Rechte eine ernsthafte Gewähr für das Gleichgewicht und seine Dauer empfängt. Solange dieser Friede nicht gesichert ist, solange unsere Gegner sich nicht besiegt erklären, werden wir nicht aufhören, zu kämpfen.

Ein Protest Wilsons gegen die englische Blockadepolitik. Auf Anregung des amerikanischen Roten Kreuzes zu erwarten.

New York, 14. Mai.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkspruch:

Depeschen aus Washington melden, daß die Regierung einen Protest an England gegen dessen Politik, Verschiffungen von Hilfsmitteln des amerikanischen Roten Kreuzes, die für die Mittelmächte bestimmt sind, aufzuhalten, vorbereite.

Staatssekretär Lansing empfing von dem früheren Präsidenten Taft, der jetzt Vorsitzender des Zentral-Komitees des Roten Kreuzes ist, einen Brief, worin dieser eine solche Maßnahme dringend fordert. Tafts Brief brachte es zum erstenmal an den Tag, daß England formell abgelehnt hat, die Erlaubnis für die Verschiffung von Hilfsmitteln an die Mittelmächte zu geben. außer

wenn sie für amerikanische Hospitäler oder sonstige amerikanische Anstalten bestimmt seien. Die Ausnahme, schrieb Taft, sei wertlos, weil infolge des Mangels an Mitteln das Rote Kreuz seit Oktober des Jahres 1915 in den kriegführenden Ländern keinerlei Anstalten unterhält. Taft sagt in dem Briefe: Die Behörden des amerikanischen Roten Kreuzes sind der Ansicht, daß gemäß der Genfer Konvention, welche die Vereinigten Staaten und alle kriegführenden Mächte unterzeichnet haben, die Vereinigten Staaten ein vertragliches Recht haben, darauf zu bestehen, daß Artikel, die ausschließlich Kranken und Verwundeten dienen und in der Form von Medizinalartikeln vom amerikanischen Roten Kreuz an das Rote Kreuz der Mittelmächte verschickt werden, nicht als Bannware erklärt werden, daß ihnen vielmehr die sichere Ueberführung an ihren Bestimmungsort gestattet wird.

„New York Sun“ sagt in einer Depesche aus Washington: Die anscheinend amtliche Ankündigung der Absicht des Präsidenten Wilson, an England über das Stadium seiner Blockadepolitik eine Note zu senden, wird hier für bedeutungsvoll gehalten. Abgesehen von ihrem offensichtlich menschenfreundlichen Beweggrund, wird der Absicht des Präsidenten, die diplomatische Erörterung mit England, welche während des kritischen Stadiums des Unterseebootkrieges zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zeitweilig ruhte, wieder aufzunehmen, in diplomatischen Kreisen Bedeutung beigemessen.

Der völkerrechtliche Schutz der Roten-Kreuz-Sendungen.

Wien, 15. Mai.

Der frühere amerikanische Präsident Taft hat von dem Staatssekretär Lansing Schutz vor der Wegnahme von Sendungen des amerikanischen Roten Kreuzes an das Rote Kreuz des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns durch englische Kriegsschiffe verlangt. Taft beruft sich hierbei auf die Bestimmungen der Genfer Konvention, die den Vereinigten Staaten ein vertragsmäßiges Recht auf die Versendung von Roten-Kreuz-Artikeln an die Roten-Kreuz-Gesellschaften der Mittelmächte geben.

Das Genfer Abkommen, auf welches Taft hinweist, ist das am 6. Juli 1906 in Genf abgeschlossene Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken bei den im Felde stehenden Heeren. Das 1906er Abkommen ist eine Ergänzung und Erweiterung der ersten Genfer Konvention von 1864. Eine der wichtigsten unter den neuen Abmachungen von 1906 betrifft die Rechte der Roten-Kreuz-Gesellschaften, über die das 1864er Abkommen keine Bestimmungen enthalten hatte. Nach Artikel 11 der Genfer Konvention darf „eine anerkannte Gesellschaft eines neutralen Staates ihr Personal und ihre Sanitätsformationen bei einer Kriegspartei mit vorgängiger Einwilligung ihrer eigenen Regierung und mit Ermächtigung der Kriegspartei selbst mitwirken lassen“. Die neutralen Roten-Kreuz-Gesellschaften sind durch diese Bestimmung als zur Mitwirkung an der Pflege von Verwundeten und Kranken in den Ländern der Kriegsparteien berechtigt erklärt. Artikel 16 der Genfer Konvention bestimmt nun: „Die Ausrüstung der Hilfs-gesellschaften, denen die Vergünstigungen dieses Abkommens gemäß den darin festgesetzten Bestimmungen zukommen, ist als *Privateigentum* anzusehen und muß als solches jederzeit geachtet werden, unbeschadet des den Kriegsparteien nach den Gesetzen und Gebräuchen des Krieges anerkanntermaßen zustehenden Rechtes der Inanspruchnahme von Leistungen.“ Abgesehen von der im letzten Satze des Artikels 16 ausgesprochenen Einschränkung, die sich auf das Recht jedes kriegsführenden Staates, auf seinem Gebiete und im Kriegsgebiete die für seine Kriegführung notwendigen Materialien zu requirieren, bezieht, werden sonach die zur Ausrüstung der Roten-Kreuz-Gesellschaften gehörenden Gegenstände, sonach alles, was zur Pflege der Kranken und Verwundeten gehört, als Privateigentum dieser Gesellschaften erklärt.

Diese Bestimmung der Genfer Konvention ist eine allgemeine, sie gilt nicht bloß für das Material, welches neutrale Rote-Kreuz-Gesellschaften auf dem Kriegsschauplatze verwenden, sondern auch für solche Gegenstände, die diese Gesellschaften in Betätigung der Humanität den Schwester-gesellschaften in den kriegsführenden Ländern zuführen. Werden solche Gegenstände über See transportiert, so stehen sie als „Privateigentum“ der neutralen Roten-Kreuz-Gesellschaft unter dem Schutze der Pariser Seerechtsdeklaration, die Wegnahme von neutralem Gut, das keine Konterbande ist, verbietet.

England vergeht sich mit der Verhinderung der amerikanischen Roten Kreuz-Sendungen nicht bloß gegen die Genfer Konvention, sondern auch gegen den Geist der Haager Konventionen. Das beweist das „Haager Abkommen, betreffend die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention auf den Seekrieg“. Dieses Abkommen schützt die militärischen Lazarett-schiffe gegen Wegnahme. Der Schutz gilt nicht bloß den Lazarett-schiffen des Feindes, sondern nach Artikel 3 auch Lazarett-schiffen, die ganz oder zum Teil auf Kosten von Privatpersonen oder von amtlich anerkannten Hilfs-gesellschaften neutraler Staaten ausgerüstet worden sind. Was von ganzen Lazarett-schiffen gilt, muß natürlich auch von Sendungen einer neutralen Roten Kreuz-Gesellschaft übers Meer gelten, da der Rechtsgrund des Schutzes in beiden Fällen derselbe ist. Daß die Wegnahme von Roten Kreuz-Sendungen gegen das moderne Völkerrecht verstößt, geht aus Artikel 29 der Londoner Seerechtsdeklaration hervor, welche erklärt: „Als Kriegskonterbande können nicht angesehen werden Gegenstände und Stoffe, die ausschließlich zur Pflege der Kranken und Verwundeten dienen.“ Die Londoner Deklaration wurde zwar von England nicht unterzeichnet, aber es darf nie vergessen werden, daß die britische Regierung bei Abschluß des Abkommens erklärt hat, daß die in der Deklaration enthaltenen „Regeln im wesentlichen den

allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechtes entsprechen“. Allein auch abgesehen von der Londoner Deklaration schützt das Genfer Abkommen im Zusammenhang mit der Pariser Seerechtsdeklaration ausreichend die neutralen Roten Kreuz-Sendungen, und der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Taft, hat vollkommen recht, wenn er in dem Verhalten Englands gegen über diesen Sendungen eine Verletzung des Völkerrechtes erblickt.

Vortrag des Grafen Julius Andrássy in München.

Deutsche und Ungarn.

München, 16. Mai. Graf Julius Andrássy, der zur Abhaltung seines Vortrages in München eingetroffen ist, wurde vom Vertreter der Hauptstadt, dem Rechtsrath Rühle, im Namen des bairischen Rothen Kreuzes Hofrath Mah und im Namen des Münchner Ungarvereins von dessen Präsidenten, Handelsattaché Dr. v. Sorbáth, ferner von Vertretern der Presse begrüßt. Der Vortrag, den Graf Andrássy Abends vor einem zahlreichen, vornehmen Auditorium hielt, sei im Folgenden skizzirt:

Graf Andrássy leitete seinen Vortrag damit ein, daß es manchmal Zeiten gab, da in Ungarn eine antideutsche Stimmung herrschte und die Ungarn an antideutschen Bewegungen theilnahmen. Dies hat hinwieder in Deutschland eine antiungarische Stimmung hervorgerufen und man erblickte in uns umso leichter einen Feind, als in Ermangelung einer selbstständigen ungarischen Diplomatie schon seit Langem wenig unmittelbare Verbindungen zwischen Ungarn und Deutschland bestanden. Es gibt aber in Europa keine zwei voneinander, was Blut und Traditionen anbelangt, vollkommen unabhängige **Faktoren, deren Interessengemeinschaft so klar dastründe,**

als der Deutsche und der Ungar, und es gibt keine zweite Nation, die ein so verlässlicher Freund der Deutschen sein könnte, wie die ungarische, wenn man ihr Vertrauen entgegenbringt. Heute wird der Deutsche von den Ungarn hochgeschätzt und bewundert. Besonders lebhaft wurden aber die für die Deutschen gehegten Sympathien im gegenwärtigen Kriege, da sich dem Gefühle der Anerkennung und Bewunderung auch die glorreichen und tragischen Erinnerungen gemeinsamer Kämpfe und gemeinsam vergossenen Blutes anschlossen. Aber auch von Empfindungen völlig abgesehen, wurden und werden die deutsche und ungarische Rasse von großen Interessen aufeinander angewiesen.

Graf Andrássy geht hierauf daran, den eigentlichen Gegenstand seines Vortrages zu präzisiren. Er lieferte einen meisterhaft aufgebauten Abriss der Geschichte des deutsch-ungarischen Verhältnisses, um die wunderbar folgerichtige Arbeit der Interessensolidarität nachzuweisen, die das Leitmotiv vieler großen geschichtlichen Gestaltungen war und zu einem Element des gegenwärtigen Krieges, auch zu einem verheißungsvollen Faktor der künftigen Entwicklung geworden ist. Der Vortragende legt nachdrücklichst Verwahrung gegen die Behauptung unserer Feinde ein, daß Deutschland in einen Gegensatz zu Bismarck's Politik gelangt sei, da es sich im Kriege gegen Serbien auf unsere Seite stellte. Bethmann-Hollweg wäre dann in einen flagranten Gegensatz zu Bismarck's Politik gelangt, wenn er uns nicht beisteht, Serbiens Ränke gegen unsere Integrität und Sicherheit zu zertrümmern, Serbien von der aggressiven Moskowiterpolitik abzulenken.

Es ist aber auch nicht wahr, daß Rußland zum Kriege und zur Unterstützung der serbischen Propaganda gezwungen wurde, weil sich Deutschland unsere Orientpolitik zu eigen gemacht und mit den alten Traditionen des Drei-Kaiser-Bündnisses gebrochen hat. Im Gegentheil, hätte Deutschland anders gehandelt, wäre die Welt von der russischen Aggression wahrscheinlich schon früher in den Krieg geführt worden. Als das Petersburger Kabinet seine alten Ziele für erreichbar hielt, als es die Koalition der vielen Feinde und Neider Deutschlands stärker als uns glauben durfte, nimmt es die groß-serbische Idee unter seinen Schutz, obwohl es sich im Klaren darüber sein konnte, daß diese Idee zum Kriege führt. Rußland wurde also nicht durch unsere Provokation, nicht durch unseren übermäßigen Druck auf den Kriegsweg gedrängt, sondern im Gegentheil dadurch, daß der auf dieses Land geübte Druck schwächer geworden ist und die russische öffentliche Meinung sich dem Glauben hingab, die Machtverhältnisse seien der Verwirklichung der in ihr Herz gegrabenen Ambitionen günstig.

Seine Ausführungen zusammenfassend, kommt der Vortragende zu dem Ergebnis, daß die Politik Ungarns ebenso unter dem Einfluß entschiedener und dauernder Gesetze stand und steht, wie die Natur, denen man sich nicht ungestraft widersetzen kann. Diese Gesetze beeinflussten das Schicksal des noch alleinstehenden ungarischen Königthums, diese Gesetze brachten die österreichisch-ungarische Monarchie zustande, die heute in ihrer Gänze unter den Einfluß derselben geographischen Lage, der aus den ethischen und ethnischen Kräften herrührenden großen Interessen gerathen ist, denen sie ihr Zustandekommen verdankt. Endergebniß dieser naturnothwendigen Entwicklung ist das Bündniß, das im heutigen Weltkrieg eine Kraft aufweist, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.

Unsere Aufgabe ist, dieses große Vermächtniß der Vergangenheit für die Zukunft zu wahren und noch mächtiger zu entwickeln. Heute, da uns die Erinnerung an die gemeinschaftlich geführten titanischen Kämpfe noch stärker als in der Vergangenheit verknüpft, und da wir nach dem Geschehenen noch weniger einen verlässlichen Bundesgenossen als einander finden können, da wir an dem italienischen Beispiel sehen, was ein Abkommen von Kabinetten werth ist, wenn die Kraft der Herzen nicht dahinter steht, heute muß das unersehbare, weil über eine große geschichtliche Vergangenheit und eine ruhmvolle Gegenwart verfügende, von dauernden Interessen geborene Bündniß noch innerlicher gestaltet werden. Redner fürchtet nicht, daß der weitere Ausbau dieses Bündnisses den Weltfrieden gefährdet. Unsere Freundschaft hat schon in den jetzigen Kämpfen die Bluttaxe bezahlt, ohne welche große geschichtliche Gestaltungen selten zustandekommen können. Durch unseren Sieg wird es zu einer von Jedermann acceptirten, unabänderlichen Thatsache werden, das mit dem Gewicht eines fait accompli auftritt. Wenn unsere Neider einsehen werden, daß sie es mit uns nicht aufnehmen können, so wird unsere unermeßliche

Friedensliebe auch den Weltfrieden sichern, wie denn der Weltfriede solange fest stand, als nicht in unseren Feinden ihre große Anzahl die Illusion erweckt, daß sie zusammen stärker seien als wir. Die Ergebnisse des Krieges und im Zusammenhang damit der Weltfriede und die Herstellung der menschlichen Solidarität werden nur durch die Konsolidirung einer den Sieg errungenen, in jeder Beziehung konservativen und friedlichen Kombination, durch die bei unverschränkter Aufrechterhaltung der heutigen Souveränitäten und Staaten Schulter an Schulter erfolgenden Organisirung Mitteleuropas gesichert werden können. Der Vortragende erklärte schließlich, er werde mit seiner bescheidenen Kraft dahin wirken, daß sich diese Politik bei uns stärke, an die er geknüpft werde von seiner Ueberzeugung, seiner tiefen Verehrung für die deutsche Rasse und seinen heiligsten Traditionen.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Graf Julius Andrássy wurde gestern Mittag auf Schloß Leutstetten bei Starnberg vom König Ludwig empfangen.

Die Kriegsmassnahmen der Schweiz.

Bern, 16. Mai. (B. B.) Der Bundesrat hat heute, wie wir schon kurz meldeten, den dritten Bericht an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund von Vollmachten getroffenen Massnahmen politischer und wirtschaftlicher Natur fertiggestellt. Der Bericht erinnert vorerst an den Aufruf des Bundesrats vom Oktober 1914, in dem die Bürger aufgefordert werden, in der Beurteilung der Ereignisse und in der Aeusserung von Sympathien für die einzelnen Nationen zurückhaltend zu sein, sowie alles zu unterlassen, was die in den Krieg verwickelten Staaten und Völker verletzt. Was die Achtung der Schweizer Neutralität durch die Kriegführenden betrifft, stellt der Bundesrat fest, daß zwar eine Reihe von Grenzzwischenfällen stattgefunden haben, daß diese aber, abgesehen von einzelnen Plügerangriffen, keineswegs ernster Natur waren.

Bezüglich der Post- und Telegrammzensur bemerkt der Bericht, daß Frankreich und später auch England dem völkerrechtlichen Grundsatz der Transitfreiheit zum großen Schaden der Neutralen entgegenhandelten. Wie die französische Regierung auf diesen Einspruch geantwortet habe, sei dies im Hinblick auf die Vermittlung von Korrespondenzen der Mittelmächte durch die Schweiz geschehen. Der Bundesrat bemerkt, daß dieser beanstandete Vermittlungsverkehr heute so gut wie verschwunden sei, und daß die Folgen der von den fremden Zensurbehörden getroffenen Sperrmassnahmen in keinem Verhältnis stehen zu dem damit verfolgten Zwecke.

Der Bericht erörtert sodann die Tätigkeit der Schweiz in Bezug auf den Austausch von schwerverwundeten Kriegsgefangenen, die Heimerschaffung Zivil-Internierter und die Unterbringung kranker Kriegsgefangener. Bis Ende März 1916 sind in 50 Zügen 8166 französische und 2201 deutsche Schwerverwundete durch die Schweiz befördert worden. Mit dem Austausch österreichisch-ungarischer und italienischer Schwerverwundeter werde voraussichtlich in nächster Zeit begonnen werden. Der Bundesrat stellte auf Grund der zwischen der französischen und der deutschen Regierung erzielten Verständigung über die Unterbringung in der Schweiz sich auch der belgischen, britischen, österreichisch-ungarischen und italienischen Regierung zur Verfügung.

Die vorläufig zum Abschluß gelangten Beförderungen von Gefangenen und Ausgesiedelten umfaßten in dem Zeitraume vom 24. Oktober 1914 bis 31. März 1916 111 499 Personen, wovon 97 753 Franzosen, 10 581 Deutsche und 3105 Oesterreicher und Ungarn waren.

Ueber die finanzielle Lage der Schweizerischen Eidgenossenschaft hebt der Bericht im Hinblick auf die innere Anleihe hervor, daß früher niemand geglaubt habe, daß die Schweiz kapitalkräftig genug sei, so große Summen (280 Millionen innere Mobilisationsanleihen und 82 200 000 Franken Valutaanleihe in Amerika) aus eigener Kraft aufzubringen. Diese Tatsache beweise, daß die Schweiz an dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte einen guten Anteil gehabt habe, und daß es möglich sein werde, noch weitere Anleihen im Inlande aufzunehmen.

Der Bericht wird im Laufe des Monats von der Neutralitätskommission beider eidgenössischen Räte und dann im Sitzungsabschnitt im Juni von der Vollziehung der Räte behandelt werden.

17.10.1916

Städtische Nachrichten.

Köln, 17. Mai.

Die bulgarischen Abgeordneten in Köln.

Die gestrige Rundfahrt durch Köln im Laufe der Mittagsstunden brachte die Abgeordneten über die im schönsten Frühlingsgrün prangenden Ringstraßen in die Vororte Lindenthal-Sülz zur derzeit größten städtischen „Krankenanstalt Lindenburg“, die mit ihren vielfachen Gebäulichkeiten im Schmuck der Gartenanlagen das lebhafteste Interesse der Besucher auslöste, obschon diese bei der Kürze der Zeit nur einen Überblick über die gesamten Anlagen gewinnen konnten, die als Schöpfung auf dem Gebiet der Heilspflege den gewaltigen Fortschritt der ärztlichen Wissenschaft dartut. Hochbefriedigt von dem erhaltenen Eindruck schieden die Abgeordneten von dieser Stelle. Von der Lindenburg aus lehrten die Herren zu einem kleinen Imbiß in die Wohnung des Fabrikanten Dr. Strick ein und setzten dann ihre Rundfahrt zum Rhein zur Besichtigung der Hafenanlagen bis hinauf zur Marienburg fort, von wo aus die Rückfahrt auf einem Dampfer bis zur Schiffbrücke erfolgte. So gewannen die bulgarischen Herren auch den herrlichen Blick auf das unvergeßliche Rheinpanorama unserer Stadt, das jedenfalls zu den schönsten Erinnerungen ihrer Deutschlandsreise zählen wird. Vom Rhein aus lehrten die Herren zum Domhotel zurück.

Nach einer kurzen Ruhepause wurde der Nachmittag zu einer Besichtigung des Humboldtwerkes in Köln-Kalk verwandt. Unter Begleitung der Beigeordneten Adenauer und Dr. Wirsfel sowie des Assessors Dr. Roediger vom Auswärtigen Amt und des Fabrikanten Dr. Strick fanden sich die bulgarischen Abgeordneten kurz vor vier Uhr in den städtischen Automobilen am Humboldtwerk ein, wo sie vom Generaldirektor Stadtv. Bergat Zörner und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Bankdirektor Dr. Solmsen, empfangen und begrüßt und dann durch die ausgedehnten, industriellen Anlagen geleitet wurden, die in den letzten Jahren eine bedeutende Erweiterung erfahren haben, die auch zurzeit noch nicht abgeschlossen ist — ein Zeichen des ständig anhaltenden Aufschwungs dieses Werks. In nahezu zweiflüchtigem und vielgestaltigen industriellen Anlagen, wie Gießerei, Perforieranstalt und vielgestaltigen industriellen Anlagen, wie Gießerei, Perforieranstalt für gelochte Bleche, Kesselschmiede, Schreinerei, Abteilung für Lokomotiv- und Eisenbahnwagenbau und die Stahlgießerei; besonders umfangreich sind die Anlagen des Humboldtwerkes für die Herstellung sämtlicher Maschinen, die zu Zwecken des Bergwerksbaus und der Erzaufbereitung, sowie für sonstige gewerbliche Unternehmungen dienen. Eine Gesamtübersicht über die gewaltige Leistungsfähigkeit des Humboldtwerkes vermittelte dann zum Schluß ein Besuch des Humboldtmuseums, das in zahlreichen Modellen und bildlichen Darstellungen die verschiedenen Fabrikationszweige des Werks von seinen Anfängen, sowie seine gewaltige Vergrößerung im Laufe der Jahrzehnte veranschaulicht. Mit hoher Befriedigung nahmen die Herren unter sachverständigen Erläuterungen Kenntnis von den verschiedenen Betriebszweigen und gaben bei einem Imbiß, der vom Werk geboten wurde, ihrer hohen Genugtuung über das Gesehene lebhaften Ausdruck. Als Andenken an den Besuch verehrte das Humboldtwerk den bulgarischen Gästen einen kunstvoll ausgeführten Briefbeschwerer.

Den Abschluß der Besichtigungen bildete dann um 6 Uhr ein Besuch der neuen Deutz-Kalker Automobil-Feuerwache an der Gießener Straße, die den Herren den hohen Stand des Feuerlöschwesens in unserer Stadt zum Schutze der Bürgerschaft zeigte.

Die Schweiz im Kriege.

Bern, 16. Mai.

Der Bundesrat hat heute den dritten Bericht an die Bundesversammlung über die von ihm auf Grund seiner Vollmachten getroffenen Maßnahmen politischer und wirtschaftlicher Natur fertiggestellt. Der Bericht erinnert zunächst an den Aufruf des Bundesrates vom Oktober 1914, worin die Bürger aufgefordert wurden, in der Beurteilung der Ereignisse und in der Äußerung der Sympathien für einzelne Nationen zurückhaltend zu sein und alles zu unterlassen, was die in den Krieg verwickelten Staaten und Völker verlege. Was die Haltung der Schweizer Neutralität durch die Kriegführenden betrifft, stellt der Bundesrat fest, daß zwar eine Reihe von Grenzwischfällen stattgefunden hat, daß diese aber, abgesehen von einzelnen Fliegerangriffen, keineswegs ernster Natur waren. Bezüglich der Post- und Telegrammzensur bemerkt der Bericht, daß Frankreich und später England dem völkerrechtlichen Grundsatz der Transitfreiheit zum großen Schaden der Neutralen entgegenhandelten. Wie die französische Regierung auf einen Einspruch antwortete, geschah dies im Hinblick auf die Vermittlung der Korrespondenzen der Mittelmächte durch die Schweiz. Der Bundesrat bemerkt, daß dieser beanstandete Vermittlungsverkehr heute so gut wie verschwunden ist und daß die Folgen der von den fremden Zensurbehörden getroffenen Sperrmaßnahmen zu dem damit verfolgten Zweck in keinem Verhältnis stehen. Der Bericht erörtert sodann die Tätigkeit der Schweiz in bezug auf den Austausch der schwerverwundeten Kriegsgefangenen, die Heim schaffen Zivilinternierter und die Unterbringung kranker Kriegsgefangener. Bis Ende März 1916 sind in 50 Zügen 8166 französische und 2201 deutsche Schwerverwundete durch die Schweiz befördert worden. Mit dem Austausch österreich-ungarischer und italienischer Schwerverwundeter werde voraussichtlich in nächster Zeit begonnen werden. Der Bundesrat stellte sich auf Grund der zwischen der französischen und der deutschen Regierung erzielten Verständigung über die Unterbringung in der Schweiz auch der belgischen, der britischen, der österreich-ungarischen und der italienischen Regierung zur Verfügung. Die vorläufig zum Abschluß gelangten Beförderungen der Gefangenen und Ausgesiedelten umfaßten im Zeitraume vom 24. Oktober 1915 bis 31. März 1916 111.439 Personen, wovon 97.753 Franzosen, 10.581 Deutsche und 3105 Oesterreicher und Ungarn waren. Ueber die finanzielle Lage der Schweizerischen Eidgenossenschaft hebt der Bericht im Hinblick auf die innere Anleihe hervor, daß früher niemand geglaubt habe, daß die Schweiz kapitalkräftig genug sei, so große Summen, 1280 Millionen innere Mobilisationsanleihen und 82.200.000 Franken Valutaanleihe in Amerika aus eigener Kraft aufzubringen. Diese Tatsache beweise, daß die Schweiz an dem wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahrzehnte ihren guten Anteil hatte, und daß es möglich sein werde, noch weitere Anleihen im Innlande aufzunehmen. Der Bericht wird im Laufe des Monats von den Neutralitätskommissionen der beiden eidgenössischen Räte und sodann in der Junisession von der Plenarsitzung der Räte verhandelt werden.

17. V. 1916

Rußland für eine Neuordnung der internationalen Beziehungen.

(Belegdruck der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 16. Mai.

Aus dem Haag wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet:

Baron Rosen, der frühere russische Botschafter in Tokio, der mit der russischen Abordnung gegenwärtig England besucht, sagte bei einem Mahle, das zu Ehren des amerikanischen Botschafters stattfand, daß es im gegenwärtigen Kriege keine echte Neutralität geben könne, und die Neutralen verpflichtet seien, ungeachtet aller persönlichen Sympathien, sich an die Alliierten anzuschließen. Dies müsse schon im Interesse einer Neuordnung der internationalen Beziehungen geschehen, die mit dem vielgerühmten europäischen Gleichgewicht, das eigentlich nur in der Teilung der Großmächte in zwei unversöhnliche Lager bestanden habe, so bedauerlich zusammengebrochen seien. Statt daß nämlich dieses Gleichgewicht, wie man behauptet habe, die sicherste Garantie für den Frieden Europas gewesen sei, habe es nur endlich Deutschland zu einem vorbeugenden Krieg getrieben. Die Sicherung des Friedens nach der gegenwärtigen Katastrophe sei die größte Aufgabe, die Europa erwarte.

Die Rede ist eine gründliche Absage an die Politik Grews.

Das Abkommen mit Rumänien.

Der Schrift der Entente in Bukarest.

Sz. Sofia, 16. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Kambana“ meldet aus Bukarest, die Gesandten der Verbandsmächte erschienen abermals beim Ministerpräsidenten Bratianu, wobei der russische Gesandte die Beantwortung der das deutsch-rumänische Uebereinkommen betreffenden, an die rumänische Regierung gerichteten Note neuerdings verlangte.

Ministerpräsident Bratianu entgegnete, die Regierung müsse erst den Wortlaut der Antwortnote feststellen. Die rumänische Regierung könne jedoch gar keinen Anlaß sehen, sich bei der Festsetzung der Richtlinien für ihr Verhalten zu den mittel-europäischen Mächten von anderen Mächten beeinflussen zu lassen.

Die Vierverbandsgesandten haben den Ministerpräsidenten in augenfällig schlechter Stimmung verlassen.

„Dreptatea“ schreibt über das österreichisch-rumänische Wirtschaftsübereinkommen, daß damit alle jene wirtschaftlichen und politischen Hoffnungen, welche die Entente an Rumänien knüpfte, zerschanden geworden sind.

Russische Truppenbewegungen an der rumänischen Grenze.

Budapest, 16. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Internationale Telegraphenagentur“ meldet aus Bukarest: „Minerva“ erfährt: Mehrere donische und kaukasische Regimenter wurden an der russisch-rumänischen Grenze konzentriert.

Ernteurlaube in Rumänien.

Budapest, 16. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) „Az Est“ meldet aus Bukarest: Laut Information der „La Politique“ werden mehrere Jahrgänge der rumänischen Armee zu Erntearbeiten beurlaubt werden.

Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen.

Budapest, 16. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Internationale Telegraphenagentur“ meldet aus Bukarest: In eingeweihten Kreisen wird die Nachricht vom Abschlusse eines wirtschaftlichen Uebereinkommens zwischen Bulgarien und Rumänien als verfrüht bezeichnet. Es sind gewisse Gegensätze aufgetaucht, die längere Verhandlungen erfordern, doch wurde bereits in mehreren wichtigen Fragen eine Einigung erzielt. Die rumänische Regierung trachtet gleichzeitig ein Einvernehmen mit der englischen Regierung und mit Frankreich in der Frage der in Saloniki lagernden rumänischen Waren zu schaffen.

Die Meldungen der italienischen Blätter.

R. Lugano, 16. Mai. Die italienischen Blätter vermerken ohne Kommentar den Abschluß des österreichisch-ungarisch-rumänischen Abkommens und den Fortschritt des Einvernehmens zwischen Bulgarien und Rumänien.

Deutschtum und Ungartum.

Ein Vortrag des Grafen Julius Andrássy in München.

München, 16. Mai.

Graf Julius Andrássy hielt zu wohltätigen Zwecken einen Vortrag über das Verhältnis zwischen dem Deutschum und dem Ungartum.

Nach einleitenden Betrachtungen erklärte Graf Andrássy, der eigentliche Gegenstand seines Vortrages bestehe darin, einen Abriss der Geschichte des deutsch-ungarischen Verhältnisses zu geben, die wunderbar folgerichtige Arbeit der Interessensolidarität nachzuweisen, die das Leitmotiv vieler großen geschichtlichen Gestaltungen war und zu einem Element des gegenwärtigen Krieges und auch zu einem verheißungsvollen Faktor der künftigen Entwicklung geworden ist.

Der Vortragende verbreitete sich dann eingehend über dieses Verhältnis in der Vergangenheit und faßte seine Ausführungen in folgendem zusammen:

Die Politik Ungarns stand und steht ebenso unter dem Einflusse entschiedener und dauernder Gesetze wie die Natur, denen man sich nicht ungestraft widersetzen kann. Aufgabe der politischen Weisheit ist es, diesen dauernden großen Gesetzen die vergänglichen Forderungen der Gegenwart anzupassen. Diese Gesetze beeinflussten das Schicksal des noch alleinstehenden ungarischen Königtums, diese Gesetze brachten die österreichisch-ungarische Monarchie zustande, die heute in ihrer Gänge unter den Einfluß derselben geographischen Lage der aus den ethnischen und ethnischen Kräften herrührenden großen Interessen geraten ist, denen sie ihr Zustandekommen verdankt. Endergebnis dieser naturnotwendigen Entwicklung ist das Bündnis, das im heutigen Weltkriege eine Kraft aufweist, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat.

Unsere Aufgabe ist, dieses große Vermächtnis der Vergangenheit für die Zukunft zu wahren und noch mächtiger zu entwickeln. Heute, da uns die Erinnerung an die gemeinschaftlich geführten titanischen Kämpfe noch stärker als in der Vergangenheit verknüpft, und da wir nach dem Geschehenen noch weniger einen verlässlichen Bundesgenossen als einander finden können, da wir an dem italienischen Beispiel sehen, was ein Abkommen von Kabinetten wert ist, wenn die Kraft der Herzen nicht dahinter steht, heute muß das unersehbliche, weil über eine große geschichtliche Vergangenheit und eine ruhmvolle Gegenwart verfügende, von dauernden Interessen geborene Bündnis noch innerlicher gestaltet werden. Ich fürchte nicht, daß der weitere Ausbau dieses Bündnisses den Weltfrieden gefährdet. Unsere Freundschaft hat schon in den jetzigen Kämpfen die Blutsteuer bezahlt, ohne welche große geschichtliche Gestaltungen selten zustandekommen können. Durch unseren Sieg wird es zu einer von jedermann akzeptierten, unabänderlichen Tatsache werden, das mit dem Gewicht eines fait accompli austritt. Reizt ein gewisses Maß von Kraft zum Angriff, so schafft ein größeres Maß von Kraft Beruhigung. Wenn unsere Reider einsehen werden, daß sie es mit uns nicht aufnehmen können, so wird unsere unermeßliche Friedensliebe, der Geist, den Bismarck mit Shakespearescher Kraft in der Weise charakterisiert, daß der Germane „seine Befriedigung in der eigenen Anerkennung des eigenen Wertes findet und kein Bedürfnis auf Prestige, Herrschaft und Vorrecht hat, daß er sich selbst genug ist“, dieser Geist wird auch den Weltfrieden sichern, wie denn der Weltfriede solange fest stand, als nicht in unseren Feinden ihre große Anzahl die Illusion erweckte, daß sie zusammen stärker seien, als wir. Die Ergebnisse des Krieges und im Zusammenhang damit der Weltfriede und die Herstellung der menschlichen Solidarität werden nur durch die Konsolidierung einer durch den Sieg errungenen, in jeder Beziehung konservativen und friedlichen Kombination, durch die bei unversehrteter Aufrechterhaltung der heutigen Souveränitäten und Staaten Schulter an Schulter erfolgreichen Organisierung Mitteleuropas gesichert werden können. Ich werde mit meiner bescheidenen Kraft dahin wirken, daß sich diese Politik bei uns stärke, an die ich geknüpft werde von meiner Ueberzeugung, meiner tiefen Verehrung für die deutsche Rasse und meinen heiligsten Traditionen.

Graf Julius Andrássy wurde heute auf Schloß Leutstetten von König Ludwig in Audienz empfangen.

17. IV. 1916

Die Erklärungen Greys.

Aeußerungen des Grafen Andrássy in München.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

München, 17. Mai.

Graf Andrássy äußerte sich in einer einem Mitarbeiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ gewährten Unterredung zunächst über seine und seiner ungarischen Landsleute Sympathien für Bayern und München. Sein gegenwärtiger Aufenthalt in München habe ihm die erste Kenntnis der Fleischkarte gebracht, die er in Ungarn bald nachgeahmt wünscht.

Eine weitere Aeußerung, er glaube, daß viele Tausende Deutsche, die bisher über die Alpen gezogen seien, künftig die Donaustraße wählen werden, führte ihn zu rühmenden Worten über deutsche und ungarische Waffenbrüderschaft.

Der Ausgang des Krieges? Zeit, felsenfest bin ich von unserem vollen Siege überzeugt. Sagen Sie nichts von dem Handelskriege nachher, das sind Redensarten. Glauben Sie mir, auch hier wird es so sein, daß die Suppe nicht so heiß gegessen wird, wie man sie kocht. Meiner Meinung nach wird man überall in Europa nach diesem Kriege genug damit zu tun haben, Wunden zu heilen, nicht aber damit fortzufahren, sich neue zu schlagen.

Was ich von den „Friedensreden“ der Herren Grey und Poincaré halte? Nun, vom Frieden ist darin verzeichnet wenig zu verspüren. Es ist eben immer noch das alte, längstgewohnte phrasenhafte Geschwätz, wenn gleich nicht zu verkennen ist, daß die Worte Greys doch wesentlich gedämpfter und bescheidener klingen als die früheren Aeußerungen gerade dieses Ministers; ihr Inhalt aber ist undisputabel. Welche ungläubliche Annahme liegt nicht in der Rolle, die Grey für England als Schützer und Schirmherr der kleinen Nationen in Anspruch nimmt! Schauen Sie nach Irland, da zeigt ein kleines Volk der ganzen Welt, wie die Freiheit der englischen Regierung aussieht. Wahrscheinlich fürchtbar muß die Bedrückung sein, so fürchtbar, daß die Irländer in ihrer Verzweiflung sich eben keinen anderen Rat mehr wußten, als die offene Auflehnung gegen dieses Joch mit den Waffen gegen die Uebermacht ihrer Peiniger. Und diese Regierung, die allen Grund hätte, vor der eigenen Tür zu lehren, spielt sich als Schützer fremder Rechte und fremder Freiheit auf!

Graf Andrássy sprach dann über König Ludwig und die Wittelsbacher in besonderer Beziehung zu Ungarn. „Als Großgrundbesitzer“, sagte er, „ist König Ludwig einer der Unserigen, er ist — das kann ich wohl sagen — eine vollstündliche Erscheinung für uns Ungarn, wir begrüßen ihn mit Freuden alle Jahre in unserem Lande und alle Herzen hat er sich gewonnen. Hoch rechnet unser Volk ihm an, daß er als ungarischer Großgrundbesitzer gern die ungarische Sprache spricht, die er in der Tat beherrscht. Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß auch Königin Elisabeth eine Wittelsbacherin war.“

Der Vortrag des Grafen Andrássy zugunsten des bayerischen Roten Kreuzes war glänzend besucht, alle Kreise der Intelligenz waren vertreten. Aus Regierungskreisen erschienen unter anderen: Als Vertreter des in Berlin weilenden Ministerpräsidenten Staatsrat v. Döbßl mit anderen Ressortleitern, der frühere Ministerpräsident Graf Bodewits, der frühere Kriegsminister Graf

Horn, ferner der österreichisch-ungarische Gesandte v. Belicz mit allen Herren und Damen der Gesandtschaft und des Konsulats, der Rektor der Universität, Oberbürgermeister v. Borst und mehrere Landtagsabgeordnete. Graf Andrássy wurde bei seinem Erscheinen mit langandauerndem allgemeinen Händeklatschen begrüßt.

17. IV. 1916

102

Ein Attentat auf den schwedischen König geplant?

Güstrow (Mecklenburg), 16. Mai. Wie die „Güstrower Zeitung“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, war gegen den schwedischen König in den letzten Tagen ein Attentat geplant. Der König sollte sich gelegentlich eines Concours hippique nach Djorsgarden bei Stockholm begeben. Wenige Tage vorher

gingen sowohl an den König als auch an den Polizeiminister **W a r n u n g e n** ab, die lauteten, der König möge die Pferdeschau nicht besuchen, es sei gegen sein Leben ein Attentat geplant, das bei Gelegenheit dieses Besuches zur Ausführung kommen sollte. Es gelang, den König von seinem Vorhaben abzubringen, und die mit der Angelegenheit betrauten Behörden entdeckten tatsächlich eine **V e r s c h w ö r u n g**, die nach den bisherigen Feststellungen auf eine von englischen und russischen **A g e n t e n** vorbereitete Tat führt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die in das Komplott Verwickelten versuchen jetzt, den Anschlag den **A n a r c h i s t e n** in die Schuhe zu schieben. Da die schwedische Presse hierüber nichts veröffentlichen sollte und nur das „Aftonbladet“ des Komplotts mit wenigen Worten Erwähnung tat, gelang es, da der Vorfall in der Öffentlichkeit unbekannt blieb, weitere Erhebungen anzustellen.

17. IV. 1916

Wege und Ziele der polnischen Kultur.

Was wissen wir von der polnischen Kultur, von ihrem Werden, ihrer Vergangenheit und ihrer Gegenwart? Es fällt uns schwer, diese Frage aufrichtig zu beantworten. Die Polen sind seit bald anderthalb Jahrhunderten unsere Staatsgenossen, ein andrer Teil des polnischen Volkes lebt knapp an unsern Grenzen, wir treiben mit ihnen Handel und Wandel, wir sind auch politisch mit ihnen in engster Fühlung, aber von ihrer tatsächlich hochentwickelten Kultur wissen wir Deutschösterreicher wenig. Die Gebildeten unter uns haben vielleicht Adam Mickiewicz in den glänzenden Uebersetzungen von Lipiner und Halbán gelesen, ein paar Romane des Nobelpreisträgers Sienkiewicz, vielleicht auch andre moderne Schriftsteller kennen gelernt, soviel und soviel Dutzende polnischer Bilder flüchtig besichtigt und ab und zu Chopins schwermütiger Musik gelauscht. Aber wie diese ganze, große Kultur gereift ist, welches ihre Wege und Ziele waren, wissen die allerwenigsten. Der bekannte Schriftsteller Doktor Eduard Goldscheider hat den, wie uns scheint, vollkommen gelungenen Versuch unternommen, diese empfindliche Lücke in unserm Wissen auszufüllen. Sein eben erschienenes Buch*) soll unser Interesse für die polnische Kultur wecken und vor allem ihren Werdegang und ihre Ziele schildern. Eine charakteristische Legende des polnischen Dichters erzählt: Ein alter Bauer, der Vorstand einer Gemeinde, hatte drei Söhne. Um zu ergründen, welcher von ihnen

*) Dr. Eduard Goldscheider: „Wege und Ziele der polnischen Kultur.“ Wien, 1916. Verlag Hofbuchhandlung Moritz Perles, 259 Seiten.

zur Nachfolge in Amt und Würden berufen wäre, schickte er sie für ein Jahr ins Ausland. Wer von ihnen von der Reise das Beste mitbringt, der soll auch das Erbe antreten. Nach Verlauf des Jahres kehrten die Brüder heim. Der eine hatte sein Bauerngewand gegen städtische Kleidung eingetauscht, der zweite brachte fremde Lieder und Tänze mit, der dritte aber nur eine Handvoll Weizen zum Anbau auf heimischem Boden. Und dieser dritte hat das väterliche Erbe angetreten. Diese Legende kann als Symbol für die polnische Kultur gelten. Die Polen haben es seit Beginn der christlichen Aera stets verstanden, das Beste aus dem Westen zu nehmen und es im eigenen Lande bodenständig zu machen. Der Weg, den die polnische Kultur eingeschlagen, war stets parallel zum Wege der gesamten westlichen Kultur, aber was auf diesem Wege gereift ist, war bodenständig und originell. Diesen Werdegang verfolgt der Verfasser von den Ursprüngen bis zur Gegenwart, und zwar im Zusammenhang mit der politischen Geschichte des polnischen Volkes.

Der Krieg hat die polnische Frage wieder in den Vordergrund gebracht; wer sie verstehen will, muß vorerst die Kulturgeschichte des polnischen Volkes kennen. Das flott geschriebene und höchst interessante Buch von Dr. Goldscheider soll und wird diese Kenntnis vermitteln.

17. IV. 1916

104

17

Ein Fliegerraid auf Benedig

Benedig, 17. d. (Stefani.) Am Montag abend, kurz vor 9 Uhr, signalisierten die Wachtstationen das Nahen feindlicher Flugapparate. Es wurde unverzüglich Alarm geblasen. Der Fliegerüberfall galt Benedig und Mestre. Das kräftige, anhaltende Feuer unserer Flieger-Abwehrbatterien gestattete es den Angreifern nicht, sich gegen die angegriffenen Städte herunterzulassen, wodurch die Wirkung ihrer Bomben beeinträchtigt wurde. In Benedig wurde nur ein Privathaus beschädigt. Opfer gab es keine. In Mestre gab es zwei Tote und einige Leichtverletzte, ebenso sehr geringfügigen Schaden. Um 10 Uhr abends schlugen die feindlichen Flugzeuge, von dem Feuer unserer Batterien beständig verfolgt, wieder die Richtung gegen ihre Abgangsorte ein.

Mailand, 17. d. Zu dem Raid österreichischer Flugzeuge nach Benedig und Mestre bringen die Mailänder Blätter folgende Einzelheiten: Bezüglich Benedigs bestätigen die Blätter, daß keine Verluste an Menschenleben zu beklagen sind. In Mestre dagegen wurden zwei Männer getötet. Nach dem „Secolo“ berührten die Flugzeuge auch Treviso, wo sie etwa zehn Bomben abwarfen. Drei Personen wurden getötet und sechs verwundet. Der „Corriere della Sera“ berichtet, daß die Flugzeuge, nachdem sie sich von Benedig abgewendet hatten, der Eisenbahnlinie folgten und zwar zur Zeit, wo der Schnellzug Benedig-Bologna um 9 Uhr 30 abgefahren war. Im Zuge befanden sich die königlichen Prinzessinnen Jolanda und Masalda. In Mestre trafen sie mit Königin Helene zusammen, die im königlichen Sonderzug von Udine kam. Sie bestiegen den Hofzug, der unverzüglich weiterfuhr.

18.7.1916

Ein Aufruf des Generalgouverneurs Ruł.

Aus Lublin wird berichtet: Der neue Militär-Generalgouverneur erließ nachstehenden Aufruf an die Bevölkerung der okkupierten Gebiete Polens:

Dem Befehle Sr. kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät meines allergnädigsten Herrn folgend, trete ich das Amt eines Militär-Generalgouverneurs in dem österreichisch-ungarischen Teile des Okkupationsgebietes Polens an.

Auf diesem Posten begrüße ich aufs herzlichste die Einwohnerschaft des meiner Obhut anvertrauten Landes. Die Grundsätze der Gerechtigkeit und des Wohlwollens, die meinem Vorgänger während seiner Amtstätigkeit in diesem Lande als Leitstern dienten, werden auch mir voranleuchten. Von euch dagegen erwarte ich, daß mir durch euer tadelloses Verhalten eine wohlwollende und freundliche Handhabung meiner Amtsgewalt erleichtert werde.

Getreu den Absichten meines hohen Monarchen, dem euer Wohl am Herzen liegt, werde ich alle meine Bestrebungen dahin richten, um nach den besten Kräften die schweren Wunden, welche der Krieg dem Lande geschlagen hat, zu heilen und das Wiederaufblühen dieses Landes zu fördern. Ich wende mich an euch alle, mich in dieser Arbeit zu unterstützen, schenkt mir euer volles Vertrauen.

Lublin, den 9. Mai 1916.

Der k. u. k. Militär-Generalgouverneur:
 Karl Ruł, Feldzeugmeister, m. p.

Die Kriegslieferungen der Vereinigten Staaten.

(Von unserm Newyorker Korrespondenten.)

Sk. Newyork, 2. April.

Die ersten zuverlässigen Zahlen über den Umfang der amerikanischen Lieferungen an die Verbündeten stehen jetzt zur Verfügung. Sie sind einer Aufstellung des Handelsministeriums über die Ein- und Ausfuhr der Vereinigten Staaten in den letzten drei Jahren entnommen. In der weiter unten folgenden Tabelle ist das Jahr 1914 als belanglos auslassen worden. Die Zahlen zeigen, wie groß der Aufschwung der Industrien gewesen ist, die sich an diesem Geschäft beteiligt haben. Dabei ist der volle Umfang der Lieferungen noch nicht einmal ersichtlich, denn sehr viele Betriebe fingen erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1915 an, sich ihrer höchsten Leistungsfähigkeit zu bedienen, und nicht wenige werden das erst im laufenden Jahre tun können. Dabei ist durch Mangel an Dampferaum und Frachtwaggonen viel Ware liegen geblieben, die schon vor dem 1. Januar zum Versand bereit war und eigentlich in der Tabelle erscheinen sollte.

Ausfuhr in Millionen Dollar:

	1913:	1915:
Feuerwaffen	3,90	12,20
Patronen	3,00	24,80
Pulver	0,36	66,35
Explosivstoffe	0,65	89,10
Säuren	0,48	90,10
Chemikalien	8,80	39,90
Stahl	11,80	30,58
Stahldraht	4,30	13,93
Stahldraht	4,97	11,90
Werkzeuge	0,10	2,74
Werkzeugmaschinen	15,56	42,04
Stahlfabrikate, einschließl. ungeladene Artilleriegeschosse	19,60	62,71
Fabrikate aus Kupfer, Alumi- nium und Kupferlegierungen (Zunder)	7,24	52,68
Stahlblech	7,80	26,60
Eisen	11,00	30,60
Sattelzeuge und Geschirre	0,75	18,24
Wollwaren	4,59	42,60
Flugzeuge und Zelle	0,09	5,51
Personenautomobile	1,69	59,83
Personenautomobile	25,34	35,06
Automobile	6,27	16,30
Motorräder	0,80	2,80
Locomotiven	1,48	9,78
Pferde	4,20	94,83
Wägen	0,80	23,83

Aus den Zahlen ist deutlich ersichtlich, daß viele Industrien durch den Krieg zu einer Höhe gelangt sind, die sie unter normalen Verhältnissen nie erreichen konnten. Dieser Tatsache gegenüber erscheint es natürlich, daß die Regierung die Ausfuhr von Kriegsmaterial nicht verhindern könnte, selbst, wenn sie es wünschte, was nicht der Fall ist. Der bloße Versuch, die Lieferungen und die daraus gelösten Profite zu beschneiden, würde zum Sturz der Regierung bei den Wahlen im nächsten November führen. Die Gewinne sind so groß, daß ihnen gegenüber die Verluste anderer Industrien, die unter der englischen Blockade leiden, gar nicht ins Gewicht fallen. Es ist somit erklärlich, daß die Proteste der Baumwollpflanzer und der Importeure unbeachtet bleiben.

Es fehlt nicht an Stimmen, die darauf hinweisen, daß dieses Geschäft einmal ein jähes Ende nehmen wird, und daß es ein schwerer Fehler ist, einen Betrieb nach dem andern seiner eigentlichen Bestimmung zu entziehen und für die Herstellung von Kriegsmaterial einzurichten. Wenn der Friede kommt, wird das zu schweren Verlusten führen. Das wird wohl hier und dort eingestanden, aber solange so viel Geld verdient wird, fragt man nicht danach, was die Zukunft bringen kann.

Wenn man die obigen Zahlen studiert, so wird man auch begreifen, weshalb die Sympathien der amerikanischen Industriellen auf Seiten der Verbündeten zu finden sind. Unter gewöhnlichen Verhältnissen bringt das Geschäft die Menschen nicht näher, wenn aber eine Industrie auf einmal sich eines so ungeheuren Aufschwunges erfreut, den man nur einer Partei zu verdanken hat, und wenn von dem Erfolge des Auftraggebers weitere Bestellungen und prompte Bezahlung abhängen, so ist es am Ende natürlich und menschlich, daß man Interesse für ihn und seine Sache zu empfinden beginnt. Diese Stimmung neigt sich dann auf weitere Kreise aus und beeinflusst die öffentliche Meinung. Aus den Zahlen läßt sich also die Lehre ziehen, daß alle Hoffnung, die Vereinigten Staaten könnten bewogen werden, die Lieferungen einzustellen, hinfällig ist, und daß die Widerstandsfähigkeit der Alliierten noch nicht erlahmt ist, weil sie von Amerika aus mit allem Material dessen sie bedürfen, fortlaufend versorgt werden.

1877. 1916

Der Rücktritt Nicolsons.

Die amtliche Meldung.

L. London, 17. Mai. Amtlich wird verlautbart:

Der ständige Untersekretär des Auswärtigen Amtes Artur Nicolson hat um seine Entlassung gebeten, da seine Gesundheit angegriffen sei.

Nicolson hat das Amt noch 18 Monate verwaltet, nachdem er schon den Entschluß zum Rücktritt gefaßt hatte.

Er schlug vor, daß Lord Gardinge, der das Amt vor ihm versah, es wieder übernehme.

Gardinge willigte ein, das Amt einstweilen zu übernehmen.

Weltkrieg und Kolonialpolitik.

Vortrag des Staatssekretärs Dr. Solf.

Der große Saal der Philharmonie nahm gestern abend bis auf den letzten Platz gefüllt eine gewaltige Zuhörerschaft auf, die den Ausführungen des Vertreters unserer Kolonien, Staatssekretär Dr. Solf, mit gespanntester Aufmerksamkeit folgte.

Einleitend sprach Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, der den Staatssekretär willkommen hieß und die Versammlung eröffnete, den Wunsch aus, daß nach dem heißen Ringen um unser Bestehen, selbst nach Weiterstreckung der Grenzen, nach Erschließung neuen Siedlungslandes, selbst durch Sicherung der Landwege für den Handel in ferne Gebiete der Kampfgenossen, doch nur durch die eigene Arbeit in gesicherten eigenen Kolonien unter dem Schutze unserer starken ungehinderten Flotte unserem Volke die Unabhängigkeit gesichert werde.

Staatssekretär Dr. Solf hat darum, daß man von ihm keine Kriegszielerede erwarten möge, daß man auch hinter seinen Worten keine andere Absicht suchen solle, als in dieser für die Weiterentwicklung Deutschlands so entscheidenden Zeit vereinzelt laut gewordenen Zweifeln und Bedenken gegenüber, die nur aus rein äußerlichen Vorgängen entstanden seien, das koloniale Interesse zu sammeln und neu zu beleben. In einem historischen Rückblick, der in großen Zügen die Geschichte unserer Kolonialpolitik zusammenfaßt, zeigte der Staatssekretär, daß zu den praktischen Zielen der Versorgung mit tropischen und subtropischen Rohstoffen auch allgemeine ideale Kulturaufgaben uns in unserer bisherigen Kolonialpolitik bewußt waren, die in dem Verhalten der gegenseitigen Förderung zwischen Kolonizator und Eingeborenen gipfelten. Der Vortragende will aber im wesentlichen nur von der wirtschaftlichen Seite sprechen. Die in gutem Sinne selbstischen Gründe für eine deutsche Kolonialpolitik sind das Bedürfnis unseres Volkes nach Versorgung mit kolonialen Nahrungsmitteln, das Bedürfnis unserer Industrie an tropischen und subtropischen Rohstoffen, die Sicherung von Absatzmärkten für unseren Handel und die Ablenkung der deutschen Auswanderung nach eigenen überseeischen Gebieten. Gerade England hat vor dem Kriege diese Begründung für eine deutsche Kolonialpolitik anerkannt und häufig die Ansicht geäußert, daß in einem möglichst großen Kolonialbesitz für das in seiner Volkskraft stetig wachsende Deutschland die beste Gewähr für einen dauernden Frieden läge.

Von den 5 bis 6 Millionen M. unserer Einfuhr an Rohstoffen entfallen 3 Milliarden auf solche, die aus tropischen und subtropischen Gebieten stammen. Von vielen kolonialen Rohstoffen nimmt Deutschland 15—20 v. H. der Weltproduktion auf. Wir führen für 600 Millionen M. Baumwolle ein, für 400—500 Millionen M. tierischer Wolle. Unsere Abhängigkeit vom Auslande spricht sich in der Versorgung mit Fetten, Kaffee, Kakao, Reis, Gerbstoffen usw. aus. Eine Preiserhöhung der Baumwolle um 10 Pf. das Pfund bedeutet einen Tribut von 100 Millionen an die Erzeugungsländer. An Viehfutter führten wir 1913 für 1 Milliarde M. ein, darunter bedeutende Mengen an Kopra, Baumwollsamensamen, Soyabohnen. Nur mit diesen Futtermitteln konnten wir unseren Viehstand auf der Höhe halten, um den Aushungerungsplänen Trotz zu bieten. Aber nicht Deutschland, sondern ganz Europa ist auf die Versorgung von den Kolonien her eingestellt. Sind auch unsere Kolonien noch lange nicht imstande, uns unabhängig vom Auslande zu machen — erst eine Eisenbahnpolitik, die sich noch bezahlt machen wird, hat ihre Erträgnisse gesteigert — so sind sie eine gute Abwehr gegen monopolistische Bestrebungen in den notwendigen Rohstoffen, die uns ohne Kolonialbesitz bei reiner Kontinentalpolitik in Krieg stürzen könnten.

Nach einem Hinweis auf die veränderte Stellungnahme weiter Kreise der Sozialdemokratie zur Frage einer deutschen Kolonialpolitik — sind doch allein 2 Millionen Arbeiter in Deutschland von der Textilindustrie abhängig — be-

Die Irenfeiern in Amerika.

Massenversammlungen und stürmische Kundgebungen.

AB Berlin, 19. Mai.

Der New-Yorker Vertreter des Volksschen Bureaus meldet durch Funkpruch unter dem 14. Mai:

In den meisten katholischen Kirchen des ganzen Landes wurden Requien oder Gebete für die hingerichteten Führer des irischen Aufstandes abgehalten.

Monsignore MacQuierk von der St. Paulskirche in New-York forderte die Gemeinde auf, Gott zu bitten, England zu demütigen. Er bezeichnete die Hinrichtung der irischen Führer als eine Tat des Wahnsinns und zitierte den Spruch: Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Torheit.

Nachmittags und nachts wurden etwa 120 Versammlungen in verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten einschließlich Washington abgehalten, um der Sympathie mit der Erhebung Irlands und dem Abscheu über Englands tyrannische Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufstandes Ausdruck zu verleihen. Das bedeutendste Kennzeichen der Versammlungen war der Umstand, daß fast alle Redner nicht der alten separatistischen Minorität angehörten, sondern der großen Zahl der Konvertierten. Die Sache der irischen

Unabhängigkeit hat hier während der letzten drei Wochen gewonnen. Ueberall verglichen die Redner den irischen Aufstand mit der amerikanischen Revolution und hoben hervor, daß die barbarische Hinrichtung der 15 irischen Führer das Schicksal Washingtons und der anderen amerikanischen Helden der Revolution gewesen wäre, wenn diese keinen Erfolg gehabt hätte.

In der Massenversammlung in Carnegie Hall in New-York nahmen über 3000 Personen, darunter viele Priester, teil. 20.000 Personen konnten wegen Raummangels keinen Zutritt finden. Der Richter des Obersten Gerichtshofes Cavanagh führte den Vorsitz in der Versammlung. Er erhob sich zum Gedächtnis der „irischen Märtyrer von 1916“ und gab einen Ueberblick über die Verdienste, die Selbstlosigkeit, den Patriotismus und die Tapferkeit der hingerichteten Führer.

Die Redner berührten den jüngsten deutsch-amerikanischen Streitfall und wiesen darauf hin, daß Präsident Wilson die Rolle eines Vorkämpfers der Humanität angenommen habe und daher verpflichtet wäre, mit England wegen der Ermordung der irischen Führer, die keine Verbrecher, sondern Kriegsgefangene gewesen seien, zu verhandeln. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der England beschuldigt wird, Männer für die Erstrebung eines Zieles hingerichtet zu haben, das von Carson öffentlich aufgestellt wurde, der später zum Mitglied des englischen Kabinetts gemacht worden sei.

Viktor Herbert kündigte eine öffentliche Subskription zugunsten der Witwen und Waisen der Opfer der englischen Brutalität an.

Mit stürmischer Begeisterung wurde die Flagge der irischen Republik begrüßt. Die deutsche und die österreichische Hymne sowie die Erwähnung der Namen der fünfzehn Unterzeichner der irischen Unabhängigkeits-Erklärung, die im Wortlaut verlesen wurde, riefen begeisterte Beifallsrufe hervor. Auch die Erwähnung Cavanaghs fand wiederholt lauten Beifall, während jede Erwähnung Englands, Redmonds und Carsons anhaltendes Rischen und die Rufe „Schmach!“ „Mörder!“ veranlaßte. Ein Telegramm, in dem der bisherige Führer der amerikanischen Anhänger Redmonds, Michael Ryan in Philadelphia, sich zugunsten der irischen Separatisten erklärte, machte gewaltiges Aufsehen.

Alle Redner, einschließlich Cobb, Mooren und Cochrane, sprachen von der hohen Bedeutung des gegenwärtigen Krieges. Jeder kleinen Nation, einschließlich Irlands, müsse das Recht zugebilligt werden, selbst zu entscheiden, unter welchen politischen Bedingungen sie leben wollte.

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß infolge der irischen Ereignisse Englands Sache hier schwer gelitten habe und noch weiter leiden werde.

19. IV. 1916

119

Protest Amerikas gegen England.

Wegen der Behinderung des Postverkehrs.

AB Berlin, 18. Mai.

Der New-Yorker Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet unter dem 15. Mai durch Funk-spruch:

Die Associated Press berichtet aus Washington: Die amerikanische Regierung bereitet gegen die Behinderung des Postverkehrs von und nach den Vereinigten Staaten durch England einen Protest vor, der von den amtlichen Kreisen als sehr scharf bezeichnet wird.

Die Note, die binnen kurzem abgesendet werden soll, wird den Standpunkt einnehmen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Wegnahme und Festhaltung solcher Postfächer, besonders neutraler Herkunft und Bestimmung, nicht länger dulden können. England wird verständigt werden, daß es die Vereinigten Staaten für eine gebieterische Notwendigkeit halten, das gegenwärtige Verfahren zu ändern. Die amerikanische Regierung erhielt Proteste von vielen Einzelpersonen und Firmen, die durch die häufige lange Festhaltung von Postfächer geschädigt worden sind.

Die Verhandlungen wegen der Blockade.

Staatssekretär Lansing erklärte abends: Wenn es auch die Regierung infolge der in der letzten deutschen Unterseebootsnote enthaltenen Neußerungen schwierig findet, auf den Verhandlungen mit England auf dem Gebiete der Blockade zu bestehen, würden diese doch in nächster Zukunft fortgesetzt werden. Lansing fügte hinzu, man würde größere Eile angewendet haben, wenn Deutschland sich enthalten hätte, darauf zu dringen, daß die Vereinigten Staaten sofort gegenüber England handelten.

**Die Friedensmahnung
des Papstes an Wilson.****Beratungen Wilsons mit Lansing über die
Antwort.**

Berlin, 18. Mai.

Der New-Yorker Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkpruch: Entgegen der gestrigen Depesche des Reuterschen Bureaus über die bereits erfolgte Antwort des Präsidenten Wilson an den Heiligen Vater meldet die Associated Press aus Washington:

Präsident Wilson plant, mit Staatssekretär Lansing während der nächsten Tage über die Botschaft des Papstes zu beraten, die vor kurzem durch den apostolischen Delegaten Monsignore Bozani im Weißen Hause überreicht wurde.

Die Botschaft betrifft die Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten und deutet indirekt die Möglichkeit an, einen allgemeinen Frieden in Europa zustande zu bringen.

Nach der Besprechung mit Lansing wird Wilson seine Antwort an den Papst absenden.

Hiedurch wird die Verlogenheit der Reuterberichterstattung neuerlich an den Pranger gestellt. Reuter log, als er die — vorher von ihm selber gemeldete! — Friedensbotschaft des Papstes an den Präsidenten Wilson für eine Erfindung erklärte, und log, als er, die erste Lüge eingestehend, Mitteilungen über den angeblichen Inhalt der Antwort Wilsons meldete. Dem Gistmischerbureau in London ist augenscheinlich das Hervortreten des Papstes höchst unerwünscht. Man bemühte sich daher zunächst, das Ereignis überhaupt zu leugnen, um ihm die Bedeutung und allgemeine Beachtung zu nehmen, dann aber, als diese Lüge nichts half, verlegte man sich auf die Gistmischerlei: Wilson wurde zuerst eine schroff ablehnende Antwort, später eine den Sachverhalt umgehende kühle Antwort angedichtet, um alle in die Aktion gesetzten Erwartungen im Keime zu ersticken, zwischen der katholischen Welt und der Regierung in Washington Mißtrauen und Verbitterung zu erzeugen, dann aber wohl auch, um Wilson verstehen zu geben, was England von ihm, wenn er antworte, wünsche und fordere. Diesmal scheint Ehren-Reuter nun doch nicht ganz auf seine Rechnung zu kommen, denn in Washington hat man sich beeilt, Reuters Lügenmanöver vor aller Welt an den Pranger zu stellen. Und das ist immerhin ein erfreuliches Symptom, ein guter Anfang, der vielleicht zu Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Wenn nur einmal die neutrale Welt, voran das mächtige Amerika, anfinge, sich vom hebräo-britischen Lügenbann loszumachen, der wie ein Ungeheuer die ganze Welt umklammert hält, dann wäre schon viel gewonnen. Dann müßte es endlich tagen.

Der spanische Botschafter beim Papst.

Zürich, 15. Mai. (Südfl. Kor.)

Aus Mailand wird gemeldet: Der „Stampa“ zufolge habe der Papst den spanischen Botschafter beim Vatikan in besonderer Audienz empfangen. Der Papst scheine jetzt seine Friedenspläne auch vornehmlich mit Hilfe des Königs von Spanien verwirklichen zu wollen. Die Beziehungen zwischen dem spanischen Hofe und dem Vatikan seien gegenwärtig

besonders herzlich. Es werde von einer Konferenz hoher neutraler Persönlichkeiten gesprochen, die infolge der spanisch-amerikanischen Friedensbemühungen in absehbarer Zeit stattfinden soll.

**Generalgouverneur Bessler an die
Warschauer Polen.**

Generalgouverneur Bessler richtete an eine bei ihm erschienene Abordnung der Warschauer Bürger folgende sehr bezeichnende Ansprache:

„Ich verstehe ganz gut, daß in Polen das Andenken an die Verfassung vom 3. Mai 1791 besonders gerne gefeiert wird. Diese Verfassung war der letzte hoffnungsvolle Versuch, geregelte staatliche Verhältnisse in Polen einzuführen, und die Verwirklichung wäre gewiß ein Glück für Polen und vielleicht für ganz Europa gewesen. Der Gang der geschichtlichen Entwicklung unterdrückte diese Hoffnung im Keime, und die Ursachen dieser Unterdrückung sind vor allem in Rußland zu suchen. Es ist nicht meine Absicht, hierorts ein politisches Gespräch zu führen; ich bin weder berechtigt, noch darf ich mit Ihnen über die politischen Ziele sprechen. Erlauben Sie mir aber, Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Punkte lenken zu dürfen, deren Beachtung Ihnen bei Ihrer politischen Betätigung von Nutzen sein kann. Wollen Sie sich vergegenwärtigen, daß die Politik eine Kunst sei, Dinge zu erreichen, die überhaupt zu erreichen sind, und wollen Sie nicht vergessen, daß man, wenn man nur einen Teil dieser Ziele zu erreichen wünscht, Opfer darbringen muß. Weiters wollen Sie sich auch vergegenwärtigen, daß, wie ein Individuum die Verbindung mit seiner Familie und seinem Volke aufrechterhalten muß, ebenso die Völker für eine Verbindung mit den Völkern oder mit der Staatskonstellation eintreten müssen, mit denen sie sich verbinden und zusammen arbeiten wollen. Und jetzt, meine Herren, wünsche ich Ihnen glücklichen Verlauf Ihrer Festlichkeit. Die Persönlichkeiten, die ihre Leitung übernommen haben, bieten mir die beste Bürgschaft für den entsprechenden Verlauf der Feier“.

Die Alandsdebatte im schwedischen Reichstag.

Stockholm, 17. Mai.

Nach der (in unserer Nachmittagsausgabe mitgeteilten) Erklärung des Ministers des Aeußern führte der Sozialist Branting aus: Ich bin überzeugt, im Namen der ganzen sozialdemokratischen Reichstagsgruppe sprechen zu können, indem ich dem Minister des Aeußern für die von ihm abgegebene unzweideutige Erklärung danke, daß die Regierung an den Bestrebungen, nach allen Seiten hin das Selbstbestimmungsrecht Schwedens zu verteidigen, festhält und gleichzeitig ihre früheren Erklärungen, entschieden in Neutralität verharren zu wollen, völlig aufrecht erhält. Gerade in der jetzigen Lage ist eine solche Versicherung der Regierung weiten Kreisen unseres Volkes willkommener als je, seitdem das große Unglück über die Welt hereingebrochen ist. Was nun im besonderen die Alandsfrage betrifft, so stellte sich im Jahre 1908 unsere damalige Fraktion im Reichstage auf den in Schweden allgemein geteilten Standpunkt, daß es für die Sicherheit Schwedens unumgänglich notwendig sei, daß die Inselgruppe wie bisher so auch in Zukunft unbefestigt bleibe. Unsere gegenwärtige sozialdemokratische Reichstagsgruppe ist der Anschauung, daß dieselben Gründe für diese Ansicht unverändert fortbestehen, und spricht daher die lebhafteste Hoffnung aus, daß es gelingen möge, durch die in der soeben abgegebenen Erklärung des Ministers des Aeußern erwähnten Verhandlungen auf überzeugende und erfolgreiche Weise die Rechte und Interessen Schwedens in dieser Sache zu verteidigen.

Der Führer der Rechten, Lindman, sagte: Zu den vom Minister des Aeußern gemachten Angaben erkläre ich, daß sich meine Partei der Neutralitätspolitik anschließt, welche die Regierung erklärt weiterhin beobachten zu wollen. Mit Befriedigung erfahren wir, daß die Regierung nichts unterlassen will, um in der wichtigen Alandsfrage die Rechte und Interessen Schwedens wahrzunehmen. Die einstimmige Meinung, die in dieser Frage im Jahre 1908 in dieser Kammer ausgedrückt worden ist, kann in diesem Jahre unter einmütiger Teilnahme der Partei der Landwirte und der Bürger erneut ausgesprochen werden.

Der Führer der Liberalen Eden gibt seiner Zufriedenheit über die Erklärung des Ministers Ausdruck. Die Regierung habe von neuem den bestimmten Willen Schwedens festgestellt, seine Selbstständigkeit und strenge unparteiliche Neutralität im gegenwärtigen Weltkriege zu wahren. Die Regierung versicherte in der für unser Land so bedeutungsvollen Alandsfrage der Kammer und dem Lande, daß sie nichts unterläßt, um die Rechte und Interessen Schwedens wahrzunehmen.

In der Ersten Kammer wiederholte der Minister des Aeußern Wallenberg die Erklärung, die er in der Zweiten Kammer abgegeben hatte.

Der Führer der Rechten Trygger führte darauf aus: Ich bin davon überzeugt, daß diese Kammer mit Zufriedenheit die Erklärung des Ministers des Aeußern gehört hat, daß an der Neutralitätspolitik, der wir zugestimmt haben, von der Regierung auch weiterhin festgehalten werden wird und daß die Regierung bei ihrer Auffassung über Sinn und Bedeutung der sogenannten Alandsfrage für Schweden bleibt, die im Jahre 1908 in der von der damaligen Regierung unter einmütiger Billigung des Reichstages abgegebenen Erklärung einen so deutlichen Ausdruck erhalten hat. Die Partei, der ich angehöre, hegt die wärmsten Hoffnungen, daß die Bestrebungen der Regierung, diesen Standpunkt zu verwirklichen, vollen Erfolg haben werden.

Die übrigen Parteiführer Kvarnzelis für die Liberalen und Wavrinsh für die Sozialdemokraten, wiederholten die von ihren Parteiführern in der Zweiten Kammer abgegebenen Erklärungen.

Die Botschaft des Papstes an Wilson.

Andeutung der Möglichkeit, einen Frieden zustandezubringen.

B. Berlin, 18. Mai. Der New-Yorker Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkpruch: Entgegen der gestrigen Depesche des Reuterschen Bureaus über die bereits erfolgte Antwort des Präsidenten Wilson an den Heiligen Vater meldet die Associated Press aus Washington:

Präsident Wilson plant, mit Staatssekretär Lansing während der nächsten Tage über die Botschaft des Papstes zu beraten, die vor kurzem durch den apostolischen Delegaten Monsignore Bonzano im Weißen Hause überreicht wurde.

Die Botschaft betrifft die Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten und deutet indirekt die Möglichkeit an, einen allgemeinen Frieden in Europa zustandezubringen.

Nach der Besprechung mit Lansing wird Wilson seine Antwort an den Papst absenden.

Spanien und die Friedenspläne des Papstes.

S. S. Zürich, 18. Mai. Aus Mailand wird telegraphiert: Der „Stampa“ zufolge hat der Papst den spanischen Botschafter beim Vatikan in besonderer Audienz empfangen. Der Papst scheint jetzt seine Friedenspläne auch vornehmlich mit Hilfe des Königs von Spanien verwirklichen zu wollen. Gegenwärtig seien die Beziehungen zwischen dem spanischen Hofe und dem Vatikan besonders intim.

Es werde von einer Konferenz hoher neutraler Persönlichkeiten gesprochen, die infolge der spanisch-amerikanischen Friedensbemühungen in absehbarer Zeit stattfinden soll.

Eine Ansprache des Gouverneurs Besele

Eine Mahnung an die Warschauer Bürgerschaft.

Generalgouverneur Besele richtete an eine bei ihm erschienene Abordnung der Warschauer Bürger folgende sehr bezeichnende Ansprache:

„Ich verstehe ganz gut, daß in Polen das Andenken an die Verfassung vom 3. Mai 1791 besonders gerne gefeiert wird. Diese Verfassung war der letzte hoffnungsvolle Versuch, geregelte staatliche Verhältnisse in Polen einzuführen, und die Verwirklichung wäre gewiß ein Glück für Polen und vielleicht für ganz Europa gewesen. Der Gang der geschichtlichen Entwicklung unterdrückte diese Hoffnung im Keime, und die Ursachen dieser Unterdrückung sind vor allem in Rußland zu suchen. Meine Herren. Es ist nicht meine Absicht, hierorts ein politisches Gespräch zu führen; ich bin weder berechtigt, noch darf ich mit Ihnen über die politischen Ziele sprechen. Erlauben Sie mir aber, Ihre Aufmerksamkeit auf zwei Punkte lenken zu dürfen, deren Beachtung Ihnen bei Ihrer politischen Betätigung von Nutzen sein kann.

Wollen Sie sich vergegenwärtigen, daß die Politik eine Kunst sei, Dinge zu erreichen, die überhaupt zu erreichen sind, und wollen Sie nicht vergessen, daß man, wenn man nur einen Teil dieser Ziele zu erreichen wünscht, Opfer darbringen muß. Weiters wollen Sie sich auch vergegenwärtigen, daß, wie ein Individuum die Verbindung mit seiner Familie und seinem Volke aufrechterhalten muß, ebenso die Völker für eine Verbindung mit den Völkern oder mit der Staatskonstellation eintreten müssen, mit denen sie sich verbinden und zusammenarbeiten wollen. Und jetzt, meine Herren, wünsche ich Ihnen glücklichen Verlauf Ihrer Festlichkeit. Die Persönlichkeiten, die ihre Leitung übernommen haben, bieten mir die beste Bürgschaft für den entsprechenden Verlauf der Feier.

Die Reform der inneren Reichsverwaltung.

Von unserm Berliner Vertreter.

W. Der innige Zusammenhang zwischen den Personalfragen für die Nachfolge Dr. Delbrücks und die Ernennung eines Reichsernährungs-Chefs mit der sachlichen Abgrenzung und Neuverteilung der Kompetenzen, sowie vor allem auch mit der Lösung des Steuerproblems, hat so eingehende Erwägungen erfordert, daß die endgültige Lösung immer noch nicht bekannt ist, auch wenn sie nun unmittelbar bevorstehen dürfte. Aus der langen Reihe mutmaßlicher Anwärter auf das Erbe Delbrücks trat schon sehr bald die Person des Staatssekretärs Helfferich in den Vordergrund, wo sie auch heute noch steht. Der letzte Plan, der in Erwägung gezogen ist, würde jedoch Herrn Helfferich auf seinem bisherigen Posten belassen, dafür aber das Amt des Vizekanzlers, das bisher gewohnheitsmäßig beim Staatssekretariat des Innern lag, auf den Staatssekretär des Reichsschatzamts übergehen, während zum Nachfolger Delbrücks der bisherige Präsident der Reichsfleischstelle, Unterstaatssekretär Göppert, ausersehen ist und das vom Reichsamt des Innern abzutrennende neue Reichsamt für das Ernährungswesen dem bisherigen Präsidenten der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär Michaelis, übertragen werden würde.

Obwohl bis zur endgültigen Entscheidung des Kaisers eine Stellenmaßnahme zu einer Lösung dieser Personalfragen besser unterbleibt und obwohl wir die vorstehenden, uns freilich aus bester Quelle genannten Namen trotzdem nur unter Vorbehalt wiedergeben, kann es schon heute klargemacht werden, aus welchen Gesichtspunkten heraus sie erfolgen würde. Daß Staatssekretär Helfferich so kurz nach der Uebernahme des Reichsschatzamts, das ja doch seinem eigentlichen Berufe entspricht, das Reichsamt des Innern übernehmen sollte, hat ja von vornherein viele verwundert. Ausschlaggebend ist dabei für den Kanzler auch wohl weniger die Frage gewesen, ob Herr Helfferich an der Spitze des Reichsamts des Innern dem Reiche bessere Dienste leistet als im Reichsschatzamt; vielmehr dürfte der Gesichtspunkt ausschlaggebend gewesen sein, daß der Staatssekretär des Innern als Stellvertreter des Reichskanzlers eine eigentlich über den engeren Rahmen seines Ressorts hinausgehende Stellung von großer, allgemeiner, politischer Bedeutung innehat. Von Helfferich weiß man ja, daß er schon auf seinem Posten im Reichsschatzamt ein umfassendes Verständnis und Interesse für die gesamte politische Lage betätigt hat. In seinen Reden trat fast immer der Finanzmann in den Hintergrund vor dem Staatsmann und Politiker, und zwar vor einem Politiker von nicht gewöhnlichem Format und ausgeprägter Persönlichkeit. Einen solchen Mann zu seiner Seite auf dem sehr vielseitig verwendbaren Posten des Vizekanzlers zu haben, muß für den Reichskanzler von großem Wert sein. Es ist ja auch allgemein bekannt, daß bei den im Großen Hauptquartier gefallenen Entscheidungen über die wichtigsten Kardinalfragen unserer ganzen Politik und Kriegsführung Staatssekretär Helfferich bereits eine besondere Rolle gespielt hat. Wenn zu dieser schon bei der Verwaltung der Reichsfinanzen betätigten Auffassung seines Amtes die offizielle Stellvertretung des Reichskanzlers hinzukommt, so würde in der Tat für die neue Besetzung des Staatssekretariats des Innern ein wesentlicher Gesichtspunkt von vornherein, weil gelöst, in Wegfall kommen. Und was uns nicht minder nötig erscheint: In Wegfall kommen würden auch von vornherein alle sicherlich auf Mißverständnis und Mißdeutung beruhenden Kommentare, als wenn Helfferich an der Spitze der Reichsfinanzen einen Posten vorzeitig verlassen hätte, bei dem man gerade auf ihn für die Zukunft so große Hoffnungen gesetzt hat.

In diesem Zusammenhang wäre denn auch die Ernennung des Unterstaatssekretärs Göppert zum Nachfolger Delbrücks aufzufassen. Unterstaatssekretär Göppert ist zweifellos ebenfalls eine Persönlichkeit und ein Charakter. Bei der Finanzreform des Jahres 1909 verharrete er als Börsenkommissar gegenüber der sich gegen den Fürsten Bülow bildenden Mehrheit in der Reichstagskommission auf dem Standpunkt der Regierung so unerschütterlich wie Daniel in der Löwendrube, obwohl er dadurch unter Umständen seine Stellung aufs Spiel setzen konnte. Daß er in der letzten Zeit als Präsident der Reichsfleischstelle keine ausreichenden Ergebnisse erzielt hat, mag sich vielleicht daraus erklären, daß ihm dieses Gebiet fremd war und daß er hier auch mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Dieser Gesichtspunkt würde ja außerdem von selbst ausschalten, weil das Ernährungswesen künftig vom Reichsamt des Innern unabhängig gemacht wird. Wir möchten vielmehr schon jetzt betonen, daß uns mit dieser einen Abweichung die Frage des inneren Reichsamts durchaus noch nicht gelöst erscheint. Auch in Reichstagskreisen herrscht die entschiedene Forderung, daß man hierbei nicht stehen bleibt, sondern jetzt ganze Arbeit macht und das immer noch unübersehbar große und verworren bleibende Amt in mindestens zwei weitere Ämter auflöst, von denen das eine die sozialpolitischen und sonstigen inneren Verwaltungsfragen behält, während ein neues Amt für Industrie und Handel zu gründen wäre, das gerade in der kommenden Zeit um so dringlicher erforderlich scheint, als die Vorbereitungen und Erschaffung neuer Handelsverträge eine Lebensfrage, ja vielleicht die Lebensfrage des Wiederaufbaues der deutschen Friedenswirtschaft sein wird.

Ob der für das neue Ernährungsamt ausersehene Unterstaatssekretär Michaelis auf diesem Posten ebenso erfolgreich sein wird, wie bisher an der Spitze der Reichsgetreidestelle, wagen wir nicht vorauszusagen. Der Plan, an die Spitze dieses Amtes zwei gleichberechtigte Personen zu stellen, einen Verwaltungsbeamten und einen Offizier, scheint ja aufgegeben zu sein. Sicherlich haftete ihm von vornherein das Merkmal des Kompromisses und der Halbheit an. Uns dagegen scheint democh fraglich, ob eine enge Beteiligung der militärischen Gewalt an der neuen Reichsernährungsreform nicht immer noch vorzuziehen gewesen wäre, oder aber, es müßten dem neuen Zivilchef solche Vollmachten gegeben werden, daß auch allein in seiner Person die wirkliche Vereinheitlichung der Ernährung der Bevölkerung und der Armee gewährleistet wird. Im Grunde ist es ja

gleichgültig, ob Militär oder Zivil. Es kommt auf die Person an, auf ihre Unabhängigkeit und auf den wirklich rücksichtslosen Willen, durchzugreifen. Wir haben schon früher gesagt, was wir insbesondere von der Unabhängigkeit der militärischen Gewalt von allen parteipolitischen Rücksichten denken.

Ein endgültiges Urteil über die Veränderungen in der Reichsregierung muß selbstverständlich bis nach der Entscheidung vertagt werden.

Oesterreichisch-ungarische Preisengerichtungs- kommission.

Wien, 19. Mai.

Im Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ werden heute fünf Fälle preisengerichtlichen Verfahrens in Pola angekündigt. Sie betreffen die Zerstörung des griechischen Dampfers „Demetrius“, des italienischen Dampfers „Ancona“, des italienischen Dampfers „Bosnia“, des italienischen Dampfers „Sirene“ und des italienischen Seglers „Tobia“. In allen diesen Fällen, in denen die genannten Schiffe durch Einheiten der österreichisch-ungarischen Streitkräfte zerstört wurden, werden die Beteiligten aufgefordert, ihre Rechte binnen drei Monaten schriftlich unter Vorbringung der Beweismittel bei der Preisengerichtungskommission in Pola geltend zu machen.

Die fünf Kundmachungen der Preisengerichtungskommission sind vom 22. April datiert und von Konrad Ritter v. W. v. L. L. Linienkapitän, unterzeichnet.

Die preisengerichtliche Untersuchung.

Die Preisengerichtsordnung, die mittels Verordnung des Gesamtministeriums vom 9. Dezember 1914 kundgemacht worden ist, hat den Fall der Zerstörung eines feindlichen Schiffes nicht vorgehen. § 1 der Preisengerichtsordnung setzt Preisengerichte erster und zweiter Instanz nur ein „zur Fällung des Urteils in Betreff der von den k. u. k. Kriegsschiffen im gegenwärtigen Krieg aufgebrachtten feindlichen und verdächtigen Schiffe und ihrer Ladungen“. Das preisengerichtliche Verfahren dreht sich sonach um die Frage, ob das österreichisch-ungarische Kriegsschiff den feindlichen Kauffahrer zu Recht gekapert habe, die Prise also als „gute Prise“ zu betrachten sei. Die Entwicklung des Unterseebootkrieges hat dazu geführt, daß an Stelle der Aufbringung des feindlichen oder des neutralen Schiffes dessen Zerstörung getreten ist. Gleichwohl muß auch in diesem Falle festgestellt werden, ob der Kommandant und die Mannschaft des Unterseebootes sich keiner ungesetzlichen Handlung schuldig gemacht haben. Nach § 7 haben die Preisengerichte bei Fällung des Urteils die geltenden Gesetze und Vorschriften, die etwa bestehenden einschlägigen Staatsverträge sowie die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechtes „als Richtschnur zu nehmen“. Analog ist daher bei Zerstörung eines feindlichen Kauffahrers vorzugehen. Auch hier ist zu untersuchen, ob das Unterseeboot die für die österreichisch-ungarische Marine bestehenden Vorschriften und die völkerrechtlichen Grundsätze beobachtet hat.

Die Voruntersuchung im preisengerichtlichen Verfahren hat nach der Preisengerichtsordnung eine Preisengerichtungskommission zu führen. Sie hat „alle im Interesse der Beteiligten und zur Förderung der Untersuchung noch vor der Urteilsfällung erforderlichen Maßnahmen zu treffen“. Das Verfahren vor der Untersuchungskommission ist ein kontradiktorisches; beide Parteien, sowohl Kommandant und Mannschaft des Kriegsschiffes und des zerstörten Kauffahrers sowie allfällige Experten, werden unter Beziehung von Gerichtszeugen verhört und die Parteien können ihre Rechtsansprüche zu Protokoll bringen. Die Edikte, welche der Vorsitzende der Preisengerichtungskommission in Pola nunmehr erläßt, dienen zur Einleitung des Preisengerichtsverfahrens.

Nachwehen der Dubliner Revolte

(Von unserem Korrespondenten)

C. C. S. London, 13. Mai.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die plötzliche Abreise des Premiers Asquith nach Dublin mit dem Wunsch in Verbindung setzt, den Hinrichtungen der Führer und Anführer des Aufstandes ein Ende zu machen und das Aufhören des Belagerungszustandes durchzusetzen. Ähnliches sagt wenigstens der gemeiniglich gut unterrichtete „Daily News“-Berichtersteller, der die Ansichten der Politiker aus den Wandelgängen des Unterhauses einsammelt. Nach dem Anhören der heftigen Rede des Nationalisten John Dillon, der voraussetzt, daß die englischen Machthaber ein Heer von 100,000 Mann in Irland aufstellen müßten, um nach den Hinrichtungen das Land ruhig zu halten, hatte der Premier keine andere Wahl, als selbst nach dem Rechten zu sehen.

Mit Herrn Asquith ist auch der seither vom Amt zurückgetretene Herr Birrell nach Irland gereist, dessen Obersekretär er neun Jahre lang gewesen ist. Während dieser Zeit hat er die agrarische Frage endgültig gelöst. Er war es, der Lord Clanricarde seinen gewaltigen irischen Grundbesitz für über 7½ Millionen Franken abkaufte und unter die Pächter verteilte.

Herr Asquith ist übrigens nicht im Dubliner Schloß abgestiegen, wo die englische Gewalt Herrschaft in Irland verkörpert ist, sondern er ist der Gast des ebenfalls zurückgetretenen Vizekönigs Lord Wimborne in der Lodge im Phönix-Park, wo er mit General Maxwell, der die militärischen Anordnungen traf, Besprechungen hatte. Bekanntlich hat Herr Asquith noch keinen Nachfolger für Herrn Birrell gefunden, da Harcourt, der jetzige Minister für öffentliche Arbeiten, die Stelle abgelehnt hat — aus Gesundheitsrücksichten. Doch besorgt Lord Macdonnell, ein Irländer, der ehemals Verwaltungsbeamter in Indien und Mitglied des indischen Rates war, interimistisch die Geschäfte, mit denen er um so besser vertraut ist, als er sechs Jahre lang Untersekretär in Irland, also ein Vorgänger des (jüdischen) Sir Mathew Nathan war, der ebenfalls mit Birrell und Lord Wimborne zurückgetreten ist.

Nun könnte man versucht sein, zu fragen, warum übernimmt der irische Parteileiter John Redmond nicht das irische Sekretariat? Bekanntlich hat ihm Herr Asquith im vorigen Mai, als er das Koalitionsministerium bildete, den Eintritt ins Kabinett angeboten. Aber Herr Redmond, der sich damals in Irland befand lehnte nach kurzer Beratung mit seinen Parteigenossen ab, weil seine Anwesenheit im Kabinett mißverstanden werden könnte, solange die Home Rule-Bill nicht ausgeführt sei. Nun ist aller Welt klar, daß in Dublin keine Ruhestörungen stattgefunden hätten, wenn Irland seine eigene Verwaltung gehabt hätte zur Zeit, als Sir Roger Casement an der Küste landete. Deun daß diese Landung unter dem Schutz eines deutschen Unterseebootes mit der geplanten Erhebung in Irland zusammenhing, ist erwiesen. Der Kraftwagen, der den Parteigenossen in Dublin das Mißlingen der Landung und Casements Gefangennahme melden sollte, brach unterwegs zusammen, wobei zwei Boten getötet wurden. Möglicherweise wäre der Aufstand nicht ausgebrochen, wenn man in Dublin die Hoffnungslosigkeit der Lage rechtzeitig gekannt hätte.

Vorderhand sind Sir Edward Carson, der Wortführer der protestantischen Ulstermen, und John Redmond, das Haupt der katholischen Nationalisten, noch in London. Doch hält man es nicht für unmöglich, daß der Premier Asquith den Stier bei den Hörnern packt und die Lösung der täglich unerquicklicher werdenden Lage darin sucht und findet, daß er Redmond abermals einen Kabinettsitz, natürlich das erledigte irische Sekretariat, anbietet. Freilich müßte man mit den Ulstermen ebenfalls rechnen. Diese wollten von der Home Rule vor zwei Jahren nichts wissen. Vielleicht sind die Leute aber im Laufe des Weltkrieges, der ihre Industrien in Belfast gewaltig geschädigt und manches auf den Belfast Werften gebaute Schiff gekostet hat nachgiebiger geworden und geneigt, sich mit ihren katholischen Nachbarn zu vertragen. Diese ihrerseits, die für ihre Bodenprodukte keinen besseren Markt als den englischen finden könnten,

stellen sich als Kleinbauern im Besitz ihrer Güter, die sie unter Bürgerschaft des englischen Staates gekauft haben, weit besser in engem Zusammenhang mit Großbritannien, in dessen Parlament sie auch unter der Home Rule-Bill eine Vertretung haben.

Der Papst und die Beilegung des deutsch-amerikanischen Streitfalls.

Eine amtliche deutsche Zurückweisung der Grey-
Reuterschen Giftmischerei. — Wilsons vermut-
liche Antwort an den Papst.

Berlin, 20. Mai.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

Nach einer Reutermeldung teilte Staatssekretär
Grey im Unterhause mit, der Vatikan habe in Deutsch-
land Vorstellungen erhoben, um Deutschland zum Auf-
geben des Unterseebootkrieges zu bewegen.

Diese Mitteilung entspricht nicht den
Tatsachen. Vielmehr gab der Papst, wie wir an
zuständiger Seite hören, Deutschland und den
Vereinigten Staaten seine Bereit-
willigkeit zu erkennen, in der Streit-
frage zwischen den beiden Regie-
rungen zu vermitteln.

Der Kaiser dankte dem Papst unter
Hinweis auf die inzwischen bereits an Amerika erteilte
Antwort für die guten Absichten.

Berlin, 19. Mai.

Der New-Yorker Vertreter des Wolffschen Bureaus
meldet durch Funkspruch: Die Associated Press berichtet aus
Washington:

Präsident Wilson hat auf das kürzlich vom
Papste zugegangene Schreiben geantwortet: Die offiziellen
Stellen im Weißen Hause haben es abgelehnt,
sich auf Erörterungen über das Schreiben des Papstes
oder Wilsons Antwort einzulassen. Jedoch wird in
anderen Kreisen bestimmt angenommen, daß der
Schriftenaustausch nur entfernt etwas mit
der Frage des Friedens in Europa
zu tun habe. (Er betraf nach der Feststellung der
„Nordd. Allg. Ztg.“ zunächst nur die Vermittlung
zwischen Deutschland und Amerika.) Wie verlautet,
setzte Wilson den Papst davon in Kenntnis, daß er eifrig
darauf bedacht sei, die Vereinigten Staaten
nicht in den Krieg hineinziehen zu
lassen, und daß er sein Möglichstes tun würde, so-
weit es mit den Rechten der Vereinigten Staaten ver-
einbar sei.

20. IV. 1916

125

Die Friedensbemühungen des Papstes.

Grey und Reuter lügen weiter.

London, 19. Mai.

Im Unterhause teilte Staatssekretär Sir Edward Grey mit, daß der britische Vertreter beim Vatikan berichtete, dieser sei mit niemanden wegen der Möglichkeit eines Friedens in Verbindung gestanden, wohl aber habe der Vatikan in Deutschland Vorstellungen gemacht, um es zum Aufgeben des Unterseeboottkrieges zu bewegen. (?)

Blondel von Bukarest abberufen.

Bukarest, 19. Mai.

Die Blätter melden, daß der französische Gesandte **Blondel** auf eigenes Ansuchen abberufen werde. Sein Nachfolger ist **Saint-Aulaire**.

Daß **Blondel** Bukarest verläßt, deutet auf sehr viele enttäuschte Hoffnungen. **Blondel** war der außerordentlich regsame Träger der Bierverbandspolitik in der rumänischen Hauptstadt. Während sein russischer Kollege sich lieber andern Beschäftigungen als der Diplomatie ergab, war **Blondel** in regster Verbindung mit der Gesellschaft, vielen politischen Persönlichkeiten, der Presse — überall war **Blondel**. Alle Hoffnungen des Bierverbandes ruhten auf dem Wirken **Blondels**, dieses beliebten Mannes, der mehr Agitator und „Faiseur“, als Diplomat war. Sein Abgang ist das Eingeständnis einer persönlichen Niederlage, die aber wahrhaftig in diesem Falle eine Niederlage des ganzen Bierverbandes ist. Auch seine Gegner müssen **Blondel** das Zeugnis seiner Bedeutung ausstellen.

Inland.

Wien, 19. Mai. (Die österreichische Preisengerichtsordnung.) Die Preisengerichtsordnung, die in den Ediktallundmachungen über die Verstörung einiger italienischer und eines griechischen Schiffes zur Anwendung kommt, welche in der heutigen „Wiener Zeitung“ veröffentlicht wurden, ist mittels Verordnung des Gesamtministeriums vom 9. Dezember 1914 kundgemacht worden. Die Preisengerichtsordnung enthält zweierlei Verfügungen: einmal Anordnungen über die Schaffung und Anordnung der Preisengerichte (eine erste Instanz in Pola und eine zweite Instanz in der Marineektion in Wien), sodann das prozessuale Verfahren bei diesen Gerichten. Die Preisengerichtsordnung gilt nur für den gegenwärtigen Krieg. Preisengerichte treten in allen kriegsführenden Ländern mit Beginn des Krieges in Wirksamkeit. Jedoch erfolgt die Einsetzung dieser Gerichte in den einzelnen Staaten nach verschiedenen Regeln. Es gibt hier zwei Typen: einige Staaten haben schon im Frieden jene Gerichte namhaft gemacht, die bei Beginn des Krieges automatisch als Preisengerichte zu arbeiten anfangen. Diese Uebung besteht in Holland, Frankreich, England, Amerika, Japan und Rußland. Andere Staaten setzen erst mit Beginn des Krieges die Preisengerichte in Tätigkeit, so Deutschland, Italien und Oesterreich-Ungarn. Die Einsetzung der Preisengerichte in Deutschland beruht auf einem Reichsgesetz vom 3. Mai 1884; die näheren Bestimmungen über diese Gerichte sind allerdings einer kaiserlichen Verordnung überlassen. Eine solche ist am 15. April 1911 ergangen. Sie enthält Bestimmungen über die Organisation und das Verfahren, normiert aber, daß Beginn und Ende der Tätigkeit sowie Sitz und örtliche Kompetenz der einzelnen Preisengerichte jeweils durch besondere kaiserliche Verordnung festzusetzen sind. Für diesen Krieg ergingen die Festsetzungen am 3. August 1914. Die deutsche kaiserliche Verordnung unterscheidet sich sonach von der österreichischen Verordnung dadurch, daß sie eine durch bestehendes Gesetz geschaffene Organisation nur in Wirksamkeit setzt, während die österreichische Verfügung diese Gerichte für den Krieg erst geschaffen hat. In der verfassungsmäßigen Zeit sind früher bereits zweimal Preisengerichtsordnungen ergangen, nämlich 1864 und 1866. Die Preisengerichtsordnung von 1864 wurde auf Grund des § 13 des Grundgesetzes vom 26. Februar 1861 (der gegenwärtige § 14) kundgemacht. Im Jahre 1866 erließ eine kaiserliche Verordnung vom 9. Juli 1866. Da damals die Februarverfassung sistiert war, erfolgte keine Berufung auf das Grundgesetz. Diesmal erging die Preisengerichtsordnung mittels Verordnung des Gesamtministeriums, die sich auf eine kaiserliche Entschliebung vom 28. November 1914 beruft. Die a. h. Entschliebung genehmigt die Preisengerichtsordnung „bis zur diesbezüglichen Verfügung der Gesetzgebungen beider Staaten“. 1864 und 1866 wurden neben der Preisengerichtsordnung Grundsätze über die Aufbringung feindlicher und verdächtiger neutraler Schiffe veröffentlicht, und zwar 1864 durch eine Ministerialverordnung vom 3. März 1864, 1866 in der bereits erwähnten kaiserlichen Verordnung selbst. Diese Grundsätze beriefen sich auf die Pariser Seerechtsdeklaration von 1856. Ähnliche besondere Vorschriften sind diesmal nicht erlassen worden. Die Preisengerichtsordnung vom 9. Dezember 1914 beruft sich auf die geltenden Gesetze und Vorschriften, die einschlägigen Staatsverträge und die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechtes, die den Urteilen der Preisengerichte als Richtschnur zu dienen haben. Von den Staatsverträgen kommen hier außer den Haager Konventionen auch die Londoner Seerechtsdeklaration in Betracht, die die Monarchie, als sie den Kriegszustand an die neutralen Mächte notifizierte, für die Führung des Seekrieges einhalten zu wollen erklärte. Allerdings war Oesterreich-Ungarn genötigt, infolge der Maßregeln der Gegner die Konterbandebestimmungen der Londoner Deklaration später zu ändern. Ähnlich hat auch das Deutsche Reich im Laufe des Krieges infolge der englischen Maßregeln seine Preisordnung vom 30. September 1909 im April 1915 entsprechend der englischen Seekriegführung abgeändert.

**Die Vorbereitung des Krieges durch England
und Frankreich.****Indiskretionen des Generals Townshend.**

Berlin, 19. Mai.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt mit: Im „Tag“ vom 16. Mai war in einem Artikel „Indiskretionen des Generals Townshend“ ein Gespräch wiedergegeben, das dieser vor mehreren Jahren auf der Fahrt nach Südafrika mit einem deutschen Mitreisenden hatte, den er für einen Buren hielt. Der Vorfall sei damals auch der deutschen Konsularbehörde berichtet worden. Diese soll es aber, heißt es in dem Artikel des „Tag“, abgelehnt haben, der Sache irgendwelche Bedeutung beizumessen. Diese Behauptung ist unrichtig. Das kaiserliche Konsulat in Johannesburg in Südafrika berichtete im Jahre 1911 über den Vorfall an den Reichskanzler:

Auf einem englischen Postdampfer, der von Southampton in Kapstadt ankam, ereignete sich folgende ergötzliche Geschichte:

Mit dem Dampfer fuhr Brigadegeneral Townshend. Infolge Versehens hielt er Herrn B. S. für Dr. B. Er erkundigte sich zunächst vorsichtig, ob England jetzt auf die politische Treue der Buren rechnen könne. Nachdem B. ihn über diesen Punkt beruhigt und dadurch sein Vertrauen gewonnen hatte, erzählte der General, er sei wenige Tage vor seiner Abreise aus England bei Lord Roberts gewesen. Dieser habe ihm versichert, es werde bestimmt in diesem oder spätestens im nächsten Jahre einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland geben, in dem sich England auf Frankreichs Seite stellen werde. Der ganze Kriegsplan sei bis ins einzelne zwischen Frankreich und England abgekartet.

Nach der ganzen Persönlichkeit des mir gut bekannten Herrn B. S., meines Gewährsmannes, kann an der Wahrheit der Geschichte kein Zweifel obwalten, um so weniger, als ein anderer deutscher Passagier desselben Dampfers mir erzählte, der General, offenbar ein Non plus ultra von Naivität, habe ihm in klagendem Ton den ganzen Vorfall mitgeteilt, nachdem er seinen Irrtum erkannt hatte. Dieser Bericht ist entsprechend der Bedeutung des Vorfalles und der Äußerungen Townshends gewürdigt und verwertet worden.

Die Alandsfrage.

Neuerliche Erklärungen der schwedischen Regierung.

Stockholm, 19. Mai.

Minister des Aeußern Wallenberg antwortete in der Ersten Kammer auf die am 3. Mai von Professor Steffen wegen der Alandsfrage gestellten Fragen unter Hinweis auf seine inzwischen abgegebenen Erklärungen, daß es die Regierung für ihre Pflicht halte, mit unaufhörlicher Aufmerksamkeit diese Frage zu verfolgen, und daß nichts werde unterlassen werden, um auf diesem Gebiet wie auf anderen Gebieten die Rechte und Interessen Schwedens wahrzunehmen. Was die Maßnahme Schwedens in dieser Frage anlange, könne aus leicht begreiflichen Gründen jetzt auf Einzelheiten nicht eingegangen werden.

Professor Steffen drückte seinen Dank und gleichzeitig seine Zufriedenheit mit der einstimmigen und kräftigen Zustimmung sämtlicher Parteiführer aus. Die Aufmerksamkeit sei so auf die Frage gelenkt und diese ernsthaft erörtert worden, was die Interpellation hauptsächlich bezweckte. Er hob hervor, daß die Befestigungen Alands nicht auf irgendeine Absicht Rußlands oder Englands deuten, Schweden anzugreifen, sondern die Drohung läge darin, daß diese Mächte durch die Kriegslage gezwungen werden könnten, einen für Schweden gefährlichen Gebrauch davon zu machen. Mit der Frage von Krieg oder Frieden für Schweden habe die Interpellation keinen unmittelbaren Zusammenhang, sondern nur mit den Bedingungen, unter denen es den Frieden bewahren könne. Steffen erklärte sich weiter bereit, die Erklärung des Ministers des Aeußern als Ausdruck des festen Entschlusses der Regierung aufzufassen, hier wie auf anderen Gebieten die Interessen Schwedens wahrzunehmen.

Hjärne meinte, alle müßten, unabhängig von ihrer Parteistellung, mit Zufriedenheit die Erklärung des Ministers des Aeußern wie die Belundung der Einigkeit im Reichstag in dieser Frage begrüßen. Auch dem Interpellanten gebühre Dank, weil er das Seinige getan habe, um die schwüle Parteilust zu reinigen.

Gegenwart und Zukunft Bosniens.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Ueber die Reorganisationspläne, die in den leitenden Kreisen Oesterreich-Ungarns für die Monarchie und ihre einzelnen Teile bestehen, hat man bisher nicht allzuviel erfahren. Da aber die Anschauungen der zur Einleitung dieses Werkes berufenen Staatsmänner selbstverständlich von weit größerem Interesse sind als die Phantasien des Liechtenstein und Grenneville, ist es sehr erfreulich, daß man auf dem Umweg über ein holländisches Blatt, den „Nieuwe Rotterdamischen Courant“, über diesen Gegenstand einigermaßen unterrichtet wird. Das genannte Blatt veröffentlicht einen langen Bericht seines ungarischen Korrespondenten über die großserbische Bewegung in Bosnien und der Herzegowina und im Anschluß daran die sehr beachtenswerten Aufschlüsse, die Baron Collas, Sektionschef des Innern, dem Korrespondenten über die Zukunft der beiden Länder erteilt hat. Die Holländer sind begreiflicherweise über die Zustände in den verschiedenen Gebieten Oesterreich-Ungarns wenig aufgeklärt und für viele von ihnen werden darum die Mitteilungen des Korrespondenten über die bisherigen Verhältnisse in Bosnien und der Herzegowina in mancher Hinsicht überraschend gewesen sein. Da sie das Wesentliche besonders glücklich zusammenfassen, haben sie aber auch für den Oesterreicher ihren Reiz. Der Berichterstatter schreibt: „... Es kann also ohne Uebertreibung gesagt werden, daß nirgends wo auf der Welt in Ländern, wo mehrere Nationen beisammen wohnen, größere Freiheiten und Rechte bestehen als hier (das heißt in Bosnien und in der Herzegowina). Die Freiheit der Religion und der Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Freiheit des Unterrichts sind gesehlich gewährleistet. Alle Bürger haben das Recht, ihren Wohnsitz zu nehmen, wo sie wollen. Niemand kann seinem Richter entzogen werden. Die Richter sind unabhängig. Kurz, das Volk genießt dieselben Rechte und Freiheiten wie in den westeuropäischen Ländern. Diese Freiheiten und Rechte sind größer als die des serbischen Volkes in Serbien.“ — In dieser treffenden Charakteristik wäre höchstens der Vergleich mit den westeuropäischen Ländern zu beanstanden, von denen wir jetzt doch so oft lesen, daß dort die bürgerlichen Freiheiten so mit Füßen getreten werden, daß deutschen und österreichischen Freisinnigen die Schamröte ins Gesicht steigt.

Auf die Frage des Korrespondenten an Baron Collas, ob er schon einen fest umrissenen Plan für die Zukunft entworfen habe, erwiderte dieser mit einem entschiedenen Ja und führte dann folgendes an:

„Als Kenner der Donaumonarchie werden Sie nie geglaubt haben, daß die Regierung jemals daran gedacht hat, das Volk für die Verbrechen einzelner bösen zu lassen. Sie hat nur eine Aufgabe, und die ist, zu untersuchen, wie es möglich war, daß sich serbische Untertanen der Monarchie durch serbische und russische Volksaufwiegler verführen ließen, und was getan werden muß, um

dies in Zukunft zu verhindern. Ein Fehler war, daß die Regierung von der Okkupation im Jahre 1878 an in ihrem Streben, den drei Nationalitäten streng gerecht zu werden, stets großes Gewicht auf die Scheidung der Nationalitäten legte, in ihren Verordnungen stets vom serbischen Volke, vom kroatischen Volke und von den Mohammedanern sprach und bei Maßregeln der inneren Verwaltung damit rechnete. Im Grundgesetz vom 17. Februar 1910 ist dies bei der Regelung des Landtagswahlrechtes von neuem geschehen. Dadurch wurde den serbischen Untertanen immer mehr in Erinnerung gebracht, daß sie Serben seien, also eigentlich einen Teil des serbischen Volkes jenseits der Drina ausmachen... Dagegen wurde nichts getan, um die Vaterlandsliebe des Volkes zu wecken. Wir müssen in Zukunft das Volk überzeugen, daß es aus Söhnen des bosnischen Vaterlandes besteht, daß in Bosnien nur Bosnier wohnen und keine Serben, Kroaten und Mohammedaner, und daß sie wohl zu verschiedenen Kirchen gehören, aber doch nur ein Volk formen.“

Der Berichterstatter hat sich von Baron Collas über diesen Gegenstand an zwei Stunden belehren lassen und er versichert, zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß auch das serbische Volk in Zukunft nicht den geringsten Grund haben werde, über seine Zugehörigkeit zur Donaumonarchie unzufrieden zu sein.

Da es künftig keine Serben und Kroaten mehr geben wird, sondern nur Bosnier, werden natürlich weder unzufriedene noch zufriedene Serben da sein. Baron Collas hat eben das Vorbild Ungarns vor Augen, wo es bekanntlich weder Deutsche noch Rumänen, Slowaken und Serben, sondern nur Ungarn gibt und die Realität des ungarischen Staatsgedankens und Patriotismus durch einen Paragraphen des Strafgesetzes bewiesen ist. Natürlich würde es immerhin seine Schwierigkeiten haben, die bosnische Volksseele auf administrativem Wege zu schaffen. Hier müßte die Arbeit berufener Seelenforscher und -kundler eingreifen. Wir denken natürlich vor allem an Hermann Sahr.

England und Amerika.**Verlangen nach einem Einschreiten gegen die Blockadepolitik.**

B. Berlin, 19. Mai. Der New-Yorker Vertreter des Wolffschen Bureaus berichtet: „Evening Post“ meldet aus Washington: Das Verlangen nach einem Einschreiten gegen die ungesetzliche Blockade der Alliierten sei täglich im Wachsen begriffen. Es sei klar, daß der Zeitpunkt herannahe, wo das britische Eingreifen gegenüber dem neutralen Handel zu einer Krise treiben müsse. Die heute vom „Springfield Republican“ ausgesprochene Ansicht, daß nur der Friedensschluß einen diplomatischen Konflikt mit England vermeiden könne, werde hier von einer großen Anzahl einflußreicher Personen geteilt. Im Kongreß sei die Erregung über die Untätigkeit der Regierung in der Blockadefrage im Wachsen begriffen. Das Entgegenkommen Deutschlands im Unterseebootstreit habe die Aufmerksamkeit über die Auseinandersetzung mit England mehr als früher in den Brennpunkt gerückt.

B. Berlin, 19. Mai. Der New-Yorker Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkpruch unter dem 17. Mai:

Die den Alliierten freundlich gesinnte „New-York Tribune“ bespricht die bevorstehende Note der Vereinigten Staaten an England und sagt: Es besteht eine seltsame Verwirrung in der britischen Auffassung über die hiesige Lage. England fühlt, daß Amerika mit ihm als Verteidiger Belgiens sympathisieren sollte, aber die Wahrheit ist, daß kein großer Teil des amerikanischen Volkes diese Anschauung angenommen hat. Drei völlig verschiedene Teile des amerikanischen Volkes haben die Vorstellung abgelehnt, daß England in selbstloser Weise für Belgien und die Menschlichkeit kämpfe, nämlich die Irish-Amerikaner, die Deutsch-Amerikaner sowie eingeborene Amerikaner revolutionärer Anschauung. Obwohl die Politik, das britische Volk zu reizen, stets populär war, lehnten sie es dennoch ab, einen Angriff auf England zu unterstützen, solange der Streit mit Deutschland noch nicht beigelegt ist. Jetzt aber betrachtet ein großer Teil dieses Elements die deutsche Angelegenheit für geregelt. Sie bestehen darauf, daß jetzt England an der Reihe ist. Englands Freunde sehen voraus, daß, wenn Deutschland je auch nur einen Schimmer von

Vernunft zeigte, die Gefahr einer Verwicklung mit England entstehen würde, weil nicht genug Sympathie für Großbritannien vorhanden war, um amerikanische Rechte aufzugeben. Was jetzt geschieht, würde schon im Februar 1915 eingetreten sein, wenn Deutschland nicht auf seiner Unterseebootspolitik bestanden hätte. Es wurde nur durch den „Lusitania“-Fall aufgeschoben. Jetzt ist die Frage infolge der Beilegung oder scheinbaren Beilegung durch Deutschland nicht nur wieder aufgetaucht, sondern infolge der Hinrichtung der irischen Aufständischen ist noch die Stimmung im Volke entstanden, Wilson bei einem Angriff auf die britischen Methoden zu unterstützen. Die „Tribune“ soll Deutschland die Anerkennung, daß es die beträchtliche englandfeindliche Stimmung in Amerika zu seinem Vorteil annutzte, und mißbilligt die britische Widerwilligkeit und Unfähigkeit, den Amerikanern die Tatsachen zu erklären.

Die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes.

♣ Berlin, 19. Mai. (Telegr.) Der Reichstagsausschuß zur Beratung über die Abänderung des Reichsvereinsgesetzes trat am Freitag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Jund (nl.) zusammen und wählte den Abg. Dr. Müller-Meiningen (Sp.) zum Berichterstatter. Zunächst versuchte ein Vertreter der konservativen Partei, die Verhandlungen durch den Antrag zur Aussetzung zu bringen, zum Zweck einer gründlichen und durchgreifenden Beratung den Abdruck der Entscheidungen der Obergerichte und der Verfügungen über das Vereinsgesetz vorzulegen. Dieser Antrag wurde gegen drei konservative Stimmen abgelehnt. In der Verhandlung der Regierungsvorlage stellte die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft den Antrag, Paragraph 3 Abs. 1 wie folgt zu fassen: Ein Verein, der bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Saalung haben. Nicht als politische Vereine gelten Vereine von Berufsgenossen oder Angehörigen verschiedener Berufe und Standesvereine, auch wenn sie zur Verfolgung ihrer Zwecke politische Gegenstände in Versammlungen erörtern. Die konservative Partei beantragte, in der Regierungsvorlage den Paragraphen 17 zu streichen. Die Polen beantragten, die Berufsvereine ausdrücklich in den Paragraphen 17a aufzunehmen, sowie zum Ausdruck zu bringen, daß Gewerkschaften nicht aus dem Grunde als politische Vereine angesehen werden sollten, weil „diese Vereine aus Reichsangehörigen nichtdeutscher Nationalität bestehen.“ Außerdem wird von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und den Polen die Streichung des Sprachenparagraphen und der dazu gehörigen Bestimmungen beantragt, sowie endlich von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft die Aufhebung des Paragraphen 24, 3 des Reichsvereinsgesetzes d. h. alle Verbote und Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter und Diensthoten wegen Einstellung der Arbeit ohne Verabredung dazu oder Verhinderung der Arbeit. In der Debatte legten die Befürworter der Regierungsvorlage dar, daß es kaum möglich sein werde, eine Fassung zu finden, die gegen jeden Mißbrauch Gewähr leiste. Man müsse nur prüfen, ob die jetzige Fassung der Regierungsvorlage einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Wortlaut bringe. In diesen Ausführungen waren die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, der Fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums ziemlich einig. Der konservative Redner legte den Nachdruck vor allem auf den Paragraphen 17 des bisherigen Gesetzes, während ein Zentrumsredner den Konservativen entgegenhielt, daß ihr Antrag seinen Zweck im Hinblick auf den klaren Wortlaut des Paragraphen 3 völlig verfehle. Die Polen befürworteten ebenso wie die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft vor allem die Streichung des Sprachenparagraphen. Die Vertreter der Mehrheitsparteien stimmten darin überein, daß es sich hier lediglich um eine authentische Interpretation des Wortlautes des Vereinsgesetzes von 1908 handle. Auf Aufforderung des Berichterstatters erklärte der Regierungskommissar, daß der Wortlaut der im Reichstage 1915 vereinbarten Fassung für die Regierung unannehmbar sei. Diese Fassung hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft zur Grundlage ihres Antrages gewählt. Weiterberatung Dienstagvormittag.

Rußland und die interparlamentarische handelskonferenz

(Mitteilung der russischen Gesandtschaft in Bern)

Die erste interparlamentarische Handelskonferenz der Ententemächte fand in Paris ohne Beisein der russischen Vertreter statt. Dringende parlamentarische Arbeiten und die Länge und Umständlichkeit der Reise haben die russischen Delegierten verhindert, rechtzeitig zur Eröffnung der Konferenz einzutreffen, was sowohl in Petrograd als auch in Paris lebhaft bedauert wurde.

Indessen ist dieses Ausbleiben der russischen Parlamentarier ohne tatsächliche Bedeutung, und deren Beteiligung an den gemeinschaftlichen Arbeiten der Konferenz ist vollkommen gesichert. Jedermann, der mit diesen Fragen vertraut ist, weiß, wie lebhaft sich die russische öffentliche Meinung und insbesondere die parlamentarischen Kreise dafür interessieren.

In Petrograd ist ein ständiges Komitee gegründet worden, bestehend aus hervorragenden Mitgliedern der Reichsduma und des Reichsrates, wobei auch die Delegierten nach Paris gewählt wurden.

Der Vorsitzende dieses russischen Komitees, Mitglied des Reichsrates und ehemaliger Handelsminister B. J. Timirjaseff, drachtete an Herrn Charles Chaumet anlässlich der Eröffnung der Sitzungen in Paris, daß die russische Delegation es lebhaft bedaure, nicht rechtzeitig in Paris eintreffen zu können, und sprach die Überzeugung aus, daß sie dessenungeachtet ihrerseits im Sinne der Verwirklichung der Aufgabe der Konferenz wirken würde.

Wie aus einer unlängst seitens der Regierung an die Duma erfolgten Erklärung ersichtlich ist, sollen hinfort in Rußland Fragen allgemeiner Finanzpolitik, sowie solche betreffend international wirtschaftliche Beziehungen von einer besonderen Kommission geprüft werden. Diese Kommission ist zusammengesetzt aus neun Mitgliedern des Reichsrates, neun Mitgliedern der Reichsduma, je drei Mitgliedern entsandt vom Ministerium des Aeußern, vom Finanzministerium, Aerbau- und Handelsministerium und je einem Delegierten des Kriegs- und Marineministeriums sowie des Ministeriums für das Verkehrswesen. Außerdem nehmen Vertreter der russischen Aerbau-Gesellschaft, des Moskauer Börsenkomitees und der Kammer für Ausfuhrbewilligung als ständige Mitglieder obiger Kommission an deren Arbeiten lebhaften Anteil. Der Vorsitzende der Kommission ist überdies berechtigt, auch andere kompetente Persönlichkeiten zur gemeinsamen Arbeit heranzuziehen. Letztere hat somit einen vorbereitenden, konsultativen Charakter, und die Sitzungsprotokolle der Kommission werden von einer besonderen finanziellen und wirtschaftlichen Konferenz geprüft, welche aus sechs Ministern besteht und vom Ministerpräsidenten geleitet wird.

Eine Rede Greys.

Zusicherung der Wahrung der Interessen Rußlands in den Friedensbedingungen.

St. London, 19. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Bei dem Bankett zu Ehren der russischen Parlamentarier im Mansion-House sagte Grey in seinem Trinkspruch auf die Gäste:

Es ist ein beliebter Kunstgriff des Feindes, dadurch Zwietracht und Mißtrauen zwischen den Verbündeten zu säen zu versuchen, daß zu verstehen gegeben wird, die Verbündeten seien tatsächlich uneins über die Ziele, jeder verfolge seine eigenen Sonderinteressen und werde sich, wenn die Zeit gekommen sein wird, wenig um die Interessen der andern kümmern. Das ist absolut unwahr. (Beifall.) Die gemeinsame Gefahr, die gemeinsame Sache und die gemeinsamen Anstrengungen werden uns bei der Aufstellung der Friedensbedingungen ebenso eng vereinigt finden, wie bei der Durchführung des Kampfes. (Lauter Beifall.) Wenn der Tag kommt, werden wir es als selbstverständlich betrachten, daß die besonderen Interessen Rußlands und anderer Verbündeter ebenso sorgfältig in vollem Umfange in Betracht gezogen, beachtet und befriedigt werden müssen, wie unsere eigenen. (Beifall.)

Ich hoffe, unsere russischen Freunde sahen genug, um zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß wir in diesem Lande alles, was wir besitzen, in den Kampf warfen: Menschen, Schiffe, Geld und Material. Wir wünschen beizutragen, was irgend in der Macht des Landes liegt, und wir wünschen so beizutragen, wie es den Verbündeten und der gemeinsamen Sache am meisten dient und hilft. (Beifall.)

Während ihres Besuches erledigte das Parlament etwas, was wir Militärdienst-Bill nennen. Für unsere Feinde ist es vielleicht eine kleine Sache: Für uns mit unseren verschiedenen Problemen ist es eine wahrhaft große Sache, etwas, was von unseren früheren Traditionen und Ideen abweicht. Es wäre mir lieb, wenn dies von den Verbündeten als ein Zeichen und ein Beweis dafür genommen würde, wie tief dieses Land aufgerüttelt, wie es entschlossen ist, hinter keinem Verbündeten zurückzustehen, wenn es gilt, das Meuserste für den Krieg zu tun, ob es sich darum handelt, Männer für die Armee und Flotte zu beschaffen oder für die materiellen Mittel für die gemeinsame Sache zu sorgen.

21. IV. 1916

Die Friedens-Legenden.

Der Standpunkt Deutschlands.

Berlin, 20. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Unter der Ueberschrift „Legenden“ bringt der „Vokal-
anzeiger“ im Sonntag-Morgenblatt einen Artikel, der die
Versuche zurückweist, in allen möglichen Formen Gerüchte
in der Welt zu verbreiten, die den Glauben erwecken müssen,
als ob Deutschland um jeden Preis
Friedensverhandlungen wünsche. Diese
Gerüchte werden als absurd zurückgewiesen.

Der Artikel schließt mit den Worten: „Darum halten
wir es nicht für überflüssig, mit aller Entschiedenheit zu
erklären, daß an allen diesen Gerüchten kein
wahres Wort ist. Die deutsche Regierung hat der
ganzen Welt durch den Mund des deutschen Reichs-
kanzlers ihre Friedensbereitschaft erklärt,
weil sie es für die sittliche Pflicht des Stärkeren hielt, dem
Feinde bekanntzugeben, daß er den Frieden haben kann,
wenn er will. Es hat auch die Bedingungen nicht
verschwiegen. Wir glauben uns nicht zu irren, wenn wir
behaupten, daß

diese Bedingungen sich im Verhältnis zu
den Opfern, die uns die Fortsetzung des
Krieges auferlegen würde, verschärfen
werden.

Aber wir wissen, daß, abgesehen von der vor aller
Oeffentlichkeit von dem deutschen Reichskanzler befundeten
Friedensbereitschaft kein Schritt amtlich oder
nichtamtlich von oder auf Veranlassung
der deutschen Regierung getan wurde, um
Deutschlands Gegner zu einer Antwort
auf diese Friedensbereitschaft zu veran-
lassen.“

21. 11. 1916

Die Seelentwende.

Wer dächte nicht an den Frieden? Wer denkt an die Zeit nach dem Frieden! Die Welt steht unter einer gebietenden Vorstellung: Laßt erst Frieden sein und alles wird sich finden. Wenn die Männer erst wieder zu Pfing und Schraubstock und Schreibstisch zurückgekehrt sind, dann geht das Leben wieder im gebahnten, allen wohlvertrauten Geleise weiter. Es ist begreiflich, daß das übermächtige Begehren nach des Waffenhandwerks Feierabend alle anderen Gedanken zurückdrängt und vergessen läßt, wie sehr die Abrüstung des Krieges Zurückstufen für den Frieden heißt. Waffenruhe ist doch der normale Zustand der Gesellschaft, ihr Gleichgewicht. Bewegung fordert äußeren Anstoß, Gleichgewicht stellt sich von selbst her und verharret in sich: wozu also Rüstung zum Frieden?

Ein Feldzug von Wochen, ein Krieg von Monaten ist ein bedeutsamer Zwischenfall im Leben der Völker, ein Krieg von Jahren aber ein Schicksal. Wir wollen heute nicht die gewaltigen Umwälzungen im Wirtschaftsleben ins Auge fassen, nicht den Wandel innerhalb der Bauernhöfe und der Handwerkerstube, nicht die Verschiebungen auf den Märkten, in den Welt-handelsstrahlen, auf dem Weltmarkt. Wir wollen dem Menschen, dem einzelnen, unser Augenmerk zuwenden.

Ein Lehrcurs von Wochen und Monaten ergänzt und bereichert das Wissen; zwei Jahre Unterricht, ein Anschauungsunterricht, der die Tage ausfüllt und den Schlaf der Nächte durchweht, der das tiefste Innere des Gemüts durchwühlt mit der ganzen Abfolge des Erlebnisses vom Rausch des Triumphes bis zur Erstarrung des Todes — das ist eine Hochschule, die die Seelen nicht bloß ergänzt und wandelt, sondern umformt. Und so wird es, so muß es wohl wahr sein, daß dieser europäische Krieg andere Menschen zurückläßt, Menschen, die wir noch nicht kennen, die sich selbst noch nicht kennen, da sie noch nicht die Probe auf die geänderten Verhältnisse zu machen in die Lage versetzt sind. Man vermute nicht, daß wir hier vom „Seelenaufschwung“ des Kriegsbeginnes reden, über den so viel Streit war. Die Psychologie des Anfanges ist längst dahin. Aber wir reden auch nicht von der Psychologie des Endes, nicht vom augenblicklichen Jubel aller beim ersten Anschlag der Friedensglocke, nicht von dem, was ihm auf dem Fuße folgte, dem Hochgefühl des Sieges und der tiefen Nieder geschlagenheit der Niederlage. Entgegengesetzt werden die Seelenverfassungen der Völker sein, je nachdem sich die Waage neigt, und Jahrzehnte wird es dauern, bis sich hierin ein Gleichgewicht herstellt. Wir aber wollen von jenem Wandel sprechen, der nach dem Friedensschluß bei allen vollzogen und wirksam sein wird, der wohl einen veränderten Typus des Europäers schaffen wird.

Man wähne nicht, daß Millionen Menschen ohne Nachwirkung — um nicht zu sagen ungestraft — aus dem engen Zirkel ihres Daseins herausgerissen und mehr als vier Sommerwenden lang über alle Gefilde Europas, durch viele Städte und wechselndes Gelände geführt werden. Im stillen Dorfe war der Landmann, in enger Kleinstadt der Handwerker zufrieden, im Häusermeer der Großstadt der Städter abgeschlossen. Jedem war sein Zirkel auch seine Welt. Nun aber ist dem Europäer, der zu neun von zehn noch immer seßhaft war, seßhaft mindestens im Denken, die Welt so unendlich groß und weit

geworden. Die überlieferten Umgrenzungen des Daseins sind niedergedrückt. Nach dem Gesetz des Widerspruchs, das ja auch unsere Sinne, unser Fühlen und Denken beherrscht, ist freilich heute Übergewaltig die Sehnsucht nach dem Tisch in der Elternstube, nach dem eigenen Bett, nach dem Brummen vor dem Tore, nach dem stillen, engen Kreise heimatlichen Strens. Aber es wird uns ergehen wie dem in die große Welt verschlagenen Bauernkind, das sich durch Jahre sehnt, wieder einmal unter dem elterlichen Dache zu schlafen und Mutterkost zu essen, und das, wenn es zwei Tage von dem Glück genossen, mit einemmal alles schal und ärmlich und unerträglich findet. Ein unstillbarer Wandertrieb, eine unbändige Weltsucht, ein beharrliches Streben ins Weite wird in den Seelen der Dorfklinder zurückbleiben, ein quälendes Unbehagen an engen Verhältnissen, das den Typus der Seßhaftigkeit auslöscht. Nun werden sie alle die Abenteuerlust des Reiselaufers und die Unrast des Wikingers spüren, nun ist das Erbe des Mittelalters, die geistige Schollenpflicht, in den Massen dahin.

Die Walfahrt hat sich oft zum Vorwurf gesetzt, das wunderbar friedsame Auge des Kindes auf die Leinwand zu bannen; das wilde Getier aber hat brennende Augen. Das Geschlecht, das zurückbleibt, wird brennende Augen haben. Nun sehnt sich alles nach Stille, nach dem ruhigen Atem der Ereignislosigkeit. Aber unsere Männer sind nun furchtbare Seelenspannungen gewohnt, sie stehen seit vielen Monden mitten im titanischen Geschehen, das Furchtbarste vollbringend und erleidend. Sie haben auch in sich die ganze Weite des menschlichen Seelenlebens durchgemessen, sie haben auch die innere Welt unendlich groß und weit gefunden und die Sensationen des Alltags werden ihnen bald als Langweile und Lächerlichkeit gelten. Ein großes Erleben, selbst um den Preis großer Mühe, selbst um den Preis des Unterganges — dieses Verlangen bleibt. In der bisherigen Gefühlswelt überwiegt die Scheu vor dem Ungewöhnlichen, dem Außerordentlichen, geradezu die Furcht, etwas erleben zu müssen. Sein Tag wie sein Lebensmerk schließen wie die Uhr ihren Kreislauf — das war wohl bei der großen Mehrheit unserer Völker der ideale Lebensinhalt. Nun, da alle Sterne aus ihrer Bahn getreten und wie Kometen schweifen, ist das Wunschbild des Lebens nicht mehr das zwiefach Erhabene Kants: der gestirnte Himmel über mir und das Sittengesetz in mir, dieses doppelte Uhrwerk der großen Welt draußen und der kleinen Welt in uns. Das Außerordentliche als Lebensinhalt — das wird die Psychologie einer neuen Zeit sein.

Es hat auch sonst große und lange Kriege gegeben. Aber der Krieger war bloß ein kleiner, wenig geachteter Stand neben den anderen Ständen, die den Krieg über sich ergehen ließen wie Bauernhöfen einen Sturm. Diesen Krieg aber haben alle mitgekämpft und was sonst des Soldaten Besonderheit war, wird nun lange Bürgerart bleiben. Damit haben wir zu rechnen. Es kommt ein Geschlecht mit brennenden Augen.

Und mit jugreifenden Händen. Es mußte ja feiner, was er über sein Tagwerk hinaus noch imstande ist. Nun hat er's erfahren. Wir haben ja so vieles nicht für „menschennödig“ gehalten und es wurde wirklich. Die Tatkraft des einzelnen, sein Wagemut wird gesteigert sein, im Guten wie im

in Seelenwende?

Schlimmen. Aber auch sie erhalten ihre eigenartige Färbung durch diesen Krieg. Das Heldenhafte früherer Kriege war die Keitertat, der sichere Schuß, die verwegene List des einzelnen. Das Große in diesem Kriege ist die Massenleistung. Die zwingende Vorstellung bringt jeder aus dem Felde mit heim: Organisation und Technik besiegen alles. Noch stand ein hoher Bruchteil, gewiß mehr als die Hälfte unseres Volkes, im Banne des Dürkräutlerglaubens. Wie sich der Bürger-Soldat angewöhnt hat, Fleisch zu essen, so hat er an den wissenschaftlich gebildeten Arzt glauben gelernt. Dieser Wandel ist indessen nicht bloß auf die eine Wissenschaft beschränkt, wie ja auch der Dürkräutlerglauben nicht auf die Medizin: der Landwirt, der im Vertrauen auf den Urväterbrauch die Methoden der wissenschaftlichen Betriebsführung verschmähte, der Handwerker, der die Art der alten Meister für die höchste Weisheit hielt, und mit ihnen die ganze konservative Gesellschaft huldigen demselben Aberglauben. Die übermächtigende Technik dieses Krieges, die nicht nur Bergkuppen absprengt und Ströme mit Gedankenschnelle überbrückt, sondern auch Laufende Joch hinter der Front durch Arbeitskommanden anbaut und erntet, nicht nur Festungen schleift, sondern auch Barackenstädte, Bahnhöfe, Werksanlagen aus dem Boden stampft, hat die selbstgefällige Vergötterung des alten Schlandrians, die Ueberhebung des Ruinentults tief gedemütigt. So trägt der Krieg sicherlich dazu bei, dem europäischen Menschen nicht nur die Reste der Scholle, sondern auch die Eierschalen der Geschichte abzustreifen. Der Ballast an Paganismus und Historismus, den wir noch mit uns geschleppt haben, ist sicherlich leichter geworden.

Technik ist Organisation der Naturkräfte, Organisation aber die eigenartige Technik der Menschenkraft. Der Krieg hat die umfangreichsten und strammsten Massenansammlungen vorgeführt, die bisher die Erde getragen hat, er hat das Höchstmäß an Befehl und Gehorsam, Ueber- und Unterordnung, Zusammenfassung und Eingliederung, an gesellschaftlicher Maschinerie auf die Bühne gebracht, aber so, daß jeder Mitspieler war. Und so ist denn jedermann eingeweiht nicht bloß in die gewaltige Steigerungsfähigkeit der individuellen Wirksamkeit im Rahmen der Masse, sondern auch in das Geheimnis des Organisierens selbst, der guten und der schlechten Organisation, der richtigen Bedingungen wie der falschen Unkosten des Organisiertseins. Sie alle wandeln ja täglich und stündlich in ihren Gesprächen über dienstliche und taktische Fragen nur den einen Gegenstand ab: Wie wird jemand mächtig, wie wird sein unwidrig organisiert? Sie haben nur den Blick für diese Frage bekommen. Das abgelaufene Zeitalter aber war durchaus anders geartet, da es in allem und jedem individualistisch dachte und immer nur fragte: Was soll ich, was ist mein Recht, meine Pflicht, meine Bestimmung, was ist mein Gewinn? Der Einzelne und sein Eigentum standen im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und politischen Denkens wie der sozialen Geltung. Der Massentritt der Armeen ist über die Grenzraine der einzelnen durch mehr als zwei Jahre hinweggeschritten, andere Ziele haben es geleitet, als die Lebenssphäre des beinahe zufällig begegnenden Individuums behutsam zu wahren. Solch Geschehen vergiftet sich nicht. Selbst die englische Rasse, die erste Vertreterin und letzte Nachhut des Individualismus, hat sich unter den Zwang

der Organisation gebeugt, ihn durch freien Beschluß auf sich genommen. Ein ganzes Zeitalter, das sich die Grundrechte der Individuen zu schaffen und auszubauen zur besonderen Aufgabe gestellt hat, das Zeitalter des bourgeoisen Rechtsstaates hat seine Herrschaft über die Seelen verloren. An Stelle des Ichs ist das Wir getreten! Was sollen wir, wie können wir uns aufs wirksamste organisieren und wozu dient unsere organisierte Gemeinschaft, wie grenzt sich Organisation von Organisation ab im Raume, in der Aufgabe, in der Berechtigung? Das Gemeinschaftsrecht steht in Zukunft in Frage und, wie sehr sich zunächst die überlieferte Weise zu denken und zu fühlen da wieder aufbäumen wird, eine volle und entschiedene Umkehr des sozialen Willens kommt zum Durchbruch.

Niemals in der Geschichte, bei keiner ihrer großen Wendungen geschah, was diesmal geschieht: alle Männer vom ersten Flaum bis zum ersten Weißhaar sind auf Leben und Sterben ganz unmittelbar mit ihrem Staat verknüpft gewesen. Und sie tragen die Einsicht als unerschütterliche Ueberzeugung mit in den Frieden hinüber, daß an der guten oder üblen Führung der öffentlichen Angelegenheiten beinahe leiblich auch das Los des Bürgers hängt. Darum werden die Männer im künftigen Frieden alle politisch denken; sofern sie nur überhaupt des Denkens fähig sind. Der Bürger des neunzehnten Jahrhunderts war in erster Linie Privatmann und die Politik war ihm eine halb unernste Sonntagsbeschäftigung. Der Bürger des zwanzigsten Jahrhunderts wird zunächst ein öffentliches Wesen sein. Die Probleme des Staates haben sich erweitert — ist doch das, was wir essen, die Art, wie der Landwirt düngt, selbst die Kleidermode Gegenstand des staatlichen Interesses geworden. Und so steht sich auch jedes Privatinteresse immer wieder auf den Staat, auf die Gemeinschaft zurückgeworfen. Auch das muß einen völligen Wandel unserer Seelenverfassung bewirken. Man wird mit Recht die Geschichtsperiode des privaten Wesens mit 1914 schließen und das neue Kapitel überschreiben: Das Zeitalter des öffentlichen Geistes.

Indem wir diesen Dingen nachsinnen, will es uns bedünken, als ob viele, die heute noch das öffentliche Wort führen, sprechen wie aus Grüften, als ob die Schulmeister der Öffentlichkeit in verflungenen Sprachen lehrten vor Bänken, die sich mit Zöglingen nicht mehr füllen werden. Eine andere Zeit steigt herauf, eine Zeit voll gewaltiger Unrast und gärender Tatkraft. Wir harren ihrer.

21. / V. 1916

Vor siebzehn Jahren.

Am achtzehnten Mai des Jahres 1899 trat in Haag eine Konferenz zusammen, deren bloßer Name uns heute wie ein Märchen aus nie gewesenen Zeiten dünkt: die Friedenskonferenz, die Konferenz aller Staaten der Welt, die der Menschheit den ewigen Frieden bereiten sollte! Da waren anwesend die Vertreter von Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Belgien, Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, Japan, Italien, Montenegro, Persien, Portugal, Rußland, Serbien und der Türkei, die Vertreter von Staaten, die nun alle in den großen Weltkrieg hineingeraten

sind! Und vor siebzehn Jahren sah die Welt einen Friedenskongreß! Er war die unmittelbare Frucht des Friedensschreibens des russischen Zaren, in dem so berechtigt die Notwendigkeit des Friedens, der Abrüstung, der friedlichen Austragung der Streitfälle unter den Völkern geschildert werden! Derselben Zaren, der unter denen, die an der Kriegskatastrophe die große Schuld tragen, in der ersten Reihe steht! War der Gedanke, den Frieden der zivilisierten Menschheit als die nie aufgebende Notwendigkeit ins Bewußtsein zu bringen, eine Illusion, und konnte die furchtbare Tragödie der Menschheit nicht erspart bleiben? In dem Gedanken an den Friedenskongreß bohrt sich diese Frage tief in das bekümmerte Herz hinein.

Als am 29. Juli 1899 das Übereinkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle abgeschlossen war, erblühte der Menschheit wohl eine große Hoffnung. War doch der erste Titel überschrieben: „Erhaltung des allgemeinen Friedens“; und über dem vierten Titel stand: „Internationale Schiedsprechung“ und die Unterabschnitte hießen: „Ständiger Schiedshof“ und „Schiedsverfahren“. Freilich war die Haager Konferenz so vorsichtig, mit dem blatten Papier die Geschichte der Kriege nicht als abgeschlossen zu erachten, wurde doch gleichzeitig in einem anderen Papier, dessen Wert freilich heute auch sehr im Werte gesunken ist, ein Abkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges niedergelegt und in einem weiteren ein Abkommen über die Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention vom 22. August 1864 auf den Seekrieg zusammengefaßt. Der ersten Konferenz folgten andere. Auf dem Papier wurde der Krieg immer humaner. Man protokollierte — so in dem Artikel 22 des vierten Haager Abkommens von 1907 — ganz ausdrücklich, daß den Kriegführenden ein „unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes“ nicht zustiehe. Das wurde an einzelnen Beispielen aufgezeigt. Aber wer fragt heute nach diesem blatten Papier? Der Wunsch der zweiten Friedenskonferenz, daß die Mächte die Landkriegskonventionen soweit als möglich auf den Seekrieg anwenden möchten, ist ein „frommer“ geblieben. Auch die Hoffnung, daß die Handelschiffahrt unter dem Kriege weniger leide und daß ein internationaler Brienshof als eigentliches Gericht den Machtwillen der Kriegführenden gegenüber der neutralen Schiffahrt regeln werde, ist ein Luftschloß geblieben. So ist der 18. Mai, wenn wir während der Kriegsschrecken des Zusammentritts der ersten Haager Friedenskonferenz gedenken, ein gar sonderbarer Tag des Erinnerens: ein Tag der Ernüchterung und eine Mahnung, den Gewalten, die vermeinen, die Ordnung der Welt in den Händen zu tragen, Vertrauen nicht voreilig zu schenken.

Aber die Frage wirft sich im Kriege immer wieder auf: War das alles umsonst, was damals zur Sicherung des Friedens versucht wurde? Wird es nicht irgendwie Vorarbeit für die Zukunft sein, so wertlos es auch für die Verhinderung dieses Weltkrieges gewesen war; wird es nicht nach diesem Kriege ein schätzbares Material sein, auf dem man neu aufbauen darf?

Als vor siebzehn Jahren die Haager Friedenskonferenz zusammentrat, empfanden die Völker die Kosten der Rüstungen schwer, aber sie lebten im Frieden, sie waren im Aufstieg und sie dachten nicht ernsthaft an den Krieg. Nun aber ist der Schrecken des Krieges in ungeahnter Gewalt den Völkern fühlbar geworden. War die Art des Krieges für die meisten Menschen im Frieden nicht ausdenkbar, so hat die Dauer dieses Krieges wohl gar niemand in Rechnung gestellt. Unter der Wucht dieses Krieges, unter seinen Wirkungen, die viele Geschlechter empfinden werden, wird sich allen Menschen, erstens denn je, beim Abschluß dieses Völkerzusammenstoßes die Schicksalsfrage als das größte Problem der Menschheit entgegenstellen: Wie können wir in Zukunft die Wiederkehr eines solchen Zusammenstoßes verhindern?

Immer klarer steht die Erkenntnis vor der Menschheit: Wie der Krieg am letzten Ende Ausfluß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, durch ihren ins Gigantische verzerrten inneren Widerspruch hervorgerufen, so kann die Menschheit zu der Erlösung nur durch eine fundamentale Veränderung der Gesellschaftsordnung gelangen. Der Boden, aus dem er aufgeschossen, dessen giftigste Frucht er ist, muß zu tiefst umgepflügt werden, damit aus ihm fortan nur edlere Früchte erblühen. Zu dem Frieden, der ihr nie mehr entschwindet, wird die Menschheit nicht durch den guten Willen von einzelnen gelangen, demunder ist, wie die schmerzliche Erfahrung uns sagt, allzu vergänglich. Die Kräfte, die die Welt bewegen, bedürfen der Umgestaltung, der völligen Neuordnung; in dem Ideal des Sozialismus, der Wieborgeburt der Menschheit, ist auch das des friedlichen Nebeneinanderlebens und Miteinanderwirkens der Völker beschlossen. Am Sozialismus zu arbeiten heißt für die Idee wirken, von der die Friedenskonferenz der Beherrscher der Welt ein Scheitern bild war: die Erfüllung des sozialistischen Ideals wird der Menschheit die Befreiung von Krieg und Kriegsgefahr bringen. Prägen wir uns das in unser Bewußtsein ein und arbeiten wir ungebeugt und unerschrocken im Geiste dieses Erlösungszieles weiter!

Eine Unterredung mit Herrn v. Jagow.

Die Frankfurter Zeitung läßt sich aus dem Haag unterm 21. Mai folgendes melden:

Der deutsche Staatssekretär des Außern, v. Jagow, hat seit Beginn der Verwicklungen mit Amerika die erste Erklärung in einer Unterredung gegeben, die er dem Vertreter der Chicago Daily News (also einem Vertreter desselben Blattes gegenüber, dem Sir Edward Grey kürzlich sein Herz ausschüttelte) gewährte. Die englische drahtlose Station hat den Bericht hierüber „abgezapft“ und an die englische Presse weitergegeben. In dem Bericht, bei dem in bezug auf die richtige Wiedergabe immer der Vorbehalt der englischen Quelle zu machen ist, heißt es:

„Ich sprach über die Meinungsverschiedenheiten wegen der britischen Blockade und ich fragte, ob die Amerikaner den Unterseebootkrieg als eine Vergeltungsmaßregel für diese Blockade auffassen sollten oder ob umgekehrt die Blockade eine Vergeltungsmaßregel für den Unterseebootkrieg sei.“ Jagow antwortete: „Es handelt sich darum, genau zu umschreiben, was als Vergeltungsmaßregel angesehen werden muß, und den Prüfstein der Priorität zu finden. Aber diese Aufgabe ist sehr verwickelt, und es ist schwer zu sagen, was hier als der Beginn der Methode in den Erklärungen der Minister aufzufassen ist. Ich kann die ganze Frage hier ausbleiben und mich ruhig auf das Verdict der Geschichte verlassen. Es besteht jedoch eine andere Methode. Das Wort Vergeltungsmaßregel enthält in sich eingeschlossen das Versprechen, daß, wenn das Uebel, gegen das die Vergeltungsmaßregel gerichtet ist, beendet ist, auch die Vergeltungsmaßregel automatisch ein Ende nimmt. Dieser Einschluß eines Versprechens ist bei den Vergeltungsmaßregeln in der Kriegführung allgemein als Grundlage anerkannt worden. Zum Beispiel wurden die deutschen Gefangenen im Morbihan (Frankreich) in ungeheizten und unbelüfteten Quartieren untergebracht. Als Vergeltungsmaßregel wurden dann die Kriegsgefangenen in Friedrichsfelde bei Wesel derselben Behandlung während dreier Wochen unterworfen. Ich habe die Freude, sagen zu können, daß die Aufenthaltbedingungen in Morbihan verbessert wurden, und auch die Gefangenen in Wesel erhielten wieder ihre Wärme und ihr Licht. Ich könnte die Aufzählung solcher Beispiele fortsetzen. Nehmen Sie unsere gefangene Unterseebootmannschaften in England, denen man die ehrenhafte Behandlung als Kriegsgefangene verweigerte. 30 britische Offiziere in den Gefangenenlagern Deutschlands wurden darauf in demselben Geiste behandelt und als die Unterseebootgefangenen wieder ihre Rechte als Kriegsgefangene erhielten, wurden auch die britischen Offiziere sofort wieder der früheren Behandlung teilhaftig.“

Diese Beispiele geben das Axiom der Vergeltungsmaßregel, wenn sie gegen ein Uebel gerichtet sind, sie werden aber zur Grausamkeit, wenn sie fortgesetzt werden, obgleich das Uebel aufhört. Wenn dies richtig ist in den Fällen, in denen es sich um Mitglieder der organisierten Militärkräfte handelt, um wieviel berechtigter wird es dann, wenn die Vergeltungsmaßregeln Nichtkämpfer und Neutrale betreffen! Aber ganz abgesehen von diesem Versprechen, das das Wort Vergeltungsmaßregel in sich schließt, haben wir auch noch andere Feststellungen, die sich nicht nur auf unsere Regierung, sondern auch auf die britische Regierung beziehen. Sir Edward Grey sagte in seinem Memorandum an die Vereinigten Staaten, das er am 19. Februar 1915 in Sachen der Wilhelmina erließ:

„In Anbetracht der Sachlage ist die Regierung Seiner Majestät der Ansicht, daß es unvernünftig wäre, wenn man erwarten wollte, Großbritannien und seine Verbündeten seien fortwährend verpflichtet, die Prinzipien, deren Gerechtigkeit die Regierung anerkennt, wenn sie unparteiisch zwischen den Kriegführenden aufrecht erhalten werden, die aber durch den Feind in diesem Augenblick offensichtlich bei Seite gesetzt werden, zu ihrem eigenen Schaden aufrecht zu erhalten. Wenn daher die Regierung Seiner Majestät sich gezwungen fühlt, Nahrungsmittel als absolute Konterbande zu erklären oder andere Maßregeln zu treffen, um den deutschen Handel durch Vergeltungsmaßregeln abzuschneiden, so erwartet die Regierung zurecht, daß ein derartiges Vorgehen von Seiten der neutralen Staaten nicht durch Berufung auf Gesetze und Kriegsgebrauche kommentiert werde, deren Gültigkeit darauf beruht, daß sie einen integralen Teil des Systems der internationalen Doktrin bilden, das der Feind sich freiwillig rühmt, verachten zu dürfen, solange die neutralen Staaten die Regierung nicht zwingen können, ihre Kriegsmethoden aufzugeben, die in der neuesten Geschichte weder gesetzlich noch auf Grund der Menschlichkeit als berechtigt angesehen werden dürfen.“

Drei Tage zuvor, bei Gelegenheit der deutschen Note an die Vereinigten Staaten am 16. Februar 1915, hatte ich im Hinblick auf die Erklärung einer Kriegszone rund um England gesagt:

„Sollte die amerikanische Regierung dank des Gewichtes, das sie in die Waagschale des Geschickes der Völker zu werfen berechtigt ist, noch in erster Stunde den Erfolg haben, die Gründe hinwegzunehmen zu lassen, die es der deutschen Regierung zur gebieterischen Pflicht machten, zu einer solchen Aktion zu schreiten, und sollte die amerikanische Regierung einen Weg finden, der Londoner Deklaration zu ihrer Anwendung im Kriege mit Deutschland zu ihrem Rechte zu verhelfen, und es Deutschland zu ermöglichen, sich in berechtigter Weise mit Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen zu versorgen, so würde die deutsche Regierung anerkennen, daß ein unschätzbare Dienst für die menschliche Kriegführung geleistet worden ist, und sie würde gern die notwendigen Folgerungen daraus ziehen, da auf diese Weise eine neue Lage geschaffen worden wäre.“

Diese beiden Feststellungen, die von Sir Edward Grey und mir selbst gemacht worden sind, schließen die Zusicherungen ein, daß unsere respektiven Regierungen ein Verfahren einzuschlagen hätten, das sich logischerweise aus dem Wort Vergeltungsmaßregel, wie es in gutem Glauben aufgefaßt werden muß, ergeben müßte. Die Vereinigten Staaten probten sofort die Aufrichtigkeit dieser Auffassung in zwei aneinander anschließenden Notizen an Deutschland und Großbritannien am 22. Februar 1915. Sie schlugen vor, daß Nahrungsmittel nicht zur ab-

soluten Konterbande gemacht werden sollten, daß die britischen Behörden solche Verschiffungen weder vernichten noch verzögern dürften, und daß die Unterseeboote keiner der beiden Regierungen Angriffe auf Kauffahrtschiffe irgendwelcher Art machen dürften, mit Ausnahme der Fälle, in denen sie ihr Recht der Untersuchung ausübten. Ich muß gestehen, daß ich die Hoffnung hatte, diese amerikanischen Vorschläge würden den Knoten durchhauen. Mit den stets wachsenden Vergeltungsmaßregeln mit ihrer Tendenz, die unbeschränkte Härte stets schärfer werden zu lassen, würde die Annahme der amerikanischen Vorschläge der ausschlaggebendste Schritt auf dem Wege gewesen sein, die Freiheit der Meere in die Wirklichkeit umzusetzen. Es ist richtig, daß unsere gemeinschaftlichen Bemühungen auf der Haager Konferenz theoretisch weitergingen als die amerikanischen Vorschläge. Aber die Annahme dieser Vorschläge würde den praktischen Vorteil gehabt haben, die kriegführenden Mächte mitten im Kriege zu militärischen Opfern gezwungen zu haben, zugunsten der Prinzipien der Menschlichkeit. Diese Vorschläge wurden von Deutschland im Prinzip am 28. Februar 1915 angenommen, von Großbritannien am 15. März abgelehnt. Die Vereinigten Staaten hatten den Prüfstein des guten Glaubens angelegt und die Haltung Deutschlands als korrekt befunden. Die Haltung der Engländer wird vielleicht in den Feststellungen der Kriegsgeschichte des Manchester Guardian am 22. Februar 1915 enthillt, in der es heißt:

„Hätte sich Deutschland in seiner Kriegführung innerhalb des Völkerrechts gehalten, so würde unsere Lage recht schwierig geworden sein und es ist zweifelhaft, ob wir jemals in der Lage gewesen wären, uns aus den Klauen dieser Abmachungen (London, Paris, Haag usw.) zu entwinden. Glücklicherweise hatte Deutschland nicht die Absicht, uns im Stich zu lassen, sondern es machte die Unterseeblockade und beging hundert alte unrechtmäßiger Tyrannei, die uns die Gelegenheit boten, unsern Erklärungen zu entweichen. Die königlichen Verfügungen vom März, die den gesamten Import und Export des deutschen Handels verboten, waren in ihrer Form eine Vergeltungsmaßregel gegen Deutschland für seine illegalen Handlungen. Vergeltungsmaßregeln sind nicht an gesetzliche Formen gebunden, der Anspruch, den Herr Asquith in der Form machte, in die er sie kleidete, hatte den Zweck, das Land aus der Umklammerung zu befreien, die es hinderte, seine Flottenmacht auszunutzen. Es war eine kühne Maßregel, und sie gab unserer Flotte eine Macht gegen den feindlichen Handel, die sich mit jener Macht vergleichen läßt, die in den napoleonischen Kriegen ausgeübt wurde, bevor die Eisenbahnen ganz Europa in wirtschaftlichem Sinne vereinheitlichten und Unterseeboote erfunden waren, um eine Blockade unmöglich zu machen.“

Daß Großbritannien keinerlei Zweifel über die gesetzliche Zulässigkeit der Nahrungsmittelbeschlagnahme in Kriegszeiten hatte, war nicht allein durch Lord Salisbury im Burenkriege, sondern auch durch Sir Edward Grey in seiner Note an die amerikanische Regierung vom 7. Januar 1915 bekannt worden, in der er erklärte:

„Hinsichtlich der Beschlagnahme von Nahrungsmitteln ist die Regierung Seiner Majestät geneigt zuzugeben, daß Nahrungsmittel nicht beschlagnahmt oder vor das Preisgericht gebracht werden sollen, ohne daß man einen Anhalt dafür hat, daß sie für die feindlichen Streitkräfte oder die feindliche Regierung bestimmt sein könnten. Es ist gegenwärtig unsere Absicht, uns dieser Regel zu fügen. Wir können jedoch keinerlei Zusicherungen geben für bedingungslose Anwendung gegenüber denen, die wir jetzt bekämpfen, bei Regeln der Menschlichkeit und der Zivilisation, die bisher als gültig angenommen worden sind und bei denen Ungewißheit besteht, bis zu welcher Ausdehnung sie in Zukunft durch den Feind verletzt werden mögen.“

Diese Erklärung erfolgte vor vierzehn Monaten. Nun stehen wir einer gänzlich geänderten Lage gegenüber. Es besteht wohl einige Ähnlichkeit mit der Lage von damals, aber mit dem großen Unterschied, daß die deutsche Regierung damals nicht die Unterseebootpolitik aufzugeben wünschte und die britische Regierung zur gleichen Zeit nicht zustimmte, die völkerrechtlichen Regeln, die vor dem Kriege gültig waren, zu beachten. Heute hat der Unterseebootkrieg in der Form, in der er als Vergeltungsmaßregel stattfand, zu bestehen aufgehört. Die britische Blockade muß nun in ihrem guten Glauben vor der Welt bestehen können. War es ein Akt der Wiedervergeltung, als Großbritannien verlangte, die Leiden des Krieges auf die gesamte, nichtkämpfende Bevölkerung Deutschlands auszudehnen? Wenn es sein Versprechen in gutem Glauben gegeben hat, so bedeutet es, daß die vor vierzehn Monaten sowohl durch die britische als durch die deutsche Regierung den Neutralen gegebene Autorisation, die Beobachtung des Völkerrechts durch alle Kriegführenden einzuhalten, heute noch besteht.“

Der Korrespondent fragte hier, ob die Aufgabe des Unterseebootkrieges gegen den Handel, so wie er in der Antwort an Amerika umschrieben war, eventuell betrachtet werden könne als eine wirksame Handlung, um die Beobachtung der Völkerrechtsregeln von Seiten Großbritanniens zur Wahrheit zu machen.

„Wir haben dies aufgegeben,“ war die Antwort. „Aber Sie können von uns nicht erwarten, daß wir die britischen widerrechtlichen Handlungen noch ermutigen, indem wir unsern Feinden die schriftliche Garantie permanenter und unbeschränkter Straflosigkeit geben.“

Italiens Kriegsjahr.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Als am 23. Mai 1915 die italienische Regierung den Krieg an Oesterreich-Ungarn erklärte, da vollendete sich das Spiel unsauberer Kräfte, das die leitenden Persönlichkeiten in seltsamer Verbindung mit dem kritiklosen Böbel der Straße zu einem Akt noch nie dagewesener Unanständigkeit und Untreue getrieben hatte. Der Geist, der aus solchem Ursprung eines Krieges einer Armee gewissermaßen mit auf den Weg gegeben werden kann, entbehrt der moralischen, inneren Kraft, die ohne Zwang und künstliche Mittel sich von selbst im Bewußtsein jedes Einzelnen und in jenem geheimnisvollen Fludium lebendig erhält, das wir „Bewußtsein der Masse“ nennen.

So mußte der italienischen Armee ein „Motiv“ konstruiert werden. Das war die Befreiung der Gebiete, die, obwohl sie (wenigstens nach der Meinung der Italiener) italienisch sein sollten, noch unter österreicherischem Joch saßen. Dieses Motiv verlangte zwingend eine strategische Offensive. Und die Tatsache, daß der fünfmal in stets wachsendem Maße versuchte Angriff der Italiener nicht zum Ziele führte, ja im Gegenteil heute schon eine nur mit größter Mühe noch verheimlichte Defensive zu werden droht, ist der vollgültige Beweis dafür, daß das politische und strategische Programm Italiens nicht in Erfüllung gegangen ist. Es besteht demnach für Italien nicht die geringste Veranlassung, den 23. Mai, wie es sicher geschehen wird, festlich zu begehen. Ein Gefühl von Scham wäre verständlicher und begründeter. Um aber wenigstens nur stille zu sein, sind die Regierung in Italien nicht fest und die militärischen Erfolge der Entente nicht erwähnenswert genug. Man bedarf des Lärmes, um die vielleicht hoch da und dort auftauchenden leisen Stimmen nicht einer Ueberlegung zu überhören, totzuschreien und jedes Aufsteigen der Kritik in der Masse, deren Kritiklosigkeit man schamlos ausgenutzt hatte, zu verhindern. Die militärischen Tagesberichte der Italiener sind darum schon seit Beginn ihrer Operation in in erster Linie Reden an das Volk, zur Erhaltung einer immer schwächer und lebloser werdenden Illusion: „Cavoura berichtet“ ist zu einer stereotypen Ueberschrift geworden, die das Lächeln des Lesers hervorzurufen soll und auch schon unfehlbar hervorruft.

Die operative Ausgangslage bei Beginn des Krieges bot für die Italiener durch die Form der österreicherischen Grenze eine unüberwindliche Schwierigkeit insofern, als eine italienische Offensive, wozu sie sich auch richten mochte, der Möglichkeit ausgesetzt war, von der österreicherisch-ungarischen Armee in der Flanke gefaßt zu werden. Um diese Möglichkeit aus der Welt zu schaffen, muß eine italienische gegen den Isonzo angelegte Angriffsarmee ihre linke Flanke in den Alpen durch starke Truppen sichern, sich also um den Betrag der Masse dieser Truppen schwächen, während eine Offensive durch Tirol durch starke Besetzung der gesamten Isonzofront ein störendes Vordringen der Oesterreicher und Ungarn über den Isonzo zu verhindern suchen muß, also auch nicht mit der vollen Kraft des italienischen Heeres geführt werden kann. Diese allgemeinen, theoretisch zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten des italienischen grundlegenden Operationsplanes wurden aber dadurch in der Praxis des gegebenen Falles ganz wesentlich gemildert, ja für die ersten Wochen des Krieges sogar völlig ausgeschaltet, daß die Oesterreicher und Ungarn für eine eigene Gegenoffensive auf einer Flanke bei gleichzeitigem defensivem Festhalten der anderen Flanke gar nicht stark genug waren. Und hier, bei dieser Ueberlegung liegt der entscheidende Fehler der italienischen Führung ein, der ihr einen immerhin möglichen Anfangserfolg versperre.

Die erste Isonzschlacht, mit welchem Namen man die Summe der taktischen Geschehnisse einer abgeschlossenen Operation der Italiener gegen den Isonzo bezeichnet, begann erst am 30. Juni, also wesentlich zu spät und wurde zunächst nur von der 1. und 2. italienischen Armee durchgeführt, also von zu geringen Kräften. Als dann die erste Offensive am 5. Juli zusammengebrochen war und ein gleiches Schicksal der zweiten vom 18. bis 27. Juli sich vollendet hatte, da begannen die Italiener Massen heranzuführen. Jetzt war es aber zu spät. Auch die Oesterreicher und Ungarn hatten sich verstärkt, durch gründlichen Ausbau ihrer Stellungen und Heranzuführen entbehrlicher Verbände. Die dritte Isonzschlacht verloren die Italiener unter furchtbaren Verlusten vom 18. Oktober bis 31. Oktober, ebenso wie die ersten beiden Schlachten. Ein viertes Mal im November 1915 und ein fünftes Mal im März 1916 versuchten die Italiener durchzubrechen, aber beide Male erlitten sie ohne jeden Erfolg die furchtbarsten Verluste. Man kann annehmen, daß im ganzen 600 000 Italiener kampfunfähig geworden sind.

Die eigentümliche Lage der Grenze und mithin der österreicherisch-ungarischen Gefechtslinie bildete eine stete Qual der Wahl für die Operationsrichtung der Italiener. In erster Linie war wohl die Absicht vormalend, auf dem kürzesten und durch die politischen und geographischen Verhältnisse auch strategisch wirksamsten Wege — über den Isonzo — offenhin zu werden. Aber als das seine Schwierigkeiten aufwies und Misserfolg sich an Misserfolg reihte, als vor allem die innere Politik von der Strategie einen Propagandaerfolg verlangte und die äußere Politik nach einem Vorwand rief, um alle Truppen im Lande behalten zu können, da wies die italienische Strategie vom natürlichen Wege der Einfachheit ab. Zeitweise wurde die Hauptkraft gegen die Tiroler Front angelegt. Nicht etwa, weil der italienische Generalstab zu töricht gewesen wäre, um die geringe Möglichkeit strategischer Auswirkung eines taktischen Erfolges in den Alpen einzusehen, sondern einzig und allein dieses taktischen Erfolges wegen. Die öffentliche Meinung in Italien wie in der ganzen Welt der Entente war hungrig nach einem noch so kleinen Erfolge wie ein Bettler nach einem Stück Brot. Darum dieser Jubel über die kleinsten Affären in Subicarien und am Gardasee, darum das Geschrei über das Pionierleistung am Col di Lana! Wir haben stets darauf hingewiesen, daß diese Miniaturerfolge keine Bedeutung haben, weil sie taktische Ueberfluren sind, zu denen die Italiener die strategische Oper nicht komponieren können.

Gleich nach dem Zusammenbruch der letzten italienischen Isonzo-Offensive wurden Nachrichten laut, die auf italienische Befürchtungen vor einem österreicherisch-ungarischen Angriff schließen ließen. Die italienischen Armeen ließen sich keine taktische Vorstöße der Oesterreicher am Isonzo gefallen, unwürdige Stellungen wurden ausgebaut, die italienische Presse sprach von einem „heißen Empfang“, den man dem Feind in Oberitalien bereiten wolle. Die Fanfaren von 1915 waren verstummt. Die „Verklärung des Sieges“, die der italienische Senatspräsident in den kritischen Maitagen von 1915 verkündet hatte, war ausgeblieben. Gabriele d'Annunzio fand keine einzige Gelegenheit für ein Siegesgedicht. Und in den Jahrestagen der Wiederkehr der Kriegserklärung wirft eine kräftige österreicherisch-ungarische Offensive südlich und östlich von Rovereto die Italiener mit schweren Verlusten an Toten, Gefangenen, Geschützen und Maschinengewehren zurück. Die letzte Möglichkeit einer italienischen „Jubiläumssfeier“ ist damit beseitigt, sie wird, wenn sie nun doch stattfindet, eine reine, lächerliche Komödie werden.

Die österreicherisch-ungarischen Erfolge seit dem 15. Mai überschreiten den Charakter der rein Lokalen. Die beiderseitigen Fronten, ziemlich dicht beisammen, verließen vom Nordrand des Gardasees etwa über Mori—Rovereto—Folgaria—Lavarone gegen Borgo zu. Nach artilleristischer Vorbereitung am 14. Mai richteten sich die österreicherisch-ungarischen Angriffe am 15. Mai von Rovereto aus nach Süden und von den Höhen nördlich von Piazza über das Terragnolotal und gegen den Monte Maggio. Am 16. wurde mit dem Ostteil der Hochfläche von Folgaria eine italienische Hauptstellung genommen. Am 17. und 18. war die ganze, obengenannte österreicherisch-ungarische Front im Vorgehen begriffen. Damit war zum mindesten eine italienische kombinierte Operation von Ma—Lavarone einerseits und Ledroal—Chiesetal (auf der Westseite des Trentino) andererseits gegen Trient erstickt, bevor sie nur hätte beginnen können. Die letzten Nachrichten ergeben aber, daß noch weit mehr als die offensive Abwehr einer strategischen Bedrohung durch die Kraft unserer treuen Verbündeten geleistet wurde. Die italienische Schluppe hat sich zu einer vollendeten Niederlage entwickelt. Der österreicherisch-ungarische Tagesbericht vom 19. Mai wird sich kaum dazu eignen, bei den Jubiläumssfeiern in Rom verlesen zu werden.

Dieser Tagesbericht aber, der den siegreichen Vormarsch über die italienische Grenze, die Eroberung zweier feindlicher Panzerwerke und die Erbeutung vieler Tausenden von Gefangenen, zahlreichen Geschützen und Maschinengewehre mitteilt, bildet den logischen Abschluß dieses ersten italienischen Kriegsjahres, dessen Ergebnis, bisher schon für Italien auf der Nulllinie laufend, nunmehr offenkundig in das Gebiet des Negativen gesunken ist. F. C. E.

Amerikas Friedensvermittlung.

(Telegramme des L. L. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)

Ermächtigung des Präsidenten, alle Staaten zu einer Konferenz einzuladen.

Washington, 20. Mai. (Entspruch des New Yorker Vertreters des Wolffschen Bureaus.)

Der Marineauschuß des Repräsentantenhauses nahm einstimmig eine Resolution des Abgeordneten Hensley an, die den Präsidenten ermächtigt, zum Abschluß des europäischen Krieges die Staaten des Erdballs zu einer Konferenz einzuladen, um einen Schiedsgerichtshof oder eine andere Körperschaft zur Beilegung aller Streitigkeiten unter den Nationen zu bilden und bewilligte zu diesem Zwecke 200.000 Dollar.

Wilson will seine guten Dienste anbieten.

London, 20. Mai. Die „Morning Post“ meldet aus Washington unter dem 18. d. M.: Obwohl dementiert wird, daß Präsident Wilson irgendeinen Schritt in der Richtung auf den Frieden tun wolle, wird doch von einer eingeweihten Persönlichkeit versichert, daß Wilson auf Friedens Anregungen eingehen werde und so weit in die Zukunft zu sehen suche, um sich zu vergewissern, ob ein Angebot zur Vermittlung oder von guten Diensten oder wie man es nennen will, sympathisch aufgenommen würde.

Der Friedensbund, dessen Präsident Taft ist, dessen Ziel übrigens nicht ist, diesem Krieg ein Ende zu machen, sondern künftige Kriege zu verhindern, wird bald in Washington eine Versammlung abhalten, wobei Wilson sprechen wird. Präsident Wilson wird sich vermutlich auf Allgemeinheiten beschränken, aber man erwartet, daß die Versammlung und Wilsons Rede die Friedenspropaganda stärken wird, die in Amerika jetzt vielleicht stärker ist als je zuvor.

Innerpolitische Fragen treten hier hinein. Der Präsident wird erbarungslos bestürzt, seine wirkliche Neutralität dadurch zu beweisen, daß er England gegenüber dieselbe Festigkeit zeigt wie gegen Deutschland und daß er den britischen Eingriffen in den neutralen Handel alsbald ein Ende macht.

Es ist nicht ohne Bedeutung, daß das einflussreichste Blatt in den Neu-England-Staaten, der „Springfield Republican“, das bisher energisch für die Alliierten und ebenso für den Präsidenten eintrat, jetzt erklärt, daß nur die Herstellung des Friedens einen diplomatischen Konflikt mit England verhindern könne. Nicht nur die Demokraten, sondern auch die Republikaner würden eine große Erleichterung empfinden, wenn diese unbequeme Frage noch vor Beginn des Feldzuges für die Präsidentenwahl aus der Welt geschafft werden könnte, damit der Wahlkampf auf der Basis rein innerpolitischer Fragen ausgetragen werden könnte.

Die Friedenspläne des Papstes.

Die Frankfurter Zeitung schreibt:

Der katholische Corriere d'Italia veröffentlicht einen beachtenswerten Aufsatz des Führers der katholischen Fraktion in der italienischen Kammer, Marchese Filippo Crispoliti, über das Friedenswerk Benedikts XV. Der Verfasser erklärt, der Papst habe in seinen Rundschreiben und Briefen, die er während des Krieges veröffentlicht hat, die beiden Grundübel bloßgelegt, die sich einer baldigen friedlichen Lösung des europäischen Konflikts entgegenstellen, nämlich die Verhüllung der Ursachen und der Ziele. Er fährt dann fort:

„Die übrigen Nationen haben ihre Gründe zum Kriege alle in jener Notwendigkeit der Verteidigung verhüllt, an die sich alle gleichermaßen flammern. Was aber die Kriegsziele betrifft, so sah man bald, daß die allgemein gehaltenen Absichten, einerseits die Landmacht der Zentralmächte zu zerstören und andererseits die Seemacht der Entente zu vernichten, sich beide als Utopie herausgestellt haben. Diese Absichten sind nun zwar nach und nach in einem immer bescheideneren Tonfall verkündet worden, aber es ist nichts Konkretes und Praktischeres an ihre Stelle getreten. Der Papst hatte daher durchaus recht, das doppelte Geheimnis zu beklagen, das die Gründe und die Ziele verbirgt, da es in verhängnisvoller Weise auf eine Verlängerung des allgemeinen Blutbades hinwirkt, das damit den Charakter eines unvernünftigen und zusammenhanglosen Ausbruches der Leidenschaft erhält.“

Crispoliti verteidigt sodann den Papst gegen den Vorwurf der Gleichgültigkeit, der von den Kriegführenden gegen jede wirklich neutrale Macht erhoben wird. Als der Papst erklärte, man müsse zu einem Frieden gelangen, der nicht nur einer der beiden kämpfenden Gruppen günstig sei, habe man ihn sogar verhöhnt. Man habe nicht erkannt, daß nur ein solcher Friede die Völker vor dem Fieber der Rache bewahren würde, das sicher zu neuen Kriegen führen müßte. In allen kriegführenden Staaten hege man gegen einen „hinkenden Frieden“ schwere Bedenken, aber es gäbe geschichtlich überhaupt kaum Friedensschlüsse, die nicht hinken. Bismarck habe durch den „hinkenden“ Frieden von Nikolsburg eine der dauerhaftesten Staatenverbindungen, das österreichisch-preussische Bündnis, begründet. Der Papst möchte auf jeden Fall vermeiden, daß nach dem Krieg irgendwo die Reizung erwachen könnte, die Welt ein zweitesmal in Blut zu tauchen. „Mit tiefem Sinne für die Wirklichkeit begreift er, daß es für alle eine viel wertvollere Belehrung sein wird, bekennen zu müssen, wie gering die Veränderungen sind, die man mit Blut erzwingen kann.“

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Berlin, 22. Mai.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erfährt, hat der Reichskanzler Herr Karl v. Wiegand, dem bekannten Vertreter verschiedener amerikanischen Blätter, unter anderen des „New York World“ und der „Washington Post“, eine Unterredung gewährt, in der er ausführlich auf die letzten durch Sir Edward Grey einem amerikanischen Korrespondenten gegenüber getanen Äußerungen eingeht und die auch die Rede des Präsidenten Poincaré in Nancy streift.

Soweit wir über die Unterredung des Reichskanzlers mit Wiegand unterrichtet sind, hat Bethmann Hollweg in weitausholender Weise die wiederholten Greyschen Behauptungen widerlegt, als sei Deutschland als Friedensstörer Europas zu betrachten. Im großen und ganzen scheinen die Ausführungen des Reichskanzlers in eine Aufforderung an die Minister der Ententemächte, besonders an Sir Edward Grey, der das Friedensbedürfnis Englands so ausdrücklich betonte, auszuklingen, doch lieber endlich, wenn wirklich Friede gewünscht wird, Anschuldigungen und nebelhafte Retterungen gehabter oder noch zu erringender Erfolge beiseite zu lassen und mit einer deutlich verständlichen Feststellung dessen hervorzutreten, was sie von dem Friedensschluß erwarten, der diesem mörderischen Krieg, auf Grund der wirklichen Kriegslage, ein Ende zu setzen imstande sein soll. Nur auf diese Weise wäre es möglich, der Bewirklichung der heutigen Sehnsucht aller Völker näher zu kommen.

Eine interessante Verwaltungsfrage.

Sie haben es in Deutschland auch nicht leicht gehabt, die Volksernährung einheitlich zu organisieren und schlagfertig zu gestalten. Das ist eine Aufgabe der Verwaltungsorganisation und geradezu eine Probe auf die Organisationskunst und auf die Anpassungsfähigkeit der öffentlichen Einrichtungen an ein einziges großes Ziel. Dieser Aufgabe aber standen auch in Deutschland gesetzliche Schwierigkeiten entgegen, da die Staatsgewalt dort auf viele „souveräne“ Bundesstaaten verteilt ist und ebenso wie anderwärts durch eine Vielzahl „kompetenter“ Ministerien ausgeübt wird. Die konservative „Post“ schildert die „Fehler“ der bisherigen Organisation wohl recht zutreffend, wenn sie sagt: „Die Verfügungen des Bundesrates haben bei den einzelstaatlichen Regierungen nicht durchwegs die gebührende Hochachtung gefunden, partikularistische Interessen durchkreuzten wiederholt die gleichmäßige Behandlung des ganzen Reichsgebietes; viele Gemeindevwaltungen legten in der Beschaffung der Nahrungsmittelvorräte eine arge Indolenz an den Tag, vielleicht weil sie es sich mit den örtlichen Handelsleuten nicht verderben wollten. Das Einschreiten gegen den Lebensmittelwucher und gegen die passive Zurückhaltung der Produzenten ließ oft viel zu wünschen übrig.“

Die Hindernisse, die zu bekämpfen waren, sind also die gleichen wie überall. In Deutschland mochten insbesondere die konservativen Kreise fürchten, daß der Einfluß des preussischen Landwirtschaftsministeriums und der gleichen Aemter aller Bundesstaaten ausgeschaltet werde. Das Reich aber besitzt gar kein Landwirtschaftsamt! Trotzdem hat man sich entschlossen, ein Reichsamt für die Volksernährung im Kriege einzurichten und ihm volle Gewalt zu geben, so daß die Einzelstaaten,

aus denen das Reich besteht, beziehungsweise ihre Regierungen zur widerspruchslosen Durchführung der Reichsanordnungen verhalten sind.

Nach der politischen Geschichte, nach dem staatsrechtlichen Werdegang des ganzen Reiches bringt dieser Schritt eine kühne Neuerung, die mit dem Satze begründet wird, daß das Notrecht des Krieges alle staatsrechtlichen Bedenken besiegen muß. Ihm gegenüber sind auch alle Einreden auch der Ueberkonservativen verstummt! Aber man hat noch mehr getan! Obschon auch nach Reichsrecht jeder Staatssekretär die parlamentarische Verantwortung für sein Ressort trägt, hat man das Amt durchaus einheitlich eingerichtet und die Entscheidung in die Hand eines Mannes gelegt! Ein Reich, ein Amt, ein Mann — das ist das Organisationsprinzip, dem man gefolgt ist. Und um die Wichtigkeit der Angelegenheit jedermann sinnfällig zu machen, hat man mit der Führung der Ernährungsfragen den namhaftesten und wohl auch besten Mann betraut, der den Lenkern des Reiches zugänglich war, den bisherigen Leiter der Reichsfinanzen Staatssekretär Helfferich. Der Name Helfferich ist als der eines Gelehrten wie Praktikers der Volkswirtschaft schon längst dem weitesten In- und Ausland vertraut gewesen, er verkörpert in sich die genaueste Kenntnis des ganzen deutschen Wirtschafts- und Staatslebens. Diese Auswahl ist schon deshalb so auffällig, weil Helfferich bisher das wichtigste Zivilamt, den Finanzdienst des Reiches, im Kriege versehen hat, weil also offenbar dem Ernährungsdienst im Augenblick noch höhere Bedeutung beigemessen wird als dem Finanzdienst!

Man muß diese schöpferische Tat der deutschen Reichsregierung nur nach allen Seiten hin durchdenken, um zu erkennen, wie viel uns noch zu tun übrig bleibt. Jene Regierung hat den letzten organisatorischen Schritt getan, wir vorläufig den ersten. Wir haben einstweilen eine interministerielle Kommission von Sektionschefs berufen. Es sind unter ihren Besitzern zweifellos tüchtige, bewährte und rühmlichst genannte Verwalter — aber die Kommission ist ein Rat, keine Behörde für sich, ein Hilfsmittel vieler Behörden, aber keine Amtsstelle mit eigener Verfügungsgewalt. Noch ist ihre Geschäftsordnung unbekannt und wir wissen nicht, ob sie zu mehr als zu Gutachten berufen ist. Man hört nur soviel, daß der bisherige Hofrat Keller der niederösterreichischen Statthalterei zu ihrem Vorsitz berufen sein soll. Ob und welche direkte, augenblickliche Verfügungsgewalt ihm zustehen wird, ob seine besondere Berufung in der Führung des Vorsitzes erschöpft ist, wissen wir nicht. Ebenso unbekannt ist, welche Machtvollkommenheiten ihm oder der Kommission in Bezug auf Verhandlungen mit Ungarn zustehen sollen. Wir vermögen demnach in der Kommission nicht mehr zu sehen als einen ersten Schritt, als einen höchst zaghaften Schritt noch dazu. Und wieviel Sektionschef Keller in sein Amt mitbringen mag, die innere und die äußere Autorität eines Helfferich unterstützt ihn bei seiner Bestimmung nicht.

Die Nahrungsfürsorge ist, wie mannigfache Ressorts sie berühren mag, im Kriege eine Aufgabe geworden, die nur einheitlich zu lösen ist. Es muß hier ausgesprochen werden, daß ein Reich wie Oesterreich-Ungarn, in dessen Bevöl-

ferung der landwirtschaftliche Teil noch immer den städtischen so sehr überwiegt, nicht in arge und unbeseigbare Nahrungsbedrängnisse geraten kann, sofern die vorhandenen Vorräte nur gut und rasch genug bewirtschaftet werden. Darum muß die Verwaltung auf diesen Punkt eingestellt werden, auf den einen Punkt. Nach dem Kriege mag man es wieder anders, wieder so halten wie im Frieden — spätere Zeiten werden ja ihre besonderen, werden andere Aufgaben haben, und wenn man das „Präjudiz“ fürchtet, so schließe man es ausdrücklich aus. Aber jetzt kommt man nicht um die Nötigung herum, die Dinge so anzusehen, wie sie liegen, das heißt zu erkennen, daß ein Amt und eine Persönlichkeit erforderlich sind, die beide in a c t u voll in Erscheinung treten, zum mindesten aber ein Amt.

Verfassungsmäßige Bedenken bestehen nicht. Wir haben uns hier nicht in eine weitwendige Auslegung unserer Staatsgrundgesetze einzulassen, uns genügt die unzweifelhafte Erinnerung, daß sowohl das Eisenbahn- wie das Arbeitsministerium durch kaiserliche Machtvollkommenheit errichtet worden sind. Das sind zwei auffällige Präjudizien, die jede Erörterung, ob der Weg gangbar sei, überflüssig machen. Es kann ernsthaft kein Zweifel erhoben werden, daß die Regierung in der Lage ist, selbst ein neues Ministerium vorzuschlagen. Umso mehr muß es ihm zustehen, ein Zentralamt ins Leben zu rufen, das nicht einmal den Rang eines Ministeriums besitzen müßte.

Wir glauben daher, daß die interministerielle Kommission noch nicht das letzte Wort ist, sondern eher das erste und daß jeder Tag, der dieses Uebergangs- und Auskunftsmittel kürzt, ein Gewinn für den Staat wie für die Bevölkerung sein wird. Raum jemals war eine reine Verwaltungsfrage von so brennendem Interesse für die Gesamtheit; diese erwartet auch, daß sie so rasch als möglich gelöst werde.

Einer Falschmeldung über die Sozialdemokraten Italiens

macht sich die heutige „A.-Z.“ schuldig, wenn sie, an den Aufruf der Turati-Gruppe vor der Kriegserklärung Italiens erinnernd, ausruft:

Es wird ein unvergänglicher Ruhm des italienischen und damit des internationalen Sozialismus sein, daß die Sozialisten bis zum letzten Augenblick, bevor das Verbrechen dieses sinnlosen Krieges geschah, gewarnt hatten, für die Erhaltung des Friedens alle ihre Kraft eingesetzt haben. . . . Heute, nach einem Jahre schrecklicher Opfer, wird es wohl keinen Menschen in Italien geben, der sich der Erkenntnis weigern wollte, daß in jenen Tagen des tollen Rausches nur die Sozialisten die Besonnenheit bewahrt hatten. Wohl dem Volke, das auf den Rat der Sozialisten hört; wehe dem, in dem die sozialistische Vernunft keine Antwort findet.

Selbst in dieser ersten Zeit denken die Panoptikum-ausrufer nur an ihr Panoptikum! Bekanntlich ging die italienische Sozialdemokratie einige Zeit vor Kriegsausbruch in die Brüche, zunächst wegen der Frage der Stellungnahme zur Freimaurerei, dann auch wegen der Kriegsfrage. Nur die, wenigstens unter den Führern und „Intellektuellen“ nicht sehr zahlreiche Gruppe Turati hielt „bis zum letzten Augenblick“ — freilich auch kaum länger! — an der Kriegsgegnerschaft fest, ohne aber im übrigen gegen den Krieg etwas Ernstes zu unternehmen. Hatte doch Turati selber kurz

vor Kriegsausbruch vor jeder allzu wirksamen Gegenbewegung, wie Generalstreik und dergleichen gewarnt! Das Hauptorgan seiner Gruppe, der „Avanti“, blieb zwar oppositionell, soweit es die Zensur gestattete, bekehrte sich aber im übrigen, wenigstens vorübergehend, zum Irredentaprogramm der Gebietserweiterung. Tatsache ist dagegen, daß die Mehrzahl der Führer der italienischen Sozialdemokratie mit fliegenden Fahnen ins Lager der Kriegsheker abschwankte, ja geradezu den ewig brodelnden Kern dieser Gesellschaft bildete und noch heute bildet. Sie waren es, die gemeinsam mit den Republikanern des Herrn Bürzel-Barzilai und Nathan für die Zwecke des englischen und des französischen Botschafters in den Städten Italiens den Mob mobilisierten. Die Bissolati, De Felice, Mussolini, Battisti, Piscel und Genossen waren und sind neben dem „Flieger“ Gabriele Rübchen die Hauptschreier in der Heze gegen Oesterreich. Bissolati tauchte sogar wiederholt als Ministerkandidat auf so, wie Bürzel für die Republikaner und so, wie die Genossen Vandervelde, Henderson, Guesde, Thomas, Sembat und verschiedene andere Führer in den „verbrüdereten“ Ländern über Nacht Minister des Krieges gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geworden sind. Der lauteste unter den Schreibern Italiens war und ist (neuestens den Zeitläuften entsprechend allerdings etwas kleinlauter!) Mussolini, bis zum Weltkriegsausbruch als Chefredakteur des sozialdemokratischen Hauptorgans der Austerlich Italiens, dann mit Hilfe von Ententegeldern Herausgeber des „Popolo d'Italia“, eines Blattes, das unter der zahlreichen Kriegshekerpresse Italiens noch durch seine Superlative Aufsehen hervorrief. Und Mussolini zog alle weißerischen Elemente der italienischen Sozialdemokratie auf seine Seite. Daß jetzt angesichts der Mißerfolge Cadornas die Turati-Gruppe wieder einigermaßen konkurrenzfähig wird, läßt sich begreifen. Wohl haben die beiden Gruppen einander gegenseitig aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen, aber das ist bekanntlich auch im Deutschen Reich geschehen und doch hat die „A.-Z.“ bisher noch nicht gewagt, eine der drei reichsdeutschen Gruppen (Scheidemann—Heine—Hue, Haase—Bernstein, Liebknecht—Rühle) als „die“ Sozialdemokratie Deutschlands anzusprechen. Ob vom „internationalen Sozialismus“ die Gruppe Turatis oder jene der Bissolati und Mussolini als die „richtige“ italienische Sozialdemokratie anerkannt werden wird, bleibe dahingestellt; aber bei der chauvinistischen Unerbittlichkeit der Herren Hervé, Guesde, Thomas, Sembat, Vandervelde, Henderson, Burzew und Genossen und der westlerischen Neigungen der Genossenschaftsführer in den neutralen Ländern befürchten wir für Turati nicht „unvergänglichen Ruhm“, sondern die große Acht. Warten wir's ab.

Falsch ist bekanntlich auch, daß „nur“ die Turati-Gruppe in Italien gegen den Krieg war. Es waren auch die Anhänger Giolittis, es war auch ein Teil der katholischen Presse dagegen, bis sie der Terror der Regierung und des Mussolini-Mobs zum Verstummen brachte. So sehr hat die „A.-Z.“ alles Maß für Wahrheit und Wirklichkeit verloren, daß sie z. B. den weltgeschichtlichen Armee-Oberkommando-befehl des Feldmarschalls Erzherzog Friedrich rückwärts an der Stelle, in der Form und in der Letterngröße abtut, wo und wie sie sonst ihre „kleinen Notizen“ unterbringt, während sie vorne den Raum hinter den Leitartikeln einem Brief des englischen Genossen Macdonald an den „Labour Leader“ einräumt, also eines britischen Politikers, der sich während des Krieges als völlige Null in der englischen, Lloyd George, Henderson und Thomas nachlaufenden Arbeiterschaft erwiesen hat!

Die Friedens-Legenden.

S. Berlin, 23. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die Rotterdammer Blätter melden aus New-York: In den New-Yorker Börsenkreisen macht sich eine optimistische Auffassung über die Kriegsdauer geltend. An der Schiffahrtsbörse mehren sich die Abschlüsse für die Friedenszeit.

Budapest, 23. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Der „Bester Lloyd“ meldet aus Wien: Die Andeutung englischer Blätter, daß Präsident Wilson sich über die europäische Stimmung gegenüber einer etwaigen Friedensvermittlung geäußert habe, dürfte im Zusammenhange mit Meldungen stehen, wonach eine zweite Reise des dem Präsidenten nahe stehenden Oberst House nach Europa beabsichtigt sei. Demgegenüber ist der aus fast der ganzen Entente-Prese sich ergebende Eindruck festzustellen, daß man sich in diesem Lager gegenüber den pazifistischen Bestrebungen der nichtamtlichen amerikanischen Kreise derzeit noch ablehnend verhält, während andererseits bei den Mittelmächten vorläufig keine Neigung besteht, eine Konferenz, die da vorgeschlagen würde, zu beschiden und das Risiko einer uferlosen Diskussion über Friedensbedingungen auf sich zu nehmen. Für ein Urteil über die Tragweite der vom Marineauschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses angenommenen Resolution fehlt vorläufig jede Handhabe.

Budapest, 23. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das Blatt „Libertatea“ berichtet aus Lugano: Caillaux, der sich in Florenz aufgehalten hat, und zwar in Angelegenheit des Friedens, ist nach Paris zurückgekehrt. Vor seiner Abreise hatte er eine längere Beratung mit Giolitti in Piemont, wo zu jener Zeit auch Vertreter anderer kriegsführender Staaten zusammengelommen waren. Nach dieser Begegnung reiste Giolitti nach dem italienischen Hauptquartier. Er machte diese Reise in Begleitung des französischen Botschafters und traf im Hauptquartier unter andern die französischen Minister Barthou, Pichon und Reinach. In politischen Kreisen wurde diesem Besuch eine außerordentlich große Bedeutung beigelegt.

23. IV. 1916

3. 11 1911

Der Aufstand in Irland.**Amerika gegen die Hinrichtungen in Irland.**

Berlin, 22. Mai.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Newyork meldet durch Funkpruch unter dem 20. d.:

Depeſchen aus Washington melden, es verlautet, daß Präſident Wilson die Einbringung der Reſolution des Senators Kern bezüglich der Sicherheit der amerikaniſchen Bürger in Irland in unverhindlicher Weiſe gebilligt habe.

Senator O'Gorman erhielt vom Weißen Hauſe die Zuſicherung, daß der in Dublin zum Tode verurteilte Amerikaner Lynch nicht hingerichtet würde, bis der amerikaniſche Botſchafter in London Gelegenheit hätte, alle Tatſachen des Falles zu prüfen.

Undauernd finden Verſammlungen ſtatt, in denen gegen die Hinrichtung der iriſchen Führer proteſtiert wird. In einer Maſſenverſammlung des Rates iriſcher Frauen in Newyork ſagte Frau Mackenzie in einer Anklageſchreibe gegen die britiſchen Methoden, die Erſchießung der iriſchen Führer werde den Kampf Irlands für die Freiheit nicht hemmen.

Der Glückwunsch des Reichskanzlers.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat an den Minister des Aeußern Baron Burián nachstehendes Telegramm gerichtet:

„Eure Excellenz bitte ich, zu den glänzenden Waffentaten der österreichisch-ungarischen Armeen in Tirol meine herzlichsten und freudigsten Glückwünsche entgegennehmen zu wollen. Gott schenke den braven Truppen, die im unwegsamen Gebirge schier Uebermenschliches leisten, immer weitere Erfolge und Siege.“

Bethmann Hollweg.

Der Minister des Aeußern Baron Burián erwiderte mit folgender Depesche:

„Ich bitte Eure Excellenz, meinen herzlichsten und aufrichtigsten Dank für die mir anlässlich der Erfolge der österreichisch-ungarischen Waffen in Tirol übermittelten freundlichen Glückwünsche entgegennehmen zu wollen.“

Burián.

Die Veränderungen in der deutschen Reichsregierung.

Dr. Helfferich Staatssekretär und Vizekanzler, Graf Koedern Schatzsekretär.

Berlin, 22. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Kaiser Wilhelm erteilte dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums und Staatssekretär des Innern Doktor Delbrück die nachgesuchte Entlassung aus seinen Aemtern unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers und unter Verleihung des hohen Ordens des Schwarzen Adlers und entband ihn von der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers.

Kaiser Wilhelm ernannte den Staatsminister und Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. Helfferich zum Staatssekretär des Innern und beauftragte ihn mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers.

Weiter ernannte der Kaiser den Staatssekretär für Elb-Lothringen, Wirklichen Geheimen Rat Grafen v. Koedern ab 1. Juni zum Staatssekretär des Reichsschatzamtes und bestimmte, daß bis 1. Juni die Geschäfte des Reichsschatzamtes durch den Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich weiterzuführen sind.

Der Kaiser ernannte ferner den Staatsminister Doktor v. Breitenbach zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums.

Ein Handschreiben Kaiser Wilhelms an Dr. Delbrück.

Berlin, 22. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Kaiser Wilhelm richtete an den Staatsminister und Staatssekretär Dr. Delbrück folgendes Handschreiben:

„Mein lieber Staatsminister Delbrück!

Nachdem ich Ihnen durch Erlaß vom heutigen Tage die nachgesuchte Dienstentlassung in Gnaden erteilte, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen meinen wärmsten Dank für die hingebende und aufopferungsvolle Treue auszusprechen, mit der Sie Ihre hervorragende Kraft allezeit, im Frieden wie im Kriege, in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben. Als Zeichen meiner Anerkennung und meines Wohlwollens verlieh ich Ihnen den hohen Orden des Schwarzen Adlers, dessen Abzeichen ich Ihnen hieneben mit meinen besten Wünschen für Ihre Genesung und Ihr Wohlergehen zugehen lasse. Ich verbleibe Ihr wohlgenigter Kaiser und König.

Großes Hauptquartier, 22. Mai 1916.

Wilhelm, R.“

Oberpräsident v. Batoeki Präsident des Kriegs-ernährungsamtes.

Berlin, 22. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der Bundesrat ermächtigte den Reichskanzler, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das Kriegsernährungsamt, zu errichten. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reich vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über die Futtermittel und die zur Viehverföhrung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung (damit erforderlichenfalls natürlich auch die Enteignung), die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein. Der Präsident kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen.

Zum Präsidenten des Kriegsernährungsamtes wurde der Oberpräsident von Ostpreußen, v. Batoeki, berufen.

Die Mitglieder der deutschen parlamentarischen Körperschaften in Audienz beim Kaiser.

Berlin, 22. Mai.

Kaiser Wilhelm empfing vormittags die Präsidenten des Reichstages, des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses in Audienz. Die Mitglieder des Staatsministeriums waren zur Tafel geladen.

24. IV. 1916

Wann wird das Gespräch anfangen?

(Wiederholt aus der Nummer vom 17. Mai.)

„Nun gesetzt einmal,“ sagte Bethmann Hollweg in seiner Rede im Reichstag am 6. April, „ich schlage Herrn Asquith vor, sich mit mir an einen Tisch zu setzen, um die Friedensmöglichkeiten zu prüfen, und Herr Asquith begänne mit seiner endgültigen, vollständigen Zerstörung der militärischen Macht Preußens: das Gespräch wäre zu Ende, noch ehe es angefangen hat. Auf eine solche Friedensbedingung bleibt uns nur eine Antwort, und diese Antwort erteilt unser Schwert...“ Diese Antwort brauchte der Reichskanzler heute nicht mehr zu befürchten; Asquith würde, wenn das Gespräch nur einmal anfänge, so nicht mehr antworten. Am 11. April hat Asquith, in der Rede zur Begrüßung der nach London gekommenen französischen Parlamentarier, „erläutert“, was er darunter verstehe, was Bethmann Hollweg „die endgültige und vollständige Zerstörung der militärischen Macht Preußens“ benennt, und darauf kann man schon noch anders antworten als durch das Schwert. „Wir wollen als Ergebnis des Krieges,“ erwiderte Asquith, „den Grundsatz festlegen, daß internationale Probleme durch freie Unterhandlung unter gleichen Bedingungen zwischen freien Völkern behandelt werden müssen und daß eine solche Übereinkunft nicht länger durch das überwältigende Gebot einer Regierung, die von einer militärischen Kaste kontrolliert wird, aufgehalten und beherrscht wird. Das ist es, was ich unter der Vernichtung der militärischen Herrschaft Preußens verstehe. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.“ Und in der Darlegung Grens ist von jener fabelhaften Vernichtung und Zerstörung des preussischen Militarismus überhaupt keine Rede mehr; die Zumutung, daß England das einige, freie Deutschland zu zerstören wünsche, erklärt der englische Staatssekretär als die Zumutung einer „Tollheit“ und er fährt fort: „Wir wünschen nichts Derartiges und der Reichskanzler weiß, daß wir nichts Derartiges wünschen. Wir würden uns freuen, das deutsche Volk frei zu sehen, wie wir selbst frei zu sein wünschen, wie wir auch wünschen, daß die anderen Nationen in Europa frei in der Welt seien. Wir glauben, daß, wenn einmal die Träume von der Weltherrschaft, die der Pan-germanismus großgezogen hat, zunichte gemacht sind, das deutsche Volk darauf bestehen wird, seine Regierung zu beaufsichtigen. Darin liegt die Hoffnung, die Freiheit und die nationale Unabhängigkeit Europas zu schaffen; denn eine deutsche Demokratie wird keine Kriegspläne schmieden, wie der preussische Militarismus Kriege schmiedete, die zu einem in der Zukunft gelegenen Zeitpunkt stattfinden könnten. Wenn die Menschheit aus diesem Kriege nicht lernt, Kriege zu vermeiden, so wird der Kampf vergeblich gewesen sein...“ Der deutsche Reichskanzler könnte ohne Sorge und Gefahr Herrn Asquith einladen, sich mit ihm an einen Tisch zu setzen und die Friedensmöglichkeiten zu erwägen; er würde wohl nur behutsame Worte und zurückhaltende Forderungen vernehmen. Das „Gespräch“, auf das die Menschheit wie auf ihre Erlösung wartet, könnte alsogleich beginnen.

Das nun ist das Entscheidende: daß jene wahnwichtigen Vernichtungs- und Rachepläne, die zu Beginn des Weltkrieges die Vorstellungen erfüllten und auch die lange Kriegszeit hindurch das Denken verwirrten, vor dem harten Ernst der Dinge verflogen sind und das nüchsterne Abschätzen sein Recht wieder überall gewonnen hat. Das Wort des Reichskanzlers hatte schon seinen Sinn: solange sich die Gegner mit dem Gedanken trugen, sie könnten in die Lage kommen und danach willens sein, an Deutsch-

land, um es so zu sagen, ein Exempel zu statuieren, solange der Friede aus dem grenzenlosen Triumph einer Seite hervorgehen sollte, so lange war für Verhandlungen kein Raum. Nun aber, da die ausschweifenden Kriegsziele auf allen Seiten aufgegeben sind, da keine Seite mehr auf die Erfüllung schrankenloser Eroberungspläne hoffen kann und keine auch auf ihnen besteht: nun ist der Unterschied der Ziele auf sachliche Gegenstände zusammengeschrumpft, auf quantitative, und über die kann man natürlich verhandeln, die sind durch Verhandlungen natürlich aufzulösen und auszugleichen. Nun handelt es sich wirklich nur um den Rand des Weltkrieges, durchaus um Fragen, in denen keine der beteiligten Großmächte ihre Daseinsfragen verknüpft findet; also um Dinge, über die, wenn man sich darüber nur einmal auseinandersetzen könnte, man unschwer zu einem Ergebnis gelangen würde. Erklärt doch wie Bethmann Hollweg auch Asquith, daß er das Lebensrecht des anderen achte, es nicht antasten wolle; versichert doch jeder, daß er dem anderen Leben und Entwicklung nicht zu bestreiten gedenke. Eine Ausnahme von der Vernunft bildet nur noch der Herr Poincaré, der jüngst in Nancy in dem albernsten Diktatorenton geredet hat; aber man weiß schon ausreichend, daß Herr Poincaré mit den kraftgeschwollenen Phrasen nur seine schwankende Stellung befestigen will und daß seine persönliche „Meinung“ in der Republik gar wenig bedeutet. Wir halten uns an Bethmanns Worte und sagen: Wohl uns, wenn er ihnen in irgend einer Form Wirklichkeit geben könnte und das Gespräch über Friedensverhandlungen in Gang käme!

So heftig die Reden der verantwortlichen Politiker auch klingen, als Grundzug ist doch unverkennbar der Wunsch, daß der andere mit einem Anbot herausrücken möge. Soll es aber wirklich unmöglich sein, aus dieser Frage, wer anfangen soll, einen Ausweg zu finden?

„Untereinander praktisch erörtern.“

Bethmann Hollweg hat heute viele vernünftige Worte gesprochen. Den Krieg, den die feilen Schwächer als die höchste Erhebung des Menschengeschlechts verklären wollten, nennt der deutsche Reichskanzler kurzweg das „entsetzliche Blutvergießen“. Der Ertrag des Krieges? Bethmann Hollweg nennt ihn uns: Millionen Opfer an Toten, Vermundeten und Verkrüppelten, eine schwere Schuld an Gut und Blut auf den Schultern der gegenwärtigen und künftigen Geschlechter... Das klingt anders als die Lobgesänge, die wir bisher vernommen haben. Es ist als ein Frevel gescholten worden, vom Frieden zu reden, aber der Reichskanzler bekennt offen und

freimütig: von allen Völkern wird der Friede herbeigesehnt. Mit wahrer Befriedigung vernehmen wir auch die Erkenntnis, daß man mit dem Reden über Vergangenes nicht vorwärtskommt, daß diese angeblichen Feststellungen, wer den Krieg verschuldet habe und wer an dem Ausbruch keine Schuld trage, zweck- und wertlos sind. Das ist sehr wahr, denn über Schuld und Verantwortung kann man nicht mit dem Gegner rechten; darüber werden sich die Regierungen mit den eigenen Völkern auseinanderzusetzen haben. Und geschichtliche Forschung ist es gerade nicht, wenn man den Durchmarsch durch Belgien damit rechtfertigen will, was etwa vor dreißig Jahren eine englische Zeitung über den theoretischen Fall geäußert habe. Ueber das giftige und hekerische Gerede, aus dem durch die ganze Zeit hindurch die „Betrachtung“ des Krieges in der bürgerlichen Presse bestand, hat aber Bethmann Hollweg mit den Worten den Stab gebrochen: „Durch allgemeine Prekpolemiken und gleiche öffentliche Reden wird der Haß unter den Völkern immer mehr geschürt. Und das ist nicht der Weg, der zu dem Idealzustand führt, in dem freie und gleichberechtigte Völker ihre Rüstungen einschränken und ihre Zwistigkeiten durch Schiedsspruch lösen.“ Wir in dieser Stadt, in der die Presse der bürgerlichen Welt während zweiundzwanzig Monaten nichts anderes zu sagen mußte, als daß die Feinde durch die Bank hindurch Schurken und Trottel sind, in der Tag um Tag derselbe öde Gedanke abgewandelt wurde, daß auf Seite der Gegner nur Unfähigkeit, Gemeinheit und Verkommenheit anzutreffen sei, wir können dem Reichskanzler für die entschiedene Art, mit der er das Hegezucht zur Seite schob, nur dankbar sein. Jener sonderbare Patriotismus, der die Gerechtigkeit der eigenen Sache nicht anders zu bekunden versteht als durch pöbelhaftes Geschimpfe auf den Gegner, der ist von Bethmann Hollweg ohne Umschweife als schädlich und verderblich gebrandmarkt worden.

Der deutsche Reichskanzler hat auch endlich die Wahrheit über den Frieden gesagt. Prägen wir uns seine Worte ein. Alle Völker sehnen den Frieden herbei. Aber ihr Sehnen kann nur erfüllt werden, „wenn sich die Staatsmänner der kriegführenden Staaten auf den Boden der wirklichen Tatsachen stellen, wenn sie, mit dem ehrlichen Willen, das Blutvergießen zu beenden, bereit sind, untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch zu erörtern“; „nur dann werden wir uns dem Frieden nähern“. Sicherlich ruft Bethmann Hollweg diese Mahnung vor allem den verstockten Staatsmännern der Entente zu; aber von der Verpflichtung, „untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch zu erörtern“, schließt er niemanden aus. Er denkt nicht daran, wie es unlängst ein freches Budapester Blatt wahrhaben wollte, daß der eine Teil sagt: „ich will“, der andere bekennt: „ich muß“, sondern er verkündet als den Weg, um zu dem ersehnten Frieden zu gelangen, die Erörterung der Kriegs- und Friedensprobleme, das Verhandeln und Verständigen über sie; der Reichskanzler strebt nach keinem Diktat, sondern nach der friedlichen Verständigung. Und so kann er mit Fug und Recht sagen: Wer heute, nachdem der furcht-

bare Krieg zweiundzwanzig Monate wahr, zu der erspriesslichen Erörterung des Friedens nicht bereit ist, wer trägt die Schuld, wenn sich Europa noch fernerhin zerfleischt und verblutet“. „Untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch erörtern“: dies ist das entscheidende, das klärende Wort. Es ist ein anderes als die sinnlosen Redensarten vom Vernichten und Erschöpfen und Aushungern, worin sich die Gegner einmal gefielen, die aber auch bei ihnen, wie die letzten englischen Reden zeigen, der vernünftigen Einsicht halbwegs gewichen sind; der Reichskanzler spricht aber auch anders als gewisse aufgedommerte Unentwegten in Deutschland und bei uns, die der Öffentlichkeit vorschwindeln möchten, daß der „dauernde Friede“ nur von der völligen Bezwingung und Unterwerfung des Gegners zu gewärtigen wäre. Aber wie kein Krieg gut ist, ist auch kein Friede schlecht; und der Friede, der aus der „praktischen Erörterung“ der Probleme hervorkommt, wird ohne Zweifel der beste sein, den die Menschheit erwarten kann. Bethmann Hollwegs Rede klingt wie ein ernstliches Anbot zum Verhandeln und Verständigen.

Und weil es so ist, wie es der Reichskanzler sagt: daß der Friede von allen Völkern herbeigesehnt wird, so kann die Verstocktheit der Desperadopolitiker, wie sie etwa in der letzten Rederei des Herrn Poincaré noch auftrat, nicht Bestand haben. Auch den Staatsmännern der Entente wird es klar sein, daß die Tage ihres widerspenstigen Weigerns gezählt sind, daß sich ihre Völker mit hochmütigen Worten nicht mehr beruhigen lassen. Die Schimpf- und Anklagereden müssen nüchterner, praktischer Erörterung Platz machen.

Italien.

Die Lenker der politischen Geschichte Italiens hatten sich gerüstet, den Jahrestag des Eintritts ihres Landes in den großen Krieg mit einem blasphemischen Opfer vor dem Altar des Vaterlandes zu begehen, den das geeinigste Königreich in Rom zur Erinnerung an die klugen und ritterlichen Helden seiner Erneuerungszeit errichtet hat; als Opfergabe gedachte man in überreichem Maße das einzige darzubringen, was auch unter der Aera Salandras im Larde des ewig blauen Himmels billig, viel zu billig geblieben ist, schöne Worte nämlich. Nun scheint aber von der Wucht der österreichischen Offensive, die Italiens Nordgebiet bedroht, selbst diese Ware im Werte gestiegen zu sein. Die Opferfeier ist abgesagt worden. Das Volk, dem man damit eine sehr notwendige Herzstärkung einzuflößen sich versprochen hatte, mag über den Gedentag hinwegkommen wie es eben will. Den großen Betrug, den die um Salandra heulende Gesellschaft von nationalistischen Terroristen an ihrem Lande begangen hat, hätten freilich auch die Reden Barzilais und der übrigen in allen dialektischen Künsten wohlverfahrenen Minister nicht mehr ungeschehen machen können. Salandra selber hat vor wenigen Tagen in Brescia das Geständnis gemacht, daß „fürchterliche Sorgen“ manömal die Regierung beschleichen wollen — ein Geständnis, das in den letzten Tagen eine neue Bedeutung bekommen hat. Mit Sorge wird jeder Italiener, dem sein Vaterland lieb ist, heute den Verlauf der Ereignisse überdenken und mit Beschämung sich der tumultuarischen Vorgänge erinnern, mit denen eine freche Minderheit das Land vergewaltigen durfte. Freilich waren die „entscheidenden Sitzungen“ der italienischen Kammer nur eine Komödie, da Salandra und Sonninos Regierung die Haltung Italiens durch die Kündigung des Dreibundes und die geheimen Verträge mit den Ententemächten schon vorher bestimmt hatten. Was aber in jenen Sitzungen auf Montecitorio geschah, das war in der Tat, wie ein Kenner der politischen Verhältnisse diesseits und jenseits des Ozeans, Enrico Ferri, erklärt hat, ein Stück südamerikanischer Politik.

Wohin diese Politik Italien bisher geführt hat, auf militärischem und auf diplomatischem Gebiete, ist in den letzten Tagen hier schon ausgeführt worden. Die Kriegslage ist dabei in einer Entwicklung begriffen, die jeden Tag für Italien ungünstiger wird. Politisch aber ist das Land in eine höchst demütigende Abhängigkeit von der Entente geraten. Im Dreibund war es ein gleichberechtigtes Mitglied, wenn auch die italienischen Regierungen der letzten Jahre manchen Vorbehalt machten und hervorriefen. Es entsprach das durchaus den wirklichen Verhältnissen, da die höchsten Interessen Italiens — es sind nicht diejenigen, um derenwillen Salandra und Sonnino diesen Krieg begonnen haben — mit denen der Zentralmächte übereinstimmen oder doch un schwer mit ihnen zu vereinbaren waren. In der Entente aber ist Italien zu einem mißliebigen, jedem verdächtigen Teilhaber geworden. Nicht wegen der besonderen Art seiner militärischen Mitwirkung, über die sich die Ententemächte wohl im wesentlichen zum Voraus mit der römischen Regierung verständigt hatten, sondern wegen der unüberwindlichen Gegensätze, die sich zwischen den italienischen und den Interessen der anderen Alliierten unausbleiblich herausstellen mußten, sobald der Krieg politische Fragen aufrollte, die über die eng umgrenzte Zone der italienisch-österreichischen Probleme hinaus führten. Vor allem ist es der unheilbare Gegensatz zur slawischen Welt, der in Italien erst allmählich erkannt, von den Slawen aber sofort begriffen und rücksichtslos erörtert wurde, als der Umfang der italienischen Ansprüche bekannt wurde. Nirgends ist heute Italien schlechter angeschrieben als in Rußland, wo man sogar behauptet, es führe den Krieg gegen Oesterreich nur zum Schein und liefere indessen Lebensmittel und Munition an Deutschland. Das hat ein italienischer Berichterstatter festgestellt und auch die Gründe aufzählt, die das russische Publikum zu dieser abenteuerlichen Ansicht verleiten. Jetzt erkennen die Italiener, daß die Verwirklichung ihrer politischen Wünsche viel mehr an den Slawen scheitern muß als an der Habsburger Monarchie, die ihre Hand zu einem für Italien überaus günstigen Vergleich geboten hatte. Die slawische Gefahr aber wird Italien nie mehr los, solange es eine Großmachtspolitik treibt. Die Siege der Zentralmächte und der Türkei mildern zwar die Folgen der blinden italienischen Politik, da sie Rußland vom Mittelmeer fernhalten. Ob aber Italien innerhalb dieses Bedens, auf dessen ganzen Umfang es alle natürlichen Verhältnisse abweisen, je wieder ein Machtwort sprechen darf, hängt auf absehbare Zeit hinaus von der Gnade Englands ab. Das ist das höchst klägliche Ergebnis einer Politik, die auf einem Doktrinarismus beruhte und sich mit leidenschaftlichen Schlagworten durchgesetzt hat.

Die fürchterlichen Sorgen, die Herrn Salandra und seine Amtsgenossen heimgen, stammen aber nicht nur aus dem Bereiche der auswärtigen Beziehungen des Königreichs. Die

innere Lage ist durch den Krieg mindestens ebenso gefährlich geworden. Man kann dem italienischen Kleinbürger und Bauern wohl die Minderung an Macht und Ansehen verschleiern, die sein Land durch den verbrecherischen Leichtsin der Regierung erfahren hat, die wirtschaftlichen Folgen aber spürt er am eigenen Leibe. Als sich im Frühjahr 1915 der dritte Viktor Emanuel, der seinem Großvater sehr wenig ähnlich sieht, gegen das Verhängnis lange sträubte, wurde ihm unüberblümt mit der Revolution gedroht und am lauteften von Leuten, die sich sicherlich auf keine Barrikade stellen würden. Die Drohung hat ohne Zweifel mit dazu beigetragen, der lärmenden Bande, die das Parlament terrorisierte, zum Erfolg zu verhelfen. Viktor Emmanuel II. hatte sich selber an die Spitze der Revolution gestellt, um Italien zu einigen, hatte die ihm widerstrebenden Kräfte schließlich mit kluger Politik seinen Zwecken dienstbar gemacht. Sein Enkel aber fand keinen Ausweg als den, hinter einer vorerst nur angebrohten Revolution herzulaufen und sein Reich darüber in die schwerste Gefahr zu stürzen. Dann wissen ihm diejenigen, die in Italien den revolutionären Gedanken in Erbpacht zu haben meinen, nicht. Schon droht der Mailänder „Secolo“, der von jeher geschickt die niedrigsten Triebe des Pöbels zu belauern verstand, mit einem Umsturz, schon wagen es die Merikalen Blätter, ihre Partei dem Königtum und der Bourgeoisie als einzige Rettung vor der roten Sturmflut zu empfehlen.

Die Merikale Partei, die in Italien viel mächtiger ist als ihre kleine Gruppe in der Kammer vermuten läßt, hat längst erkannt, daß der Krieg auch die römische Frage aufgerollt hat, dieses Tabu der italienischen Politik seit 1870. Die Garantien, die das italienische Gesetz zur Sicherung der geistlichen Souveränität des Papstes schuf, haben sich in der Tat bei der ersten ernsten Probe als unzulänglich erwiesen; Benedikt XV. hat trotz aller persönlichen Weisheit und Sorgfalt die bei ihm beglaubigten Vertreter der gegen Italien kriegführenden Länder aus Rom vertreiben lassen müssen, weil er ihnen die freie Ausübung ihres Amtes nicht gewährleisten konnte. Eine Neuordnung dieser Verhältnisse wird sich nicht umgehen lassen. Im Jahre 1849 wurde in der konstituierenden Versammlung der römischen Republik der Antrag gestellt, Pürgschaften für die Ausübung des päpstlichen Hirtenamtes „auch mit Zustimmung anderer katholischer Mächte“ zu schaffen, und noch 1870 gab die italienische Regierung, bevor sie das Garantiegesetz vor die Kammer brachte, den fremden Regierungen zu verstehen, daß sie über die Stellung des Papstes mit sich reden lassen würde. Die italienischen Merikalen wissen das alles und leiten daraus die Berechtigung her, die römische Frage aufzuwerfen, ohne daß man ihren italienischen Patriotismus verdächtigen dürfte. In eine Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papsttums denkt in Italien natürlich niemand, auch im Vatikan nicht. Eine andere Ordnung der Beziehungen des Staates zur Kirche hat sich aber im Krieg als notwendig herausgestellt und die Aufkündigung davon werden die italienischen Merikalen sein. So erscheint der bisherige bürgerliche Staat, der an seiner Spitze die savonische Dynastie eben noch duldete, von den beiden äußersten Flügeln der Parteien gleich schwer bedroht.

Das italienische Volk hatte sich durch unendlichen Fleiß aus äußerster Armut herausgearbeitet. Jetzt wird das Ergebnis langer Friedensjahre, die Italien dem Dreibund verdankte, unauffhaltsam verschleudert. Die Zerstörung des nationalen Kapitals ist in dem immer noch armen Italien weit erheblicher als in allen anderen kriegführenden Ländern, wenn auch die Zahlen der Kriegskosten nicht übermäßig hoch erscheinen. Nachdem das Land all das auf sich genommen hat, nicht gezwungen durch ein übermächtiges Verhängnis, sondern um einer Laune willen, die ihm aufgedrängt wurde, sieht es sich nun, da sich der Tag seines Schicksals jährt, um die letzte Illusion betrogen. Bisher mochte es sich rühmen, daß sein Heer als einziges der Entente auf feindlichem Boden stand, jetzt aber schieben sich unsere Verbündeten an, den Krieg mit seinen unvermeidlichen Folgen von Not und Schrecken auf italienisches Gebiet zu tragen. Kein Wunder, daß darob selbst den redegewaltigen Herren von Rom das große Wort im Munde stecken bleibt.

Die Friedensfrage.

Eine Äußerung Wilsons.

Berlin, 23. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Der „Lokalanzeiger“ schreibt: Herr v. Wiegand, der hiesige Vertreter der „New-York World“, stellt uns folgende Privatdepesche zur Verfügung: „Vorigen Samstag deutete Präsident Wilson in einer seiner Reden an, daß die Zeit für Amerika, seine Dienste für die Friedensvermittlung anzubieten, in die Nähe rücke.“

„Der Krieg,“ sagte er, „ist zum Stillstand gekommen und bei Dingen, die mit Gewalt nicht zu meistern sind, müssen Beratungen einsetzen.“

Ein Antrag im Senat.

Berlin, 23. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
„B. Z. am Mittag“ meldet aus Rotterdam: Senator Newlands hat nach einer Meldung aus Washington im Senat eine Resolution eingebracht, die den Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten auffordert, Schritte zu unternehmen, um die kriegführenden Mächte zu Friedensverhandlungen zu veranlassen.

Eine Anfrage an die englische Regierung.

Berlin, 23. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Rotterdam: Verschiedene englische Pazifistengruppen wollen morgen die Äußerungen Greys erörtern. Der Abgeordnete Bon-samby wird an die englische Regierung die Frage richten, ob es nicht erwünscht sei, die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen sie bereit sei, einen Frieden zu schließen.

24. 10. 1916

Eine bemerkenswerte Rede des Statthalters von Triest Freiherrn v. Fries-Stene.

Anläßlich des Jahrestages der italienischen Kriegserklärung.

Wien, 23. Mai.

Der Statthalter von Triest Freiherr v. Fries-Stene hat eine an den Kaiser gerichtete Huldigungskundgebung der Triester Bürgererschaft mit einer bemerkenswerten Rede beantwortet, die eine bedeutungsvolle Bilanz der Ereignisse darstellt, die Triest und das Küstenland seit der Kriegserklärung Italiens erlebt haben. Der Abfall Italiens vom Dreibund und sein Verrat an den bisherigen Bundesgenossen haben über die Bewohner des Grenzgebietes nicht nur schwere wirtschaftliche Bedrängnisse gebracht, sondern hatten auch jene wilden Zerstörungserzesse der angeblichen Befreier im Gefolge, in denen sich die Ohnmacht, militärische Erfolge zu erzielen, gegen die wehrlose Zivilbevölkerung, gegen Frauen und Kinder, ausübte. Freiherr v. Fries-Stene zollte den Organen der politischen Verwaltung, die auch an den gefährlichsten Punkten in treuer Pflichterfüllung auf ihrem Posten ausgeharrt haben, verdiente Anerkennung und gab der Ueberezeugung Ausdruck, daß das seit dem Kriegsausbruch mit Italien abgelaufene Jahr die allgemeine Erkenntnis habe reifen lassen, daß Triest und der österreichische Staat für immer aufs engste verbunden sind, daß es für Triest und die Triestiner nur ein Leben in Oesterreich und mit Oesterreich gebe. Auch die Rede des Statthalters von Triest bedeutet eine feierliche Verwahrung gegen den Wahnsinn der irredentistischen Politik, und Freiherr v. Fries-Stene versprach in nachdrücklichster Weise, daß die Staatsgewalt in aller Zukunft mit der ganzen Fülle ihrer Machtmittel den Versuchen vorbeugen werde, an dem historischen Verhältnis Triests zur Monarchie zu rütteln.

Ueber die Rede des Statthalters Freiherrn v. Fries-Stene liegt nachstehender Bericht aus Triest vor:

Triest, 23. Mai.

Anläßlich des Jahrestages der Kriegserklärung Italiens ist heute beim Statthalter Freiherrn v. Fries-Stene eine Abordnung Triester Bürger erschienen, um eine an den Kaiser gerichtete Huldigungskundgebung zu unterbreiten.

Auf die Ansprache des Führers der Deputation Ritter v. Bernetti-Commasini erwiderte der Statthalter Baron Fries-Stene:

„Es gereicht mir zur hohen Befriedigung, daß die patriotisch gestimmte Bürgererschaft Triests den heutigen historischen Gedenktag wahrgenommen hat, um neuerlich in so würdiger Form ein Bekenntnis ihrer Treue und Unabhängigkeit an Kaiser und Reich abzulegen.“

Ein Jahr ist verfloßen, seit die Kriegserklärung des uns früher verbündeten Staates die Schrecken des Krieges auch in diese schönen Gegenden getragen hat. Und dieses Jahr ist ausgefüllt durch eine ununterbrochene Reihe glänzender Baffentaten, durch ungezählte Beispiele des Heldennutts und der Selbstaufopferung, die dereinst eines der stolzeften Blätter unserer Geschichte bilden werden.

Wenn heute der Donner der Kanonen zu uns herüberhallt, so wissen wir, daß unsere heldenhafte Isonzo-Armee auf treuer Wacht steht. Wo Felsen unter den Granaten zersplittern, dort haben brave österreichisch-ungarische Soldaten, erfüllt vom alten traditionellen Geist der Vaterlandsliebe und des Pflichtbewußtseins, in Not und Tod unerschütterlich standgehalten. Im engen Bercin mit unserer kampfesfrohen Marine haben sie die Grundlage für jene glorreichen Erfolge geschaffen, die heute unser aller Herz höher schlagen lassen für neue Siege, die den Krieg des Feindesland tragen und das schönste Festgeschenk bilden, das unsere lorbeerbesäumte Wehrmacht dem vielgeliebten Obersten Kriegsherrn an diesem Gedenktag darzubringen vermag.

Heute, da wir auf ein volles Kriegsjahr zurückblicken, kann ich auch mit besonderer Genugtuung feststellen, daß die loyale Bevölkerung Triests und des Küstenlandes sich dieser großen Zeit würdig erwiesen hat. Hart und schwer sind die Opfer, die der Krieg hier im Grenzgebiet jedem einzelnen auferlegt. Gerade die Kriegserklärung Italiens war es, durch die das Wirtschaftsleben unserer Stadt zum Stillstande gelangt ist. Erst sie hat jene weitgehenden Erschwerungen der Lebensverhältnisse mit sich gebracht, unter denen heute wohl alle, insbesondere aber die breiten Schichten der Triester Bevölkerung zu leiden haben. Nun sind wohl auch jenen, die bisher nicht sehen wollten, die Augen geöffnet. Sie wissen jetzt, wo unsere wahren Freunde zu finden sind. Dort der vermeintliche Befreier, der schonungslos Zerstörung und Trauer über früher so gesegnete Gebiete gebracht hat, dessen Anschlägen fast täglich friedliche Menschen ohne Wehr, Frauen und Kinder, zum Opfer fallen. Hier das unablässige Streben, alles zu tun, um die Leiden eines uns gegen unseren Willen aufgezwungenen Krieges zu erleichtern, soweit es nur möglich ist.

Es wird für mich stets eine der schönsten Erinnerungen meines Lebens sein, daß selbst in den schwersten Zeiten des Krieges und an den gefährdeten Punkten alle Organe der mir unterstellten politischen Verwaltung treu auf ihren Posten ausgeharrt haben, daß ich und meine waderen Mitarbeiter, erfüllt von redlichem Willen und gefördert durch das Wohlwollen der Zentralregierung, doch so manches zur Linderung der Kriegsnot beitragen konnten. Ein schweres Jahr haben wir zusammen verlebt und in dieser Zeit sind wir, wie ich hoffe, einander noch näher gekommen. Möge die Frucht des eben verfloßenen Jahres die allgemeine Erkenntnis sein, daß Triest und der österreichische Staat für immer aufs engste verbunden sind, daß es für Triest und die Triestiner nur ein Leben in Oesterreich und mit Oesterreich gibt, und wenn sich je wieder eine Hand erheben sollte, um an diesen Banden zu rütteln, die Natur und Geschichte gleich innig gestaltet haben, dann soll ihr vermessenes Beginnen an den einmütigen Mißbilligung aller Gutgesinnten scheitern, die sich der wahren Interessen ihrer Vaterstadt bewußt sind und denen die Staatsgewalt stets mit der ganzen Fülle ihrer Machtmittel schützend und fördernd zur Seite stehen wird.

So danke ich denn Ihnen, meine sehr verehrten Herren, daß Sie als gute Oesterreicher heute zu mir gekommen sind. Es wird mir eine ehrenvolle Pflicht sein, Ihre Kundgebung Sr. Majestät unserem allergnädigsten Kaiser zu unterbreiten, der Triest stets ein so gültiger Verbundener und unter dessen glorreichem Zepter unsere Stadt und das ganze Küstenland bald einer neuen Zeit des Aufschwunges und blühenden Wohlstandes entgegengehen werden.“

24. IV. 1916

**Eine politische Mission des Herzogs
von Connaught in Rom.**

Eugano, 23. Mai. (Privattele-
gramm.) Der „Secolo“ meldet aus Turin:
Montag früh ist der Herzog von Connaught
aus Paris in strengstem Inognito hier an-
gekommen und ist nachmittags nach Rom
weitergereist, wo er eine wichtige poli-
tische Mission auszuführen haben soll.

**Ein Telegramm an Generaloberst Freiherrn
v. Conrad.**

Berlin, 24. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die Reichsdeutsche waffenbrüderliche Vereinigung hat an den Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, Generalobersten Freiherrn Conrad von Sötenndorf, folgendes Telegramm gerichtet:

„Als Pflegerin der hohen idealen treuesten Kameradschaft mit der Donaumonarchie im Kampfe und im Frieden teilt die Vereinigung die jubelndste Freude des ganzen deutschen Volkes über die herrlichen Waffenerfolge der k. u. k. Armee über den verräterischen Feind und bittet Euer Exzellenz, am heutigen Jahrestage der frevelhaften Kriegserklärung die ehrerbietigsten Glückwünsche zu den glänzenden Kriegstaten entgegennehmen zu wollen. Die Reichsdeutsche waffenbrüderliche Vereinigung.“

Rumänien.

Berlin, 24. Mai. (Tel. des „Fremden-Blatt“.)
 „Ulro Rossij“ berichtet, daß die Ententediplomatie
 in Bukarest offenbar ein vollständiges Fiasko
 erlitten habe. Die Annäherung Rumäniens an den Zen-
 tralverband wird mit jedem Tag sichtbar. Der
 Warenaustausch zwischen den Zentralmächten und
 Rumänien hat bereits lebhaft eingesetzt. Trotz unserer mit
 Klumpheit in Aktion gesetzten Vorstellungen bei der rumäni-
 schen Regierung können wir das rumänisch-deutsche Geschäft
 nicht mehr verhindern. Es hieße Vogel Strauß-Politik
 treiben, wollte man die politische Gefahr, die sich
 aus dieser wirtschaftlichen Verständigung für die Alliierten
 ergibt, verkennen und sie zu leugnen suchen. Zuverlässige
 und einwandfreie Mitteilungen aus Bukarest stellen fest, daß
 ein bulgarisch-rumänisches Wirtschaft-
 übereinkommen in Vorbereitung ist. Man dürfe
 nicht verkennen, welches Wachsen der Gefahr für die Entente
 auf dem Balkan ein solches Abkommen bedeutet. In
 Petersburg, Paris, London und Rom müsse man sich vor
 halben Maßnahmen hüten. Nur durchgreifende Energie
 verspreche Erfolg.

Die Internationale Telegraphen-Agentur meldet aus
 Bukarest, daß der ehemalige Rektor der Universität Jassi,
 der Abgeordnete Konstantin Stere, sich nach Wien be-
 geben habe.

Eine „nationale Regierung“ unter Majorescu?

Budapest, 24. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
 „Esti Ujsag“ meldet: Majorescu, der ehemalige rumäni-
 sche Ministerpräsident, erklärte im Bukarester Blatte „Kara“,
 daß er das Präsidium der in naher Zukunft
 zu errichtenden nationalen Regierung
 akzeptiert habe. Rumänien werde auch während der
 neuen Regierung die neutrale Politik fortsetzen.
 Majorescu erzählte sodann, Bratianu habe mit großem
 Eifer und Patriotismus die auswärtige Politik des Landes
 geleitet und gezeigt, daß Rumänien sich nicht auf politische
 Abenteuer einlassen wolle. Bratianu selbst habe Majo-
 rescu ersucht, das Präsidium des nationalen Kabinetts an-
 zunehmen und sei selbst bestrebt gewesen, die Differenzen zwi-
 schen den verschiedenen Parteien auszugleichen.

25./V. 1916

Der Vorschlag des Friedenskonferenzen?

Die englische Regierung habe mit lebhaftem Interesse den bisherigen Verlauf der Krise verfolgt und lege Wert darauf, uns zu versichern, daß sie Sympathien für unseren Standpunkt hege und unsere Grieffs gegen Serbien vollkommen verstehe.

Wenn somit England keinen Grund habe, unseren Streitfall mit Serbien an sich zum Gegenstande besonderer Präokkupation zu machen, so könne derselbe doch nicht der Aufmerksamkeit des Londoner Kabinetts entgehen, weil dieser Konflikt weitere Kreise ziehen und dadurch den europäischen Frieden in Frage stellen könne.

Nur aus diesem für England in Betracht kommenden Grunde habe sich Sir E. Grey veranlaßt gesehen, eine Einladung an die Regierungen jener Staaten zu richten, die an diesem Konflikt nicht näher interessiert seien (Deutschland, Italien und Frankreich), um gemeinschaftlich mit ihnen im Wege fortlaufenden Gedankenaustausches die Möglichkeiten zu prüfen und zu erörtern, wie die Differenz möglichst rasch ausgeglichen werden könnte. Nach dem Muster der Londoner Konferenz während der letzten Balkanrise sollten, nach Anschauung des englischen Staatssekretärs, die Londoner Botschafter der genannten Staaten sich zu dem angegebenen Zwecke in fortlaufendem Kontakt mit ihm halten. Sir E. Grey habe bereits von den betreffenden Regierungen sehr freundschaftlich gehaltene Antworten erhalten, worin dieselben dem angeregten Gedanken zustimmen. Gegenwärtig wäre es der Wunsch des Herrn Staatssekretärs, wenn möglich, den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien in erster Stunde zu verhindern, wenn dies aber nicht tunlich wäre, doch vorzubeugen, daß es zu einem blutigen Zusammenstoß komme, eventuell dadurch, daß die Serben sich zurückziehen könnten, ohne den Kampf aufzunehmen. Die von Serbien an uns eingelangte Antwort scheine die Möglichkeit zu bieten, eine Basis für eine Verständigung abzugeben. England sei gern bereit, hiebei in unserem Sinne und nach unseren Wünschen seinen Einfluß zur Geltung zu bringen.

Ich dankte dem Herrn Botschafter für die Mitteilung Sir E. Greys und erwiderte ihm, daß ich der Auffassung des Herrn Staatssekretärs volle Würdigung zu zollen wisse. Sein Standpunkt sei aber von dem meinigen naturgemäß verschieden, da England an dem Streitfalle zwischen uns und Serbien nicht direkt interessiert sei und der Herr Staatssekretär wohl kaum gründlich orientiert sein könne über die schwerwiegende Bedeutung der zu lösenden Fragen für die Monarchie. Wenn Sir E. Grey von der Möglichkeit rede, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern, so komme dieser Gedanke zu spät, da gestern bereits serbischerseits auf unsere Grenzsoldaten geschossen und heute von uns der Krieg an Serbien erklärt wurde. Was die Idee eines Transigierens auf Grund der serbischen Antwortnote anbelangt, müsse ich eine solche ablehnen. Wir hätten die integrale Annahme gefordert, Serbien habe sich durch Winkelzüge aus der Verlegenheit zu ziehen gesucht. Uns seien diese serbischen Methoden nur zu gut bekannt.

Sir Maurice Bunsen könne unseren Standpunkt durch seine hier erworbenen Lokalkenntnisse gewiß richtig einschätzen und werde in der Lage sein, Sir E. Grey hierüber ein genaues Bild zu geben.

Insofern Sir E. Grey dem europäischen Frieden dienen wolle, würde er gewiß nicht auf Widerstand bei uns stoßen. Er müsse jedoch bedenken, daß der europäische Friede nicht dadurch gerettet würde, daß sich Großmächte hinter Serbien stellen und für dessen Straffreiheit eintreten. Denn selbst wenn wir auf einen solchen Ausgleichsverfuch eingehen wollten, würde dadurch Serbien nur umso mehr ermutigt, auf dem bisherigen Pfade weiterzugehen, was den Frieden binnen der aller kürzesten Zeit abermals in Frage stellen möchte.

Der englische Botschafter versicherte mir zum Schlusse, daß er unseren Standpunkt vollkommen verstehe, andererseits aber bedauere, daß unter solchen Umständen der Wunsch der englischen Regierung, einen Ausgleich zu erzielen, derzeit keine Aussicht auf Verwirklichung habe. Er hoffe, mit mir weiterhin in Kontakt bleiben zu dürfen, was ihm wegen der großen Gefahr einer europäischen Konflagration von besonderem Werte wäre.

Ich erwiderte, ich stünde dem Herrn Botschafter jederzeit zur Verfügung, womit unsere Konversation schloß.

Wenn der deutsche Reichskanzler in der Newyorker „World“ ausführt, daß die Konferenz nach zwei, dreiwöchiger Beratung gescheitert und inzwischen Rußland, wo die Mobilisierung schon im vollen Zuge war, nur noch besser gegen die Zentralmächte gerüstet gewesen wäre, so beleuchtet er dadurch die Doppelzüngigkeit des Orenschers Vorschlags auch von der anderen Seite, legt aber gleichzeitig auch Zeugnis dafür ab, daß die Zentralmächte genug Vorausicht besäßen, um dem durchsichtigen englischen Trick nicht auf den Leim zu gehen.

Die Tatsachen selbst jedoch, die wir nachzuweisen wünschten, sind die folgenden:

1. Der Konferenzvorschlag des Sir Edward Grey war kein Friedensangebot, vielmehr sollte er dazu dienen, der Entente einen gewaltigen diplomatischen Erfolg zu verschaffen und der Großmachtstellung der Monarchie den Gnadenstoß zu geben, indem er diese vor das Disziplinargericht der Entente zu zitieren trachtete.

2. Als ausgeschlossen ist zu betrachten, daß ein Ratsschlag befolgt worden wäre, der unserer Monarchie die Annahme der Konferenz vorgeschlagen hätte, da Graf Berchtold deutlich erklärt hat, „der europäische Friede könne nicht auf die Art gerettet werden, daß einzelne Großmächte sich hinter Serbien stellen und für dessen Straffreiheit eintreten“.

25./V. 1916

Friedensvermittlung?

Nach einer Drahtmeldung aus Amerika hat Präsident Wilson bei einer Festfeier eine Rede gehalten, in der er, soweit die vorliegenden Berichte erkennen lassen, ausgesprochen hat, es sei nun für die Vereinigten Staaten die Zeit gekommen, ihre Dienste zur Herbeiführung des Friedens zwischen den kriegsführenden Ländern Europas anzubieten. Er hat diese Ankündigung damit begründet, daß die kriegerischen Operationen stille ständen. Wenn man einander aber nicht überwältigen könne, so müsse man verhandeln. Amerika habe versucht, ein Beispiel dafür zu geben, wie die ganze Welt auf der Grundlage der Freiheit, der Zusammenarbeit und des Friedens zusammengebracht werden könne. Der Präsident der Vereinigten Staaten sieht in dem, was gegenwärtig auf dieser Seite der Atlantischen See vor sich geht, einen riesigen Prozeß, durch den der Kampf der Elemente nach Gottes Ratsschluß in eine Beordnung und Zusammenarbeit umgewandelt werden könne, und er meint, nach Wind, Erdbeben und Feuer werde wie bei dem Propheten eine stille sanfte Stimme kommen, die dort Jannes Stimme war, hier die der Menschlichkeit sein werde.

Es handelt sich bei diesen Mitteilungen nur um einen dürftigen Auszug, von dem man nicht sagen kann, wie weit er den Inhalt der Rede wirklich wiedergibt. Man kann auch, solange man nicht Näheres weiß, nicht recht beurteilen, wie weit auf diese Rede die Stimmung der amerikanischen Bevölkerung, die Betrachtung des nun bald zwei Jahre sich hinziehenden Krieges oder die Rücksicht auf die kommende Präsidentenwahl eingewirkt hat. Es liegt auf der Hand, daß Herrn Wilsons Aussichten auf einen zweiten Termin als Präsident sich gewaltig steigern würden, wenn er mit Erfolg das Amt des Friedensvermittlers in dem jetzigen Weltkrieg ausüben könnte. Es ist wohl denkbar, daß diese Erwägung Herrn Wilson nicht fremd ist. Dennoch braucht man nicht zu bezweifeln, daß er als Präsident der Vereinigten Staaten auch ein großes unmittelbares Interesse am Zustandekommen des Friedens hat. Wenn auch Munitionsfabrikanten und andere Beute in Amerika aus dem Krieg glänzende Gewinne gezogen haben, so leidet doch trotzdem auch dieses große Gemeinwesen unter dem Kriege, und es läßt sich denken, daß eine einigermaßen vernünftige Regierung danach trachten wird, diesem Zustande ein Ende zu machen. Die Friedensbotschaft, die der Papst an Wilson gerichtet hat, ist zwar in ihrem vollen Inhalt nicht bekannt geworden. Daß sie sich aber auf die Herstellung eines allgemeinen Friedens bezogen hat, scheint richtig zu sein, und so wäre es durchaus möglich, daß auch diese Anregung auf den Präsidenten Eindruck gemacht hat. Aber welches auch die Motive und Ziele des Präsidenten sein mögen, auf alle Fälle ist seine Ankündigung ein neues und wichtiges Symptom dafür, daß man in Amerika den Wunsch hat, der Krieg möge ein Ende nehmen, und daß man den Zeitpunkt, mit dem Friedensverhandlungen zu beginnen, für gekommen erachtet.

Es ist begreiflich, daß die Aussicht, den Präsidenten Wilson als Vermittler des Friedens zwischen Deutschland und England zu sehen, bei uns keine Begeisterung auslöst. Herr Wilson hat auch kein Recht, sich über eine kühle Aufnahme seiner Ankündigung zu beklagen. Denn man kann mit Grund sagen, daß er sehr wirksame Mittel, den Krieg abzukürzen, zu Gunsten Englands unbenützt gelassen hat, und man hat bei uns in weiten Volkskreisen das Gefühl, daß die amerikanische Neutralität zu manchen Zeiten von wirklicher Feindschaft sich nur ganz wenig unterschieden hat. Aber Deutschland muß auch in dieser Hinsicht die Sentimentalität aufgeben und darf sich nicht von Gefühlen des Getränktheins oder des Vergeltungsdranges bestimmen lassen. Das wird schon unsere deutsche Sachlichkeit uns verbieten. Nach den im Haag von allen Völkern getroffenen Vereinbarungen ist es geradezu internationales Recht, seine guten Dienste oder Vermittlung anzubieten und die Ausübung dieses Rechts darf von keinem der Beteiligten als unfreundlicher Akt angesehen werden. Wenn also Amerika eines Tages seine guten Dienste zur Anbahnung des Friedens anbieten sollte, so wird das bei uns weder Dankbarkeit noch besondere Freude hervorrufen, aber wir werden uns auch davor hüten müssen, zornig aufzufahren und auf das Angebot, wie immer es auch gemeint sein möge, mit einem entrüsteten „Niemals!“ zu antworten. Was wir vom Frieden halten, weiß seit Monaten die Welt, der deutsche Reichskanzler hat es in aller Form im

Reichstage und erst neulich wieder in einer Unterredung mit einem amerikanischen Journalisten mitgeteilt. Wenn also Herr Wilson seine guten Dienste anbiete, so würde er, denken wir, dieselbe Antwort hören, die wir schon seit Monaten erteilt haben, daß wir gar kein Verlangen haben, den Krieg fortzusetzen, und daß wir zu einem Frieden, der den Ergebnissen des Krieges entspricht und Deutschlands Sicherheit im Osten und Westen verbürgt, durchaus bereit sind. Um einen Anspruch Wilsons, daß gewissermaßen die Friedensverhandlungen unter seiner Leitung geführt werden, handelt es sich ja nach dieser Rede nicht. Ein solcher Anspruch ginge über die bloße Vermittlung eines Friedens weit hinaus, und Deutschland müßte sich allerdings mit großer Vorsicht überlegen, ob es zu Herrn Wilson das nötige Maß von Vertrauen hätte, um ihm die Rolle des ehrlichen Mädlers zu übergeben.

Ob auf der anderen Seite dieselbe Bereitwilligkeit zu einem Frieden vorhanden sein wird wie bei uns, das wird Herr Wilson ja erfahren, wenn er seine guten Dienste wirklich anbietet. Nach der Rede, die Grey soeben im englischen Unterhause gehalten hat, sieht es noch nicht danach aus, als sei bei ihm schon die rechte Stimmung vorhanden. Nachdem soeben erst der Reichskanzler ganz mit Recht betont hat, es habe gar keinen Zweck, immer wieder mit den alten Anklagen aus der Vergangenheit zu kommen, man solle sagen, was man für die Zukunft wolle, erschöpft sich Grey wieder in den alten törichtigen Anklagen und Rechthabereien, und erklärt, es habe keinen Zweck, mit dem deutschen Volke zu verhandeln, solange es noch immer mit Lügen genährt werde. Dieser Standpunkt zeigt, wenn er nicht dazu dienen soll, die wirkliche Meinung zu verbergen, einen Mangel an staatsmännischem Sinn, der erlaunlich ist. Ob man dem Präsidenten Wilson, wenn er England seine Dienste anbietet, dieselbe Antwort geben wird, das können wir abwarten. Herr Wilson hat gesagt, daß man verhandeln müsse, wenn man den Gegner nicht niederwerfen könne. Grey ist entweder anderer Ansicht oder meint immer noch, daß er Deutschland niederwerfen könne. Um dieses Wahnes willen soll also der Krieg noch monatelang fortgeführt werden und Tausende blühender Männer Blut und Leben verlieren. Werden die Neutralen mit Einschluß Wilsons nicht schließlich doch erkennen, wo das wirkliche Hindernis für den Frieden der Welt liegt und wer die Verantwortung für die Fortsetzung dieses Krieges trägt?

•
y Basel, 24. Mai. (Priv.-Tel., ff.) Zu dem Friedensvermittlungsangebot des Präsidenten Wilson schreiben die „Baseler Nachrichten“:

Wir glauben nicht, daß Wilsons Vermittlungsangebot, wenn es wirklich erfolgt, von der einen oder anderen Seite schroff abgelehnt werden wird. Schlimmstenfalls ist das Ergebnis ein Notenwechsel, der rasch verhandelt, aber doch Wilsons Prestige bei der amerikanischen Wählerschaft erhöht und seinen durch den Abfall Brhans erschütterten Ruf bei den Friedensfreunden wieder herstellt. Bestenfalls aber kann aus Wilsons Vorgehen ein guter Anfang zum Friedenswerk entstehen. Es kann soweit gedeihen, daß die kriegsführenden wenigstens einmal ihre Minimalbedingungen darlegen.

25. IV. 1916

Das italienische Kriegsjubiläum

Sp. Rom, 25. d. (Stefani) Telegramme aus Mailand, Turin, Venedig, Florenz, Genua, Neapel, Palermo, Bologna, Livorno, Ancona, Cagliari, Perugia und allen andern Städten Italiens melden, daß der Jahrestag des Kriegsbeginns allenthalben mit ungeheurer Begeisterung gefeiert wurde. Alle Städte waren in den italienischen Farben geschmückt und in denjenigen der Alliierten. Die Geschäfte hatten geschlossen. In den Schulen und Kasernen fanden Feste statt. Ueberall wurden Zeichnungslisten aufgelegt zugunsten der verschiedenen Wohltätigkeitswerke für die Soldaten und ihre Familien. Depeschen wurden abgesandt an den König, Salandra, General Cadorna und den Herzog der Abruzzen. Es fanden patriotische Kundgebungen statt, in deren Verlauf man den König, Heer und Flotte hochleben ließ. Messen wurden gelesen für die gefallenen Soldaten in Anwesenheit der Behörden, der Bischöfe und der Vereine. Gruppenweise pilgerte man auf die Friedhöfe zu den Gräbern der Gefallenen und legte an den Gräbern der für das Vaterland Gestorbenen Kränze nieder. Auch wurden besondere Gedenksteine eingeweiht.

Die Friedensvermittlung.

Äußerungen des spanischen Ministerpräsidenten.

Z Budapest, 24. Mai. (Priv. Tel.)

Aus Madrid meldet der N. O. Est: Ministerpräsident Graf Romanones erklärte dem Berichterstatter des N. O. Est gegenüber, daß Spanien im Sinne der Thronrede des Königs sämtl. n kriegführenden Parteien gegenüber eine strenge wohlwollende Neutralität aufrecht erhalten werde.

Zur Frage der Friedensvermittlung erklärte der Ministerpräsident:

„Ich kann Ihnen nur soviel sagen, als der König bereits öffentlich in seiner Thronrede erklärt hat. Wir wünschen das Ende des Krieges, sehen jedoch den Augenblick der Vermittlung noch nicht als gekommen. Wir werden mit Freude zur Vermittlung des Friedens dazwischentreten, falls uns die Kriegführenden darum ersuchen.“

Erneute Vermittlungsversuche der Stockholmer Konferenz.

in Bern, 24. Mai. (Priv. Tel.)

Der Berner Bund meldet aus Stockholm: In der ersten Sitzung des endgültig gewählten Zentralkomitees der neutralen Konferenz begrüßte der norwegische Staatsanwalt Loefen die neugewählten Mitglieder und betonte die Notwendigkeit, in Anbetracht der günstigen gegenwärtigen Lage, erneute Vermittlungsversuche zu unternehmen.

Als vorläufiger Vorsitzender wurde Prof. Emily G. Balch (Amerika) gewählt. Ein von Ford eingetroffenes Telegramm kündigte dessen baldige Ankunft in Stockholm an.

Vier amerikanische Journalisten, die eben aus Paris und London gekommen waren, nahmen an der Sitzung teil und berichteten in längeren Ausführungen über ihre Eindrücke. In einem nach Amerika gesendeten Telegramm wurde die baldige persönliche Mitarbeit von Ford und anderen hervorragenden Amerikanern als dringend notwendig erbeten. An den Präsidenten Wilson wurde ein Telegramm abgeendet, worin die Stockholmer neutrale Konferenz nachdrücklichst den Appell unterstützt, den der holländische Anti-Kriegs-Raad an die amerikanischen Pazifisten richtete. Präsident Wilson wurde dringend gebeten, die Initiative für eine neutrale offizielle Konferenz zu ergreifen, damit diese ihre Vermittlung anbiete und einen auf Recht gestützten dauernden Frieden herbeiführe.

Friedensdebatte im englischen Unterhause.

Eine Erklärung Greshs gegen Friedensverhandlungen.

Es ist Sache Frankreichs, über den Frieden zu sprechen.
London, 24. Mai.

Ponsonby und Ramsay MacDonald lenkten die Aufmerksamkeit auf die Unterredungen, die Gresh und der deutsche Reichskanzler jüngst amerikanischen Journalisten gewährten. Sie folgerten, daß in dem deutschen Interview nichts mit den Erklärungen Greshs im Widerstreit stände und daß keine unübersteigbare Schranke die Friedensverhandlungen verhindere.

Sir Edward Gresh erwiderte, wenn er der Ansicht wäre, daß die deutsche Regierung, die deutsche öffentliche Meinung und der Krieg soweit vorgeschritten seien, daß die Alliierten Regierungen den Frieden, der mit ihrem Ziel vereinbar sei, durch Reden über den Frieden näher bringen könnten, so würde er Dutzende von Reden halten, aber die Zeit sei dazu noch nicht gekommen. Alle Alliierten seien verpflichtet, nur gemeinsame Friedensbedingungen vorzubringen, und eine Erklärung über die Friedensbedingungen, die England und den Alliierten annehmbar seien, könne nur nach Beratschlagung mit den Alliierten abgegeben werden.

Gresh wies ferner darauf hin, daß sein Interview keine neue Erklärung enthielt, und fuhr fort: Ponsonby betonte, daß der deutsche Reichskanzler und ich uns nicht in Beschuldigungen über die Ursachen des Krieges ergehen sollten. Ich scheue mich nicht, immer wieder zu sagen: Dieser Krieg hätte vermieden werden können durch die Annahme der Konferenz, die vorgeschlagen wurde. (Beifall.) Warum wurde die Konferenz nicht angenommen? Weil kein guter Wille vorhanden war. Erst kurz vorher war ihr die Balkankonferenz vorangegangen. Ich wünschte, daß die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung ihre Berichte veröffentlichten über die Rolle, die wir in dieser Konferenz spielten. Ich sah sie niemals, aber ich bin ganz sicher, daß niemand diese Konferenz mitmachte, der nicht bereit wäre, die Tatsache zu bezeugen, daß die Haltung der englischen Regierung durchaus und vollkommen von gutem Glaben befestigt war.

Wenn der Reichskanzler sagt, daß die zweite Konferenz gegen Deutschland ausgenutzt und daß dieser Vorteil zur Vorbereitung auf den Krieg angewandt würde und so fort, Dinge, von denen wir zu jener Zeit nicht redeten, so sage ich, daß die Haltung, die wir während der damals gerade beendigten Konferenz beobachteten, uns berechtigt, zu sagen, daß die Konferenz, wie sie am Vorabend des Krieges vorgeschlagen wurde, so geartet gewesen wäre, daß diejenigen, welche die Erfahrung der vorhergegangenen Konferenz hatten, sie mit Vertrauen und gutem Willen hätten annehmen sollen. (Beifall.) Ich kann nicht mit Ponsonby übereinstimmen, daß die veröffentlichte Unterredung mit dem Reichskanzler oder seine Rede im vorigen Monat die Bereitschaft zum Frieden zeige, die Ponsonby darin zu finden schien. Wenn Deutschland zu allen Friedensbedingungen bereit ist, die der Abgeordnete angibt, warum sagt er das nicht? Ich kann in dieser Unterredung des Reichskanzlers nichts Neues hinsichtlich der Friedensbedingungen finden. Ich finde eine Sache darin neu, nämlich die Aeußerung, daß unsere Haltung in den Verhandlungen, betreffend Bosnien, damals, als Oesterreich-Ungarn Bosnien annektierte, kriegerisch war. Das ist neu, und es ist eine Lüge erster Klasse. Die Idee, daß wir versuchten, Rußland zum Kriege zu drängen, und daß wir sagten, unser Land würde bereit sein, in einen Krieg wegen Bosnien einzutreten, daß dies unsere Haltung war, das ist gerade das Gegenteil der Wahrheit. (Beifall.) Wenn Sie davon reden, an die Vernunft zu appellieren, oder davon, die Vernunft zum Siege über die Macht zu bringen, oder davon, dem deutschen Volke Vernunft zu predigen, so sage ich: Sie können nicht vernünftig mit dem deutschen Volke reden, solange es mit Lügen gefüttert wird und nichts von der Wahrheit weiß.

Der deutsche Reichskanzler sagte in seinem letzten Interview, diejenigen seien für die Fortdauer des Krieges

verantwortlich, die Deutschlands Bedingungen nicht annehmen wollen, und die Karte, die die augenblickliche militärische Lage zeige, würde uns sagen, worin diese Bedingungen bestünden. Wir haben auch die früheren Reden des Reichskanzlers über den Charakter der deutschen Bedingungen. Das sind Bedingungen eines siegreichen Deutschland, die die deutschen Interessen beschützen, auf die Interessen der anderen Völker keine Rücksicht nehmen und die, wenn sie angenommen werden würden, die anderen europäischen Staaten Deutschland auf Gnade und Ungnade auslieferten, wenn es seine Angriffspolitik gegen sie wieder aufnehmen wollte. Es ist kindisch, zu sagen: weil Deutschlands Feinde die Friedensbedingungen, die Deutschland genehm sind, ohne Rücksicht auf die eigenen Interessen nicht annehmen wollen, deshalb seien sie verantwortlich für die Fortdauer des Krieges. Das, was tatsächlich in diesem Augenblick mehr als irgend etwas anderes für die Fortdauer des Krieges verantwortlich ist, ist der Umstand, daß die deutsche Regierung immer wieder sagt, sie habe den Krieg gewonnen, oder sie werde ihn in der nächsten Woche gewinnen und die Alliierten seien geschlagen. Tatsache ist, daß die Alliierten nicht geschlagen sind. (Langer, lauter Beifall.) Sie werden auch nicht geschlagen und der erste Schritt zum Frieden würde der sein, wenn die deutsche Regierung beginnt, diese Tatsache zu erkennen.

Wenn einer der Alliierten in diesem Augenblick ein besonderes Recht hat, über den Frieden zu sprechen, so ist es die Regierung Frankreichs, auf das seit einigen Wochen die konzentrierte Wut des deutschen Angriffes fiel. Die Tapferkeit der französischen Armee während der langen Schlacht von Verdun rettet Frankreich und auch die Alliierten. Ist das für uns der Augenblick, um etwas anderes zu tun, als uns auf den Ausdruck unserer Entschlossenheit zu beschränken, diesem Alliierten die vollste Unterstützung zu gewähren, die in unserer Macht liegt? (Beifall.) Wenn jemand in diesem Augenblick ein Recht hat, vom Frieden zu sprechen, so ist es die französische Regierung. Der französische Ministerpräsident hat gesprochen, und wenn die Zeitungsberichte richtig sind, so sagte er: „Was werden die kommenden Generationen sagen, wenn wir die Gelegenheit entschlüpfen lassen, einen festen, dauernden Frieden für Frankreich zu schaffen!“ Das ist auch unsere Empfindung, und wir wünschen mit unseren Alliierten die Früchte dieses Krieges in einem Frieden begründet zu sehen, der nicht nur wenige Jahre und nicht nur für eine oder zwei Generationen Dauer hat, sondern der für alle Zukunft die Welt vor einer solchen Katastrophe, wie dieser Krieg, bewahren soll. In diesem Empfinden halte ich es im gegenwärtigen Augenblick für die Aufgabe der Diplomatie, die Solidarität der Alliierten angesichts des Feindes aufrechtzuerhalten, wie sie denn auch vollständig aufrechterhalten wird. (Beifall), und die notwendigen militärischen und maritimen Maßregeln im vollsten Maße zu unterstützen, die von den Alliierten gemeinsam unternommen werden, um diesen Krieg zu einem Punkt zu bringen, der noch nicht erreicht ist, aber wo Aussicht auf einen sicheren, dauerhaften Frieden zur Wirklichkeit werden könnte. (Lauter Beifall.)

Greys Antwort.

Herr Grey hat heute auf die letzten Bemerkungen Bethmann Hollwegs geantwortet. Zwei Mitglieder des Unterhauses, die den Friedensgedanken durch den ganzen Krieg hindurch hochgehalten haben, Bonsonby und Macdonald, erörterten die Unterredungen, die Grey und Bethmann Hollweg mit amerikanischen Journalisten hatten, und kamen zu dem Schlusse, daß der Reichskanzler nichts gesagt habe, was mit Greys Erklärungen im Widerspruch stünde. Keine unübersteigbare Schranke verhindere demnach Friedensbestrebungen. Darauf hat nun Grey geantwortet, und zwar, da er davon anscheinend noch immer nicht ablassen kann, vorerst mit Beschuldigungen über Vergangenes. Da wir mit dem Reichskanzler darin durchaus übereinstimmen, daß derlei Beschuldigungen nunmehr keinen Zweck haben und alles andere denn dazu geeignet sind, zum Frieden zu führen, so können wir die Grobheiten, die sich Herr Grey da leistete, ohne Ueberwindung überschlagen. Ungleich wichtiger ist, was der englische Staatssekretär auf Bethmann Hollwegs Mahnung zu antworten weiß. Und da kann man nur sagen, daß er die Worte des Reichskanzlers verdreht und entstellt. Er behauptet, der Reichskanzler habe in seiner Unterredung gesagt, „diejenigen seien für die Fortdauer des Krieges verantwortlich, die Deutschlands Bedingungen nicht annehmen wollen, und die Karte, die die augenblickliche militärische Lage zeige, sage den verbündeten Gegnern, worin diese Bedingungen bestünden“. Das hat Bethmann Hollweg nicht gesagt! In Wahrheit legt der Reichskanzler das Schwergewicht auf **U n t e r h a n d l u n g e n**: „Nur wenn sich die Staatsmänner der kriegführenden Länder auf den Boden der wirklichen Tatsachen stellen, wenn sie die Kriegslage so nehmen, wie sie jede Kriegskarte zeigt, wenn sie mit dem ehrlichen Willen, das entsetzliche Blutvergießen zu beenden, bereit sind, untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch zu erörtern, nur dann werden wir uns dem Frieden nähern. Wer dazu nicht bereit ist, der trägt die Schuld, wenn sich Europa noch fernerhin zerfleischt und verblutet.“ Es ist schon ein beträchtlicher Unterschied dazwischen, „die Kriegslage so zu nehmen, wie sie jede Kriegskarte zeigt“, und „Deutschlands Bedingungen annehmen“; indem aber der Kanzler den Nachdruck auf die praktische Erörterung der kriegführenden untereinander über die Kriegs- und Friedensprobleme legt, hat er wohl deutlich zu erkennen gegeben, daß er an kein Diktat denkt, daß er wohl Bedingungen für **F r i e d e n s v e r h a n d l u n g e n**, nicht aber für den **F r i e d e n s v e r t r a g** aufstellt. Für die „praktische Erörterung“ des Friedensproblems stellt der Reichskanzler nur eine Bedingung auf: daß die Gegner die Dinge nehmen, wie sie wirklich sind, daß sie sich von jenen Einbildungen freimachen, die mit der wirklichen Kriegslage im stärksten Gegensatz stehen. Es ist demnach eine ganz erstaunliche Auslegung, die Herr Grey den Worten des Reichskanzlers gibt. Bisher war es bei den Gegnern nämlich üblich, Deutschlands Stimmung schwarz zu färben, es als zermürbt, niedergedrückt, verzweifelt zu schildern. So etwa noch unlängst Herr Briand, der versicherte, daß Deutschland „in Furcht, Angst und Gewissensbissen lebt“. Herr Grey macht es umgekehrt: er transponiert die nüchtern-besonnenen Worte des Reichskanzlers in diktatorische, triumphierende Tonart; er redet den Gegnern gleichsam zu, mehr zu verlangen und, anstatt zu Unterhandlungen zu raten, einen herrschsüchtigen Befehl zu erlassen. Herr Grey bestreitet, daß die Centralmächte das große Ringen gewonnen haben, aber er will es nicht gelten lassen, daß sie anders denn als befehlende Sieger auftreten.

Es ist natürlich nicht zu verkennen, was der englische Minister anstrebt: nämlich eine genaue Erklärung darüber, daß die „Kriegslage, wie sie jede Kriegskarte zeigt“, nicht das allein bestimmende Maß des Friedens sein soll, daß Deutschland nicht willens sei, die augenblickliche Kriegslage als den Inhalt des Friedens aufzustellen. Wir haben den Eindruck, daß hier das „Gespräch“, von dem der Reichskanzler in seiner Rede im Reichstag am 6. April gesprochen, eigentlich bereits angehoben habe und jene „praktische Erörterung“, die Herr Grey des-

halb, weil die Franzosen bei Verdun standhalten, mit äußerlichem Hochmut noch zurückweisen zu können glaubt, sozusagen schon im Gange sei. Denn der eigentliche Kern der Kriegs- und Friedensprobleme ist natürlich, was die Centralmächte als ihren Anspruch aufstellen wollen; wenn darüber, was ihre Forderung an den künftigen Frieden ist, mit dem, was Grey einen „sicheren, dauerhaften Frieden für die Verbündeten“ nennt, in großen Zügen ein Einklang hergestellt sein würde, wäre danach alles übrige ein Kinderspiel; das sind dann Ausfüh rungseinzelheiten, über die sich eine Einigung un schwer ergeben würde. Ausschlaggebend ist, daß, wie es auch der Reichskanzler andeutet, alle Kriegsführenden in ihr Bewußtsein der ehrlichen Willens aufnehmen, das entsetzliche Blutvergießen zu enden, daß sich also alle mit Friedenszielen erfüllen und ihre Ansprüche mit Rücksicht auf diese Ziele gestalten. Die Unmittelbarkeit, womit die verantwortlichen Staatsmänner einander antworten, scheint zu besagen, daß diese große und entscheidende Auseinandersetzung begonnen hat, und da ist es sicherlich bemerkenswert, daß sich von den ursprünglichen Rache- und Vernichtungszielen in der Rede des englischen Staatssekretärs kein Hauch mehr vorfindet, daß sie bis auf die letzte Spur verschwunden sind. Nicht mehr auf **U e b e r w ä l t i g u n g** sind nun die englischen Reden gestimmt, selbst die Ausrottung des „preussischen Militarismus“ ist verschwunden und übriggeblieben ist eigentlich nur das Verlangen, daß der künftige Friede nicht bloß, wie es Bethmann Hollweg sagte, Deutschland „die Gewähr gegen künftige Angriffe durch eine Koalition seiner Feinde bietet“, sondern auch Sicherheiten gegen kriegerische Angriffe den Gegnern Deutschlands verbürgt; das Ausrottungsgeschrei hat sich in die Forderung verwandelt, daß aus dem Kriege ein Friede erblühen soll, der für alle Zukunft die Welt vor einer solchen Katastrophe wie diesem Krieg bewahren soll“. Das wünschen wir alle; und so liegt der Gegensatz nicht mehr im Ziel, nur noch darin, wie sich dieses Sehnsuchtsziel wohl verwirklichen ließe. Es ist noch immer ein großer Gegensatz, denn in ihm ist ja die Frage nach den Sicherungen enthalten, die sich aus Gebietsgrößen und Gebietsmacht ergeben; aber es ist doch kein Gegensatz in Kriegszielen, nur noch in Friedenszielen. Hoffen wir also, daß der Faden nicht abreißt, das Gespräch vielmehr fortgesetzt wird.

Ein Weltenbrand, wie dieser ungeheuerlichste aller Kriege, braucht auch zum Löschen Zeit und Zeit. Darf die Menschheit die Hoffnung hegen, daß mit dem Löschen angefangen wird? Daß nun die Staatsmänner nur vom Frieden reden, dünkt uns ein hoffnungsvolles Zeichen.

(Die angekündigte Friedensvermittlung.)

Zur Friedensvermittlungsrede Wilsons.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 25. Mai.

Die Aufnahme und Beurteilung, die Wilsons Eröffnungen über eine amerikanische Friedensvermittlung in der österreichischen, ungarischen und deutschen Öffentlichkeit gefunden haben, zeigen, daß sich die durch die harte Schule des Krieges gegangene Bevölkerung der Mittelmächte keinen übermäßigen Illusionen über die praktische Möglichkeit einer Friedensvermittlung in diesem Augenblick hingibt. In der Tat fehlt bis zu diesem Augenblick jedes bestimmte Anzeichen dafür, daß Präsident Wilson mit der Ankündigung einer Vermittlung eine nahe bevorstehende und ernstlich gemeinte Aktion im Auge gehabt hat. Schon zu wiederholten Malen im Verlaufe des Krieges ist die Beobachtung gemacht worden, daß die Stellungnahme der Vereinigten Staaten in allen wichtigeren, den europäischen Konflikt betreffenden Fragen in erster Linie von inneramerikanischen Rücksichten bestimmt und insbesondere von der bevorstehenden Präsidentenwahl beeinflusst war. Man hat Grund zur Annahme, daß auch das gegenwärtige Hervortreten Wilsons auf innerpolitische Verhältnisse und Tendenzen zurückzuführen ist.

Aber auch davon abgesehen, ist kaum zu zweifeln, daß sich Präsident Wilson der außerordentlich großen Schwierigkeiten, die sich einer praktischen Durchführung seiner Absicht entgegenstellen würden, durchaus bewußt ist. Es sind dies Schwierigkeiten, die er vor allem im Lager der Entente antreffen würde und deren Ueberwindung im gegenwärtigen Moment er sich wohl selbst nicht zutraut. Die Grundforderung der Mittelmächte und die unerläßliche Voraussetzung, unter der allein sie jeglicher Friedenspolitik näher treten würden, die Forderung nämlich, daß Friedensverhandlungen nur auf Grund der Kriegslage und der Anerkennung der positiven militärischen Erfolge der Mittelmächte geführt werden können, begegnet bei der Entente noch nicht dem richtigen Verständnis und der nötigen Willfährigkeit. Die Einbildung, daß Hunger und Erschöpfung den Mittelmächten den Waffenrieg noch aus der Hand ringen könnten, eine Einbildung, die aus der freimütigen Erörterung der Lebensmittelfragen in unserer und der deutschen Presse ihre — freilich irrigen — Argumente holt, trägt dazu bei, die Entente in dem Glauben zu bestärken, daß sie es noch nicht nötig hat, ihre Niederlage als endgültig zu betrachten und zuzugeben.

Präsident Wilson muß durch seine Botschafter selbstverständlich von dem festen Willen der Mittelmächte, nur einen für die künftige Sicherheit unbedingte Gewähr leistenden Frieden anzunehmen, ebensowohl unterrichtet sein, wie von den seelischen Hemmungen, die dieser allein in möglicher Lösung der Friedensfrage vorläufig noch in der Entente entgegenstehen.

Aus diesem Grunde fällt es auch schwer, anzunehmen, daß Präsident Wilson mit der Ankündigung seiner Vermittlungsabsichten einer englischen Anregung Folge geleistet haben sollte. Auf den ersten Blick sah es allerdings so aus, als ob Wilsons Äußerungen durch einen solchen Zusammenhang am leichtesten zu erklären wären. Die englischen Staatsmänner haben ja mehrfach mit absichtsvoller Heftigkeit geäußert, daß England oder die Entente als die Besiegten zu gelten hätten, und es liegt nahe genug, daß sie einen Vermittler, der sich auf den Standpunkt stellte, es gäbe in diesem Kriege weder Sieger noch Besiegte, als ihren Retter begrüßen würden. Da aber

Präsident Wilson trotz der rhetorischen Wendung vom Stillstehen der militärischen Operationen und dem Ausbleiben von Fortschritten auf dieser oder jener Seite über die wirkliche Kriegslage nichts anderes denken kann, als man über sie nach einem flüchtigen Blick auf die Kriegslage denken muß, so wird er kaum der Meinung sein, daß sein Einfluß auf die Entente hinreichend stark ist, um sie jetzt schon zu einer Nachgiebigkeit solchen Umfanges, wie sie das tatsächliche Verhältnis zwischen der Größe des militärischen Erfolges auf der einen und der militärischen Niederlage auf der anderen Seite erfordert, zu bestimmen.

Wenn die Kriegsergebnisse in derselben Richtung wie bisher und entsprechend unseren nicht auf Einbildung und Humbug beruhenden Erwartungen verlaufen, so mag es einmal und wird es zweifellos früher oder später dahin kommen, daß sich der gründliche psychologische Umsturz in der Entente vollzieht, der einem von gutem Willen und redlicher Absicht geleiteten Vermittler den Weg zum Friedenswerke bahnt. Es liegt auf der Hand, daß ein Vermittler, der den Gang und das Ergebnis des Krieges sachlich richtig und unbefangen beurteilt, besonders gute Aussichten hat, den Zeitpunkt jenes Umsturzes nicht zu versäumen und den einzigartigen Ruhm des Friedensstifters in diesem größten aller Völkerkriege zu erringen.

Der italienische Generalstabsbericht.

Wien, 25. Mai. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

24. Mai. Im Sagarinatal richtete der Feind am gestrigen Nachmittag gegen unsere ganze Front an beiden Ufern der Etisch intensives Feuer. Eine feindliche Kolonne, die in kleinen Gruppen von Vizzana gegen Marco vorzugehen versuchte, wurde durch unser Geschützfeuer zum Stehen gebracht. Am Abend wurde ein Angriff längs des Ballarja, in der Richtung auf den Monte di Mezzo, durch unsere Truppen angehalten. Zwischen dem Terragnolo- und dem Asticotale gewohntes Artilleriefeuer.

Die in Ordnung erfolgte Räumung des oberen Posina- und Asticobedens ist nunmehr beendet. Die Truppen befestigen sich in der Verteidigungslinie im Becken von Ursiero. Die Geschütze, deren Abtransport nicht mehr möglich war, wurden zerstört.

Zwischen Astico und Brenta begann der Feind gestern auf unsere Stellungen östlich des Val d'Alfa einen heftigen Druck auszuüben. Im Suganatal wurde der am 22. d. begonnene Rückzug unserer Truppen auf die Hauptverteidigungslinie auch gestern langsam und in Ordnung fortgesetzt.

In Karnien heftiges Artillerieduell am oberen But. An der übrigen Front kein Ereignis von Bedeutung. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Stazione Per la Carnia und verursachten mehrere Opfer an Menschenleben und einigen Schaden.

Der Aufenthalt des Prinzen Mirko in Wien.

Ein Brief des Königs von Montenegro.

Bordeaux, 24. Mai. (Meldung der Agence Havas.) König Nikolaus von Montenegro richtete an den montenegrinischen Ministerpräsidenten Radovic folgenden Brief:

Herr Präsident! Um zu vermeiden, daß der Aufenthalt meines Sohnes

Prinzen Mirko in Wien, der nach Blättermeldungen wegen einer Erkrankung sich dort zur Pflege aufhält, in üblicher Weise ausgelegt werde, erachte ich es für notwendig, den Regierungen unsrer mächtigen Alliierten durch Vermittlung ihrer bei uns beglaubigten Vertreter zur Kenntnis zu bringen, daß ich sehr entschieden diese Reise mißbillige und streng jedes etwaige Vorgehen verdamme, welches dahin zielen würde, Montenegro unsern Feinden gegenüber zu verpflichten. Wollen Sie überdies erklären, daß Prinz Mirko kraft unsrer Verfassungsgesetze, besonders des Artikels XVI unsrer Verfassung, keinen offiziellen Rang bekleidet und keinerlei gesetzmäßigen Einfluß in Montenegro auszuüben vermag. Ueberdies hören die in Montenegro verbliebenen Minister nach Bildung des neuen Kabinetts auf, zur Regierung zu gehören. Uebrigens hatten sie vor meiner Abreise von mir keine Vollmachten erhalten, die in dem oben erwähnten Artikel XVI angeführt sind. Sie kehren jetzt in den Rahmen einfacher Beamter unsres teuren Vaterlandes zurück, das mit Hilfe Gottes und unsrer tapferen, ruhmvollen Verbündeten bald den Augenblick seiner so sehr erhofften Wiedererstehung herankommen sehen wird.

**Die geheime russische Mobilisierung
vor dem Krieg.**

Witna, 25. Mai. Anknüpfend an die Äußerung des deutschen Reichskanzlers zu dem Korrespondenten Doktor Wiegand, daß die russische Regierung am 25. Juli 1914 den Entschluß, mit der geheimen Mobilisierung zu beginnen, gefaßt hatte, wird mitgeteilt, die russische Zeitung „Soman“ weiß aus absolut zuverlässiger Quelle, daß General Rennenkampf unter Befehl Nr. 13482 vom 26. Juli 1914 auf Befehl des Zaren die Festung Kowno in den Kriegszustand versetzte.

Die Aenderung des Vereinsgesetzes.

Der Reichstagsausschuß zur Beratung der Aenderung des Vereinsgesetzes besprach am Donnerstag noch einmal alle Probleme außer dem der Gewerkschaften sehr eingehend, insbesondere auch die Materie des Sprachenparagraphen. Das Zentrum hatte folgenden Antrag eingebracht:

Die Kommission wolle beschließen, dem Reichstage außer dem vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf auch noch folgenden zweiten Gesetzentwurf zur Annahme vorzuschlagen:

Wir Wilhelm usw. verordnen usw., die §§ 12, 14 Nr. 1 und 6, 19 Nr. 3 des Vereinsgesetzes werden aufgehoben. (Das sind die Bestimmungen über den Sprachenparagraphen.)

Abstimmungen.

Bei den folgenden Abstimmungen wurden folgende weitergehenden Anträge der Polen und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gegen deren Stimmen abgelehnt, ebenso auch die einschränkenden Anträge der Konservativen gegen deren Stimmen und zwei Zentrumsstimmen. Sodann wurde die Regierungsvorlage mit 19 gegen 8 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Konservativen und zwei Vertreter des Zentrums, die Polen und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, für die Regierungsvorlage stimmten die Sozialdemokraten, die Fortschrittliche Volkspartei, die Nationalliberalen und die Zentrumsparlei mit Ausnahme der zwei Abgeordneten, sowie der Vertreter der Deutschen Fraktion.

Unter Streichung des größten Teils wurde eine Resolution Heine (Soz.) in folgender Fassung angenommen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf auf Abänderung des Vereinsgesetzes vorzulegen, durch den aufgehoben werden die im § 24,3 des Vereinsgesetzes bezeichneten landesrechtlichen Bestimmungen; 2. die für politische Vereine gegebenen Bestimmungen beschränkt werden auf Vereine, welche die Erörterung politischer Angelegenheiten in Versammlungen bezwecken. Abgelehnt wurde der Antrag Heine (Soz.), das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an (politischen) Vereinen und Versammlungen aufzuheben. Der vom Zentrum vorgeschlagene Gesetzentwurf wurde gegen 9 Stimmen angenommen.

Angenommen wurde ferner ein Antrag Müller-Meinungen (Vpt.), den Reichskanzler zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß das durch das Reichsvereinsgesetz sichergestellte Vereins- und Versammlungsrecht der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches und der Staaten, Gemeinden oder öffentlicher Selbstverwaltungskörper nicht durch das Disziplinar- oder Vertragsrecht über das notwendige Maß hinaus beschränkt wird. Diese Resolution wurde mit sämtlichen Stimmen gegen 4 Stimmen der Konservativen und eine Zentrumsstimme angenommen.

Ferner wurde ein Resolutionsantrag Dr. Müller-Meinungen (Vpt.) angenommen, den Reichskanzler zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Arbeits- und Vertragsrecht der ländlichen Arbeiter und Dienstboten für das ganze Reich einheitlich regelt, der insbesondere auch die Strafbestimmungen gegen ländliche Arbeiter und Dienstboten wegen Einstellung der Arbeit oder Verabredung zur Einstellung oder Verhinderung der Arbeit aufhebt und damit den § 24,3 des Reichsvereinsgesetzes beseitigt. Dieser Antrag wurde mit 21 gegen 6 Stimmen der Konservativen und eines kleinen Teils des Zentrums angenommen.

In der zweiten Lesung wurden diese Beschlüsse debattelos bestätigt. Ueber die Ausschußverhandlungen wird durch den Abg. Dr. Müller-Meinungen schriftlicher Bericht an das Haus erstattet, auf dessen Tagesordnung am Donnerstag oder Freitag kommender Woche das Vereinsgesetz stehen wird.

Die angekündigte Friedensvermittlung.

Erklärungen des Botschafters Gerard über Wilsons Friedensanregung.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

München, 26. Mai.

Der Sondervertreter der „Münchener Zeitung“ hatte eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin Gerard. Der Botschafter erklärte, Wilson sei unter den führenden Politikern Amerikas der einzige, der den Frieden gewollt. Die anderen Führer, Root und Roosevelt, hätten nach der „Lusitania“-Krise energisch den Krieg gegen Deutschland gefordert, Wilson habe dagegen seinen Friedenswillen durchgesetzt, statt der Kriegserklärung diplomatische Noten gesandt und entschlossen an der friedlichen und freundschaftlichen Tätigkeit festgehalten, für jetzt und für die Zukunft den Frieden zu suchen. Diese Noten hätten freilich der öffentlichen Meinung Rechnung tragen müssen und bei der Tätigkeit der Zwischenträger und Hezer habe der Notenwechsel oftmals Wirkungen gehabt, die nie beabsichtigt waren. Die Krise sei jetzt glücklich überwunden, und er, der Botschafter, wisse nicht, woher noch eine Trübung der nunmehr wieder herrschenden guten Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika kommen sollte. Amerika brauche den Frieden.

Der Botschafter erklärte weiter, er sei sehr optimistisch in bezug auf das Fortschreiten des Friedensgedankens bei den Kriegführenden. Die maßvollen Worte des

deutschen Reichskanzlers über Deutschlands Friedensbereitschaft hätten die stärkste Wirkung in Amerika geübt. Wohl könnten noch Wochen und Monate vergehen, aber nichts vermöge ihn wankend zu machen in der Zuversicht, daß der Frieden unterwegs sei.

Die Erklärungen des Reichskanzlers

Amerikanische Stimmen.

N. New-York, 24. Mai. In Besprechung der Unterredung Wiegands mit dem Reichskanzler schreibt „World“ in einem Berichte aus Washington: Die Regierungskreise halten diese Ausführungen für einen wirklichen Schritt in der Richtung des Friedens und sind der Meinung, daß der Reichskanzler etwas Greifbares gegeben hat, womit gearbeitet werden kann.

An einer anderen Stelle sagt das Blatt: In der Unterredung wird man vergeblich ein Wort suchen, das einem baldigen Frieden günstig ist. Sie starrt von Vorwürfen und Herausforderungen, unterstützt von prächtigem Selbstvertrauen und in hohem Maße auch durch Tatsachen. Man kann sagen, daß der Kanzler, statt den Frieden zu bieten, den Krieg aufs neue erklärt. Was man aus der Kriegskarte ersehen mag, hängt von dem Geiste ab, mit dem man sie prüft. Sie zeigt auf den ersten Blick sehr eindringlich, daß Deutschlands Heere überall auf fremdem Boden sind. Wenn man sagt, daß Deutschland keine Fortschritte macht, muß man zugeben, daß die Feinde auch bei einem Stillstande angelangt sind. Es gibt jedoch eine größere Kriegskarte als die, die Deutschland mit so viel Stolz betrachtet. Wenn wir auf die Weltsee strafen blicken, finden wir sie ebenso fest in der Hand Englands wie Belgien und Nordfrankreich in der Hand Deutschlands. Wenn wir auf das deutsche Kolonialreich blicken, das mit großen Opfern ausgerichtet wurde, so sehen wir alles bis auf eine Besetzung in Feindeshand und diese eine Besetzung stark bedrängt. Die Landstreitkräfte Deutschlands halten einige Tausend Quadratmeilen feindlichen Gebietes fest, während Englands Seemacht über eine Million Quadratmeilen deutschen Gebietes in allen Weltteilen besetzt. Das Stadium des Krieges, das so wichtig ist wie eines von diesen, kann nicht auf der Karte veranschaulicht werden. Zweifellos hat England die Bedeutung der wirtschaftlichen Nöte für die Feinde übertrieben, aber die Tatsache, daß der Druck beginnt, fühlbar zu werden, steht fest. Die Nation, die ihr Recht zur See nicht ausnützen kann oder will, muß auf dem Lande mehr erreichen, als nur sich behaupten. Friedensvorschlüge sind gegenwärtig überall unerwünscht, weil die Kriegskarten nicht genug bezeichnen. Die Gegenrechnungen gleichen einander aus, es bleibt nur der Schluß, daß der Kampf um die Ueberlegenheit weitergehen muß, bis die Karten und Interessen und Ansichten so völlig verändert sind, daß sie jedermann erkennen und danach handeln muß.

„Eveningpost“ schreibt in einem Artikel der Redaktion: Karten sind Karten. Wenn sie deutsche Truppen in Belgien, Nordfrankreich und Polen zeigen, zeigen sie auch die Russen in der Türkei. Alle kolonialen Besitzungen Deutschlands sind in der Hand der Feinde. Die Meereskarte zeigt die deutsche Flotte abgesperrt, die deutsche Handelsflotte von den Ozeanen weggefegt. Würde der Reichskanzler davon träumen, den Frieden auf der Grundlage dieser Gesamtlage anzunehmen? Nicht einen Augenblick. Er hält es nicht für gerecht, die Meereskarte zu betrachten. Die einzige Karte, an die er denkt, ist diejenige Mitteleuropas. In seinem Gebiete ist die Landmacht das einzige, was man wählen sollte.

„Tribuna“ schreibt: Die Engländer und Franzosen betrachten diesen Krieg nicht als einen Krieg gegen eine andere Nation und ein anderes Volk. Für beide ist es der Krieg gegen den Grundsatz, dessen Vorherrschen alles zerstören würde, was sie lieben und achten. Unter solchen Umständen sind Franzosen und Engländer jetzt nicht bereit, sich mit jener Nation zu verständigen, die diesen Grundsatz gepredigt und darnach gehandelt hat, und jetzt, da sie im Besitze des letzten möglichen Vorteils aus dessen Anwendung ist, diesen Grundsatz für den Augenblick beiseite legen und aus den Verträgen der Zivilisation, die sie zu zerstören suchte, Vorteile ziehen möchte. Wenn der Krieg unentschieden bleibt und eine Verständigung auf Grund der Karte erfolgt, wie der Reichskanzler vorschlägt, wird es nur ein Waffenstillstand und eine Aufschiebung sein.

27. IV. 1916

Die allgemeine Dienstpflicht in England.
Einberufung aller Diensttauglichen vom 18. bis
zum 45. Lebensjahre.

London, 25. Mai.

Der König richtete eine Botschaft an das englische Volk, in der alle diensttauglichen Männer zwischen 18 und 45 Jahren unter die Fahnen gerufen werden. Der König dankt dem Volke für die patriotische Haltung, die es ermöglicht habe, mittels freiwilliger Rekrutierung eine Armee von 5.041.000 Mann aufzustellen.

Der Eindruck der Rede Greys in Frankreich.

Berlin, 26. Mai.

Der Londoner Gewährsmann der „Börslichen Zeitung“ berichtet, daß die Reden des deutschen Reichskanzlers und Greys in ganz England mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt werden und daß gewisse Kreise Frankreichs England gegenüber keinen Zweifel über ihre Gesinnung aufkommen ließen. In London eingetroffene Berichte sagten, daß Frankreich über seinen Frieden selbst bestimme und nicht England. Frankreich werde mit Deutschland erst verhandeln können, wenn von deutscher Seite eine solche Bitte an Frankreich gerichtet werde.

Die deutsche Widerlegung von Greys Behauptungen.

Zur bosnischen Krisis.

Sir Edward Grey hat die Erklärungen des Reichsanzlers über die Haltung der englischen Politik in der bosnischen Krisis zum Anlaß genommen, um zu behaupten, daß das deutsche Volk mit Lügen gefüttert werde. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht nun die nachstehenden zwei Berichte des kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg, die es dem englischen Volk ermöglichen werden, sich ein Urteil über den Sachverhalt zu bilden.

Seiner Durchlaucht dem Herrn Reichsanzler Fürsten v. Bülow, Kaiserlich Deutsche Botschaft in Rußland. St. Petersburg, den 1. April 1909.

Schon mehrere Tage vor dem Bekanntwerden der russischen Zustimmung zur Anerkennung der Annexion konnten mein österreichisch-ungarischer Kollege und ich deutliche Anzeichen des Unbehagens bei der englischen Botschaft wahrnehmen, wo man Wind davon bekommen hatte, daß eine deutsche Aktion im Gange war, aber nichts Näheres über dieselbe wußte. In der Tat muß ich Herrn Iswolsty das Zeugnis ausstellen, daß er dem mir auf meine Bitten gegebenen Versprechen, von meiner Demarche nach keiner Richtung hin etwas verlautbaren zu lassen, treu geblieben ist.

Sir Arthur Nicolson hat denn auch nach dem Bekanntwerden des russischen Entschlusses aus seiner Verstimmlung, daß Herr Iswolsty ohne Fühlung mit den Ententebotschaften gehandelt hat, kein Hehl gemacht.

Es steht dies mit der sonstigen Haltung meines englischen Kollegen im Einklang, der während des ganzen Verlaufs der Krisis in den Petersburger Salons eine Sprache geführt hat, die deutlich sein Bestreben verriet, den zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn entstandenen Konflikt zu verschärfen. Die Art, wie sich der Botschafter über die serbischen Ansprüche äußerte, wurde mir von russischen Bekannten und Diplomaten direkt als heizerisch bezeichnet.

Vor einigen Tagen, kurz nachdem die russische Regierung unseren Vermittlungsvorschlag angenommen hatte und die Nachricht über die friedliche Beilegung des Konfliktes bekannt geworden war, hatte ich ein größeres Diner auf der Botschaft, an dem unter anderen auch Sir Arthur Nicolson teilnahm. Nach dem Essen unterhielt sich eine Gruppe der Gesellschaft über die politische Lage, und eine der anwesenden Damen äußerte ihre Freude darüber, daß die Kriegsgefahr abgewendet sei. Mein englischer Kollege, welcher sich während dieses Gespräches der Gruppe genähert hatte, warf darauf die Bemerkung ein, das sei alles sehr schön, die nationale Ehre sei aber doch noch mehr wert als der Friede. Einer der Anwesenden, ein Mitglied der Umgebung des Zaren, bemerkte darauf, es sähe ja beinahe so aus, als ob Sir Arthur die friedliche Lösung des Konfliktes bedauere. Am selben Abend äußerte auch ich dem englischen Botschafter meine lebhafteste Genugtuung darüber, daß es gelungen sei, eine für Rußland annehmbare Formel zu finden, durch die eine friedliche Beilegung der russisch-österreichischen Differenz ermöglicht werde. Sir Arthur antwortete darauf lächelnd, es sei noch keineswegs sicher, daß seine Regierung sich mit der Lösung einverstanden erklären werde.

Bereits am nächsten und den darauf folgenden Tagen war in Petersburg die Version verbreitet, die Lösung der Krisis sei durch eine plumpe Drohung Deutschlands, welches Rußland ein Ultimatum gestellt habe, erfolgt. Rußland, das wenige Jahre nach dem japanischen Feldzug und der Revolution nicht in der Lage sei, einen neuen Krieg zu führen, sei nichts anderes übrig geblieben, als auf die deutsche Drohung hin nachzugeben.

Bestand bei mir schon von vornherein kein Zweifel darüber, daß diese Version von der englischen Botschaft aus lanciert worden war, so steigert sich diese Annahme bei mir zur Gewißheit angesichts der Sprache derjenigen russischen Zeitungen, deren Beziehungen zur englischen Botschaft allgemein bekannt sind. Hierzu kommen Äußerungen, von Mitgliedern der englischen Botschaft im Jachtklub gefallen, so z. B. „Deutschland habe mit dem Kürassierstiefel aufgestampft und mit der Mobilmachung mehrerer Korps an seiner Ostgrenze gedroht“ u. a.

In diesen Tagen habe ich auch meinen französischen Kollegen besucht, den alten, loyalen und vornehm gesinnten Admiral Loughead, und dabei das Gespräch auf die Lösung der bosnischen Krisis gebracht. Ich bemerkte, was mich besonders bei dieser Lösung freue, sei, daß sie auf dem Wege einer freundschaftlichen Aussprache mit dem Petersburger Kabinett herbeigeführt worden sei. Der Admiral sah mich bei diesen Worten höchst erstaunt und halb ungläubig an und erwiderte, man erzähle sich aber doch von einem sehr heftigen Austritt, der an einem gewissen Abend zwischen dem deutschen Botschafter und dem Minister Iswolsty stattgefunden habe. Ich erkannte sofort, daß diese Information auf meinen englischen Kollegen zurückzuführen sei. Ich erzählte darauf dem Admiral lachend, daß ich die Geschichte von einem heftigen Zusammenstoß mit Herrn Iswolsty schon in den verschiedensten Versionen gehört hätte. Ich könne ihm versichern, und Herr Iswolsty werde es ihm bestätigen können, daß an der ganzen Geschichte nicht ein wahres Wort sei, daß vielmehr meine letzten Verhandlungen mit dem Minister fortwährend in dem freundschaftlichsten Ton geführt worden seien.

Sprache folgenden Leitfäden zu:

Der Berliner Lehrerverein hält es für dringend notwendig, daß im Hinblick auf die Stärkung der Wehrhaftigkeit und die wirtschaftliche Behauptung unseres Volkes die Ausbildung der geistigen und sittlichen Kräfte gesteigert und durch eine planmäßig durchgeführte körperliche Erziehung ergänzt wird. Einrichtung und Durchführung der reichsgesetzlich sicherzustellenden Heeresvorschule für das landsturmpflichtige Alter vom 17. bis etwa 20. Jahre bleibe der Heeresverwaltung überlassen. Sache der Schule ist es, die Ausbildung der körperlichen Tüchtigkeit der Jugend im volks- und fortbildungsschulpflichtigen Alter in die Hand zu nehmen, damit die Einheitlichkeit der gesamten Erziehung gewahrt bleibt.

In der Volksschule ist die (jetzige) körperliche Ausbildung durch Turnunterricht gesetzlich zu erweitern durch Übungen im Schwimmen, Wandern, Spiel, Eislauf u. dgl. Zur Förderung dieser Aufgaben ist ein wöchentlicher Spielnachmittag einzurichten. Für die gesamte Jugend im nachschulpflichtigen Alter

Gelegenheit gehabt habe, dazu Stellung zu nehmen. Herr Iswolsty hat das abgelehnt.

Auch Sir Edward Grey hat, wie mir mein Gewährsmann erzählt, seine Verstimmlung über die Nachgiebigkeit der russischen Politik dem russischen Geschäftsträger gegenüber zum Ausdruck gebracht und das Vorgehen Herrn Iswolstys als übereilt bezeichnet. Der englische Minister des Außern ist sogar so weit gegangen, in eine Erörterung der Frage einzutreten, welche Haltung England eingenommen haben würde, falls es zu einem Kriege zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn sowie Deutschland gekommen wäre. Auf eine dahingehende Frage Herrn Pottlewskis hat Sir E. Grey geantwortet, die Entscheidung über Krieg und Frieden hänge in England nicht von der Regierung, sondern ausschließlich von der öffentlichen Meinung ab. Er habe aber das Gefühl gehabt, daß die öffentliche Meinung in England genügend vorbereitet gewesen sei, um der Regierung ein Eingreifen Englands an der Seite Rußlands in den Krieg zu ermöglichen.

28. IV. 1916

Die künftigen Aufgaben.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“).

L. v. B. Wien, 27. Mai. Nach den neuen schweren Niederlagen der Italiener an der Front des Grazer Korps und der südlich von diesem vorbringenden Gruppe des Erzherzog Thronfolgers sucht sich der Feind mit den wieder gesammelten Kräften an seinen mit allen Mitteln verstärkten Stellungen hinter dem tief eingeschnittenen, schluchtartigen Val d'Assa und in der allernächsten Nähe von Arsiero festzuklammern. Es ist der durch die Geländeverhältnisse bestimmte letzte, noch Vorteile bietende natürliche Abschnitt, in dem ausgedehnte Befestigungsanlagen die Möglichkeit einer zähen Verteidigung gestatten.

Im Raume von Arsiero beginnt bereits die hinter dem starken Abschnitt Monte Coglio—Monte Novigno, der durch mehrere, durch Anschlußbatterien und befestigte Stützpunkte verbundene Werke geschützt ist, die unserer Artillerie kaum längeren Widerstand als alle übrigen Leisten dürften, die italienische Tiefebene, welche bei Piovene zungenartig gegen Arsiero vorspringt. Und zwar liegt der Raum Schio—Thiene—Piovene jetzt schon im Wirkungsbereich unserer weittragenden Geschütze. Durch die Eroberung des Monte Simone sind wir der Tiefebene bis auf wenige Kilometer nahe gerückt.

Was die gegen Süden abfallende Hochfläche der „Sieben Gemeinden“ (sette comuni) anbelangt, so finden sich auch hier östlich des Val d'Assa keinerlei natürliche Abschnitte, die einer nachhaltigen Verteidigung Vorteile bieten könnten. Ein von Nordwesten vorbringender Gegner, der dann im weiteren Vorgehen, den zahlreichen nach Süden abstreichenden Rücken folgend, gegen diese Hochfläche einschwenkt, findet günstige Bedingungen für seine Angriffe. Die Italiener sind ohnehin schon unter großen Verlusten von dem überhöhenden Teil der nördlichen Hälfte des Höhenrückens im Abschnitt östlich der Assa herabgeworfen worden.

Die Ereignisse haben gezeigt, daß die Italiener bis jetzt auch in ihren stärksten Stellungen die Wucht unserer Angriffe weder schwächen noch gar aufhalten konnten. Wir haben die Zuversicht, daß unsere Offensive auch über die letzten Hindernisse, die ihr noch entgegenstehen, siegreich fortschreitet.

* Eine Millionenspende der Rockefellerstiftung. Aus Newyork, 26. d., meldet das Reutersche Bureau: Die Rockefellerstiftung teilt mit, daß sie eine Million Dollars zur Linderung der Not in Polen, Serbien, Montenegro und Albanien bestimmt hat.

Barbarische Hilfstruppen und Völkerrecht.

Von Oberlandesgerichtsrat Dr. Ködese, Hamburg.

Unsere Heeresleitung hebt von Zeit zu Zeit in ihren Tagesberichten mit Recht die Hinordnung wilder Kriegsvölker durch unsere Gegner hervor. So hat sie auch jetzt wieder betont, daß Frankreich bei Verbund unseren Truppen „Neger“ entgegengeworfen habe. Und noch in allgemeiner Erinnerung dürfte jener Bericht vom 26. April 1915 stehen, in dem sich u. a. der in seiner Kürze überaus bezeichnende Satz befand: „Ein sonderbares Völkergemisch (Senegal-Neger, Engländer, Algerier) fand sich hier in verhältnismäßig kleinem Raum zusammen.“ Seit der großen Champagneschlacht im vorigen Herbst, an der die französischen Hilfstruppen

einen so bedeutenden Anteil gehabt haben, ist es aus leicht begreiflichen Gründen in den Kriegsberichten über diese Verwendung bunter Truppen still geworden. Erst die wärmere Jahreszeit gestattet wieder, diese Völker von neuem an die Front zu bringen und unseren tapferen Kämpfern entgegenzuwerfen.

Die Kritik, die unsere Heeresleitung in ihrer knappen, treffenden Weise an diesem Verfahren unserer Gegner übt, kann nicht stark genug unterstrichen werden. Denn wenn auch das Gewissen Englands und Frankreichs sich dadurch nicht beunruhigen lassen wird, auf die Neutralen wird dieser Rückfall in die schlimmste Unkultur schließlich doch Eindruck machen. Haben doch hervorragende Engländer und Franzosen früher selbst auf dem Standpunkte gestanden, daß die Verwendung barbarischer Truppen im modernen Kriege unzulässig sei. In allen englischen Besebüchern findet sich eine Rede, die der große Pitt 1778 im Unterhause gehalten hat und in der er sich mit der größten Schärfe, unter Anrufung des Geistes und der Menschlichkeit des Vaterlandes und des Genius der englischen Verfassung, gegen die „Loslassung erbarmungsloser Kannibalen, die da dürsten nach dem Blute des Mannes, des Weibes, des Kindes“, gegen zivilisierte Völker ausspricht. Und noch kurz vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges hat in der neuesten Auflage des „Manuel de Droit International public“ von Bonfils, der jetzige Bearbeiter Paul Fauchille die Verwendung wilder oder mit den Kriegsgesetzen nicht vertrauter Hilfstruppen verworfen. Mit Recht ist mit Rücksicht hierauf die Frage aufgeworfen worden, wie dieser französische Jurist jetzt das Inselführen von Senegalnegern, Gurkhas, Sikhs usw. zu rechtfertigen versuchen wird. Vermutlich wird es auch hier heißen: Vor Tische las man anders. Wie Vis marck über eine solche Kriegsführung gedacht hat, in der er von den Turkos sagt: „Das ist Raubzeug, das muß abgeschossen werden. Der Fuchs hat noch die Entschuldigung, daß es ihm so zur Natur ist, aber — es ist die schenßlichste Unnatur. Die haben unsere Soldaten auf die schenßlichste Weise zu Tode gequält.“

Faßt man diese in den verschiedenen Kultur-nationen vertretenen Anschauungen ins Auge, so muß man sich allerdings wundern, daß im gegenwärtigen Krieg barbarische Hilfsvölker nicht nur überhaupt, sondern in einem Umfange ins Feld geschickt werden, wie bisher noch in keinem europäischen Kriege. Man stößt hier und da auf die Ansicht, als ob diese Verwendung ein Rückstand einer Kriegsführung früherer Zeit sei, der allmählich schon verschwinden werde. Die Entwicklung ist aber gerade die entgegengesetzte. Erst im österreichisch-französischen Kriege von 1859 hat Frankreich damit begonnen, afrikanische Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz zu bringen, was mit Recht lebhaftes Aufsehen erregte und zu vielen Erörterungen über die völkerrechtliche Zulässigkeit einer solchen Maßnahme Anlaß gab. Seither hat die Verwendung wilder Kriegsvölker zugenommen, bis sie jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat. Aber nach der Absicht unserer Gegner soll sie noch eine sehr erhebliche weitere Steigerung erfahren. Schon vor dem Beginn

dieses Krieges war in Frankreich ernstlich die Rede davon, daß man im Hinblick auf die geringe Geburtenfrequenz Frankreichs an die stärkere Heranziehung schwarzer Hilfstruppen für den Fall eines Krieges denken müsse. Und vor kurzer Zeit erst ist in Frankreich der Vorschlag gemacht worden, in den Kolonien die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, um ein Hilfsheer von über einer Million Schwarzer auf die Beine zu bringen.

Frankreich und England haben unter dem Druck der eigenen Schwäche ihre Kulturanschauungen nach dieser Richtung einer Revision unterzogen, denn auch England hat seine Kolonialvölker schon bald nach dem Beginn des Krieges auf den französischen Kriegsschauplatz geworfen, weil es aus eigener Kraft nicht in der Lage war, seinen Bundesgenossen eine genügende Unterstützung zu bringen. Trotzdem muß entschieden betont werden, daß eine solche Verwendung barbarischer Hilfsvölker mit der modernen Kultur und dem Völkerrecht in schärfstem Widerspruch steht. Allerdings berufen sich unsere Gegner mit Vorliebe darauf, daß es in den Haager Landkriegsordnungen 1899 und 1907 an einem ausdrücklichen Verbot der Benutzung solcher Kriegsmittel fehlt. Diese Tatsache ist leider an sich zutreffend. Eine solche Anregung, in diese Abmachungen, die eine Humanisierung des Krieges bezwecken und teilweise erreicht haben, ein solches Verbot aufzutreiben, fand keine Zustimmung. Damit ist aber die Benutzung barbarischer Kriegsvölker noch nicht für zulässig erklärt. Das Gegenteil ergibt sich vielmehr schon daraus, daß die der Abmachung betreffend die Haager Landkriegsordnung beigetretenen Mächte sich verpflichtet haben, dafür zu sorgen, daß ihre Truppen die in der Ordnung bezeichneten Gesetze und Gebräuche befolgen. Davon ist aber erfahrungsgemäß bei diesen Völkern nicht entfernt die Rede. Sie führen den

Krieg nicht nach den Gebräuchen europäischer Völker, sondern nach den Sitten ihrer Heimat. Sie nehmen keinen Anstand, Gefangene zu töten und zu berauben, Leichen zu verstümmeln, ja sogar den Kopf des besiegten Gegners als Siegesbeute fortzuführen.

Mit aller Entschiedenheit muß das öffentliche Gewissen der Kultur-nationen angerufen werden, um eine solche barbarische Kriegsführung für die Zukunft auf dem Boden Europas unmöglich zu machen. Bloß völkerrechtliche Abmachungen dürften, wie die Erfahrungen dieses Krieges lehren, in dieser Beziehung nicht von entscheidendem Einflusse sein. Vielmehr gilt es, das Bewußtsein von der absoluten Kulturwidrigkeit und Unsitlichkeit dieser Kriegsführung berartig zu verbreiten, daß keine Macht, die auf den Namen einer Kultur-nation Anspruch erhebt, künftig nochmals wilde Völker auf europäische Kriegsschauplätze herüberzuschleppen wagt.

Die türkischen Abgeordneten in München.

Gestern mittag fand im Rathause zu München eine Festsetzung beider Gemeindefollegien zu Ehren der türkischen Parlamentsabordnung statt, an der als Ehrengäste mehrere jetzige und frühere Staatsminister, das diplomatische Korps, Vertreter der Staatsbehörden, des Parlaments, des Handels und der Industrie teilnahmen. Oberbürgermeister Dr. von Borcht richtete eine längere Ansprache an die Gäste, die als Freunde kämen, um zu bekunden, daß das Heil ihres Vaterlandes gleichbedeutend mit dem Heile Deutschlands sei. Wir hegen aufrichtige Bewunderung, so fuhr Redner fort, für die Lebensenergie des Osmanenreiches und Dankbarkeit dafür, daß die Türkei in der Schicksalsstunde sich für Deutschland und Oesterreich-Ungarn entschied. Der Redner gedachte der glorreichen Waffentaten des osmanischen Heeres und der neuen wirtschaftlichen Verbindung zwischen den verbündeten Reichen, an der Bayern hervorragenden Anteil nähme. In unverbrüchlicher Treue würden Deutschland und Oesterreich zur Türkei stehen und alles daransetzen, um die im osmanischen Volke lebendigen Kräfte militärisch, wirtschaftlich und kulturell zur höchsten Entfaltung gelangen zu lassen. Der Redner schloß: Gott segne und schütze das osmanische Volk! Sultan Muhamed V. hoch! Vizepäsident Dschahid Bei antwortete in längerer Rede, wobei er die Hoffnung aussprach, daß der heutige Besuch der Erweiterung der Kenntnis von Land und Leuten in Deutschland diene, und den Wunsch, daß auch Deutschland eine bessere Kenntnis von den Sitten und Gebräuchen der Türkei erlangen möge, deren Religion auf der Freiheit des Gewissens und der Förderung der Wissenschaft beruhe. Die Freundschaft mit Deutschland würde die Türkei treu wahren, anders als Italien. Da die Feinde durch Waffengewalt uns nicht zwingen könnten, so versuchen sie es mit der Aushungerungspolitik. Das seien Phantasien. Die Türkei habe genug Rohprodukte der Landwirtschaft und Mineralien, die Deutschland zur Verfügung stünden. Aber ein straffes Zusammengehen sei unbedingt nötig. Nach nochmaligem Dank für die herzliche Aufnahme schloß der Redner mit einem Hoch auf König Ludwig.

Nach der Festsetzung im Rathaus wurde an den Sultan folgendes Telegramm abgesandt: „Die Bürgerschaft, zu feierlicher Festsetzung vereinigt mit den Abgeordneten des alten, ehrwürdigen, großen und starken osmanischen Reiches und mit Gästen aus allen Kreisen der Bevölkerung, gedenkt in ehrfurchtvollem Gruß des erhabenen Herrschers, der mit Kraft und Weitblick die in seinem edlen Volke schlummernden Kräfte militärisch, volkswirtschaftlich und kulturell zur höchsten Entwicklung gebracht hat und in der Stunde der Entscheidung mit seiner tapferen Armee auf die Seite unserer Brüder und Söhne getreten ist. Freude, Dankbarkeit und Stolz vereinigen sich mit den aufrichtigsten Wünschen, daß dieses Freundschaftsbündnis auf der Grundlage der Gleichberechtigung von ewiger Dauer sein möge.“

Nachmittags unternahmen die türkischen Gäste einen Ausflug an den Chiemsee.

Der Brüsseler Nuntius bei der Königin von Holland.

Ueberreichung eines Schreibens des Papstes.

S. N. Zürich, 30. Mai. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus dem Haag: Der Brüsseler Nuntius Lacciporzelli ist hier eingetroffen und von der Königin sowie dem Minister des Aeußern empfangen worden.

Wie es heißt, hat der Nuntius in der Audienz der Königin ein Schreiben des Papstes überbracht.

Dem Vorgange wird politische Wichtigkeit beigemessen.

Ankündigung eines weiteren Vorgehens Amerikas gegen die Entente.

New York, 29. Mai.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus berichtet durch Funkpruch:

Meldungen aus Washington stellen im Zusammenhang mit dem amerikanischen Protest wegen der Postbeschlagnahme, der in London und Paris überreicht wurde, fest, daß es jetzt wahrscheinlich erscheine, daß die Vereinigten Staaten bald Schritte zu einem weiteren kräftigen Vorgehen in den Streitfragen Amerikas mit den Alliierten tun werden.

Anteilige Kreise überzeugen sich täglich mehr, daß Deutschland beabsichtigt, seine Versprechungen in der Unterseebootsfrage zu halten, ohne sie von dem Vorgehen Amerikas gegenüber den Alliierten abhängig zu machen. Daher sind die Vereinigten Staaten in der Lage, in der Frage der Blockade durch die Alliierten vorzugehen, ohne den Anschein zu erwecken, als würden sie durch die Haltung Deutschlands zu einer Beschleunigung gezwungen.

Wilson's Haltung in der Friedensfrage. Aussagen des amerikanischen Gesandten im Haag.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 30. Mai.

Ueber eine Unterredung mit dem amerikanischen Gesandten Dr. van Dyke im Haag berichtet der Amsterdamer Korrespondent der „Wolffschen Zeitung“. Der Gesandte sagte:

Präsident Wilson's Haltung in der Friedensfrage hat absolut nichts Problematisches an sich. Wilson bot die guten Dienste der amerikanischen Regierung gleich zu Anfang des Krieges an. Dieses Vermittlungsangebot wurde von beiden Seiten abgelehnt. Wilson erklärte daraufhin, daß sein Angebot wohl für alle Zeiten offen bleibe, er es aber nicht erneuern würde, ehe beide Seiten es wünschten.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er sich freuen würde, zur Erreichung eines gerechten und dauernden Friedens für Europa behilflich zu sein, wie sich auch ganz Amerika darüber freuen würde, sich der Rolle zu bemächtigen.

Desgleichen bin ich überzeugt, daß die amerikanische Friedensliga nicht für innerpolitische oder finanzielle Zwecke benützt wird. Diese Nachricht ist, meiner Meinung nach, reiner Unsinn. Ich habe großes Vertrauen zu der Grundidee der Friedensliga und habe sie selbst seit über einem Jahr unterstützt, aber ich glaube, die Liga sollte nicht „For enforcement“, sondern „For protection of peace“ heißen, denn wir können den Frieden nie erzwingen, aber wir sollten ihn beschützen, wenn wir ihn endlich haben.

Eine k. u. k. Musterfarm in Serbien.

Ueber eine schöne Pionierarbeit unserer Truppen in Serbien berichteten die „Belgrader Nachrichten“:

Eine Stunde Wegfahrt westlich von Belgrad breitet sich das leichtgewellte Gelände von Banjica im vollen Grün des vorgeschrittenen Frühlings bis an den Fuß des Avalaberges hin. Schollige und tiefgefurchte Feld- und Karrenwege kreuzen als braune Striche die grüne ununterbrochene Fläche, aus der jetzt junge Samen keimen und ein dickes Laubwachstum die Schäden vergangener Schlachten freundlich verhüllt. Geplagte und von alter Mißwirtschaft gepeinigete Menschen, vom Krieg zertretene Familien in engen Heimen sollen an eine neue Zeit und ihre Hoffnungen glauben. Auf diesem Schlachtfeld, dessen grausamere Spuren von Natur und Menschenhand verwischt, dessen Granattrichter eingeebnet und dessen Schutt und Sparrenwerk in Häusernähe abgeräumt oder rechtgeschlichtet sind, erhebt sich seit wenigen Monaten eine kleine geschlossene Ansiedlung, die das Ergebnis einer einzigartigen Organisation darstellt.

Es ist die Musterwirtschaft von Banjica. Seitlich der Straße erlangen die Gehöfte plötzlich ein gehaltenes und besonnenes Aussehen, auch die zerwürfelte Straße ordnet sich mit Einem und wird zum ruhigen, methodisch gepflegten und genährten Fahrgeleis. Kalkhelle Häuschen gleißen frisch unter dem saftigen Grün von Platanen und Buchen, rothfarbene Holzgitter schützen Anlagen und Pflanzungen vor ungebetenem Besuch. Architektonische Formationen, die wie funkelnegeleuchte Blockhäuser anmuten, Schuppen, sachliche Magazinbauten, abwechselnd mit den heimischen Gehöften im soliden Viereckstil zeigen an, daß man sich inmitten einer einheitlich geleiteten Niederlassung be-

findet, die aus Verbrauchtem Frisches, aus Altem ein Neues gemacht hat und mit ihrem besten Absichten zur Hälfte eines vielversprechenden Entwicklungsweges genießt ist. Plötzlich senkt sich die Straße steil. Die Straße ist geschottert und aufgefüllt, ihr zur Seite laufen Bürgersteige, die aus Ziegeln gelegt sind. Um die Achsel des Hügel schwenkend, rollt der Wagen den Fahrgast und Beschauer plötzlich vor das kleine Panorama einer sauber erdachten und durchgeführten Niederlassung, deren Maße, klein und idyllisch, nicht nur praktisch abgestimmt, sondern auch schön sind.

Diese Niederlassung ist das Werk von Soldaten, es ist eine militärische Arbeit, deren betriebliche und geschäftliche Faktoren Selbständigkeit erlangt haben und wie ein rechter Organismus weiter zu treiben beginnen. Ein Artilleriekommandant, der Befehlshaber eines Sektors des Belgrader Wehrkreises, dessen Peripherie die Kuppe des Avalahügels schneidet, hat in der grauen Vorzeit dieses kleinen Staatswesens, die immerhin nicht länger als ein paar Monat zurückliegt, zu einer strategischen Stellung den moderne wirtschaftlichen Untergrund gelegt. Um Wohnung, überkommene Ordnung nördlicherer Menschheit, Verpflegung, aber auch um seelische Genüsse inmitten einer Kulturwüste für seine Leute zu schaffen, hat er Verfallenes aufgerichtet, völlig Zerstücktes abgetragen, Straßen gebaut, hat gemauert, gehohlet, gezimmert, gemessen und gegrübelt. Was daraus entstand, ist ein kleines Etablissement, das sich selbst erhält, ein winziges Zentraleuropa sozusagen, das aus Nichts sich Produktion schafft und sich mit erfinderischen Mitteln unabhängig machte. Als die österreich-ungarischen Soldaten hieher kamen, fanden sie in der Talsohle, in der jetzt Werkstätten, ein Dampfbad und ein Kaffeehaus sich erheben, den Ursumpf vor. Von den unbewohnbaren Häusern der Urinsassen mußte buchstäblich die alte Zeit erst abgetraht werden. Heute sind diese Häuser weiß getalct, der vom äußeren Eindruck des Gesamten angeregte Gast kann sie vertrauensvoll betreten und findet in ihrem Innern eine so peinliche Sauberkeit und gediegene Ruhe des heimlichen Bestehens, daß es ihn an die besten Stuben nordischer Bauernhäuser erinnert.

Über einen großen, feuchten Schatz haben die Ankömmlinge am Beginn ihrer Landtätigkeit vorgefunden. Von der Fahrlässigkeit früherer Jahrzehnte, die auf sieben bis acht eingeschätzt werden können, her, umwälzte die dürftigen Gruppen der Dorfgehöfte ein Gefolge von ungeheuren Misthaufen. Dieser Abfall war beinahe eine geologische Schicht, aus der das Dorf sozusagen zur Neuzeit herausgeschaufelt werden mußte. Als die trojanische Ausgrabung geglückt war, ging es den Schatzgräbern wie in der bekannten Legende. Die Umgrabung als solche war produktiv, der auf die Felder und Gartenanlagen ausgeführte Mist düngte einen prächtigen Humus hervor, auf dem heute üppige Wiesen und kräftige Gewächse mannigfacher Nutart gedeihen. Wie denn die triste Uranlage dieses Landstriches, der Sumpf im Talgrunde mit seiner Rogg und Reiter versenkenden Bodenlosigkeit, den klugen Landgrüblern der Anreiz zu ebenso wertvollen, als in ihrer Originalität lustigen Schöpfungen wurde. Die beiden Quellen des Sumpfes wurden erforscht, eingedämmt, filtriert und in ein Röhrensystem gezwungen: und speisen nunmehr, ganz abgesehen davon, daß sie ein dem Terrain abgelauchtes Verleselungssystem von schllechter, geradezu klassischer Einfachheit bedienen, ein Dampfbad, Jambuhl, ein Dampfbad. Dieses Dampfbad ist groß genug für die Verhältnisse des Landes, ist eine komplett eingerichtete Miniatur zu städtischen Unternehmungen der gleichen großen Art. Es haben turnusweise außer den Soldaten die Wirtschafts- und Gemerkschaftszöglinge der Kolonie, serbische Jungen, die mit Begabung ihren neuen Beruf erfassen, ferner die Dorfbewohner.

Diese Duodeztausgabe des modernen Quiffaniastaates, wie ihn der Krieg in Mitteleuropa geschaffen hat, dieses Bedienungselbst-Gemeinwesen besitzt alle Anstalten, die zu einem Betrieb großer Art notwendig sind. Aus Maschinenwaack, aus Anfängen rationeller Bauernwirtschaft, hat der Kommandant Hauptmann Ehytill mit seinen Offizieren die kleine Bernegroßstadt organisiert. Die Arbeit, die hier, Späß bei Seite, geleistet worden ist, überrascht nicht nur durch die Schlagfertigkeit, mit der die Schöpfer vor dem Rohstoffe, einem verwüsteten und vernachlässigten Lande, gestanden sein müssen, das schlimmer war als

die Natur im Urzustande, sie überrascht auch durch die Kürze der Zeit, in der sie zustande kam. Hier hat man gearbeitet wie die Biber. Ueber dem Sumpfe, der überschüttet und von einer gut geschotterten Landstraße durchzogen ist, stehen außer dem Dampfbad auch eine Dampfwecherei, eine Mühle, eine Serie von Werkstätten, eine Löfferei, eine Gerberei, die Hunde- und Schaffelle verarbeitet. Ein acht Joch umfassender Gemüsegarten kann nicht nur die Bewohner ernähren, er kann auch, gleich einigen der Werkstätten, exportieren und verdienen. Die Kapitalanlage hat sich bei diesem Betriebe beinahe schon in jedem Detail mehrhundertfach rentiert.

Die jetzige Kriegslage und der Friede.

In den „Münchener Neuesten Nachrichten“ werden über die Bemerkung Bethmann Hollwegs über die „Kriegslage“ einige Erläuterungen gegeben, die nicht unbeachtet bleiben dürfen. Herr v. Bethmann Hollweg war nämlich dieser Tage in München und der Chefredakteur des genannten Blattes ist von ihm empfangen worden. Vielleicht spricht also hier der Reichskanzler mit. Es heißt in dem Artikel:

Wenn die verantwortlichen Staatsmänner der Entente einen Blick auf die Kriegslage werfen und die dort verzeichneten Tatsachen für sich sprechen lassen, werden sie auch die Aeußerungen des Reichskanzlers verstehen, daß die jetzige Kriegslage die Grundlage für einen Frieden bilden müsse. Wir sagen absichtlich die Grundlage. Es ist ein unehrliches Mißverstehen, wenn man aus den Worten des Reichskanzlers herausgelesen hat, daß die undurchbringlichen Schlingengräben, die die Mittelmächte im Osten und Westen errichteten, die derzeitigen deutschen unerschütterlichen Soldatenmännern auch die Grenzen eines Friedensschlusses sein müssen. Noch in keinem Kriege —

man denke nur an 1870 — war dies der Fall, aber die militärischen Errungenschaften, die mit unendlich viel Blut erstritten worden sind, müssen die Ausgangspunkte irgend welcher Verhandlungen bilden. Das ist so unzweideutig und so klar, daß eine andere Deutung nur auf Böswilligkeit und Verdrehung der Tatsachen gegründet sein kann. In der Ententepresse wird Deutschland die Schuld zugeschoben, daß der fürchtbare Krieg noch kein Ende erreichen könne. Deutschland war im Gefühl seiner Kraft und der wertvollen Pfänder, die es in der Hand hat, stets bereit, das blutige Ringen zu beenden.

Daß das ein „unehrliches Mißverstehen“ ist, haben wir Herrn Grey gegenüber sogleich hervorgehoben. Indessen wäre der Reichskanzler schon in der Lage, derlei Entstellungen seiner Worte zu hindern: er brauchte nur deutlicher zu sagen, was Deutschland nicht anstrebt . . .

Eine Wiedertekehr der Schiff- fahrtsakte?

Ein böser Schatten ist jüngst heraufbeschworen worden. Der englische Handelsminister Runciman hat im Hause der Gemeinen die Bemerkung gemacht: „Wenn die Navigationsakte wiederhergestellt würde, dann könnte England eine weit größere Seemacht werden, als es je zuvor war.“ Aus der Kumpelkammer des merkantilistischen Zeitalters wurde da eine Waffe hervorgezerrt, die für die Machtkämpfe der imperialistischen Welt vielleicht brauchbar, sicherlich aber höchst gefährlich werden müßte.

Vor 1650 war England die Welt- und Seemacht keineswegs, die über Erdteile gebietet. Noch war Schottland ihm nicht dauernd vereinigt und Irland nicht ganz unterworfen, überseeische Besitzungen aber zählten noch kaum mit. Das erste Industrieland, wenn man in Bezug auf jene Zeiten so sprechen kann, war Holland und Hollands Schiffe herrschten noch vordem selbst in den Häfen Englands. Da vollzog Oliver Cromwell, der Protektor der damaligen englischen

Republik, ein Gesetz, das diesen Zustand nicht etwa durch den natürlichen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern durch die Zwangsmacht des Staates ändern sollte. Dieses Gesetz sagte rund heraus:

Waren dürfen vom europäischen Festland nach England nur entweder auf englischen Schiffen oder auf Schiffen jenes Landes, von dem die Waren stammen, verfrachtet werden. Waren von Uebersee dürfen nur auf englischen Schiffen eingeführt werden.

Dieses Gesetz vom Jahre 1651 ist die demütig gewordene Navigationsakte (Schifffahrtsakte).

Sie bewirkte zunächst, daß die holländische Schifffahrt von den englischen Häfen jählings zurückgedrängt wurde. Nur Waren holländischen Ursprungs konnte sie nach England verschiffen — keinerlei Zwischenfracht aus anderen Ländern durfte mitgenommen werden, keine aus den Kolonien zugeführte Ware durfte in England ans Land gebracht werden. Von dieser Aste an datiert die englische Bourgeoisie den Aufstieg ihrer Seemacht bis zur Beherrschung der Weltmeere.

Für England mag das nun ein gewaltiger Gewinn gewesen sein. Zunächst aber bedeutete es lange, fürchterliche Kriege zwischen England und Holland, unter deren Last Hollands Blüte zusammenbrach. Hollands Kolonialreich zusammenschmolz und Holland der Zwergstaat wurde, der es heute neben Großbritannien ist. Gewiß ist diese Wirkung nicht allein der Schifffahrtsakte von 1651 zuzuschreiben, aber sie war ihr Haupthebel.

In unserem Zeitalter wetteifern die Bourgeoisien bisher vorwiegend in der Warenproduktion und der Streit der Schiffreederei sowie der Streit der Staaten um den Schiffspark der Welt sind bisher im Hintergrund gestanden. Es war dem englischen Kaufmann so unerwünscht nicht, daß die stets sich mehrende Zahl immer stattlicherer Schiffskolosse deutsche Flagge bei der Vorbeifahrt in den Häfen seiner Insel anlegte und die Verfrachtungs- wie die Reisemöglichkeiten vermehrte und verbilligte. So war auch dem englischen Seefahrer jede deutsche Ware genehm: England war ja noch immer der weit bedeutendste Zwischenverfrachter, von seiner Eigenfracht gar nicht zu reden!

Nun aber wird mit dem Gedanken gespielt, die Frachtfreiheit der Welt wieder durch Einzelstaatsgesetz aufzuheben. Wir sagen: mit dem Gedanken gespielt, denn noch ist an den Ernst nicht zu glauben. Aber leider gibt es viele und höchst bedrohliche Anzeichen, daß solche Gedanken nicht nur in England erwogen werden.

Die Vereinigten Staaten haben schon geraume Zeit eine Andeutung von Schifffahrtsakte. Dieses ebenso gewaltige wie in seiner künftigen Bestimmung rätselhafte Staatswesen verbindet den Atlantischen und den Großen Ozean, sein maritimer Ehrgeiz ist ungemessen, aber es hat bisher keine nennenswerte Handelsflotte, eben weil es sich ganz und gar auf englische und deutsche Schiffe verlassen kann. Um die heimische Reederei zu ermutigen, hat die Union eine Zollunterscheidung eingeführt — sie räumt der Ware, die auf amerikanischem Schiffe zugeführt wird, einen billigeren Zollsatz ein. Jüngst aber hat darüber hinaus der Schatzsekretär Mac Kelloo auf der Handelskonferenz aller amerikanischen Staaten den Plan einer allamerikanischen Handelsflotte befürwortet und der Milliardenregen, der auf Amerika im Kriege niedergegangen ist, läßt ein solches Werk auch nicht utopisch erscheinen. Rußland aber, das Riesenreich ohne eisfreien Hafen, schenkt den Seefragen schon lange die gesteigertste Aufmerksamkeit und auch dort redet man von einer Navigationsakte. Daß auch auf den Handelskonferenzen der Entente an solche Pläne gerührt wird, ist nicht ausgeschlossen.

Das Streben, dem heimischen Schiffe die Warenzufuhr tunlichst vorzubehalten, entspringt aus dem gleichen Gedanken wie der Schutzzoll, aber nicht notwendig sucht es Erfüllung auf dem gleichen Wege. Fast jeder Staat fördert seine Marine mit wirtschaftlichen Zuwendungen und beschleunigt so rein wirtschaftlich deren Entwicklung. Diese Grenzlinie wird

überschritten, wo nackte politische Gewalt den Zwang über den Fremden setzt und also die Wiedervergeltung durch Zwang herausfordert. Das ist nicht mehr rein-wirtschaftliches, ist also wirtschaftlich nicht mehr redliches Spiel. Daß es wirksam sein kann, beweist die englische Navigationsakte, aber daß sie die Wiedervergeltung herausfordert und zur ständigen Kriegursache werden kann, ist leider ebenso wahr. Was seinerzeit Holland erfahren hat, wäre heute Deutschland zugebacht, und so gehören all diese Anspielungen und Andeutungen zu der Wettrüstung zum Handelskrieg, die, wie es scheint, heute schon für die Zeit nach dem Frieden vorbereitet werden will.

Es ist nun gar leicht gezeigt, daß solche Rüstungen nicht minder zweischneidig sind wie die Kriegsrüstungen selbst. Wollte England zur Wiederaufrichtung einer Schifffahrtsakte schreiten, so würde es sich bei dem heutigen Stande der Dinge tief ins eigene Fleisch schneiden, und gewiß ist, daß augenblicklich der englische Reeder berechtigten Einspruch erheben müßte. Aber der Reeder von heute ist nicht die englische Reederei der Zukunft, die englische Reederei auch nicht die englische Staatsgewalt, und es ist wohl zu denken, daß der Staat England dem heutigen Reeder unerwünschten Zwang auferlegt in der Entwicklung oder Erwartung, die spätere unbestreitbare Uebermacht der englischen Handelsflotte so zu begründen. In solchen Unterscheidungen bewegt sich ja die imperialistische Politik überhaupt und Einwendungen vom Tagesinteresse einer kapitalistischen Schicht gelten ihr nichts.

England würde ja wahrscheinlich in allen anderen Staaten die gleiche Schifffahrtspolitik hervorufen oder steigern und so sich selbst eine heute wohl überlegenere Konkurrenz schaffen; weil aber doch zugleich alle anderen niemals vor einer englischen Schifffahrtsakte ganz sicher sein können, drängen sie selbst dazu: die Furcht des einen vor dem anderen treibt hier dieselben Rüstungen hervor wie im Waffenhandwerk. Wird mit solchen Ideen nur gespielt, so geht von ihnen schon das Verhängnis aus; sind sie nur erst zu einem Stück verwirklicht, so wachsen sie sich von selbst zur Vollreife aus und niemand kann dem Verhängnis mehr entinnen.

Man kann hier nicht früh genug vorbeugen. Zu einer Hauptbedingung des Friedens muß darum die Freiheit der Meere werden. Zu ihr gehört aber vor allem, daß Flaggenzölle verboten und Schifffahrtsakten jeden Grades für alle ausgeschlossen bleiben müssen.

1./VI. 1916

Die bedrängten Urheber des Krieges.

Ein Freimaurerkongreß in Rom.

(Von dem Korrespondenten der „Reichspost“)
 Von der schweizerisch-italienischen Grenze, 28. Mai.

Dem heute in Rom stattfindenden geheimen internationalen Freimaurerkongreß wird in unterrichteten Kreisen außerordentliche Bedeutung beigemessen. Der Zweck des Kongresses ist trotz allen Geheimhaltens mit Sicherheit bekannt. Die Loge sieht, daß in dem mit ihrer Hilfe entfachten Weltkrieg der Zeitpunkt da ist, wo schon, wenn auch entfernt, vom Frieden gesprochen wird. Aus Gründen, deren Erörterung in diesem Augenblicke zu weit führen würde, erwartet man mit großer Wahrscheinlichkeit den Papst als Mittler auftreten zu sehen. Die Loge befürchtet daher, daß durch ein solches erfolgreiches Eingreifen das Ansehen des Oberhauptes der katholischen Kirche, dessen Bekämpfung einer ihrer vornehmlichsten Zwecke ist, in ganz außerordentlicher Weise gesteigert werden würde, sie glaubt ferner, daß eine unerläßliche Folge eines solchen erfolgreichen Eingreifens des Papstes sein Erscheinen auf der Friedenskonferenz selbst sein würde und sie fürchtet, daß die Großmächte oder wenigstens ein nicht zu übergehender Teil derselben hieraus für sich die freiwillige Verpflichtung ableiten wird, der Lösung der römischen Frage in einer den Wünschen des Papstes entsprechenden Form die Hand zu bieten. Diese Befürchtungen der Freimaurer sind in einem vor einigen Monaten ergangenen Rundschreiben des Pariser Großorientals dargelegt, worin gleichzeitig zur Besprechung dieser Angelegenheit für den 28. Mai nach der italienischen Hauptstadt eingeladen wurde. Das Rundschreiben gab als weiteren Zweck der Zusammenkunft an die Beratung von Mitteln und Wegen, um dem Papste jede Initiative vorwegzunehmen und selbst sie zu ergreifen. Der Standpunkt der Loge ist, daß der Friede durch ihre Vermittlung zu kommen habe.

Zu diesem Kongreß erscheint als außerordentlicher bevollmächtigter Vertreter des französischen Großorientals der General a. D. Percin. Seitens England traf schon vor einigen Tagen der Herzog von Connaught in angeblich politischer Mission ein, doch steht fest, daß sein Kommen hauptsächlich seiner Eigenschaft als oberster Würdenträger der englischen Logen zuzuschreiben ist, die er auf dem Kongresse zu vertreten hat.

Die Ereignisse im Westen. Das große Ziel der deutschen Bundesstaaten.

Ein Nachwort des Bayernkönigs zum Kanzler-
besuch in München.

München, 30. Mai.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Zwischen dem Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg und dem König von Bayern hat nachstehendes Telegrammwechsel stattgefunden:

„Neuoffingen, 30. Mai 2 Uhr 35 Minuten nachmittags.

Sr. Majestät dem König, München.

Euerer Majestät bitte ich erneut, meinen tiefgeföhltten ehrerbietigsten Dank für die so überaus gnädige Aufnahme entgegenzunehmen, deren mich Allerhöchstdieselben wiederum gewürdigt haben. Wenn ich daraus die Gewißheit schöpfen darf, daß Euerer Majestät meinem unwandelbaren Bestreben, dem Reich auch in seinen Fürsten und Stämmen mit allen meinen Kräften zu dienen, mit Allerhöchstihrem Vertrauen begegnen, so ist mir das festeste Stütze und Hilfe in dieser großen und ernsten Zeit. Die Bevölkerung Euerer Majestät Residenzstadt hat mir auch dieses Mal wieder so viel Freundlichkeiten erwiesen, daß ich Euerer Majestät auch dafür tiefsten Dank schulde.

Bethmann-Hollweg.“

„Herrn Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Stuttgart.

Euerer Excellenz danke ich herzlich für das liebenswürdigste Telegramm. Ich freue mich, daß Sie so gute Eindrücke von München mitgenommen haben, und ich begleite Ihr verantwortungsvolles Wirken in dieser ernsten Zeit mit meinen innigsten Wünschen, die getragen sind von dem Vertrauen, daß Euerer Excellenz alle Kraft einsetzen für die Erreichung des großen Zieles, nach dem das gemeinsame Streben aller Bundesstaaten und ihrer Fürsten gerichtet ist für eine glückliche und gesicherte Zukunft des Deutschen Reiches.

Ludwig.“

Englische Erklärungen.

London, 30. Mai. (Reuter).

Das Auswärtige Amt gibt bekannt: Die deutsche Regierung versuchte, die Beschuldigungen des deutschen Reichskanzlers gegen die britische Regierung wegen ihrer Haltung in der bosnischen Krise zu

unterstützen. Es ist wünschenswert, die Tatsachen festzustellen.

Oesterreich-Ungarn annektierte durch einen Federstrich Bosnien und die Herzegowina und änderte dadurch willkürlich (?) den internationalen Vertrag ab. (Weil die revolutionäre Einführung der Verfassung in der Türkei dazu zwang, wozu die Monarchie übrigens nicht nur vertragsmäßig berechtigt, sondern auch von der Bevölkerung selbst aufgefordert worden war.) Großbritannien erhob gegen dieses Vorgehen Einspruch und weigerte sich, die Annexion anzuerkennen, bis die anderen Mächte, die an diesem Vertrage beteiligt waren, dies taten. Die bezüglichen diplomatischen Aktenstücke beschäftigen sich mehr mit den Handlungen anderer Mächte, die damals interessiert waren. Aber wenn man sie durchsieht, findet man darin genügend Material, um die Beschuldigung des deutschen Kanzlers zu entkräften. Der erste Teil der Beschuldigung lautet: In der bosnischen Krise wendete Deutschland einen Krieg ab, Großbritannien äußerte darüber in Petersburg sein Mißvergnügen. Es wird der Versuch gemacht, dies durch Auszüge aus Depeschen des deutschen Botschafters zu erhärten, die teilweise auf einem Gerede über Bemerkungen des damaligen Botschafters in Petersburg Sir Artur Nicolson beruhen.

Nicolson erklärt entschieden, daß dieses Gerede nicht wahr ist. Es stellte sich heraus, daß von dem deutschen Kanzler während der bosnischen Krise der Vorwurf erhoben wurde, daß die Haltung des britischen Botschafters in St. Petersburg nicht im Sinne einer sinnlichen Lösung war. Nicolson wurde davon verständigt. Er schrieb am 9. März 1909 an Staatssekretär Sir Edward Grey: „Ich weiß genau, daß der Eindruck besteht, daß ich im russischen Ministerium des Außen die Deutschland und Oesterreich-Ungarn feindliche Politik bestärkte. Das ist durchaus unrichtig. Ich riet damals, eine Richtung einzuschlagen, die die Klüfte zwischen ihm (dem russischen Ministerium des Außen) und Wien erweitern könnte.“ Das war die Politik, die Nicolson während der ganzen Krise konsequent verfolgte.

Es erübrigt noch, auf eine gegen Grey erhobene Beschuldigung einzugehen. Die vom Kanzler gegen ihn persönlich erhobene Beschuldigung ist, daß Sir Edward Grey erklärte, er glaube, daß die britische öffentliche Meinung einen Krieg Großbritanniens auf Rußlands Seite billige. Grey gab niemals, weder bei einem Diner noch bei irgend einem anderen Anlasse, eine solche Erklärung über die bosnische Krise ab. — In dem zusammenfassenden Berichte des Botschafters Nicolson vom 27. Februar 1909 kommt folgender Satz vor: „Wenn Serbien seine territorialen Ansprüche nicht aufgibt, wird es zum Kriege kommen. Ich erfuhr von Rowolki im Oktober, daß diese Ansprüche wahrscheinlich schließlich aufgegeben werden müßten. Ich gab zu verstehen, daß wir Rußland dabei unterstützen würden durchzusetzen, was durch diplomatische Unterstützung erreicht werden kann, daß wir aber die Dinge nicht bis zum Kriege treiben würden.“

Und weiter: „Wir sind der Ansicht, daß es in keinem Verhältnis zu den Interessen, die auf dem Spiele stehen, sein würde, für die territorialen Ansprüche Serbiens einen Krieg zu wagen, in den vielleicht der größte Teil des europäischen Kontinents verwickelt würde.“

Die Erklärung des Auswärtigen Amtes schließt: Der Eindruck aus den diplomatischen Aufzeichnungen 1908/1909 ist, daß der Krieg im Jahre 1909 abgewendet wurde, weil Rußland die serbischen territorialen Ansprüche gegenüber Oesterreich-Ungarn nicht bis zum Punkte eines europäischen Krieges unterstützen wollte. Dieser Standpunkt war auch der der britischen Regierung, die niemals davon abging. Wenn Deutschland im Jahre 1914, als die österreich-ungarische Forderung gegenüber Serbien bis zum Punkte der Vernichtung der serbischen Unabhängigkeit getrieben wurde, denselben Standpunkt eingenommen hätte, wäre der Krieg damals vermieden worden.

Graf Tisza über die Friedensbedingungen.

Unsere letzte objektive Vorbedingung.

SB Berlin, 31. Mai.

Das Berliner Tageblatt veröffentlicht ein Interview mit dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza, worin es unter anderem heißt:

Zweifellos verstärken sich in den letzten Monaten die objektiven Friedensvorbedingungen, die auf unserer Seite schon lange gegeben sind. Das Letzte, was wir in dieser Beziehung vielleicht noch wünschen können, vollzieht sich in diesen Tagen: die Vertreibung der Italiener vom Boden der Monarchie.

Daß die subjektiven Vorbedingungen des Friedens gegeben wären, ist aus den jüngsten Erklärungen Poincarés und Greys nicht zu erkennen. Nach wie vor hängt es ausschließlich von den Feinden ab, wann der Friede wiederhergestellt sein wird.

Eine Unterredung mit dem Grafen Tisza.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Berlin, 31. Mai.

Dem „Berliner Tageblatt“ telegraphiert sein Sonderberichterstatler Dr. Leo Lederer folgenden Bericht über eine Unterredung, die ihm vom Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza gewährt wurde:

Hoch auf dem Ofner Festungsberg, jenseits der mächtvoll geschwungenen Kettenbrücke steht das einfache schmucklose Gebäude des ungarischen Ministerpräsidiums. Ueber die funkelnden Wellen der Donau, die diese schöne Stadt in stolzer Breite in zwei sehr verschiedene Welten scheidet, blicken die hohen Fenster seiner Empfangsäule auf den glanzvollen Fortschritt der Pester Neustadt. Auf den dunklen Tapeten der Säle aber hängen zwischen französischen Gobelins die Bildnisse der Männer, die das Ungarn von heute geschaffen: Franz Deák und der unglückliche Graf Batthyány, Andrássy und Koloman v. Széll, das offene Soldatenantlitz Fejérváry und die Spöttermiene Lufács, zwischen ihnen zwei Köpfe, Vater und Sohn, Koloman und Stefan Tisza.

Ich habe Mühe, Familienstudien zu machen, während ich die Ankunft des Ministerpräsidenten erwarte, der mich empfangen will. Die gedankenreichen Augen des älteren Tisza erhellen auch des jüngeren Gesicht, nur daß der Kopf des Sohnes herber, geschlossener wirkt, während sich um Mund und Kinn die Energie, die puritanische Einfachheit und der freie Mut des Mannes zeigen, der heute die Geschicke Ungarns leitet.

Eine Viertelstunde lang blide ich in dieses Bilderbuch der ungarischen Geschichte, dann öffnet sich eine verschwiegene, schwere Polstertür. In seinem großen, hellen Arbeitskabinett empfängt mich der Ministerpräsident Graf Stefan Tisza.

Seitdem man das Bild des Grafen Tisza zur Erinnerung an seine erste Ministerpräsidentenschaft für den großen Saal des Ministerpräsidiums gemalt hat, ist dieser ungarische Staatsmann im wilden Streit der Parlamentsträfte ersichtlich stark

gealtert. Große, scharfe Brillengläser verbergen jetzt die Augen, wie beim Vater; das kurzgeschorene Haar, der schmale Schnurrbart sind ergraut, die Züge schärfer, hagerer geworden, aber noch immer erkennt man an den hohen stahlharten Gliedern den einst berühmten Fehler und kühnen Reiter. Der Ministerpräsident lädt mich ein, ihm gegenüber Platz zu nehmen. Mit Klarheit und mit ruhiger Sachlichkeit bespricht er alle Fragen, bald als Staatsmann, bald als leitender Politiker des Landes, als Landwirt und als Führer der ungarischen Gentry, aber stets als ein Mann von ungewöhnlich hoher Sittlichkeit, mit selten reichem Wissen.

Das Gespräch dreht sich natürlich zunächst um jenes eine Wort, das auch Wilson, der Reichskanzler und Sir Edward Grey in ihre jüngsten Erklärungen aufgenommen haben, dessen bloße Aussprache fast wie Erlösung wirkt und die Völker heute tiefer erschüttert als es die lautesten Trompetenstöße könnten: Friede. Aber in seiner Beurteilung der Friedensmöglichkeiten ist Graf Tisza in begreiflicher Weise sehr vorsichtig. In seiner Rede, die der Ministerpräsident im Dezember des vergangenen Jahres vor dem ungarischen Reichstag über die Friedensmöglichkeiten hielt, hat Graf Stefan Tisza zwischen den objektiven und den subjektiven Friedensvorbedingungen unterschieden. An dieser Unterscheidung hält Graf Tisza auch noch heute fest.

„Zweifellos,“ sagt der Ministerpräsident, „haben sich die objektiven Friedensbedingungen, die auf unserer Seite schon seit langem gegeben waren, in den letzten Monaten verstärkt. Das Letzte, was wir in dieser Beziehung vielleicht noch wünschen konnten, vollzieht sich in diesen Tagen: die Vertreibung der Italiener vom Boden der Monarchie. Und auch im feindlichen Lager ist insofern ein Fortschritt zu verzeichnen, als man nicht mehr von der Zertrümmerung Deutschlands und von der Aufteilung Oesterreich-Ungarns spricht. Daß die subjektiven Vorbedingungen des Friedens gegeben wären, ist aus den jüngsten Erklärungen Poincarés und Sir Edward Greys nicht zu erkennen, obwohl ich nicht sehe, auf welche Momente unsere Gegner heute ihre Hoffnungen noch setzen. Denn die Erwartungen, die sie auf den Eintritt Italiens, die Stellungnahme Rumaniens und der Vereinigten Staaten, auf ihre Balkanaktion gesetzt haben, sind ebenso wenig in Erfüllung gegangen wie die Hoffnung, uns erschöpft und entmutigt zusammenbrechen zu sehen. Nach wie vor hängt es ausschließlich von unseren Feinden ab, wann der Friede wieder hergestellt sein wird. Wir haben von dem Augenblick, da wir die aggressiven Absichten unserer Gegner vernichtet hatten, aus unserer Friedensbereitschaft kein Hehl gemacht.“

Ebenso wie Herr v. Bethmann Hollweg und Sir Edward Grey wünscht auch Graf Tisza einen Frieden, der Europa dauernde Ruhe sichert.

„Wo Oesterreich-Ungarn die Sicherheiten für einen solchen Frieden suchen muß, sagt der Ministerpräsident, zeigt Ihnen die Geschichte dieses Krieges, ohne daß ich mich über den Umfang der dazu notwendigen Garantien äußern möchte.“

Wir verlassen das noch reichlich unfruchtbare Feld der Friedensmöglichkeiten und greifen nach den schönen Früchten, die schon die wilde Zeit des Krieges für die Völker der Centralmächte gereift hat. Manches schädliche Vorurteil, das die Ungarn von den Oesterreichern trennte, manches Mißverständnis, das das Verhältnis zwischen Deutschland und Ungarn barg, hat der Sturmwind dieses Weltkrieges zerblasen. Mit der ungewöhnlichen Schärfe ihres politischen Verstandes hat die ungarische Nation die erhöhte Notwendigkeit des Bundes der Centralmächte vom Anfang an begriffen, stets war sie die festeste Stütze des Bündnisses mit Deutschland; mit der ganzen Ritterlichkeit ihres warmen Herzens ist sie heute bereit, ihre reiche Kraft in den Dienst dauernder gemeinschaftlicher Arbeit in erhöhtem Maße zu stellen. Graf Tisza ist der Mann, der berufen ist, diesem alten und dennoch neuen Bund die zeitgemäßen Vorbedingungen zu schaffen.

„Die Ausgleichsverhandlungen mit Oesterreich,“ sagt der Ministerpräsident, „werden vor jenem freundschaftlichen Geist getragen, der das vertrauensvolle Verhältnis zwischen den beiden Staaten der Monarchie heute erfüllt. Die Konferenzen, die in Wien und Budapest geführt werden, nehmen einen befriedigenden Fortgang. Hand in Hand mit diesen Verhandlungen gehen die Vorbereitungen für die neuen Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland. Begreiflicherweise bildet die Ungewißheit darüber, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, eine besondere Schwierigkeit, sowohl für den Ausgleich, wie für die Handelsvertragsverhandlungen. Aber andererseits hat gerade dieser ungewisse Zustand den Gedanken gezeitigt, wenigstens die gegenseitigen Beziehungen auf eine möglichst stabile, von unseren Gegnern auch künftig nicht leicht zu erschütternde Grundlage zu stellen.“

Für „Mitteleuropa“ allerdings scheint Graf Stefan Tisza weniger übrig zu haben. In diesem klaren Kopf haben wohl Ideale, aber keine der Wirklichkeit fremden Zukunftspläne Platz, und es ist zweifellos ein sehr richtiger, dem dauernden Frieden nur dienlicher Gedanke, daß man durch wirtschaftliches Säbelfkirren für die Zukunft nicht eine verrannte Situation machen soll.

Mit der Erörterung der Nationalitätenfrage kehrt die Unterhaltung zu ihrem Ausgangspunkt zurück, zu Krieg und Frieden.

„Die größte Freude, die ich in diesem Weltenbrand erlebt habe,“ sagt der Ministerpräsident, „war die einmütige Hingebung, mit der sich alle Nationalitäten Ungarns für das Vaterland geschlagen haben. Ich spreche nicht von den Deutschen, sie waren immer gute Söhne Ungarns, und ob sie nun ihrer deutschen Seele oder ihrem ungarischen Herzen folgten, sie konnten nur einen Weg gehen, weil unsere Deutschen sich mit allen politischen Zielen des ungarischen Staates von jeher identifizierten. Aber auch die Rumänen, die Slowaken, die Ruthenen haben ihre Pflicht gegen das ungarische Vaterland voll erfüllt. Das muß nach innen wie nach außen die besten Wirkungen haben. Es zeigt uns aber auch, daß die Nationalitätenpolitik, die wir befolgt haben, die richtige gewesen ist. Das Mißtrauen gegen die Nationalitäten, dem man in Ungarn aus früherer Zeit her noch begegnen konnte, schwindet, und die Erfahrungen des Krieges machen es uns leichter, gewisse mit dem nationalen Charakter des ungarischen Staates vereinbare Wünsche der Nationalitäten zu erfüllen. Im Ausland aber wird man begreifen, daß jede Spekulation auf die Unzufriedenheit der Nationalitäten ein leerer Wahn gewesen ist. Vielleicht hat man das zum Teil schon erkannt und die antungarische Agitation, der man in Bukarest begegnen konnte, ist immer nur ein Hilfsmittel der rumänischen Opposition gewesen. Im Grunde genommen weiß man dort sehr gut, daß kein ungarländischer Rumäne befreit werden will, am wenigsten mit russischer Hilfe. Hoffentlich wird auch in Deutschland unsere Nationalitätenpolitik nach diesem Kriege mehr Verständnis finden. Auch in Deutschland hat man ja unser Verhältnis zu den Nationalitäten zeitweilig falsch beurteilt. Weil wir gewisse, noch aus dem Mittelalter stammende Privilegien der Siebenbürger Sachsen seinerzeit den Forderungen eines Verfassungsstaates entsprechend abgeschafft haben, was zunächst zu manchen Beschwerden der Sachsen in der öffentlichen Meinung des Deutschen Reiches führte, geriet die Beurteilung unserer Nationalitätenpolitik auf falsche Bahnen. Diese Reibungen gehören längst der Vergangenheit an. Lehnlich ihren ebenfalls im ungarischen Staatsverbande stehenden deutschen Brüdern bilden auch die Siebenbürger Sachsen eine feste Stütze der ungarischen Staatsidee, und wenn jemand die feste Ueberzeugung hat, daß der ungarische Staat seinen nationalen Charakter nicht aufgeben und sich in ein buntes ethnographisches Konglomerat auflösen kann, so sind es gerade die Deutschen Siebenbürgens, welche im festen Gefüge des ungarischen Staates die Rettung vor der rumänischen Ueberflutung erblicken. Der einzige Umstand, der von seiten deutscher Kreise in Südungarn bemängelt wurde, nämlich die Vernachlässigung des Unterrichts ihrer Muttersprache in Volksschulen mit ungarischer Lehrsprache, ist vor zwei Jahren behoben und dadurch jede Grundlage einer deutschnationalistischen Richtung entzogen worden. Auch hierin kommt die Tatsache zum Vorschein, daß das ungarische Volk sein Kulturleben, bei aller Wahrung der nationalen Eigenart, im engen Anschluß an die deutsche Kultur zu entwickeln sucht. Auch in unseren Mittelschulen wird auf die deutsche Sprache in Zukunft ein größeres Gewicht gelegt werden, und es ist überhaupt lächerlich, in Ungarn von einem Kampfe gegen die deutsche Kultur zu sprechen. Niemals hat sich Ungarn dem Zug der Zeit verschlossen, auch wenn es heute mehr denn je Wert darauf legen muß, ein ungarischer Nationalstaat zu bleiben.“

Die Friedensfrage.

N. New-York, 2. Juni. (Zuspruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus.)

Eine Meldung der „Evening Post“ aus Washington besagt: Die Rede, die Wilson Samstag gehalten hat, war der erste Schritt eines sorgfältig aufgestellten Programmes, durch das Wilson hofft, daß die Vereinigten Staaten vielleicht die Beilegung des Krieges erreichen werden. Sein Ueberblick über die Lage in Europa in den Beziehungen zu der nächsten und fernen Zukunft aller Staaten führte Wilson zu dem Schluß, daß die Vereinigten Staaten wegen ihrer großen ökonomischen und moralischen Macht nicht länger untätig bleiben dürfen und daß sie künftig lebhaft und freimütig trachten müssen, die Kriegführenden zu versöhnen.

N. Haag, 2. Juni. Der niederländische Antikriegsrat teilt mit, daß der frühere Minister des Aeußern Beaufort, der Ehrenvorsitzender der jüngsten Friedenskonferenz war, sich zu der Möglichkeit einer Annäherung zwischen den Kriegführenden anlässlich der letzten Erklärungen der verantwortlichen Staatsmänner in Deutschland und England folgendermaßen ausgesprochen hat: Um Frieden schließen zu können, müssen entweder die Bedingungen gegeben sein, über die die Kriegführenden einig sind, oder solche, die von einer kriegführenden Partei der anderen auferlegt werden können. Soweit sei es aber noch nicht. Ein Frieden, der nichts weiter wäre als ein Waffenstillstand, wäre nicht wünschenswert, denn, wenn aus diesem Krieg wieder ein bewaffneter Friede folgte, würde er infolge der Unzufriedenheit der Völker und infolge der Eifersucht der Regierungen doch bald wieder gebrochen werden. Wenn jetzt ein Frieden geschlossen werde, müsse es ein dauernder Friede sein und vor allem durch eine gute Regelung der Schiedsgerichtsbarkeit für eine bedeutende Verminderung der Armeen und Flotten gesorgt werden. Nur so könne die drohende Weltkrise, die für die kriegführenden und die neutralen Länder vor der Tür stehe, beschworen werden. Denn, wenn die Regierungen selbst zu der Ueberzeugung gelangt sein werden, daß es keiner Partei glücken werde, die andere zu besiegen, sei der Weg zum Frieden gefunden. Aber die Regierungen müßten zu gleicher Zeit zu dieser Einsicht gelangen, denn, wenn nur eine Partei es einsehen würde, würden die anderen dadurch angespornt werden, durchzuhalten. Deshalb sei ein Vermittler nötig. Beaufort hält den Papst für die geeignetste Person zu einer derartigen Vermittlerrolle. Jedenfalls müsse die Lösung heißen: „Entweder ein dauerhafter Friede oder keiner.“

Churchills vergebliche Hoffnung auf die Farbigen.

London, 2. Juni. Im Unterhause antwortete Parlamentsuntersekretär Tennant auf die neuliche Rede Churchills, dieser überschätze das Menschenmaterial in Indien, das für Armeezwecke in Betracht käme, um das Zwanzigfache. Man würde gegen 1400 Offiziere brauchen, die Erfahrung mit Indiern hätten, und indische Offiziere und englische Offiziere ließen sich ebenfalls nicht improvisieren. Afrika bringe verhältnismäßig wenig kriegerische Völker hervor. Die Hauptschwierigkeit liege auch hier in dem Mangel an sprachkundigen Offizieren.

Ferner sei der Gesechtswert schwarzer Truppen eine sehr unsichere Größe.

Die Vorschläge Churchills hätten das Vertrauen der Feinde Englands verstärkt. Die deutsche Presse habe bereits daraus gefolgert, daß England am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei.

Churchill über Asquiths 5 Millionen-Aufschneiderei.

Churchill erwiderte in längerer Rede, in der er ausführte: Verwundete Offiziere sollten bis zu ihrer Wiederherstellung indische und afrikanische Sprachen lernen. Von der britischen Armee stehe die eine Hälfte in England, von der anderen nehme wiederum nur eine Hälfte an den Kämpfen in den Schützengräben teil. Das sei ein allzu ungünstiges Verhältnis. Etwa zwei Millionen britischer Soldaten hätten noch keine Kugel pfeifen gehört. Redner empfahl eine gründliche Prüfung dieser Dinge durch eine parlamentarische Kommission. Die Regierung habe mit ihrer Angabe, daß die britische Armee im ganzen fünf Millionen Mann zähle, falsche Vorstellungen erweckt. Gerade diese Ziffer sei die schärfste Kritik an dem geltenden System, denn sie sei außer jedem Verhältnis zu der eigentlichen Gesechtsstärke der Armee. Mit solchen Zahlen mache man den Deutschen keine Angst und die Franzosen glauben, England habe noch viel Truppen, die es nicht ins Feld stellen wolle. England mache keine so großen Anstrengungen wie Frankreich. England habe zwar in diesem Kriege mehr getan, als die Verbündeten zu erwarten berechtigt gewesen seien, aber von der Armee sei kein genügender Gebrauch gemacht worden.

Schatzkanzler Mc. Kenna erklärte, das Verhältnis der Gesamtstärke zur Gesechtsstärke der Armee sei dasselbe wie bei den ursprünglichen Expeditionskorps. Man bekomme gleich einen falschen Eindruck, wenn man so viel Soldaten in England sehe, aber der größte Teil bestehe erstens aus Verwundeten und Genesenden, zweitens aus in der Ausbildung Befindlichen und Reservisten sowie aus

Truppen, die zur Landesverteidigung bestimmt seien. Man könne darüber streiten, ob die Zahl der letzteren verringert werden könnte, aber deren Zahl sei seinerzeit vom Kriegsamt und der Admiralität vereinbart worden, als Churchill Erster Lord der Admiralität gewesen sei.

Mißtrauensantrag gegen Ritchener.

Generalmajor Herbert beantragte, bei dem Gehalte des Sekretärs des Krieges einen Abstrich von 100 Pfund Sterling zu beschließen. Die Rede Churchills erkläre den Mangel an Vertrauen, den man gegen Ritcheners Verwaltung des Kriegsammtes habe. Der große Mangel an Erfolg sei eine Folge davon, daß man von Anfang keinen bestimmten Plan gehabt habe. Redner forderte eine gründliche Untersuchung der Expedition nach Gallipoli.

Premierminister Asquith sagte, die Zahl von fünf Millionen, die er genannt habe, schließe alle Gefallenen und Kriegsbeschädigten ein. Sie sei die Gesamtziffer aller Kräfte, die England aufgebracht habe. Der Minister verteidigte die Verwaltung Ritcheners.

Der Antrag Herbert wurde abgelehnt.

Zur Besetzung des Forts Rupel.**Bierverbandesdrohungen. — Korrekte Haltung der griechischen Regierung.**

Berlin, 3. Juni.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Athen meldet: Gestern besuchten die Gesandten des Bierverbandes nacheinander den Ministerpräsidenten Skuludis. Sie betonten, wie lebhaft bei ihnen der Eindruck von den Einzelheiten der Besetzung des Forts Rupel gewesen sei und deuteten an, daß die Militärbehörden der Alliierten alle Maßnahmen ergreifen würden, die durch die neue nach der Besetzung Rupels durch die Deutschen und Bulgaren geschaffene Lage geboten seien.

Zur Widerlegung der Behauptung der Venizelos-Presse, daß die Ueberlassung des Forts Rupel eine Verletzung der wohlwollenden Neutralität Griechenlands gegen den Bierverband sei, veröffentlichten die Regierungsblätter eine halbamtliche Erklärung, die Regierung habe, in ihrer Politik der Neutralität verharrend, die Besetzung Rupels durch die Deutschen und Bulgaren geduldet, nachdem sie sich zuvor seitens Deutschlands und seiner Verbündeten diejenigen Bürgschaften gesichert habe, die für die besetzten griechischen Gebietsteile auch von den Ententemächten gegeben worden seien. Die gegenteiligen Behauptungen entsprächen nicht den Tatsachen.

Paris, 2. Juni.

Die Blätter erfahren aus Athen: Nach dem Blatte „Kairi“ soll sich die Regierung entschlossen haben, den Belagerungszustand zu erklären und bei der Abstimmung in der Kammer nach Erklärungen, die sie über die Besetzung des Forts Rupel abgeben will, die Vertrauensfrage zu stellen. Die venizelisti-

schen Zeitungen greifen Skuludis heftig an und werfen ihm vor, er wolle sich zu dem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt gegen die Alliierten und an die Seite der Mittelmächte stellen. Sie fügen jedoch hinzu, daß dieser Augenblick nicht kommen werde.

Die militärischen Festlichkeiten, die am Geburtstage des Königs zugunsten der Familien der Einberufenen hätten stattfinden sollen, sind vertagt worden.

Amsterdam, 2. Juni.

Einem hiesigen Blatte zufolge wird der „Times“ aus Athen gemeldet, daß Ministerpräsident Skuludis die Besetzung des Forts Rupel aus defensiven Gründen für eine unvermeidliche Folge der Expedition der Alliierten nach Saloniki halte. Wenn die Besetzung nicht gestattet worden wäre, wäre es eine unneutrale Haltung gewesen, die Griechenland der Gefahr eines Krieges ausgesetzt hätte.

Amerikas Marinerüstung.

Die Flottenvorlage angenommen.

Washington, 2. Juni. (Reuter.)

Die ergänzende Marinevorlage, die den Bau von 50 Schlachtkreuzern, 4 Aufklärungs-kreuzern, 10 Zerstörern, 50 Unterseebooten und 130 Aeroplanen vorsteht, ist vom Repräsentantenhaus angenommen worden.

Wilson's Rede in der Friedensliga.

Washington, 31. Mai.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkpruch:

In der Rede, die Präsident Wilson letzten Samstag in der Friedensliga hielt, entwarf er die Richtlinien, denen er als Haupt der Nation folgen wolle, wenn es das Vorrecht der Vereinigten Staaten werden sollte, die Friedensbewegung unter den Kriegführenden Europas anzuregen oder einzuleiten.

Obgleich Wilson zu Beginn seiner Rede erklärte, man solle nicht erwarten, daß er in eine Erörterung über das Programm der Liga eintreten werde, ließ er während seiner Rede doch erkennen, daß er mit dem Hauptgrundsatz der Liga im Einklang sei.

Wilson sagte, er freue sich, die Einladung, zu sprechen, angenommen zu haben, weil sich der Wunsch der ganzen Welt jetzt immer stärker der Hoffnung auf den Frieden zuwende. Und, fuhr der Präsident fort, es gibt einen gerechten Grund, der uns veranlaßt, an unserem Teil an der Beratung über dieses große Thema teilzunehmen: es ist das Recht, das, wie ich glaube, der Gedanke und die Absicht der Vereinigten Staaten in dieser vitalen Angelegenheit ist. Der europäische

Krieg hat Amerika sehr tief berührt, es ist vielleicht unsere Pflicht, sehr freimütig über ihn und über die großen Interessen der Zivilisation zu sprechen, die er berührt. Von seinen Ursachen und seinen Zielen werden wir nicht berührt, wohl aber von dem Umstand, daß eine so große Flut notwendigerweise manches schöne Rechtsgebiet, das uns sehr nahe liegt, betroffen hat.

Unsere eigenen Rechte als Nation, die Freiheiten, Vorrechte und das Eigentum unseres Volkes sind tief in Mitleidenschaft gezogen worden. Wir sind nicht bloß abseitsstehende Zuschauer. Je länger der Krieg dauert, desto mehr sind wir daran interessiert, daß er zu Ende gebracht wird. Wenn er aber zu Ende geht, sind wir ebenso sehr daran interessiert, wie die kriegführenden Nationen, darauf zu sehen, daß der Friede ein dauerhaftes Aussehen annimmt. Wir haben teil, ob wir wollen oder nicht, an dem Leben der Welt. Die Interessen aller Nationen sind auch unsere eigenen. Wir nehmen teil wie alle anderen. Alles, was die Menschheit berührt, ist unvermeidlich ebenso unsere Angelegenheit wie die Angelegenheit der Völker Europas und Asiens.

Indem Wilson erklärte, nur eine Beobachtung über die Ursachen des gegenwärtigen Krieges sei es, die zu machen er sich die Freiheit nehme, führte er aus: Es ist klar, daß dieser Krieg nur so kommen konnte, wie er gekommen ist: plötzlich und aus geheimen Beratungen heraus, ohne Mitteilung an die Welt, ohne Erörterung, ohne irgendeine jener bedachtamen Beratungen, mit denen es natürlich scheinen könnte, an ein so furchtbares Ringen heranzutreten. Es ist wahrscheinlich, daß wenn gerade das, was sich ereignet hat, hätte vorhergesehen werden können: welche Bündnisse sich bilden würden, welche Kräfte gegeneinander aufgeboten werden würden, daß dann diejenigen, die den großen Kampf herausgeschworen haben, froh gewesen wären, an Stelle der Gewalt eine Konferenz treten zu lassen. Uns, sagte Wilson, ist keine Gelegenheit gewährt worden, die Kriegführenden von der Haltung in Kenntnis zu setzen, die wir pflichtgemäß gegenüber der Politik und der Handlungsweise einnehmen mußten, gegen die wir uns verpflichtet fühlten, all unsere moralische und wirtschaftliche Kraft und gegebenenfalls sogar unsere physische Kraft anzuwenden. Sonst wäre auch unsere Mitwirkung an der Beratung, die den Kampf hätte abwenden können, als wert der Erwägung und Beachtung betrachtet worden.

Wilson erklärte dann, daß die Lehre, die sich überraschenderweise aus diesen Fragen, die ein so tiefes Lebensinteresse aller Nationen seien, ergebe, in bitterer Weise klar gemacht habe, daß der Frieden der Welt hinfört von einer neuen und besseren Diplomatie abhängen müsse. Wilson fuhr fort: Die wiederholten Neußerungen der führenden Staatsmänner der meisten großen, jetzt im Kriege befindlichen Nationen haben darauf schließen lassen, daß ihnen der Gedanke gekommen ist, daß der Grundsatz des Völkerrechtes künftig den Vorrang haben müsse vor den individuellen Interessen der einzelnen Nationen, und daß die Nationen der Welt sich irgendwie zusammenschließen müßten, um darauf zu sehen, daß dieses Recht jede Art selbstsüchtigen Angriffes aufrechterhalten werde, daß künftig

nicht Bündnis gegen Bündnis, Verständigung gegen Verständigung errichtet werde, sondern daß ein allgemeines Einvernehmen für die gemeinsame Sache bestehen muß, und daß der Kern der gemeinsamen Sache die unverletzliche Aufrechterhaltung der Rechte der Völker und der Menschheit sein muß. Die Nationen der Welt sind einander Nachbarn geworden, um sich miteinander zu verständigen. Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß sie sich dahin einigen, in gemeinsamer Angelegenheit zusammen zu arbeiten, und daß sie so handeln, daß der leitende Grundsatz dieser gemeinsamen Sache völlig unparteiische Gerechtigkeit sei. Das ist zweifellos die Meinung Amerikas, und es ist das, was wir selbst aussprechen werden, wenn eine geeignete Gelegenheit dazu kommt. Im Verkehre der Nationen untereinander muß willkürliche Gewalt entfernt werden, und wir müssen dem Denken der modernen Welt den Gedanken nahebringen, dessen wahre Atmosphäre Frieden ist, jenen Gedanken an Vereinbarungen, der den Hauptteil der leidenschaftlichen Ueberzeugung Amerikas bildet.

Wir halten folgendes für die grundlegenden Dinge:

Erstens, daß jedes Volk das Recht habe die Herrschaft zu wählen, unter der es leben will. Wie andere Völker haben auch wir unzweifelhaft hin und wieder gegen diesen Grundsatz verstoßen, wenn wir uns für kurze Zeit von selbstsüchtiger Leidenschaft leiten ließen, wie unsere aufrichtigeren Geschichtsschreiber ehelich genug gewesen sind, zuzugeben, aber er ist mehr und mehr die Regel für unsere Lebensführung geworden;

zweitens, daß die kleinen Staaten der Welt das Recht haben, dieselbe Achtung für ihre Souveränität und territoriale Unverletzlichkeit zu genießen, welche die großen und mächtigen Nationen erwarten, und auf der sie bestehen, und

drittens, daß die Welt das Recht hat, frei zu sein von jeder Störung ihres Friedens, die ihren Ursprung in einem Angriff und einer Mißachtung der Rechte der Völker und der Nationen hat.

So aufrichtig denken wir in diesen Dingen, daß ich sicher bin, nach dem Sinn und dem Wunsch des amerikanischen Volkes zu sprechen, wenn ich sage, daß die Vereinigten Staaten gewillt sind, an jeder möglichen Verbindung der Nationen teilzunehmen, die dazu eingegangen wird, diese Pläne zu verwirklichen und sie gegen Verletzung zu sichern. Die Vereinigten Staaten wünschen nichts für sich selbst von dem, was eine andere Nation besitzt.

Wir sind im Gegenteil gewillt, uns selbst zusammen mit ihnen auf den vorgeschriebenen Weg der Pflicht und der Achtung vor den Rechten der anderen zu beschränken. Wenn es je unser Vorrecht sein sollte, eine Bewegung für den Frieden unter den jetzt im Kriege befindlichen Nationen anzuregen oder die Initiative dazu zu ergreifen, so bin ich sicher, das Volk der Vereinigten Staaten würde wünschen, daß seine Regierung folgende Richtlinien befolge:

Erstens: Eine solche Beilegung möge mit Rücksicht auf die unmittelbaren Interessen der Kriegführenden erfolgen. Das werden sie selbst zugeben. Wir erstreben nichts für uns selbst und sind sehr auf der Hut, in keinem Sinne im gegenwärtigen Streite Partei zu sein. Unser einziges Interesse ist der Friede und seine zukünftige Gewährleistung.

Zweitens: eine allgemeine Verbindung der Nationen zu dem Zweck, die Sicherheit der Hochstraßen der See für den gemeinsamen und unbehinderten Gebrauch aller Nationen der Welt unverletzt aufrechtzuerhalten und zu verhindern, daß irgendein Krieg beginnt, gegen die Verträge oder ohne Warnung, und daß seine Gründe der öffentlichen Meinung der Welt zur Beurteilung vorgelegt werden, was eine tatsächliche Gewähr für territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit wäre.

Wilson schloß: Gott gebe, daß der Tag einer aufrichtigen Auseinandersetzung über den Friedensschluß, der Eintracht und Zusammenarbeit nahe bevorstehe.

Zur innerpolitischen Lage in Frankreich

(Von unserem Korrespondenten)

§ Paris, 29. Mai.

Wenn in einem parlamentarisch regierten Lande innerpolitische Fragen umstritten sind, so geschieht es leicht, daß es einem Teil der Streiter weniger um die Frage selbst, als um die Art und Weise zu tun ist, wie sie zu einem Fallstrick für das Kabinett gedreht werden könnte. Es gibt immer Leute, die die augenblicklich Regierenden ersetzen möchten; sie wenden sich bald hierhin, bald dorthin in der Hoffnung, zum Ziele zu gelangen und die berühmte Drangenschale, die die Regierung zu Fall bringen soll, zu placieren. Für den, der sich über die Festigkeit eines Kabinetts unterrichten will, kommt es dann darauf an, die politischen Kesselstreiter von denen zu scheiden, denen es bei den Diskussionen um die Sache selbst zu tun ist und dann die wirkenden Kräfte abzumessen.

Wer das bei der Frage der parlamentarischen Kontrolle getan hat, der konnte nicht im Zweifel darüber sein, daß die Sesseltäger, die sich auf die Seite derer gestellt hatten, die eine engere politische Kontrolle wollen, ein kleines Häuflein sind. Die ungeheure Mehrheit der linksrepublikanischen Deputierten will die parlamentarische Kontrolle verengern, ohne dabei irgend eine Absicht gegen das Kabinett zu haben. Wo sollte auch eine Opposition, die eine Mehrheit bilden könnte, herkommen? Die Sozialisten, die noch nicht den fünften Teil der Kammer ausmachen und im Senat gar keine Rolle spielen, sind im Kabinett stark vertreten. Die sozialistische Minderheit, die ungefähr so groß ist wie die deutsche sozialistische Minderheit im Reichstag, ist allerdings dem gegenwärtigen Kabinett nicht grün; aber sie wäre überhaupt keinem gewogen, das die Fortsetzung des Krieges wollte. Und ein Friedenskabinett ist noch gar nie in Frage gekommen. Die Mehrheit der Sozialisten unterstützt das Kabinett Briand nicht nur, sondern nimmt auch deutliche Stellung gegen die, die es gern ersetzen möchten. Am 26. Mai schrieb das Haupt der französischen Parlamentssozialisten Pierre Renaudel in der „Humanité“: „Wir werden uns vor denen hüten, die sich als Vorführung anbieten und deren Qualitäten, so glänzend sie auch sein mögen, vielleicht die Fehler doch nicht aufheben.“ Diejenigen, die Renaudel dabei im Auge hat, gehören fast ausschließlich der radikalen Partei an; aber sie mitsamt ihrem Anhang sind in dieser Partei selbst eine Minderheit. Solange der angesehenste radikale Führer, Emile Combes, im Kabinett sitzt, wird die Gesamtpartei nie zu einem Sturmloch zu haben sein. Die Parteien, die sich weiter rechts anschließen, haben gegen das Kabinett Briand noch nie Opposition gemacht. Man sieht also nicht ein, wo eine Mehrheit gegen das jetzige Kabinett zu finden wäre. Eine solche Mehrheit käme nur zusammen, wenn der Senat oder die Kammer auf Grund einer neuen Tatsache den Eindruck hätte, dieses Kabinett habe einen großen Fehler gemacht. Dies ist bis jetzt nicht der Fall. Das Hauptwerk des Kabinetts Briand, die Expedition nach Saloniki, wird ihm von der Mehrheit des Parlaments auf das Verdienstkonto gebucht.

Unter diesen Gesichtspunkten muß die Diskussion über die Verengung der parlamentarischen Kontrolle betrachtet werden. Die Frage stellt sich unter zwei Formen: Geheimnis und Missionen in die Armeezone. Man denke dabei an die Eigenheiten

der französischen Demokratie, in der das Volk, das zum Beispiel bei uns seine Souveränität stetsfort in der Hand hält, sich zugunsten des Parlaments seiner Souveränität für einen Zeitraum von drei Jahren begeben hat. Nun sagen diejenigen, die die Fiktion der andauernden Volkssouveränität aufrecht erhalten möchten, daß das Volk stetsfort Mittel in der Hand haben müsse, die Tätigkeit des Parlaments zu kontrollieren. Dieses Mittel hat das Volk durch

die Öffentlichkeit der Debatten dieses Parlaments, die auch jetzt stenographisch aufgenommen und im Amtsblatt veröffentlicht werden. Aber über die Wirksamkeit dieser Volkskontrolle kann man sehr verschiedener Ansicht sein. Wo kann das Volk seine Meinung äußern? In der Presse? Gerade die große Presse ist in Frankreich politisch farblos. Praktisch ist die Volkskontrolle nach Ansicht vieler in Frankreich während der Legislaturperiode wirkungslos; der Wähler hat nur alle drei Jahre einmal Gelegenheit, seine Ansichten mit dem Stimmzettel in der Hand auszudrücken, indem er seine Stimme diesem oder jenem Kandidaten gibt. Dieses Recht würde dem Schweizer schmal vorkommen, und viele würden weniger Begeisterung für das jetzige französische System der Demokratie haben, wenn sie seine Schattenseiten genauer kennen würden. Diese sind nirgends besser hervorgehoben worden, als in Frankreich selbst.

Aber im Kriege ist nicht Zeit zu Änderungen, und da muß man sich den bestehenden Verhältnissen anpassen. Die Verfassung von 1875 hat die Geheimstimmungen des Parlaments vorgesehen, hat also die Notwendigkeit anerkannt, unter Umständen Parlamentsverhandlungen der Kontrolle des Publikums zu entziehen. Die Regierung konnte sich einer von der Verfassung vorgesehenen Prozedur nicht widersetzen, wenn ein starkes Verlangen dafür vorhanden war. Das einzige, was sie tun konnte, war gewisse Garantien fordern. Das hat sie getan. In seiner Unterredung mit den Abordnungen der einzelnen Parteien hat Briand den Wunsch geäußert, daß die Tagesordnung für die Geheimstimmung genau geregelt werde, und daß sich die Debatte strikte an diese Tagesordnung halte. Auf dieser Grundlage wurde die Einigung der Parteien mit dem Ministerpräsidenten leicht erzielt. Die Delegierten der Parteien machten dann unter sich noch aus, daß jedes Verlangen nach einer Geheimstimmung so lange abgewiesen werden sollte, bis die Prozedur genau geregelt ist. Ferner wird das Reglement der Kammer dahin geändert, daß das Verlangen nach einer Geheimstimmung künftig nicht nur von zwanzig, sondern von fünfzig Abgeordneten unterzeichnet sein muß, und daß nur diejenigen das Wort ergreifen dürfen, die das Verlangen unterzeichnet haben. Nach wie vor muß für den Fall, daß der Debatte eine Abstimmung folgt, diese in öffentlicher Sitzung vorgenommen werden.

Die Frage der parlamentarischen Missionen in die Armeezone wird erst spruchreif werden, wenn die der Geheimstimmungen endgültig geregelt ist. Auch hier ist die Opposition nicht ernstlich unter der Bedingung, daß die Kontrollleute nicht aufs rein militärische Gebiet übergreifen. Der gemäßigte Abgeordnete Tardieu fixiert die Tätigkeit dieser Missionen wie folgt: „Sie können und sollen nützlicherweise an Ort und Stelle verifizieren, ob die Aufklärungen, die die Regierung der Kammer über die Organisation der Front, über den Zustand des Materials, über die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Munition abgegeben hat, genau sind.“ Mehr wollen auch die Parteien der Linken nicht, und darum steht einer Einigung auf dieser Grundlage nichts entgegen.

**Vorbereitungen zur russischen „Entlastungs-
offensive.“**

L. v. B. Wien, 4. Juni. (Priv.-Tel., af.) Die Russen scheinen dem Hilferuf der Italiener und Franzosen doch Folge leisten zu wollen und sich zu einer Entlastungs-offensive gegen unsere Front zu rüsten. Von kleineren örtlichen Kämpfen und unbedeutenden Plänkelleien abgesehen, herrschte an der bessarabischen und wolhynischen Front, nachdem die kräftige Winteroffensive zur Weihnachtszeit einen schweren Mißerfolg gebracht hatte, seit Ende Januar verhältnismäßig Kampfspause. In der letzten Zeit waren schon starke Bewegungen und Truppenverschiebungen wahrzunehmen, die auf das Wiederaufflammen einer russischen Offensive schließen lassen mußten. Die russische Artillerie steigerte ihre Tätigkeit gegen unsere ganze Nordostfront. Gestern, am Jahrestage des Entsatzes von Przemyśl, eröffnete die schwere russische Artillerie ein Trommelfeuer bei Olchta in einer Frontausdehnung von 25 Kilometern. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß dies die Vorbereitung neuer feindlicher Infanterie-Unternehmungen bilden dürfte. Mögen die Russen mit frischen und ausgeruhten alten Kräften wieder gegen unsere Front ziehen, unsere und unseres Verbündeten Erfahrungen lassen uns allen weiteren Ergebnissen mit voller Zuversicht entgegensehen.

L. v. B. Wien, 4. Juni. (Priv.-Tel., 3f.) Trotz dem heftigen Widerstand, den die Italiener an verschiedenen Stellen unserer Front leisten, ist unser Vorrücken im erfolgreichen Fortschreiten begriffen. Unaufhaltsam haben sich unsere Truppen kämpfend an die feindlichen Stellungen herangeschoben und neben beträchtlichem Raumgewinn bedeutende Zahlen von Gefangenen und von großer Beute zu verzeichnen. Die Hoffnungen der Italiener, daß unsere Artillerie, besonders die schwere, mit dem Vorrücken unserer Infanterie nicht werde Schritt halten können, und daß die bedeutenden Geländeschwierigkeiten der Artillerie unüberwindliche Hindernisse bereiten würden, haben sich nicht erfüllt. Sowohl unsere Feld- als auch unsere schwere Artillerie sind der Infanterie stets auf dem Fuße gefolgt, wodurch das vorbildliche Zusammenarbeiten dieser beiden Waffengattungen gewährleistet ist. Dadurch sind auch die geringen Verluste zu erklären, da unsere Infanterie ihre Angriffe immer im Schutze des eigenen Artilleriefeuers durchführen konnte. So ist es unseren tapferen Truppen gelungen, den feindlichen Widerstand brechend, unsere Front über das Dorf Cesuma vorzutragen. Cesuma liegt eineinhalb Kilometer südlich des Val Chelpach, eines tief eingeschnittenen Nebentales des Val d'Alsa am Westhange des 1234 Meter hohen Monte Lemmerle an der Bahn Asiago-Biadeneh, in der Luftlinie dreieinhalb Kilometer von der vor einigen Tagen eroberten Bahnstation Canove.

Die Italiener haben von allen Seiten neue Kräfte gesammelt, mit denen sie unser Vordringen im Posinatal, sowie im Raume Monte Cengio-Asiago aufzuhalten suchen. Dort spielen sich sehr erbitterte Kämpfe ab. Unsere tapferen Truppen konnten auch diesen starken Widerstand zum Scheitern bringen und ihren Geländegewinn erweitern. Die Intensität der Kämpfe und die Größe unserer Erfolge am gestrigen Tage brüdt sich in der erheblichen Zahl von Gefangenen und Beute aus.

Griechenland im Weltkriege.**Neue Gewalttaten der Entente in Saloniki.**

Besetzung sämtlicher griechischer Regierungsgebäude durch die Truppen Sarrails.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Bugano, 5. Juni.

Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Saloniki vom 3. Juni wurde der Belagerungszustand in der ganzen von den griechischen Truppen in Ostmakedonien besetzten Zone erklärt.

Auf Befehl des Generals Sarrail besetzten heute, am Namenstage des Königs von Griechenland, die Ententetruppen in Saloniki die Präfektur, die Post, das Telegraphenamt, das Zollamt, das Polizeigebäude, die drahtlose Telegraphenstation. Der griechische Sergeant weigerte sich, bei der Besetzung des Post-

amtes, den Ententemannschaften den Eintritt zu gestatten. Der Gendarmeriekommandant Midriotis, der dem Polizeidienst vorsteht, wurde aufgefordert, Saloniki in vierundzwanzig Stunden zu verlassen.

Das Tedeum aus Anlaß des Namens-tages des Königs mußte unterbleiben.

Dieses Vorgehen der Entente hat in ganz Griechenland einen sehr starken Eindruck gemacht.

Saloniki, 4. Juni.

(„Agence Havas.“) Obgleich General Sarrail erklärte, daß anläßlich des Namensfestes des Königs Konstantin das geplante Tedeum und sonstige Kundgebungen stattfinden dürfen, sagten die griechischen Behörden alle Festlichkeiten ab. Die Bevölkerung ist sehr ruhig.

Zürich, 5. Juni.

Nach Berichten italienischer Blätter äußerten General Serrail und die französische Regierung ihren Unmut gegen Griechenland wegen der Zulassung der Besetzung des Forts Rupel durch deutsche und bulgarische Truppen in lebhaftester Weise.

Der französische Gesandte hat nicht nur Skuludis, sondern auch König Konstantin Vorstellungen gemacht, die der Zeitung „Gestia“ zufolge darauf hinausliefen, daß Sarrail veranlaßt sein würde, zum Ausgleich der vom Feinde erlangten Vorteile weitere militärische Maßnahmen auf griechischem Boden, die seine eigenen Operationen erleichtern könnten, zu ergreifen.

Der Hungerkrieg Englands auch gegen Polen.

Berlin, 4. Juni.

Das Wolffsche Bureau meldet: Seit einer Anzahl von Monaten bemüht sich die amerikanische Hilfskommission, von der britischen und der russischen Regierung die Zustimmung zur Einfuhr von Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung der von Deutschland besetzten polnischen Gebiete zu erhalten. Die in diesen Gebieten herrschende Lebensmittellknappheit ist bekanntlich die Folge der besonderen Methoden der russischen Kriegsführung. Weit über das unmittelbare militärische Bedürfnis hinaus vernichtete die russische Armee auf dem Rückzuge aus Polen planmäßig (z. B. durch eigene Brandkolonnen) die Vorräte und die Produktion der heimischen Bevölkerung. Die englische, französische und russische Presse hatte seinerzeit diese Methoden mit Begeisterung gepriesen. Jetzt will sie Deutschland, das sich mit schweren eigenen Opfern bemühte, die zerstörte und verarmte Landwirtschaft Polens neu zu beleben, für die eigenen Sünden verantwortlich machen. Trotz dieser Sachlage hat die deutsche Regierung vom ersten Augenblicke an das geplante amerikanische Hilfswerk dadurch zu fördern und zu beschleunigen gesucht, daß sie sich zu den gleichen Garantien bereit erklärte, unter denen sich die von derselben Seite vermittelte Lebensmittelinfuhr nach Nordfrankreich vollzieht: Freiheit der eingeführten Mengen von der Requisition und Beschlagnahme, Verwendung ausschließlich für die polnische Zivilbevölkerung, Verteilung durch polnische Lokalkomitees, Zuziehung von Vertretern der amerikanischen Hilfskommission.

Feiner verpflichtete sich die deutsche Verwaltung, die eigene Nahrungsmittelproduktion Polens völlig dem Verbrauche der polnischen Zivilbevölkerung zu überlassen, nur für die Verpflegung der Besatzungstruppen sollten die heimischen Vorräte des Landes gegen eine bare Bezahlung bei angemessenem Preise in Anspruch genommen werden können. Diese Ausnahme war aus rein technischen Gründen unerlässlich. Die Besatzungstruppen sind in zum Teile ganz kleinen Abteilungen in den verschiedensten Ortschaften zerstreut; ihre regelmäßige Versorgung mit aus Deutschland herangeschafften Nahrungsmitteln ist bei den gegebenen Verkehrsverhältnissen unmöglich. Nach Deutschland zum Verbrauch sollte nur der Uberschuß an Kartoffeln ausgeführt werden, der sich nach voller Deckung des Bedarfs der polnischen Bevölkerung (für die eine Mindestration von 400 Gramm per Kopf und Tag gewährleistet wurde) ergab. Deutschland willigte endlich ein, die eingeführten amerikanischen Lebensmittel von Danzig bis zur ehemaligen russischen Grenze zu halben Frachttätzen und von da bis zu den Bestimmungsorten frachtfrei zu befördern.

Wäre es wirklich Englands ehrlicher Wille gewesen, die Versorgung der polnischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versehen, so hätte sich die britische Regierung mit diesen lokalen und bis an die äußersten Grenzen der Möglichkeit entgegenkommenden Bedingungen einverstanden erklären und der Durchführung der Hilfsaktion ohne Aufschub zustimmen müssen; sie zog es indes vor, die polnische Bevölkerung ohne die von Amerika in Aussicht gestellte Hilfe zu lassen und die ganze Angelegenheit zu einer antideutschen Stimmungsmache in den Vereinigten Staaten und vielleicht auch in Polen selbst auszunutzen. Denn nur mit dieser Absicht ist es zu erklären, daß das englische auswärtige Amt nach endloser Verschleppung der Verhandlungen — die deutschen Bedingungen wurden ihm vom amerikanischen Botschafter in London am 21. Februar mitgeteilt — erst am 10. Mai antwortete und seinerseits neue „Versicherungen“ forderte, die — das konnte auch dem „Foreign Office“ nicht verborgen bleiben — den ganzen Plan zum Scheitern bringen mußten.

Die britische Regierung verlangt zunächst, daß Deutschland nicht nur für sich selbst, sondern auch für

Oesterreich-Ungarn und Bulgarien Verpflichtungen eingehe und zwar in doppelter Weise. Einmal sollte nicht nur aus dem nördlichen deutschen, sondern auch aus dem südlichen österreich-ungarischen Okkupationsgebiet in Polen die Ausfuhr eingeführter oder einheimischer Nahrungsmittel völlig eingestellt werden, selbst nach Galizien hin. Die Uberschüsse des südlichen Gebietes sollten nur zur Verproviantierung des nördlichen dienen; außerdem sollte sich Deutschland verpflichten, für die Lebensmittelversorgung von Serbien, Albanien und Montenegro zu sorgen, also von Gebieten, die nicht unter seiner, sondern unter der Verwaltung seiner Verbündeten stehen. Auch das Foreign Office muß wissen, daß Deutschland für seine Verbündeten keine Verpflichtungen eingeht, sondern höchstens seine guten Dienste für die Vereinbarungen des amerikanischen Komitees mit ihnen anbieten kann. Ob die Vereinbarungen in der von England vorgeschlagenen Art für die verbündeten Staaten überhaupt annehmbar sind, ist noch sehr fraglich. Es ist beispielsweise eine recht starke Zumutung, daß Oesterreich-Ungarn auf alle Uberschüsse seines polnischen Okkupationsgebietes verzichten solle und auch auf die beträchtlichen Einfuhren im Grenzverkehr, die ihm in Friedenszeiten regelmäßig zur Verfügung standen. Indes, wie dem auch sei, die Tatsache, daß England diese Forderung jetzt stellt, beweist, daß es das Scheitern der Hilfsaktion will. Denn mindestens werden durch die neue Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn und Bulgarien nötig, die sich durch einige Zeit hinziehen müssen. Die ganze amerikanische Einfuhr nach Polen soll aber mit Beginn des neuen Erntejahres am 1. Oktober endgültig aufhören. Selbst das Gelingen jener Verhandlungen vorausgesetzt, könnten nach ihrem Abschlusse für die Zeit bis 1. Oktober keine nennenswerten Lebensmittelmengen mehr nach Polen eingeführt werden.

Aber England hat das Ausbleiben der amerikanischen Hilfe noch durch weitere unmögliche Ansprüche sichergestellt. Die deutschen Besatzungstruppen sollen nicht aus heimischen Vorräten ernährt werden dürfen. Wir haben weiter oben auseinandergesetzt, daß und warum dieses Verlangen, ganz abgesehen von der Frage seiner Berechtigung, technisch unerfüllbar ist. Die Bedeutung der Verpflegung der Besatzungstruppen ist selbst vom Standpunkte des britischen Aushungerungsplanes gering. Sie nehmen nicht mehr Lebensmittel in Anspruch als etwa eine einzige größere Mittelstadt. Allein England geht eben darauf aus, Bedingungen zu stellen, die Deutschland nicht annehmen kann. Zu ihnen gehört auch der unerhörte anmaßende Vorschlag, daß die deutsche Militärbehörde jedes Einflusses auf die Verteilung der eingeführten Nahrungsmittel beraubt und daß sie in einem von ihr verwalteten Lande einfach ausgeschaltet sein soll (tho shall have no control of any kind and shall in no wise interfere with the complete discretion of the american commission or its representatives). Die deutsche Regierung war natürlich gezwungen, diese englischen „Bedingungen“ abzulehnen. Wenn damit das Hilfswerk scheitern soll, so trifft die Schuld hieran ausschließlich England, dem die Frage der Ernährung des polnischen Volkes für eine heuchlerische Stimmungsmache gerade gut genug ist.

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Gerard, übermittelte seiner Regierung neue Vorschläge, in denen die für Deutschland unannehmbaren englischen „Garantieforderungen“ fehlen. Bei den Verhandlungen, die diesen erneuten Versuchen vorangegangen sind, hat die deutsche Regierung im Interesse der Sache ein bis an die zulässigen Grenzen weiteres Entgegenkommen bewiesen. England wird vermutlich trotzdem verhindern, daß der Abschluß der Vereinbarung rechtzeitig erfolgt. Im In- und Auslande aber wird man wissen, wer Humanität im Munde führt und wer für sie Opfer zu bringen bereit ist.

6. VI. 1916

Der Suez-Kanal.

L. London, 3. Juni. Der Generalpostmeister gibt bekannt, daß ab 2. Juni die Postdampfer der Oriental Steamship Company nicht mehr durch den Suez-Kanal, sondern ums Kap nach Australien fahren.

16. VI. 1916

Der Bericht des Admirals Beatty.

Berufung auf schlechtes Wetter und deutsche Minen. Widersprüche und Unwahrheiten.

London, 5. Juni.

Das Reutersche Bureau meldet über die Seeschlacht aus Edinburgh:

Der Morgen war außergewöhnlich schön bei ruhiger See. Um ungefähr 4 Uhr nachmittags, als das Geschwader des Admirals Beatty sich etwa 100 Meilen westlich der dänischen Küste befand, meldete die Vorhut, daß der Feind mit ungefähr hundert Schiffen in Sicht sei, darunter mindestens zwanzig Schlachtschiffe und Schlachtkreuzern. Die Vorhut bestand aus zahlreichen leichten Kreuzern und Zerstörern. Die ganze Armada dampfte rasch in nordwestlicher Richtung heran. Die Bedingungen waren sämtlich für die Deutschen günstig, die auch den Vorteil besaßen, die Küste hinter sich zu haben, so daß ihnen der Rückzug gesichert war. Auch die atmosphärischen Bedingungen waren für die Deutschen günstig. Das Wetter hatte sich verändert. Ein feiner Staubregen behinderte die Aussicht. Während die englischen Schiffe mit der Sonne im Westen hinter sich deutlich sichtbar waren, konnten die Deutschen ihre Streitkräfte mehr oder weniger verbergen.

Trotzdem zögerte Beatty keinen Augenblick, zum Angriff überzugehen. Mit schweren Kanonen wurden die ersten Schüsse auf ungefähr 15 Meilen Abstand gewechselt. Nach den Wasserfäulen, die rund um die vorausgeschobenen englischen Schiffe aufstiegen, konnte kein Zweifel bestehen, daß die großen deutschen Schlachtschiffe im Gefechte standen und ihre vollen Lagen auf unsere Vorhut abfeuerten. Obwohl der berühmte neue „Hindenburg“ amtlich nicht erwähnt wurde, ist anzunehmen, daß er bei dieser Gelegenheit schwer beschädigt wurde. Die Entfernung, in der die Geschosse einschlugen, verminderte sich rasch von 15 auf 10 und später auf

5 Meilen. Die englischen Kanoniere waren bald im Vorteil und man sah, kurz nachdem die Schlacht begonnen hatte, daß ein großer Kreuzer einen Treffer erhielt. Einen Augenblick später war er in Flammen gehüllt und sank fast sofort. Jetzt nahmen auch die großen deutschen Schlachtschiffe an den Kampfe teil. Ihre gewaltige Geschützkräft gewährte den Deutschen einen bedeutenden Vorsprung. Einer der ärgsten Feinde der Briten war das deutsche Minenfeld, welches das britische Geschwader am freien Manövrieren hinderte, während die deutschen Unterseeboote und Zepeline ihre Arbeit verrichten konnten.

Beatty beschloß, den Feind zu zwingen, in voller Stärke auf dem Kampfplatz zu bleiben. Mit der Hartnäckigkeit von Bulldoggen bekämpften unsere Kreuzer im Vertrauen darauf, daß Verstärkungen unterwegs seien, den Feind, obwohl sie in der Minderzahl waren. Nachdem der Kampf ungefähr zwei Stunden gedauert hatte, tauchten „Invincible“, „Indomitable“ und „Inflexible“ am Horizont auf. Die Deutschen waren noch immer in der Ueberzahl. Auch die Lichtverhältnisse hatten sich nicht zugunsten der Briten geändert.

In diesem Schlachtabschnitt wurde hauptsächlich mit schweren Kanonen gekämpft. Der Lärm war über alle Beschreibung unbeschreiblich. Der „Invincible“ ging rasch unter, nachdem er mit größtem Heldennut gekämpft hatte. Als vier Schlachtschiffe der größten Klasse, nämlich „Valiant“, „Barham“, „Malaya“ und „Warspite“ am Horizont erschienen und sich am Kampf beteiligten, änderte sich dieser sofort. Die „Warspite“ wurde sogleich von fünf deutschen Schlachtschiffen oder Kreuzern angegriffen und deckte sich mit Ruhe. Sie brachte drei Angreifer zum Sinken oder fügte ihnen doch jedenfalls sehr schweren Schaden zu. Der „Valiant“ ramnte ein feindliches Unterseeboot und bohrte es in den Grund. Die Deutschen begannen nun zu fliehen. Die Leute von Jellicoes Flotte waren über die Weigerung der Deutschen, den Kampf auszufechten, aufs höchste entrüstet. Bei Anbruch der Dunkelheit stellten die großen Schiffe das Feuer ein, aber der Kampf wurde während der Nacht bis Tagesanbruch von den kleineren Schiffen fortgesetzt. Schließlich kehrte die englische Flotte nach den verschiedenen Häfen zurück, da vom Feinde keine Spur mehr zu entdecken war.

Bericht der englischen Admiralität.

London, 5. Juni.

Die Admiralität veröffentlicht folgende Erklärung über die Schlacht in der Nordsee:

Als die Hauptmacht der britischen Flotte mit der deutschen Hochseeflotte in Fühlung kam, genügte ein sehr kurzer Kampf, um letztere, die schon schwere Einbußen erlitten hatte, dazu zu bringen, Schutz zu suchen. Dies gelang, da infolge des unsichtigen Wetters und des Nebels die britische große Flotte nur ab und zu in vorübergehende Berührung mit dem Feinde kommen konnte und kein Dauergefecht möglich war. Die Verfolgung wurde fortgesetzt, bis es ganz finster wurde. Aber die britischen Zerstörer vermochten auch während der Nacht erfolgreiche Angriffe auszuführen.

Nachdem Jellicoe den Feind in den Häfen getrieben hatte, kehrte er zurück und fuhr den hauptsächlichsten Schauplatz des Gefechtes auf der Suche nach havarierten Schiffen ab. Am Donnerstag, mittags, als es klar war, daß nichts mehr zu tun übrig blieb, kehrte die Flotte nach ihrer, 400 Meilen entfernten Basis zurück, ergänzte die Heizvorräte, und war am Sonntag, abends, wieder bereit, in See zu stechen.

Die britischen Verluste wurden in vollem Umfange veröffentlicht. Es scheint alle Ursache zu der Annahme zu bestehen, daß die Deutschen zwei Schlachtschiffe, zwei Dreadnought-Schlachtkreuzer größten Typs, zwei von den neuesten leichten Kreuzern nämlich „Wes-

Deutsche Richtigstellung der englischen Legende von einem Vorkostengefecht.

Berlin, 5. Juni.

Das Wolffsche Bureau teilt mit:

Gegenüber den englischen Mitteilungen muß hervor-
gehoben werden, daß es sich tatsächlich nicht um ein
Vorkostengefecht, sondern um eine große
Schlacht gehandelt hat, die auch nicht in der Nähe
eines deutschen Stützpunktes, sondern tatsächlich in der
Nähe des Skagerraks, also etwas mehr als 300 Kilometer
von dem nächsten deutschen Stützpunkte Helgoland, statt-
gefunden hat. Die englische Flotte, deren große
Schiffe über eine erhebliche größere Geschwindigkeit
verfügen als die der deutschen Flotte, nämlich die englischen
20 bis 21 Seemeilen, die deutschen 18 Seemeilen, wäre,
wenn sie gekonnt oder gewollt hätte, infolgedessen in
der Lage gewesen, die deutsche Flotte ab-
zuschneiden oder zu stellen, was nicht ge-
schehen ist. Auch die artilleristische Kraft großer
englischer Schiffe ist theoretisch erheblich stärker als großer
deutscher Schiffe. So verfügt die englische „Queen Elizabeth“-
Klasse über ein Breitseitengeschößgewicht von 7742 Kilo-
gramm und die „Queen Mary“-Klasse über ein solches von
5080 Kilogramm, während unsere Schiffe der „Kaiser“-
Klasse nur über 4222 Kilogramm verfügen, wobei man

unter Breitseitengeschößgewicht jene Munitionsmenge ver-
steht, die gleichzeitig von sämtlichen Geschützen der Breit-
seite eines Schiffes auf ein gleiches Ziel schießbar ist.

Wichtig für die Beurteilung des Erfolges ist auch der
Verlust an Menschenleben, der bei der eng-
lischen Flotte ganz zweifellos sehr erheblich
gewesen ist. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Aus-
bildung von Mannschaften der Marine längere Zeit in
Anspruch nimmt. Deshalb ist der Ersatz eines vollwertigen
Menschenmaterials außerordentlich schwierig. Schließlich ist
noch darauf hinzuweisen, daß sich die Wirkung der
Schiffsverluste auch für die Handels-
flotte insofern sehr erheblich bemerkbar machen
wird, als die Schiffswerften nunmehr mit der Reparatur
oder dem Neubau von Kriegsschiffen beschäftigt, nicht mehr
in der Lage sind, in gleicher Weise für den Neubau und
die Ergänzung der Handelsflotte zu sorgen und, da
zweifellos auf englischer Seite auch diese Verluste größer
sind, werden die Folgen davon auch bei den Handels-
schiffen fühlbar sein.

**Die Friedensbemühungen.
Eine bulgarische Stimme.**

Sofia, 5. Juni.

Die offiziöse „Narodni Prawa“ schreibt:
Die Entente hat den Krieg heraufbeschworen und will jetzt keinen Frieden, weil dieser sie an ihren Raubgelüsten hindert. Die Siege bei Verdun und die Schläge gegen Italien sind aber Träger des Friedens trotz aller Phrasen Asquiths, der die irischen Patrioten erschießen ließ, und trotz aller Zarendiener in Petersburg, die tausende Staatsbürger abschlachten ließen. Wir sprechen vom Frieden und wünschen ihn. Wenn unsere Gegner den Frieden nicht wollen, so werden wir ihnen denselben aufzwingen. An den Frieden denkend, beglückwünschen wir herzlich die verbündeten Helden bei Verdun und in Südtirol zu ihren herrlichen Siegen. Von dort sehen wir den Friedensengel mit dem Delzweig nahen.

Schweden schützt sich.

75 Millionen für Verteidigungszwecke.

AB Stockholm, 6. Juni.

Der Reichstag hat über die verschiedenen Verteidigungsfragen einen Beschluß gefaßt. In Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage wurden für dieses Jahr 75 Millionen Kronen zur Verteidigung der Neutralität bewilligt. Ferner beschloß der Reichstag die Bewilligung von sofort verfügbaren Mitteln für gewisse besonders dringende Verteidigungszwecke und sprach außerdem auch die Hoffnung aus, daß gewisse andere Verteidigungsbedürfnisse baldigst gebührend vorbereitet und geprüft werden.

Im Laufe der Debatte wurde von den verschiedenen Parteien betont, daß durch diesen Beschluß der Wille Schwedens, sein Selbstbestimmungsrecht und seine Neutralität zu verteidigen, ausgesprochen werde.

Die Friedensdiskussion.

Der deutsche Reichskanzler hat gestern im Reichstag die unnützen Friedensdiskussionen der letzten Zeit mit einem ernsten Schlusswort abgetan. „Jedes weitere Friedensgespräch“, sagte er, „sofern es von deutscher Seite begonnen werde, sei „zurzeit nichtig und von Uebel“. Man erinnert sich, daß die Diskussion, die der Kanzler nunmehr geschlossen sehen will, von ihm selbst angeregt wurde. Herr v. Bethmann Hollweg bekennt sich auch unumwunden zu dieser Urheberchaft. Er stellte gestern neuerdings fest, daß er am 9. Dezember 1915 im Reichstag zum erstenmal von Deutschlands Friedensbereitschaft gesprochen habe; und er bedauere das nicht, weil nichts versäumt werden dürfe, „was geeignet wäre, die großen Erschütterungen Europas in einem solchen Brande abzukürzen“. An der ehrlichen Friedensbereitschaft des führenden deutschen Staatsmannes und der Nation, die hinter ihm steht, kann billigerweise niemand in der Welt zweifeln. Und die Kriegslage, die durch Deutschlands und seiner Verbündeten Waffenerfolge geschaffen wurde, ist gewiß nicht danach angetan, ein solches Bekenntnis zu Friedensbereitschaft irgendwie als Schwäche oder Ermüdungssymptom mißdeutungsfähig zu machen. Das zähe Fortschreiten der deutschen Offensive vor Verdun, die glänzenden österreichisch-ungarischen Erfolge an der Südtiroler Grenze und zuletzt noch die Seeschlacht in der Nordsee — wer solche Kriegserfolge aufzuweisen hat, kann ruhig von Friedensmöglichkeiten sprechen. Trotzdem war aber jene erste Friedensrede, die der Reichskanzler vor einem halben Jahre

hielt, eine ungewöhnliche und neuartige Sache. In allen früheren Kriegen, die die Geschichte kennt, sind die ersten Schritte, die zur Einleitung von Friedensverhandlungen dienten, im stillen getan worden, und die Öffentlichkeit erfuhr davon erst, wenn die Dinge zum mindesten für einen Waffenstillstand reif waren. Es ist am 9. Dezember wohl zum erstenmal geschehen, daß ein Friedensangebot in offener Parlamentsitzung gemacht wurde.

Der Reichskanzler hat das gewiß mit klarer Absicht getan. Er sagte sich vermutlich, daß es einen Krieg wie diesen, der die gesamte Völkraft Europas auf die Schlachtfelder und in die Kriegswerkstätten bringt, nie zuvor gegeben habe und daß dem neuen, demokratischen Charakter dieses Krieges gemäß auch einmal eine neue, demokratische Methode der Friedensstiftung versucht werden müsse. Jedenfalls schien kein Grund vorzuliegen, einen solchen Versuch zu scheuen, dessen Erfolgchancen — da man sich dabei auf keine Erfahrungen stützen konnte — unberechenbar waren. Gerade den demokratisch regierten oder sich regierenden Nationen des Westens gegenüber war es verlockend, das Friedensstigma einmal auf dem ungewohnten Boden der parlamentarischen Öffentlichkeit anzuschlagen. In der Tat wurde damit erreicht, daß das Thema sofort zur allgemeinen europäischen Erörterung kam. Nur hat leider die Allgemeinheit der Erörterung ihren besonderen Zweck nicht gefördert. Statt den praktischen Weg zu suchen, der in eine friedliche Zukunft hinüberführen könnte, fing man an, die alte Frage der Schuld am Kriege wieder aufzurühren, und darüber zerkannte man sich so gründlich, daß von der ganzen leidenschaftlichen Friedensdiskussion schließlich nur mehr die Leidenschaft und kein Tüpfelchen Friede mehr übrigblieb. Die Optimisten und die Illusionäre wollen es sich freilich nicht nehmen lassen, daß bei dem vielen Friedensgerede doch „etwas dran sein“ müsse, und je schärfer die Berliner und Londoner Staatsmänner in Reden, Interviews und Aktenenthüllungen gegeneinander ins Zeug gingen, desto hartnäckiger behaupteten sich die Gerüchte, die von geheimen Friedensverhandlungen zu erzählen wußten. Das alles ist natürlich Unsinn, und der Reichskanzler hat die zwecklos gewordene

Diskussion gestern energisch abgebrochen. „Wir wollen weiter fechten“, sagte er, und das scheint in der Tat der einzig sichere Weg, der zum Frieden führt. Der Friede wird kommen; jeder für uns glückliche Kriegstag bringt ihn näher, aber nicht die mühsigen Debatten im Hinterland, sondern die Kämpfe an der Front werden ihn zur Reife bringen.

Englische Bluffs.

Von
Georg Münch.

Die erdrückende Gewalt Englands über die anderen Völker zu brechen, muß — nach all den vielfachen Erfahrungen, die wir gemacht haben — für uns ein wesentliches Ziel des Weltkrieges sein. Ihm sind wir gerade in der jüngsten Zeit erneut um ein Erhebliches nähergekommen. Der Sieg von Kut-el-Amara hat dem britischen Ansehen im Orient, das schon durch das verunglückte Dardanellen-Abenteuer erschüttert war, einen weiteren Stoß versetzt; auch am Suezkanal geht's nicht nach Englands Wunsch; seine Truppen haben dort eine Schlappe erlitten, die man in London sorgenvoll erörtert. Zur gleichen Zeit hat der aus Versweilung genorene Aufstand der Irländer und seine blutige Unterdrückung der Welt gezeigt, wie es um das Selbstbestimmungsrecht und das Glück der Staatsangehörigen innerhalb der Grenzen Großbritanniens bestellt ist. Die brutale Vergewaltigung, welche mehr oder weniger wehrlose neutrale Staaten durch den Vierverband erfahren, namentlich Griechenlands schwere Nöte vervollständigen das Bild der Freiheit, die der Welt von der britisch-französisch-russischen Verbrüderung her winkt, wenn sie nach ihrem Willen schalten und walten könnte. Die für England selbst folgenschwerste Entscheidung dieser Tage aber ist die Zuwendung zum verhassten „Militarismus“, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Sie erkennt man jetzt als das Gebot der Stunde, nachdem man vor einundzwanzig Monaten ruhmredig erklärt hatte, daß es für England einerlei sei, ob es am Weltkrieg gegen Deutschland teilnehme oder nicht. Möglich, ja wahrscheinlich zwar, daß diese Wehrpflicht Einführung alle anderen ernster nehmen, als die Briten selbst. Ihren Staatsmännern zum mindesten gilt sie in erster Linie nur als ein neues Mittel, den gesunkenen Mut der Ententegenossen zu heben. Dort die Russen in Marseille — hier die englische Wehrpflicht. Beides ist gleichen Ursprunges: Man will sich und die anderen täuschen.

In diese Kategorie von Maßnahmen gehört ja auch der englische Gedanke des Wirtschaftskrieges, der von den jetzigen Verfechtern der „Zivilisation“ gemeinsam gegen die Gruppe der Mittelmächte im Frieden weitergeführt werden soll. Selten ist ein Plan ungereimter gewesen, wie dieser. Die Einheitlichkeit des europäischen Wirtschaftslebens, die sich in jahrtausendlanger Gewöhnung entwickelt hat und feingliedrig ausgestaltet worden ist, wollen die Machthaber der Entente kurzerhand beseitigen. Die Wirtschaftskonferenz in Paris soll die Vorarbeiten dafür leisten. Nun, gleichviel, wozu sie gelangen wird, wir können ihren Entschlüssen mit kaltblütiger Ruhe entgegensehen.

Von Anfang lag es klar zutage, daß England mit seinem ewigen Handelskriege gegen Mitteleuropa nur in seine eigene Tasche wirtschaften will. Sein Plan, Deutschlands staatliche und gewerbliche Macht durch den Krieg zu vernichten, ist gründlich mißglückt. Deshalb soll der Handelskrieg im Frieden das vollenden, was durch den Kampf mit den Waffen nicht zu erreichen war und ist. Deutschland soll als Wettbewerber gegen England dadurch beseitigt werden, daß man es zollpolitisch isoliert. Dann können die englischen Waren überall zu den Preisen, die London vorschreibt, abgesetzt werden. Und all die andern werden sich's ruhig gefallen lassen? Schon jetzt im Kriege lernen Frankreich und Italien Englands Uneigennützigkeit zur Genüge kennen. Damit die britischen Bergwerksbesitzer und Reeder die Kriegskonjunktur voll genießen können, haben jene romanischen Verbündeten Phantasiepreise für englische Kohle anzulegen; und vieles, was sie dringend brauchen, fehlt ihnen überhaupt. Kein Land kann ihnen vollen Ersatz für die Waren liefern, die sie im Frieden von Deutschland erhielten. Was würde ferner aus einem von Deutschland abgesperrten Rußland? Wohin soll das Zarenreich mit seinem eigentlichen Exportartikel, dem Getreide, wenn ihm Deutschland verschlossen bleibt? Und was würde es den Russen nützen, von England dieselben Maschinen und Geräte teuer zu beziehen, die ihnen Deutschland billig lieferte? Wir wüßten nicht, was Englands jetzige Freunde für ein Interesse an einem ewigen Kriegszustand mit den Mittelmächten, an einer Monopolisierung des Welthandels durch Großbritannien haben könnten. Sie werden mit nichten die Kosten von Englands Unfähigkeit, dem deutschen Handel die Spitze zu bieten, tragen wollen.

Unleugbare Tatsachen sprechen für diese Unfähigkeit. Was hat England seit Kriegsausbruch nicht alles gegen Deutschlands Handel unternommen! Absperrung der Deutschen vom überseeischen Verkehr, Patentraub und Diebstahl sonstiger Geschäftsgeheimnisse, schamlose Eingriffe in die völkerrechtlich geschützten Rechte der Privaten, nichts blieb unversucht und ungetan; staatliche Unterstützung wurde für die Schaffung von Industrien, die Deutschlands Fabrikate ersetzen sollten, in Aussicht gestellt und bewilligt. Doch der Erfolg all solcher verzweifelten Anstrengungen blieb gleich null. Man betrachte Englands Exportziffern vor dem Kriege und jetzt! Seine Ausfuhr stellte sich in den (ganzen) Jahren auf:

	1913	1914	1915
	Lstrl.	Lstrl.	Lstrl.
Ausfuhr englischer Waren	525 245 000	430 721 000	384 647 000
Wiederausfuhr fremder Waren	109 575 000	95 474 000	98 797 000

Das volle Kriegsjahr 1915, in welchem Deutschland gänzlich aus dem Wettbewerb Uebersee ausgeschaltet war, hat der Ausfuhr englischer Waren nicht nur keinen Vorteil, sondern sogar einen Ausfall von 2870 Millionen Mark gegenüber dem letzten Friedensjahr 1913 gebracht! Bringt man davon selbst die 870 Millionen Mark in Abzug, die England im Jahre 1913 nach Deutschland an Waren lieferte, so verbleibt noch immer das ungeheure Defizit von 2 Milliarden Mark. Seine Bedeutung wächst noch dadurch, daß der Wert vieler Waren sich im Kriege stark erhöht hat. An der Menge gemessen, ist der Rückgang der britischen Warenausfuhr also erheblich stärker, als unsere Vergleiche erkennen lassen.

Doch noch viel schlimmer als das, ist für England die betrübliche Erfahrung, daß sich die Vereinigten Staaten und Japan die europäischen Verwicklung zunutze machen. Amerikanische und japanische Waren haben ihr Absatzgebiet mit jedem neuen Kriegsmonat erweitert. Nicht genug damit, daß Amerika durch Kriegslieferungen an die Entente dieser ungeheuren Summen abnimmt, gräbt es dem englischen Handel in Südamerika und Ostasien, ja, in den britischen Kolonien selbst, den Boden ab. Und Japan? Nun, seine Waren dringen in Australien, Indien, China mehr als je ein! England züchtet sich so, in schier unbegreiflicher Kurzsichtigkeit, in der großen Republik jenseits des Atlantischen Ozeans und in dem ostasiatischen Kaiserreiche zwei Konkurrenten, die ihm viel gefährlicher zu werden drohen, als es Deutschland jemals war. Werden sich diese beiden (jetzt zwar mit England befreundeten) Staaten etwa nach dem Weltkriege freiwillig dem englischen Welthandelsmonopol-Gedanken unterwerfen?

Um so weniger werden sie es, als — das hoffen wir nicht nur, sondern wir sehen es mit Gewißheit voraus — die Stoßkraft des deutschen Handels solch gekünsteltes Gebäude über den Haufen werfen müßte. Deutschlands Volkswirtschaft gleicht heute einem gefesselten Riesen. Der Krieg zieht ihr überall hemmende Schranken. Aber er gibt ihr auch eine unabsehbare Fülle der wertvollsten Lehren. Unsere Industrie hat nicht nur in technischer Hinsicht, sondern auch in bezug auf die Organisation viel aus den Kriegszeiten, aus den Erfahrungen dieses ungeheuerlichen Ringens gelernt. Und wie sie ihre Friedensproduktion, wo es nur immer anging, entschlossen auf die Herstellung von Kriegsbedarf umstellte, so trifft sie jetzt bereits Vorkehrungen für die Zeit nach dem Kriege. Daß sie dabei die Wirtschaftskriegspläne unserer — Gott sei Dank — sehr redseligen Feinde in ihre Berechnungen einstellt, ist selbstverständlich. So beugt sie unliebsamen Ueberraschungen vor. Der Unterschied zwischen dem deutschen Wesen und dem der uns feindlichen Koalition zeigt sich auch hierbei. Während dort die zerstörenden Tendenzen allein zu Worte kommen, sind es bei uns schon jetzt die des Aus- und Aufbaues, die sich Geltung verschaffen. In besonders kennzeichnender Weise treten sie bei der Erweiterung der Interessengemeinschaft in der chemischen Großindustrie hervor. Zwei große Dreiverbände gab es bisher in dieser Industrie. Den einen bildeten die Badische Anilin- u. Sodafabrik, die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. und die Akt.-Ges. für Anilinfabrikation in Berlin, den anderen die Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning in Höchst a. M., die Firma Leopold Cassella & Co., G. m. b. H., in Frankfurt a. M. und die Akt.-Ges. Kalle & Co. in Biebrich. Jede dieser Gruppen ist bereits seit 1904 durch Interessengemeinschaft verbunden. Nunmehr wollen sie sich zu gemeinsamem Handeln enger verbrüdern. Außerdem treten ihnen die Chemischen Fabriken Weiler-ter-chen in Uerdingen bei. So entsteht eine Gruppe, die über eigene Kapitalien von etwa 400 Millionen Mark verfügt. Als ihr Ziel bezeichnet sie die gemeinsame Bekämpfung der feindlichen Konkurrenzbestrebungen; die Leistungen der deutschen Werke sollen durch den Zusammenschluß derart gesteigert werden, daß sie „in Beschaffenheit und in Preisen den Kunden Vorteile bieten, die ihnen von keiner anderen Seite geboten werden können“. Auf anderen Gebieten, so in der Schifffahrt und in der Montanindustrie, zeigen sich die Ansätze zu ähnlicher Zusammenfassung der Kräfte. Während unsere Feinde in vielköpfigen Konferenzen am Seinstrand über die Ausschaltung Deutschlands aus dem Welthandel beraten, vollziehen sich bei uns wohlgedachte Vorbereitungen für die Zeit nach dem Kriege. Deutsche Tatkraft und deutsche Wissenschaft haben sie zur Grundlage. Auf sie können wir uns verlassen. Gönnen wir den Feinden die billige Freude an immer neuen Bluffs!

Bulgarische Gäste.

Von
Rudolf Rothert.

Als berufene Zeugen und Träger herrlicher Einigkeit nicht bloß der See, sondern auch der Völker erscheinen heute Abgeordnete der bulgarischen Volksvertretung in unserer Mitte. In leuchtenden Lettern steht über dem Portal des Parlamentsgebäudes zu Sofia der Wahlspruch geschrieben: Sojedineneto prawi silata — Einigkeit macht stark. Dreimal hat sich dies Wort gegen den ausgesprochenen Willen Russlands und ungeachtet der russischen Mißgunst an den Bulgaren bewährt. Das eine Mal, als Nordbulgarien im Jahre 1885 seine Vereinigung mit Südbulgarien, die im damaligen Ostrumelien, durchsetzte, dann als das jetzige, aus drei politischen Gruppen bestehende Koalitionskabinet Radoslawow nach den unseligen Katastrophen der russenfreundlichen Ministerien Danew und Gschow die Staatsgeschäfte übernahm, und schließlich in jener Entscheidungstunde, als Bulgarien, mit scharfem Rück sich vom Vierverband abwendend, die Bündnisverträge mit den Mittelmächten schloß. Nur einmal versuchte Bulgarien, neue Kraft aus einer Vereinigung zu schöpfen, die ihm von Rußland anempfohlen war, doch dieser eine Versuch schlug ihm zu schwerem Unheil aus. Auf den Balkanbund russischen Gepräges war der Sobranje-Wahlspruch nicht anzuwenden.

So fand das junge bulgarische Staatswesen die Russen überall in seinem Wege, wo und wann immer es vorwärts zu schreiten trachtete. Der frevelhafte Feldzug der Serben von 1885 gegen den bulgarischen Nachbar zur Verhinderung seiner Vereinigung mit Ostrumelien war Rußlands Werk, der serbische Bruch des Vertrages von 1912 über die Teilung Mazedoniens geschah unter russischer Billigung, die innerbulgarischen Umtriebe zum Sturz des Kabinetts Radoslawow vom Sommer vorigen Jahres, die es bewirkten, daß der frühere Stambulowistenführer Genabiew und einige seiner Leute sich von der Regierungsmehrheit los sagten, waren französischem Gelbe und russischen Einflüsterungen zu verdanken, die schroffe Forderung des Vierverbandes an die bulgarische Regierung vom letzten September, unverweilt die diplomatischen Beziehungen mit den Mittelmächten und der Türkei abzubrechen, eine Forderung, in der sich die Ueberhebung von Sklavenhaltern ausdrückte, war nach Form und Inhalt ein Erzeugnis des asiatischen Departements des Petersburger Ministeriums des Aeußern. Herr Sazonow glaubte sich der Bulgaren so sicher, daß er in einer seiner Dumareben das Wort wagte, er könne sich keine politische Lage denken, in der die Bulgaren sich auf die Seite der Gegner Rußlands stellen würden. Doch das von Rußland getöte Bulgarien machte sich frei, was Herr Sazonow sich nicht denken konnte, geschah, von russischem Unheil hatte Bulgarien gerade genug genossen, und sein Heil im Anschluß an die Mittelmächte suchend, errang es mit ihnen und durch sie den größten aller seiner nationalen Erfolge.

Was dieser Erfolg für Bulgarien bedeutet, sagt in gedrängter Kürze der bulgarische Hauptquartierbericht vom 13. Dezember vorigen Jahres mit den bedeutungsvollen Worten: „Am 12. Dezember war ganz Mazedonien befreit und kein einziger feindlicher Soldat steht mehr auf mazedonischem Boden. Des ist der Tag seiner Befreiung.“ Zwei Wochen später verkündete König Ferdinand in seiner Thronrede bei Eröffnung der Sobranje (27. Dezember) unter begeistertem Zuruf der Abgeordneten: „Heute steht kein einziger feindlicher Soldat auf dem unseren Helden, den Märtyrern der Vergangenheit und der ruhmreichen Gegenwart, so teuren Boden.“ Die bulgarischen Gäste, die heute bei uns eintreffen, haben selbst jene Worte vernommen. Sie wissen, daß die Seerführer und die Armeen dreier Reiche unter deutschem Oberbefehl das Werk vollbrachten, daß für Mazedonien und in Mazedonien mit den Bulgaren die Völker Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ihr Blut vergossen haben. Die Frucht bleibt den Bulgaren. Und nicht allein die mazedonische, sondern darüber hinaus nordwärts noch ein schönes Stück des früheren serbischen Königreichs. Sojedineneto prawi silata. Was die Einigkeit errungen, soll die Einigkeit bewahren. Für unsere bulgarischen Freunde wie für alle anderen Glieder des großen neuen Vierbundes. Aus der Kraftprobe der jüngsten Vergangenheit soll uns allen die gesicherte Zukunft erblühen.

Unter den fünfzehn Abgeordneten, die wir heute bei uns begrüßen, sind alle drei Gruppen der jetzigen Regierung

Westungarische

te

Blattes:

Mit täglicher Postzubehang.

Für das Inland:

monatlich R. 2.60
vierteljährig R. 7.80
halbjährig R. 15.60
ganzjährig R. 31.20

Für das Ausland:

vierteljährig R. 12.—

Mit der dazugehörigen

„Illustrierten Sonntags-Beilage“
monatlich . . . 20 Heller mehr
vierteljährig . . 40 Heller mehr

45. Jahrgang.

eines ganzen Volkes, das eine eigene Staatlichkeit, eine eigene Dynastie besessen hat. Er verwirft sie und erklärt sie für gefährlich. Wenn der siegende Staat auch schon vorher einen Teil dieses Volkes besaß, so sei es doch bedenklich, zu diesem Teil den autonom gewesenen Hauptstod zu annektieren. Man hätte früher schon gelitten unter dem Zug nach außen, unter dem Schlagwort nach Vereinigung mit dem Hauptstod; vollziehe man jetzt diese Vereinigung in umgekehrter Form, so wird man an Stelle des Schlagwortes von der „Vereinigung“ das von der „Befreiung“ eintauschen. Es lasse sich im 20. Jahrhundert kein Volk mehr unterjochen und man bände sich eine Geißel auf den Rücken mit solch einem Versuch. Die Erinnerung an die einstige staatliche Selbständigkeit würde nie erlöschen in den „Unterjochten“ und es gäbe nie Frieden im Lande.

Diese Argumentation hat ja viel für sich, aber sie erscheint uns doch ein bißchen oberflächlich und sie arbeitet etwas auffällig mit altem Rüstzeug. Wer unterjocht heute Völker? So töricht ist kein Sieger. Haben wir die Bosniaken unterjocht? Wurde Elsaß und Lothringen unterjocht? Wir sind ja kein asiatisches Staatswesen wie Rußland. Die Polen haben schon jetzt mehr Freiheit als sie je besaßen. Wir und Preußen wetteifern mit der Erfüllung nationalpolnischer Wünsche. Die Albaner fühlen sich zum erstenmal als Menschen seitdem sie unserer militärischen Obergewalt unterstehen. Sie danken Gott, daß wir endlich kamen. Und die Serben? Es ist wahr, sie hatten ein selbstherrliches Königreich. Wie lange? Kein halbes Jahrhundert! Sie werden aber trotzdem schwierig zu behandeln sein, niemand bezweifelt es; aber auch sie dürften gar bald den Unterschied erkennen zwischen ihrem von Verbrechern geleiteten Balkanstaat und einem europäischen Reichsstaat. Der ihnen eingempfte Haß wird nicht leicht zu neutralisieren sein, er dürfte sich aber in den heranwachsenden Geschlechtern von selbst mildern, wenn sie unter anderen Gesichtspunkten erzogen werden, einen Herrn fühlen und doch in völliger Freiheit ihrer serbischen Kultur leben können. Wer denkt daran, sie zu „unterjochen“? Sie sollen Serben bleiben, sie sollen sich bilden und ihren Wohlstand mehrten durch Arbeit und redlichen Handel mit der Monarchie, aber Gott schütze uns davor, daß wir sie neuerlich teilen und einem dieser Teile wieder einen Thron aufrichten, damit die frühere Ordnung wiederkehre, damit unsere auswärtigen Todfeinde abermals ein Otternest auf dem Balkan haben gegen uns, in dem sich Attentäter und Fürstenmörder züchten lassen.

Es ist merkwürdig, daß Julius Andrássy die Schwierigkeiten, Serbien in irgend einer Form der Monarchie anzugliedern, so hoch einschätzt und die Gefahr, in den alten Zustand zurückzufallen, so gering bewertet, daß er sie gar nicht einmal erwähnt. Seine scheinbar so kluge Beweisführung ist mangelhaft, man kann ihm nicht zustimmen.

Der größere Teil des südslavischen Volkes gehört schon lange zur Monarchie und der Bestand des kleinen serbischen Staates unter russischer Patronanz war der Giftbaum auf dem Balkan, von dem die verbrecherische Markose ausging. Der Baum ist gefällt. Und wir sollen selber einen neuen pflanzen? Nein. Der kleinere Teil des serbischen Volkes wird sich dem größeren allmählich angliedern lassen, wenn wir es ernstlich wollen. Nicht unter unser „Joch“ sollen die Serben kommen, (kein Volk soll von einem anderen unterjocht werden!) sondern in unsere Staatsge-

Finis Serbiae.

Von den ungarischen Staatsmännern, die sozusagen außer Dienst wirken, hat sich während des ganzen Krieges Graf Julius Andrássy am meisten betätigt. Namentlich publizistisch. Während zum Beispiel Graf Albert Apponyi, der Schönredner Ungarns, höchst selten zur Feder greift, um irgend einer Frage zur Lösung zu verhelfen, ist Andrássy hinter jeder bedeutsamen öffentlichen Sache her. Er ist eben ein produktiver Kopf, ein Weltverbesserer, während Apponyis Art eine zerfetzende genannt werden muß. Er nimmt am liebsten erst Stellung zu den Dingen, die geworden.

Mit Glück hat Julius Andrássy sich namentlich in der Polenfrage geäußert. Nicht das Gleiche wäre von seinem Osterartikel zu sagen über die Frage, wie ein „guter“ und wie ein „schlechter Friede“ für uns zustande käme. Der Artikel hat in den politischen Kreisen der ganzen Monarchie das größte Aufsehen erregt, denn sein Verfasser trat für die Wiederherstellung des Königreichs Serbien ein. Ohne den Namen Serbien auszusprechen, behandelte er dieses Thema mit so unverkennbarer Deutlichkeit und mit solchem Nachdruck, daß kein Leser im Zweifel sein konnte, was gemeint sei. Der Artikel las sich ja ganz schön und der Verfasser ging sehr systematisch an die heikle Frage heran, was man als Sieger annektieren dürfe und was nicht. Wie ein Professor dozierte er: erstens, zweitens, drittens

Punkt eins ist völlig einwandfrei, wenn Andrássy sagt, der Sieger könne sich Volkstämme, die dem Nachbar gehörten, die aber schon lange mit dem jetzigen Sieger sympathisierten und sich durch ihn „befreit“ fühlten, ohne weiteres einverleiben. Das gewählte Beispiel paßt wohl auf die russischen Balten, zum Teil auch auf die Polen und Ukrainer. In Punkt zwei spricht er von der Abtrennung eines Volksteiles des besiegten Staates. Nur wenn militärische Gründe dafür sprechen, sei das zu wagen, sonst nicht, es führe zu nichts Gutem. Die Anspielung auf Elsaß und Lothringen ist deutlich fühlbar.

In breiter Ausführung wirft sich Andrássy dann auf den dritten Punkt, die Einverleibung

Das Echo unserer Note an Amerika.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

In Amerika.

* Amsterdam, 7. Mai.

Ueber die deutsche Antwort auf Wilsons Note bringt Reuter aus New York, wie nicht anders zu erwarten war, nur Auszüge aus Blättern, die mit Leib und Seele im englischen Fahrwasser segeln. Während diese Blätter, wie Reuter hervorhebt, einstimmig erklären, daß die deutsche Antwort den Abbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen hinauschiebt, äußern sie ebenfalls einstimmig starken Unwillen über die Spitze, die dem Versprechen, den Unterseebootkrieg einzustellen, beigegeben ist, und erklären, daß die Regierung niemals Deutschlands mörderischen Seekrieg mit irgendwelcher Kritik in Beziehung bringen wird, die die Vereinigten Staaten vielleicht über Englands Behinderung des Handels usw. zu machen haben würde.

Der „New York Herald“ bemerkt: Zwei Dinge kann Wilson tun: eines ist, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland sofort abzubrechen, und der Ton der Note würde dieses rechtfertigen. Andererseits kann er aber auch abwarten, und wird nicht allzu lange zu warten brauchen. Es gibt keinen Ausweg aus den Schwierigkeiten, es sei denn, daß Deutschland die ungesetzliche Verwendung der Unterseebootwaffe aufgibt. Dies will es nicht tun und ein Bruch scheint als ganz natürliche Folge unvermeidlich und würde vielleicht besser sein, wenn er jetzt kommt.

Die „New York World“ bezeichnet die deutsche Antwort als anmaßend, unverschämte und beleidigend.

Das „New York Journal of Commerce“ sagt, der Hinweis auf England und die amerikanische Begünstigung Englands grenzt beinahe an weibliche Hysterie.

„Tribune“ bemerkt: Wilson bleibt nur eines zu tun, und das ist der Abbruch der Beziehungen zu Deutschland, und zwar unverzüglich und ohne Zögern. Er muß Gerard zurückrufen und Bernstorff nach Hause schicken. Das sind Dinge, die wir nicht länger hinauschieben können.

„Chicago Herald“ schreibt: Deutschland verlangt, daß wir England zwingen sollen, die Hungerblockade aufzuheben, obgleich es ununterbrochen leugnet, daß Deutschland ausgehungert werden kann. Dieses Deutschland verlangt von uns, daß wir die britische Flotte bekämpfen, wenn es nötig sei, da sonst Frauen und Kinder verhungern müßten. Natürlich, das ist genau daselbe, was Deutschland während der Belagerung von Paris tat, aber Frauen und Kinder, die damals hungerten, waren nicht Deutsche.

* Kopenhagen, 6. Mai.

Nach einer Londoner Meldung der „Berlingische Tidende“ drahtet der Korrespondent der „United Press“ in Washington: Das Kabinett hielt am Freitag eine zweistündige Sitzung zur Erörterung der deutschen Note, so wie sie in der Wiedergabe des Pressebüros vorlag, ab. Der offizielle Text war noch nicht entziffert. Bevor dies geschehen und bevor die Note gründlich erwogen ist, wird keine Mitteilung über den Eindruck gebracht, den die deutsche Note an den leitenden Stellen gemacht hat. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß Gründe zum Optimismus vorliegen, und daß Deutschland weit größere Zugeständnisse gemacht hat, als man bisher vermutete, sowie daß augenblicklich nichts vorliegt, was einen Bruch rechtfertigen könnte. Alle Papiere der New-Yorker Börse fielen stark nach Veröffentlichung der ersten Bruchstücke der Note. Die Stimmung besserte sich aber bedeutend, als der ganze Inhalt der Note bekannt geworden war.

Röln, 7. Mai.

Die „Rölnische Zeitung“ erhält aus Washington folgenden Fundspruch ihres Berichterstatters: Die deutsche Note, die hier um Mittag durch Extrablätter veröffentlicht wurde, löste eine gewaltige Spannung aus. Der allgemeine Eindruck ist der, daß es ein besonders würdiges Schriftstück, das geschicktest geschriebene seit Beginn des Krieges, sei. Selbst die Verbandsfreunde gestehen, daß Deutschland damit einen überlegenen Eindruck gemacht habe. Was die Wirkung betrifft, so ist die öffentliche Meinung geteilt, aber die bei weitem größte Mehrheit betrachtet sie als zufriedenstellend, in Erwägung, wie unmöglich es nun sei, die Beziehungen zuerst abzubrechen.

* Amsterdam, 7. Mai.

Die „Times“ läßt sich aus Washington vom Freitag über den ersten Eindruck der Note drahten, daß die amerikanische Regierung ruhig sei und in der Hauptsache darauf Bedacht nehme, Maßnahmen gegen deutsche Unruhen vorzubereiten für den Fall, daß der Präsident zu tatkräftigen Mitteln übergehen sollte. Wenn, sagt der Korrespondent, in den nächsten 48 Stunden dringende Maßnahmen eingeleitet werden sollten, dann wird die Arbeit dadurch erleichtert sein, daß schon seit einiger Zeit Experimente mit Telefon- und Telegraph-Abteilungen zur Beschleunigung einer großen Mobilisation ausgeführt werden.

* Haag, 7. Mai.

Der „Nieuwe Courant“ meldet aus New York: Für den Augenblick ist ein Bruch unwahrscheinlich. Wilson betrachtet einen Teil der Note als mit Rücksicht auf die Stimmung der deutschen Öffentlichkeit abgefaßt. Er ist geneigt, Deutschlands Versprechen anzunehmen. Wenn Deutschland das Versprechen aber

nicht hält, wird Wilson ohne weiteres die Beziehungen abbrechen. Die amerikanische Presse ist allgemein gegen einen augenblicklichen Abbruch der Beziehungen zu Deutschland, obgleich sie die Note als ungenügend erachtet. Die Mitglieder des Kongresses sind im allgemeinen der Ansicht, daß ein Bruch jetzt nicht nötig ist.

In England.

* Amsterdam, 7. Mai.

Wie mein Londoner Gewährsmann mitteilt, sehen ernste englische Politiker im Ton der deutschen Antwort an Amerika die Absicht, Wilson jede Möglichkeit zu kriegerischen Maßnahmen gegen Deutschland zu nehmen. Ein großer Teil des amerikanischen Volkes werde, durch die Antwort zufriedengestellt, von Wilson schärferes Vorgehen gegen England fordern. Wilson müsse entweder seine bisherige Politik verlassen oder etwas tun, was ihm bei der Präsidentschaftswahl sicher eine Niederlage bringe. Auf jeden Fall sei es sehr wahrscheinlich, daß England bei dem Streit zwischen Washington und Berlin nicht mehr nur stiller Zuschauer bleiben, sondern mit in das Problem hineingezogen werde.

* Amsterdam, 7. Mai.

Die gesamte englische Presse weicht der deutschen Note natürlich lange Artikel. Eins springt sofort ins Auge: Die Note entspricht nicht im geringsten den Hoffnungen, die sich die Engländer insgeheim vielleicht gemacht hatten. Ralich scheint Deutschlands starker Hinweis auf Amerika eine genehme Ueberraschung zu sein. Die Artikel gehen denn nach Möglichkeit über diesen wunden Punkt hinweg.

Die „Times“ sagen, man wisse, wie Deutschland seine Handlungsweise im „Lusitania“-Falle verteidigte, und könne danach beurteilen, welchen Wert die deutsche Konzession habe, die Regeln des Völkerrechts gegen Handelsschiffe anzuwenden, die sich nicht wehren oder nicht zu entkommen versuchen, und selbst diese Konzession sei wertlos, denn Deutschland verbinde damit die Bedingung, daß Amerika England zwingt, die Blockade Deutschlands aufzuheben. Das Blatt betont, daß die Note auf die „Lusitania“- und „Arabic“-Fälle, die Wilson in seiner Note gleichfalls erwähnte, überhaupt nicht eingehe. Die heiligen Grundlagen der Menschlichkeit, die Deutschland betone, gingen besonders „Lusitania“, „Arabic“, „Ancona“ an. Sie würden gekennzeichnet durch dieselben Maßregeln, die Deutschland bei der Pariser Belagerung für gesetzlich erklärte. In den deutschen Konzessionen, so weit sie gehen, sehen die „Times“ nur Deutschlands Angst vor Amerika. Das Blatt glaubt: Hätte Deutschland es ernst gemeint, so hätte es eine bessere, weniger doppelstimmige Antwort auf Wilsons deutliche und positive Wünsche gegeben.

Die „Morningpost“ steht in der Note, so geschickt, wie sie aufgesetzt sei, doch nur eine Verweigerung von Wilsons Wünschen und den Versuch, die Unterhandlungen von neuem zu eröffnen. Die Frage, ob Deutschlands Vorschläge ausführbar seien oder nicht, tue nichts zur Sache. Da das Verlangen nach Freiheit der Meere nicht näher umschrieben werde, könne Deutschland damit auch meinen, daß seine Schiffe ruhig wie in Friedenszeiten die See befahren dürfen, und daß, wenn die Verbündeten ein solches Schiff nehmen, Deutschland seine Seeräubereien wieder anfangen darf. Das eigentliche Ziel der deutschen Konzession sei, Amerika mit den Verbündeten in Zwist zu bringen, und das Ziel der ganzen Antwort sei nichts als ein Versuch, die Schuld eines eventuellen Bruches auf Amerika abzuwälzen.

„Daily Chronicle“ behauptet, die Aushungerungspolitik sei keine englische gewesen. Deutschland habe monatelang neutrale Schiffe mit Lebensmitteln für England torpediert, ehe England verhinderte, daß Deutschland durch neutrale Schiffe Lebensmittel empfangt. Bedenke man dies, dann verliere die patriotische Anspielung auf hungernde Frauen und Kinder ihre Bedeutung. England habe außerdem im Seekrieg nie die Gesetze der Menschlichkeit verletzt. Deutschland sie aber selbst den Neutralen gegenüber mit Füßen getreten. Die Note sei mit längst bekannten Phrasen gespickt, um Zeit zu gewinnen, und verlange nichts geringeres als ein Ausfuhrverbot amerikanischer Waren gegen die Verbündeten. Die ganze Note müsse den Eindruck erwecken, als ob Deutschland enorme Opfer bringen wolle, während die Deutschen insgeheim die idiotischen Yankees verlachen, die sich wieder mit Redensarten abspießen lassen.

In Frankreich.

* Genf, 7. Mai.

Die Lektüre der Pariser Blätter vervollständigt den Eindruck des leidenschaftlichen Wunsches, Deutschland im Krieg mit der Union zu sehen, während die Regungen kritischen Urteiles zu ersticken versucht werden. Deutschland gibt nicht nach, ist zu nichts bereit, sagt der „Figaro“. Man zeigt sich auch aufgebracht über den „unverschämten Ton“ der deutschen Note und daher sehr um die Ehre der Vereinigten Staaten besorgt. Zwar sehe es so aus, als mache die deutsche Antwort Konzessionen, aber das sind alles nur Spiegelfechtereien, Versuche, die Möglichkeit einer Weiterführung des U-Boot-Krieges doch noch durchzuschmuggeln. Diejenigen Blätter, die es wagen, in dem deutschen Aktentück den Geist der Versöhnung und des Entgegenkommens festzustellen, werden daher bereits gründlich zurechtgewiesen. So beginnt ein Leitartikel des „Journal des Debats“ mit der Aeußerung der Verstärkung darüber, daß mehrere Morgenblätter in der deutschen Antwort, „diesem Monument der Frechheit“, eine verdeckte Kapitulation, eine Demütigung oder den Geist der Versöhnlichkeit erblickt hätten. Das Publikum müßte noch nicht gelernt haben, die amtlichen deutschen Dokumente zu lesen, um sich durch solche „elende Redaktionsstücken“ fangen zu lassen. Derart abgetanzelt werden neben

dem „Petit Parisien“, „Petit Journal“, die, wenn auch sehr zaghaft, die Möglichkeit einer Verständigung andeuten, offenbar vor allem Saint Brice vom „Journal“ und der „Gaulois“.

Saint Brice gelangt nämlich zu der Ueberzeugung, daß die Antwort den amerikanischen Forderungen im wesentlichen Genugtuung leiste, eine unvollständige und durch zukünftige Vorbehalte gemilderte Genugtuung, aber jedenfalls eine sofortige Satisfaktion. Die völkerrechtswidrige U-Boot-Kriegsführung ist aufgehoben, es hängt nur noch von Amerika ab, daß diese Aufhebung endgültig wird, man müsse sich also fragen, ob Wilson, da er doch jetzt Laten erhalte, deshalb brechen könne. Weil man um Worte feilsche, werde er nicht gezwungen sein, eine neue Note an Deutschland zu senden. Also wiederum sei von Deutschland Zeit gewonnen, nicht zu reden von dem Echo, daß die pazifistischen Anspielungen der Note, die Freundschaftsver sicherungen und der Appell an die Unparteilichkeit in Amerika finden müßten. Mit einem Wort, für St. Brice ist die Note zwar perfid, plump, aber nicht ungefährlich.

In ähnlicher Weise findet der „Gaulois“, die Note bringe nicht unbedingt den Bruch, da sie Amerika unmittlere Genugtuung gebe. Im Gegenteil verführe sie zu neuen Diskussionen über die für die definitive Führung des U-Boot-Krieges gestellte Bedingung.

„Liberté“ dagegen schilt die deutsche Antwort ein typisches Beispiel eines ganz gewöhnlichen Bluffs und grober Perfidie. Die gemachte Konzession sei gänzlich wirkungslos und illusorisch.

Gustave Tern nennt im „Devoire“ die Note mit geringer Variation in der Grobheit eine schimpfliche Mystifikation. Im übrigen polemisieren die Blätter, unter Anführung des „Temps“, in den gewohnten, nicht weiter interessanten Abstufungen schmähen den Tonen gegen die in der deutschen Note enthaltene Darstellung der deutschen Auffassung von menschlicher Kriegsführung.

Paris, 7. Mai.

In Erörterung der deutschen Antwort auf die amerikanische Note schreibt „Journal des Debats“: Die Antwort hat vor allem den Zweck, das deutsche Volk von dem guten Recht seiner Regierung zu überzeugen und die Verantwortung für einen Bruch in den Augen Deutschlands auf die Vereinigten Staaten und England zu schieben. Wie groß auch immer der Stolz und die Verblendung Bethmann Hollwegs und v. Jagows sein mögen, so ist doch schwer zu glauben, daß sie mit ihrer Note neue Verhandlungen zu erzielen hoffen. Präsident Wilson würde seine Meinung vollkommen ändern, wenn er dieses Schriftstück ernst nähme.

„Temps“ stellt fest: Die deutsche Antwort macht den Eindruck einer schwerfälligen zusammengestoppelten Arbeit eines verschlagenen Anwalts, in der man alle Beweisgründe wiederfinden wird, zu welcher der Reichskanzler schon in seinen vorhergehenden Verteidigungsschriften Zuflucht genommen hat. Das Blatt schließt: „Die Antwort Wilhelms vermeidet es, auf Wilsons Weisungen zu antworten. Dieser erklärte, daß die Verwendung von Unterseebooten zur Zerstörung des feindlichen Handels völlig unvereinbar ist mit den Grundgesetzen der Menschlichkeit, den unantastbaren Rechten der Neutralen und den heiligen Privilegien der Nichtkämpfer. Im Namen der unantastbaren Rechte der Neutralen hielt er Deutschland dazu an, bei Strafe des Bruches mit Amerika, auf seine Handlungsweise zu verzichten. Der Deutsche Kaiser hat nur Ausflüchte und hinkende Kompromisse gefunden, um eine Waffe nicht aufzugeben, die er mit seinem Volke für die einzig wirksame in dem Kampfe gegen Großbritannien hält.“

In Italien.

Bern, 6. Mai.

Nach Meldungen aus Mailand glaubt man in Rom allgemein, die Vereinigten Staaten könnten die Antwort Deutschlands nicht annehmen. „Messaggero“ meint, die Antwort sei im Grunde negativ und bilde einen Vorwand zu neuen Diskussionen, falls Wilson noch gewillt sei, Zeit zu verlieren. Andererseits sei sie ein Vorpiel zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, falls die amerikanische Regierung die äußerste Grenze der Geduld erreicht habe. Deutschland habe die ganze zivilisierte Welt gegen sich, welche stark geeint die Verteidigung der heiligen Menschenheitsrechte übernehme.

* Lugano, 7. Mai.

„Secolo“ wie „Corriere della Sera“ vom 7. Mai bemühen sich in langen Artikeln, den Gedankengang wie die Beweisführung der deutschen Note zu widerlegen. Recht wie Tatsachen werden dabei auf den Kopf gestellt und gefälscht: Die Aushungerung sei geltendes Recht, der Unterseeboot-Krieg nicht. England habe die Lebensmittel erst dann für Bannware erklärt, als die deutsche Regierung sie zur Nahrung des Heeres beschlagnahmt hatte, während in der Tat die Beschlagnahme erst lange nach der Blockierung und sehr allmählich erfolgte, um die Nahrung des ärmeren Teiles der bürgerlichen Bevölkerung sicherzustellen. Mit Freuden will der „Secolo“ in der Note das Eingeständnis sehen, daß die Blockade wirklich sam sei. In den politischen Schlüssen stimmen beide Blätter nicht überein: Der „Secolo“ nimmt jetzt an, daß die Note zu weiteren Verhandlungen zwischen Berlin und Washington führen wird, während der „Corriere“ sie ungenügend findet und auf den Bruch rechnet.

Im Vatikan.

* Lugano, 6. Mai.

Von maßgebender Seite erfährt Ihr Korrespondent, daß man im Vatikan vom Text der deutschen Antwortnote an Amerika sehr befriedigt ist. Man findet, daß das Entgegenkommen Deutschlands groß ist, und hofft, daß die friedlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern erhalten, die gefürchtete Ausdehnung und Verlängerung des Weltkrieges vermieden wird.

9/IV. 1916

Die Bulgaren als Gäste Berlins.

Rundfahrt. — Empfang im Rathause.

Heute vormittag waren die hier weilenden Mitglieder der Soranje Gäste der Reichshauptstadt. Eine Abordnung der Gemeindebehörden hatte sich nach dem Hotel Kaiserhof begeben, um die bulgarischen Volksvertreter zu einer Besichtigungsfahrt abzuholen. In Kraftwagen, die Fähnchen in den bulgarischen und Berliner Farben trugen, wurden die historischen und die schönsten Teile der Stadt durchfahren und dabei Kunst- und Baudenkmäler, u. a. das Virchow-Krankenhaus, die Hindenburg-Brücke und der Märchenbrunnen mit seinen herrlichen Wasserkünsteln besichtigt. Auch Berlin bei der Arbeit lernten die bulgarischen Gäste kennen, so die neuen städtischen Westhafen-Bauten und die Spree-Untertunnelungsarbeiten der städtischen Nord-Südbahn an der Weidendammer Brücke.

Nach Beendigung der Rundfahrt fand ein Empfang im Festsaal des Rathauses statt. Zum Empfang waren anwesend Oberbürgermeister Wermuth, die Stadträte Geheimrat Straßmann, Selberg und andere Mitglieder des Magistrats, der Stadtverordneten-Vorsteher Michelet und seine Vertreter Geheimrat Cassel und Heimann sowie eine Anzahl Stadtverordneter. Die bulgarische Gesandtschaft war durch den Gesandten Rizow, die Legationsräte und den bulgarischen Generalkonsul vertreten, das Auswärtige Amt durch Unterstaatssekretär Erzellenz Zimmermann, Geheimer Legationsrat Freiherr v. Radowiz. Auch Vertreter der bulgarischen Kunst und Wissenschaft und der Berliner bulgarischen Kolonie waren anwesend.

Nachdem Bürgermeister Wermuth die Gäste im großen Festsaal bewillkommen hatte, in dem das Gemälde aufgestellt war, das die Geburtsstunde des Bulgarenstaates zeigt, „Der Berliner Kongress“ von Anton v. Berner, begab man sich in den Donatoren-saal, wo das Frühstück eingenommen wurde. Bei Tisch ergriff Oberbürgermeister Wermuth das Wort zu folgender Rede:

Ansprache des Oberbürgermeisters.

„Von Herzen heiße ich Sie namens der städtischen Behörden in unserem Rathause willkommen als verehrte Vertreter Bulgariens, des Landes der Rose, aber einer Rose, die mit scharfem Dorn sich zu schützen weiß. Auf Ihrer Reise durch die Kulturländer Mitteleuropas haben Sie vieler Menschen Städte gesehen und Reden vernommen. Solch eine Fahrt geht heutzutage nicht ins Grenzenlose des Weltalls; sie findet ihr natürliches Ende da, wo die Freundschaft aufhört und die erbitterte Feindschaft beginnt. Aber dafür ist die Freundschaft innerhalb dieser Grenzen auch echt und treu. Umlagert von Gegnern, ganz umfassen von Kriegssorge und Kriegsfürsorge, sind die Länder, die Sie besuchen, dennoch besetzt von heller, stolzer, aus heiligem Ernst geborener Freudigkeit. Denn sie wissen, daß es gilt, den verbündeten Völkern ihr Existenzrecht, ihre Freiheit und Blüte für alle Zukunft zu wahren, und sie wissen auch, daß sie stark und mutig genug sind, dies Ziel zu erreichen. Ich hoffe, daß Sie, meine Herren, einen lebendigen Eindruck hiervon auch in unserer Stadt, der Hauptstadt des Deutschen Reiches, erlangt haben.“

Sie haben die herzlichen Töne der Freude gehört, mit welcher der für kühl gehaltene Berliner die bulgarischen Freunde begrüßte und begleitet. Sie haben gesehen, wie wir an unseren Friedenswerken rüstig weiterbauen, und wie sich nutzbar machen für unsere Kriegstüchtigkeit. Und was Sie hier wahrnehmen, das hat Sie schon in den Hauptstädten Oesterreichs und

Ungarns erhoben und ergriffen, ja, das brachten Sie mit aus Ihrer eigenen Hauptstadt Sofia. Derselbe Geist festen Beharrens und unbedingter Zuversicht. Unaufhaltsam strömt die Sympathie und die Hilfsbereitschaft von hier nach den Schwester-Hauptstädten, von da zu uns. Mit einem Schlage sind die Namen Berlin und Sofia durch das innigste Band gemeinsamer großer Geschehnisse und Taten verknüpft. Wenn Sie in Ihre schöne Heimat zurückkehrer, so grüßen Sie auf das wärmste von der deutschen Schwester die tapfere und arbeitsame Witoschastadt. Das edle Land der Bulgaren und seine Hauptstadt Sofia sie leben hoch!“

Die Erwiderung der Bulgaren.

Hierauf nahm Dr. Christof Georgiew, Abgeordneter der Sobranje, Gemeinderat von Sofia, das Wort:

Euer Excellenz, verehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Herren! Die im Lichte des neuen Frühlings erstrahlende Hauptstadt Deutschlands hat uns, Vertreter der verbündeten bulgarischen Nation, auf das Feierlichste empfangen. Die Bundesfreude, die uns das deutsche Volk hier bewiesen hat, wie sie aus den ernstesten Gesichtern reifer Männer, aus den strahlenden Gesichtern seiner herrlichen Jugend uns entgegenspiegelt, hat uns, kühle, zurückhaltende Bulgaren, auf das Tiefste gerührt. Wenn wir heute in Ihre stolze Hauptstadt gekommen sind, so waren wir nicht von besonderen politischen Zielen geleitet; unsere Politik ist klar und deutlich, daß es keiner Aussprache bedarf. Wir sind vielmehr gekommen, unserem festen Willen feierlichst Ausdruck zu verleihen, daß wir Ihre treue Verbündeten bleiben wollen, wie jeder Mann, so auch zu jeglicher Zeit.

Wir wollen zu Ihrem Genie unseren Wissensdurst, zu Ihrer Kultur unsere Strebsamkeit, zu Ihrem reifen Sinne unseren jugendlichen Drang, zu Ihrer gewaltigen Macht unser tapferes Heer stellen, um uns unter der Gottessonne das ungetrübte Aufwärtsschreiten in Kultur und sozialem Wesen zu sichern, freie Entfaltungsmöglichkeit unserer seelischen und nationalen Kräfte zu erzwingen.

Gerade so wie jetzt Deutschlands Feinde die tapferste und edelste der Nationen als Volk von Barbaren bezeichnet, das in seiner Eroberungslust die Existenz der kleinen Staaten bedrohte; gerade so haben auch uns die „gleichen“ Feinde als Kulturschänder hinzustellen versucht. Doch es hat ihnen nichts genützt. Sie konnten uns doch nicht unterkriegen! Denn Verleumdungslust und hohle Prahlerei kann nicht jene Wunder von Heroismus wirken, den tapfere Soldaten auf dem Felde der Ehre vollbringen, sie kann nicht jene Opferfreude der Nationen aufwiegen, die um ihre Existenz und ihre staatliche Ehre kämpfen. Wir sind gekommen, um die Wunder Ihrer Kultur, Macht und einzig dastehende Organisation anzustaunen. Ist dies nicht der größte Triumph Ihrer Organisation, Ihres Genies, nachdem Ihre herrliche Armee den Feind in allen Landen geschlagen hat, daß das einst stolze Albion, der Herr aller Meere, das Land der splendid Isolation durch unvergleichliche Taten Ihrer Flotte in seiner Weltstellung und Zukunft bedroht um die Hilfe Amerikas zu flehen gezwungen ist.

Haben Sie noch einmal herzlichen Dank für die schönen uns in steter Erinnerung bleibenden Tage, die wir in Berlin verleben durften. Und gerade so wie die Vorsehung schon einmal — Berlin in die Geschichte unseres Volkes eingegriffen hat, so wird es auch diesmal, wenn uns der siegreiche Friede beschert wird, nochmals seine historischen Bestimmungen erfüllen, zur gerechten Sache unseres nach Fortschritten strebenden Volkes.

Ein neues unzerreißbares Band wird zwischen Deutschland und Bulgarien geschlungen werden, eine immerwährende Freundschaft geschaffen zwischen dem stolzen großen

Berlin und dem jungen Sofia. Auf die ewige Freundschaft unserer Völker, auf das innige Zusammenstreben unserer Hauptstädte, auf das Gedeihen Berlins und seiner Bevölkerung, auf die Gesundheit des Oberbürgermeisters wollen wir das Glas leeren. Berlin und sein Oberbürgermeister, hurra, hurra, hurra.

An den Oberbürgermeister von Sofia wurde folgendes Begrüßungstelegramm gesandt:

Die Reichshauptstadt Berlin, die heute die Ehre und aufrichtige Freude hat, Abgesandte des Bulgarischen Volkes bei sich im Rathause zu empfangen, sendet aus diesem denkwürdigen Anlaß festlich-strohe Grüße hinüber zu dem schwesterlichen Sofia. Dieser Freundesbesuch schafft uns neue herzliche Beziehungen von Land zu Land, von Stadt zu Stadt, ist ein neues Mittel im Fühlen und Verstehen der Völker, ist ein Glied in der großen Kette der Entwicklung zu einer kräftigen mitteleuropäischen Staaten- und Kulturgemeinschaft.

Oberbürgermeister Wermuth.

Noch längere Zeit hielt eine angeregte Unterhaltung die Teilnehmer in den Räumen der Magistratsbibliothek zusammen.

Die Sobranjemitglieder an Zar Ferdinand

Die hier weilenden bulgarischen Sobranjemitglieder sandten gestern an den Zaren Ferdinand folgende Depesche:

„Bei einem Frühstück, das der Vorsitzende des Deutschen Hilfsausschusses für das Rote Kreuz in Bulgarien, Staatssekretär Dr. Solz, zu Ehren der bulgarischen Delegierten gab, gedachte Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg in warmen, herzlichen Worten, die mit Begeisterung aufgenommen wurden, der tiefen Eindrücke, die er bei verschiedenen Besuchen in Bulgarien von der Kraft und Entwicklungsfähigkeit des Landes gewonnen hat, sowie des belebenden und fördernden Einflusses, den Eure Majestät in der Vergangenheit und Gegenwart auf die verheißungsvollen Geschicke der bulgarischen Nation ausgeübt haben und ausüben. Die Versammlung bittet Eure Majestät ehrerbietigst den Ausdruck ihrer Huldigung allergnädigst entgegennehmen zu wollen.“ Dr. Iwan Momtschilow, General Iwan Popow, Costa Panajodow, Dr. Christo Georgiew, Kosta Kalkschew, Wasil Koznitschky, Dr. Iwan Kostow, Peter Daskalow, Alexander Stanciew, Dr. Kosta Prowadaliw, Nikola Altimierski, Demeter Abramow, Nikola Kalkschow, Dimitter Riortschew, Dr. Kschlibarow.“

Der Reichstagspräsident an die Bulgaren

Die Rede, mit der Reichstagspräsident Dr. Kaempf die bulgarischen Abgeordneten gestern abend im Reichstage begrüßte, lautet:

Meine Herren Kollegen von der bulgarischen Sobranje! Es gereicht uns zur Ehre und zu hoher Genugtuung, Sie im Hause des Deutschen Reichstages zu begrüßen und herzlich willkommen zu heißen.

In dem gewaltigen Völkerringen, dessen Zeuge wir seit beinahe zwei Jahren sind, haben Seine Majestät der Zar von Bulgarien und die bulgarische Nation in weitsehender politischer Einsicht mutig und entschlossen den Schritt getan, der sie an die Seite Deutschlands und seiner Verbündeten gestellt hat.

Nicht Erwägungen des Augenblicks, nicht die Verfolgung vorübergehender Ziele sind es, die Bulgarien veranlaßt haben, in dem Kampf an unserer und unserer Verbündeten Seite die Waffen zu ergreifen.

Das Denken und Trachten der bulgarischen Nation, ihr Drang nach freiheitlicher, geistiger und wirtschaftlicher Entwicklung be-

J. Mai

10./V. 1916

Der Fall Liebknecht.

Der Reichstagsausschuß gegen die Haftentlassung.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags lehnte heute die schleunigen Anträge der sozialdemokratischen Fraktion und der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Aufhebung des Verfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht und die über ihn verhängte Haft gegen die beiden sozialdemokratischen und die eine polnische Stimme ab.

Der sozialdemokratische Antrag Albrecht lautet: „das gegen den Abg. Dr. Liebknecht eingeleitete Verfahren für die Dauer der Sitzungsperiode aussetzen und die über ihn verhängte Haft aufzuheben“, und den Antrag Bernstein von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft „das gegen das Mitglied des Reichstags Dr. Liebknecht eingeleitete militärische Strafverfahren und die gegen ihn verhängte Untersuchungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben.“

Berichterstatter Abg. v. Payer schilderte an Hand der Akten die Vorgänge, die zur Verhaftung des Abg. Dr. Liebknecht geführt haben. Danach ist Dr. Liebknecht geständig, am 1. Mai dieses Jahres an einer „Friedenskundgebung“ auf dem Potsdamer Platz teilgenommen und dabei durch Rufe, wie „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ die Anwesenden aufgereizt zu haben. Der Berichterstatter verlas das von Dr. Liebknecht verfaßte und verteilte Flugblatt mit der Ueberschrift: „Auf zur Maiseier!“ und einen Handzettel, der zu der Versammlung auf dem Potsdamer Platz einlud. Dr. Liebknecht gibt zu, solche Handzettel, von denen er noch 120 Abdrucke bei sich trug, und die Flugblätter, von denen 1340 bei ihm vorgefunden worden sind, verteilt zu haben, soweit ihm das möglich war. Er habe mit der Kundgebung seine Meinung zum Ausdruck gebracht und sei der Ueberzeugung, die Ordnung nicht gestört und Landesverrat nicht verübt zu haben.

Dr. Liebknecht hat ferner zugegeben, daß ihm bekannt war, daß er als Armierungsoldat Uniform zu tragen hatte, während er am 1. Mai auf dem Potsdamer Platz in Zivil erschienen war.

Zur Verlesung gelangten ferner die Zeugenaussagen der beteiligten Polizeioffiziere, Schulleute, sowie anderer Zeugen. Aus deren Aussagen geht hervor, daß Dr. Liebknecht sich gegen seine Gefangennahme durch körperliche Kraftanstrengung gestraubt hat, so daß die Fortführung nur mit Gewalt erfolgen konnte.

Aus den Akten, deren Verlesung etwa dreiviertel Stunden währte, folgerte der Berichterstatter als feststehende Tatsache, daß Dr. Liebknecht an der Kundgebung am 1. Mai teilgenommen, daß er sie vorbereitet, daß er die Handzettel und Flugblätter verteilt habe, daß er die Rufe „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ ausgestoßen und daß er sich der Verhaftung mit Gewalt widersetzt hat. Nach allem könne ein Zweifel über die Stellungnahme gegenüber den vorliegenden Anträgen wohl nicht bestehen; die Aufforderung zum Klassenkampf und eine Handlung im Sinne des § 89 Str. G. B. liege klar zutage. Schon im Frieden würde das Flugblatt den Tatbestand des § 89 darstellen, jetzt während des Krieges aber sei jeder Zweifel ausgeschlossen, daß Liebknecht zur Bekämpfung der eigenen Regierung aufgefordert und den feindlichen Mächten Vorschub geleistet habe. Dabei sei auch zweifellos, daß Dr. Liebknecht auf frischer Tat ertappt worden sei. Wenn bisher der Reichstag ähnlichen Anträgen auf Aufhebung des gerichtlichen Verfahrens gegenüber stets zugestimmt habe, so habe er sich doch damit nicht für allezeit und alle Fälle festgelegt. Es handle sich hier um ein Verbrechen, das den Reichstag nötige, von der bisherigen Praxis abzuweichen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter gab die Berechtigung der Verhaftung des Abg. Dr. Liebknecht zu; es sei aber zu beachten, daß die Immunität der Abgeordneten auch für die Zeit der Vertagung gelte. Das Prinzip der Immunität schließe in sich, daß sie nicht nur gegenüber den Zivilgerichten, sondern gegenüber jedem, auch dem militärischen Gericht, zurecht bestohe. Nicht Sympathien für Dr. Liebknecht leiteten ihn und seine Freunde bei ihrem Antrag. Denn das Flugblatt richtete sich nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen die Sozialdemokratie in Deutschland. Nur sachliche Erwägungen seien für seine Freunde maßgebend. Es handle sich weniger um ein Recht des einzelnen Abgeordneten, hier des Abg. Dr. Liebknecht, als vielmehr um ein Recht des Reichstags als solchen. In den früheren Fällen, die den Geschäftsordnungsausschuß und den Reichstag beschäftigt hätten, habe es sich auch nicht immer um Lappalien gehandelt. Aber es habe in allen Fällen für den Reichstag das Recht des Parlaments über den Forderungen der Justiz gestanden. Zur Sache selbst bemerkte Redner, Kundgebun-

Die bulgarischen Gäste beim Kanzler.

„In diesem Hause wurde vor 38 Jahren der Friede geschlossen, dem Bulgarien sein staatliches Dasein verdankt.“ Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sprach diese Worte gestern nachmittag zu den bulgarischen Gästen im Auswärtigen Amt. Mitten im Weltkrieg wies er auf den in Berlin unterzeichneten Frieden hin, der im Jahre 1878 dem Russisch-türkischen Kriege ein Ende setzte, sowie auf den Berliner Kongreß, der den bulgarischen Staat ins Leben rief. Zufrieden waren die Bulgaren mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses freilich nicht, denn ein Großbulgarien hatten sie erhofft. Heute haben sie ein Großbulgarien erungen, das noch weit über die Grenzen hinausgeht, die sie damals anstrebten. Mit der Besuchsfahrt über Budapest und Wien nach Berlin hatten die bulgarischen Abgeordneten denen ihren Dank ab, die ihnen, abgesehen von den eigenen bulgarischen Waffen, zu einem so glücklichen nationalen Erfolg verholfen haben. Der Lobpreisung der Waffenbrüderschaft gilt in erster Reihe diese Fahrt. Dementsprechend werden die bulgarischen Gäste hinwiederum auch von uns gefeiert als Bundesbrüder, die in schwerer Zeit uns an wichtiger Stelle ihren Beistand geleistet haben. Nach dem vorgestrichenem Auftakte beim Bankett der deutsch-bulgarischen Gesellschaft wurden sie gestern vom Staatssekretär Dr. Solf, vom Reichskanzler und abends im Reichstag vom Präsidenten Dr. Kaempf festlich empfangen.

Der Empfang im Auswärtigen Amt.

In dem in voller Maienpracht erblühten Garten des Auswärtigen Amtes empfing gestern nachmittag der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg die Abordnung der bulgarischen Sobranje. Unterstützt von dem Unterstaatssekretär der Reichskanzlei Bahnschaffe, Geh. Legationsrat v. Radowicz und Wirkl. Legationsrat Dr. Niezler begrüßte der Kanzler aufs herzlichste jeden seiner Gäste. Mit den bulgarischen Abgeordneten erschienen der österreichisch-ungarische Botschafter Prinz zu Hohenlohe, der türkische Botschafter Hakkı Pascha, Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, die Mitglieder des Präsidiums des Reichstages, zahlreiche Abgeordnete des Reichstages und Landtags, das Präsidium der Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft mit dem Grafen von Schweinig, die Staatssekretäre Staatsminister Delbrück, von Jagow, Helfferich, Solf, die Staatsminister v. Loebell, Venzke, von Wandel, die Unterstaatssekretäre Zimmermann, Richter, Michaelis, die Mitglieder des Bundesrats Graf von Lerchenfeld, Freiherr von Barnbühler, der Chef des Admiralstabes von Holzen-dorff, der Chef des stellvertretenden Generalstabes, Generaloberst von Nolcke, der Oberkommandierende in den Marken von Kessel, der Kommandant von Berlin, General der Kavallerie von Boehn, der Präsident der Reichsbank Havenstein, der Oberbürgermeister von Berlin Bermuth, der Polizeipräsident von Jagow, Fürst von Hatzfeld-Trachenberg und andere hervorragende Persönlichkeiten, die besondere Beziehungen zu Bulgarien haben.

Es entwickelte sich alsbald eine lebhaftere Unterhaltung, die erst unterbrochen wurde, als der Kanzler das Wort zu einer Ansprache nahm.

Die Ansprache des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler sagte: Meine Herren, Sie stehen auf historischem Boden. In diesem Hause, in dem Saale da oben, wurde vor 38 Jahren der Friede geschlossen, dem Bulgarien sein staatliches Dasein verdankt. Welchen Weg hat Bulgarien seitdem genommen! Nicht als Geschenk sind die Erfolge Ihnen in den Schloß gefallen, sondern sie wurden als ewiger Besitz durch den Lebenswillen Ihres tapferen Volkes und die Wundertaten Ihrer Armee erworben. Wenn Sie heute an dieser Stelle des Berliner Kongresses, dieser gewaltigen historischen Entwicklung gedenken, wenn Sie erwägen, was Bulgarien damals war und was es heute ist, dann können Ihre Herzen höher schlagen vor Freude und vaterländischem Stolz. Auf dem Wege, der Sie hierher nach Berlin geführt hat, werden Sie empfunden haben, wie ein Gleichklang der Gefühle durch unsere beiden Völker geht. Wie sollte es auch anders sein nach den gemeinsamen Erlebnissen dieses ruhmreichen Jahres. Aber es klingt bei uns noch etwas anderes durch diese Gefühle. Wir gedenken der eigenen Vergangenheit, wir wissen, was es ist, wenn ein aufstrebendes Volk von Uebermacht erdrückt werden soll, und wie es ist, wenn dieses Volk sich erhebt und befreit. Und wir sind immer von Feinden umgeben gewesen. Auch wir haben immer die Hand am Schwerte gehabt, um uns zu verteidigen, auch wir haben uns empor gearbeitet mit der Kraft unserer Hände. So ist es eine merkwürdige Gleichheit in dem Leben unserer Völker und Sie finden bei uns das tiefste Verständnis für Ihre Leistungen mit dem Pflug und mit dem Schwert. Sie werden auf Ihrer Fahrt durch Deutschland überall ein fleißiges, ernstes, entschlossenes Volk finden, überall wird man Ihnen mit freundlichem und herzlichem Entgegenkommen begegnen. Ich wünsche, daß Ihnen Ihr Aufenthalt einen tiefen Einblick in deutsches Wesen gestatte. Was Sie sehen und hören werden, wird Ihnen eine Gewähr dafür sein, daß unserer Waffenbrüderschaft eine Gemeinsamkeit der kulturellen und wirtschaftlichen Interessen entspricht. Die Beziehungen, welche Deutschland und Bulgarien verbinden und, wie ich denke, für immer verbinden werden, reichen weit zurück und sie wurden erneuert durch das Zusammen-treffen zwischen Kaiser und Zar in Niksch zur Bekräftigung unseres Bundes. In Erinnerung an diese historische Begebenheit lassen Sie mich des erhabenen Herrschers Ihres Landes gedenken im Gefühl der Dankbarkeit und der Bewunderung der aufopfernden und hingebenden Arbeit für das Wohl Bulgariens, in Erinnerung an die großen staatsmännischen Eigenschaften des genialen weitblickenden Königs Ferdinand der Bulgaren.

Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die bulgarischen Abgeordneten diesen Worten. Als der Reichskanzler mit erhobener Hand nach den Saalfestern des Berliner Kongresses wies, wo im Jahre 1878 das neue Bulgarien geboren wurde, zeigten sich die Zuhörer lebhaft ergriffen. Wiederholte Zustimmung unterbroch die Hinweise des Kanzlers auf die sittlichen Kräfte des bulgarischen Volkes und die Tapferkeit des bulgarischen Heeres. Mit Begeiste-

rung wurde das dreifache Hoch aufgezommen, das der Kanzler auf König Ferdinand, den Zaren der Bulgaren, ausbrachte.

Als bald erwiderte der Vizepräsident der Sobranje Dr. Momtschilow.

Momtschilows Erwiderung.

Meine Herren Kollegen vom Deutschen Reichstag!

Groß ist mein Bedauern, daß ich in dem festlichsten Augenblick meines Lebens den Gefühlen, die mein Herz bewegen, nicht in Ihrer Sprache Ausdruck verleihen kann, in welcher die größten Dichter der Welt sangen, in der die ernstesten Philosophen dachten, zu welcher die herrlichsten Töne der Musik geschrieben wurden, in der Sprache, deren Herrschaft heute Millionen Menschen mit bisher unbekannter Tapferkeit und Ausdauer weit über die Landesgrenzen in die Welt hinaustragen, in der Sprache der Wissenschaft, der Technik und höchsten Kultur, welche jemals die Welt kannte. Das aufrichtige Bedauern, in dieser hehren Sprache zu Ihnen, meine Herren, nicht reden zu können, werden Sie wohl verstehen. Als die ersten deutschen tapferen Soldaten sich auf dem Felde der Ehre die Hand reichten, als das lebenskräftige und teure deutsche Blut sich auf den Schlachtfeldern mit dem jungen stürmischen Blute unserer Soldaten mischte, da erwachte in uns das große Verlangen, hierher zu kommen, Sie zu sehen, Ihre ehrliche und kraftvolle Hand zu drücken und Ihnen die große Bewunderung auszusprechen, mit der uns Ihre großartige unerschöpfliche Kraft erfüllt, welche, nachdem sie Belgien durchquerte, in Frankreich einbrang und einen großen Teil des endlosen Rußland besetzte; nachdem sie Festungen mit einer Leichtigkeit, wie man irbene Töpfe zerbricht, um mich der so treffenden Worte Ihres Kanzlers zu bedienen, niederrang, welche Kraft, auf allen Fronten siegreich, nirgends geschlagen, es noch möglich machte, uns gegen Serbien, nach Saloniki und Warna, den Türken an die Dardanellen und noch weiter hinaus Hilfe zu senden. Wie groß unser Verlangen und unsere Ungebuld war, das Land, dem diese Stärke innewohnt, kennen zu lernen, das können Sie sich, meine Herren, leicht denken. Dieser unser sehnsüchtiger Wunsch ist nun in Erfüllung gegangen; seit drei Tagen sind wir bei Ihnen, hingegriffen, überwältigt, zeugen Ihrer Kultur und Zivilisation, Ihres Fortschrittes und Ihrer gewaltigen Kraft.

Schon zu Beginn des Krieges hatten wir das feste Vertrauen in den Sieg Deutschlands, waren überzeugt von dem endgültigen Triumph Ihrer gerechten Sache, und jetzt erst, nachdem wir Ihre Organisation, Ihren beispiellosen Patriotismus, den gewaltigen Vorrang Ihrer Technik und Industrie aus nächster Nähe gesehen haben, ist unsere feste Zuversicht an die Unüberwindlichkeit Deutschlands noch hundertmal größer geworden. Von der Aufrichtigkeit dieser Zuversicht mögen Sie, meine Herren, überzeugt sein.

In diesen Momenten der schrecklichsten Katastrophe, die je auf die Menschheit hereingebrochen, wo jedes Volk das Kapital seiner Lebensenergie zeigen soll, damit es im Verhältnis zu demselben sich das Recht der freien unabhängigen Existenz erwirbt, haben wir, bezaubert durch Ihre Kraft und die Gerechtigkeit Ihrer Sache, die Tapferkeit unserer Soldaten mit der der Bezwingler Belgiens, Frankreichs und Russlands vereint, um mitzuhelfen, soweit es in unseren Kräften steht, an der Verwirklichung unserer gemeinsamen Bundesziele. Wir stehen zu Gott, daß dieser Triumph so groß, so erhaben, so gewaltig sei wie die Kraft Deutschlands. Glauben Sie, meine Herren, an die Innigkeit und Aufrichtigkeit dieser Gebete! Ich benutze die Gelegenheit, um Sie, meine Herren, zu versichern, daß unsere Bundestreue, unsere ehrliche Aufrichtigkeit im Bündnisse und unsere Bewunderung für Deutschland so groß ist wie Ihre militärische Kraft, und wie es unmöglich etwas Furchtbareres, Gewaltigeres, Kraftvolleres geben kann als das heutige Deutschland, so ist es auch unmöglich, daß unsere Aufrichtigkeit, Freundschaft und Treue noch wachsen kann.

Kommen Sie, meine Herren, nach Bulgarien, sehen Sie die Freundschaft zwischen Ihren und unseren Helden, wie sie spontan aus sich selbst entsprang, wie herzlich rührend und fest sie ist, und Sie werden sich von der Richtigkeit meiner Worte überzeugen. Gestatten Sie, meine Herren, daß ich dem Deutschen Reiche noch mehr Ruhm, dem deutschen Volke noch mehr Kraft wünsche und für Seine Majestät den Deutschen Kaiser, der die personifizierte Kraft des Sieges bedeutet, ein langes, langes Leben ersehe, auf daß er das würdige, tapfere, hehre deutsche Volk weiter führe auf dem Wege des Ruhmes und des ungetrübten Glückes.

Nunmehr lud der Reichskanzler seine Gäste zu einem Rundgange durch die erinnerungsreichen Räume des Hauses ein, in dem Fürst Bismarck an der Spitze des Berliner Kongresses die Neugestaltung des Balkans vorbereitet hat. Die Abgeordneten der Sobranje waren sehr empfänglich dafür, daß in der sie begleitenden Gesellschaft sich auch der Enkel des Reichskanzlers Fürst Otto v. Bismarck befand. Sie äußerten sich entzückt über die Eindrücke, die sie auf diesem Gange empfingen. Eine zwanglose Unterhaltung in den Gesellschaftsräumen des Reichskanzlerpalastes schloß den für alle Teilnehmer gleich denkwürdigen Empfang.

Begrüßungsabend im Reichstag.

Den festlich-gemüthlichen Abschluß des Tages bildete ein Begrüßungsabend im Reichstagsgebäude, der sich in der mit deutschen und bulgarischen Bannern geschmückten Wandelhalle abspielte. Im Borraum der Halle erwies der Reichstagspräsident Erzengel Dr. Kaempf den von 8 Uhr an zuströmenden Festteilnehmern die Gastfreude, unterstützt von dem Vizepräsidenten Geh. Justizrat Dr. Dove. Unter den Gästen bemerkte man außer den bulgarischen Abgeordneten, dem Gesandten Dr. Rizow und den Mitgliedern der Gesandtschaft den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, die Mitglieder des Bundesrates, den Staatssekretär Dr. Zimmermann, die Minister Sydow, v. Schorlemer, Befeler, Unterstaatssekretär Dr. Richter und Direktor Dr. Lehwald, den Oberkommandierenden in den Marken Generaloberst von Kessel, den Reichsbankpräsidenten Havenstein, den Polizeipräsidenten v. Jagow und zahlreiche Abgeordnete des Reichstages. Die Kapelle des 4. Garderegiments z. F. leitete den Abend durch musikalische Vorträge ein. Bald nach Eröffnung des Essens, das an kleinen, mit Rosen und deutsch-bulgarischen Flaggen geschmückten Tischen stattfand, erhob sich Präsident Dr. Kaempf, um einen Trinkspruch auf den König von Bulgarien auszubringen. Dr. Kaempf begrüßte herzlich die Abgeordneten der Sobranje in den Räumen des deutschen Reichstages und wies darauf hin, daß die im Kriege gewordene enge Verbindung zwischen dem deutschen Reiche und Bulgarien nicht das Ergebnis vorübergehender Zufälligkeiten sei, sondern auf einer innerlichen Uebereinstimmung des Grundcharakters des deutschen und des bulgarischen Volkes beruhe. Er gab unter wiederholtem Beifall der Versammlung

ber Bewunderung für die militärischen Leistungen des bulgarischen Heeres Ausdruck und erhob sein Glas auf das Wohl des bulgarischen Volkes und seines ruhmreichen Herrschers König Ferdinand. Die Versammlung stimmte begeistert in das dreifache Hoch ein. Den Dank der bulgarischen Gäste sprach der Führer der Sobranje-Abordnung, Dr. Momtschilow, aus, der in einer Rede von hinreißendem Schwung Deutschland, seine Kultur und sein Heer feierte. Er gedachte der Ankunft der deutschen Truppen auf dem Balkan und ihrer Fortschritte, ihrer Siege in Ost und West, in Nord und Süd. Bulgarien sehe, daß der Triumph Deutschlands so groß, so gewaltig sei wie seine Kraft. Deutschland möge an die Innigkeit und Aufrichtigkeit dieses Gebetes glauben. Er lud den Deutschen Reichstag ein, nach Bulgarien zu kommen, um die Freundschaft zu sehen, die dort zwischen den Soldaten der beiden Armeen entstanden sei und sich auf die beiden Völker übertragen habe. Er schloß mit einem begeisterten dreifachen Hurra auf das deutsche Volk und den Deutschen Kaiser.

Der Rede des Reichstagspräsidenten ließ die Kapelle das mit stürmischem Jubel begrüßte bulgarische Nationallied „Schuma Mariha“, jener des bulgarischen Redners die deutsche Nationalhymne folgen. Lebhaft und angeregte Unterhaltung verband sodann die Gesellschaft bis nach Mitternacht. Die Veranstaltung hinterließ bei allen Teilnehmern einen tiefen Eindruck.

Der Vorsitzende des Deutschen Hilfsausschusses für das Rote Kreuz in Bulgarien, Staatssekretär Dr. Solf, hatte zu gestern mittag Einladungen zu einem Frühstück in den Räumen der Deutschen Gesellschaft 1914 ergehen lassen. Es erschienen außer dem Staatssekretär Dr. Solf Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg, Staatssekretär Dr. Helfferich, der bulgarische Gesandte Rizow, der bulgarische Generalkonsul Wandelbaum, Unterstaatssekretär Bahnschaffe, Geheimrat v. Radowicz, sämtliche bulgarischen Gäste und eine größere Anzahl anderer hervorragender Persönlichkeiten der Berliner Gesellschaft, die zu Bulgarien besondere Beziehungen haben. Herzog Johann Albrecht brachte mit eindrucksvollen Hinweisen auf seinen wiederholten Aufenthalt in Bulgarien und seine Tätigkeit zu gegenseitiger Verständigung den Trinkspruch auf den König von Bulgarien aus. Der Abgeordnete der Sobranje Pro wadaliw erwiderte mit einem schwungvollen Trinkspruch auf Deutschland und Kaiser Wilhelm. Die während des Frühstücks eingetroffenen Nachrichten über die neuen Erfolge des deutschen Heeres vor Verdun erweckten die lebhafteste Begeisterung der versammelten Gesellschaft.

Die zum Empfang der fünfzehn bulgarischen Sobranje-Mitglieder veranstalteten Feierlichkeiten finden Dienstag abend in einem Essen, das das Institut für den Wirtschaftsverkehr mit Bulgarien im Hotel Wlton nach der Aida-Vorstellung gibt, ihren Abschluß. In dem Essen werden zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten teilnehmen.

England und der Friede.

Lord Curzon hat kürzlich in London in einer konservativen Versammlung eine Rede gehalten, in der er sagte, der Krieg könne noch ein oder zwei Jahre dauern. Im Kabinett höre er über vieles sprechen, aber niemals hörte er den Frieden erwähnen. Frieden ist ein Wort, das — so fügte er pomphaft hinzu — wir aus unserm Sprachschatz entfernt haben, bis der Sieg errungen ist. Die Versammlung soll diese Äußerungen mit wiederholtem lautem Beifall aufgenommen haben.

Ob England in den Beifall einstimmt, ist eine andre Frage. Wir wissen aber ein Land, das die Rede Curzons ganz bestimmt mit herzlicher Freude begrüßen wird und in dem jeder, vom ersten bis zum letzten, reichlich Grund zum Applaudieren hat, wenn man sich auch hütet, es offen einzugestehen. Dieses Land ist Japan. Ein größeres Glück könnte dem östlichen Inselreich, dem asiatischen Gegenstück zum Vereinigten Königreich, gar nicht widerfahren, als wenn der Krieg noch recht lange fortginge. Wenn man früher zu sagen pflegte, daß England sich behaglich fühle, wenn die Staaten des europäischen Festlandes einander bekämpften, so kann man jetzt mit eben so viel Recht die Behauptung aufstellen, daß mit europäischem Blut der Acker gedüngt wird, auf dem Japan Ernte hält. Die großen Munitionslieferungen an Rußland sind der unmittelbarste materielle Gewinn. Es ist Gewinn, wie ihn auch Amerika einstreicht. Aber Japan profitiert weit darüber hinaus. Von allen Ententemächten ist Japan die einzige, die aus dem Krieg Nutzen zieht. Japan hat Kiautschau in Besitz genommen und die wirtschaftliche Stellung Deutschlands in Schantung okkupiert; es hat sich, ungehindert durch die anderweitig beschäftigten europäischen Rivalen und auch ungehindert durch Amerika, noch sonstige wertvolle Vorteile für seine nach China ausgreifenden Unternehmen einräumen lassen; es übt in Peking den entscheidenden Einfluß aus und hat die Wiedereinführung der Republik erzwungen, wobei ihm England Hilfe leisten mußte. Und es hat vor einigen Wochen einen Vertrag mit Rußland vereinbart oder abgeschlossen, dessen Inhalt zwar noch nicht amtlich bekannt gemacht worden, aber in dem japanischen Blatt, aus dem auch die russischen Zeitungen ihn reproduzieren, offenbar in der Hauptsache ganz richtig wiedergegeben ist. In diesem Vertrage erscheint Japan als der starke

und Rußland als der schwächere Partner; man kann aber die Vertragsartikel nicht lesen, ohne daran zu denken, daß der eigentlich Benachteiligte ein ungenannter Dritter, nämlich Großbritannien, ist; ein mitleidender Teil dürfte auch Amerika sein, das ja für sich allein, ob es nun gegen Deutschland Krieg führen will oder nicht, gegen Japan nichts auszurichten vermag.

Das Merkwürdige an dem Vertrage ist, daß man aus ihm ersieht, wie gefürchtet jetzt Japan ist. Würde die russische Regierung ihm nicht zumuten, daß es die gegenwärtige Zeit dazu benutzen könnte, sich in China ohne die geringste Rücksicht auf die Interessen Rußlands auszubreiten, so hätte sie ihm nicht so weitgehende Zugeständnisse eingeräumt. Was Japan den Russen bietet, beweist Rußlands Schwäche; es bietet ihnen Waffen während der ganzen Dauer des Krieges und verspricht ihnen in der russischen Interessensphäre, falls sie durch Unruhen bedroht wäre, die Ordnung wieder herzustellen. Was Rußland Japan bietet, beweist Japans Stärke. Rußland tritt nicht nur die Eisenbahnlinie, die es in der südlichen Mandschurei noch besaß, an Japan ab; es erlaubt nicht nur den sehr rührigen Japanern die Ansiedlung und den Geschäftsbetrieb im Amurland, in Ostibirien und in Russisch-Sachalin, wovon ein Moskauer Blatt in erstaunlicher Bescheidenheit eine Befruchtung dieser Gebiete durch japanisches Kapital erhofft; es erteilt auch die Versicherung, daß es in Wladiwostok und überhaupt im äußersten Osten keine militärischen Vorkehrungen treffen werde, und gesteht Japan Aktionsfreiheit in China, besonders zur Durchführung der Reformen zu, wenn nur die Integrität nicht angetastet wird. Bei der Dehnbarkeit der Begriffe Integrität und Aktionsfreiheit muß diese Bestimmung in Peking die größten Besorgnisse hervorrufen. Rußland bekennet offen, daß es China gegen Japan weder in Schutz nehmen kann, noch in Schutz nehmen will. Noch viel mehr: In allen ostasiatischen Fragen, namentlich soweit sie China betreffen, wollen Rußland und Japan jedem dritten Staat gegenüber einverständlich vorgehen.

Dies ist der Vertrag, der jetzt in Rußland als ein wichtiges Ergebnis der Reise des Großfürsten Georgij Michailowitsch bezeichnet wird und dem man nachrühmt, daß er entstanden sei, weil die Japaner als wirkliche Gefahr für ihre Entwicklung und für die Ausbreitung ihres Einflusses in Nordchina die Deutschen betrachteten! Mit einem tüchtigen Ausfall gegen

die Deutschen wird ja heutzutage in den Ententeländern alles gerechtfertigt, also in Rußland auch die Demütigung vor Japan, die so wenig empfunden wird, daß der „Rußloje Slowo“ beim Bekanntwerden des Vertrages den Wunsch aussprach, er möge durch ein zehnjähriges Bündnis gekrönt werden. Bei alledem ist aber, wie gesagt, Rußland durch den Vertrag noch keineswegs so getroffen wie England, dessen Bündnis mit Japan von 1902 und 1905 jetzt seine Wesenheit verliert, während die Entwicklung, die durch die russisch-japanische Annäherung von 1910 eingeleitet wurde, eine unerwartete Bedeutung erhält. Schwer begreiflich ist die Erlaubnis des Eindringens der Japaner auf russisches Gebiet. Darauf scheint die japanische Regierung unbedingt bestanden zu haben. Im übrigen rechnet Rußland aber wahrscheinlich damit, daß in die nicht zu seiner Interessensphäre gehörigen chinesischen Reichsteile, auf die es sich selbst Hoffnung macht, also vor allem Chinesisch-Turkestan, die Japaner natürlich doch nicht gelangen können, und es überläßt den Engländern und Amerikanern, sich mit ihnen über das innere China auseinanderzusetzen. Es wollte lieber dem japanischen Drängen vertragsmäßig nachgeben, als sich mit Japan verfeinden, und gern sieht es zu, wie Englands Ansehen in Asien immer tiefer und tiefer sinkt. Das englische Heer ist aus Gallipoli hinausgeworfen worden; ein englisches Heer mußte bei Kut-el-Amara kapitulieren; englische Truppen erleiden Schlappen am Suezkanal — all dies kann Rußland nicht anders als angenehm sein; denn schließlich bleibt trotz allem das alte Rivalitätsverhältnis bestehen. Jetzt ist Japan der starke Rivale, mit dem sich Rußland abfinden muß; England ist der schwache, um den es sich nicht zu kümmern braucht. Wohl hat England den Geldbeutel in der Hand, aber es hat auch ein Interesse daran, in ihn für die Verbündeten hineinzugreifen, solange es selbst den Krieg fortsetzen will.

Noch ein oder zwei Jahre, meint Lord Curzon, soll es ihn fortsetzen, wenn der Sieg nicht früher errungen ist. Die Verlängerung des Krieges kann man ihm nicht wehren, aber je länger es kämpft, desto mehr untergräbt es die Grundlagen seiner Weltstellung, die Grundlagen seiner Herrschaft in Indien und seine weitgedehnten Beziehungen in China. Noch zwei Jahre Krieg in Europa, und Japan wird Herr und Meister in Ostasien. „Revanche für Tjingtau!“ kann Deutschland ausrufen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die bulgarischen Abgeordneten in Hamburg. — Aus dem Verkehrswesen Bulgariens. — Bulgariens Strom- und Seeschiffahrt. — Hamburgs Handel mit Bulgarien. — Weitere Ausgestaltung der deutsch-bulgarischen Handelsbeziehungen. — Zur Börsenlage. — Schiffahrt und Schiffbau.

Hamburg, 13. Mai.

Auf ihrer Reise durch Oesterreich-Ungarn und Deutschland sind die Vertreter des bulgarischen Volkes nunmehr auch in Hamburg angelangt, um hier einige Tage als lebendige Gäste zu verweilen und unsere Stadt kennenzulernen. Zwar herrscht augenblicklich Stille in unserem Hafen, da der überseeische Güterverkehr ruht, aber die gewaltigen Anlagen, die denen an keinem anderen Seehandelsplatz der Welt nachstehen, werden den Besuchern ein Bild gegeben haben von den Aufgaben, die Hamburg im Weltverkehr zu erfüllen hat, an dem in Zukunft auch unser neuer Verbündeter, Bulgarien, teilzunehmen berufen ist.

Auch Bulgarien verfügt über Küstendänderungen und grenzt an das Meer. Alt-Bulgarien hatte 1424 Kilometer Landgrenze und 815 Kilometer Wassergrenze: 471 an der Donau und 344 am Schwarzen Meer. Die Balkankriege haben die bulgarischen Verkehrswege auf beiden Seiten zunächst dadurch erweitert, daß Bulgarien eine neue Wassergrenze gewann: das Ägäische Meer. Die Hafenanlagen am Schwarzen Meer sind mit großen Mitteln ausgebaut. Am Ägäischen Meer hatten sie des Ausbaues mit gleichfalls bedeutenden Mitteln. Auch an der Verbesserung der Donauhäfen wurde gearbeitet, und die Gewinnung einer erweiterten Donaugrenze stellt auch hier neue Aufgaben.

Die bulgarische Flagge hat bisher an der Strom- und Seeschiffahrt nur einen bescheidenen Anteil. Sie weht auf 180 Segelschiffen von zusammen 12 000 Tonnen und 16 Dampfern von zusammen nur 5000 Tonnen, die im Schwarzen Meer auf die Küstenschiffahrt beschränkt waren. Eine bulgarische Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft soll nach dem Kriege ins Leben treten. Die erwartete Steigerung des bulgarischen Verkehrs dürfte auch eine Steigerung der bulgarischen Verkehrsmittel auf den Wasserstraßen wünschenswert erscheinen lassen. Die bei all ihrer geringen Größe, nach sachmännischem Urteil außerordentlich tüchtige und technisch glänzend bediente bulgarische Kriegsstotte erlaubt den Schluß, daß nach Vermehrung der Rüstungen durch die letzten Kriege auch die bulgarische Handelsflotte durchaus entwicklungsfähig ist.

In den bulgarischen Donauhäfen verkehren im Jahre 1911 eingehend gegen 3000 Dampfer und gegen 4000 Segler, die 320 000 Tonnen Güter löschten und 67 000 Passagiere landeten, ausgehend aber sogar über 650 000 Tonnen Ladung mitführten. Nach dem Kriege dürfte man sicherlich noch mit wesentlich höheren Ziffern rechnen können, besonders auch im Verkehrstromaufwärts. Seine Entwicklungsfähigkeit hängt nur zum Teil von dem Ausbau der bulgarischen Donauhäfen ab, zum größten Teil von Stromkorrekturen weiter oberhalb und vom Bau solcher Kanäle, die eine Verbindung zwischen der Donau und den großen Stromsystemen nördlich ihres Laufes herstellen. Der deutsche Wunsch, aus einem Lande, wie Bulgarien, in schwierigen Fällen unabhängig vom Seewege wichtige Waren beziehen zu können, wird in Deutschland den Ausbau des Wasserstraßennetzes fördern helfen, und diese Förderung wird wiederum der bulgarischen Ausfuhr und Produktion neue Antriebe geben.

In einer Abhandlung über Bulgariens wirtschaftliche Zukunft, die im Verlage von S. Hirzel in Leipzig im Druck erschienen ist, macht Arthur Dix darauf aufmerksam, daß in gewissem Umfange auch ein anderer Fluß nutzbar gehalten werden können, nachdem er in seinem ganzen Verlaufe durch die geschickten und glücklichen Verhandlungen der bulgarischen Regierung mit der nunmehr verbündeten Türkei zum bulgarischen Grenzfluß gemacht worden ist: die dem Bulgarenvolke so teure Maritza. Das ist für Südbulgarien natürlich von erheblicher Bedeutung, wenn man auch die zu erwartende Leistungsfähigkeit der Maritza-Schiffahrt nicht überschätzen darf. Die anderen Ströme Bulgariens und Mazedoniens dürften einer Schiffbarmachung mit ihren vielen Krümmungen allzu große technische Hindernisse in den Weg legen, die ja doch immer zugleich finanzielle Hindernisse sind.

Was Hamburgs Handel mit Bulgarien anbelangt, so wurden nach den uns vorliegenden statistischen Angaben seewärts von Bulgarien hier eingeführt im Jahre 1913 Waren im Gewichte von 128 332 dz und im Werte von 3 378 430 M. Hierzu sei allerdings bemerkt, daß in diesen Zahlen auch die Einfuhr seewärts von Serbien und Montenegro eingeschlossen ist, und zwar betrug letztere 12 075 dz im Werte von 1 765 190 M., so daß also auf die Einfuhr aus Bulgarien allein 116 257 dz im Werte von 1 613 240 M. entfielen. Von den eingeführten Artikeln seien besonders hervorgehoben: Mele 102 548 dz im Werte von 1 020 830 M., Mais 5925 dz im Werte von 78 500 M., Speisebohnen 2539 dz im Werte von 77 280 M., Raps- und Rübsaat 1333 dz im Werte von 35 290 M., Weizen 1266 dz im Werte von 22 580 M., Schaf- und Hammelfelle 1189 dz im Werte von 206 990 M., roher Tabak 655 dz im Werte von 132 100 M. und Schafwolle 97 dz im Werte von 18 400 M.

Vergleichen wir die Einfuhr von Bulgarien (einschließlich Serbiens und Montenegros) seewärts nach Hamburg vom Jahre 1913 mit der der Vorjahre, so ergibt sich folgendes Bild. Es wurden eingeführt im

Jahr	dz	Mark
1893.....	136 264	1 534 820
1903.....	106 456	1 294 010
1910.....	84 016	1 210 110
1911.....	205 266	3 964 580
1912.....	262 426	5 589 600
1913.....	128 332	3 378 430

Dagegen wurden von Hamburg seewärts nach Bulgarien, einschließlich Serbiens und Montenegros, ausgeführt im Jahre 1913 Waren im Gewichte von 48 603 dz und im Werte von 2 878 000 M. Davon entfielen auf Bulgarien allein 47 988 dz im Werte von 2 840 520 M., während Serbien an der Gesamtausfuhr nur mit 162 dz im Werte von 11 880 M. und Montenegro mit 453 dz im Werte von 25 600 M. beteiligt war. Unter den im Jahre 1913 von Hamburg nach Bulgarien seewärts ausgeführten Waren sind verzeichnet: Reis mit 11 329 dz und 269 280 M., Tee mit 1181 dz und 214 030 M., Gerbstoffextrakte mit 2852 dz und 76 610 M., Eisen in Stangen mit 1693 dz und 36 210 M., Mineralöle mit 1364 dz und 46 360 M., eiserne Nägel mit 1326 dz und 52 110 M., andere Eisenwaren mit 6815 dz und 309 420 M. sowie Maschinen mit 4576 dz und 443 470 M.

Eine Zusammenstellung der Ausfuhrziffern von Hamburg seewärts nach Bulgarien (einschließlich Serbiens und Montenegros) seit dem Jahre 1893 ergibt folgende Zahlen:

Jahr	dz	Mark
1893.....	7 380	448 320
1898.....	19 207	1 167 270
1903.....	25 458	1 579 550
1908.....	57 339	2 995 410
1910.....	74 342	4 427 610
1911.....	71 532	4 113 370
1912.....	103 644	5 187 510
1913.....	48 603	2 878 000

Wie im ganzen Deutschen Reich, so besteht auch hier in Hamburg der lebhafteste Wunsch nach einer weiteren Ausgestaltung der deutsch-bulgarischen Handelsbeziehungen, und es werden deshalb in unserer Vaterstadt alle Bestrebungen eine Unterfützung finden, die die Schaffung eines wirtschaftlich starken Bulgariens zum Ziele haben. Auf ihrer Fahrt durch die verschiedenen Städte Deutschlands mit ihrem Handel, ihrer Industrie und ihrem Verkehr werden die Vertreter des bulgarischen Volkes ja die Beobachtung haben machen können, daß die wirtschaftliche Kraft und Regsamkeit des deutschen Volkes trotz der Kriegszeit sich immer weiter entfaltet haben, und daß die Ueberführung der bisherigen Kriegsgemeinschaft des deutschen und bulgarischen Volkes in eine dauernde Friedens- und Wirtschaftsgemeinschaft für beide Teile große Vorteile ergeben wird.

Dieser Ansicht hat man in der diesmaligen Berichtwoche auch an der Börse Ausdruck gegeben, wo man von der engeren Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bulgarien und Deutschland lohnenden Verdienst für das zum weiteren Ausbau der bulgarischen Industrie notwendige deutsche Kapital erhofft.

Was den Verlauf der Börsenwoche selbst anbelangt, so blieb die Tendenz an den meisten Tagen eine durchaus feste, wozu in erster Linie der Umstand beitrug, daß der letzte Notenumtausch zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung an der Börse ohne im allgemeinen günstige Aufnahme gefunden hat. Eine Stütze der zuversichtlichen Haltung boten auch unsere neuen militärischen Erfolge bei Verdun, die andauernd leichte Verfassung des Geldmarktes, die weiteren starken Einzahlungen auf die vierte deutsche Kriegsanleihe, die dem Wachstum der Halmsfrüchte günstige Witterung, wodurch die guten Ernteausichten sich noch verbessert haben, verschiedene neue Weizerhöhungen in der heimischen Eisenindustrie, die Ausdehnung der Selsenfröhner Bergwerks-Gesellschaft sowie der Jahresbericht der Deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaft Hansa. Auch die bei der Roland-Linie A. G. in Bremen bevorstehende Kapitalerhöhung wurde vorwiegend in günstigem Sinne besprochen. Aufregend wirkten ferner die Mitteilungen über die erste Lösung des Gaseigentums betreffend die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet, bei der von den Rednern verschiedener Parteien einstimmig die Notwendigkeit betont worden war, die Entschädigungen nicht nur auf das Reichsgebiet zu beschränken, sondern auch diejenigen Gesellschaften und Firmen zu berücksichtigen, die ihren Besitz in den Kolonien oder ihre Schiffe auf dem Meere durch den Krieg verloren haben. Auch die Erörterungen im Reichshauswirtschaftsausschuß über die Maßnahmen zur Erhaltung und Vermehrung unserer Handelsflotte für den Binnen- und den überseeischen Verkehr machten einen guten Eindruck. Nach den dort seitens der Regierung abgegebenen Erklärungen ist ja die Regierung grundsätzlich dazu bereit, den Wiederaufbau der Schiffe nach Kräften zu fördern.

Außer in Montanwerten und Aktien von Elektrizitätsgesellschaften kam es vor allen Dingen wieder in verschiedenen Lokalpapieren zu regeren Umsätzen. Erwähnt seien Dynamit, Nobel, Carbohit, Anglo-Continental, Guano, Reichert'sche Schiffswerke sowie Gutmann Maschinen. Am Freitag trat auf einigen Marktgebieten infolge von Realisierungen eine Abschwächung ein, von der besonders Schiffahrtsaktien berührt wurden, doch konnte sich am Sonnabend die Tendenz auf allen Marktgebieten wieder beseitigen, und die Börse schloß die Woche in durchaus zuversichtlicher Haltung.

14. IV. 1916

Rußland vor dem Zusammenbruch.

(Brief unseres Stockholmer Vertreters.)

Es ist eine leidige Tatsache, daß man in Deutschland über die Verhältnisse in Rußland sehr schlecht unterrichtet ist. Der Westeuropäer steht im allgemeinen den Vorgängen in Rußland ziemlich hilflos gegenüber, denn es will ihm scheinen, daß derartige Zustände im 20. Jahrhundert völlig undenkbar sind. Sie muten ihn wie ein Märchen an, und er weiß nicht, ob er sie glauben oder ablehnen soll.

Im folgenden will ich es versuchen, eine Schilderung der Zustände im Zarenreiche zu geben, wie sie sich in den letzten sechs Wochen entwickelt haben. Ich stütze mich dabei auf einwandfreie Quellen, gebe sie aber trotzdem mit allem Vorbehalt wieder, da es sich hier um Dinge handelt, die ihres intimen Charakters wegen nur einen geringen Kreis von Mitwissern haben, und ein Nachprüfen der einzelnen Angaben infolgedessen unmöglich ist. Daß das von mir entworfene Stimmungsbild im ganzen den Tatsachen entspricht, dafür glaube ich mich verbürgen zu können. Im einzelnen mag ja der eine oder der andere kleine Irrtum untergelaufen sein. Immerhin scheint mir das Material wertvoll genug, um es der Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten.

Es dürfte eine nicht allgemein bekannte Tatsache sein, daß die Großfürstin Miliza heute die einflußreichste Persönlichkeit in Petersburg ist. Eine Tochter des Königs Nikita von Montenegro, ist sie mit dem Großfürsten Peter Nikolajewitsch verheiratet. Ihrem Einfluß ist es nicht zum wenigsten zu verdanken, daß wir uns heute mit Rußland im Kriege befinden. Sie war es auch, die den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch stürzte, indem sie in überaus geschickter Weise die Presse und einige vorgeschobene Personen zu benutzen wußte. Sie hat es verstanden, sich stets im Hintergrunde zu halten, und sich bisher noch kein einziges Mal bloßgestellt. Sie bedient sich zu ihren Zwecken der verschiedensten Persönlichkeiten. Vor mehreren Jahren führte sie den Wundermönch Rasputin am Hofe ein und verstand es durch ihn, die Kaiserin sich gefügig zu machen. Die Rolle, die Rasputin bei Hofe spielt, ist allgemein bekannt, und es erübrigt sich, näher darauf einzugehen. Dieser allmächtige Günstling soll nun vor einigen Tagen der Hand eines Reuehlmörders zum Opfer gefallen sein. Wer ihn ersetzen wird, steht noch nicht fest, jedenfalls hat die Großfürstin Miliza auch schon für diesen Fall vorgesorgt. Drei Personen sind es in erster Reihe, die hier in Betracht kommen: der Erzbischof Pitirim, ein junger montenegrinischer Mönch und ein Kaukasier mit deutschem Namen. Wer von ihnen die anderen überflügeln wird, ist noch ungewiß.

Der Zar steht völlig unter dem Einflusse einer Madame Wurobowa, geborenen Lanejem, die sein für alles Mythisches so empfängliches Gemüt zu gewinnen wußte. Auch Madame Wurobowa ist eine Puppe der Großfürstin Miliza. Diese Persönlichkeiten sind es, die heute in Rußland die große Politik machen, und von ihren Beschlüssen hängt das Wohl des russischen Volkes ab. Sie haben die Verderbten und Bestechlichen in einem Maße ausgebildet, daß heute kein Staatsbeamter in hoher Stellung den Kampf aufzunehmen wagt und die Dinge ihren Weg gehen läßt. Seine Weisungen können jeden Augenblick über den Haufen geworfen werden.

Dem Zaren ist von der Rasputinschen Sippe eingeredet worden, daß er eine göttliche Mission zu erfüllen habe. Er leidet mindestens vorübergehend an geistigen Störungen. Als neulich von den Herren seiner nächsten Umgebung geäußert wurde, man müsse sich doch wenigstens über die Politik in Kleinasien und Persien schlüssig werden, besonders darüber, was mit den okkupierten Gebieten geschehen solle, unterbrach er die Herren mit den Worten, man solle erstens nicht vergessen, daß er 48 Jahre alt sei, und zweitens, daß er eine göttliche Mission zu erfüllen hätte. Der Gesichtsausdruck soll dabei so verzerrt gewesen sein, daß die Herren den Eindruck gewannen, einen Kranken vor sich zu haben. Auch in militärische Kreise wird durch das Verhalten des Zaren eine große Unruhe getragen. Wenn irgendein noch so kleiner militärischer Erfolg vorliegt, erwecken die Generale das Mißtrauen des Zaren, dem ihre Popularität nicht wünschenswert erscheint. Der Zar erklärt in solchen Fällen

„Wege und Ziele der polnischen Kultur.“

Unter diesem Titel hat der bewährte Schriftsteller Dr. Eduard Goldschieder in dem Verlage der F. u. F. Hofbuchhandlung Moritz Perles ein Werk veröffentlicht, das, wie gleich einleitend festgestellt sei, zu den interessantesten und wertvollsten Erscheinungen auf dem Büchermarkte der Kriegszeit zählt. Den Grundgedanken, den der Verfasser in vorbildlich konsequenter und logischer Weise durchführt, möchte ich in einige Sätze aus dem Buche selbst kleiden: „Die geschichtliche Mission, die den Polen zugefallen war, die schwierige Aufgabe, um deren Lösung sie sich mit allen lebendigen Kräften ihres Seins mühten, gipfelt darin, Beschützer des Westens und Lichtbringer des Ostens zu werden. Und so ist es denn den Polen gelungen, europäischen, abendländischen Besitzstand zu bilden. Und zwar einen um so kostbareren, als sie jahrhundertlang die verantwortungsvolle Rolle des europäischen Grenzwechters in politischem und kulturellem Sinn spielen mußten. Seit dem Augenblicke, da das Christentum in Polen Eingang gefunden, beginnt sich ein engerer Anschluß der polnischen Kultur an die Kulturen des Westens zu vollziehen. Schließlich tritt der Zeitpunkt ein, in dem die Polen so weit sind, daß man nicht mehr davon sprechen kann, es überwiege bei ihnen irgend ein fremder westlicher Einfluß, sei es nun der deutsche, der italienische oder der französische, sondern in dem es einfach heißen darf: das polnische Geistesleben ist mit dem des Westens bereits untrennbar verknüpft, Polen denkt, lebt und strebt westlich, europäisch!“

Die Auffassung, die das polnische Volk von seiner Messias-Sendung hat, entspricht voll auf dem Standpunkte einer kulturell hochstehenden Nation, die nach Verwirklichung ihrer heiligsten Ideale dürftet, dabei aber niemals einen Weg einschlägt, der zum Irrwege werden könnte. Eben diese Methode der Polen, eben diese unauslöschliche Sehnsucht nach dem Westen, mußten den natürlichen Weg zur Erlösung des polnischen Geisteslebens bilden. Die polnische Kultur hat sich im Laufe der Jahrhunderte als eine der reichsten und wertvollsten der Welt erwiesen. Sie hat die Aufgabe gelöst, die Kultur des Westens in den Osten zu bringen und sie dort zu verankern. Die polnische Kultur ist die Brücke zwischen dem Westen und dem Osten. Sie hat die Aufgabe gelöst, die Kultur des Westens in den Osten zu bringen und sie dort zu verankern. Die polnische Kultur ist die Brücke zwischen dem Westen und dem Osten. Sie hat die Aufgabe gelöst, die Kultur des Westens in den Osten zu bringen und sie dort zu verankern.

Die Auslieferung des Abgeordneten Liebknecht.

Der erste Fall im deutschen Reichstag.

Der Abgeordnete Liebknecht ist bekanntlich am Abend des 1. Mai verhaftet worden. Nach § 31 der Verfassung des Deutschen Reiches „wird auf Verlangen des Reichstages jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungsmaßnahme für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben“. Dieses Verlangen des Reichstages herbeizuführen, bezweckten zwei Anträge, die dem Reichstag unterbreitet wurden: der Antrag Albrecht von der Sozialdemokratischen Fraktion, der Antrag Bernstein von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. In namentlicher Abstimmung hat der Reichstag beide Anträge mit 229 gegen 111 Stimmen abgelehnt. Für sie stimmten lediglich die Sozialdemokraten und die Polen; zwei ekklesiastische Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Die bürgerlichen Parteien begnügten sich mit dem Niederstimmigen; das Wort hat aus ihrer Mitte niemand genommen. Berichterstatter der Kommission war der Abgeordnete v. Payer, der der Fortschrittlichen Volkspartei angehört und einmala, als er noch nicht geabelt, der Führer der schwäbischen Volkspartei, der demokratische Steuer-Ausprägung des deutschen Bürgertums, war. Die toten süddeutschen Demokraten werden sich im Grabe umdrehen, da sich ihr Nachfahre zu der Rolle des Staatsanwalts im Reichstag hergibt.

Der Sachverhalt, der der Staats- und Hauptaktion zugrunde liegt, ist nach dem Kommissionsbericht dieser: Am Abend des 1. Mai nach 8 Uhr fanden auf dem Potsdamerplatz in Berlin Ansammlungen statt, zu denen sich etwa zweihundert Personen, meist jugendlichen Alters und Frauen, eingefunden hatten. Nach der Schließung der als Zeugen vernommenen Polizeibeamten und Unteroffiziere wurden die Ansammlungen von den Schutzleuten weitergeschoben, hier und da wurde die Straße abgespernt, es wurde auch etwas gelärmt und geohlt, im allgemeinen aber verhielt sich die Menge ruhig. Während der Bemühungen der Polizei, den Bürgersteig vor dem Fürstentum zu säubern, rief ein Mann aus dem Menschenmangel mit lauter Stimme: „Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung!“ Er wurde zur nächsten Polizeistation abgeführt, wobei er sich gegen die Abführung sträubte. Es stellte sich heraus, daß es der Abgeordnete Liebknecht war. Er wurde in Haft gehalten und am folgenden Tage wurde auf Veranlassung der Kriminalpolizei, weil er im Verdacht stehe, die Straßendemonstrationen eingeleitet zu haben, in seiner Wohnung und in seinem Büro eine Hausdurchsuchung abgehalten. Es wurden bei ihm hundertzwanzig kleine Handzettel mit der Einladung zur Straßendemonstration am 1. Mai und 1300 Flugblätter, betitelt: „Auf zur Maifeier!“, gefunden. Liebknecht hat bei seiner Vernehmung angegeben, daß er sich nach dem Potsdamerplatz begeben habe, um sich an der Maidemonstration zu beteiligen; er habe dort verschiedene Gesinnungsgenossen getroffen, deren Namen zu nennen er verweigerte. Mit seinem Ausruf: „Nieder mit der Regierung!“ habe er seine Ueberzeugung öffentlich bekunden wollen, daß es Pflicht der Regierung sei, den Krieg zu beenden, und Aufgabe des Volkes, einen entsprechenden Druck auf die Regierung auszuüben. Er halte sein Auftreten nicht für strafbar, sondern für eine Pflicht gegenüber den großen Massen des deutschen Volkes wie auch in den anderen kriegsführenden Staaten, in denen seine politischen Gesinnungsgenossen im gleichen Sinne tätig wären wie er in Deutschland. Es wurden dann gegen ihn zwei Haftbefehle erlassen, in denen ihm unter anderem vorgeworfen wird, durch sein Vorgehen einer feindlichen Macht Vorschub geleistet zu haben.

Wir begnügen uns heute, die Aufmerksamkeit der Leser auf die nachfolgenden Reden der Abgeordneten Landsberg und Haase zu lenken, die den Reichstag ermahnten, sich aus persönlicher Geschäftigkeit nicht zu einem verwerflichen politischen Unrecht treiben zu lassen.

Abgeordneter Dr. Landsberg:

Es gibt nicht einen einzigen Fall in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands, in dem der Reichstag einen Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen eines seiner Mitglieder nicht angenommen hat. Er hat die Immunität niemals als Recht des einzelnen Abgeordneten betrachtet, sondern als ein Recht des Reichstages. Für die unbedingte Aufrechterhaltung der Immunität spricht, daß das Interesse an der Vollständigkeit des Reichstages höher steht als das Interesse der Rechtspflege daran, daß ein Abgeordneter sofort abgerichtet werden kann, ferner der Gesichtspunkt, daß sich die Freiheit der parlamentarischen Verhandlungen im ganzen Laufe der Geschichte nur durch den unbedingten Schutz der Personen der Parlamentsmitglieder hat aufrecht erhalten lassen. In der Siebzigste des Attentatsjahres begründete der Abgeordnete Bessler einen Antrag, in Bezug auf den Abgeordneten Most von der Praxis des Reichstages abzugehen.

Damals führte der Abgeordnete Windthorst aus, daß gerade die Antipathie gegen den betreffenden Abgeordneten dem Reichstag die besondere Pflicht auferlege, nach allen Richtungen zu handeln und nur aus der Sache zu urteilen. Im Jahre 1869 war gegen den Abgeordneten Menck ein Verfahren wegen Mordbühnenführung bei Aufrühr eingeleitet, ein Verbrechen, auf das ebenfalls Zuchthaus bis zu zehn Jahren stand. Trotzdem führte der nationalliberale Führer v. Bennigsen aus: Wir müssen uns hüten, daß wir auch nur in den Schein geraten, als ob wir unsere Mehrheit gebrauchen wollen, um die Minderheit zu unterdrücken. Stets hat der Reichstag ohne Ansehen der Partei und Person den betreffenden Anträgen stattgegeben.

Der Reichstag hat nicht über den Abgeordneten Liebknecht zu Gericht zu sitzen, dazu sind die nach dem Gesetz dazu bestellten Richter befugt, der Reichstag hat lediglich nach politischen Gesichtspunkten zu urteilen. Ein solcher Fall liegt hier aber nicht vor. Wenn auf irgend einem Gebiet, so muß es hier heißen: widerstehe den Anfängen! Man verkehrt einen Grundsatze ein zweites- und drittesmal weit leichter. Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, schaffen Sie daher einen Präzedenzfall, der gerade in Zeiten schwerer Parteikämpfe der Ausgangspunkt für Durchlöcherungen des Immunitätsprinzips sein kann. Es kommt herzlich wenig darauf an, daß in ruhigen Zeiten ein Mitglied des Reichstages während der Sitzungsperiode durch irgend einen unbedeutenden Prozeß an der Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit verhindert wird. Aber in Zeiten schwerer, innerer Erregung könnte leicht ein Staatsanwalt auf den Gedanken verfallen, die Häupter der Opposition durch irgend welche Anschuldigungen und das Verlangen nach ihrer Auslieferung unschädlich zu machen. Gerade da ist die Immunität wichtig!

Abgeordneter Haase:

Nach dem Ergebnis der Kommissionsberatung würde, wie wir gehört haben, an dem alten Brauch festgehalten werden, wenn gegen den Abgeordneten Liebknecht nur ein Verfahren wegen Ungehorsams oder wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt eingeleitet wäre. Der Bruch mit der bisherigen Praxis wird ja damit begründet, daß sich daneben auch noch das Verfahren auf einen angeblichen Landesverrat erstreckt. Nachdem die Kommissionsberatungen in einem großen Teil der Presse in dieser Weise gedeutet worden sind, fühle ich mich verpflichtet, die dort ausgesprochene Auffassung als durchaus irrig zurückzuweisen und meine volle Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß von dem Verbrechen des Landesverrats gar keine Rede sein kann. Ich beabsichtige in keiner Weise, mich dabei als Richter aufzuspielen oder dem Urteil vorzugreifen. Aber ich habe wiederholt, und zwar sowohl als Rechtsbeistand wie auch als Verteidiger in der Kriegszeit Angeklagten meine Hilfe geleistet, die wegen Verbreitung ganz ähnlicher Flugblätter verfolgt worden sind. Aber in diesen Fällen hat man die Anklage nicht auf Landesverrat eingestellt, sondern auf Aufreizung zum Ungehorsam gegen Gesetze und Verordnungen oder wegen Aufreizung zum Klassenhaß. In einigen Fällen, in denen die Prüfung unter dem Gesichtspunkt des Landesverrats ausdrücklich vorgenommen wurde, ist das Verfahren dennoch nicht wegen dieses Verbrechens eingeleitet worden, sondern wegen Ungehorsams oder wegen Aufreizung zum Klassenhaß die Entscheidung den Strafkammern überwiesen worden. Die Einleitung dieses Strafverfahrens muß auffallen gerade nach dem Inhalt der Akten, denn Männer von sehr strenger Urteil haben trotz Kenntnis des gesamten Tatbestandes bei nächster, leidenschaftsloser Prüfung zunächst gar nicht den Gedanken gehabt, daß hier Landesverrat in Frage kommen könne. Es befindet sich bei den Akten der Bericht des Oberkommandos in den Marken vom 1. Mai, unterschrieben vom Chef des Stabes. Der Bericht ist an das preussische Kriegsministerium gegangen. Es wird darin zunächst dargestellt, was sich auf dem Potsdamerplatz abgespielt hat. Dann fährt der Bericht wörtlich fort: „Wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen und groben Unfugs wurden neun Personen festgenommen, unter ihnen der Reichstagsabgeordnete Karl Liebknecht. Dieser wurde auch festgenommen, weil er mehrfach gerufen hatte: „Nieder mit dem Kriege! Nieder mit der Regierung!“ Also auch diese Tatsache war bekannt und wurde gewürdigt. Der Bericht fährt fort: „Er wurde festgenommen, weil er endlich das beiliegende Flugblatt „Auf zur Maifeier!“ öffentlich verbreitet hat.“ Daß Liebknecht dieses Flugblatt öffentlich verbreitet hat, dafür gibt der Akteninhalt gar keinen Anhalt. Aber selbst bei der Unterstellung eines so erschwerenden Moments ist das Kommando zunächst gar nicht auf den Gedanken gekommen, daß hier Landesverrat vorliegt. Auch im nächsten Akte, dem Haftbefehl des Kommandanturgerichtes Berlin, findet sich nichts davon. Der Gedanke des Landesverrats ist in die Akten erst hineingeworfen worden von dem Berliner Polizeipräsidenten Herrn v. Jagow. Und dieser erblickt den Landesverrat nicht etwa in dem Flugblatt, sondern in einer ganz anderen Tat. Er schreibt nämlich, als er das Protokoll, das mit dem Abgeordneten aufgenommen worden war, der Kommandantur überfandte, folgendes: „Der Abgeordnete Liebknecht erklärt auch, daß er mit Gesinnungsfreunden im feindlichen Ausland zusammenarbeite, um den Weltkrieg so bald als möglich zu beenden!“ Darin soll der Landesverrat liegen! Im übrigen hat Herr v. Jagow außerdem noch die Aussage Liebknechts ganz falsch verstanden. Liebknecht hat gar nicht gesagt, daß er zusammengearbeitet habe mit Ausländern, sondern er hat gesagt, daß er hier für den Frieden arbeite und daß in gleicher Richtung auch in den anderen Ländern seine Gesinnungsfreunde arbeiten. Darin kann doch unmöglich Landesverrat liegen. Alle diejenigen, die in dieser Sache urteilen, sollten es als dringendste Pflicht ansehen, den Gedankengang des Beschuldigten verstehen zu lernen. Liebknecht hat darüber nie einen Zweifel gelassen, daß er internationaler Sozialist ist. Es ist bei ihm völlig ausgeschlossen, daß er etwas unternehmen kann zu dem Zwecke, um seinem eigenen Volke zu schaden. Seine ganze Tätigkeit geht vielmehr auf etwas anderes hinaus: er hält es für notwendig, daß die Volksmassen bei uns aufgerufen werden, um durch sie auf die Regierung einzuwirken im Interesse einer raschen Herbeiführung des Friedens, wie er das von seinen Gesinnungsgenossen in anderen Ländern auch wünscht. Wenn Sie so betrachten, was Liebknecht will, so werden Sie, falls Sie nicht von Born und Groll über sein Auftreten erfüllt sind, zu einem ganz anderen Urteil kommen müssen. Viele von Ihnen werden, wenn sie sich innerlich prüfen werden, nicht bestritten können, daß doch eine große Summe von Mißstimmung gegen Liebknecht bei ihrem Urteil maßgebend ist. Von den auf dem Potsdamerplatz Versammelten hat keiner einen Gegenstand bei sich geführt, der zur Anwendung von Gewalt geeignet gewesen wäre. Und da will man behaupten, als ob Gefahr für das Land bestanden hätte, als ob dem Ausland Vorschub geleistet worden wäre! Wenn es so um uns stünde, daß dadurch unser Land benachteiligt werden könnte, so wäre es schlimm um uns bestellt, und diejenigen, die solche Anschauungen vertreten, leisten gerade solchen Gedanken Vorschub.

Höchst merkwürdig berühren muß uns ein Brief, der sich auch bei den Akten befindet und der von dem Stellvertreter des Reichskanzlers ausgeht und an das zuständige Militärgericht gerichtet ist. Dieser Brief, der mit „Lewald“ unterzeichnet ist, lautet: „Auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichstages stehen die Anträge Albrecht und Bernstein auf Einstellung des gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht schwebenden Verfahrens und auf Aufhebung der über ihn verhängten Haft. Ich zweifle nicht daran, daß dieser Antrag abgelehnt werden wird, halte es aber, um dieses Ergebnis zu erzielen, für unerlässlich, daß die Berichtssakten so bald als möglich eingeschickt werden, damit sie als Unterlage für die Beschlußfassung des Reichstages dienen können.“ Nach meiner Ansicht hat ein Reichsbeamter wohl das Recht, Akten einzufordern, die dem Reichstag als Unterlage für seine Beschlüsse dienen sollen, aber er hat nicht das Recht, dem Gericht zu schreiben, die Uebersendung müsse erfolgen, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen, nämlich damit der Reichstag von Artikel 31, Absatz 2 der Reichsverfassung keinen Gebrauch macht. Kein Beamter des Reichstages hat das Recht, dem Reichstag in seinem Urteil vorzugreifen. Welche Informationsquellen standen übrigens dem Ministerialdirektor Lewald bei seinem Schreiben zur Verfügung? Jedenfalls macht das Schreiben den denkbar ungünstigsten Eindruck; es will offenbar einen Einfluß auf die Rechtsprechung üben. Dem aber muß unter allen Umständen vorgebeugt werden, denn damit werden unberechenbare Gefahren heraufbeschworen. Es muß auf das schärfste getabelt werden, daß eine solche Einwirkung auf die Rechtsprechung versucht wird. Wenn Sie einmal den Grundsatze, bei politischen Vergehen die Einleitung eines Strafverfahrens auszuweichen, durchbrochen haben, wird an die Stelle der Norm die Willkür gesetzt, und die Willkür hat allemal schlimme Folgen.

treter des Reichskanzlers ausgeht und an das zuständige Militärgericht gerichtet ist. Dieser Brief, der mit „Lewald“ unterzeichnet ist, lautet: „Auf der Tagesordnung der Sitzung des Reichstages stehen die Anträge Albrecht und Bernstein auf Einstellung des gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht schwebenden Verfahrens und auf Aufhebung der über ihn verhängten Haft. Ich zweifle nicht daran, daß dieser Antrag abgelehnt werden wird, halte es aber, um dieses Ergebnis zu erzielen, für unerlässlich, daß die Berichtssakten so bald als möglich eingeschickt werden, damit sie als Unterlage für die Beschlußfassung des Reichstages dienen können.“ Nach meiner Ansicht hat ein Reichsbeamter wohl das Recht, Akten einzufordern, die dem Reichstag als Unterlage für seine Beschlüsse dienen sollen, aber er hat nicht das Recht, dem Gericht zu schreiben, die Uebersendung müsse erfolgen, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen, nämlich damit der Reichstag von Artikel 31, Absatz 2 der Reichsverfassung keinen Gebrauch macht. Kein Beamter des Reichstages hat das Recht, dem Reichstag in seinem Urteil vorzugreifen. Welche Informationsquellen standen übrigens dem Ministerialdirektor Lewald bei seinem Schreiben zur Verfügung? Jedenfalls macht das Schreiben den denkbar ungünstigsten Eindruck; es will offenbar einen Einfluß auf die Rechtsprechung üben. Dem aber muß unter allen Umständen vorgebeugt werden, denn damit werden unberechenbare Gefahren heraufbeschworen. Es muß auf das schärfste getabelt werden, daß eine solche Einwirkung auf die Rechtsprechung versucht wird. Wenn Sie einmal den Grundsatze, bei politischen Vergehen die Einleitung eines Strafverfahrens auszuweichen, durchbrochen haben, wird an die Stelle der Norm die Willkür gesetzt, und die Willkür hat allemal schlimme Folgen.

Die Neutralitäts- und wirtschaftlichen Maßnahmen des Bundesrates

Der neue Bericht

Bekanntlich hat der Bundesrat in der letzten Session der Bundesversammlung die Zustimmung abgegeben, den eidg. Räten wenn möglich in jeder ordentlichen Session den Bericht über seine von ihm getroffenen Maßnahmen zur Sicherung der schweizerischen Neutralität vorzulegen. Wie wir hören, hat der Bundesrat in seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung diesen Bericht für die Junisession vereinigt. Die Neutralitätskommissionen werden in den nächsten Tagen darüber beraten, und zwar tritt die nationalrätliche Kommission am 22. d., die ständerätliche am 24. d. in Bern zusammen.

Die Veröffentlichung des Berichtes in der Presse sollte nach der Abmachung des Bundesrates in zirka drei Tagen erfolgen, d. h. sobald auch der französische Text vorliegt. Durch eine bedauerliche Indiskretion gelangte er verfrüht in die „Basler Nachr.“. Die Despeschenagentur wurde deshalb ermächtigt, folgenden Auszug zu verbreiten und allen Blättern gleichzeitig zugänglich zu machen.

Der Bericht umfaßt den Zeitraum seit 1. Dezember 1914, wobei auch Maßnahmen erörtert werden, die nicht ein Ausfluß der außerordentlichen Vollmachten sind, die aber im Zusammenhang mit der durch die Kriegsereignisse geschaffenen außerordentlichen Lage stehen. Im ersten Abschnitt, Berichterstattung über das Politische Departement, erinnert der Bundesrat an seinen Aufruf vom 1. Oktober 1914, in dem er die Bürger aufgefordert hatte, in der Beurteilung der Ereignisse, in der Äußerung der Sympathien für die einzelnen Nationen zurückhaltend zu sein und alles zu unterlassen, was die in den Krieg verwickelten Staaten und Völker verletzt. Weit entfernt, vom Schweizervolk unter dem Titel einer moralischen Neutralität Gleichgültigkeit oder Kältherzigkeit verlangen zu wollen, war der Bundesrat seit Kriegsbeginn bestrebt, die Sympathien und das Mitgefühl an dem Schicksal der kriegsführenden Nationen zum Wohl und im Interesse der Kriegführenden auszunützen. Der Äußerung dieser Sympathien und dieses Mitgefühls ist niemals ein Hindernis bereitet worden. Bekämpft wurden lediglich die von einem Gefühl des Hasses gegen die einzelnen kriegsführenden Nationen entsprungenen Ausschreitungen, die in allen möglichen Formen zutage traten und in der Schweiz eine Atmosphäre der Erbitterung, Aufregung und Leidenschaftlichkeit geschaffen haben, die dem Landeswohl direkt zuwider war.

Was die Respektierung unserer Neutralität durch die Kriegführenden betrifft, so haben zwar eine Reihe von Grenzverletzungen stattgefunden, die aber, abgesehen von den Fliegerangriffen, keineswegs ernster Natur waren. Neutralitätsverletzungen durch Flieger sind 24 Fälle gemeldet worden. Davon entfallen auf deutsche Flieger 14, wovon 5 ganz unbedeutende, auf französische Flieger 6, wovon 3 ebenfalls ganz unbedeutend. In einem Fall handelt es sich um einen englischen und ebenfalls in einem Falle um einen italienischen Flieger. In einem Falle konnte die Nationalität nicht festgestellt werden und in einem weiteren Fall ist die Verletzung bestritten worden. In den drei Fällen, die von Bombenwürfen begleitet waren, wurde nachdrücklich Protest erhoben und Satisfaktion durch Bestrafung der Fehlbaren, sowie Ersatz des Schadens verlangt. Die Erledigung der Schadensfälle beim Fliegerüberfall von Chaux-de-Fonds hat nicht erfolgen können, weil die eine der verletzten Personen noch in ärztlicher Untersuchung steht. Der Bericht erörtert sodann die Schritte des Bundesrates zur Geltendmachung der Schadenersatzansprüche für Kriegsschäden, sowie gegen Verhaftungen und Verurteilungen von Schweizern im Ausland, sowie betreffend Internierung und Ausweisung von Schweizern im Ausland.

Bezüglich der Post- und Telegrammenzensur durch die Kriegführenden bemerkt der Bericht, daß Frankreich und später auch England dem Grundsatz der Transitfreiheit zum großen Schaden der Neutralen entgegengehandelt haben. Wie die französische Regierung auf die Proteste antwortete, geschieht dies im Hinblick auf die Vermittlung von Korrespondenzen der Zentralmächte durch die Schweiz. Der Bundesrat bemerkt, daß dieser beanstandete Vermittlungsverkehr heute so gut wie verschwunden ist, und daß die Folgen der von den fremden Zensurbehörden getroffenen Sperremaßnahmen in keinem Verhältnis stehen zu dem mit diesen verfolgten Zwecke.

Der Bericht erörtert sodann auch die Tätigkeit der Schweiz in Bezug auf den Austausch der schwerverwundeten Kriegsgefangenen, die Heimerschaffung Zivilinternierter und die Hospitalisierung von fränkter Kriegsgefangener. Bis Ende März dieses Jahres sind in 50 Zügen 8166 französische und 2201 deutsche schwerverwundete durch die Schweiz transportiert worden. Mit dem Austausch italienischer und österreichischer schwerverwundeter werde voraussichtlich in nächster Zeit begonnen werden können. Der Bundesrat hat auf Grund der zwischen der französischen und deutschen Regierung erzielten Verständigung über die Hospitalisierung in der Schweiz sich der belgischen, britischen, österreichisch-ungarischen und italienischen Regierung zur Verfügung gestellt. Die vorläufig zum Abschluß gelangten Internierten- und Evakuierungs-Transporte umfaßten im Zeitraum vom 24. Oktober 1914 bis 31. März 1915 111,439 Personen, von denen 97,753 Franzosen, 10,581 Deutsche und 3105 Oesterreicher und Ungarn waren.

Ueber den sogenannten Kompensationsverkehr bemerkt der Bundesrat, daß er eine Zwangsfolge unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit von beiden Mächtegruppen ist. Es ist nicht zu verkennen, daß gerade dieser Kompensationsverkehr, der sich keineswegs nur einseitig mit den Zentralmächten abspielt, auch seine großen Schattenseiten hat, und daß er ein Spekulantentum gezeugt hat, dessen sich die Schweiz nur mit Mühe erwehrt. Der Bundesrat hofft, daß die neue Fassung des Art. 1 der Verordnung gegen die Vertehrung von Nahrungsmitteln und unentbehrlichen Bedarfsgegenständen sich als eine wirksame Waffe gegen die Spekulanten in der Hand der Kantone erweisen werde.

In Erörterung der Tätigkeit der S. S. S. betont der Bundesrat, daß auf eine möglichst Vereinfachung des überaus komplizierten Apparates hingearbeitet werden müsse, sowohl durch Reduktion der nur durch Vermittlung der S. S. S. zu beziehenden Warenrattungen, als durch Verringerung der Zahl der kontingentierten Artikel, sofern es nicht gelingen wird, von einer Kontingentierung überhaupt abzusehen. Ein Teil der Verantwortung für die Enttäuschungen in der Einfuhr falle übrigens zweifellos auf die immer schwieriger sich gestaltenden Transportverhältnisse über See sowohl als namentlich im Transit ab Seehäfen.

Bezüglich der in den Wirkungsbereich des Militärdepartement fallenden Maßnahmen bemerkt der Bericht, daß die Erfahrungen des Krieges u. a. die langen Dienstzeit eine Reihe von Beschlüssen über die Organisation einzelner Einheiten und Truppenteile notwendig machten, die zum Teil in die ordentliche Kompetenz des Bundesrates fallen, zum Teil aber gestützt auf die von der Bundesversammlung dem Bundesrate erteilten Vollmachten gefaßt wurden. Ueber die letztern wird der Bundesrat nach Beendigung des Aktivdienstes zusammenfassend Bericht und Antrag unterbreiten.

Bezüglich der Getreideeinfuhr wird festgestellt, daß sich diese im Jahre 1915, dank namentlich dem Entgegenkommen der französischen Regierung, befriedigend gestaltete. Der höchste Lagerbestand wurde am 21. August 1915 erreicht. Bis auf Ende des Jahres verminderte sich leider dieser Bestand auf fast die Hälfte, trotz regelmäßiger Zufuhren zur See, und zwar aus dem Grunde, weil Frankreich und Italien von einem gewissen Momente an kein oder nur wenig Wagenmaterial zur Verfügung stellen konnten, so daß die Schweiz auf das ungenügende Rollmaterial der S. B. B. angewiesen war. Vom August 1914 bis Ende Dezember 1915 wurden vom Bunde gekauft 117 Dampfer Weizen, 19 Dampfer Hafer, 18 Dampfer Mais, 3 Dampfer Gerste, 2500 Wagen Dalkuchen. Die Summe aller Zahlungen für Getreide beträgt bis Ende Dezember 1915 zirka 249 Millionen Fr. Die Preise, die bis zum 3. November 1914 sich für Weizen auf 30 Fr., für Mehl auf 38, für Kleie auf 12, für Mais auf 23 Fr. beliefen, stiegen bis 31. Dezember 1915 für Weizen auf Fr. 37.50, Mehl 46, Kleie 16, Mais Fr. 25.50. Durch die Anordnungen über das Ausmahlen des Getreides konnte die normalerweise einzuführende Getreidemenge um etwa 12 Proz. im Werte von ungefähr 22 Millionen Fr. eingeschränkt werden.

Ueber die Maßnahmen betreffend die Einfuhr von Reis und Zucker bemerkt der Bericht, daß ein großes Quantum längst bezahlten Reises immer noch in Marseille d. h. Ausfuhrbewilligung durch die französische Regierung harret. In der Voraussicht der sich häufenden Schwierigkeiten hatte sich der Bundesrat im Frühjahr 1915 entschlossen, 3200 Wagen Zucker in Oesterreich-Ungarn noch angemessenen Preisen zu kaufen. Bis her

ist jedoch kaum die Hälfte des gefausten Zuckers eingeführt, da die Kompensationsverhandlungen nur über einzelne Partien abgeschlossen werden konnten. Durch die Unsicherheit auf dem Zuckermarkt war es dem Handel unmöglich, die erforderlichen Anläufe für Lieferungen pro 1916 zu machen, was den Bundesrat bewog, holländischen, amerikanischen und niederländisch-indischen Zucker in größeren Quantitäten anzukaufen.

Im Anschluß an die Erörterung der Anleihsoperationen des Bundes bemerkt der Bericht, daß es zurzeit unmöglich vorausgesehen ist, wann wir wieder in den Fall kommen werden, zu neuen Geldaufnahmen schreiten zu müssen. Dies hängt hauptsächlich von der Höhe der zum Grenzschutz notwendigen Truppenkontingente, sowie von dem Zeitpunkt, an dem die erste Rate der außerordentlichen Kriegsteuer in die Bundeskasse fließen wird, ab. Der Bericht hebt hervor, daß früher niemand geglaubt hätte, daß die Schweiz kapitalträchtig genug sei, so große Summen (280 Millionen innere Mobilisationsanleihen, 32,200,000 Fr. Valuta-Anleihe in Amerika) aus eigener Kraft aufzubringen. Diese Tatsache beweist, daß an dem gegen Ende des vorigen und zu Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts konstatierten wirtschaftlichen Aufschwung auch die Schweiz einen guten Anteil gehabt hat, und daß es in Zukunft möglich sein dürfte, noch weitere Anleihen im Inlande aufzunehmen. Die gefestigte Stellung der Nationalbank und der schweizerische Wechselkurs beweisen, daß der Kredit der Schweiz, trotz der sehr großen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, zurzeit noch unerschüttert (Schluß folgt.)

Blatt

Fremden

Die für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversendung: Jährlich K 42.40; vierteljährlich K 10.60; monatlich K 3.60. Täglich zweimalige Postversendung: Jährlich K 50.40; halbjährlich K 23.20; vierteljährlich K 12.60; monatlich K 4.20.
Die für das Ausland: Vierteljährlich bei direktem Bezug unter Kronband: Für England K 15.—, für alle anderen Länder K 13.80. Bei den Postämtern: in Deutschland Pf.; in der Schweiz 11 Frk. 65 Cent.; Italien 11 Frk. 15 Cent.; Serbien 13 Frk.; Bulgarien 12 Frk. 50 Cent.; Rumänien 12 Lei 30 Bani; Aegypten 599/100 Millimes; Rußland 4 Rub. 5 Kop.

Ab-Nummern: Schriftleitung 359. 6822. Haupt-Verwaltung 3665, Versandstelle 1024, Druckerei 3668.

70. Jahrg.

sehen. Am 28. Februar d. J. lancierte ein Unterseeboot, ohne daß auch nur das Periscope wahrzunehmen war, gleichfalls in der Nähe von Punta Blanca einen Torpedo auf den Dampfer „Zagreb“ derselben Gesellschaft. Das Schiff vermochte dem Geschoss, dessen Bahn von zahlreichen Personen an Bord beobachtet wurde, nur durch eine rasche Wendung auszuweichen. Am 5. April d. J. wurde gegen den Dampfer „Daniel Ernő“ neuerlich von einem Unterseeboot, auch diesmal ohne Warnung, ein Torpedo lanciert, der dann an der nahen Felsküste explodierte. Die k. u. k. Regierung hat diese Vorkommnisse, die glücklicherweise mit einer Schädigung nicht verbunden waren, bis jetzt nicht zur allgemeinen Kenntnis gebracht; sie hat sich darauf beschränkt, von den am 13. und 28. Februar d. J. erfolgten Attentaten auf Lokaldampfer die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu verständigen, welche die sich aus dem Unterseeboot-Kriege ergebenden Fragen wiederholt zum Gegenstand des Einschreitens bei den Centralmächten gemacht hat.

Angeichts dieser Häufung der Angriffe feindlicher Unterseeboote auf harmlose und durch die Haager Konventionen besonders geschützte Fahrzeuge und bei dem Umstande, daß die feindlichen Staaten nicht, wie die Centralmächte gezwungen sind, sich gegen den ruchlosen Plan, ganze Völker auszuhungern, zur Wehr zu setzen, kann die Vernichtung friedlicher Schiffe, welche die Kriegsziele der Gegner in keiner Weise zu fördern vermag, nur auf blinde Zerstörungswut zurückgeführt werden. Diese Deutung findet nunmehr ihre volle Bestätigung in der jüngst wider den österreichischen Dampfer „Dubrovnik“ verübten barbarischen That.

Dieses der „Navigazione a Vapore Ragusa“ gehörige Schiff wurde am 9. Mai d. J. um 10 Uhr 30 Minuten vormittags im Narenta-Kanal zwischen San Giorgio auf der Insel Lesina und Kap Gomena auf der Halbinsel Sabioncello von einem feindlichen Unterseeboot ohne jede vorherige Warnung durch zwei Torpedoschüsse vernichtet. Der erste Torpedo traf den Dampfer auf der Steuerbordseite und hatte zur Folge, daß das Schiff mit dem Vorderteil rasch zu sinken begann. Alle Personen an Bord eilten in die ins Wasser gelassenen Rettungsboote. Als diese Boote abzustößen im Begriffe waren, explodierte ein zweiter Torpedo, welcher aus der gleichen Richtung kam wie der erste, achter Steuerbord unter dem Decksalon. Infolge der Explosion wurde das Steuerbord-Rettungsboot samt den Insassen in die Luft geschleudert und ging in Trümmer. Ein zweites Boot fuhr mit 16 Personen gegen Land und nahm unterwegs zwei Schiffbrüchige auf. Die zur Hilfe herbeieilten Barken holten noch

Eine Protestnote Oesterreich-Ungarns.

Vernichtung des Dampfers „Dubrovnik“ durch ein feindliches U-Boot.

Das k. u. k. Ministerium des Aeußern hat den am Allerhöchsten Hofe akkreditierten Missionen der verbündeten und der neutralen Staaten unter dem heutigen folgende Zirkular-Verbalnote überreicht:

Das k. u. k. Ministerium des Aeußern war am 22. März d. J. in der Lage, bei den am k. u. k. Hofe beglaubigten Vertretern der verbündeten und der neutralen Mächte gegen die Torpedierung des Seehospitalsschiffes „Elektra“ durch ein feindliches Unterseeboot nachdrücklich Protest zu erheben.

Es war dies indessen keineswegs der erste Fall, daß ein feindliches Unterseeboot in österreichischen Gewässern friedliche Schiffe angriff.

Schon am 12. Februar d. J. hatte ein Unterseeboot unweit von Punta Blanca ohne vorherige Warnung einen Torpedo auf den Dampfer der Gesellschaft Ungaro Croata „Daniel Ernő“ abgeschossen, welcher der Vernichtung nur durch ein geschicktes Manöver entging. Der Kapitän des Dampfers hatte laut eiblicher, von zahlreichen Zeugen bestätigter Aussage das Periscope

*Das Torpedoschiff am 12. Februar d. J.
Vorgang des Vernichtens*

*minig Person mit dem
Haupt*

Das Wirtschaftsabkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien.

Wien, 15. Mai.

Zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien wurde, wie im Abendblatte gemeldet worden ist, kürzlich ein den deutsch-rumänischen analoges Abkommen über die Regelung des gegenseitigen Warenaustausches abgeschlossen, welches bezweckt, den Handelsverkehr zwischen der Monarchie und dem benachbarten Königreich zu fördern und zu erleichtern sowie auch den gegenseitigen Transit zu ermöglichen. Die Vereinbarung wird angesichts ihrer wirtschaftlichen Bedeutung Befriedigung erwecken. Seit dem Ausbruche des Krieges unterlag der Bezug rumänischer Produkte mannigfachen Wechselfällen und nun wird der Verkehr rumänischer Landesprodukte für Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf eine gesicherte Vertragsbasis gestellt. Damit ist die rumänische Wirtschaftspolitik auf den Weg der wohlverstandenen eigenen Interessen zurückgekehrt. Die natürliche Folge des Umschwunges war zunächst das im April dieses Jahres abgeschlossene Uebereinkommen über den Warenaustausch zwischen Rumänien und Deutschland, welches bezweckt, die Ausfuhr der beiderseits benötigten Waren zu organisieren und von den Hemmnissen zu befreien, die in Gestalt von Ausfuhr- und Durchfuhrverboten und Transportbehinderungen eine Schranke zwischen beiden Ländern gezogen haben. Für jedes einzelne Importbedürfnis mußte früher auf dem Wege der Kompensationen in die Mauer der Ausfuhrverbote Breche geschlagen werden, und von den rumänischen Importeuren wie von den deutschen Exportinteressenten ist es daher mit gleicher Freude begrüßt worden, als eine vertragsmäßig vereinbarte Organisation geschaffen wurde, der die Aufgabe zufiel, die geschäftlichen Beziehungen wieder in Gang zu bringen.

Schon bei der Perfection des Uebereinkommens zwischen Deutschland und Rumänien war es klar, daß eine analoge Vereinbarung mit Rumänien auch für Oesterreich-Ungarn abgeschlossen werden müsse. Die Zentralmächte stehen zu Rumänien in der gleichen Situation und wirtschaftlich mußte auf allen Seiten das Bestreben vorhanden sein, die rumänischen Importbedürfnisse mit gleichem Entgegenkommen zu behandeln und eine Verschiebung der Verhältnisse im Wettbewerb auf dem rumänischen Markte zu vermeiden. Die amtliche Meldung hebt ausdrücklich hervor, daß das Uebereinkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien dem deutsch-rumänischen Uebereinkommen analog ist. Es darf angenommen werden, daß sich auch die Organisation an das Vorbild des deutsch-rumänischen Abkommens halten wird. Nach diesem letzteren hat die rumänische Zentralimportkommission (C. I. C.) ein spezielles Bureau in Verbindung mit der deutschen Zentraleinkaufsgesellschaft (Z. E. G.) in Berlin, die Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin dagegen ein besonderes Bureau unter der Benennung „Deutsche Ausfuhr Z. E. G.“ bei der rumänischen Zentralimportkommission in Bukarest errichtet. Diese Bureau organisieren die Uebersicht über die zum Export verfügbaren Waren und Quantitäten, erteilen hierüber den Importeuren in Deutschland, beziehungsweise in Rumänien und den Exporteuren die verlangten Auskünfte und regeln die wechselseitigen Transporte. Bekanntlich verkehren zwischen Deutschland und Rumänien seit dem 1. Mai auch direkte Züge zur Bewältigung des so organisierten Güterverkehrs. Die Bureau in Berlin und Bukarest organisieren die Erfüllung der Zollformalitäten und die Verteilung der zum Transport gebrachten Waren. Nach dieser Analogie ist es wahrscheinlich, daß auch zwischen der Monarchie und Rumänien die Errichtung zentraler Verkehrsbureau in Aussicht genommen ist, die unter fachmännischer Leitung den beiderseitigen Warenverkehr ungesäumt von dem Regime der Ausfuhr- und Durchfuhrverbote zu organisieren und die Transporte durchzuführen haben. Zur Kompetenz der Verkehrsbureau würden, wie anzunehmen ist, jene Artikel, deren Verkehr bereits durch die Getreidezentralen geregelt ist, nicht gehören. Dagegen ist zu erwarten, daß der wechselseitige Handelsverkehr in anderen Artikeln, die auch vor dem Kriege Gegenstand des Güterausstausches zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien gewesen sind, eine Steigerung erfahren wird, natürlich soweit ein solcher Verkehr nicht in den eigenen Bedürfnissen seine Begrenzung hat. Auf rumänischer Seite werden außer der Artikeln, deren Verkehr die Getreide- und Futtermittelzentrale besorgt, verschiedene Obstarten, Gemüse, Delikatessen, Geflügel, Eier, Häute und Felle, getrocknete Fische, Mineralöle und Derivate usw., sowie jene Artikel, die durch Rumänien transitieren müssen, in Betracht kommen. Dagegen ermöglicht das Uebereinkommen den Rumänen den Bezug über Oesterreich-Ungarn aus neutralen Staaten und die Versorgung ihre Importbedürfnisse in Oesterreich-Ungarn, soweit verfügbare Ware vorhanden ist. Die Hauptposten der österreichisch-ungarischen Ausfuhr nach Rumänien waren Weichholz, bedruckte Baumwollwaren, gefärbte Baumwollgewebe, Spitzen, Stickereien und Posamente, Modestoffe, Seidenwaren, Konfektionsartikel, feine Damenkleider und Damenwäsche, Lederwaren, verschiedene Erzeugnisse der Holzindustrie, Glas- und Porzellanwaren, Steinwaren und zahlreiche Artikel der Eisen- und Metallindustrie, Maschinen, elektrotechnische Artikel, chemische Produkte usw. Der rumänische Markt hat nach der langen Absperrung von den zentralen und westlichen Produktionsgebieten ein großes Warenbedürfnis und besitzt durch die äußerst günstige Bewertung von drei Ernten eine große Konsumkraft. Die zweckmäßige Durchführung des jetzt abgeschlossenen Uebereinkommens wird daher im beiderseitigen wirtschaftlichen

Interesse liegen. Ueber diese Bedeutung hinaus ist sein Abschluß aber als ein erfreuliches Zeichen zu begrüßen, daß in Rumänien die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Verbindung mit den Zentralmächten erkannt wird. Lehnen doch heute selbst in Rußland alle verantwortlichen Wirtschaftspolitiker die Agitation zu einem fortwirkenden Wirtschaftskriege mit den Zentralmächten mit der offenen Begründung ab, daß Rußland auf den wirtschaftlichen Verkehr mit dem Deutschen Reiche angewiesen sei. Das gleiche gilt in erhöhtem Maße im Verhältnisse Rumäniens zu Oesterreich-Ungarn, wo der aufnahmefähige rumänische Markt stets als ein besonders wertvolles und gern ausgefuchtes Feld der Betätigung betrachtet worden ist.

Der Inhalt und die wirtschaftliche Bedeutung des Uebereinkommens.

Von hervorragend unterrichteter Seite.

Zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn dürfte schon seinerzeit in Aussicht genommen worden sein, daß die Regierungen beider Länder möglichst analoge Vereinbarungen über die Erleichterung des Warenverkehrs und Transits mit Rumänien treffen. Der Kreis der Güter, über welche die Zentralmächte für die Ausfuhr nach Rumänien verfügen, ist derzeit allerdings durch die eigenen Bedürfnisse begrenzt, aber in diesem Rahmen wird man in der Monarchie gewiß bis zum äußersten bemüht sein, die Wünsche Rumäniens wegen des Bezuges der für das Land notwendigen Waren zu befriedigen. Ueber diese Bedürfnisse und die Organisation des Warenaustausches schweben derzeit noch die Verhandlungen. Selbstverständlich setzt man in Oesterreich-Ungarn ebenso voraus, daß Rumänien alle entbehrlichen Waren, die man hier benötigt, auch der Monarchie zur Verfügung stellen wird. Der wesentliche Unterschied zwischen dem früheren und dem neu geregelten Verhältnisse dürfte, wenn die Analogie des deutschen Vertrags vorwaltet, darin bestehen, daß nun das System beseitigt wird, wonach jeder einzelne Abschluß von Waren an die Bedingungen von Gegenkompensationen geknüpft wird. Man würde dann in Zukunft, wenn die Ausfuhrbewilligung für eine Ware nach Rumänien erteilt wird, nicht verlangen, daß im Kompensationswege ein anderer rumänischer Artikel zum Export zugelassen wird. Beide Teile würden sich das Versprechen geben, alle Güter, die der eine Kontrahent entbehren kann, dem anderen ohne Kompensationen zu überlassen. Auch in der Durchfuhr wird man sich wechselseitig möglichst entgegenkommen. Das Uebereinkommen betrifft, immer die Analogie mit dem deutschen Vertrag vorausgesetzt, den Austausch und die Durchfuhr von Waren, soweit nicht darüber bereits bindende Vereinbarungen bestehen. Dies ist bekanntlich hinsichtlich der Getreideimporte der Fall, so daß diese durch das neue Uebereinkommen nicht berührt werden dürften.

Es ist selbstverständlich, daß die Beseitigung der Kompensationsmethode den Warenverkehr erleichtert, der jedoch, wie erwähnt, in den eigenen Bedürfnissen eine natürliche Begrenzung findet. Begreiflicherweise konnte ein Geschäft nur schwer zustande kommen, wenn beispielsweise Fett aus Rumänien bloß unter der Bedingung ausgeführt werden sollte, daß dafür etwa die Lieferung von Eisenblechen aus Oesterreich sichergestellt wurde. Die Suche nach dem Kompensationsträger war schwierig und Geschäftsabschlüsse wurden dadurch behindert. An Stelle des Kompensationssystems ist infolgedessen im anderweitigen internationalen Warenverkehr zum Teile ein gegenseitiger Austausch von Produkten auf der Basis eines annähernd gleichen Wertes der wechselseitigen Bezüge getreten.

Es ist anzunehmen, daß das Uebereinkommen mit Rumänien keine zeitliche Bestimmung der Dauer enthält. Seiner Natur nach soll es so lange in Wirksamkeit bleiben, als das Bedürfnis hiezu vorliegt. Das ist in erster Linie während des Krieges der Fall, in welchem mit Rücksicht auf die zahlreichen Ausfuhrverbote und das frühere System der Kompensationen eine neue, sichere Basis geschaffen werden sollte.

Derzeit befindet sich eine Kommission rumänischer Vertreter, der Delegierte der Bukarester Handelskammer und verschiedener rumänischer Industrien angehören, in Berlin. Diese Kommission dürfte in der nächsten Zeit auch nach Wien kommen. Zur Vertretung der beiderseitigen Interessen werden dann wohl ständige Bureau in der Monarchie und in Rumänien errichtet werden.

Der Warenverkehr mit Rumänien.

Von anderer, hervorragend unterrichteter Seite erhalten wir folgende Mitteilungen:

Der Hauptinhalt des Abkommens zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien dürfte, da es als analog mit der deutschen Vereinbarung bezeichnet wird, darin bestehen, daß beide Teile sich Waren, die sie in genügenden Mengen besitzen und entbehren können, überlassen. Der Vertrag würde dann ein gegenseitiges Versprechen, ein Goodwill darstellen, daß man die bestehenden Ausfuhrverbote nicht handhaben, sondern, soweit es die gegenseitigen Interessen gestatten, den Handel nach Möglichkeit freigeben will und keine Kompensationen verlangt. Auf österreichischer Seite können eventuell feine Textilwaren, Wäsche, Feinblech, Kaolin und Porzellan, auf rumänischer Seite Landesprodukte, wie Fleisch, Fett, Wein und Spiritus, in Betracht kommen.

Grey über Krieg und Frieden.

London, 14. Mai.

In einer am 10. Mai stattgehabten Unterredung mit dem Londoner Vertreter der „Chicago Daily News“ erklärte Staatssekretär Grey:

Die preussische Tyrannei in West-Europa mit Einschluß Englands wird nicht standhalten. Die von Asquith gegebenen Zusagen, Belgien und Serbien wieder herzustellen, werden gehalten werden. Wir werden den von uns unterzeichneten Vertrag, einen Frieden nur im Einvernehmen mit unseren Alliierten zu schließen, streng bis ans Ende einhalten.

Wir und die Alliierten kämpfen für ein freies Europa, für ein Europa, das nicht allein von der Beherrschung eines Volkes durch ein anderes frei ist, sondern auch frei von einer volternden Diplomatie und von Kriegsgefahr, frei von beständigen Säbelrasseln. Wir kämpfen für Gleichberechtigung, für Gesetz, Recht, Frieden und Zivilisation in der ganzen Welt gegenüber der rohen Gewalt, die keine Einschränkung, keine Gnade kennt.

Angriffe auf Preußen.

Was Preußen beabsichtigt, ist eine preussische Oberherrschaft. Es beabsichtigt ein von Preußen geformtes und beherrschtes Europa. Es will die Freiheiten seiner Nachbarn und unser aller beseitigen. Wir erklären, daß das Leben unter diesen Bedingungen unerträglich ist. Das erklären auch Frankreich, Italien und Rußland.

Wir bekämpfen auch die deutsche Idee von der Nützlichkeit, ja von der Erwünschtheit des immerwährenden Krieges. Wir wünschen einen festen Frieden in Europa und der ganzen Welt, der eine Bürgschaft sein soll gegen einen Angriffskrieg. Deutschlands Philosophie geht dahin, daß ein festgelegter Friede die Auflösung, Entartung und Preisgabe der heroischen Eigenschaften des menschlichen Charakters bedeute. Wenn eine solche Philosophie als wirkliche Kraft bestehen bleiben soll, bedeutet sie eine ewige Besorgnis und Unruhe, immer wachsende Rüstungen und die Verhinderung der Entwicklung der Menschheit im Rahmen von Kultur und Menschlichkeit.

Wir glauben, daß die Streitigkeiten der Völker durch andere Methoden geschlichtet werden sollten als durch die des Krieges. Solche andere Methoden sind immer erfolgreich, wenn guter Wille und keine Angriffslust vorhanden ist. Wir haben den Glauben an internationale Konferenzen.

Nachdem Staatssekretär Grey die Weigerung Deutschlands, einer Konferenz über die österreichisch-ungarischen Forderungen an Serbien zuzustimmen, besprochen hatte, fuhr er fort: Erwägen Sie diese beiden Methoden, internationale Streitigkeiten zu schlichten, nämlich die Methode der Verhandlung und die Methode des Krieges im Lichte des gegenwärtigen Kampfes. Ist nicht das Unheil der Kriegsmethode endgiltig bewiesen, Industrie und Handel aus den Fugen, die Lasten des Lebens schwerer, Millionen Menschen erschlagen und verstümmelt, der blinde internationale Haß verstärkt und vertieft, der Bau der Zivilisation bedroht? Die Konferenz, die wir vorgeschlagen haben, oder das vom Barren vorgeschlagene Haager Schiedsgericht hätten den Streit in einer Woche etwa beendet und all dieses Unglück wäre abgewendet worden. Ueberdies hätten wir den weiten Weg eingeschlagen, dauernde Grundlagen des internationalen Friedens festzulegen.

Die Friedensvorschläge.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob Grey glaube, daß die Neutralen zum Frieden verhelfen könnten, antwortete Grey: Das durch diesen Krieg geschaffene Unrecht muß in Recht gewandelt werden. Die Alliierten können keinen Frieden ertragen, der die Missetaten dieses Krieges nicht in Ordnung brächte. Wenn Leute mit friedlichen Ratschlägen zu mir kommen, sollen sie mir sagen, welche Art Frieden sie im Sinne haben, sie sollen mich wissen lassen, auf welcher Seite sie stehen. Wenn sie zum Beispiel glauben, daß Belgien an dem Angriff unschuldig ist und daß ihm ein unsagbares Unrecht zugefügt wurde, das wieder gut gemacht werden müßte von jenen, die es zerrissen haben, dann sollen sie es sagen. Friedliche Ratschläge, die rein abstrakt sind und keinen Unterschied zu machen versuchen zwischen Recht und Unrecht dieses Krieges, sind ohne Wirkung und unerheblich.

Ablegnen der Einkreisungspolitik.

Mit Nachdruck bestritt dann Grey, daß vor dem Kriege irgend eine Koalition gegen Deutschland bestand oder daß ihm der Krieg aufgezwungen wurde. Er wies auf Italien hin, das gerade bei Kriegsausbruch, den deutschen Standpunkt in diesem Zusammenhang anzunehmen, abgelehnt habe.

Der Korrespondent sprach dann über die Erwähnung des Reichskanzlers, daß Belgien ein Bollwerk sei. Grey erwiderte, daß Belgien ein Bollwerk war, welches Deutschland, Frankreich und den europäischen Frieden schützte, aber Deutschland wünschte nur ein erstürmtes, zerstörtes Bollwerk. Der Reichskanzler anerkannte sein Unrecht und versprach, Belgien sofort wiederherzustellen, sobald die militärischen Zwecke Deutschlands erreicht seien. Jetzt, sagte der Reichskanzler, könne es keinen status quo ante geben weder im Osten noch im Westen. Mit anderen Worten: Belgiens Unabhängigkeit wäre dahin, wie die Serbiens und Montenegros dahin wäre, wenn ihnen die Alliierten nicht wieder aufhelfen könnten.

Auf alles dies sagen wir zu Deutschland: Erkennet den Grundsatz an, den diejenigen, die die Freiheit lieben, überall betonen, gebet den Nationalitäten wirkliche Freiheit, nicht eine sogenannte Freiheit, die den unterworfenen Völkern von der preussischen Tyrannei als Almosen zugeteilt wird, und leistet Ersatz für das zugefügte Unrecht, soweit er geleistet werden kann.

Grey betonte sodann, daß die Grundlage der britischen Annäherungen in den letzten Jahren darin bestand, gute Beziehungen zu sichern und den Streitigkeiten der anderen Mächte ein Ende zu setzen. Das Abkommen mit Frankreich und dann mit Rußland wurde nicht in feindseliger Absicht gegen Deutschland oder irgend eine andere Macht geschlossen, sondern völlig nur in der Absicht, dem dauernden Frieden Bahn zu schaffen.

Der Friedenswunsch.

Mit Bezug auf die deutsche Behauptung, daß das einzige wirkliche Hindernis des Friedens England sei, erklärte Grey: Niemand wünscht den Frieden mehr als wir, aber wir wünschen einen Frieden, der Gerechtigkeit schafft und die Achtung vor dem Weltvölkerrecht wiederherstellt. Frankreich, Rußland und Italien brauchen keine Nötigung, um im Kriege auszuhalten. Sie wissen, warum sie im Kriege stehen, nämlich, um alles, was ihrer Nation kostbar ist, zu erhalten. Dieses Wissen macht sie entschlossen und unbesiegbare. Es ist ganz unmöglich, unserer Bewunderung für die Heldentaten unserer Alliierten Ausdruck zu geben. So groß wie unsere Bewunderung, so groß wird auch unser Beitrag zur gemeinsamen Sache sein.

Kein Sonderfriede.

Zwei Erklärungen gibt es, die aus deutschen Quellen kommen. Eine geht dahin, daß wir die Alliierten hindern, Frieden zu schließen; das richtet sich an die Adresse der Neutralen. Die andere geht dahin, daß wir einen Sonderfrieden mit Deutschland erwägen und die Absicht haben, unsere Alliierten preiszugeben; das richtet sich an die Adresse des einen oder anderen Alliierten. Jede dieser Erklärungen ist durchaus unwahr.

Die Zerstörung Deutschlands — eine Tollheit.

Als der Vertreter des Blattes fragte, ob Grey bemerkt habe, daß der Reichskanzler behaupte, daß England das einzige, freie Deutschland zu zerstören wünsche, erwiderte Grey: Wir waren niemals für eine solche Tollheit eingenommen. Wir wünschen nichts Derartiges, und der Reichskanzler weiß, daß wir nichts Derartiges wünschen. Wir würden uns freuen, das deutsche Volk frei zu sehen, wie wir selbst frei zu sein wünschen, wie wir auch wünschen, daß die anderen Nationen in Europa frei in der Welt seien. Es gehört zu den Anfangsgründen der politischen Wissenschaft und wird auch von der Geschichte reichlich gelehrt, daß man die Seele eines Volkes durch Despotismus und Grausamkeit von außen nicht töten kann. Wir trachten auch nicht, uns in eine solche nutzlose Torheit einer anderen Nation gegenüber einzulassen; wir glauben, daß, wenn einmal die Träume von der Welthererrschaft, die der Pan-germanismus großgezogen hat, zunichte gemacht sind, das deutsche Volk darauf bestehen wird, seine Regierung zu beaufichtigen. Darin liegt die Hoffnung, die Freiheit und die nationale Unabhängigkeit Europas zu schaffen; denn eine deutsche Demokratie wird keine Kriegspläne schmieden, wie der preussische Militarismus Kriege schmiedete, die zu einem in der Zukunft gelegenen Zeitpunkt stattfinden sollten. Wenn die Menschheit aus diesem Kriege nicht lernt, Kriege zu vermeiden, so wird der Kampf vergeblich gewesen sein.

Zepeline und U-Boote.

Die Deutschen haben jeder Form des Angriffs auf das menschliche Leben weit das Tor geöffnet. Die Verwendung von giftigen Gasen oder dergleichen im Kriege war unseren Marine- und Militärbehörden vor vielen Jahren empfohlen und von ihnen verworfen worden, da sie für zivilisierte Völker zu schrecklich wäre. Die Deutschen kamen mit ihren Treibminen in offener See, welche Kriegsführende und Neutrale auf gleiche Weise bedrohen, sie kamen mit ihren keinen Unterschied machenden mörderischen Zepelinen, die militärischen Schaden nur zufällig anrichten, sie kamen mit dem Unterseeboot, das Schiffe und Mannschaften von Neutralen und Kriegsführenden vernichtet. In ähnlicher Verachtung von Gesetz und Mitleid kamen sie über schuldlose Völker mit Invasion, Brandstiftung und Beschlagnahme; sie kamen mit giftigen Gasen und brennenden Flüssigkeiten. All ihr wissenschaftliches Genie haben sie dazu verwendet, das menschliche Leben zu vernichten. Sie zwangen, diese Dinge für den allgemeinen Kriegsgebrauch einzuführen. Wenn der Krieg weitergehen muß, dann könnten die Nationen fürderhin sich nur schützen durch Anwendung aller zerstörenden Wirkungen, die sie nur erfinden können, bis die Hilfsmittel und Erfindungen der Wissenschaft damit enden, die Menschheit zu vernichten, der sie zu dienen bestimmt waren. Die Deutschen behaupten, daß ihre Kultur so außerordentlich überlegen sei, daß sie ihnen das normale Recht verleihe, sie der übrigen Welt aufzuzwingen. Wird der hervorragende Anteil an der Kultur, der in diesem Kriege enthüllt wurde, in einem solchen wirksamen Gemisch bestehen, daß er zur völligen Verilgung führen wird? Die preussischen Machthaber haben augenscheinlich nur eine Vorstellung vom Frieden: die des eisernen Friedens, der den anderen Nationen durch die deutsche Ueberlegenheit auferlegt wird. Sie verstehen nicht, daß ein freier Mann, ein freies Volk lieber stirbt, als sich einem solchen Ehrgeiz zu unterwerfen, und daß kein Ende des Krieges kommen kann, als bis dieser Ehrgeiz gelagert und aufgegeben ist.

Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Weltkriege.

Von Graf Julius Andrássy.

Scheimer Rat und königlich ungarischer Minister a. D.

(Aus dem zugunsten des bayerischen Roten Kreuzes gehaltenen Vortrag.)

München, 16. Mai.

Ich kenne in Europa keine zwei voneinander, was Blut und Tradition anlangt, vollkommen unabhängige Faktoren, deren Interessengemeinschaft so klar dastründe und schon in so vielen geschichtlichen Geschehnissen eine Verkörperung erfahren hätte, als der Deutsche und der Ungar, und es gibt keine zweite Nation, die ein so verlässlicher Freund der Deutschen sein könnte wie die ungarische, wenn man ihr Vertrauen entgegenbringt. Der Deutsche wird von den Ungarn hochgeschätzt und bewundert. Besonders lebhaft wurden die für die Deutschen gehegten Sympathien im gegenwärtigen Kriege, da sich dem Gefühle der Anerkennung und Bewunderung auch die glorreichen und tragischen Erinnerungen gemeinsamer Kämpfe und gemeinsam vergossenen Blutes anschlossen.

Die Lehren unserer tausendjährigen Nachbarschaft zusammenfassend, kann gesagt werden, es habe niemals eine Zeit gegeben, in der es das Interesse des Deutschthums erheischt hätte, daß in dem ehemaligen Pannonien nicht der Ungar, sondern ein irgendwie denkbarer Nebenbuhler herrsche. Die wichtigste Tatsache unserer ganzen Geschichte ist vielleicht die, daß sich Stephan der Heilige, unser erster König, als wir uns zum Christentum bekehrten, nicht Byzanz, sondern Rom angeschlossen hat und damit jener Gesellschaft beigetreten ist, an deren Spitze der deutsche Kaiser stand. Im sechzehnten Jahrhundert, nach dem Siege der Türken bei Mohacs, wurde es zu einer weltgeschichtlichen Notwendigkeit, daß die ungarische und deutsche Interessensolidarität ein engeres Band zwischen den beiden Rassen knüpfte.

Eine große Wendung in der Geschichte des deutsch-ungarischen Verhältnisses bedeutet der Ausgleich von 1867. Unsere Politik bleibt im Wesen die alte, denn im Wesen bleibt auch die Lage unverändert, in der wir leben. Wohl ist es wahr, daß der Geist des feindlichen Ostens nicht mehr von dem Türken, sondern von dem Moskowitismus vertreten wird, der Macht, die sich zur selben Zeit der Religion des östlichen Imperiums anschließt, als wir Ungarn die Religion des westlichen Imperiums angenommen haben. Zwischen Konstantinopel, dieser heißesten Sehnsucht des Russen, und Moskau ist Ungarn das größte Hindernis. Der Russe konnte seine orientalische Position solange nicht als gesichert erachten, als wir aus der siebenbürgischen Grenzfestung die Verbindung gefährdeten. Wir aber können Siebenbürgen niemals aufgeben, denn es ist das Bollwerk unseres Bestandes, für das wir auch den letzten Tropfen unseres Blutes aufopfern müßten. Diese unsere natürliche Politik war nicht ipso jure russenfeindlich, sie stand bloß mit der russischen Balkanexpansion in prinzipiellem und unüberbrückbarem Gegensatz, doch war sie ipso jure deutschfreundlich, denn ohne Freundschaft mit den Deutschen war eine aktive Orientpolitik

niemals möglich. Und um so richtiger ist es, daß Ungarn seinen Einfluß in dieser Richtung geltend machte. Ich glaube, ich werde nicht von Empfindungen geleitet, sondern ich spreche die objektive Wahrheit aus, wenn ich hervorhebe, daß dieser hochwichtigen Aufgabe unserer Rasse Andrássy gerecht geworden ist, der schon im Jahre 1848 als ganz junger Abgeordneter in seinem Programm erklärte, wir müssen „bei unversehrter Aufrechterhaltung unserer Nationalität und Selbständigkeit mit jener Rasse in Interessengemeinschaft leben, die die Wiege der Zivilisation war und die mit dem Schießpulver und der Buchdruckerkunst die mächtigsten Waffen des Geistes zu ihren Erfindungen zählt“ und der auch seitdem ganz in dem Gedanken lebte und webte, daß Oesterreich-Ungarn seiner weltgeschichtlichen Mission nur dann gerecht werden kann, wenn es in gutem Verhältnis mit den Deutschen eine aktive Orientpolitik betreibt. Die deutsche Frage gelangte zuerst in innerpolitischer Form vor Andrássy, als der österreichische Ministerpräsident Hohenwarth mit seiner czechischen Politik den kaum abgeschlossenen Ausgleich und die dem Deutschthum in Oesterreich gerechterweise zufallende Position gefährdete. Damals nahm Andrássy gegen die Pläne Hohenwarths Stellung und dem ungarischen Dazwischentreten war es zu verdanken, daß das Deutschthum in Oesterreich nicht in eine unmögliche Lage geriet, die die Wiederherstellung des Verhältnisses mit dem Deutschen Reich erschwert und die innere Entwicklung Oesterreichs auf ungesunde Grundlagen gestellt hätte.

Andrássy war, wie ich glaube, sehr richtig der Ansicht, daß die Interessen des ungarischen und deutschen Elements auch in der Monarchie identisch sind und erheischen, daß diese beiden Elemente nicht mit einer gegen die übrigen Klassen gerichteten Spitze, sondern behufs Festigung der Großmachstellung und der einzig richtigen außenpolitischen Richtung ständig zusammenwirken. An dem großen deutschen Siege von 1870 hatte auch das Ungarntum seinen Anteil, indem es mit dazu beigetragen hat, daß der deutsch-französische Zusammenstoß ein Zweikampf der beiden Nachbarn bleibe. Auch die Verwirklichung des dergestalt ermöglichten Bündnisses hatte einer ungarischen Hand, ebenfalls der Hand Andrássys, der im Jahre 1872 Minister des Auswärtigen geworden ist, in der Absicht, mit den Deutschen in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten. Er hatte eine schwere Arbeit. Viele blickten mit verständlichem Mißtrauen auf Bismarck. Sie konnten ihm nicht vergessen, daß er vor gar nicht langer Zeit der unerbittlichste Gegner der Habsburger und Oesterreichs gewesen ist. Andrássy gab seine Menschenkenntnis die Ueberzeugung ein, daß der grundlegende Charakterzug Bismarcks die Ehrlichkeit ist und daß er nur diejenigen hintergangen hat, die ihm gegenüber nicht aufrichtig sind. Natürlich führte der politische Gedanke des deutschen Bündnisses nur deshalb zu einem vollen Erfolg, weil er ebenso den Interessen der Dynastie und Oesterreichs, als denen Ungarns entsprach, die so sehr miteinander identisch sind, daß Andrássy, der im Jahre 1848 als Honved für die ungarische Freiheit kämpfte und bis an sein Lebensende ein ungarischer Patriot gewesen war, das Erbe von Rauniz und Metternich antreten konnte, ohne deshalb der Gefahr eines Gewissenskonflikts ausgesetzt zu sein.

Sine qua non dieses Erfolges war es natürlich, daß das Bündnis mit uns auch den Interessen und der Politik Deutschlands entspreche. Hier in ihrem Kreise bedarf es vielleicht gar nicht des Bemühens an die Tatsache, daß Süddeutschland, und insbesondere Bayern und das Königshaus Wittelsbach, seit dem Wiener Kongreß ständig eine mit den Habsburgern gemeinschaftliche Politik betrieb und fühlt, wie sehr es das Bündnis mit Oesterreich braucht. Bismarcks staatsmännischer Sinn sah es klar, daß dem Deutschen Reich die Eroberung des Deutschthums niemals die Kraft verleihen könnte, die es aus dem Bündnis mit der Doppelmonarchie schöpfen kann. Darum verkündete der große Kanzler mit lauter Stimme, ein nüchtern denkender Deutscher könne die Eroberung Oesterreichs niemals verlangen, denn die zehn Millionen Deutschösterreicher nützen der Sache des Deutschthums viel mehr, wenn sie den Bund mit einer fünfzig-Millionen-Monarchie zu sichern helfen, als wenn sie die Elemente der Disharmonie nach Deutschland bringen. Interessantes Licht wirft auf diese große Wahrheit der heute häufig auftauchende Plan unserer Feinde, im Falle ihres Sieges Oesterreich als den Keim der Zerstückung Deutschlands anzuschließen.

In Angelegenheit des Verhältnisses gegenüber den Russen war aber die Einigung mit Deutschland schon schwieriger. Der Führer des neuen Deutschland, Bismarck, wollte mit Rußland nicht brechen und hält den im Krimkriege geschlagenen und auch gegen den Türken 1877 nur mit Mühe siegreichen Russen für keine akute Gefahr und vermeint, durch Aufrechterhaltung des russischen Bündnisses Frankreich, Deutschlands ständigen Feind, zu isolieren. Das Ausbreiten der Russen nimmt er nicht gleichgültig hin und hält es nicht für wünschenswert, doch vertraut er darauf, daß die Uebergriffe der Russen von den Weltmächten ohnehin nicht geduldet würden. Bismarck hat es immer betont, wenn Oesterreich-Ungarn infolge seiner über diese befugte Grenze hinausgehenden Ambition sich mit Rußland in einen Krieg verwickelte, Deutschland nicht verpflichtet wäre, ihm zu helfen.

Das in diesem Sinne ausgelegte Bündnis konnte aber nicht das letzte Wort der Entwicklung sein.

Bismarcks Bestreben, mit Oesterreich-Ungarn und Rußland in gleicher Freundschaft zu leben, war verständlich, doch im Falle, als die orientalische Frage von neuem in den Vordergrund tritt, wäre es unmöglich gewesen, in gleicher Weise auf gutem Fuße mit beiden Verbündeten zu leben, deren Tendenzen diametral entgegengesetzte waren.

Vor allem lege ich Verwahrung dagegen ein, daß Bismarcks mit Recht überall ins Riesenhafte gewachsene Autorität gegen die gegenwärtige Politik ausgespielt werde. Deutschland ist in keinem Gegensatz zu Bismarcks Traditionen gelangt, da es sich im Kampfe gegen Serbien auf unsere Seite stellte. Bethmann-Hollweg wäre dann in einen flagranten Gegensatz zu Bismarcks Politik gelangt, wenn er uns nicht beisteht, Serbiens Ränke gegen unsere Integrität und Sicherheit zu zertrümmern, Serbien von der aggressiven Moskowitopolitik abzulenken. Betonte doch

Bismarck stets, Serbien gehöre in unsere Machtphäre, Bismarck kannte der Geographie staatenbildende und staatenzerstrende Kraft recht gut und wußte, daß es unsere größte Demütigung, unsere größte Schwäche bedeutete, falls Belgrad als Vorposten Petersburgs seine aggressive Politik gegen uns ungestraft fortsetzen könnte. Bismarck sagt in seinen Memoiren, Deutschland und Oesterreich-Ungarn sollen sich nicht zwischen die Meerengen und Rußland stellen, denn diese Aufgabe wird von England, Frankreich und Italien versehen, wie sie dies in der Vergangenheit zu wiederholten Malen getan haben; wir werden unsere Interessen leichter verteidigen können, wenn sich einmal Rußland mit Westeuropa in einen Krieg verwickelt haben wird. Ob er wohl auch heute derselben Ansicht wäre, da er sehen würde, daß die Auffassung der in Frage kommenden Mächte sich derart geändert hat, daß sie sich um den Preis einer Teilung Asiens und Afrikas mit dem Russen einigen und der Russe, wenn wir ihn nicht daran hinderten, endgültig zum Herrn der Meerengen wird und Deutschland von Asien vollständig abschneiden kann, gerade zu einer Zeit, als es eines immer weiteren Marktes bedarf. Bismarck erachtete den endgültigen Sieg der Russen im Orient niemals für wünschenswert, er glaubte bloß, die Westmächte würden diesen ohnehin verhindern. Ist es nicht wahrscheinlich, daß sich seine Politik geändert hätte, wenn es durch Tatsachen erhärtet erscheint, daß sich auch die Westmächte geändert haben?

Bismarck würde im Verhältnis der intensiven Entwicklung des Deutschen Reiches heute wahrscheinlich eine größer angelegte Weltpolitik betreiben, als er es vor dreißig Jahren getan hat. Gegenüber Rußland hatten ihn die Ereignisse ohnehin schon auf einen anderen Weg geleitet, als den er ursprünglich beschreiten wollte. Unser Weg ist die Fortsetzung desjenigen, den eigentlich wider Willen, aber dennoch Bismarck zuerst betreten hat.

Es ist aber auch nicht wahr, daß Rußland zum Kriege und zur Unterstützung der serbischen Propaganda gezwungen wurde, weil sich Deutschland unsere Orientpolitik zu eigen gemacht und mit den alten Traditionen des Dreikaiserbündnisses gebrochen hat. Im Gegenteil, hätte Deutschland anders gehandelt, wäre die Welt von der russischen Aggression wahrscheinlich schon früher in den Krieg gestürzt worden. Es ist ausgeschlossen, daß Rußland wegen der energischeren und klareren Stellungnahme Deutschlands seine aggressive Orientpolitik begonnen hätte. Im Gegenteil, Rußland sucht deshalb anderswo Kompensationen und Erfolge, weil es einseht, daß seine Balkanambitionen unerreichbar sind. Die Wendung nach der Richtung der alten Ambitionen, die zum Weltkriege geführt hat, geschah, als sich diese Situation geändert und England seinen Platz in der Weltordnung gewechselt hat, als England eine deutschfeindliche Politik zu betreiben beginnt. Bei den russischen Massen war stets nur die Balkanpolitik wirklich vollständig, und als England, das bisher, auch in den neunziger Jahren noch, samt uns ein Damm gegen die russische Ausdehnung nach den Meerengen gewesen war, jetzt seine Politik änderte, wird das russische Publikum abermals von der Tradition des alten Ehrgeizes ergriffen, die auch niemals eine Unterbrechung erfahren hätte, wenn die Politik Deutschlands in der orientalischen Frage nicht entschiedener geworden wäre. Als das Petersburger Kabinett seine alten Ziele für erreichbar hielt, als es die Koalition der vielen Feinde und Neider Deutschlands stärker als uns glauben durfte, nimmt es die großserbische Idee unter seinen Schutz, obwohl es sich im klaren darüber sein konnte.

Das bisher Gesagte zusammenfassend, komme ich zu dem Ergebnis, daß die Politik Ungarns ebenso unter dem Einfluß entschiedener und dauernder Gesetze stand und steht wie die Natur, denen man sich nicht ungestraft widersetzen kann. Aufgabe der politischen Weisheit ist es, diesen dauernden großen Gesetzen die vergänglichen Forderungen der Gegenwart anzupassen. Unsere Aufgabe ist, dieses große Vermächtnis der Vergangenheit für die Zukunft zu wahren und noch mächtiger zu entwickeln. Heute, da uns die Erinnerung an die gemeinschaftlich geführten titanischen Kämpfe noch stärker als in der Vergangenheit verknüpft und da wir nach dem Geschehenen noch weniger einen verlässlichen Bundesgenossen als einander finden können, da wir an dem italienischen Beispiel sehen, was ein Abkommen von Kabinetten wert ist, wenn die Kraft der Herzen nicht dahinter steht, heute muß das unerfährliche, weil über eine große geschichtliche Vergangenheit und eine ruhmvolle Gegenwart verfügende, von dauernden Interessen geborne Bündnis noch innerlicher gestaltet werden. Ich fürchte nicht, daß der weitere Ausbau dieses Bündnisses den Weltfrieden gefährdet. Unsere Freundschaft hat schon in den jetzigen Kämpfen die Blutsteuer bezahlt, ohne welche große geschichtliche Gestaltungen selten zustande kommen können. Durch unseren Sieg wird es zu einer von jedermann akzeptierten unabänderlichen Tatsache, werden, das mit dem Gewicht eines Fait accompli auftritt. Reizt ein gewisses Maß von Kraft zum Angriff, so schafft ein größeres Maß von Kraft Beruhigung. Wenn unsere Neider einsehen werden, daß sie es mit uns nicht aufnehmen können, so wird unsere unermeßliche Friedensliebe, der Geist, den Bismarck mit Shakespearescher Kraft in der Weise charakterisiert, daß der Germane „seine Befriedigung in der eigenen Anerkennung des eigenen Wertes findet und kein Bedürfnis auf Prestige, Herrschaft oder Vorrecht hat, daß er sich selbst genug ist“, dieser Geist wird auch den Weltfrieden sichern, wie denn der Weltfriede solange feststand, als nicht in unseren Feinden ihre große Anzahl die Illusion erweckt, daß sie zusammen stärker seien als wir. Die Ergebnisse des Krieges und im Zusammenhang damit der Weltfriede und die Herstellung der menschlichen Solidarität werden nur durch die Konsolidierung einer siegreichen, in jeder Beziehung konservativen und friedlichen Kombination, durch die bei unversehrter Aufrechterhaltung der heutigen Souveränitäten und Staaten Schulter an Schulter erfolgende Organisierung Mitteleuropas gesichert werden können. Ich werde mit meiner bescheidenen Kraft dahin wirken, daß sich diese Politik bei uns stärke, an die ich geknüpft werde von meiner Ueberzeugung, meiner tiefen Verehrung für die deutsche Rasse und meinen heiligsten Traditionen.

Dr. Solf über Weltkrieg und Kolonialpolitik.

Gestern abend sprach der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf in einer von der Deutschen Kolonialgesellschaft einberufenen Versammlung im großen Saale der Berliner Philharmonie über „Weltkrieg und Kolonialpolitik“. In der Einleitung betonte Dr. Solf, daß man, wie die Verhältnisse nun einmal lägen, von ihm keine „Kriegszielrede“ erwarten dürfe. Seine Absicht sei nur, in dieser für die Weiterentwicklung Deutschlands so entscheidenden Zeit vereinzelt lautgewordenen Zweifeln und Bedenken gegenüber das koloniale Interesse zu sammeln, neu zu beleben und, wenn möglich, die Zweifel und Bedenken, die seiner Ansicht nach nur aus rein äußerlichen Vorgängen entstanden seien, zu zerstreuen. Eine andere Absicht, hat er, auch nicht hinter seinen Worten zu suchen.

In einem kurzen historischen Rückblick würdigte Dr. Solf dann zunächst noch einmal die Gründe, welche Deutschland seinerzeit zum Uebergang von einer reinen Kontinentalpolitik zu einer, wenn auch nur beschränkten, Kolonialpolitik geführt haben. Der Redner legte dabei das Hauptgewicht auf solche Gründe, die mehr dem materiellen Selbsterhaltungstrieb des deutschen Volkes entsprungen sind, während er die nicht im Thema stiegenden Gründe idealer Natur und die Fürsorge für die Eingeborenen in diesem Vortrag nur streifte. Als solche im guten Sinne des Wortes selbstischen Gründe für eine deutsche Kolonialpolitik führte Dr. Solf an: das Bedürfnis unseres Volkes nach Versorgung mit kolonialen Nahrungsmitteln, das Bedürfnis unserer Industrie an tropischen und subtropischen Rohstoffen, die Sicherung von Absatzmärkten für unseren Handel und die Ablenkung der deutschen Auswanderung nach eigenen überseeischen Gebieten. Nicht uninteressant war es, hierbei noch einmal zu hören, wie gerade in England vor dem Kriege diese Begründung für eine deutsche Kolonialpolitik anerkannt und häufig die Ansicht geäußert worden ist, daß in einem möglichst großen Kolonialbesitz für das in seiner Volkskraft stetig wachsende Deutschland die beste Gewähr für einen dauernden Frieden läge.

Für die Erfahrung, die wir, soweit die Versorgung Deutschlands mit kolonialen Nahrungsmitteln und Rohstoffen in Frage kommt, bei unserer Volksernährung, in unserer Industrie und in unserer Landwirtschaft schon vor dem Kriege und auch während des Krieges gemacht haben, gab der Vortragende zahlreiche Beispiele und entrollte dabei ein eindrucksvolles Bild unserer Wirtschaftslage. Aus diesem Bilde heraus erklärt sich auch ohne weiteres die veränderte Stellungnahme weiter Kreise der Sozialdemokratie zur Frage einer deutschen Kolonialpolitik, eine Wendung zum Besseren, welche Dr. Solf als Ergebnis des Weltkrieges noch besonders begrüßte.

Im Zusammenhang mit diesen wirtschaftlichen Ausführungen beschäftigte sich der Redner ausführlich mit den Plänen unserer Feinde, auch nach Friedensschluß den Wirtschaftskrieg gegen unseren Handel und unsere Industrie zu erklären. Er wies auf die Gefahren hin, welche in der von unseren Feinden erstrebten Monopolisierung der kolonialen Produktionsquellen und der Absatzmärkte ohne geeignete deutsche Gegenmaßnahmen liegen könnten, und zeigte die Mittel, mit denen diesen Gefahren und mit ihnen auch einer neuen zukünftigen Kriegsgefahr am besten zu begegnen sein würde. Dr. Solf hielt sich dabei frei von einer Ueberschätzung der gegenwärtigen Leistungen unseres jungen Kolonialbesitzes.

Der Redner streifte dann die in ihrer Bedeutung gegen früher erfreulicherweise erheblich zurückgegangene Auswandererfrage. Wir brauchen unsere Leute in Europa selbst, und zwar nach dem Kriege noch mehr als vorher, wir wollen nicht Menschen, sondern Waren ausführen, das war der Sinn der Ausführungen des Staatssekretärs, der im Anschluß daran aber die Ansicht vertrat, daß nach dem Kriege das Bedürfnis nach Siedlungskolonien in der Rückwandererfrage wieder aufleben könnte. — Ehe sich der Vortragende nun der Widerlegung des hauptsächlichsten Bedenkens, nämlich desjenigen über die Verteidigungsfähigkeit eines zukünftigen deutschen Kolonialbesitzes, zuwandte, trat er noch einmal dem uns von unseren Feinden gemachten Vorwurf entgegen, daß wir in unseren

Graf Andrássy über den Weltkrieg.

(Eine Unterredung.)

München, 17. Mai.

Zum zweiten Male hatte Graf Andrássy während seines Münchener Aufenthaltes die Freundlichkeit, mich zu empfangen. Hatte ich bei dem ersten Zusammentreffen jede politische Fragestellung vermieden, um seinem Vortrage in der Universität nicht vorzugreifen, so durfte ich bei dem zweiten Empfange ausschließlich die Politik in den Mittelpunkt der Unterredung stellen. Den Anknüpfungspunkt gab natürlicherweise eben dieser Vortrag. Meine erste Frage war:

War der Weltkrieg in der Tat unvermeidlich und eine Einschränkung bei gutem Willen nicht doch möglich gewesen?

Graf Andrássy gab zurück:

„Weder Oesterreich-Ungarn noch Deutschland wollten den Krieg. Oesterreich-Ungarn aber mußte darauf bestehen, daß die serbischen Kränke ihre Strafe und Sühne fanden, wollte es sich politisch nicht selbst entziehen. Die österreichisch-ungarische Regierung hat nicht geglaubt, daß sich der Zar von Rußland zum Schützer von Meuchelmördern aufspielen würde, sondern war der festen Ueberzeugung, daß Rußland Serbien aufgeben und es damit ausliefern würde. Gerade die Tatsache, daß der Zar Serbien und den serbischen Meuchelmord deckte, beweist, daß Rußland längst zum Kriege entschlossen war. Das Verteidigen Serbiens um jeden Preis hat den Krieg entfacht, einen Krieg, der, einmal entbrannt, natürlich notwendig zum Weltbrand ausgewachsen mußte. Oesterreich konnte nach der Tat von Serajewo nicht länger dulden, daß Serbien fortwährend Oesterreich-Ungarns Bestand bedrohte und den Gedanken des süd-slawischen Panlawismus offen und heimlich förderte.

Aber — so fuhr Graf Andrássy nach kurzer Pause fort — die Freunde Serbiens haben sich gründlich verrechnet. Wenn auch unsere Feinde, mögen sie Franzosen, Engländer, Italiener oder sonstwie heißen, heute noch, nachdem das Schwert der Zentralmächte ihnen schon schwere Niederlagen um schwere Niederlagen beigebracht hat, den Mund mit Siegeszuversicht voll nehmen, so sind das Phrasen. Ein Blick auf die gegenwärtige militärische Lage genügt zum Beweise dieser Worte.

Nehmen wir z. B. die Franzosen, so steht für mich unleugbar fest, daß sich Frankreich bei Verdun verbluten wird und verbluten muß. Daß Frankreich sofort in den Krieg mit eintrat, ist politisch begreiflich und verständlich. Der Revanchegeanke lag seit Sedan den Franzosen im Blute. Und — glauben Sie mir — Frankreich hätte schon früher zum Schwerte gegriffen, wenn es sich allein stark genug gefühlt hätte. Schon Bismarck hat in den achtziger Jahren betont, daß trotz gegenseitiger Verständigungsversuche, trotz Abkühlung der Revancheidee Frankreich in dem Moment Deutschland angreifen werde, in dem es sich in dem Wahne wiege, Sieger in diesem blutigen Waffengange zu bleiben. An dieser Tatsache haben alle Friedensbestrebungen einzelner Staatsmänner und Parteien, hat alle Stimmungsmache, die auf freundschaftliches Nebeneinanderleben hinielte, nicht einen Deut ändern können.

Im Juli 1914 deckte Rußland das meuchelmörderische Serbien, der Krieg begann, und es war politisch ganz selbstverständlich, daß Frankreich sofort Deutschland angriff, ein Angriff, den es im stillen schon längst herbeigesehnt hatte.

Und heute? . . . Nach so langem Weltkriege? . . . Ich gehe so weit und sage: Wir können militärisch überhaupt nicht mehr geschlagen werden, weder im Westen noch im Osten, weder im Südosten noch im Süden.

Weil dem so ist, darum haben im März des Vorjahres die Engländer den Wirtschaftskrieg erklärt, der jedem Völkerrecht Hohn spricht. England und Deutschland, das ist ein Kapitel Weltpolitik für sich. Nicht Deutschland hat England gehaßt, nicht Deutschland England nach dem Leben getrachtet, sondern umgekehrt. In England hat man, als noch tiefer Friede über der Welt lag, das Invasionsgespenst immer wieder an die Wand gemalt. Man hat in England in Wort und Schrift und Bild die große Masse des Volkes geradezu in den Wahn getrieben, Deutschland wolle den Krieg mit England, Deutschland wolle England verschlucken. Deutschland werde eines Tages mit seinen Heeren auf englischem Boden erscheinen und alles zertrümmern. Solchen Wahn hat man jenseits des Kanals in Romanen, Theaterstücken und in der Presse immer von neuem geschürt.

Es ist daher die größte politische Unwahrheit, wenn die englischen Staatsmänner immer wieder behaupten, England habe, um Belgien zu schützen, notgedrungen zu den Waffen gegriffen. Ach nein: die stete jahrelange offene und heimliche Schürung des Deutschenhasses in England war es allein, die der englischen Regierung die Möglichkeit gab, in den Krieg miteinzugreifen, nicht um Belgien zu schützen, sondern um den lästigen gewordenen und gefürchteten Wettbewerber Deutschlands zu vernichten. Oder glaubt wirklich ein vernünftiger

Die Mandsfrage.

Eine Erklärung der schwedischen Regierung.

(Privat-Telegramm der „Frankfurter Zeitung“).

P Stockholm, 17. Mai. (Zf.) In der heutigen Sitzung des Reichstags hat der Minister des Auswärtigen eine Erklärung der schwedischen Regierung über Schwedens Neutralitätspolitik und Stellung zur Mandsfrage abgegeben. Die Erklärung kam für weitere Kreise der Öffentlichkeit etwas früher als erwartet war. Die Zuhörertribüne war daher nur wenig besetzt. Die Börse zeigte morgens eine festere Haltung als in den letzten Tagen. Die Ausführungen des Ministers, die sich einer Mitteilung des stellvertretenden Vorsitzenden über den gegenwärtig behandelten Kostenvoranschlag des Auswärtigen Amtes unmittelbar anschlossen, sowie die darauffolgenden beinahe gleichlautenden Erklärungen der Parteiführer wurden mit größter Aufmerksamkeit und Beifall an mehreren Stellen aufgenommen. Auch die bis jetzt vorliegenden Neußerungen der Presse lassen eine Erleichterung und Befriedigung darüber erkennen, daß in Bezug auf die durch die fortschreitenden Ereignisse des Weltkrieges aufgeworfene Mandsfrage volle Einigkeit zwischen der Regierung und dem Reichstag hergestellt und zu einem unzweideutigen Ausdruck gekommen ist, der seine Wirkung nicht verfehlen wird. Im übrigen ist wohl die heutige Erklärung des Ministers Wallenberg noch keineswegs eine direkte Antwort auf die Interpellation Steffen. Diese Antwort wurde bisher wiederholt verschoben und wird erst in einigen Tagen erwartet. Jedenfalls aber ist jetzt im wesentlichen der Standpunkt der Regierung festgelegt und der Beweis erbracht, daß sowohl die Regierung wie der Reichstag sich der Bedeutung der durch Professor Steffen geschilderten Lage nicht verschließen und sich stark genug fühlen, um in Verfolgung ihres Hauptbestrebens, der Wahrung strenger Neutralität nach allen Seiten, auch Bürgschaften nach der Seite verlangen zu können, von woher die Rechte und Interessen Schwedens gegenwärtig stark bedroht erscheinen.

„*Nya Dagligt Alla handa*“ bezeichnet den heutigen Vorgang als eine vollkommene Klärung der Lage und als Beweis dafür, daß die Politik des Außenministers von den in der Thronrede bei der Eröffnung des jetzigen Reichstages und in der Gotenburger Rede des Ministerpräsidenten Hammarströms gezogenen Richtlinien in nichts abweiche. „*Aftonbladet*“ sagt: „Daß die gegen Schwedens Herz gerichtete Drohung nicht bestehen bleiben darf, das ist das neue und wichtige Ergebnis der heute gefallenen Worte, während die Neutralitätserklärung eigentlich nur wiederholt, was die Regierung und der Reichstag schon früher gesagt haben. Ob die Verhältnisse von heute denen des friedlichen Jahres 1908 vergleichbar sind, bleibt eine offene Frage. Die Opposition für den Standpunkt der Regierung gewonnen zu haben, ist als ein nicht geringer Sieg des Ministerpräsidenten einzuschätzen. Nunmehr ist eine feste Plattform geschaffen, von der Worte ausgehen können, die Handlungen zur Folge haben.“

Die Verhandlungen im schwedischen Reichstag.

Stockholm, 17. Mai. (W. B.) Bei der Besprechung einer Regierungsvorlage über die Vermehrung der Arbeitskräfte im Ministerium des Neufjörns in der Zweiten Kammer des Reichstages sagte der Vizepräsident der Kammer, Persson: Die Regierung hat von Anfang des Krieges an unter kräftigster Unterstützung seitens des Reichstages eine vollkommene unparteiische Neutralität Schwedens bewahrt. Im Laufe des Krieges hat sich indessen allerlei ereignet, was in mehrfacher Hinsicht besonders in der letzten Zeit, geeignet war, Unruhe zu erwecken. So erhielten wir Angaben über die Befestigung und andere militärischen Anlagen auf den Mandsinseln, welche insofern ernste Besorgnisse erweckten, als es für unser Land besonders wichtig ist, daß diese Inselgruppe in derselben militärischen Lage verbleibt, wie vor dem Kriege. In öffentlichen Erörterungen sind Neußerungen vorgekommen, welche zu der Auffassung führen konnten, daß man bei der Behandlung dieser Frage andere als schwedische Gesichtspunkte anlegen wollte, und daß man von der so oft bekundeten Neutralitätspolitik abzuweichen wünsche. Ich bin persönlich überzeugt, daß die Regierung immerfort an der bisher verfolgten Neutralitätspolitik festhält, und daß sie auch in der wichtigen Mandsfrage wie in anderen Fragen das Recht und die Interessen Schwedens wahrte. Es wäre jedoch von großem Interesse für die Kammer und von großer Bedeutung für die Öffentlichkeit des Landes, wenn die Regierung sich darüber äußern wollte.

Der Minister des Neufjörns, Wallenberg,

ergriff darauf das Wort und sagte: Es ist wiederholt und in unzweideutigen Worten von maßgebender Stelle ausgeführt worden, daß Schweden in den gegenwärtigen Weltkrieg unter Wahrung seines Selbstbestimmungsrechtes nach allen Seiten hin eine strenge und unparteiische Neutralität aufrecht erhalten will und sehr lebhaft wünscht, in den Krieg nicht verwickelt zu werden. Ich bin in der Lage, die Erklärungen, die in dieser Hinsicht vonseiten der Regierung abgegeben worden sind, völlig aufrecht zu erhalten. Die Bestrebungen der Regierung, ihrer Pflicht entsprechend die Rechte und das Interesse Schwedens unbeeinträchtigt zu bewahren, dürfen nicht mißverstanden oder mißdeutet werden in anbetrachter Art und Weise, in der Schweden die Forderungen der Neutralität in schwieriger Lage stets erfüllt hat. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß die Regierung während des ganzen Verlaufes des Krieges jeder politischen Diskussion ferngeblieben hat, die in dieser oder jener Richtung von den wiederholten Erklärungen der Regierung abweicht, und daß die Regierung solche Erscheinungen bedauern muß, die geeignet sein können, das Vertrauen zu dem Willen, Schwedens Selbständigkeit und Neutralität zu wahren, zu vermindern. Was die vom Vorredner besonders berührte Frage betrifft, muß jeder, der die geschichtliche Entwicklung der sogenannten Mandsfrage studiert hat, einsehen, daß diese Frage eine Lebensfrage für Schweden ist. Dies war auch die Ansicht des schwedischen Reichstages 1908 und ist die Ansicht der schwedischen Regierung 1916. Ich bin überzeugt, daß diese Meinung auch jetzt vom schwedischen Reichstag geteilt wird. Aus diesem Grunde kann ich der Kammer in Übereinstimmung mit dem, was ich eben ausgesprochen habe, versichern, daß die Regierung es für ihre Pflicht hält, diese Frage mit unerschütterlicher Aufmerksamkeit zu verfolgen, und daß sie nichts unterlassen wird, um auf diesem wie auf anderen Gebieten die Rechte und Interessen Schwedens wahrzunehmen. Nähere Erklärungen kann ich aus leicht begreiflichen Gründen jetzt nicht abgeben.

Der Sozialist Branting führte dann aus: Ich bin überzeugt, im Namen der ganzen sozialdemokratischen Reichstagsgruppe sprechen zu können, indem im dem Minister des Neufjörns für die von ihm abgegebene unzweideutige Erklärung denke, daß die Regierung an den Bestrebungen, nach allen Seiten hin das Selbstbestimmungsrecht Schwedens zu verteidigen, festhält und gleichzeitig ihre früheren Erklärungen, entschieden in der Neutralität verharrten zu wollen, völlig aufrechterhält. Gerade in der jetzigen Lage ist eine solche Versicherung der Regierung weiten Kreisen unseres Volkes willkommen, seitdem das große Unglück über die Welt hereingebrochen ist. Was nun im besonderen die Mandsfrage betrifft, so hat sich im Jahre 1908 unsere damalige Fraktion im Reichstage auf den in Schweden allgemein geteilten Standpunkt gestellt, daß es für die Sicherheit Schwedens unumgänglich notwendig ist, daß die Inselgruppe, wie bisher, so auch in Zukunft unbeeinträchtigt bleibe. Unsere gegenwärtige sozialdemokratische Reichstagsgruppe ist der Ansicht, daß dieselben Gründe für diese Ansicht unverändert fortbestehen und spricht daher die lebhafteste Hoffnung aus, daß es gelingen möge, durch die in herfoeben abgegebenen Erklärung des Ministers des Neufjörns erwähnten Verhandlungen auf überzeugende und erfolgreiche Weise das Recht und die Interessen Schwedens in dieser Sache zu verteidigen.

Der Führer der Rechten, Lindmann, äußerte: Zu den von dem Minister des Neufjörns gemachten Angaben erkläre ich, daß meine Partei sich der Neutralitätspolitik anschließt, die die Regierung weiterhin beobachten will. Mit Befriedigung erfahren wir, daß die Regierung nichts unterlassen will, um in der wichtigen Mandsfrage die Rechte und Interessen Schwedens wahrzunehmen. Die einstimmige Meinung, die in dieser Frage im Jahre 1908 in dieser Kammer ausgedrückt worden ist, kann in diesem Jahre unter einmütiger Teilnahme der Partei, der Landwirte und der Bürger erneut ausgesprochen werden.

Der Führer der Liberalen Edén sagte: Ich will meiner Zufriedenheit darüber Ausdruck geben, daß der Minister des Neufjörns im Namen der Regierung eine Erklärung abgegeben hat, die die Kammer eben entgegengenommen hat. Die Richtlinien für unsere auswärtige Politik, die in dieser Erklärung dargelegt worden sind, dürften nach meiner Meinung geeignet sein, die von dem Minister des Neufjörns erwartete einstimmige Zustimmung zu finden. Die Regierung hat von neuem den bestimmten Willen Schwedens festgestellt, seine Selbständigkeit und strenge unparteiische Neutralität im gegenwärtigen Weltkrieg zu wahren. Die Regierung hat in der für unser Land so bedeutungsvollen Mandsfrage der Kammer und dem Lande versichert, daß sie nichts unterläßt, um das Recht und die Interessen Schwedens wahrzunehmen. Ich kann versichern, daß die Partei, der ich angehöre, sich dieser Politik völlig anschließt und ich drücke die feste Hoffnung aus, daß diese glücklich durchgeführt werden könne.

Stockholm, 18. Mai. (W. B.) Der Minister des Neufjörns wiederholte in der Ersten Kammer die Erklärung, die er in der Zweiten Kammer abgegeben hatte.

Der Führer der Rechten Trygger führte daraufhin aus: Ich bin davon überzeugt, daß diese Kammer mit Zufriedenheit die Erklärung des Ministers des Neufjörns gehört hat, daß

Frankreich und die Sperre

(Von unserem Korrespondenten)

§ Paris, 14. Mai.

Der Notenwechsel zwischen Berlin und Washington hat hier die Aufmerksamkeit wieder auf die Wirksamkeit der englischen Sperre gelenkt. Im Reichstag hatte Herr v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß Deutschland gegenwärtig auf die Lebenshaltung um 1870 herum angewiesen sei, und daß keine Gefahr bestehe, daß das Deutsche Reich durch den Hunger gezwungen werden könne, die Waffen zu strecken. Der König von Bayern hielt eine sehr kriegerische Rede; auch aus der Kölner Rede des Oberpräsidenten von Rheinbaben und aus der Hamburger Rede des Staatssekretariats im Kolonialamt, Dr. Solf, klingt es durchaus nicht so, als ob man in Deutschland auch nur den Gedanken hätte, aus irgend einem Grunde nachgeben zu müssen. Andererseits aber enthält die deutsche Antwortnote an Wilson Anspielungen auf den Mangel, den die deutsche Bevölkerung durchzumachen hat, und der Urlaub des Staatssekretärs des Innern, Delbrück, scheint darauf hinzudeuten, daß die Organisation des Reichsamts des Innern nicht alle Hoffnungen erfüllt hat, die man darauf setzen zu können glaubte.

Es ist begreiflich, daß angesichts der widersprechenden Meldungen das Ausland nicht recht weiß, was es vom Stand der Dinge in Deutschland denken soll. Was Frankreich anlangt, so kann man feststellen, daß das große Publikum nachgerade alle Nachrichten, die ihm von einer bevorstehenden Hungersnot in Deutschland berichten wollen, sehr skeptisch aufnimmt. Und dafür hat das französische Publikum seine Gründe. Im Frühjahr des letzten Jahres hatten die Blätter, und darunter auch die ernsthaften, eine besondere Rubrik eröffnet, die den Nahrungsmangel in Deutschland ausführlich behandelte. Man stellte die Lage Deutschlands als verzweifelt hin. Offenbar glaubte man, was man sagte und schlug das Thema breit, um die Moral derer hinter der Front auf der Höhe zu halten. Die Regierung tat nichts, um die Presse auf einen andern Weg zu leiten, was ihr mehr als ein Jahr später im „Temps“ vom 12. Mai folgenden Vorwurf einträgt: „Wenn man in den amtlichen Bureaux etwas weniger von dem ausgehungerten Deutschland gesprochen hätte, so hätte man wahrscheinlich mehr schwere Artillerie fabriziert.“ Und der „Temps“ war damals einer der eifrigsten, seinem Publikum das deutsche Hungergespensst vorzumalen. Das Volk glaubte damals, bis ihm sein eigenes gesundes Urteil zeigte, daß man sehr übertrieben hatte. Es folgte eine Zeit der Enttäuschung. Und heute verzieht jedermann, wenn die Zeitungen von dem deutschen Nahrungsmangel sprechen, verächtlich den Mund, wie einer der sagen will: „Hört doch mit diesem alten Märchen auf; mit dem lockt ihr keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor.“

Andererseits die Presse. Zu Recht oder zu Unrecht hält sie diesmal die Nachrichten vom deutschen Nahrungsmangel in ihrer großen Mehrheit für begründet. Der „Petit Parisien“ vom 13. Mai schreibt: „Man hat im Ausland (!) Unrecht gehabt, seinerzeit den Mangel im deutschen Reich zu übertreiben; aber das ist kein Grund, die Augen den Wirklichkeiten von heute zu verschließen. Trotz der sehr harten Mannszucht, die es sich auferlegt hat, beginnt Deutschland grausam am Mangel der unentbehrlichen Nahrungsmittel zu leiden.“ Der „Temps“ behandelt anlässlich des Rücktrittes von Delbrück die Frage sehr ausführlich. Er meint, es sei sicher, daß die Sperre in militärischer Hinsicht nicht die Ergebnisse gezeitigt habe, die man hätte erwarten können, daß diese Sperre aber schon ziemlich fühlbar auf der allgemeinen Wirtschaft des Reiches wuchte. Das offiziöse französische Blatt will nicht an die Erzählungen der deutschen Presse über Wucher und Spekulation glauben. Die deutsche Verwaltung sei methodisch und kompetent, und wenn sie nichts Besseres habe leisten können, so müsse man annehmen, daß das Problem wirklich unlösbar sei. Der „Temps“ tritt auch dem Gedanken entgegen, die Entente bezwecke lediglich die Aushungierung des Gegners: „Was wir erreichen müssen, ist nicht ein ausgehungertes, sondern ein besiegtes Deutschland.“ Und von diesem Standpunkt aus habe die Sperre nur insofern Interesse, als sie auf die militärische Lage rückwirke. Bis jetzt sei eine solche Rück-

wirkung noch nicht festzustellen. Die deutsche Armee sei sicher besser versorgt als die deutsche Zivilbevölkerung, und bis heute könne niemand sagen, daß sie sich nicht sattesse. Diesen Zustand schreibt der „Temps“ den Fehlern zu, die von der Entente im Balkan begangen wurden.

Wenn auch der „Temps“ kein ausgehungertes, sondern ein besiegtes Deutschland will, so scheint er doch der Ansicht zu sein, daß ohne Aushungierung der Sieg nicht möglich ist, oder daß der Hunger ihn wenigstens beschleunigen kann. Denn das Blatt schreibt: „Das Ziel ist klar: der Augenblick muß beschleunigt werden, wo Deutschland seine Zivilbevölkerung trotz der Beschränkung nicht mehr ernähren kann, wenn es die Ernährung der Armee sichern will.“ Das ist die klassische Formel der Aushungierung, wie sie schon in manchem Krieg angewendet worden ist. Der „Temps“ sieht die Besorgnisse der Neutralen für ihre eigene Zukunft voraus und meint: „Die Alliierten sind besorgt, die Neutralen zu schonen. Aber es ist gut, sich über den Sinn dieser Verpfändung zu verständigen. Im Maße, wo das von uns abhängt, müssen wir den Neutralen reichlich (largement) das sichern, was zu ihrer Existenz nötig ist. Andererseits aber sind wir keineswegs gehalten, ihrem Handel die Gewinne zu erhalten, die er aus seinem Verkehr (trafic) mit unseren Feinden zieht.“ Und offensichtlich an die Adresse der Vereinigten Staaten wird darauf hingewiesen, daß die Staaten des Verbandes die Angegriffenen sind und aus Notwehr handeln.

Damit kommen wir zum letzten Punkt: der Zusammenhang der Sperrefrage mit der Friedensfrage. Man glaubt hier ernstlich, daß Deutschland gegen Amerika nur nachgegeben habe, weil es bestimmt hoffe, daß die Vereinigten Staaten sofort eine Friedensvermittlung versuchen würden. Und man glaubt, daß die gebliebenen deutschen Gedanken so erklären zu können, daß man jenseits des Rheins der Ansicht sei, die Vereinigten Staaten könnten Großbritannien zur Aufgabe der Sperre zwingen, indem sie mit der Wiederaufnahme des Unterseebootskrieges durch Deutschland drohten. Dem liegt der weitere Gedanke zugrunde, daß Großbritannien eingesehen hätte, es könne Deutschland nicht besiegen, wenn es seine Bevölkerung nicht aushungern könne. Von hier aus gesehen sind die Aussichten auf eine wirksame Vermittlung der Vereinigten Staaten sehr gering, um nicht mehr zu sagen. Sowohl in den amtlichen als in den politischen und in den weitesten Volkskreisen würde man in einer amerikanischen Demarche lediglich den Beweis sehen, daß Deutschland den Frieden unbedingt nötig hat, und was die Druckmittel betrifft, die der Vermittler gegebenenfalls in der Hand hätte, so hält man sie hier nicht für sehr wirksam. Dabei wollen wir nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten noch nie amtlich erklärt haben, daß sie gegenwärtig zu einer Vermittlung bereit wären.

Post.

reich-Ungarns.

Bezugspreise:
 bei täglich zweimaliger Zustellung
 für Wien: K 3.70
 monatlich 11.—
 vierteljährlich 22.—
 halbjährlich 42.—
 für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung
 (das Morgenblatt zugleich mit
 der Nachmittagsausgabe des vor-
 herigen Tages) für auswärts:
 monatlich K 3.70
 vierteljährlich 11.—
 halbjährlich 22.—
 für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung
 K 16.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufliegender Postsetzungsliste.
 Länder des Weltpostvereins:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung
 K 22.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufliegender Postsetzungsliste.

Reichspost

20.

bei Bielgereuth.

ann Gefangene gemacht,
erbeutet.

Mori.

ziffern und Geschützbeute auch nur im entferntesten sich zu rühmen getraut, wie sie unsere siegreichen Truppen jetzt den Italienern bei dem Wurf über die Grenze abgewannen. Es ist der erste breiter angelegte Angriff, den Oesterreich-ungarische Truppen zur Säuberung unserer Grenzen unternehmen, seitdem wir schmale Randzonen dem plötzlich uns in den Rücken fallenden Bundesgenossen überlassen mußten, und schon diese erste angriffsweise Unternehmung ist mit Erfolgen gekrönt, wie sie der Feind selbst nicht mit den ungeheuerlichsten Blutopfern an irgend einer Stelle unserer Verteidigungsfront je erlangen konnte.

Erzherzog Karl Franz Josef führte den Schlag. Man kann es den Truppen, die da oben auf den Almen zwischen Bain und Aftach kämpfen, nachfühlen, was sie empfanden, als der kaiserliche Prinz als Kommandant an ihre Spitze trat. Er ist den Truppen längst vertraut geworden, jeder Soldat kennt die jugendlich elastische Erscheinung, das gebräunte, frische Antlitz, aus dem ein paar strahlende Augen voll Zuversicht und Talkraft in die Welt blicken; unzähligen hat der kaiserliche Prinz mit eigener Hand die Tapferkeitsmedaillen auf die Brust geheftet, hat sie nach der Heimat, nach Weib und Kind gefragt, ist liebevoll und tröstend an ihren Betten gestanden, wenn sie wund im Spital lagen. Und überall, wo er erschien, ging jedesmal eine strahlende Freude von ihm aus, erwachten tiefe Herzenswünsche, umgaben ihn stille, ungesprochene segnende Gebete ernster Krieger, denen er nicht nur der General, sondern der künftige Kaiser war, für dessen Erbe sie ihr Blut vergossen und der sie beglückte, da er zeigte, daß er jeden einzelnen von ihnen verstand. Sie alle wissen, er hat auch Weib und Kind zu Hause und mußte ein glückliches, von der innigen Liebe einer edlen Frau über-sonnates Heim verlassen, um es mit dem Kriegsleben zu vertauschen, wie sie alle. Er war ein Prinz gewesen, der seiner Familie, seinem Kunstsinne, seiner Liebe für die Musik leben durfte und den die Staatsgeschäfte nur erst als Studium und noch nicht als persönliche Verantwortung angingen. Da zerschlug jener Blutsonntag von Sarajevo alles, stellte den jungen Thronerben mitten hinein in dieses gewaltige Weltgeschehen und gab ihm einen Beruf, in einer alles entscheidenden Zeit bedeutungsschwer und groß, überreich an Pflicht. Seitdem hat Oesterreich-Ungarn aus dem jungen fröhlichen Prinzen den ernstesten Mann reifen sehen, auf den sich die Hoffnungen des ganzen Reiches vereinigen. Daß er es ist, der als einer der kriegerischen Paladine unter dem Oberbefehl des Erzherzogs Eugen unsere Truppen siegreich zum Sturme auf die Höhen des Coston, der Maronia und des Maggio führte, ist uns wie eine neue zuversichtliche Verheißung.

Seit Ferdinand III., der als Thronerbe die kaiserlichen Truppen gegen die Schweden befehligte und mit dem Siege von Nordlingen dem Dreißigjährigen Kriege eine entscheidende Wendung gab, hat kein habsburgischer Kronprinz mehr ein größeres Truppenkommando gegen einen Angreifer der habsburgischen Länder geführt. Und das Heer Ozenstiernas und seiner Bundesgenossen war nicht ein alter Erbfeind Oesterreichs, wie jenes Italien, gegen das jetzt an den Grenzen Südtirols ein siegreicher Schlag geführt wurde. Der Treubruch

„Glück auf, mein Feldherr!“

Wien, am 19. Mat.

„Unsere zwischen dem Aftach und Saindale vorgerückten Kräfte unter Führung Sr. k. u. k. Hoheit des Feldmarschalleutnants Erzherzog Karl Franz Josef trieben den Feind an der ganzen Front weiter zurück“ . . . verkündet der heutige glänzende Generalstabsbericht und verbindet damit zum ersten Male den Namen des Erzherzog-Thronfolgers mit der Kommandogewalt und dem Führertitel in einem Angriff, nach dem sich jedes Oesterreichische Herz seit jenem Treubruche gesehnt hat. Und mit beispielloser Begeisterung folgen die Truppen dem erlauchtem Führer; sie segten den Feind von dem Hochland von Bielgereuth, warfen ihn von den Grenzbergen in die Schluchten des italienischen Quellgebietes, erklimmen die beherrschenden Steilhöhen und zerdröschten die Werke von Toraro und Campomolon, alles in einem Schwunge, mit unaufhaltsamer Kraft, jede Einzeltat in diesem einjährigen gewaltigsten Gebirgskriege der Weltgeschichte eine unerreichte Kraftleistung. Zum ersten Male nimmt ein Angreifer in diesem schwierigen Verggelande in solcher Breite und Tiefe eine noch dazu überhöbende Hauptstellung des Gegners, zum ersten Male in diesem Gebirgskriege fallen permanente Werke in die Hand eines Angreifers und niemals noch, seit wir mit Italien kämpfen, hat der Feind in seinen gewaltigen Offensivschlachten ähnlicher Erfolge an Gefangenen-

Deutschland, Mitteleuropa und der Krieg.

Der britische Staatssekretär des Auswärtigen hat vor einigen Tagen dem Vertreter eines amerikanischen Blattes auseinandergesetzt, daß England und die Entente einen dauernden europäischen Frieden anstreben, während die deutsche Philosophie lehre, daß ein solcher Friede zur Auflösung und Entartung führe. Deutschland wolle dem übrigen Europa einen „eisernen Frieden“ auferlegen, der für die anderen Völker unerträglich sei. Als Urheber des Unfriedens klagte Grey in Übereinstimmung damit Deutschland und den preussischen Militarismus an, der die Welt fortgesetzt bedrohe, den jetzigen Krieg vorbereitet und den Zeitpunkt für seinen Beginn sich ausgesucht habe.

Man kann von einem Menschen, der imstande ist, etwas so Förichtes von dem Inhalt deutscher Philosophie zu behaupten, nicht verlangen, daß er von der europäischen Geschichte mehr wisse. Aber Asquith, der leitende Minister Englands, hat neulich zwar nicht gegen die deutsche Philosophie, aber gegen Deutschland und das, was er unter deutschem Militarismus versteht, die gleiche Anklage gerichtet. Das ist offenbar britisches System, und die Ansicht der beiden Minister wird sicherlich von einem sehr großen Teil des Volkes geteilt. Aber diese Auffassung ist auch in England noch nicht gar so alt. Bis zur Wende des Jahrhunderts hatte man dort die friedensfeindliche Art Deutschlands noch nicht entdeckt, und in dem „preussischen Militarismus“ sah man noch einen möglichen Bundesgenossen für kommende Konflikte. Die Kunde von dem Abschluß des mitteleuropäischen Bundes, der heute von den Politikern der Entente so ziemlich als die reine Verkörperung alles Bösen dargestellt wird, wurde von dem damaligen leitenden Staatsmann Englands dem Grafen Salisbury, im Parlament als „frohe Botenschaft“ willkommen geheißen und jahrzehntelang galt der Dreibund für die englische Politik geradezu als Friedensbund, dem ganz von selbst Englands Unterstützung zur See sicher war. Für Frankreichs Revanchepolitik hatte man, solange die Republik Ansprüche erhob, die in das Gebiet britischer Machtbestrebungen fielen, in England keinerlei Verständnis und für die Wiedereroberung des Elsaß erwarteten sich seine Persönlichkeiten von politischem Rang. Gegen Rußlands Bestrebungen aber, sich auf dem Balkan dem Habsburgerreiche zum Trotz und auf Kosten der Türkei auszuweiten, gab es keinen heftigeren und entschlosseneren Gegner als Großbritannien. Auf dessen Betreiben wurde Oesterreich-Ungarn, indem man ihm die Okkupation Bosniens und der Herzegowina übertrug, zu einer Balkanmacht, damit Rußlands panslawistische Bestrebungen ein Damm entgegengesetzt würde. Als aber nach der türkischen Revolution und nach den Abmachungen von Reval Oesterreich-Ungarn zur Annexion der beiden Balkanprovinzen schritt, da hatte sich Englands Politik so völlig gewendet, daß es damals schon an der Seite Rußlands und Frankreichs zum Kriege bereit schien, der nur deswegen nicht ausbrach, weil das Zarreich sich von seiner japanischen Niederlage noch nicht erholt hatte. Mißt man die Worte und Anklagen der britischen Staatsmänner an den geschichtlichen Tatsachen, so erkennt man leicht, daß alle diese vielen Worte voll moralischer Entrüstung doch nur den Zweck haben, die Welt über die Torheiten einer falschen und verblendeten Politik hinwegzutäuschen, deren Urheber den Tag immer näher kommen sehen, an dem sie werden Rechenschaft ablegen müssen. Es ist wertlos, mit Staatsmännern über den Ursprung des Krieges zu rechten, die sich selbst anklagen müssen, sobald sie die Wahrheit zugeben, nämlich, daß Rußland mit Wissen Englands unter Anspannung aller Kräfte zum Kriege rüstete, daß es die Minengänge seiner Zerstückungspolitik bis an die Grundmauern der Donaumonarchie herangerieben hatte und daß das Sarajewoer Attentat, das doch wahrhaftig nicht ein Werk des „preussischen Militarismus“ gewesen ist, nichts war als eine durch Ueberreifer oder Unverstand zu früh aufgeflogene Mine. Was Grey als die sichere Rettung vor dem Kriege bezeichnet, eine vom Zaren vorgeschlagene Konferenz im Haag, wirkt heute, da wir wissen, wie weit Rußlands Mobilmachung schon lange vor dem Kriege gediehen war, wie ein herausfordernder Zynismus. Der Frieden wäre vielleicht gesichert worden, wenn Rußlands ruhelofer und zerstörerischer Ausdehnungsdrang, den England durch immer weitergehende Zugeständnisse nährte, rechtzeitig eine Dämpfung erfahren und wenn Grey nicht im kritischen Augenblick Rußland und damit die russische Kriegspartei des englischen Vorkrieges versichert hätte. Was Grey nun zumutet, wäre gleichbedeutend gewesen mit einem Zurückweichen vor Rußland, einer Preisgabe Oesterreich-Ungarns an Rußland und seine kleinen Helfer auf dem Balkan und mit einer Gefährdung der Stellung Deutschlands.

Da wir wissen, wie Englands Staatsmänner die Tatsachen der Vergangenheit sehen, die wir am eigenen Leibe erfahren haben, sehen wir auch der von ihnen als leuchtendes Zukunftsbild und Hort eines dauernden Friedens in die Wollen gemalten Völkerdemokratie zweifelnd und mißtraulich gegenüber. Auch uns erschiene ein frei und gerecht geordneter Völkerverein, in dem jede Nation den Platz hätte, der ihr nach ihrem Verdienst, nach ihrer Arbeitsleistung und nach ihrer natürlichen, sittlichen und geistigen Kraft zälme, als ein wirkliches Hochziel, dessen Erreichung selbst diesem schrecklichsten aller Kriege einen Sinn geben würde. Aber wenn Grey, Poincaré, Salandra, Tšwolsti, Paschitsch, Wilson und Lansing, wie es doch offenbar bei all diesen Völkerbunde führen sollten, und wenn wir überdies ihre Handhabung der Geschäfte aus der Vergangenheit kennen, dann wäre es mehr als töricht, wollten wir uns einem auf solchen Grundlagen geschlossenen Verein vertrauensvoll anschließen. Auch wir hoffen, daß ein Bund der Völker einmal kommt und wir erstreben sein Kommen, aber ihn zu schaffen, bedarf es ehrlicherer, tüchtiger und größerer Staatsmänner als diejenigen sind, in deren Hände eine unglückselige Fügung die Leitung der Ententevölker gelegt hat. Einem solchen zum Nutzen und zur Rechtfertigung der bisherigen Ententepolitik erdachten Zukunftsplan zuliebe kann Deutschland nicht auf die Sicherungen verzichten, die es in getreuer Zusammenarbeit mit seinen Verbündeten geschaffen hat, die sich als ein unüberwindlicher Schutzwall gegen eine nie erlebte Uebermacht bewährt haben und mit deren Hilfe die mitteleuropäischen Mächte samt Bulgarien und der Türkei auch in Zukunft ihre berechtigten Forderungen in der Welt geltend zu machen denken.

Die lange Dauer des Krieges hat selber, wie sie die Trennung im Raum und Verlehr und die Feindschaft der Empfindungen über eine für schaffende Völker zu lange Zeit ausgedehnt hat, so auch eine gewisse Gewöhnung an die Trennung in feindliche Lager herbeigeführt, und es wäre vermessen, wollte man erwarten, daß nach einem Friedensschluß, auch wenn er schneller käme, als heute zu hoffen berechtigt erscheint, die Lagerwälle niedergelegt und alle Brücken sofort wiederhergestellt werden, die vor dem Kriege bestanden. An eine ewige Dauer des Hasses braucht man darum keineswegs zu glauben. Die Notwendigkeiten und Bedürfnisse der Völker, die ein Zusammenarbeiten, zunächst vielleicht nur in mehr äußerlichen Beziehungen, bedingen, sind viel zu mannigfaltig und mächtig, als daß eine Trennung der Welt in zwei oder drei große Isolierkammern denkbar wäre. Vielleicht haben auch die Völker und ihre Leiter durch den jetzigen Krieg die Güter des Friedens so schätzen gelernt, daß, solange die Erinnerung an die Schrecken unserer Lage lebt, feindliche Zusammenstöße ausgeschlossen sind. Aber allzusehr wird derjenige nicht darauf vertrauen, der vor einem Jahre gesehen hat, wie Italien, das sich unter Wahrung seiner nationalen Würde und zum Vorteil seiner europäischen Machtstellung von den Verwüstungen des Krieges hätte fernhalten können, durch leichtfertige Demagogie und Ehrgeizlinge in den tobenden Weltkrieg gestürzt worden ist, wie jetzt vor wenigen Wochen die Vereinigten Staaten, die bisher den Krieg nur durch ihre Munitions- und Waffenlieferungen ernährt und verlängert hatten, im Begriffe standen, selbst an ihm teilzunehmen, und wie nur durch Deutschlands Nachgiebigkeit ein weiteres Umsichgreifen der Vermischung verhindert worden ist. Keinesfalls könnte es ein mitteleuropäischer Staatsmann wagen, im Vertrauen auf eine solche Entwicklung das Bündnis verfallen zu lassen, das sich in diesem Völkerringen so kraftvoll behauptet und alle Erwartungen der Feinde zu schanden gemacht hat.

Es ist schon in diesen Spalten des öfteren dargelegt worden, daß es für Deutschland ein Ziel des Krieges sein muß, seine Weltpolitik und alle die mannigfachen Beziehungen, die sich daraus ergeben, in vollem Umfange aufrecht zu erhalten. Wir können unsere nationalen Lebenskräfte nicht durch einen Verzicht auf Weltpolitik verkümmern lassen. Wir müssen uns den Weg über die Meere offen halten, und können nicht mehr bei Seite stehen, wenn draußen über Rohstoffgebiete und Märkte entschieden wird. Wohl bemüht sich England, dessen Minister den Neutralen das Evangelium von der friedensbringenden Völkerdemokratie predigen, seine Bundesgenossen auch über den Krieg hinaus fest an sich zu ketten, um so die Koalition, durch die es uns fast eingekreist hatte, aufrecht zu erhalten, und unsere politischen Bestrebungen zu hemmen. Aber das braucht uns nicht um unsere Zukunft besorgt zu machen. Denn wir wissen, daß die politischen Bestrebungen der Ententemächte ebenso wenig gleichlaufen wie ihre wirtschaftlichen Interessen, und wenn Englands Politik seit der Thronbesteigung Edwards des Siebenten einen Lauf genom-

innere Gesetzmäßigkeit der Welt fehlte. Aber dieser Grundgedanke Hegels war weder neu, noch ist er richtig. Neu war

labeled, das man nicht versteht. Auch das Abstrakteste erhält erst durch ein sinnliches Schema einen Sinn: wer etwa „Idealis-

Ein Jahr italienischer Krieg.

• Lugano, 19. Mai.

Es ist nunmehr ein Jahr verfloßen seit dem ersten Pfingsttag des Jahres 1915, wo Italien nach zehnmonatiger „wachsamere“ Neutralität und kurz vorhergegangener Zerstückung des Bündnisvertrags mit Oesterreich-Ungarn diesem seinem bisherigen Verbündeten den Krieg erklärt hat. In uns Deutschen muß der Rückblick über die seitdem eingetretenen Ereignisse des verfloßenen Jahres ein lebhaftes Gefühl der Dankbarkeit und Anerkennung hervorrufen gegenüber unseren oesterreichisch-ungarischen Waffenbrüdern, die, schon von Nordosten und Südosten stark bedrängt, nun auch im Südwesten diesem dritten, mit frischen jugendlichen Kräften erfüllten Gegner erfolgreich Widerstand boten. Er wird zu den denkwürdigsten Taten des Krieges umso mehr gehören, als er von numerisch weit unterlegenen Verbänden und größtenteils von Reserveformationen geleistet wurde. Es war von vornherein klar, daß die oesterreichisch-ungarische Armee an der Südwestfront gegenüber einem Feinde, der seine ganze Streitmacht und seine Elite an dieser Stelle einsetzen konnte, hauptsächlich in der strategischen Defensive bleiben mußte. Aber gerade die Ereignisse der letzten Woche in Südtirol beweisen, daß ungünstige Verhältnisse keineswegs unsere Verbündeten abzuhalten vermocht haben, gelegentlich eine kräftige Initiative zu entfalten.

So haben denn die Italiener ihren „Marsch nach Triest und Trient“, den sie sich leicht vorstellen, nachdem Oesterreich-Ungarn schon an zwei Fronten gefesselt war, in einem Jahre nicht durchführen können. Wären die Italiener über die „bittere“ Adria, so finden sie sie durch die Ereignisse des Krieges nicht verführt. Sie selbst stehen nur in der Gegend von Valona wie seit Oktober 1914 und haben sich dort stark verschanzt. Aber sonst sind überall die Heere Oesterreich-Ungarns und seiner Verbündeten vorgerückt, nachdem ihnen gerade die Kriegserklärung Italiens die Freiheit der Handlung gegeben, die bis dahin die italienische Rivalität immer hatte hindern und hemmen wollen. Vom Botschafter, dem im italienischen Interesse geradezu als sakrosankt erklärten Montenegroberge, bis nach Elbassan und Berat, von Belgrad bis Monastir, über ganz Serbien, Montenegro und den größten Teil von Albanien wehen die Fahnen der verbündeten Oesterreicher, Ungarn und Bulgaren. Die militärischen Erfolge der Italiener haben also trotz der auch vom Feinde anerkannten Tapferkeit und Tüchtigkeit ihre Hoffnungen auch nicht zu einem bescheidenen Teile erfüllt.

Daß Italien durch die Opfer des ersten Kriegsjahres seinen moralisch-politischen Einfluß in der Welt vergrößert hätte, werden selbst die größten Kriegsenthusiasten auf der Apenninhalbinsel nicht behaupten können. Ganz im Gegenteil, die Klagen darüber, daß Italien im Rate seiner Verbündeten nicht nach Gebühr geschätzt wird und seine Anstrengungen nicht die verdiente Anerkennung finden, sind gerade in den allerletzten Tagen von Korrespondenten der beiden größten italienischen Blätter, des „Corriere della Sera“ und der „Stampa“, in großer Breite vorgebracht worden. Die Klage des Petersburger Korrespondenten der „Stampa“ der durch zusammenhängende Arbeiten über die osteuropäischen Fragen ein bedeutenderes Ansehen besitzt als der italienische Durchschnittsjournalist, dreht sich um einen Satz, den wir wegen seiner Bedeutung wörtlich zitieren möchten: „Niemals so wie heute ist die öffentliche Meinung in Rußland in ihrem Urteil über die italienischen Angelegenheiten irre geworden. Sie ist schlecht unterrichtet und daraus folgt, daß sie manchmal durch eine unbestimmte, aber in gutem Glauben gefasste Feindseligkeit gegen Italien verschleiert wird. Anstatt die öffentliche Meinung Rußlands den Italienern zu nähern, scheint dieser Krieg sie von ihnen zu scheiden. Das ist eine Tatsache, die jeden Tag von Leuten festgestellt wird, die lange in Rußland leben.“

Die italienische Politik ihrerseits ist durch die Absichten der russischen Regierung auf Kleinastan und die Ostufer des Mittelmeeres sehr beunruhigt, was jüngst noch der Leiter des römischen Redaktionsbüros des „Corriere della Sera“, der Abgeordnete Torre, verraten hat. Mit Serbien und Montenegro scheinen die Beziehungen trotz der beruhigenden Versicherungen Paschitschs in Petersburg über die Bescheidenheit der serbischen Ansprüche an der Adria noch keineswegs gut zu sein. Es ist doch geradezu auffällig, wie die vertriebenen Dynastien und Völker der Balkanhalbinsel überall Schutz und Zuflucht suchen, in Frankreich, in Rußland, in Griechenland, nur nicht in dem verwandten, verbündeten und durch eine einfache Fahrt quer über die Adria

Dienstag, 23. Mai 1916

Zeitung

und gelehrten Sachen.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800.
11 801, 11 802, 11 803 bis 11 850. Zentrum 8689 und 8690.

ombres-Höhe.

Des Kanzlers Antwort an Grey.

In einer Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten R. v. Wiegand hat der Reichskanzler, wie berichtet, zu den jüngsten Auslassungen des englischen Ministers Sir Edward Grey Stellung genommen. Herr v. Wiegand telegraphierte der „New York World“ über dieses Interview folgendes:

„Nach 22 Monaten eines furchtbaren Krieges, nach Millionen Opfern an Toten, Verwundeten und Verstümmelten, nachdem den Schultern der gegenwärtigen und künftigen Geschlechter eine schwere Schuld an Gut und Blut aufgebürdet worden ist, beginnt England einzusehen, daß das deutsche Volk nicht zermalmt, daß die deutsche Nation nicht vernichtet werden kann. Seht, wo es dies erkennt, erklärt Sir Edward Grey, daß die britischen Staatsmänner niemals Deutschland zermalmen oder vernichten wollten, trotz gegenteiliger Äußerungen seiner Ministerkollegen, trotz der Forderungen der englischen Presse und trotz des Rädens, den Präsident Poincaré dem französischen Volke vorgehalten hat, daß, wenn es bis zum Ende durchhalte, England und Frankreich Deutschland den Frieden diktieren würden.“ So äußerte sich heute der Reichskanzler von Bethmann Hollweg, als ich auf meine Bitte von ihm empfangen wurde, um ihn zu fragen, ob er zu den Auslassungen Sir Edward Greys zu Herrn Edward P. Bell von den Chicago Daily News Stellung nehmen wolle.

„Glauben Sie, daß eine Preßpolemik uns weiter führt?“ sagte der Kanzler. „Sie zwingt uns, auf Vergangenes zurückzublicken, anstatt daß wir uns der Zukunft zuwenden sollten.“

„Ja, warf ich ein, ist es nicht gerade Sir Edward Grey, der seine Blicke auf die Zukunft richtet? Was er anstrebt, ist doch eine friedliche Zukunft der Welt, wenn er auch meint, vorher müsse der preußische Militarismus niedergeworfen sein. Ich wundere mich, erwiderte der Kanzler, wie Sir Edward Grey immer noch von Preußen im Gegensatz zu Deutschland sprechen kann. Ich weiß sehr wohl, daß

die Unkenntnis der deutschen Zustände,

die vor dem Kriege in England sowohl wie in Frankreich herrschte, daß die Spekulation auf innere Uneinigkeit Deutschlands Wasser auf die Mühle der englischen und französischen Kriegsparteien gewesen ist. Aber ich hatte geglaubt, die wunderbare und heldenmütige Einheit des gesamten deutschen Volkes in der Verteidigung der Heimat hätte jetzt den Herren die Augen geöffnet. Und dann der Militarismus!

Wer war es, der in den letzten 20 Jahren mit Militarismus Politik getrieben hat. Deutschland oder England? Denken Sie doch an Aegypten, an Fashoda. Fragen Sie die Franzosen, welche Macht damals Frankreich durch seine Drohungen die Demütigung auferlegte, die lange als die „Schmach von Fashoda“ bitter empfunden wurde. Denken Sie an den Burenkrieg, an Algieras, wo England nach der eigenen Erklärung Sir Edward Greys Frankreich zu verstehen gab, daß es im Falle eines Krieges auf Englands Hilfe rechnen könne, und die Generalstäbe beider Länder sich entsprechend zu verständigen begannen. Dann kam die Bosnische Affäre. Deutschland war es, das damals den Krieg abwendete, indem es Rußland zur Annahme eines Vermittlungsvorschlages bewog. England gab in Petersburg sein Mißvergnügen mit dieser Lösung zu erkennen. Sir Edward Grey aber erklärte bei dieser Gelegenheit, wie mir zuverlässig bekannt ist, er glaube, die englische, öffentliche Meinung würde, falls es zum Kriege gekommen wäre, die Beteiligung Englands an Rußlands Seite gebilligt haben.

Dann Agadir. Wir waren im besten Zuge, unsere Differenzen mit Frankreich im Verhandlungswege zu schlichten, als England mit der bekannten Rede Lloyd Georges dazwischen fuhr und die Kriegsgefahr heraufbeschwor.

„Ich will nicht entscheiden, ob Cure Exzellenz recht haben“, sagte ich, „aber Sir Edward Grey meinte doch, Cure Exzellenz hätten genau gewußt, daß England niemals Böses gegen Deutschland im Schilde geführt habe.“

„Ich brauche als Antwort wohl bloß das Wort

„Einkreisungspolitik“

auszusprechen“ erwiderte der Kanzler. „Aus den veröffentlichten Dokumenten der belgischen Archive weiß alle Welt, daß auch neutrale Staatsmänner wie die belgischen Diplomaten nicht nur in

öffentliche Reden wird der Haß unter den Völkern nur immer mehr geschürt. Und das ist nicht der Weg, der zu dem Idealzustande Sir Edward Greys führt, in dem freie und gleichberechtigte Völker ihre Rüstungen einschränken und ihre Zwistigkeiten instatt durch den Krieg durch Schiedspruch lösen.

„Ich habe zweimal öffentlich festgestellt, daß Deutschland bereit war und ist, die Beendigung des Krieges auf einer Grundlage zu erörtern, die eine Gewähr gegen künftige Angriffe durch eine Koalition seiner Feinde bietet und Europa den Frieden sichert. Herr Poincarés Antwort darauf haben Sie gehört.“

„Aber,“ warf ich ein, „Sir Edward Greys Interview klingt doch anders.“

„Das weiß ich nicht,“ erwiderte der Kanzler, „das kann nur Grey selbst beurteilen. Aber eines weiß ich: nur wenn sich die Staatsmänner der Kriegführenden Länder auf den Boden der wirklichen Tatsachen stellen, wenn sie die Kriegslage so nehmen, wie sie jede Kriegsernte zeigt, wenn sie mit dem ehelichen Willen, das irdische Blutvergießen zu beenden, bereit sind, untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch zu erörtern, nur dann werden wir uns dem Frieden nähern. Wer dazu nicht bereit ist, der trägt die Schuld, wenn sich Europa noch fernerhin zerfleischt und verunruhigt. Ich weise diese Schuld weit von mir.“

23. IV. 1916

Italiens Jubeltag.

Uns Miterlebenden vergönnt die blutige Zeit es noch nicht, die riesenmäßigen grotesken Humore mit unbefangener Heiterkeit zu genießen, welche der betrogenste Betrüger im Reichen der Verbändler mit seinem Kriegsschwindel als Ein- schlag ins ewige Gewebe der Weltgeschichte geliefert hat. Blut muß verbleichen, Tränen müssen getrocknet sein, ehe die bizarre Komödie der d'Annunzio, Cadorna, Tittoni, Barzilai o tutti quanti von einer befriedeten Welt rein genossen werden können. Uns ist an dem Tage, da Italien die Feier des Jahrestages seiner Kriegserklärung — abgesagt hat, dringen- der Umstände halber abgesagt hat, nur erst ein unbeholfenes Erstaunen möglich über die Möglichkeit eines so ungeheuer- lichen nationalen Schwindels, wie dieser Krieg Italiens ihn bedeutet.

England wollte Macht, Rußland wollte ans offene Meer, jenes seine Auseinanderlegung mit Deutschland, dieses die seine mit Oesterreich-Ungarn; Frankreich wollte seine Rache, Italien aber wollte nur seine aberwitzige Eitelkeit. So wurde von all den hohlen Kriegsspekulationen der Verbändler die italienische die hohllste und schwindelhafteste. In Rußland gab der moskowitzisch-unbefümmerte, blutwatende Ehrgeiz beutegemohnter Weltpekulanten, in Frankreich der ver- stiegene Ehrgeiz einer regierenden Advokatenzunft dem Kriege Gesicht und Note. In Italien aber wurde die Honorarbedürftigkeit einer ausgemergelten literarischen Dünkelgröße zum Merkmal des „lateinischen Befreiungs- krieges“ der neuen Römer vom Jahrgang 1915/16.

Wie der Ursprung und Anfang, so der Verlauf und die Summe des bisherigen Ergebnisses. Ueberall an, auf und über der Adria und an den „unerlösten“ Grenzen schrieben die Waffen blutige Satiren auf das taumelnde Phrasenwesen des Neurömertums. Die Beherrscher der Adria durften sich auf der Adria nicht sehen lassen, die Erretter Serbiens und Montenegros sahen den Untergang ihrer Schutzbefohlenen. Vor Görz verschlang der Rausch der Neurömer Zehntausende und aber Zehntausende von Menschenleben; die Wetter- berichte Cadornas wurden zur stehenden Scherzrede in der Presse der Welt, die Hurenstüchchen des Nationalheiligen Gabriele zum gelben Gelächter Europas. Und nach einem Jahr voll täglicher bluttriefender Mißerfolge steht die Jubel- feier des Kriegsbeginns, die Wiederkehr des Tages der Er- hebung, der Befreiung, Erlösung, Erneuerung im Zeichen einer Niederlage schweren großen Stiles. Selbst italienischen Ministern dieses Jahrganges vergeht darüber das Fest- reden. Selbst dem immer sangbereiten Gabriele dürfte sein gewiß schon fertiger, hoffentlich im Vorschuh bezahlter Fest- lang im Halse stecken bleiben. Beredter als seine tönendste Beredtsamkeit sprechen die lakonischen Worte des österreichisch- ungarischen Heeresberichtes die rechte Rede zu diesem „Jubel- tag“: „... Die Niederlage der Italiener... wird immer

großer... Der Feind wurde aus seiner ganzen Stellung ge- worfen... 23 883 Gefangene... 170 Geschütze... Das übertrifft kein d'Annunzionsartiges Gefolge, das verregnet sein Cadornascher Regen. So, die italienische Eitelkeit, die diesen Krieg begann, um sich vor Europa und der Welt in der billig gewöhnlichen Rolle der Entschleiderin zu spielen, ist schlecht auf ihre Kosten ge- kommen. Der Reiz eines alten Heeres, wenn man das Kriegs- einem in den Ohren, wenn man das Kriegs- vom ersten bis auf diesen Tag betrachtet: „Wie steht es mit der vor Europa da?“ Ein Italiener gab die Antwort! Der italienische Zeitungsman Ewin, von einer langen Reihe durch den Balkan, Rußland und Standorten nach dem heimlichen Süden zurückgeführt, schreibt im „Corriere della Sera“ eine sehr melancholische neue Strophe zu dem alten Hoffentzertum. Er hat Europa nach dem Ruhm der Sten-

siegreichen Waffen unterliege, welche so entschlossen und glänzend unsre gerechte Sache verteidigen. Bürgermeister Dr. Groß."

Zapfenstreich in Graz.

Graz, 23. Mai. Der bei Eintritt der Dunkelheit von den Grazer Militär- und Bürgerkorpskapellen veranstaltete Zapfenstreich aus Anlaß der herrlichen Waffenerfolge unsrer Truppen auf dem südwestlichen Kriegsschauplatz löste in der ganzen Stadt begeisterte Jubelstimmung für die siegreichen Truppen und insbesondere für deren Führer, den Erzherzog Karl Franz Josef, aus. Eine dicke Menschenmenge bildete in den Straßen, durch welche die Musiktabellen zogen, Spalier und begleitete unter Vorantragung von Fahnen in den Farben der verbündeten Staaten und unter Schreien auf die verbündeten Monarchen, die Heerführer und die Truppen, die Kapellen. Vor der Burg, dem Militärkommando, der Wohnung des Militärkommandanten und dem Rathhause am Hauptplatz fanden Serenaden statt. Die von den Kapellen intonierte Volkshymne wurde von der Menschenmenge mitgesungen und stürmische Hochrufe auf den Kaiser ausgebracht. Die in den Straßen weisenden Offiziere und Soldaten waren Gegenstand herzlicher Begrüßung seitens der Bewohnerschaft.

Eine Feier in Lemberg.

Lemberg, 23. Mai. Zur Feier der Siege an der italienischen Front war die Stadt heute festlich besetzt. Abends durchzog eine Militärkapelle mit klingendem Spiel die Straßen und beschloß den Zapfenstreich vor dem Gebäude des Stadtkommandos mit dem Vortrage der Volkshymne, welche mit brausenden Hochrufen vom Publikum aufgenommen wurde.

Regierungskommissär Bezirkshauptmann Dr. Grabowski richtete Glückwunschtelegramme an den Erzherzog Karl Franz Josef und an das Armeehauptkommando.

Die Stadt Lemberg rüstet sich zu einer großen Feier des ersten Jahrestages der Befreiung von der russischen Invasion. Am 21. und 22. Juni werden festliche Veranstaltungen stattfinden. Einen wichtigen Programmpunkt der Festlichkeiten bildet die Eröffnung einer von der Stadtverwaltung veranstalteten Kriegsausstellung, zu deren Besichtigung der Regierungskommissär durch einen Aufruf auffordert.

Die italienischen Ulfenmeldungen.

Wien, 23. Mai. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Der italienische Tagesbericht vom 18. d. enthält die Behauptung, daß die Italiener am frühen Morgen des 17. d. unsre Angriffe auf den Abhängen des Monte Bari unter schweren Verlusten zurückgeschlagen hätten.

Die italienische amtliche Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Wir griffen die feindlichen Stellungen auf den Hängen des Monte Bari weder am 16. d., nachts, noch am 17. d. an. Der im italienischen Bericht erwähnte Angriff dürfte sich auf die Patrouillenaktivität in den Nächten vom 15. und 16. d. beziehen. Der Feind wurde durch Patrouillen heimlich, welche gegen die feindlichen Feldwachen vorgingen und sie mit Feuer und Handgranaten überfielen.

Am 20. d. berichtet Cadorna über keine, für die Italiener angeblich günstig verlaufene Kämpfe im Ortlergebiet.

Diese Meldung ist auch frei erfunden. Im Ortlergebiet fanden in der letzten Zeit überhaupt keine Kämpfe statt, und die gelegentlichen Patrouillenunternehmungen gehen zu her bescheiden großsprecherischen italienischen Meldung keine Grundlage.

Eine Antwort des Reichskanzlers an Grey.

Berlin, 22. Mai. In der Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten R. von Wiegand, über die schon berichtet worden ist, hat der Reichskanzler zu den jüngsten Auslassungen des englischen Ministers Sir Edward Grey Stellung genommen. Herr v. Wiegand telegraphierte der „New-York World“ über dieses Interview folgendes:

„Nach 22 Monaten eines furchtbaren Kriegees, nach Millionen Opfern an Toten,

Verwundeten und Verstümmelten, nachdem den Schultern des gegenwärtigen und künftigen Geschlechtes eine schwere Schuld an Gut und Blut aufgebürdet worden ist, beginnt England einzusehen, daß das deutsche Volk nicht zermalmt, daß die deutsche Nation nicht vernichtet werden kann. Jetzt, wo es dies erkannt, erklärt Sir Edward Grey, daß die britischen Staatsmänner niemals Deutschland zermalmen oder vernichten wollten, trotz gegenteiliger Aeußerungen seiner Ministerkollegen, trotz der Forderungen der englischen Presse und trotz des Raders, den Präsident Boincaré dem französischen Volk vorgehalten hat, daß, wenn es bis zum Ende durchhalte, England und Frankreich Deutschland den Frieden diktieren werden.“ So äußerte sich heute der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, als ich auf meine Bitte von ihm empfangen wurde, um ihn zu fragen, ob er zu den Auslassungen Sir Edward Greys zu Herrn Edward R. Bell von den „Chicago Daily News“ Stellung nehmen wolle.

Glauben Sie, daß eine Brestpolitik uns weiterführt? jagte der Kanzler. Sie zwingt uns, auf Vergangenes zurückzublicken, anstatt daß wir uns der Zukunft zuwenden sollten.

Ja, war ich ein, ist es nicht gerade Sir Edward Grey, der seine Blicke auf die Zukunft richtet? Was er anstrebt, ist doch eine friedliche Zukunft der Welt, wenn er auch meint, vorher müsse der preussische Militarismus niedergeworfen sein.

Der Militarismus.

Ich wundere mich, erwiderte der Kanzler, wie Sir Edward Grey immer noch von Preußen im Gegensatz zu Deutschland sprechen kann. Ich weiß sehr wohl, daß die Unkenntnis der deutschen Zustände die vor dem Kriege in England sowohl wie in Frankreich herrschte, daß die Spekulation auf innere Uneinigkeit Deutschlands Wasser auf die Mühle der englischen und französischen Kriegsparteien gewesen ist. Aber ich habe geglaubt, die wunderbare und heldenmüthige Einheit des gesamten deutschen Volkes in der Verteidigung der Heimat hätte jetzt den Herren die Augen geöffnet. Und dann der Militarismus!

Wer war es, der in den letzten zwanzig Jahren mit Militarismus Politik getrieben hat? Deutschland oder England? Denken Sie doch an Aegypten, an Tschoda! Fragen Sie die Franzosen, welche Macht damals Frankreich durch seine Drohungen die Demütigung auferlegte, die lange als die „Schmach von Tschoda“ bitter empfunden wurde. Denken Sie an den Burenkrieg, an Algiciras, wo England, nach der eigenen Erklärung Sir Edward Greys, Frankreich zu verstehen gab, daß es im Falle eines Krieges auf Englands Hilfe rechnen könne, und die Generalstäbe beider Länder sich entsprechend zu verständigen begannen.

Dann kam die bosnische Krise. Deutschland war es, das damals den Krieg abwendete, indem es Rußland zur Annahme eines Vermittlungsvorschlages bewog. England gab in Petersburg sein Mißvergnügen mit dieser Lösung zu erkennen. Sir Edward Grey aber erklärte bei dieser Gelegenheit, wie mir zuverlässig bekannt ist, er glaube, die englische öffentliche Meinung würde, falls es zum Kriege gekommen wäre, die Beteiligung Englands an Rußlands Seite gebilligt haben.

Dann Agadir. Wir waren im besten Auge, unsre Differenzen mit Frankreich im Verhandlungswege zu schließen, als England mit der bekannten Rede Lloyd Georges da zwischenfuhr und die Kriegsgefahr heraufbeschwor.

Ich will nicht entscheiden, ob Euer Excellenz recht haben, sagte ich, aber Sir Edward Grey meinte doch, Euer Excellenz hätten genau gewußt, daß England niemals Böses gegen Deutschland im Schilde geführt habe.

Die Einkreisungspolitik.

Ich brauche als Antwort wohl bloß das Wort „Einkreisungspolitik“ auszusprechen, erwiderte der Kanzler. Aus den veröffentlichten Dokumenten der belgischen Archive weiß alle Welt, daß auch neutrale Staatsmänner, wie die belgischen Diplomaten

160

Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Von Ladislaus Freiherrn v. Sengelmlüller.

St. u. i. Botschafter in Washington a. D.

Abbazia, 22. Mai.

Nur zögernd erfülle ich Ihren Wunsch, einige Betrachtungen zu der kürzlich beigelegten Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen anzustellen. Es ist schwer, über dieses Thema ohne Bitterkeit zu schreiben, und niemand empfindet dieselbe schmerzlicher als ich, der ich mit der großen Republik jenseits des Ozeans durch so viele Bande sympathischer Erinnerungen verbunden bin.

Am 20. April 1915 hat Präsident Wilson in New York eine Rede gehalten, in der er seinen Landsleuten die Bewahrung einer wahren Neutralität empfahl und hervorhob, daß diese aus Sympathien für die ganze Menschheit hervorgehen und ihre Grundlagen in Billigkeit, gutem Willen und Unparteilichkeit des Geistes und Urteils finden müsse. Am 20. April 1916, also auf den Tag um ein Jahr später, hat er dann an Deutschland die Note gerichtet, in der er in schroffer Form die Einstellung der bisherigen Methoden des Unterseebootkrieges unter Androhung sonstigen Abbruches der diplomatischen Beziehungen forderte. Es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß Präsident Wilson sein jetziges Vorgehen mit dem Geiste seiner vorjährigen Kundgebung im Einklang stehend erachtet. Ein Angehöriger der um ihre Existenz und Sicherheit ringenden Zentralmächte wird ihm in diesem Glauben nicht folgen können.

Als Mr. Wilson seine vorjährige Rede hielt, war der Unterseebootkrieg in seiner von Amerika beanstandeten Form bereits im Gange und der Gegensatz der beiderseitigen Auffassungen zum Ausdruck gelangt. Klauen und gefährlichen Charakter hat er aber erst nach der Versenkung der „Lusitania“ und der dadurch in den Vereinigten Staaten hervorgerufenen Aufregung angenommen. Die Forderungen, welche dann die amerikanische Regierung in ihren Noten vom 10. Juni und 23. Juli stellte, liefen virtuell auf die gänzliche Einstellung des Unterseebootkrieges gegen Handelsschiffe hinaus.

Zur Begründung ihrer Forderungen berief sich die amerikanische Regierung auf die Bestimmungen des Völkerrechtes, die Gebote der Humanität und das auf beiden beruhende Recht ihrer Bürger und Sicherung ihres Lebens und Eigentums.

Es ist aber eine feststehende Tatsache, daß Deutschland zu dem Unterseebootkrieg in seiner von Amerika beanstandeten Form erst als Retorsionsmaßregel gegriffen und daß England mit der Verletzung der anerkannten völkerrechtlichen Normen über die Führung des Seekrieges begonnen hat. England hat die Nordsee als Kriegsgebiet erklärt und die ganze legitime neutrale Schifffahrt nach den deutschen Häfen unterbunden, ohne doch eine effektive Blockade zu etablieren, wie eine solche durch die bekannten Pariser Deklarationen bedingt wurde. England hat weiter die Begriffe der Kriegshinterbände auf die willkürlichste Art erweitert und sich das Recht angemacht, jegliche Einfuhr neutraler Ware zu uns und unseren Verbündeten in Beschlag zu nehmen. Wie mit der Verletzung der völkerrechtlichen Bestimmungen hat England auch mit der Verletzung der Gebote der Humanität den Anfang gemacht. Bereits am 16. November 1914 hatte Mr. Asquith im Unterhause erklärt, daß es eine der Hauptaufgaben Englands sei, die Einfuhr von Nahrungsmitteln für die deutsche Bevölkerung über neutrale Häfen zu verhindern. Daß das Vorhaben, ein Land durch Aushungerung seiner nicht-kämpfenden Zivilbevölkerung, seiner Frauen und Kinder zur Niederwerfung zu bringen, mit den Geboten der Humanität nicht vereinbar ist und das derart angegriffene Land zur Ergreifung jeglicher Abwehrmittel drängt, bedarf erst keiner längeren Auseinandersetzung.

Neutrale Rechte und Interessen sind durch dieses Vorgehen Englands ebenfalls geschädigt worden. Die Vereinigten Staaten haben diesfalls auch in London Vorstellungen erhoben und eine Reihe von Noten dahin ergehen lassen, deren Ton und Form aber von den nach Berlin und Wien gerichteten sehr verschieden war. In früheren Zeiten war der Klang des „echt amerikanischen Metalls“ in diplomatischen Schriftstücken der Bundesregierung nichts Ungehörliches. Mit der allgemeinen und zweifellosen Anerkennung ihrer Weltstellung ist derselbe angenehmerweise außer Übung gekommen, neuerdings aber in der „Ancona“-Note an uns und der vom 20. April nach Berlin wieder angeschlagen worden. Von diesem Tone war in den nach London gerichteten Vorstellungen nichts zu hören, obgleich dieselben meines Wissens sämtlich ohne Erfolg geblieben sind.

Den deutschen Standpunkt, daß der Unterseebootkrieg eine durch die englischen Rechtsverletzungen aufgezwungene Vergeltungs- und Notwehrmaßregel und als solche gerechtfertigt sei, hat Präsident Wilson nicht gelten lassen. Vielmehr hat er sich in der Note vom 23. Juli v. J. auf den Standpunkt gestellt, daß sowohl Menschlichkeit als Gerechtigkeit und angemessene Rücksicht auf die Würde neutraler Mächte die Einstellung von Vergeltungsmaßregeln am Feinde verlangen, wenn durch solche das Leben oder das Eigentum Neutralen geschädigt werde.

Hier sind wir nun zu dem Punkte gekommen, wo das Vorgehen des amerikanischen Präsidenten als mit dem Geiste der von ihm seinen Landsleuten einst empfohlenen wahren und unparteilichen Neutralität im Widerspruch stehend von uns empfunden werden muß. Denn eine solche Neutralität kann sich nicht auf die Geltendmachung formell begründeter rechtlicher Ansprüche nach der einen Seite beschränken, sondern muß, den tatsächlichen Gesamtverhältnissen Rechnung tragend, die Wirkung und Tragweite dieser Ansprüche in billiger Weise abmessen und nicht wie Schatten in möglichst gleichem Maße zu verteilen suchen.

Der amerikanischen Verwahrung gegen die Gefährdung des Lebens amerikanischer Bürger auf offener See war Deutschland stets bereit, Rechnung zu tragen. Wäre die deutsche Anregung einer Vereinbarung vom Juni vorigen Jahres über die Verwendung bestimmter Schiffe zum Passagierdienst angenommen worden und zur Ausführung gelangt, so hätte wohl selber kein einziger amerikanischer Bürger durch den Unterseebootkrieg sein Leben verloren. Die Bundesregierung hat diese Anregung mit der seltsam klingenden Begründung abgelehnt, daß eine solche Vereinbarung die stillschweigende Sanktionierung der beanstandeten Unterseebootangriffe auf andere Schiffe bedeuten würde. Es wäre wohl nicht schwer gewesen, einer solchen Auslegung durch eine Zusatzverwahrung vorzubeugen, und im übrigen konnte es sich bei der Festführung von Schiffen, auf denen sich keine amerikanischen Bürger befanden, nicht um amerikanische Interessen handeln. Die Gebote der Humanität und die Bestimmungen des Völkerrechtes würden wohl auch im „Baralong“-Falle, bei Belegenheit des im Insichlassens der Besatzung des niedergegangenen deutschen Luftschiffes, der Torpedierung der „Elektra“ und des Küstendampfers „Dubrovnik“ in flagrantester Weise verletzt, ohne daß sich die amerikanische Regierung — soweit mir bekannt — veranlaßt gesehen hätte bei unseren Feinden diesfalls ihre Stimme zu erheben.

Ueber die Tatsache, daß die amerikanische Regierung uns und unsere Feinde nicht mit dem gleichen Maße mißt, ist in unserem Urteile und in unserem Empfinden nicht hinwegzukommen. Sie wird von jedem einzelnen um so schmerzlicher empfunden werden, je lebendiger in ihm der Wunsch nach Aufrechthaltung guter Beziehungen zu der großen Republik und nach deren künftiger Entwicklung war. Die deutsche Regierung hat durch ihr jüngstes weitgehendes Entgegenkommen bewiesen, wie hohen Wert sie auf diese Beziehungen legt. Die Aufnahme, welche dasselbe bei Präsident Wilson gefunden hat, hat den Konflikt vorläufig bei-

gelegt, ist aber nicht geeignet, die unserem Empfinden geschlagnene Wunde zu heilen. Die These, daß unsere und unserer Verbündeten Verantwortlichkeit mit den englischen Rechtsverletzungen nicht in Verbindung gebracht werden könne, absolut, nicht relativ sei, wäre selbst in einer juridischen Prozesschrift nicht völlig einwandfrei, die Uebertragung ihrer Anwendbarkeit auf einen Existenzkrieg wie den jetzigen widerspricht den Geboten der Selbsterhaltung, daher dem menschlichen Empfinden und dem Geiste unparteilicher Neutralität.

Amerika hätte in diesem Kriege eine überragend große und edle Rolle spielen können, wenn es von Anfang an und unentwegt in dem von Mr. Wilson empfohlenen Geiste echter Neutralität gehandelt und nach allen Seiten hin mit Nachdruck für die Rechte der Neutralen eingetreten wäre. Daß seine Sympathien sich auf unsere Seite stellen würden, konnte nach dem Verlaufe der von mir öfters geschilderten Entwicklung seiner äußeren Beziehungen und deren Rückwirkung auf seine innere Stimmung nicht erwartet, noch weniger verlangt werden. Aber man hätte erwarten dürfen, daß es, seinen Traditionen getreu, für die Nichtbeheiligung neutralen Handels und Schifffahrt und für die Freiheit der Meere eintreten werde. Bisher hat es aber seine Energie allein auf die Behinderung des Unterseebootkrieges konzentriert.

Wenn dieser Krieg nicht umsonst geführt werden soll, wird er zu einer Reform des bisherigen, allein auf Sicherung englischer Gewalt Herrschaft hinzielenden Seerechtes führen müssen. Der Natur der Dinge nach wird hiebei Amerika ein maßgebendes Wort mitzusprechen haben. Wir können nur hoffen, daß die weitere Entwicklung der Dinge es dazu führen wird, seine Stimme im Geiste wahrer Neutralität und seiner alten Traditionen zu erheben.

Die türkischen Abgeordneten in Berlin.

Berlin, 24. Mai. Zu Ehren der türkischen Abgeordneten fand nachmittags im deutschen Reichstag ein festlicher Empfang durch das Reichstagspräsidium statt, an welchem unter andern die Staatssekretäre Dr. Helfferich, v. Jagow, Dr. Lisco und Kraetke, die Staatsminister v. Breitenbach, Lenze, Beseler und viele Abgeordnete aller Parteien teilnahmen. Reichstagspräsident Dr. Raempf sagte in einer Ansprache unter andern: Ein bedeutungsvoller Augenblick ist es, in dem wir uns im deutschen Reichstage von Volk zu Volk die Hände reichen, denn es kommt in ihm der ganzen Welt zum Bewußtsein, daß sich verwirklicht hat, was unser Kaiser im Jahre 1898 in Konstantinopel weitblickend ausgesprochen hatte: daß zwei große Völker verschiedener Abstammung und verschiedenen Glaubens wohl gute Freunde werden können und in friedlichem Wettbewerb sich gegenseitig zu nützen vermögen. Der gewaltige Krieg, den Sie und wir zusammen mit unsern tapferen Verbündeten führen, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Befreiungskrieg. Sie wie wir wollen unsre geistigen und wirtschaftlichen Kräfte frei entwickeln können, fernerhin nicht mehr behindert durch englische Selbstsucht und russische Bedrückung. (Bravorufe.) Die glänzenden Siege der osmanischen Armee auf Gallipoli, bei Kut-el-Amara und bis zum Suezkanal, die heroischen Waffentaten unsrer Verbündeten im Osten, Süden und auf dem Balkan, Deutschlands Erfolge an allen Fronten haben unsern Feinden gezeigt, daß wir mit unsern Verbündeten unbesiegbar sind.

Der Professor der Universität in Konstantinopel Said Sachim-Bei, Abgeordneter für Bordur, antwortete auf diese Ansprache und sagte unter andern: Deutschland mit seiner Größe und seiner Vergangenheit ist ein Kulturstaat. Klare Köpfe, hervorragende Persönlichkeiten, die Deutschland auf diese Stufe gehoben haben, bereiteten Deutschland eine sichere und glänzende Gegenwart und Zukunft. Wir haben einige Verträge mit Deutschland auf Gegenseitigkeit abgeschlossen und wir hoffen, daß das so auf gegenseitigen Rechten gebaute Bündnis in Zukunft seine Früchte weiter tragen werde. (Lebhafter Beifall.)

Sassan Riza-Bascha, der Abgeordnete für Hobeida, brachte hierauf auf den deutschen Kaiser ein dreimaliges Hoch aus.

Der Reichskanzler an die türkischen Abgeordneten.

Berlin, 24. Mai. Beim Empfang der türkischen Abgeordneten hielt der Reichskanzler folgende Ansprache:

„Meine Herren! Als unsre Kreuzer im Mittelmeer beim Ausbruch des Krieges nach erfolgreichem Vorstoß gegen französische Häfen sich ihren Weg mitten durch die Feinde bahnen mußten, hangte bei uns manches Herz um ihr Schicksal. Wir wußten, daß eine englische Uebermacht auf sie lauerte wie auf eine sichere Beute. Ein Jubel ging durch unser Volk, als die Botschaft kam, daß unsre Schiffe nach gelungenem Durchbruch in den Gewässern von Konstantinopel bei Freunden geborgen sind.

Monate harten Kampfes folgten, wo Deutschland und Oesterreich-Ungarn, nur auf sich selbst gestellt, dem Ansturm der Feinde trotzten.

Da trat der Freund als Bundesgenosse an unsre Seite, der erste, der in uns den Sieger erkannte und entschlossen seine Sache mit der unsern verband. Und abermals ging eine Woge der Freude durch Deutschlands Gauen.

Den Freund, den Bundesgenossen, das türkische Volk begrüße ich in Ihnen, meine Herren! Seien Sie herzlich willkommen auf deutschem Boden, willkommen im Hause des Reichskanzlers!

Wieder flattern im deutschen Bunde türkische Fahnen, wie an jenen Tagen, da an der osma-

25./V. 1916

166

War Deutschland der Friedensbrecher?

— Zur weltpolitischen Auseinandersetzung
Grey — Bethmann Hollweg. —

Von Alfred Nemet.

Budapest, 24. Mai.

In den Spalten amerikanischer Zeitungen spielt sich ein welthistorisches Turnier zwischen Sir Edward Grey und Herrn von Bethmann Hollweg ab. Die Funkentelegraphie befördert die Worte, denen die Welt heute spannungsvoll entgegenhorcht.

„Glauben Sie, daß eine Prekpolet mit uns weiterführt?“ fragte der Kanzler seinen Ausfrager. „Sie zwingt uns, auf Vergangenes zurückzublicken, anstatt daß wir uns der Zukunft zuwenden.“

Herr von Bethmann Hollweg machte denn auch bei der Vergangenheit nicht Halt. Seine Darlegungen erschöpften sich nicht in der Berichtigung der Ausführungen, die der englische Staatssekretär für Aeußeres betreffend die Voreignisse des Krieges gemacht hat; er lenkte die Aufmerksamkeit auch auf die Zukunft. Mit der ihm eigenen lichtvollen, ungezierten und bestimmten Ausdrucksweise gab er eine konkrete Kennzeichnung der Möglichkeiten der friedlichen Entwicklung, indem er, von dem leeren Dramabasierenden der Ententestaatsmänner abweichend, den Weg des Friedens in den Worten kennzeichnete, „daß sich die Staatsmänner der kriegführenden Länder auf den Boden der wirklichen Tatsachen stellen und die Krieagslage so nehmen mögen, wie sie jede Kriegskarte zeigt. Wenn sie mit dem ehrlichen Willen, das entsetzliche Blutvergießen zu beenden, bereit sind, untereinander die Kriegs- und Friedensprobleme praktisch zu erörtern, nur dann werden wir uns dem Frieden nähern.“

Das sind ernste, schwerwiegende Worte, die an der Seele der nach Frieden schmachtenden Welt nicht spurlos vorüberziehen können.

Der deutsche Reichskanzler erkannte es aber auch als seine Pflicht, mit einer seiner Stellung und seiner staatsmännischen Bedeutung entsprechenden Objektivität, mit datenmäßiger Begründung der unausgeglichenen Anklage entgegenzutreten, dergemäß die Herausbeschuldigung des Weltkrieges das Gewissen Deutschlands und der deutschen Auslandspolitik belaste, und Deutschland, würde es den Willen dazu gehabt haben, den Ausbruch des Krieges hätte verhindern können. „Immer erneut,“ so sagte er, „kommt Grey auf die Behauptung zurück, Deutschland hätte den Krieg vermeiden können, wenn es auf den englischen Konferenzvorschlag eingegangen wäre.“

Wir wollen nun einmal sehen, wie sich diese Frage nach dem Zeugnis der amtlich veröffentlichten diplomatischen Akten verhält, wie die Frage in Wirklichkeit lag.

In dem Verlaufe der dem Kriege vorangegangenen ganzen diplomatischen Kampagne war Sir Edward Grey eigentlich nur von dem einen Gedanken besetzt, die Londoner Botschafter der an dem österreichisch-ungarisch-russischen Konflikt unmittelbar nichtinteressierten vier Großmächte England, Frankreich, Deutschland und Italien unter dem Vorhitz des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen zu einer Konferenz zusammenzubringen, um die Modalitäten der friedlichen Beilegung des Konfliktes zu diskutieren. Diesen englischen Vorschlag, den die Diplomatie der Entente in sämtlichen Zentren Europas aus allen Kräften lancierte, brachte seine Doppelzüngigkeit zu Falle und seine nur allzu durchsichtige Tendenz, die von den Auswärtigen Aemtern der Mittelmächte augensichtlich erkannt wurde. Das Ziel war deutlich: die Entente wollte die Monarchie vor ihren

Richterstuhl bescheiden und durch das Erkennen eines Londoner Aroepags aussprechen lassen, mit welcher Genugtuung von Seiten der serbischen Regierung Oesterreich-Ungarn sich zufriedenzugeben habe. Dieser Vorschlag Sir Edward Greys spulte durch die ganze diplomatische Kampagne, denn der englische Staatssekretär des Auswärtigen hing mit großer Vorliebe an dieser Idee, die eine tödliche Demütigung der Monarchie bezweckte.

In konkreter Form ist Grey mit dem Plane einer Konferenz am 26. Juli 1914 hervorgetreten, an welchem Tage er an den Berliner, den römischen und den Pariser Botschafter Englands folgende Zirkulardepeche richtete:

Englisches Blaubuch 36.

Auswärtiges Amt, 26. Juli 1914.

Wäre der Minister des Auswärtigen geneigt, den hiesigen Botschafter zu veranlassen, gemeinsam mit den Vertretern Frankreichs, Italiens und Deutschlands und mir unverzüglich hier zu einer Konferenz zusammenzutreten, zu dem Zweck, einen Ausweg zur Verhütung von Verwicklungen zu finden? Bitte den Minister des Auswärtigen zu fragen, ob er dies tun würde. Wenn ja, sollten die Vertreter in Belgrad, Wien und Petersburg, wenn sie die obige Anregung zur Kenntnis der Regierungen bringen, bei denen sie beglaubigt sind, bevollmächtigt werden, zu ersuchen, daß alle aktiven militärischen Operationen eingestellt würden, so lange die Ergebnisse der Konferenz in der Schwebe wären.

Es ist äußerst interessant, daß die Unannehmbarkeit des Vorschlages von der Ententediplomatie selber sofort erkannt wurde. Laut Zeugenschaft des englischen Blaubuches richtet der englische Botschafter in Wien, Bunsen, folgende Depeche an das Londoner Foreign Office:

Englisches Blaubuch 40.

Als die Wiedergabe Ihres Telegrammes vom 26. Juli nach Paris eintraf, waren der französische und der russische Botschafter beide bei mir. Sie drückten große Befriedigung mit seinem Inhalt aus, den ich ihnen mitteilte. Sie zweifelten jedoch daran, ob der Grundsatz Rußlands, als interessierte Partei zum Mitreden in der Beilegung eines rein österreichisch-serbischen Streitfalles berechtigt zu sein, von der österreichischen und ebenso von der deutschen Regierung angenommen werden würde.

Der russische Botschafter selbst verleiht also dem Zweifel daran Ausdruck, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland bereit sein würden, Rußland als interessierte Partei zum Mitreden in einem Streitfalle zwischen der Monarchie und Serbien zu berechtigen.

Dieses von dem englischen Auswärtigen Amte veröffentlichte Dokument ist ein entscheidendes Beweisstück für die Absurdität von Greys Standpunkt.

In Rom und Paris wird der Vorschlag natürlich mit Jubel begrüßt; Viviani empfängt ihn mit förmlichem Hosannah.

Es ist indes nicht uninteressant, daß sich auch der russische Minister des Aeußeren Sazonow für die Idee einer Konferenz nicht besonders begeisterte. Diefür zeugt jene Depeche des russischen Ministers des Aeußeren, in der er dem Londoner Botschafter Rußlands die Antwort mitteilt, die er dem englischen Vertreter am

Petersburger Hofe auf das vorgelegte Konferenzprojekt Greys gegeben hatte:

Englisches Blaubuch 53.

Der britische Botschafter kam sich vergewissern, ob wir es für wünschenswert halten, daß Großbritannien die Initiative zur Besprechung einer Konferenz der Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens ergreife, um die Möglichkeit eines Ausweges aus der gegenwärtigen Lage zu prüfen. Ich erwiderte dem Botschafter, daß ich Unterredungen mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter begonnen hätte unter Bedingungen, welche, wie ich hoffe, günstig wären. Ich hätte jedoch bis jetzt noch keine Antwort auf den von mir gemachten Vorschlag zur Revision der Note zwischen den beiden Kabinetten erhalten. Sollten sich direkte Auseinandersetzungen mit dem Wiener Kabinett als unmöglich erweisen, so bin ich bereit, den britischen Vorschlag anzunehmen oder irgendeinen anderen Vorschlag, der eine günstige Lösung des Konflikts herbeizuführen geeignet wäre.

Wahr ist unstreitig, daß Deutschland den Konferenzvorschlag Greys glatt zurückgewiesen hat.

Am 27. Juli hat Staatssekretär v. Jagow dem Berliner britischen Botschafter Goshen das folgende erklärt:

Deutsches Weißbuch 14.

Es ist für uns unmöglich, unseren Bundesgenossen in seiner Auseinandersetzung mit Serbien vor ein europäisches Gericht zu ziehen. Unsere Vermittlungstätigkeit muß sich auf die Gefahr eines österreichisch-russischen Konflikts beschränken.

Ganz irrig aber und nicht stichhaltig ist die Vermutung Sir Edward Greys, die Annahme des Konferenzplanes sei vom Standpunkt Deutschlands abhängig gewesen. Es kann aufs bestimmteste festgestellt werden, daß die Monarchie trotz ihrer über jedem Zweifel stehenden Friedensliebe niemals und unter keinen Umständen darauf eingegangen wäre, daß ihre Feinde über sie zu Gericht sitzen. Deutschland hat nicht, hätte aber wohl auch vergeblich dazu geraten, daß Oesterreich-Ungarn die Erledigung seiner Streitfrage Frankreich, Italien und England anvertraue. Davon abgesehen, daß der serbisch-österreichisch-ungarische Konflikt nur die unmittelbar beteiligten Länder anging und keine europäische Frage war, wie hätte die Monarchie diese Konferenz als Schiedsgericht annehmen können, wenn von den vier Teilnehmern zwei Mitglieder der Entente, der dritte aber — Italien war?

Graf Berchtold hat denn auch seinen abweisenden Standpunkt dem Wiener britischen Botschafter auseinandergesetzt, der erklärte — und dies ist der Aufmerksamkeit Greys vielleicht entgangen —, daß er den Standpunkt der Monarchie vollkommen begreife. Graf Berchtold berichtet über seinen Gedankenaustausch mit dem Wiener britischen Botschafter das Folgende an den Londoner Botschafter der Monarchie:

Oesterreichisch-ungarisches Rotbuch 41.

Der englische Botschafter, welcher heute bei mir vorsprach, hat mir auftraggemäß den Standpunkt Sir Edward Greys zu unserem Konflikt mit Serbien in folgender Weise auseinandergesetzt:

Amerika und die Friedensfrage.

(Telegramme des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.)
Wilson hält die Zeit zur Vermittlung für gekommen.

Newyork, 21. Mai. (Funkpruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus.) Präsident Wilson hielt Samstag in Charlotte (Nord-Carolina) zur Feier des 141. Jahrestages der Unterzeichnung der Mecklenburger Unabhängigkeitserklärung zu Mecklenburg (Nord-Carolina) vor Hunderttausend Menschen eine Rede, in welcher er sagte, die Zeit sei für die Vereinigten Staaten gekommen, ihre Dienste zur Herbeiführung des Friedens zwischen den kriegführenden Ländern Europas anzubieten.

Die Mischung der Rassen in Amerika und die Katastrophe des europäischen Krieges.

Auf den Ursprung des Wachstums der Vereinigten Staaten Bezug nehmend, betonte Wilson, daß das Land in Wirklichkeit nicht aus der englischen Siedelung im Süden und aus Neu-England emporgewachsen sei, sondern daß der charakteristische Teil Amerikas seinen Ursprung in den mittleren Staaten Newyork, Pennsylvania und New-Jersey habe, in denen von Anfang an jene Mischung von verschiedenen Rassen vorhanden war, die das charakteristische Kennzeichen der Vereinigten Staaten bilde. Die Männer, die ursprünglich herkamen, und diejenigen, die seitdem kamen, sind mit allen möglichen Arten des Blutes, von Uebertieferungen und Erfahrungen, aber alle mit der gleichen Leidenschaft für die menschliche Freiheit gekommen. Amerika, das als Schmelztiegel für diese mannigfaltigen Elemente diente, war immer in Bildung begriffen. Während wir uns inmitten dieses Prozesses befanden, offensichtlich auf dem Höhepunkt in der Krise dieses Prozesses, kam die große Katastrophe des europäischen Krieges. In diesem spielt sich dasselbe ab, was in Amerika vor sich ging: es ist der Wettbewerb nationaler Grundanschauungen, nationaler Uebertieferungen, nationaler Politit und politischer Systeme.

Bezugspreise:
 bei täglich zweimaliger Zustellung
 für Wien: K 3.70
 monatlich 11.—
 vierteljährlich 22.—
 halbjährlich 42.—
 für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 4.20
 vierteljährlich 12.—
 halbjährlich 24.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung
 (das Morgenblatt zugleich mit
 der Nachmittagsausgabe des vor-
 herigen Tages) für auswärts:
 monatlich K 3.70
 vierteljährlich 11.—
 halbjährlich 22.—
 für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung
 K 16.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufliegender Postzeitungsliste.
 Länder des Weltpostvereins:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung
 K 22.—
 und durch die Postämter laut dort
 aufliegender Postzeitungsliste.



reich-Ungarns.

italienischen Grenze

bisher 251 Geschütze und Mann gefangen.

Westfront.

packende Parole gegen den Rivalen Roosevelt und dessen Forderung nach der Beteiligung Amerikas am Kriege zu gewinnen. Entscheidend ist, daß Wilson die Friedensvermittlung ergreifen will und daß damit die Unionsregierung eine Richtung einzuschlagen beginnt, auf der das amerikanische Volk besser als bisher die Ursachen des Weltkrieges und die bisherigen Hindernisse des Friedens kennen lernen wird. Man kann hoffen, daß dies auf die Stellung Amerikas unter den Kriegsführenden nicht ohne Einfluß sein wird; hat aber einmal die breite Masse des amerikanischen Volkes erkannt, auf welcher Seite Recht und Gerechtigkeit und warme Menschlichkeit stehen, so wird seine Wahl auch auf den Endausgang des Krieges, den Frieden Einfluß nehmen können.

Man darf die Vermittlerrolle, die Präsident Wilson beansprucht, um so ernster nehmen, nicht nur, weil sie der staatlichen Macht der Union gebührt und deren Weltstellung höher heben wird als der siegreichste Krieg, sondern auch, weil sehr gewichtige wirtschaftliche und politische Interessen es den Vereinigten Staaten empfehlen müssen, nicht zu lange mehr den Brand Europas als vergnügliches, die Eintrittskassen füllendes Feuerwerk zu betrachten. Amerika hat aus dem Kriege Milliardengewinne gezogen und seine Kapitalisten bis zum Halse hinauf überfättigt; aber amerikanische Bürger haben es ausgesprochen, daß die Union, die schon bisher aus dem einstigen Land für Arbeitspioniere ein Reich von Börsen- und Trustfürsten zu werden drohte, während des Krieges mitten in die Plutokratie, in eine neue Sklavenstaterei hineinsteuert. In Amerika ist viel Geld verdient worden, aber Geld ist noch nicht der Reichtum eines Landes, es kann auch seine Armut bedeuten, wenn es die politischen Freiheiten, die soziale Ordnung umstößt und neben den Riesenbesitzern weniger die Rechtsungleichheit und die Not der Massen ausbreitet. — Die Vereinigten Staaten sind aber auch in einem Maße Gläubiger und Lieferanten Europas geworden, daß es ihnen nicht mehr gleichgültig sein kann, ob der Krieg bis zur völligen Erschöpfung der Schuldner fortdauert und ihnen nichts als ausgebrannte, halbbankrotte Stätten übrig läßt. — Die politischen Erwägungen, die auf die Vorteile des Friedens für Amerika hinweisen, können aber eben so wenig auf die Länge zum Schweigen verurteilt bleiben. Die japanische Gefahr hängt wie eine finstere Wolke über Amerika und keiner seiner Staatsmänner kann verbürgen, ob Japan diesen Krieg, nach dessen Beendigung die Union Zeit zu Rüstung und Abwehr haben wird, als die günstigste Gelegenheit, feindliche Pläne zu verwirklichen, ungenützt verstreichen lassen wird. Vor ein paar Monaten erschien in Japan, wie Emil Engelhardt, ein ausgezeichnete Kenner des amerikanischen Westens, in seiner lesenswerten Broschüre „Japans Weltpolitik um den Stillen Ozean“*) berichtet, ein bedeutungsvolles Buch, das von der „Vereinigung für nationale Verteidigung“ herausgegeben ist, einer großen japanischen Organisation, deren erster Präsident Japans Ministerpräsident Graf Okuma und deren zweiter Vorsitzender der energiegelasse Außenminister Graf Kato ist. In Massen wurde diese Agitationschrift ins japanische Volk geworfen. Ihr Titel ist geschmückt mit der Auf-

Das Vermittlungsangebot Wilsons.

Wien, am 24. Mai.

„Die ganze Welt blickt auf Amerika, ob es die Initiative zum Frieden ergreifen wird. Wird das amerikanische Volk den günstigen Augenblick zu erfassen wissen? Wird es den Wunsch der gesamten Welt erfüllen? Amerika wird der nachdrücklichsten Unterstützung des heiligen Stuhles sicher sein. Ich habe dies bereits den Präsidenten durch einen seiner höchstgestellten Freunde wissen lassen.“ — So sagte Benedikt XV. in seinem Friedensruf an Amerika, den er am 10. April 1915 durch die New Yorker „World“ an das Volk der Vereinigten Staaten richten ließ. Mehr als ein Jahr ruhte der Samen dieser wahrhaft königlichen Botschaft in der harten amerikanischen Erde, bis er, erneuert zum letzten Osterfeste, deren Kruste sprengte. In einer Rede, die erfüllt ist von amerikanischem Selbstbewußtsein, von dem Stolz auf die Union, „als eine Art von prophetischem Muster für das Menschengeschlecht“, sprach Präsident Wilson von der Bereitschaft seiner Regierung, ihre Dienste zur Herbeiführung des Friedens den kriegsführenden Ländern Europas anzubieten. Dieser Stolz ist ansprechend und erfreulich, denn nur ein Staat und eine Regierung, die sich in solcher Lage der Größe ihres Berufes bewußt sind und der Bedeutung, die ihnen beim Eintritt in das Mittelamt zuerkannt werden muß, vermögen die Aufgabe kräftig genug zu erfassen.

Es braucht jetzt nicht darauf eingegangen zu werden, inwieweit bei dem neuen Hervortreten Wilsons die Absicht mitspielt, für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen eine große, das amerikanische Nationalbewußtsein

*) Verlag Globus, Leipzig. Preis 1 Mark.

Das Kabinett Briand und die Opposition

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 21. Mai.

„Das Gewitter im Parlament!“ So überschreibt Hervé den Artikel, in dem er die erste Kammer Sitzung nach den Osterferien behandelt. Aus den telegraphischen Sitzungsberichten wird man nicht viel von einem Gewitter bemerkt haben. Das rührt daher, daß ihm Briand geschieht zu begegnen wußte, indem er selbst die Initiative zu Erklärungen ergriff, statt zuerst die Reden von Interpellanten abzuwarten.

Es begehrt drei Abgeordnete zu interpellieren: Der Wilde Charles Bernard über die Pressezensur, der Sozialist Alexander Blanc über das Verbot von Versammlungen und der Radikale Favre über die Anfänge der Schlacht von Verdun. Der Abgeordnete Blanc, der nach Kiental gereist ist, wurde von einem Teil der Kammer mit Spott und Hohn empfangen, und seine Interpellation kam an den Schwanz einer langen Liste. Viel mehr Aufmerksamkeit schenkte man dem Abgeordneten Favre und seiner Interpellation. Mit den Anfängen der Schlacht von Verdun hat sich die Armeekommission schon eingehend beschäftigt und nach den Aufklärungen der Regierungsmitglieder den Beschluß gefaßt, von nun an Missionen in die Armeezone zu schicken, die sich „über die Bedürfnisse des Kommandos und der Truppen“ erkundigen werden. Die radikale Linke will, daß von der Verduner Schlacht auch in der Kammer gesprochen wird, sei es nun in einer Geheim Sitzung oder in einer öffentlichen. Und Favre ist als Wortträger der Partei bestimmt worden. Da aber die Armeekommission der Regierung eine Reihe bestimmter Fragen gestellt hat, die noch nicht alle beantwortet werden konnten, willigt Favre ein, die Interpellation „für einige Tage“ zu verschieben.

Der Abgeordnete Bernard hingegen wollte seine Interpellation über die Zensur sofort an den Mann bringen; er stieß aber auf den Widerstand des Ministerpräsidenten, der die Gelegenheit benützte, um der Kammer seine Ansichten über das Zusammenarbeiten von Regierung und Parlament wieder einmal auseinanderzusetzen. Briand wies darauf hin, daß er wie keiner vor ihm die großen parlamentarischen Kommissionen zur Mitarbeit herangezogen habe. Eine Debatte über die Zensur sei zwecklos. Die Regierung könne nichts anderes sagen, als sie schon vor einigen Wochen gesagt habe. Die Zensur sei im Kriege notwendig; sie begehe Irrtümer, und die Regierung wolle diese Irrtümer auf ein Mindestmaß beschränken. Ein ganzer Teil der Kammer hatte diese Erklärungen ziemlich ungeduldig hingekommen. Die Atmosphäre war gewitterschwül. Briand entschloß sich, den Dingen auf den Grund zu gehen und deutlich die Vertrauensfrage zu stellen. Er tat das, indem er auf die Pflicht der Kammer hinwies, im jetzigen Augenblick eine Regierung zu wollen, mit der sie freudig, fast brüderlich zusammenarbeiten könne. Habe das Parlament das Gefühl, diese Regierung verdiene das Vertrauen nicht, so müsse sie das sagen. Die Luft müsse rein sein zwischen Parlament und Regierung, welches immer diese Regierung auch sei. Im jetzigen Augenblick könne man sich nicht alle vierzehn Tage eine große politische Debatte leisten. Zum Schluß wiederholte Briand der Kammer das Versprechen, das er schon der Armeekommission abgegeben hatte, in der Organisation der Pressezensur einige Änderungen vorzunehmen.

Auf diese Rede hin erreichte Briand die Vertagung der Interpellation über die Zensur. Das drohende Gewitter schien sich verzogen zu haben. Es wäre aber falsch, zu glauben, Briand habe mit seiner Rede sämtliche Gegner versöhnen können. Es existiert sowohl im Senat als in der Kammer eine Opposition gegen den Ministerpräsidenten, die er um so weniger leicht nehmen kann, als sie von der radikalen Mehrheitspartei ausgeht. Diese Opposition hat, was ihre Gegner auch sagen, nicht den Zweck, das Kabinett Briand zu stürzen, damit wieder andere Leute ans Ruder kommen, sondern sie will der Regierung eine engere Kontrolle des Parlaments aufzwingen, daß etwaige diktatorische Gelüste sich nicht breit machen können. Dabei haben die Vertreter der Legislative vielleicht hin und wieder die Tendenz, die Vorrechte der Exekutive

allzusehr beschränken zu wollen, während die Exekutive ihrerseits in ihrer An- und für sich berechtigten Abwehr dieser Versuche oft zu weit gegangen ist. Dieser Kampf bietet natürlich stetsfort Gefahren für die Stabilität der Regierung. Aber bis jetzt hat diese schrittweise nachgegeben. Sie hat die Kontrolle der Parlamentskommissionen immer wirksamer gestaltet und hat nun auch der Armeekommission die Absendung von Kontrollkommissionen in die Armeezone zugebilligt. Diese Kommissionen mischen sich in keiner Weise in die militärischen Operationen ein, sondern haben bloß nachzuprüfen, ob für die Sicherheit der Soldaten alles Nötige getan worden ist. Ueber die Nützlichkeit dieser Maßnahme kann man verschiedener Ansicht sein. An Sachkenntnissen wird es nicht allen Mitgliedern der Kommissionen fehlen, denn es gehören ihnen genug alte Offiziere an. Und außerdem sagt man, daß die Mehrzahl gerade der hohen Offiziere der Armee eine Verengung der parlamentarischen Kontrolle über gewisse Dienstzweige begrüßen würde.

Die Armeekommission hat nun auch ein Versprechen für Reorganisation der Zensur erreicht. Allzuviel politische Bedeutung hat das nicht. Die Zensur ist ein Uebel, dessen Notwendigkeit im Grunde jedermann einsieht. Nur lieben es die Parlamentarier, der Presse hin und wieder einmal ein paar schöne Worte zu geben, was sie aber nicht verhindert, die Tätigkeit der Zensur zu verlangen, wenn die Presse das Parlament angreift. Briand weiß sehr wohl, daß die Zensur ein gefährliches Gebiet für die Regierung ist, und wenn er am Donnerstag anlässlich der Zensur redete, so war es, um damit ein gefährlicheres Terrain zu vermeiden.

Die Opposition ist mit der Art und Weise, wie Briand die Debatte engagiert hat, nicht zufrieden und verlangt, daß die Regierung sich nachher ausspreche. Worüber? Wiederum über die Stellung von Parlament zur Regierung. Die Opposition wirft dem Kabinett vor, daß es die Kammern mit Worten abspieße und in Wirklichkeit ein Regiment der Willkür führe. Man sagt, der geistige Führer der Opposition, Clémenceau, werde in die nächste Senatsdebatte eingreifen, um die Regierung zu Erklärungen zu zwingen. Das ist wohl möglich, aber nicht wahrscheinlich. Clémenceau hat parlamentarische und journalistische Mittel genug, um der Regierung einen Teil seines Willens aufzuzwingen, ohne daß er eine Debatte heraufzubeschwören braucht, die Folgen haben könnte, die Clémenceau kaum wünscht. Der greise radikale Führer weiß sehr wohl, daß Frankreich gegenwärtig nicht Ministerien zum Auswechseln hat und daß insbesondere die Männer selten sind, die Ministerpräsidenten sein könnten. Und er weiß auch, daß die Kammern unter anderm vor dem Sturz Briands zurückschrecken, weil nach Briand nur mehr Clémenceau übrig wäre, dessen Ankunft erst nach bedeutenden innerpolitischen Veränderungen erfolgen könnte. Darum zieht Clémenceau die Rolle des gefürchteten Kritikers ausnahmsweise der des Kabinettstürzers vor.

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

„Pester Lloyd“ und in den Annoncen-Bureaus: J. Blockner, G. Eckstein, Györi & Nagy, Julius & Co., Gah. Leopold, Ant. Kozel, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Högyl, Jos. Schwarz. Generalvertretung des „Pester Lloyd“ für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G. Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anzeigenkündigungen für den „Pester Lloyd“.

Einzel: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 12 Heller. Abendblatt in Budapest 6 Heller, in der Provinz 8 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

halbj. 9 K., viertelj. 4.50 K., monatlich 1.50 K. Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus: Ganzj. 44 K., halbj. 22 K., viertelj. 11 K., monatlich 4 K. Für das Inland: Bloss Morgenblatt: Ganzj. 36 K., halbj. 18 K., viertelj. 9, monatlich 3.40 K. Bloss Abendblatt: Ganzj. 28 K., halbj. 14 K., viertelj. 7 K., monatl. 2.50 K. Morgen- u. Abendblatt: Ganzj. 48 K., halbj. 24 K., viertelj. 12 K., monatlich 4.40 K. Mit separater Postversendung des Abendblattes viertelj. 2 K. mehr. Für Wien auch durch Herm. Goldschmidt. Für das Ausland mit direkter Kreuzbandsendung vierteljährlig: Für Deutschland 18 K., für alle übrigen Staaten 21 K. Abonnements werden auch bei sämtlichen ausländischen Postämtern entgegengenommen.

63. Jahrgang.

Budapest, Samstag, 27. Mai 1916

Nr. 147

Der Konferenzvorschlag Sir Edward Greys.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —
Wien, 26. Mai.

In der letzten Friedensdebatte des englischen Unterhauses hat Sir Edward Grey auf die Interpellationen, die von ihm eine energischere Fortführung der Friedensdiskussion verlangten, den schon oft vorgebrachten Vorwurf an die Adresse Deutschlands wiederholt, daß es den Krieg hätte vermeiden können, wenn es den englischen Konferenzvorschlag angenommen hätte. Die Nichtannahme der Konferenz soll nach Grey beweisen, daß Deutschland nicht den guten Willen hatte, den Krieg zu vermeiden. Und um dieses angebliche Verbrechen Deutschlands noch größer erscheinen zu lassen, rühmt Sir Edward Grey seinen eigenen guten Willen und seine Unparteilichkeit, Eigenschaften, die er auf der letzten Londoner Botschafterkonferenz bewährt haben soll. Er geht noch weiter und behauptet, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland mit der Haltung Englands auf der Londoner Konferenz durchaus zufrieden gewesen wären. Auf dieses Unmaß von Heuchelei und Entstellung muß denn doch einmal eine gründliche Antwort gegeben, die veruchte Geschichtsfälschung muß vereitelt und die Frage nach der Verantwortung für den gegenwärtigen Krieg auch aus dem besonderen Gesichtswinkel der Konferenzidee geklärt werden.

Ein für allemal soll festgestellt werden, daß Oesterreich-Ungarn, um dessen Lebensinteressen es sich in erster Linie auf der Londoner Konferenz handelte, von dieser diplomatischen Veranstaltung und der Rolle, die die englische Diplomatie dabei spielte, alles eher als befriedigt war. Jeder politisch denkende Bewohner der Monarchie hat dieser Konferenz die denkbar trübsten Erinnerungen bewahrt. Auf der Londoner Konferenz trat zum ersten Male mit einer Deutlichkeit, die weiteren Welttäuschungen auf unserer Seite für immer den Niegel vorstieß, die Entente als ein geschlossener Block von Mächten auf, die ihre Interessen in der Herausarbeitung eines grundsätzlichen Gegensatzes zu unseren Lebensinteressen erblickten. Dieser Mächteblock, dessen feindselige Absichten und dessen nur durch die noch mangelhafte militärische Vorbereitung gedämpfte Entschlossenheit wir damals bis auf den Grund kennen lernten, identifizierte sich, trotz der schon in jenen Zeiten unverhüllten Feindseligkeit Serbiens gegen die Monarchie, gleichwohl mit diesem unseren giftigsten Gegner und betrachtete es als seine Aufgabe, ihm jeglichen Widerstand selbst gegen unsere auf das bescheidenste eingeleiteten Forderungen zu erleichtern. Die Geschichte jener Tage braucht wirklich nicht in allen Einzelheiten wiederholt zu werden. Es genügt, wenn wir sagen: ihr Gesamteindruck war und ist geblieben, daß die englische Diplomatie den Krieg vermeiden und den Frieden aufrechterhalten wollte in der Art und durch das einfache Mittel, daß Oesterreich-Ungarn für die Kosten aufzukommen und seine künftige Sicherheit auch weiterhin den

wechselnden Säunen und unnachgiebigen Aspirationen der Belgrader Machthaber und ihrer Hintermänner in Petersburg anheimzustellen hatte.

Dies war die Politik Sir Edward Greys gegenüber Oesterreich-Ungarn, dies war mutatis mutandis seine Politik auch gegenüber Deutschland. Von der Tatsache unserer militärischen Ueberlegenheit war Sir Edward Grey innerlich überzeugt, sein Bestreben aber ging darauf, uns durch seine, dem Anscheine nach friedliebende Konferenzpolitik vom Gebrauch unserer Waffen zum Selbstschutz abzuhalten, uns das erste und Grundrecht aller Staaten, das auf Selbsterhaltung, zu verkümmern. Das Entgegenkommen auf der Botschafterkonferenz, dessen sich Grey heute noch zu rühmen wagt, war ein rein äußerliches und ist als solches von uns erkannt und gebührend eingeschätzt worden.

Gerade die Erfahrungen, die wir auf der Londoner Botschafterkonferenz mit Greys Auffassung und Handhabung der Konferenzpolitik machten, waren für uns in den kritischen Tagen vor zwei Jahren maßgebend dafür, auf den neuerlichen Konferenzvorschlag Englands nicht einzugehen. Wir waren von vornherein überzeugt, auf einer Konferenz nicht zu unserem Rechte zu gelangen. Wir wußten, daß man uns wieder einmal mit unerbetenen Ratschlägen kommen würde, der serbischen Frage zunächst durch eine Aenderung unserer inneren Politik in den von einer serbischen Bevölkerung besiedelten Gebietsstellen der Monarchie ihren gefährlichen Charakter zu nehmen. Die Konferenz wäre von der Entente bestimmt dazu mißbraucht worden, uns zu bestimmen, die dringend notwendig gewordene Lösung des serbischen Problems nicht dort anzufassen, wo der Sitz der Krankheit war, sondern uns mit einem Herumkurieren an den Symptomen der eigentlichen Krankheit zu behelfen. Die konkrete Frage, um die es sich in den Sommertagen 1914 handelte und die der abscheuliche Fürstenmord in Sarajevo aufgeworfen hatte, wäre unter den liebevollen Bemühungen der Entente so erledigt worden, daß die serbische Regierung uns nach gehörig markiertem Widerstreben mit einer mehr oder minder verlausulierten Entschuldigung abgesehen, selbst aber die Möglichkeit behalten hätte, ihre Hezardei in unseren Grenzgebieten fortzusetzen und die Serbien angeblich zu Unrecht zugefügte Demütigung als neues Argument gegen die Monarchie in die Aufrührpropaganda einzuführen. Darauf konnte und darauf wollte Oesterreich-Ungarn nicht eingehen.

Sir Edward Grey ist selbst schuld daran, wenn nach dem Sarajevoer Morde die Lösung des Konfliktes auf dem Konferenzwege für uns nicht mehr in Betracht kam. Wie tief und unerlöschlich unsere Ueberzeugung war, daß wir auf einer Konferenz die von Belgrad und Petersburg aus ganz offen in Frage gestellte Existenz Oesterreich-Ungarns in keinerlei annehmbarem Grade hätten sichern können, und wie groß und unabänderlich insolge dessen unsere Entschlossenheit war, den Streit mit

Serbien so auszutragen, daß die verbrecherische Friedensbedrohung von dieser Seite ein für allemal ausgeschaltet würde, das mag Sir Edward Grey daran erkennen, daß wir in voller Aufrichtigkeit feststellen: auch wenn die russische Regierung ihre trotz scheinheiliger Zusicherungen und Beateuerungen heimlich fortgesetzte Mobilisierung unterlassen, oder abgebrochen hätte, wäre Oesterreich-Ungarn auf keine Konferenz gegangen, sondern es hätte darauf bestanden, unbehindert von jedem dritten seine Sache mit Serbien entsprechend den Notwendigkeiten seiner künftigen Sicherheit auszutragen. Das mußte noch nicht unbedingt der Krieg mit Serbien werden. Gerade die nur scheinbar in der Sache des Friedens aufgewendeten Bemühungen Sir Edwards Greys um eine Konferenz und um Hineinmischung der anderen Großmächte stärkten in Belgrad den verbrecherischen Mut, die Forderungen unserer Note in entscheidenden Punkten abzulehnen und es auf den Waffengang ankommen zu lassen. Die serbische Regierung merkte, daß sie nicht allein stand und daß ihre Freunde von ihr nicht wirkliche Nachgiebigkeit, sondern einen Widerstand, der sich immerhin noch als teilweise Nachgiebigkeit deuten ließe, als eine Vorarbeit erwarteten, die diese Freunde dann auf der Konferenz in der gewohnten Manier bis zur vollen Vereitelung unserer Absichten ergängt hätten.

Sir Edward Grey wird uns nicht zu überzeugen vermögen, daß er in den Sommertagen 1914 als ein aufrichtiger Friedensfreund gehandelt habe. Schon vorher beobachtete er das Anwachsen der gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten Stimmungen und Bestrebungen in Belgrad und Petersburg mit einer solchen Ruhe, die nur mit der völligen Gleichgültigkeit gegen die Monarchie, ihr Schicksal und ihre Existenz als Großmacht zu erklären war. In der Tat hatte die englische Politik schon lange zuvor unverhohlen gezeigt, daß ihr an einem Oesterreich-Ungarn, das an Deutschland festhielt und sich den anti-deutschen Plänen der Entente nicht zur Verfügung stellte, nicht nur nicht gelegen war, daß sie vielmehr die Schwächung der Großmachtsstellung und der inneren Stärke der Monarchie als ihren eigenen Vorteil betrachtete. Das war schon in der Annexionskrise deutlich zu erkennen, und dieser Eindruck steigerte sich auf der Londoner Botschafterkonferenz bis zur Gewißheit. Entweder heuchelt Sir Edward Grey oder er besitzt eine erstaunlich geringe Feinfühligkeit und Erkenntnisraft, wenn er es für möglich hält, oder für möglich ausgibt, daß die Monarchie nach der Konferenz von 1913 ihre Existenz, ihre Sicherheit und ihre Würde in die Hand einer von England geleiteten und beeinflussten internationalen Konferenz hätte legen sollen. Oesterreich-Ungarn und Deutschland haben ihr Neuestes getan, um

Wien, 28. Mai.

Probleme, welche noch kein Staat bisher in der Weltgeschichte zu lösen hatte, stellte der Weltkrieg den Zentralmächten zur Bewältigung. Der Kampf, der uns aufgezwungen wurde, war nicht bloß ein unerbittlicher Angriff mit Waffen, sondern Oesterreich-Ungarn und Deutschland sollten auch wirtschaftlich niedergedrungen werden. Mangel, Not und Elend sollten die Widerstandskraft der Zivilbevölkerung brechen, wenn das Waffenglied den uns feindlichen Heeren versagt bleiben würde. Das war der gefährliche, sorgfältig vorbereitete, boshaft durchgeführte Plan unserer Gegner, ein Plan, der in seiner Ungeheuerlichkeit einzig in der Geschichte der kämpfenden Nationen dasteht. Die Monarchie sah sich plötzlich von einer ungeahnten Gefahr bedroht, denn eine solche Mißachtung aller Grundsätze des Völkerrechtes und eine solche Verletzung der obersten Prinzipien der Menschlichkeit, wie dies von unseren Gegnern unternommen wurde, lag wohl außerhalb jeder Berechnung. Und so kam es, daß die Monarchie zu gleicher Zeit ihre Existenz auf dem Schlachtfelde verteidigen mußte und das Leben der Zivilbevölkerung vor Hunger und Not zu schützen gezwungen war. Aufgaben von nie gedachter Riesengröße erwuchsen der Verwaltung. Es war bald klar, daß die außergewöhnliche Lage außergewöhnliche Maßregeln erfordern müsse, denn plötzlich, im Zeitalter des Verkehrs, sah sich Oesterreich-Ungarn des ganzen Ueberseeverkehrs beraubt. Dazu kamen aber noch andere überaus wichtige, für den Erfolg unserer Waffen sowie für das Wohl der Bevölkerung entscheidende Fragen, die rasch, energisch und doch vorbedacht ins reine gebracht werden mußten. An das Transportwesen wurden ungeheure Anforderungen gestellt, die Verschiebungen von Truppenmassen von gigantischer Größe auf enorme Entfernungen mußten erfolgen, um die Pläne der Heeresleitung durchführen zu können. Dann galt es aber auch, die Einschleppung der Seuchen, welche die schrecklichsten Begleiterscheinungen früherer Kriege gewesen sind, zu verhindern und rechtzeitige ausgiebige Sorge für die Erhaltung der Gesundheit des

Links der Maas säuberten wir die südlich des Dorfes Cumidres liegenden Hecken und Büsche vom Gegner, wobei 3 Offiziere, 88 Mann in unsere Hand fielen. Beim Angriff am 29. Mai erbeuteten wir ein im Caurettewäldchen eingebautes Marinegeschütz, 18 Maschinengewehre, eine Anzahl Minenwerfer und viel sonstiges Gerät. — Auf den beiden Maasusfern blieb die Artillerietätigkeit sehr lebhaft.

Westlicher und Balkankriegsschauplatz.
Keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.
Oberste Heeresleitung."

Irredentismus.

Von Dr. Richard v. Krahl.

Die nationale Idee wurde schon seit dem 18. Jahrhundert im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Freimaurerloge zu revolutionären Tendenzen mißbraucht. Zur Zeit aber, da die italienischen Dichter Apostolo Zeno und Metastasio am Wiener Kaiserhof wirkten, von anderen, früheren Zeugnissen zu schweigen, war Oesterreich ebenso wie das römisch-deutsche Reich kein der italienischen Nation fremd gegenüberstehender politischer Begriff, war Wien nicht nur die Hauptstadt der deutschen Kultur, sondern auch die der italienischen Kultur. Ja, die ungerechte Vorliebe des Deutschen für italienisches Wesen war so groß, so hingehend, so selbstvergessen, und zwar schon seit dem 16. Jahrhundert, daß man sagen kann, einen starken Schuldanteil am Uebermut der Welschen haben die Deutschen selbst, die Reisenden, die Künstler, die Aesthetiker. Seit den Rimbern, den Goten, den Langobarden finden wir dies fast krankhafte Bestreben der Deutschen, in Italien auf- und unterzugehen; das geht bis hinauf bis zu Goethe und Paul Heyse und ist gewiß auch mitschuld an der unverantwortlichen Tollheit der Italiener, mit der sie in diesen Weltkrieg hineingefallen sind.

Aber außer dieser sieberhaften Ueberschätzung des Landes, wo die Zitronen und Pomeranzen her sind, ist den Italienern noch ein zweiter von diesseits der Alpen großgezogener Wahn in den Kopf gestiegen: die Nationalitätendoktrin. *) Die Idee der Nation ist etwas ungemein Edles, Soziales, Erhebendes, Wahres und Gutes; aber ganz töricht ist die zu schlechten Zwecken ausgestreute Doktrin, daß jede Nation einen Staat bilden müsse, daß jeder Staat, der nicht national einheitlich ist, kein Existenzrecht habe. Dieser Doktrin widerspricht jedoch die ganze Weltgeschichte aller Zeiten. Italien war im Altertum wie im Mittelalter der national zerklüfteste Erdwinkel und es hat trotz dieser Zerklüftung geblüht. Das Deutsche Reich hat ebenso wie das britische Reich niemals fremde Nationen ausgeschossen, und beide Reiche vereinigen heute weder alle deutsch sprechenden, noch alle englisch sprechenden Völker. Im Gegenteil, der Nationalstaat wäre, wenn er überhaupt irgendwo existiert hat, etwas höchst Primitives, Rohes, während der Nationalitätenstaat allzeit und überall die höhere politische Form

*) Nach dem im Erscheinen begriffenen Buch: „Der italienische Irredentismus. Sein Entstehen und seine Entwicklung vornehmlich in Tirol.“ Von Dr. Michael Mayer, I. L. Staatsarchivdirektor und Professor an der Universität Innsbruck. Innsbruck, Verlag „Tyrolia“, 1916.

ist. Das gilt nicht nur von Oesterreich und seinen zehn Nationen, sondern auch von Rußland mit seinen hundert Nationen usw. Es war Napoleon I., der geborene Italiener, der zuerst bewußt mit der Doktrin des politischen Nationalismus operierte. Neben dem gallischen Frankreich wollte er ein italienisches Königreich und einen germanischen Rheinbund beherrschen. Bekanntlich hat die napoleonische Abgrenzung des Königreiches Italien noch in den Verhandlungen mit dem verräterischen Bundesgenossen 1915 eine große Rolle gespielt. Hier spielte auch ein geographischer Irrtum mit, indem man die Grenzen der Halbinsel bis an den Hauptstock der Alpen hinausrücken wollte, während die geographische Wissenschaft heute diese natürlichen Grenzen sehr wesentlich südlicher setzt, worauf denn auch der herrliche, begeisterte Armeebefehl des K. M. Erzherzog Friedrich vom 22. Mai anspielt. Zu Cäsars Zeit war bekanntlich der Rubikon die Grenze von Italien. Ich weiß nicht, ob ihn die Italiener gegenwärtig in Verteidigungszustand gesetzt haben.

Nun gut, der erste Napoleon hatte mit seiner Doktrin kein Glück; er konnte auch seinem Sohn, dem König von Rom, kein Glück begründen. Ebenso litt auch der dritte Napoleon Schiffbruch an dem von ihm angenommenen Grundsatz des Nationalstaates; denn dadurch wurde ihm gegen sein Erwarten sowohl Italien wie Preußen zu mächtig. Die Kriege von 1859, 1866 und 1870 entsprangen aus Louis Napoleons Nationalitätendoktrin. Es war eine nicht hoch genug einzuschätzende Leistung der österreichischen Diplomatie und Heeresleitung, daß es sowohl 1859 wie 1866 gelang, die Aspirationen der Italiener trotz des die ganze Welt, vor allem die „Intelligenz“ Europas beherrschenden Nationalitätsprinzips einzuschränken. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß Oesterreich 1866 für Venetien kämpfte, es kämpfte für sein Welschtirol, für den Sponzo, für Triest, denn all das wollten die Italiener haben, und wollten darum die durch den Doppelkrieg notwendig gewordene Zession Venetiens als ungenügend zurückweisen, bis sie sahen, daß die Mithilfe Napoleons und Bismarcks nicht so weit ging und daß auch das Nationalitätsprinzip seine Grenzen hatte.

Aber die nationalen Aspirationen begnügten sich nicht mit den Errungenschaften von 1866. Im Gegenteil, sie warfen sich um so nervöser auf die noch „unerlösten“ Gebiete. Die Agitation blühte nun erst recht und nahm immer tollere Formen an. Man hat den österreichischen Regierungen vorgeworfen, daß sie nicht genügend dagegen einschritten, daß sie ihre deutschen Organe nicht zu energischerem Auftreten anwiesen, daß sie ihre italienisierenden Beamten in ihrer subversiven Arbeit zu wenig störten, daß nur durch solche Fehler eine fortschreitende Verwelschung statthaben konnte. Ich behaupte immer, daß wir in solchen Fällen die Schuld nicht der Regierung aufbürden sollen, da die Regierung nur der Exponent unserer eigenen Laten oder Unterlassungen ist. Wie sollten die deutschen Beamten nicht kleinmütig, die italienisierenden nicht übermütig werden, wenn beide sahen, wie die deutsche Intelligenz in Mißkennung ihrer eigenen Würden, in Bewunderung der angeblich überlegenen Kultur erstarb, jeden gewöhnlichen Kachelmaler als Halbgott begaffte, wenn von

Am Bundestafelisch: Dr. Helfferich

Die zweite Lesung der

Bereinsgesetznovelle

wird fortgesetzt.

Abg. Heine (Soz.) begründet in der Fortsetzung seiner Rede eingehend die soziale Notwendigkeit der Zugehörigkeit jugendlicher Arbeiter zu ihren Gewerkschaften und der Aufhebung des Sprachenparagrafen. Die Aufrechterhaltung des Sprachenparagrafen jetzt während des Krieges ist ein Unrecht an unseren Mitbürgern polnischer Zunge.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Vpt.): Die Kommission hat sich weitgehende Beschränkungen auferlegt, so hat sie auch den sehr naheliegenden Anlaß nicht benützt, über die sehr bedauerlichen und durch die politische Situation in keiner Weise gerechtfertigten Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts durch die Zensur zu verhandeln. Wir müssen aber verlangen, daß die Verwaltung eines Landes, das so glänzend in einem Kriege dasteht wie Deutschland, mit allen bürokratischen Bevormundungen brechen muß. Die mag man unseren Feinden überlassen, wir haben eine derartige Polizeipraxis nicht nötig. (Sehr richtig links.) Die Novelle bedeutet zweifellos einen Fortschritt. An sich hatten wir die Fassung unseres Initiativantrages vom Jahre 1915 für klar gehalten. Einig sind wir alle darüber, daß es ganz unmöglich ist, eine Wortfassung zu finden, die jeden Mißbrauch durch die Gerichte und Verwaltungsbehörden ausschließt und diese Tatsache bedeutet eine Ehrenrettung für die Parteien, die 1908 das Vereinsgesetz gemacht haben. Die Gerichte und Verwaltungsbehörden müssen begreifen, daß es sich hier um

ein Vertrauensgesetz

für die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber handelt. (Sehr richtig links.) Die große Mehrheit des Reichstags sieht in dieser Vorlage den Dank für die Entschlossenheit und Opferbereitschaft, mit der vor allem die deutschen Arbeiterorganisationen ihre Kraft und ihr Vermögen in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben. (Beifall links und im Zentrum.) Diese Lenzung der Vorlage darf nicht verwirft werden, sonst werden die alten Mißbräuche wiederkehren. Das gilt auch für das Verhalten gegenüber den Verbänden der Staatsarbeiter und Staatsangestellten. Alle kleinliche Nadelstichpolitik muß wegfallen.

Am 19. August 1915 hat der Reichskanzler in seiner großen Rede gesagt, daß die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt geschafft werden würden, und daß das polnische Volk in seiner glücklichen Zukunft die Eigenart seines nationalen Lebens werde pflegen und entwickeln können. Eine kluge Politik muß dafür sorgen, daß wir in den Polen schauende Politik muß dafür sorgen, daß wir in den Polen Bundesgenossen haben. (Sehr richtig links u. i. Str.) Wir sind daher mit der Kommissionsmehrheit der Ansicht, daß der Sprachenparagraf nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Im übrigen aber lehnen wir alle weitergehenden Anträge ab, um die Vorlage nicht zum Scheitern zu bringen.

Die Frage der Jugendlichen

hat einen wahren Petitionssturm hervorgerufen, an dem sich namentlich protestantische Synoden und Pastoren- und Lehrerkreise beteiligt haben. Das ist nur daraus zu erklären, daß diesen Kreisen ein vollständiges Fernbild von dem gezeichnet worden ist, was tatsächlich geschehen soll. Wir bitten im Interesse des Bürgerfriedens und aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit gegenüber den Gewerkschaften und den Berufsvereinen aller Parteirichtungen um Annahme der beiden Gesetzesentwürfe. Wir handeln damit zum Wohle unseres politischen Lebens und unseres ganzen Volkes. (Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dr. Jundt (ntb.): Neues läßt sich nicht mehr sagen. Wir stimmen geschlossen für die Novelle und gegen alle weitergehenden Anträge, haben aber die Zustimmung freigegeben über den Jugendlichen- und Sprachenparagrafen.

Abg. Dr. Hertel (Kons.): Wir können nicht einsehen, weshalb dieses Gesetz noch während des Krieges verabschiedet werden muß. Jetzt sind doch alle Wünsche der Gewerkschaften erfüllt und eine falsche Auslegung durch die Gerichte ist nicht möglich. Weshalb also dieses heiße Eisen anrühren? Man will aber jetzt den ersten Schritt tun in

die Nebelräume der Neuorientierung.

man will den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie einen Dank abtun. Auch wir wollen den Gewerkschaften entgegenkommen und die Beschränkungen politischer Vereine für sie in Wegfall kommen lassen. Dagegen halten wir daran fest, daß Jugendliche unter 18 Jahren von politischen, auch wirtschafts- und sozialpolitischen Erörterungen ferngehalten sind. Die Zugehörigkeit von Jugendlichen zu Gewerkschaften, die zum Klassenkampf erziehen und zum Klassenhaß erziehen können, halten wir für sehr bedenklich. Die Vorlage aber will die Gewerkschaften auch dann als unpolitisch ansehen, wenn sie Politik treiben. Wir verlangen eine ungewöhnliche Erklärung von der Regierung über das Vereinsrecht und die Schulbildung der Fortbildungsschüler. Die deutschen Oberlehrer verwerfen dieses Gesetz, kirchliche Kreise haben schwere Bedenken geäußert. Uns stört es nicht, daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft das Gesetz mit-ablehnt. (Heiterkeit.) Wir haben gesprochen und unseren Standpunkt gemacht. Wie wollen, wohin die Neuorientierung gehen soll: diese Bahn ist verhängnisvoll für die Volkseele, für unsere ganze Entwicklung und für die in dieser Zeit so notwendige Autorität. (Zustimmung b. d. Kons.) Wir können diese Entwicklung nicht hemmen, auch nicht aufhalten, aber wir machen sie nicht mit. (Lebh. Beifall b. d. Konservativen.)

Abg. Behrens (Dsch. Frk.): Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie der Vorredner; wir wünschen, daß die Vorlage Gesetz wird und lehnen deshalb alle weitergehenden Anträge ab. (Beif. b. einem Teil der D. Fr.)

Ministerialdirektor Dr. Seiwald antwortet dem Abg. Gröber, daß das Recht der Schule durch das Vereinsgesetz nicht eingeschränkt werde. Dr. Delbrück hat seinerzeit erklärt, daß § 1 des Vereinsgesetzes nicht ein unbefristetes Koalitionsrecht bedeute. Die Verb. Regierungen übersehen die Gefahren der Neuordnung durchaus nicht, sind aber überzeugt, daß dieser deklaratorische Gesetzentwurf nur dazu dienen wird, vergiftende Rämpfe zu vermeiden. Ich bitte um Annahme der Vorlage. (Beifall.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soz. Arb.): Unsere Anträge sind keineswegs nur Demonstration. Dieses Gesetz verdrängt die Rechtslage der Gewerkschaften. Das Gesetz ist ein Ausnahmengesetz gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften. (Lachen.) Es ist ein Gesetz für „gute“ Gewerkschaften. Wir bedauern das Zurückweichen der Reichstagsmehrheit vor dem „Unannehmbar“ der Regierung. Die Landarbeiter sollen rechtlos bleiben, während die Großgrundbesitzer während des Krieges ihre Taschen mit Gold füllen. Die Land-

arbeiter werden nach dem Kriege erst recht in die Städte gehen, und ausländische Wanderarbeiter werden nicht wieder ins Land kommen. Wie wollen Sie da das Land bestellen? (Abg. Kretsch: Wir werden uns dann an Sie wenden! — Heiterkeit.) Schaffen Sie Gleichberechtigung, und Sie werden Landarbeiter haben.

Abg. Dr. Laszowski (Pole): Das unveräußerliche Recht des Gebrauchs der Muttersprache darf den Polen nicht länger vorenthalten werden. Ebenso wie man während des Krieges diese Vorlage einbringen konnte, hätte die Regierung auch eine Aufhebung des Sprachenparagrafen, wie sie von so vielen Parteien gefordert wird, vorlegen können. Dadurch, daß dies nicht geschieht, wird bei den Polen das Bewußtsein ihrer Ausnahmestellung nur aufs neue geweckt. — Der Vorlage selbst stimmen wir zu in der Annahme, daß die authentische Interpretation der Regierung in der Kommission eine Richtschnur für die Verwaltung und Rechtsprechung sein wird. (Bravos b. d. Polen.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich möchte zunächst die in der Kommission von dem Vertreter der Regierung abgegebene Erklärung wiederholen, daß Berufsvereine nicht lediglich deshalb, weil sie aus Reichsangehörigen bestehen, die nicht deutschnationaler Abstammung sind und in ihren Versammlungen sich einer fremden Sprache bedienen, für politische Vereine erklärt werden sollen, daß also auch den polnischen Gewerkschaftsmitgliedern die Vorteile des Gesetzes zugute kommen sollen. Daß das Gesetz also auch für die Angehörigen der polnischen Nationalität einen Fortschritt bedeutet, kann man nur bestreiten, wenn man, wie der zweite Vorredner, den verbündeten Regierungen von vornherein eine illoyale Auslegung des Gesetzes unterstellt.

Was den vorliegenden Initiativantrag anlangt, so habe ich umsoweniger Veranlassung, von der alten Gepflogenheit der Regierung, sich an der Beratung von Initiativanträgen nicht zu beteiligen, in diesem Falle abzugehen, als die verbündeten Regierungen in den Kommissionsverhandlungen über das Vereinsgesetz auf das bestimmteste und unzweideutigste erklärt haben, daß sie sich nicht dazu verstehen können, unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen über den Rahmen des vorliegenden Gesetzeswurfes hinauszugehen. Das ist besonders deutlich auch gerade gegenüber den Anträgen auf Streichung des Sprachenparagrafen erklärt worden. Wir haben geglaubt, den berechtigten Wünschen durch eine Deklaration des bestehenden Gesetzes Rechnung tragen zu können, die eine mit den Absichten des Gesetzgebers nicht im Einklang stehende Ausführung des Gesetzes nach Möglichkeit ausschließen soll. Aber die Regierung glaubte, auf einem bisher umstrittenen Boden keine Änderungen vornehmen zu sollen, solange der Krieg noch dauert und der Friede noch nicht gesichert ist. Alle unsere Anstrengungen, alle unsere Kraft gehört vorläufig dem Siege, der Erlämpfung des Sieges und der Sicherstellung eines Friedens, der uns gestattet, umhellenigt von außen unser Haus neu zu bestellen und die Arbeit an der Verbesserung der Lebensverhältnisse unseres Volkes, an der Hebung seines gesamten Lebensstandes wieder aufzunehmen.

Die Neubestellung unseres Hauses

wird sich vollziehen auf der Grundlage des Erlebnisses, das dieser Krieg für unser Volk und für jeden einzelnen von uns bedeutet. Wer durch dieses große Erlebnis hindurchgeht, ohne es innerlich bis in alle Tiefen zu empfinden, ohne bis in alle Tiefen davon erfaßt zu werden, hat kein Herz, hat keinen Verstand, ist als Staatsbürger verloren. In dieser großen und schweren Zeit ist, so hoffen wir zuversichtlich, das Bewußtsein der Staatsbürgerpflicht, die Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten in allen Schichten des Volkes gereift. In dem brüderlichen Zusammenstehen, in den gemeinsamen Taten und Opfern mußte sich das gegenseitige Verhältnis der einzelnen Berufsstände, Klassen, Konfessionen wandeln und klären. Das gleiche erwarten wir mit Zuversicht auch für das Verhältnis zwischen den nicht deutschsprechenden Völkern unserer Volksgemeinschaft und dem großen deutschen Grundstock des Reiches. Dem neuen Inhalt werden selbstverständlich neue Formen entsprechen müssen. Die Aufgaben, die uns hier bevorstehen, sind so umfassend und weit-schichtig und hängen auch so eng miteinander zusammen, daß es nicht angeht, die eine oder andere Frage, mag sie dem einzelnen noch so wichtig und brennend erscheinen, getrennt für sich vorwegzunehmen und zu behandeln. Man soll die Früchte nicht pflücken, ehe sie reif sind. Daß die Früchte gut ausreifen, das liegt mit in Ihrer Hand. Sie können auch heute schon der Zukunft vorarbeiten, wenn Sie dafür sorgen, ein jeder in seinem Wirkungsbereich, daß unser Volk die Ergebnisse des Weltkrieges in rechtem Geiste aufnimmt, daß die Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten, der Geist der Einigkeit, der Brüderlichkeit, der Geist des gegenseitigen Vertrauens und der gegenseitigen Achtung in unserem Volke über den Krieg hinaus erhalten bleibt und fruchtbar wird. Das ist der Boden, auf dem wir zu bauen haben werden, und ich habe zu unserem deutschen Volke das Vertrauen, daß dieser Boden gegeben sein wird. Ich habe zum deutschen Volke in all seinen Schichten das Vertrauen, daß es mehr als zuvor von der Erkenntnis der ewigen Wahrheit durchdrungen sein wird, daß Rechte nur auf dem sittlichen Boden der Pflichten gedeihen können. (Beifall.)

Abg. Hansen (Däne): Gegen unsere Volksgenossen wird noch immer die alte Politik weitergeführt, ja sie wird noch verschärft (Hört! hört! links). Bedenken Sie doch den Eindruck auf unsere Volksgenossen in den Schützengräben! Schon jetzt herrscht bei uns Mißtrauen gegen die Neuorientierung, man fürchtet, daß es nach dem Kriege heißen wird: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!“ (Hört! hört! b. d. Soz. Arb.) Wir verlangen zu gleichen Pflichten gleiche Rechte. Stimmen Sie einmütig für die Beseitigung des Sprachenparagrafen, dieses Schandflecks. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. Kerschensztein (Vp.): Ich erkenne die Notwendigkeit der Heraushebung der Gewerkschaften aus den politischen Vereinen an, ebenso die, daß sie ihren Nachwuchs heranzüchten können. Aber ich habe pädagogische Bedenken gegen die Zulassung jugendlicher zu Versammlungen, ob sie nun geschlossen oder öffentlich sind. In den geschlossenen Versammlungen waschen sie sich die eigenen Köpfe, in öffentlichen die der anderen. (Heiterkeit.) Und das geschieht nicht mit Toilette-seife und Quellschnee, sondern meist mit Schmierseife und Spülwasser. (Heiterkeit rechts.) Davon möchte ich die Jugendlichen auf Grund meiner langjährigen pädagogischen Erfahrungen fernhalten.

Wir brauchen eine Jugend mit Staatsgesinnung. Diese Staatsgesinnung aber wird nicht gelehrt in öffentlichen

politischen Versammlungen. Ich habe alle Achtung vor den gewaltigen Leistungen unserer Gewerkschaften. Aber zur Bedienung von Staatsgesinnung in unserer Jugend eignen sie sich nicht. Machen wir uns doch nichts vor: jede Partei sucht die Jugend mit den Idealen zu erfüllen, die sie selbst hat. Das ist einfach ganz selbstverständlich. Jemandem stichhaltiger Grund für die Zulassung von Jugendlichen zu öffentlichen Versammlungen besteht nicht, zahlreiche Gründe sprechen aber dagegen. Wenn wir hier nicht vorsichtig sind, so werden wir eines Tages die Geister nicht bannen können. Aber sie jetzt gerufen haben. (Beifall. — Abg. Hertel: Sehr gut!)

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.): Es tut mir weh, daß ich Dr. Kerschensztein in der Gesellschaft Hertels sehe. (Hört.) Man über-treibt die Beschränkungen aus einer Politisierung der Jugend. Auch uns fällt es nicht ein, die Jugendlichen politisieren zu wollen. Aber sie sollen beizeiten vorbereitet werden auf die Aufgaben, die ihnen später erwachsen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen stellt als Berichterstatter des Ausschusses richtig, daß die Beschränkungen Dr. Kerschenszteiners und Dr. Hertels gegen die Teilnahme von Jugendlichen an öffentlichen politischen Versammlungen unbegründet seien. Die Kommission habe sich fast einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die Jugendlichen auch nach Verabschiedung dieser Novelle an diesen Versammlungen nicht teilnehmen dürften.

Abg. Dove (Vpt.): Kollege Kerschensztein hat weniger als Politiker, sondern mehr als Pädagoge gesprochen. Vom Standpunkt des Politikers aber müssen wir wünschen, daß die Jugendlichen auch zur Teilnahme am öffentlichen Leben erzogen werden.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Wir halten im Gegensatz zum Abg. Schulz an unserer alten Taktik fest und lehnen die Vorlage ab, weil sie uns nicht weit genug geht. Diese Taktik hat die Sozialdemokratie groß gemacht. Die Vorlage bietet der Gewerkschaftsbewegung nicht einmal Profamen, höchstens vergiftete Profamen. (Präsident Raempfer rügt den Ausdruck.) Die Vorlage enthält Giftzähne.

Abg. Graf Westarp (Kons.) erklärt, daß seine Freunde der Aufhebung des Sprachenparagrafen nicht zustimmen können. Wir wünschen nach dem Kriege eine organische Regelung dieser Materie. Wie wir uns zu dieser Frage stellen werden, behalten wir uns vor.

Damit schließt die Debatte. Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird die

Bereinsgesetznovelle angenommen

gegen die Stimmen eines großen Teiles der Rechten und die der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

Mit demselben Stimmenverhältnis wird die Vorlage auch in dritter Lesung angenommen.

Sperre des Suezkanals.

Umweg nach Australien.

London, 5. Juni.

Der Generalpostmeister gibt bekannt, daß ab 2. d. die Postdampfer der Oriental Steamship Company nicht mehr durch den Suezkanal, sondern ums Kap nach Australien fahren.

Die Schlacht bei Verdun.

Jede französische Kritik unterliegt.

Genf, 5. Juni. (Priv.-Tel.)

Der Pariser Militärkritiker Oberst Roussel erklärt im Petit Parisien, er könne nur mehr nackte Tatsachen aus der Schlacht bei Verdun anführen. Die Zensur verbiete ihm jegliche, selbst die mächtigste Kritik. Das Publikum möge daher zwischen den Zeilen lesen.

Eine Rede Kaufungs.

Keine Bevorzugung Englands.

New-York, 4. Juni.

Staatssekretär Lansing hielt in Watertown eine Rede, in der er die Antwort erteilte auf die Unterstellung, Amerika sei gegen Deutschland weniger nachgiebig als gegen England. Er hielt daran fest, daß eine Verletzung des natürlichen Rechtes auf das Leben ernstlicher sei als eine Verletzung des Eigentumsrechtes. (W.)

Weitere Kriegsnachrichten auf Seite 8.

Deutscher Reichstag.

Die Novelle zum Vereinsgesetz.

Berlin, 5. Juni.

Das Haus verhandelte in zweiter Lesung die Novelle zum Vereinsgesetz, durch die die Gewerkschaften von den Bestimmungen des Vereinsgesetzes befreit werden.

Ferner liegt dem Hause ein Kommissionsantrag vor auf Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffend die Aufhebung des Sprachparagraphen.

Die Wünsche der Parteien.

In der Debatte begrüßten die Sozialdemokraten, die Fortschrittler, das Zentrum und die Nationalliberalen die Novelle als ersten Schritt der angeführten Neuorientierung.

Die Konservativen sprachen sich gegen die Novelle aus, die sie für die Aufrechterhaltung der in dieser Zeit so dringend nötigen Staatsautorität als verhängnisvoll bezeichneten.

Die Polen und die Dänen beklagten die Aufrechterhaltung des Sprachparagraphen als Ausnahmengesetz, das die nichtdeutschen Nationalitäten nicht verdienen.

Eine Erklärung Dr. Helfferichs.

Staatssekretär Dr. Helfferich gab die Erklärung ab, daß es den Staatsbürgern nichtdeutscher Nationalität nicht verwehrt ist, sich die Vorteile der Vorlage zunutze zu machen, solange sie sich im Rahmen des Gesetzes selbst halten. Was den Antrag auf Streichung des Sprachparagraphen betrifft, fuhr der Staatssekretär fort, erklärten die verbündeten Regierungen bereits unzweideutig, daß sie sich in der gegenwärtigen Zeit hierzu nicht verstehen könnten.

Alle unsere Kraft gehört zunächst und vorläufig dem Kriege und der Erklärung des Sieges. Sie gehört der Herstellung eines Friedens, der es gestattet, unbehelligt von außen das Haus neu zu bestellen. Die Neubestellung des Hauses wird sich vollziehen auf Grundlage des Erlebten in diesem Kriege.

Wer aus diesem Kriege hervorgeht, ohne es innerlich zu empfinden, hat kein Herz und keinen Verstand. In dieser großen, schwierigen Zeit ist — das hoffen wir zuversichtlich — das Bewußtsein der Staatsbürgerpflicht und der Staatsnotwendigkeit in allen Schichten des Volkes durch das gegenseitige Verhältnis der einzelnen Berufsstände, Klassen und Konfessionen gekräftigt worden.

Der neue Inhalt wird neue Formen haben müssen. Die Aufgaben, die uns hier bevorstehen, sind so umfassend und hängen so eng miteinander zusammen, daß man nicht die eine oder die andere Frage für sich vorwegnehmen und behandeln kann. Man soll die Frucht nicht pflücken, ehe sie reif ist. Daß die Früchte gut ausreifen, liegt lediglich in Ihrer Hand. Sie können schon heute der Zukunft vorarbeiten, wenn jeder in seinem Wirkungsbereich in allen Teilen das Ergebnis des Krieges mit dem rechten Geiste aufnimmt. In dem Gefühl der Einigkeit und der gegenseitigen Achtung erblicke ich den Boden, auf dem der Bau errichtet werden muß. (Beifall.)

Die Vereinsgesetznovelle angenommen.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz wird angenommen, ebenso wird der Antrag des Ausschusses auf Aufhebung des Sprachparagraphen in namentlicher Abstimmung mit 205 gegen 74 Stimmen angenommen.

Annahme der Kriegssteuern.

Das Haus nahm sodann die dritte Lesung der Kriegssteuern vor.

Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat) erklärte seine Zustimmung zu der Kriegsgewinnsteuer, dagegen lehnte er die Steuern auf den Verbrauch und den Verkehr ab.

Abg. Haase erklärte, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft lehne alle Steuern ab.

Die Steuern wurden sodann in dritter Lesung, die Kriegsgewinnsteuer in namentlicher Abstimmung mit 312 gegen 24 Stimmen angenommen.

Der Reichskanzler über die Friedensbereitschaft.

Das Haus begann sodann die dritte Lesung des Etats. Als erster Redner ergriff Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg das Wort.

Der Reichskanzler führte aus: Der Reichstag hat soeben mit großer Mehrheit die Steuern bewilligt, deren das Reich bedarf, um auch im Kriege eine geordnete Finanzwirtschaft zu führen. Der Reichstag hat sich damit den Dank der ganzen Nation verdient und unseren Feinden gezeigt, daß wir auf allen Gebieten gewillt sind, auszuhalten. Ich habe die Ehre, namens der verbündeten Regierungen diesen Dank hiermit öffentlich zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.) Ich will an diese Worte des Dankes einige allgemeine Bemerkungen anknüpfen.

Auf allen Fronten stärker als zuvor.

Vor einem halben Jahre, am 9. Dezember, habe ich hier zum erstenmal auf Grund unserer militärischen Lage von unserer Friedensbereitschaft gesprochen. Das konnte ich mit der Zuversicht tun, daß

die Kriegslage sich noch weiter verbessern würde. Die Entwicklung hat diese Zuversicht bestätigt. (Bravo!) Weitere Fortschritte sind gemacht worden. Auf allen Fronten sind wir noch stärker als zuvor. (Bravo!)

Wenn ich, mit dieser Entwicklung vor Augen, damals aussprechen konnte, wir seien zum Frieden bereit, so habe ich das nicht zu bedauern, auch wenn unser Angebot bei den Feinden keinen Erfolg gehabt hat. In der kritischen Zeit des Juli 1914 war es die Aufgabe jedes vor Gott, seinem Lande und seinem Gewissen verantwortlichen Staatsmannes, nichts unversucht zu lassen, was in Ehren den Frieden bewahren konnte. Ebenso wollten wir nach erfolgreicher Abwehr unserer Feinde nichts versäumen, was geeignet wäre, die großen Erschütterungen Europas in einem solchen Brande abzukühlen.

Später habe ich gegenüber einem amerikanischen Journalisten gesagt, daß Friedensverhandlungen nur dann ihr Ziel erreichen könnten, wenn sie von den Staatsmännern der kriegsführenden Länder geführt würden auf Grund der wirklichen Kriegslage, wie sie jede Kriegskarte zeige. Das ist von der anderen Seite zurückgewiesen worden. Man will die Kriegskarte nicht anerkennen. Man hofft, sie zu verbessern.

Unsere neuen Erfolge.

Unterdessen hat sie sich weiter verändert zu unseren Gunsten. (Lebhafte Bravorufe.) Wir haben in sie eingetragen die Uebergabe der englischen Armee von Kut el Amara, die Niederlagen und gewaltigen Verluste der Franzosen vor Verdun, das Scheitern der russischen Märzoffensive, den machtvollen Vorbruch unserer Verbündeten gegen Italien (lebhafte Bravorufe), die Festigung der Linien vor Saloniki, und in diesen letzten Tagen haben wir mit jubelndem und dankbarem Herzen die Seeschlacht bei Jütland erlebt. (Lebhafte Bravorufe.) So steht die Kriegskarte schon wieder anders aus. Die Feinde wollen davor noch ihre Augen verschließen; dann müssen und dann werden und dann wollen wir weiter fechten bis zum endgültigen Sieg. (Lebhafte Bravorufe.)

Jedes weitere Friedensgespräch von Uebel.

Wir haben das unsrige getan, um den Frieden anzubahnen. Die Feinde haben uns mit Hohn und Spott abgewiesen. Damit wird jedes weitere Friedensgespräch, wenn es von uns begonnen wird, zurzeit nichtig und von Uebel. (Sehr richtig.)

Falsche Hoffnungen der Gegner.

Von einigen Staatsmännern in England und anderswo sind Versuche unternommen worden, unserem Volke den Puls zu fühlen und durch partikularistische oder innerpolitische Gegensätze unsere Schlagkraft zu lähmen. Diese Herren bewegen sich in seltsamen Vorstellungen. Wenn sie sich nicht selbst täuschen wollen, so werden sie dabei bemerkt haben, wie fest der Herzschlag des deutschen Volkes ist. (Bravo!) Es gibt keine Einwirkung von außen, die unsere Einigkeit auch nur im geringsten erschüttern könnte. (Sehr wahr!) Gewiß, auch wir haben unsere Meinungsverschiedenheiten. Die werden sachlich ausgelämpft. Wir haben sehr eingehende Auseinandersetzungen in der Kommission gehabt. Wir haben scharfe Differenzen besonders in der U-Vorfrage und über unsere Beziehungen zu Amerika gehabt. Die Ansichten plätsch schroff aufeinander. Aber — ich will das hier ausdrücklich feststellen — jede Seite anerkennt die überzeugte Ansicht der anderen. Wir blieben immer auf sachlichem Boden.

Unsere vertraulichen Auseinandersetzungen in der Verschwiegenheit der Kommissionen haben das Bedürfnis nach öffentlicher Aussprache nicht befriedigen können, weshalb wir der Öffentlichkeit die erforderlichen Aufklärungen vorenthalten müssen. Das wissen Sie. Wir waren, ich glaube, in absoluter Uebereinstimmung darüber einig, daß eine Erörterung in breiter Öffentlichkeit, wenn sie erschöpfend sein sollte, das Land schädigen würde. Davon kann auch ich nicht abweichen.

Die Handhabung der Zensur.

Allerdings sehne auch ich mich nach der Zeit, wo das Wallen der Zensur mit allen Beschränkungen und Belästigungen, die von ihr nun einmal nicht zu trennen sind, aufgehört kann. Ich will die Zensurdebatte vornehmlich nicht neu beleben. Ich glaube nicht, daß man im Lande den vorigen Mittwoch als einen besonders erhebenden Tag empfunden hat. (Aufe: Sehr richtig!) Nur zwei Worte will ich sagen: Jede politische Maßnahme, jede, ausnahmslos, hat in dieser Kriegszeit nur ein Ziel im Auge: Wie bringen wir den Krieg zum siegreichen Ende?

Nur unter diesem Gesichtspunkt soll auch die Zensur gelöst werden, mögen Sie sie politische oder militärische Zensur nennen. Ich werde dahin wirken, daß in solchen politischen Angelegenheiten, bei denen der Zusammenhang mit der Kriegführung nur ein loser ist, der Zensurstift möglichst wenig gebraucht wird. (Bravo!)

Die Presse, die trotz unendlicher Schwierigkeiten und Vergernisse ihre Aufgabe in hohem Sinne aufsaugt und durchführt, soll in gerechter und unparteiischer Würdigung ihrer Ziele nach meinem Willen so wenig Kesseln empfinden wie möglich. (Bravo!)

Geheime und offene Denkschriften.

Das Bestehen der Pressezensur hat einen sehr bedauerlichen Mißstand aufkommen lassen, über den ich kurz sprechen muß. Ich meine die Treiber mit geheimen und offenen Denkschriften, die teils mit Namen in Umlauf gesetzt werden. (Sehr richtig!) Wenn das Vertrauen unseres Volkes zu erschüttern wäre — einige von diesen Schriften haben sich alle Mühe gegeben, es zu tun. (Lebhafte Zustimmung.) In vielen Tausenden von Exemplaren, wie es scheint, ist dieser Tage ein Heft verendet worden, das in der Pamphletliteratur, wenigstens so weit sie mir bekannt geworden ist, an der Spitze marschiert.

Der zusammengebrochene Kanzler.

Mit der Miene des besorgten Patrioten trägt der Verfasser Dinge aus der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges vor, die eine fortlaufende Kette von großen Unwahrheiten und Verdrehungen des wahren Sachverhaltes sind. Nur ein paar Beispiele: Dieser Mann wagt es, zu schreiben, daß der deutsche Reichskanzler geradezu zusammengebrochen sei, als ihm der englische Botschafter den Abbruch der Beziehungen bekanntgab. Natürlich braucht er das historische Faktum nicht zu wissen, daß der Abbruch der Beziehungen Stunden vorher in der Unterredung Sir Edward Goschens mit dem Staatssekretär v. Jagow, der in meinem Auftrag sprach, erfolgt war. Er braucht nicht zu wissen, daß meine Unterredung mit dem englischen Botschafter persönlich ein Abschiedsbesuch war, den dieser mir machte. Er braucht es auch nicht zu wissen. Seine englische Quelle, die ihm gut genug ist, den deutschen Reichskanzler zu verleumben (Aufe: Hört! Hört!), teilt